

friedliche Zukunft
 gefährliche Mission
keine Alternative
 Aufbau der Polizei Strategiewechsel
 Brutstätte für Terroristen
 Deutschland führt Krieg
 Krieg ist ein Verbrechen
 Uneingeschränkte Solidarität
 Absicherung verletzender
 Frauenrechte
Taliban
 Wiederaufbau
 Schulen bauen
 Frieden auf der Welt
 Brücken
Schulen bauen
Freiheit Deutschlands am Hindukusch verteidigen
 Spirale der Gewalt
Terrorismus
Demokratisierung Afghanistans
 Mädchenschulen
 Humanitäre Katastrophe
 Kampf gegen den Terror
 Drogenanbau
Gefahr
 Friedensmission
 Chancen zu wenig erreicht
 Demokratie nach westlichem Vorbild
 Himmelfahrtskommando
 Opfer NATO-Bündnisfall
 Bundeswehr
Krieg
 Mehr Sicherheit
 kontraproduktiv
 Fehlentscheidungen
Soldaten getötet
 Nicht durch Militär zu erreichen
Sicherheit Deutschlands
 ISAF
 Menschenrechte
 11. September
 völkerrechtswidrig
 zu viele Tote
 Verpflichtung
 Hoffnung
Sicherung des Wiederaufbaus
 prekäre Sicherheitslage
Schutz unserer Soldaten
 Brunnen bohren

Einsatzbesprechung in Politik und Medien

Eine Langzeitstudie zur Legitimation politischer Entscheidungen
 in der parlamentarischen Debatte und ihrer medialen Reflexion
 am Beispiel des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr

Universität Erfurt
Philosophische Fakultät
Seminar für Medien- und Kommunikationswissenschaft
Betreuer: Dr. Klaus Kamps (Gastprofessor)
Projektstudienphase 2012/2013

Hanna Eberhard (30380)
Romina Geppert (30416)
Thomas Kern (30301)
Lea Klinge (30255)
Hannes Knobloch (30410)
Theresa Petrausch (30063)
Raphael Schanz (30650)
Christiane Schweda (30516)

14. Juni 2013

Abstract

Die vorliegende Studie befasst sich mit der politischen Legitimationskommunikation sowie ihrer Reflexion in den Medien. In Demokratien stehen Politiker unter einem Legitimationszwang gegenüber der Bevölkerung, der bei schwerwiegenden politischen Entscheidungen wie zum Beispiel bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr besonders hoch ist. Die Gefährdung von Menschenleben in Kriegssituationen verlangt nach einer kritischen Auseinandersetzung und einer besonderen Rechtfertigung durch die Bundestagsabgeordneten. Ein solcher Diskurs findet in der Parlamentsdebatte sowie in den Massenmedien statt und soll am Fallbeispiel des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr im Zeitraum von 2001 bis 2012 untersucht werden. Es gilt die Frage zu beantworten, wie Politiker ihre Zustimmung oder Ablehnung zum Afghanistan-Einsatz im zeitlichen Verlauf legitimieren und wie ihre Argumente medial reflektiert werden. An die Medien wird der normative Anspruch gestellt, das gesamte Meinungsspektrum abzubilden und unabhängig vom Einfluss politischer Eliten zu berichten. Die Indexing-Hypothese (Bennett, 1990) unterstellt den Medien jedoch, lediglich die Meinungsverteilung im Parlament zu spiegeln und keine darüber hinaus gehende Kritik zu äußern. Kritik am Einsatz gibt es auf journalistischer Seite folglich nur dann, wenn kritische Stimmen auch im Parlament geäußert werden. Die Medien folgen also der Politik.

Untersucht wird der Legitimationsprozess anhand von 524 Redebeiträgen und schriftlichen Erklärungen in Bundestagsprotokollen zu den insgesamt 23 Beschlüssen und Verlängerungen der Afghanistan-Mandate ISAF und OEF. Beide wurden als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 beschlossen, um die terroristischen Strukturen in Afghanistan zu bekämpfen und das Land wieder aufzubauen. Um die mediale Reflexion zu überprüfen werden rund um die Mandatsbeschlüsse insgesamt 1.458 berichtende und kommentierende Artikel in großen deutschen Zeitungen und Zeitschriften untersucht. Zur Erhebung wird sich des Framing-Ansatzes (Entman, 1993) bedient, der die Strukturierung und Selektion in Kommunikationsprozessen beleuchtet. In drei Erhebungsschritten werden *erstens* die Frames identifiziert, von denen Politiker und Journalisten als Themenkomplexe mit ihren dazugehörigen Bezugsdimensionen, Ursachenzuschreibungen, Bewertungen und Handlungsempfehlungen gebrauch machen. *Zweitens* wird in einer quantitativen Frame-Erhebung erfasst, in welchem Umfang die Frames in den 23 Zeiträumen der Debatte auftreten. In einem *dritten* Schritt werden ausgewählte Bundestagsabgeordnete und Journalisten, die besonders viele Redebeiträge bzw. Artikel verfasst haben, im Rahmen von qualitativen Experteninterviews zu ihren Arbeitsstrukturen und zum Verlauf der Debatte befragt. Die Ergebnisse dieser Interviews werden mit den Erkenntnissen aus der Framing-Analyse abgeglichen und liefern Hinweise auf Zusammenhänge und Erklärungsansätze für Framing-Prozesse.

Insgesamt können elf diskursprägende Frames in der Legitimationskommunikation identifiziert werden: „Terrorismus“, „Sicherheit“, „Humanitäre Lage“, „Instabilität“, „Drogen“, „Rentabilität“, „Westliche Werte“, „Solidarität“, „Pazifismus“, „Gesetzliche Grundlage“ und „Performanz“. Im Verlauf der Debatte werden die ursprünglichen Einsatzgründe Terrorismus und Bündnissolidarität weniger kommuniziert, während afghanistan-bezogene Themen wie Instabilität und humanitäre Lage in den Vordergrund treten. Trotz zunehmender Kritik kann von einem weitgehenden Konsens in der parlamentarischen Debatte ausgegangen werden. Mit Ausnahme der Partei Die Linke gibt es im Parlament kaum kritische Stimmen und nur marginale Unterschiede in der Themensetzung unter den Parteien. Die Frames unterliegen hinsichtlich ihrer Struktur punktuellen Veränderungen im zeitlichen Verlauf, die auf Schlüsselereignisse und Änderungen der Einsatzumstände zurückzuführen sind. Abgesehen von diesen punktuellen Abweichungen sind im gesamten Zeitraum dominante Bezüge, Ursachen, Bewertungen und Handlungsempfehlungen erkennbar. Darüber hinaus lassen sich Hinweise auf eine „Schließung der politischen Debatte“ (Eilders & Lüter, 2002) erkennen: Im Parlament werden vergleichsweise selten Stimmen außerhalb der politischen Elite aufgegriffen.

Es lässt sich die Annahme von Althaus et al. (1996) bestätigen, dass die Medien sowohl die Themensetzung als auch die Meinungsverteilung der politischen Elite indizieren. Zudem zitieren Journalisten in ihren Artikeln mit übergroßer Mehrheit offizielle Quellen aus Parlament, Regierung, Militär und ausländischen Eliten anstatt als „voices of the people“ (Bennett, 1990) auch kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft abzubilden. Die Betrachtung einzelner Zeiträume lässt allerdings eine Schwankung in der Stärke des politischen Konsenses und des Indexing-Effekts erkennen. Die Medien bewegen sich zwar in einer weitgehenden Deckungsgleichheit mit der Politik, diese fällt aber zu bestimmten Zeitpunkten aufgrund von Schlüsselereignissen unterschiedlich stark aus. Weiterhin machen sich journalistische Selektionsprozesse bemerkbar. So ist die Ausführlichkeit und Themenvielfalt innerhalb der politischen Debatte deutlich höher als auf Seiten der Medien. Die Langzeituntersuchung einer seit mehr als zehn Jahren andauernden Debatte liefert somit umfangreiche Ergebnisse: Die Kommunikation der Einsatzbegründungen ändert sich tendenziell und in Ereignisabhängigkeit. Die Medien spiegeln die politische Debatte weitgehend und bilden nicht die Meinungsverteilung der Bevölkerung ab, die den Afghanistan-Einsatz zunehmend ablehnt. Dies weist auf Defekte in der Mediendemokratie hin.

Abstract

The study on hand deals with legitimization processes in political communication and their reflection through the media. In democracies, politicians need to legitimate their decisions to the population, especially in foreign affairs like the military operation in Afghanistan. The threat to human life, in war situations, requires a critical consideration and a special justification by German members of parliament. Such a discourse takes place both in the parliamentary debate and in the mass media and is to be examined on the basis of the case study of the Afghanistan mission of the German armed forces (Bundeswehr) from 2001 to 2012. It is necessary to answer the question how politicians justify their agreement or disagreement in the course of time referring to the Afghanistan mission and how their arguments are reflected in the media. The normative claim to the media is to represent the entire range of opinion and to report independently from the influence of the political elites. However, the indexing hypothesis (Bennett, 1990) imputes that in case of political consensus the media only reflects the opinion presented in parliament and excludes any criticism. Accordingly, journalists only criticize the military operation when there are also critical voices in parliament. For this reason, it is said, that the media follows the policy.

The legitimization process is to be examined based on 524 speeches and written statements of federal protocols to the total of 23 resolutions and renewals of the mandates ISAF and OEF. Both mandates were developed in response to the attacks of the 11th of September 2001 to fight the terrorist structures in Afghanistan and to rebuild the country. To prove medial reflection of political debates, 1,458 reporting and commenting articles in major German newspapers and magazines will be analyzed. The study makes use of the framing approach (Entman, 1993), which involves the selection and structuring of information in communication processes. This study is organized in three steps: *First*, frames which are used as certain topics with their associated reference dimensions, causal interpretations, evaluations and recommendations by politicians and journalists are identified. *Second*, frames are analyzed referring to the extent to which they occur in the 23 periods of the debate. In a *third* step, selected members of parliament and journalists who have written most of the speeches and articles, are interviewed in the context of qualitative expert interviews about their work structures and the development of the debate. The results of these interviews are compared with the find-

ings of the framing analysis and provide evidence of correlations and explanations for framing processes.

Eleven discourse forming frames are identified in the legitimization process of communication: terrorism, security, the humanitarian situation, instability, drugs, profitability, western values, solidarity, pacifism, legal foundation and performance. In the course of time, the initial arguments terrorism and solidarity with allies are less communicated, while Afghanistan-related issues such as instability and humanitarian situations arise. Despite increasing criticism, the parliamentary debate is dominated by a broad consensus. There are hardly any critical voices and only marginal differences in the agenda-setting among all political parties, except for the socialist party. Furthermore, over the whole period of time dominant patterns concerning references, causes, evaluations and recommendations can be identified. However, frame structure tends to change selectively over time. These occasional deviations are released by special occurrences called key events. In addition, there is evidence of a "closing of the political debate" (Eilders & Lüter, 2002): External opinions are rarely considered by the political elite.

With regard to the assumption of Althaus et al. (1996), it can be confirmed that the media indicates both the agenda-setting and the opinion of the political elite. In addition, journalists tend to quote exceptional official sources in parliament, government, military and foreign elites instead of representing critical voices from the civil society as "voices of the people" (Bennett, 1990). Nevertheless, the analysis of particular periods illustrates a variation in the strength of political consensus and the Indexing effect. Although the media moves in a far-reaching congruence with the policy, at certain times it changes due to key events. Furthermore, journalistic selection processes become noticeable. Thus, the details and the diversity of issues within the political debate are significantly higher than on the part of the media. The long-term study over a period of more than ten years proofs that ongoing debate provides extensive results: The communication for justifying the military mission changes tendentiously due to certain events. The media indicates the political debate extensively and does not display the opinion of the population which increasingly rejects the mission in Afghanistan. This circumstance points out the defects in the media democracy.

Inhalt

1. Einleitung.....	1
2. Theoretischer Hintergrund.....	5
2.1 Demokratietheoretische Vorüberlegungen.....	5
2.1.1 Legitimität als demokratietheoretische Bezugsgröße.....	5
2.1.2 Schaffung von Legitimität durch das Parlament	8
2.1.3 Zum Beschluss von militärischen Auslandseinsätzen durch das Parlament	10
2.1.4 Zwischenfazit.....	13
2.2 Stellenwert der Medien.....	13
2.2.1 Qualität der Berichterstattung und Ansätze zur Messung der Medien-Performanz	14
2.2.2 Vielfalt als Qualitätsmerkmal.....	16
2.2.3 Bedingungen journalistischer Nachrichtenproduktion.....	20
2.2.4 Zwischenfazit.....	22
2.3 Politik und Medien im Kontext von Militäreinsätzen	22
2.3.1 Kriegs- und Krisenkommunikation als Forschungsfeld.....	22
2.3.2 Bedeutung und Bedingungen von Militäreinsätzen in der Kriegsberichterstattung.....	23
2.3.3 Politische Kommunikation und Professionalisierung medienbezogener Strategien.....	26
2.3.4 Funktionen und Wirkungspotentiale im Kontext von Militäreinsätzen	27
2.3.5 Zwischenfazit.....	29
2.4 Medien folgen der Politik – die Indexing-Hypothese	30
2.4.1 Elitekonforme Berichterstattung und Manufacturing Consent.....	30
2.4.2 Indexing-Hypothese nach Bennett.....	32
2.4.3 Journalistische Arbeitsroutinen als Ursachen konformer Berichterstattung.....	34
2.4.4 Erweiterungen der Indexing-Hypothese	38
2.4.5 Empirische Befunde	39

2.4.6 Übertragung der Indexing-Theorie auf deutsche Verhältnisse.....	40
2.4.7 Grenzen der Indexing-Hypothese	44
2.5 Weitere Ansätze zu Wirkungsmechanismen zwischen Politik und Medien.....	46
2.5.1 Medien beeinflussen die Politik: Der CNN-Effekt.....	46
2.5.2 Policy-Media Interaction Model	50
2.5.3 Zwischenfazit.....	51
3. Fallbeispiel: Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr.....	52
3.1 Afghanistan und der internationale Militäreinsatz ab 2001	52
3.1.1 Die Entwicklung Afghanistans bis 2001.....	53
3.1.2 Die Anschläge vom 11. September und die Folgen für Deutschland	54
3.1.3 Der Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan von 2001 bis 2012.....	56
3.1.4 Zwischenfazit.....	58
3.2 Die Debatte um den Bundeswehreinsatz in der deutschen Öffentlichkeit.....	58
3.2.1 Der Afghanistan-Einsatz und die deutsche Öffentlichkeit.....	58
3.2.2 Forschungsstand: Deutsche Medien während des Afghanistan-Einsatzes.....	60
3.2.3 Zwischenfazit.....	62
4. Forschungsinteresse und Forschungsfrage	62
4.1 Herleitung und Dimensionierung der Forschungsfrage	63
4.2 Forschungshypothesen, Erläuterungen und Begriffsdefinitionen	64
5. Methode	66
5.1 Framing-Analyse	67
5.1.1 Methodologie	67
5.1.2 Wahl der Methode.....	74
5.1.3 Untersuchungsmaterial.....	75
5.1.4 Frame-Identifikation.....	78
5.1.5 Frame-Erhebung	86

5.2 Qualitative Experteninterviews.....	89
5.2.1 Falldefinition und –auswahl.....	90
5.2.2 Durchführung.....	91
5.2.3 Methode der Auswertung	95
6. Ergebnisse der Frame-Identifikation	96
7. Ergebnisse der Frame-Erhebung.....	103
7.1 Überblick: Der Diskurs zum Afghanistan-Einsatz	105
7.2 Argumentationsmuster im Fokus	108
7.2.1 Wahl der Frames bei Politikern und Journalisten	109
7.2.2 Tendenz der Frames	113
7.2.3 Länge der Frames.....	114
7.3 Dynamik der Argumentationsmuster	116
7.3.1 Framewahl im zeitlichen Verlauf	116
7.3.2 Veränderung des framedefinierenden Elements „Bezogen auf“	119
7.3.3 Die Frame-Prototypen	127
7.3.4 Legitimatorische und performatorische Handlungsempfehlungen	137
7.3.5 Die Komplexität der Frames	139
7.3.6 Zeitlicher Verlauf: Frames als Argumente für oder gegen den Einsatz.....	141
7.4 Zitation im Parlament und in den Medien.....	145
8. Ergebnisse der qualitativen Experteninterviews	147
8.1 Rollenverständnis der Journalisten.....	147
8.1.1 Werdegang und Spezialisierung der Journalisten.....	147
8.1.2 Qualitätsmerkmale der Berichterstattung	148
8.1.3 Verständnis von Journalismus in der Demokratie	150
8.2 Rollenverständnis der Politiker.....	151
8.2.1 Verständnis von Legitimation	151

8.2.2 Werdegang und Spezialisierung der Politiker.....	152
8.3 Bedingungen journalistischer Nachrichtenproduktion	152
8.3.1 Strukturelle Unterschiede bei sicherheitspolitischen Fragen	152
8.3.2 Journalistische Rollen und Arbeitsteilung in den Redaktionen	153
8.3.3 Quellennutzung und Informationslage zum Afghanistan-Einsatz	156
8.3.4 Weitere Einflussfaktoren auf die journalistische Arbeit.....	164
8.4 Bedingungen politischer Entscheidungsfindung.....	167
8.4.1 Politische Informationsstrategien	167
8.4.2 Politische und militärische Kommunikationsstrategien	170
8.5 Wirkungsmechanismen	172
8.5.1 Wirkungsrichtung: Politisches Handeln beeinflusst die Berichterstattung	172
8.5.2 Wirkungsrichtung: Berichterstattung beeinflusst politisches Handeln.....	173
8.6 Die Debatte über den Afghanistan-Einsatz in Gesellschaft, Politik und Medien.....	174
8.6.1 Politische Debatte: Kontroversität, Ausgewogenheit und Bewertung.....	174
8.6.2 Mediale Debatte: Kontroversität, Ausgewogenheit und Bewertung	174
8.6.3 Politische Debatte: Wendepunkte und zeitlicher Verlauf	177
8.6.4 Mediale Debatte: Wendepunkte und zeitlicher Verlauf.....	178
8.7 Zwischenfazit	180
9. Interpretation und Diskussion der Ergebnisse.....	181
9.1 Legitimationskommunikation der Politiker	181
9.1.1 Vorherrschende Argumentationsmuster	182
9.1.2 Argumente für oder gegen den Einsatz	183
9.1.3 Konsens in der parlamentarischen Debatte	184
9.1.4 Schließung der Debatte	185
9.1.5 Zwischenfazit.....	186
9.2 Veränderung der Argumentationsmuster im zeitlichen Verlauf.....	186

9.2.1 Zeitliche Entwicklung der Themensetzung (Frame-Häufigkeiten)	187
9.2.2 Zeitliche Entwicklung der Meinungsverteilung (Frame-Tendenzen).....	189
9.2.3 Zeitliche Entwicklung der Argumentationsstrukturen (Frame-Elemente).....	189
9.2.4 Zeitliche Entwicklung der Komplexität der Debatte.....	193
9.2.5 Zwischenfazit.....	193
9.3 Mediale Reflexion der politischen Debatte	194
9.3.1 Ausmaß und Tiefe medialer Auseinandersetzung mit dem Afghanistan-Einsatz	195
9.3.2 Zwischenfazit.....	198
9.3.3 Mediale Reflexion der Themen und Meinungen	199
9.3.4 Zitationsverhalten und Quellennutzung der Journalisten	206
9.3.5 Zwischenfazit.....	209
10. Schlussbetrachtung.....	212
10.1 Fazit	212
10.2 Limitation und Ausblick	215
Literaturverzeichnis	
Anhang	
Digitaler Anhang.....	

1. Einleitung

Als am 11. September 2001 drei Flugzeuge in das World Trade Center und das Pentagon stürzten, war dies der Beginn einer Zeit, in der die Bekämpfung des internationalen Terrorismus zur zentralen sicherheitspolitischen Orientierung der westlichen Staatenwelt wurde. Bundeskanzler Gerhard Schröder reagierte auf die Anschläge mit der Erklärung der „uneingeschränkten Solidarität“ mit den USA und bereitete den Weg für den längsten Auslandseinsatz der Bundeswehr. Afghanistan sollte nie wieder die „Brutstätte“ internationaler Terroristen¹ sein und zu einem demokratischen Staat nach westlichem Vorbild aufgebaut werden. Das Taliban-Regime wurde gestürzt und eine Übergangsregierung eingesetzt, die durch eine internationale Schutztruppe ISAF (International Security Assistance Force) gesichert werden sollte, an der sich auch Deutschland beteiligte. Im Laufe der Jahre wurde die Hoffnung auf rasche Erfolge bei der Stabilisierung und beim Wiederaufbau Afghanistans jedoch enttäuscht. Anstelle eines schnellen Truppenabzugs wurden sowohl der Umfang als auch die Truppenobergrenze des Mandats bis 2010 stetig ausgeweitet. Die Zahl der beteiligten Bundeswehrsoldaten ist von 1.200 im Dezember 2001 auf 5.350 im März 2011 angestiegen, bevor 2012 ein langsamer Truppenabzug eingeleitet wurde.

Immer wieder wird die deutsche Öffentlichkeit von der Nachricht über den Tod deutscher Soldaten erschüttert. Über 50 deutsche Soldaten sind seit Beginn des Militäreinsatzes getötet worden. Jeder einzelne von ihnen wirft Fragen nach der Sinnhaftigkeit des Einsatzes auf. Das militärische Engagement in Afghanistan kostete bislang mehr als sieben Milliarden Euro, ungeachtet der Folge- und Opportunitätskosten. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung geht bei einem „realistischeren Szenario eines schrittweisen Rückzugs ab 2013“ und einer Berücksichtigung aller Kosten sogar von einer Belastung von 36 Milliarden Euro für den deutschen Steuerzahler aus (DIW, 2010). Bedingt durch die hohen Kosten des Einsatzes und die Lebensgefahr für deutsche Soldaten ist es verstärkt notwendig, dass die Politik die Gründe für das Afghanistan-Engagement vor der Öffentlichkeit erklärt.

¹ Es wird darauf hingewiesen, dass mit sämtlichen Personenbezeichnungen beide Geschlechter gemeint sind, auch wenn aus Gründen der Lesbarkeit und des Textflusses das generische Maskulinum verwendet wurde.

Politische Entscheidungen sind in demokratischen Gesellschaften begründungsbedürftig und müssen der eigenen Bevölkerung daher vermittelt werden, weil sie auf die Zustimmung der Bevölkerung zurückgeführt werden müssen. In einem wertgeladenen Demokratiekonzept besteht eine „Verpflichtung zur Legitimation durch Kommunikation“ (Sarcinelli, 1998, S. 11.), weshalb politische Entscheidungsträger ihr Handeln rechtfertigen und sich möglicher Kritik stellen müssen. Nach deutschem Gesetz ist die Entsendung der Bundeswehr erst mit Genehmigung des Bundestages möglich. Das Parlament ist die Plattform, auf der die Ergebnisse interner Debatten vorgestellt, Meinungen ausgetauscht und Informationen über die politischen Positionen für die Öffentlichkeit bereitgestellt werden. Es ist daher die Aufgabe der Bundestagsabgeordneten, die Sinnhaftigkeit des Einsatzes zu prüfen und ihre Zustimmung oder Ablehnung zu begründen.

Militärische Einsätze, wie der Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan, sind eine außergewöhnliche Herausforderung für die demokratische Gesellschaft. Der Legitimationsbedarf bei Militäreinsätzen ist im Vergleich zu anderen Politikfeldern besonders hoch. Zum einen sind Verteidigungs- und Sicherheitspolitik aufgrund der komplexen Strukturen und der gefühlten Distanz zur eigenen Lebenswirklichkeit den Bürgern nur schwer zu vermitteln. Dass die Sicherheit Deutschlands auch am Hindukusch verteidigt wird, wie es Bundesverteidigungsminister Peter Struck 2002 formulierte, ist nicht leicht nachzuvollziehen. Zum anderen erhöht die Tragweite von Entscheidungen über die Gefährdung von Menschenleben, sowohl von deutschen Soldaten als auch von der afghanischen Zivilbevölkerung, den Anspruch an die Politik, den Nutzen des Einsatzes trotz der großen Belastungen herauszustellen. Die enormen materiellen Kosten und die Trauer um die gefallenen Soldaten stellen die Politiker hinsichtlich ihrer Begründungsversuche vor große Herausforderungen. Löffelholz (2004) folgert: „In demokratischen Gesellschaften gehören Entscheidungen über Krieg und Frieden zu den wichtigsten Themen. Kommunikative Aspekte spielen dabei (...) eine zunehmend wichtige Rolle“ (S.55).

Die Vermittlung von Argumenten, die den Sinn bzw. die Sinnlosigkeit des Einsatzes begründen, findet durch die Massenmedien statt, denn sie fungieren in modernen Gesellschaften als Mittler zwischen Politik und Bevölkerung. Der Journalismus hat die Aufgabe, das Spektrum unterschiedlicher politischer Meinungen kritisch zu begleiten und möglichst vollständig abzubilden. Die Medien haben eine Kritik- und Kontrollfunktion gegenüber der Politik und sollten fehlerhaftes Verhalten aufde-

cken. Sie dürfen ihren demokratietheoretisch begründeten Qualitätsanspruch, die verschiedenen Positionen zu einem Thema darzustellen und zu hinterfragen, nicht vernachlässigen. Andernfalls ist ein grundlegendes Prinzip demokratischer Gesellschaften nicht erfüllt und die Möglichkeit zur freien Meinungsbildung, die für Demokratien konstitutiv ist, gefährdet (Arnold, 2009, S. 139).

Besonders im Kontext von Militäreinsätzen, die in der Regel von einem breiten lagerübergreifenden Konsens im Bundestag getragen werden, hat die „Kontrollmacht der öffentlichen Meinung eine hohe demokratiewissenschaftliche Relevanz“ (Eilders & Lüter, 2002, S.103). Die Entscheidung über einen Militäreinsatz ist keine Routinepolitik, die im kleinen Kreis politischer Eliten verhandelt werden darf und erfordert deshalb eine öffentliche Auseinandersetzung in den Massenmedien. Es ist wichtig, dass die Medien die Argumente der Regierung und der politischen Elite nicht ohne kritische Reflexion wiedergeben, sondern das gesamte Meinungsspektrum abbilden, auch eigene konträre Vorstellungen einbringen und regierungskritische Stimmen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft aufgreifen. Die reine Indizierung der politischen Meinung ohne Einbeziehung anderer Stimmen beschreibt Bennett (1990) mit seiner Indexing-Hypothese. Die schwierige Quellenlage, die symbiotische Nähe von Journalismus und Politik und das Informationsmonopol militärischer und staatlicher Quellen können dazu führen, dass die Berichterstattung über einen Militäreinsatz nur ein Spiegel der Meinungsverteilung in der politischen Elite ist.

Dieses Forschungsprojekt widmet sich der Frage, *wie politische Akteure ihre Zustimmung oder Ablehnung zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr im zeitlichen Verlauf legitimieren und wie ihre Argumente medial reflektiert werden*. Es soll untersucht werden, mit welchen Argumenten die beiden Bundeswehrmandate OEF („Operation Enduring Freedom“, Terrorismusbekämpfung) und ISAF seit ihrer Genehmigung im November (OEF) bzw. Dezember (ISAF) 2001 bis zum Jahr 2012 legitimiert und delegitimiert wurden. Dabei ist vor allem die Veränderung der Argumente im zeitlichen Verlauf des Einsatzes von Interesse. Die insgesamt 23 Bundestagsbeschlüsse zu den Mandaten bilden die Untersuchungszeiträume, da das Parlament die zentrale institutionelle Plattform zur Legitimation des Einsatzes darstellt.

Darüber hinaus wird in dieser Studie nach der Rolle der Medien im Legitimationsdiskurs über den Afghanistan-Einsatz gefragt: Folgen sie Argumentation und Meinung der Politiker, nehmen sie eine neutrale Vermittlerrolle ein oder bestimmen sie aktiv die Themensetzung der Debatte? Um die me-

diale Reflexion der politischen Legitimationsbemühungen zu überprüfen, soll die Berichterstattung der auflagenstärksten überregionalen Tageszeitungen Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Bild, Die Welt, taz sowie der Zeitschriften Focus und Spiegel vor und nach den jeweiligen Bundestagsbeschlüssen untersucht werden.

Um die Argumentationsmuster zu analysieren, wird die Framing-Theorie als Grundlage für die Inhaltsanalyse verwendet. Zunächst werden die einzelnen Argumentationsmuster, die im Kontext der Legitimation des Afghanistan-Einsatzes verwendet werden, herausgearbeitet (Frame-Identifikation). Ein Frame kann sich auf verschiedene Unterdimensionen beziehen und besteht aus den Elementen Themendefinition, Ursache, Bewertung und Handlungsempfehlung. Anschließend wird die Häufigkeit der Frames im gesamten Untersuchungszeitraum untersucht (Frame-Erhebung). Darüber hinaus werden qualitative Experteninterviews mit einigen der im Legitimationsdiskurs am häufigsten kommunizierenden Bundestagsabgeordneten und Journalisten geführt. Ziel ist es, die Entstehungsebene der Argumentationsmuster zu beleuchten und somit die Ergebnisse der Framing-Analyse einzurichten.

Im Rahmen des theoretischen Hintergrunds der vorliegenden Arbeit wird zunächst die Notwendigkeit der Legitimation von politischen Entscheidungen durch Kommunikation erläutert (2.1). In Kapitel 2.2 wird die Rolle der Massenmedien im Legitimationsprozess demokratischer Gesellschaften dargestellt und der demokratietheoretisch begründete Qualitätsanspruch an die Medien erläutert. Anschließend werden die besonderen Umweltbedingungen und Herausforderungen an Politik und Medien dargestellt, die im Kontext von Militäreinsätzen relevant sind (2.3). Hier werden auch Annahmen und Befunde über das Verhalten der Medien in Kriegssituationen umrissen. Unter 2.4 und 2.5 werden die für diese Studie zentrale Indexing-Hypothese sowie weitere Modelle zu Wirkungsmechanismen zwischen Politik und Medien im Kontext von Militäreinsätzen vorgestellt. Es folgen Ausführungen zu den Hintergründen des Afghanistan-Konflikts als Fallbeispiel dieser Studie sowie zur Debatte in der deutschen Öffentlichkeit (3.). Im vierten Kapitel werden Forschungsfrage und Forschungsinteresse näher erläutert, dimensioniert und in Hypothesen transformiert. Im fünften Kapitel wird die Methode näher vorgestellt und die Vorgehensweise erläutert. Der Frame-Identifikation und der Auszählung der Frames (5.1) folgen Ausführungen zu den qualitativen Experteninterviews (5.2). Anschließend werden die Ergebnisse der einzelnen Erhebungsschritte vorgestellt: Die im Untersuchungsmaterial gefundenen Argumentationsmuster/Frames (6.), die Ergebnis-

se der Frame-Erhebung (7.) und der qualitativen Experteninterviews (8.). Im neunten Kapitel werden die Ergebnisse hinsichtlich der Teildimensionen der Forschungsfrage zusammengeführt, eingeordnet und diskutiert. Abschließend werden diese Erkenntnisse im Fazit zusammengefasst und kontextualisiert.

2. Theoretischer Hintergrund

2.1 Demokratietheoretische Vorüberlegungen

Die Fragen, welche die vorliegende Studie beantworten soll, sind tief verwurzelt in kommunikations-theoretischen Überlegungen zur Legitimität – Legitimität der politischen Elite selbst, aber auch Legitimität der innerhalb der politischen Elite zu treffenden Entscheidungen. In demokratischen Staaten finden politische Entscheidungsprozesse, ganz gleich welcher Art, nicht im luftleeren Raum statt, sie durchqueren vielmehr verschiedene Institutionen – namentlich die Regierung und das Parlament –, werden von der Öffentlichkeit aufgenommen und müssen schließlich vor der Bevölkerung legitimiert werden. Gerade im Hinblick auf die immer wieder zitierte „Medienmacht“ (vgl. Bergsdorf, 2005; Jäckel & Mai, 2008; Pörksen & Krischke, 2013) stellen sich damit wichtige Fragen, denen bei Entscheidungsprozessen zu Militäreinsätzen eine besondere Gewichtung entgegenkommt.

2.1.1 Legitimität als demokratietheoretische Bezugsgröße

Im Sinne einer „demokratietheoretische[n] Fundamentalkategorie politischer Kommunikation“ definiert Politikwissenschaftler Ulrich Sarcinelli Legitimität als die Verknüpfung des Geltungsanspruchs politischer Herrschaft an eine „kommunikative Begründungsleistung“ (Sarcinelli, 1998, S. 253). Entscheidungen dürfen also nicht einfach gefällt werden, sondern bedürfen einer Rechtfertigung. Der Zustand Legitimität beschreibt die „Anerkennungswürdigkeit eines Gemeinwesens und seiner Herrschaftsordnung“ (ebd.) und macht diese nur durch permanente Kommunikation und das Publik machen des politischen Handelns möglich. Sarcinelli (1998) bezeichnet dies als „Rückbindung an den Willen der Herrschaftsunterworfenen“ (S. 254). Demokratisch gewählte Regierungen haben den Anspruch, vertrauens- und zustimmungswürdig zu erscheinen, weshalb sie ihre Existenz, ihre Ziele und die Art und Weise, wie sie beabsichtigen diese Ziele zu erreichen, ständig publik machen müssen. Grimmer unterscheidet die formale von der materiellen Legitimation staatlicher Entscheidun-

gen: Während die formale Ebene die „Rechtfertigung staatlicher Herrschaft in der Einhaltung formaler Verfahren (Wahlen, Gesetzgebung, Rechtsprechung usw.)“ beschreibt (Grimmer, 1976, S. 43), kennzeichnet der Legitimationsbegriff auf materieller Ebene „die inhaltlich-sächliche Rechtfertigung und Zustimmung für den Staat“ (ebd., S. 44). Zur Schaffung materieller Legitimation sichert der Staat der Bevölkerung Grundrechte mithilfe einer Verfassung zu und garantiert gleichzeitig Sicherheit und Ordnung (ebd., S. 58). Mit der Schaffung und Aufrechterhaltung von Sicherheit rechtfertigt der Staat also seine Existenz gegenüber dem Volk, er legitimiert sich als Ganzes. Für die Sicherheit und Freiheit des deutschen Volkes zu sorgen ist – so viel sei vorweggenommen – auch im Rahmen der Rechtfertigung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan ein entscheidendes Element und seit Peter Strucks Aussage „Unsere Sicherheit wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt“ für die Debatte prägend. Es geht jedoch nicht ausschließlich um die Legitimität des gesamten Staatsapparates, sondern auch um das besondere Legitimationsbedürfnis von Einzelentscheidungen. Dies ist entscheidend, weil Wahlen als Form der Rückbindung an das Volk nicht ausreichen, um politisches Handeln auf materieller Ebene zu legitimieren. Dies stünde im Widerspruch zu den sich ständig ändernden Umweltbedingungen und wechselnden Ansprüchen der Bevölkerung. Wahlen können nicht als „generalisierende Mandate“ (Pfetsch, 1998, S. 239) funktionieren und im Rhythmus mehrerer Jahre schon alleine aufgrund der großen zeitlichen Abstände nicht all diese Veränderungen auffangen und einzelne Sachentscheidungen mit einbeziehen. Der Legitimitätszustand ist damit nicht vom Legitimationsprozess, aus dem er erwächst (Hennis, 1976, S. 12; Kaase, 1995, S. 389) zu trennen (vgl. Sarcinelli, 1998). Hierin begründet sich die Notwendigkeit des ständigen Rückkopplungsprozesses zwischen Politik und Bürgern (ebd.). Es ist jedoch fraglich, ob der Legitimationsanspruch an die Politik immer gleichbleibend hoch ist, oder Schwankungen unterliegt. Eilders und Lüter (2002) bemerken dazu, dass es durchaus denkbar ist, dass der Kommunikationsprozess nach außen eingeschränkt oder gar teilweise ausgeschaltet wird, so lange es um die Klärung von Routinefragen geht (S. 103). Die „Schließung der öffentlichen Debatte“ (ebd.) wird aber zunehmend problematisch, je existenzieller und wichtiger die Probleme sind, die es zu lösen gilt. Als Beispiel für solche Extremfälle, in denen ein legitimatorischer Anspruch besonders hoch ist, nennen Eilders und Lüter Beschlüsse zum Einsatz des Militärs (siehe Kapitel 2.4.5) (ebd.). Außen- und sicherheitspolitische Ereignisse wie der 11. September 2001 machen deutlich, wie die politische Klasse bei sich plötzlich verändernden Bedingungen zwischen zwei Wahlen unter einem besonderen Handlungsdruck stehen

kann. Die Reaktion auf einen Angriff, der zwar in erster Linie die USA traf, in der Öffentlichkeit aber immer wieder als Angriff gegen die gesamte westliche Welt (Widder, 2008, S. 4) verstanden wurde, muss seitens der Politik gerechtfertigt werden. Auf die Besonderheit, dass Legitimität nicht nur durch die Regierung, sondern das gesamte Parlament erzielt werden muss, wird an späterer Stelle noch einzugehen sein (siehe Kapitel 2.1.2).

Eilders und Lüter betonen zudem die gesteigerte Wichtigkeit dieses kommunikativen Vorgangs wenn im Parlament über eine Frage solcher Tragweite weitestgehend Konsens herrscht. Auseinandersetzungen über die Legitimität von Militäreinsätzen müssen demnach immer an die „Regeln des pluralistischen Meinungsstreits rückgebunden“ werden, die Relevanz der öffentlichen Meinung steigt gerade dann, wenn im Parlament weitestgehend Einigkeit herrscht (Eilders & Lüter, 2002, S. 103).

Sarcinelli betont aus weiteren Gründen bereits 1987 den gestiegenen Legitimationsbedarf der Politik (S. 27) und erkennt eine besondere Pflicht zur Begründungsleistung aufgrund des strukturellen Profilverlusts politischer Richtungsgruppen:

Wo aber maßgeblich politische Organisationen wie zum Beispiel Parteien oder Gewerkschaften sich von ihren traditionellen sozialen Kontexten lösen und Loyalität sich nicht mehr quasi automatisch aufgrund sozialer Gruppenzugehörigkeit ergeben, dort muß Zustimmung in verstärktem Maße organisiert werden; dort erhöht sich der Rechtfertigungs- und Begründungsbedarf für politisches Handeln (Sarcinelli, 1987, S. 27).

Wie aktuell diese Überlegungen auch heute noch sind, wird klar, wenn man sich vor Augen führt, dass die an der Bundesregierung beteiligte Fraktion Bündnis 90/Grüne im Jahr 2001 (wenn auch nach innerparteilichen Auseinandersetzungen) das erste Bundeswehr-Mandat in Afghanistan mit auf den Weg brachte. Dabei handelt es sich um einen bemerkenswerten Vorgang, war doch die Partei eher für ihre kriegsablehnende Haltung (Eilders & Lüter, 2002, S. 103) bekannt.

Versucht man sich dem Begriff Legitimität als Forschungsgegenstand zu nähern, so eignen sich als systematische Zugänge laut Sarcinelli (1998) die aus dem Angelsächsischen stammenden polity-, policy- und politics-Dimensionen des Politikbegriffes (S. 255), von denen in der vorliegenden Studie die Bereiche der polity und policy relevant sind.

Polity-Dimension

Im Rahmen der polity-Dimension wird die Rolle der Medien in das Verhältnis zur Rolle der Politik gesetzt. Die hieraus erwachsenden Fragen beziehen sich laut Sarcinelli auf die Autonomie des Mediensystems, ob die Medien eher stark oder schwach sind und ob sie ihrer Rolle als „Zentralinstanzen der Herstellung von Öffentlichkeit, der Informationsbeschaffung und –weitergabe, der demokratischen Meinungsbildung sowie der Kontrolle und Kritik“ ausreichend wahrnehmen (Sarcinelli, 1998, S. 255).

Policy-Dimension

Die policy-Dimension als Ebene der Politikinhalte eignet sich für eine Untersuchung des Legitimitätskomplexes, wenn es darum geht, inwieweit politische Kommunikation und deren Inhalte eine tragende Rolle spielen, um Legitimität zu erzeugen. Im Mittelpunkt steht hier die Rückbindung an einen in der Öffentlichkeit stattfindenden Diskurs (Sarcinelli, 1998, S. 255) und somit ein „Regieren durch Kommunikation“ (Kamps & Nieland, 2006, S. 10). Während also auf polity-Ebene untersucht wird, in welchem Verhältnis Politik und Medien bezüglich einer Sachfrage stehen, wird auf der policy-Dimension der inhaltliche Umgang mit dieser Sachfrage beleuchtet. Letzteres gewinnt vor allem bei erhöhter Brisanz der Sachfrage, die bei Fragen zu Militäreinsätzen zu vermuten ist, von Relevanz.

2.1.2 Schaffung von Legitimität durch das Parlament

Der aus dem polity-Ansatz hervorgehende Drang zur Öffentlichkeitsarbeit, welche der Legitimationsauftrag voraussetzt, betrifft nicht nur die Regierung (vgl. Pfetsch, 1998, S. 238; Gebauer, 1998), sondern auch – und vor allem – das Parlament (Patzelt, 2006, S. 139; Patzelt, 1998, S. 431). Das Parlament muss nicht nur der Pflicht nachkommen, in Form von Plenardebatten Öffentlichkeit für das Regierungshandeln herzustellen (Oberreuter, 1980, S. 66), sondern hat die Aufgabe, die Regierung zur Kommunikation über ihre Absichten zu zwingen (Patzelt, 2006., S. 145). Damit übt das Parlament eine Funktion als Kontrollinstanz gegenüber der Regierung aus, die für den Legitimationsprozess unverzichtbar erscheint. Mit Bezug auf Graber (1992) beschreibt Patzelt das Parlament als jenen Ort, in dem sämtliche wichtigen Kommunikationsströme zusammenfließen:

Indem Parlamente sich als dauerhafte und politisch einflussreiche Institutionen verfestigten, wurden sie also wichtige Faktoren der Vermehrung und Intensivierung politischer Kommunikation.

tion. In halbwegen machtvollen Vertretungskörperschaften laufen letztlich alle politischen Kommunikationsstränge einer Gesellschaft zusammen und machen das Parlament zu einer zentralen politischen Kommunikationsagentur. (Patzelt, 1998, S. 431)

Parlamente legitimieren sich demnach, indem sie eine repräsentatorische Funktion übernehmen und den Willen der Repräsentierten vertreten. Die Meinungsverteilung in der Bevölkerung wird im Idealfall durch die Meinungsverteilung im Parlament gespiegelt. Dies verlangt jedoch nach ständiger Rückkopplung zu den Repräsentierten, in Form von „Responsivität“ (Patzelt, 1998, S. 432, 435). Oberreuter weist darüber hinaus darauf hin, dass sich das Parlament auch selbst legitimieren muss: „Der parlamentarische Entscheidungsprozeß dient nicht nur der Legitimierung; er unterliegt ihr vielmehr auch selbst“ (1980, S. 66). So versucht das Parlament Legitimität für sich selbst als Institution zu erzielen, indem es dem Volk vermittelt, seine Interessen ernst zu nehmen und ausreichend zu vertreten. Faktisch gestaltet sich die Öffentlichkeitsfunktion durch „Dokumentation und Erläuterung politischer Positionen in Plenardebatten, öffentlichen Veranstaltungen, Interviews und Talkrunden“ (Patzelt, 2006, S. 153).

Zudem erheben auch Oppositionsfaktionen als Teilbereich des Bundestages einen besonderen Öffentlichkeitsanspruch, wenn es darum geht, Gegenpositionen zur Regierung und den Regierungsfraktionen zu legitimieren. Das Kundtun von Kritik und Gegenkritik in Form eines kommunikativen Prozesses bezeichnet Steffani (1998, S. 456) als „den Kernbestand einer jeden pluralistischen Demokratie“ und einen „wichtigen Aspekt allgemeiner Meinungsäußerungsfreiheit“ (ebd.). Konkret gestaltet sich die Arbeit der Oppositionen in Form Ausschüssen, in welchen oppositionelle Positionen festgestellt werden und Reden im Plenum, wo diese schließlich öffentlich begründet werden (Steffani, 1998, S. 458). Steffani verweist schließlich auf drei wesentliche Funktionen der Oppositionskommunikation: (1) Der Versuch der Einflussnahme auf Regierungsentscheidungen durch kritische Stellungnahme. (2) Das Bewerten der Regierung anhand ihrer Versprechungen. Und (3) die Regierung und Regierungsfraktion zur öffentlichen Rechtfertigung ihrer Handlungen zu bewegen – also ihrerseits wiederum Legitimität zu erzeugen.

2.1.3 Zum Beschluss von militärischen Auslandseinsätzen durch das Parlament

Die Bundeswehr als Parlamentsarmee

Wie unter 2.1.1 beschrieben, trifft politische Akteure bei Fragen zu Militäreinsätzen als Ausnahmesituation eine besondere Legitimationspflicht. Meyer (2006) beschreibt, wie in der Bundesrepublik Deutschland dem gesamten Bundestag weitreichende Mitbestimmungsrechte bei Fragen zum deutschen Militär eingeräumt werden. So finden sich im Grundgesetz indirekte Mitbestimmungsrechte für Parlamentarier, etwa über die allgemeine Gesetzgebung (Art. 59 Abs. 2 GG), den Etat des Verteidigungsministeriums über den Bundeshaushalt (Art. 87a Abs. 1 GG) oder die Möglichkeit zum konstruktiven Misstrauensvotum auf Grundlage des Art. 67 GG betreffend, die denen anderer Nationen weitgehend ähneln (Meyer, 2006, S. 52). Zum anderen betont Meyer auch einige Besonderheiten, die den Bundestag von anderen Parlamenten unterscheidet und mit Blick auf die deutsche Historie „unkontrollierte Machtausübung“ (ebd.) verhindern sollen. Dazu gehören die Beschlüsse zum Vorliegen des Spannungsfalles (Art. 80a Abs. 1 GG) und des Verteidigungsfalles (Art. 115a Abs. 1 GG), für die jeweils eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Bundestages benötigt wird. Auch die besondere Kontrolle militärischer Vorgänge durch den Verteidigungsausschuss sowie dessen Fähigkeit sich selbst zum Untersuchungsausschuss zu machen sichert dem Bundestag umfassende Rechte zur Einflussnahme zu (vgl. Meyer, 2006, S. 52). Die an dieser Stelle exemplarisch vorgestellten Mitbestimmungsrechte machen deutlich, weshalb die Bundeswehr häufig als Parlamentsarmee bezeichnet wird. Sie erklären auch, warum Fragen nach der Legitimität von Militäreinsätzen alleine durch Untersuchung von Regierungskommunikation nicht ausreichend zu beantworten wären. Vielmehr scheint eine Analyse der im gesamten Parlament geführten Debatte notwendig.

Zur ethischen Legitimierbarkeit von Militäreinsätzen

Der erhöhte Legitimationsbedarf von Militäreinsätzen, dem das Grundgesetz wie oben beschrieben mit verstärkter Einbindung des gesamten Parlaments Rechnung trägt, erklärt sich vor allem durch die bewusste, potentielle Gefahrenaussetzung deutscher Soldaten als „Staatsbürger in Uniform“ (von Rosen, 2006, S. 171). Die Vorstellung, das Leben von Bundeswehrsoldaten mit einem solchen Einsatz bewusst zu riskieren, wirft nicht nur auf der rein parlamentarischen Beschlussebene Fragen auf, sondern ist auch im ethisch-moralischen Bereich diskussionswürdig. So verweist Ackermann (2011) darauf, dass Militäreinsätze nur als Ausnahme, als ultima ratio möglich sind und verweist ebenfalls

auf den erhöhten Begründungsbedarf durch das gesamte Parlament (S. 79). Die ethische Legitimität von Militäreinsätzen bemisst sich laut Ackermann an „real vorfindlichen Gewaltsituation“ (ebd., S. 80), und der Abwägung, inwieweit diese sich mit militärischen Mitteln eindämmen lassen. Mit anderen Worten: Eine militärische Intervention lässt sich nur dann rechtfertigen, wenn sich einzig und allein durch sie größere Gewalt, höhere Opferzahlen usw. verhindern lassen. Der Einsatz militärischer Mittel ist zudem stets insofern begrenzt, als dass er grundsätzlich in ein nach dem „Gerechten Frieden ausgerichtete[s] Konzept“ eingebunden sein muss (ebd., S. 81). Ackermann verweist zudem darauf, dass die Legitimität von Militäreinsätzen grundsätzlich fragil ist. Sie kann niemals allgemeingültig sein, sondern müsse von Fall zu Fall, als auch innerhalb kurzer zeitlicher Abstände neu erzeugt werden. Genau aus diesem Grund scheint die ständige öffentliche Debatte unverzichtbar. Dazu heißt es weiter:

Seitens der politisch Verantwortlichen gilt es, mittels einer kritischen und transparenten Evaluierung der Einsätze wichtige Voraussetzungen für diesen Diskurs zu schaffen. Andernfalls wird ein anwachsendes, gelegentlich diffuses gesellschaftliches Unbehagen die erforderliche politische Durchhaltefähigkeit untergraben. Die gesellschaftliche Verständigung (...) schafft erst den Rahmen, innerhalb dessen eine sachgerechte Auseinandersetzung über militärische Mittel geführt werden kann. (Ackermann, 2011, S. 81)

Kriegslegitimation im Wandel der Zeit

Neben der doch etwas abstrakten Einsatzbegründung „Eindämmung bzw. Verhinderung der Gewalt“ sind jedoch seit Ende des 20. Jahrhunderts noch weitere, tiefergehende Legitimationsgrundlagen verwendet worden, allen voran humanitäre Motive, Sicherung von Menschenrechten und Sicherheitsinteressen im Kampf gegen den Terrorismus (Bilke, 2008, S. 151). Für großen Aufruhr sorgte die Begründung des Irak-Krieges 2003 mit Saddam Husseins angeblichem Besitz von Massenvernichtungswaffen, welche sich schlussendlich als falsch herausstellte. Die Hervorhebung von oft emotional gefärbten Opfergeschichten und die Dämonisierung der Täter sind weitere Merkmale der Legitimation (ebd., S. 151-154). In der öffentlichen Argumentation wird oft die Gerechtigkeit des Anlasses (z. B. Bedrohung für den Frieden), die Gerechtigkeit des Zwecks (z. B. mehr Sicherheit), der Mangel an alternativen Lösungen, die Legitimität des handelnden Akteurs und die schonende Art der Durchführung betont (ebd., S. 155).

Veränderungen der Konfliktkonstellationen der politischen Kommunikation und des globalen Mediensystems führten zu einem Bedeutungszuwachs kommunikativer Aspekte in der Sicherheitspoli-

tik. Nach dem Ende des Kalten Krieges traten neue Arten von Kriegen an die Stelle der alten Konfliktmuster, die von der bipolaren Weltordnung geprägt waren (Löffelholz, 2004, S. 15). Während die Zahl zwischenstaatlicher Kriege sinkt, gewinnen solche inner- und substaatlichen Gewaltkonflikte an Bedeutung, in denen mindestens eine Partei ein nicht-staatlicher Akteur ist. Diese neuen Kriege sind durch Privatisierung, Kommerzialisierung, asymmetrische Gewaltstrategien und die Diffusion von Gewalt gekennzeichnet (Rittberger et al., 2010, S. 380). Hinzu kommt die Internationalisierung von regionalen Konflikten und der Relevanzgewinn von internationalen Organisationen, wie der UNO oder der NATO (ebd., S. 372). Die Aufteilung der Welt in eindeutig identifizierbare Lager hat sich aufgelöst und die Komplexität der Strukturen und der Risiken hat sich erhöht. Diese Entwicklung begründet den gesteigerten Drang zur „kommunikativen Begründungsleistung“ (Sarcinelli 1998, S. 253). Es entstehen „Interventionsarmeen“, die primär zur Kriseneindämmung und Konfliktbewältigung an den regionalen Brennpunkten eingesetzt werden“ (Reeb, 2004, S. 202).

Krieg, Konflikt, Krise

Mit Blick auf das Fallbeispiel, anhand dessen in der vorliegenden Studie Legitimationsprozesse und deren mediale Reflexion untersucht werden, erscheinen einige Begriffsklärung an dieser Stelle wichtig. Die Tragweite und Problemstellungen von Entscheidungen zu militärischen Einsätzen wurden in diesem Kapitel bereits erläutert, jedoch wird allein die Begrifflichkeit „Militäreinsatz“ der Thematik nicht ausreichend gerecht. Gerade hinsichtlich der ab einem gewissen Zeitpunkt akzeptierten Bezeichnung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan als Teilnahme an einem Krieg werden eine genaue Begriffsdefinition sowie deren Abgrenzung zu Krise und Konflikt notwendig. Krieg ist laut Meyers (1994) „der Versuch von Staaten, staatsähnlichen oder gesellschaftlichen Großgruppen (...) ihre machtpolitischen, wirtschaftlichen oder weltanschaulichen Ziele mittels organisierter bewaffneter Gewalt durchzusetzen“ (S. 24). Der Begriff des Konflikts beinhaltet nicht notwendigerweise die Gewaltanwendung (Bilke, 2008, S. 140). Die Verwendung unterschiedlicher Bezeichnungen und die Differenz zu der völkerrechtlichen Definition eines Krieges zeigt an dieser Stelle bereits die Deutungshoheit der Massenmedien. Ein Krieg wird zu einer Krise, wenn er öffentlich von einer breiten Mehrheit als solche wahrgenommen wird. Krisen sind „Zeiten großer Dynamik und nachhaltigen Wandels“ (Hafez, 2001, S. 152) und haben daher eine besondere Wichtigkeit für eine Gesellschaft.

2.1.4 Zwischenfazit

In den theoretischen Ausführungen wird deutlich, dass Legitimität „kommunikativ“ (Sarcinelli, 1998, S. 253) begründet werden muss und Wahlen allein nicht ausreichen, um eine Entscheidung, beispielsweise über die Teilnahme an einem militärischen Einsatz, vor der Bevölkerung zu rechtferigen. Der Legitimationsprozess zeichnet sich daher im Idealfall durch die ständige Rückkopplung zwischen dem Parlament und den Bürgern aus. Die Bedeutung der Opposition ist hier hervorzuheben, denn sie muss die Möglichkeit erhalten, Kritik und Gegenkritik an Entscheidungen oder Entscheidungsgegenständen zu äußern und sie den Bürgern somit für eine Entscheidungsfindung verfügbar machen. In Deutschland hat das Parlament in Militärfragen einen hohen Stellenwert durch ausgeprägte Mitbestimmungsrechte. Aus diesem Grund stellt eine Analyse der Debatten über die Parlamentskommunikation zu diesem Thema einen guten Ansatz zur Untersuchung der Legitimationskommunikation dar. Gerade bei Debatten über militärische Einsätze wird erwartet, dass moralisch-ethische Fragen aufgegriffen werden.

2.2 Stellenwert der Medien

Medien nehmen die Rolle von „Zentralinstanzen“ (Sarcinelli, 2011, S. 92) ein, die für die Informationsbeschaffung und die demokratische Meinungsbildung, aber auch für die Kontrolle und die Kritik an der Regierung wichtig sind. Erst durch Massenmedien wird die „Rückbindung von politischen Herrschaftspositionen und politischen Entscheidungen an die Präferenzen der Bürger“ (Gerhards, 1998, S. 269) öffentlich. Patzelt (2006) erläutert, dass die Medien im Rahmen der notwendigen Kontrolle des parlamentarischen Prozesses die Möglichkeit haben, Gegenmeinungen einzubeziehen, diese öffentlich zu machen und so die parlamentarische Kontrolle zu verstärken: „Spielen die Massenmedien aber mit, so kann die öffentliche Meinung über die parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten ins Spiel gebracht, zum Schwungrad gerade oppositioneller Wirksamkeit werden.“ (S. 145). Der Ausdruck von Kritik sei überhaupt der Kern der Oppositionsarbeit und diese sei wiederum nur möglich, wenn die Medien die Oppositiokritik aufgreifen und der Gegenmeinung ein Forum geben (ebd.). Anlehnend benennt Pfetsch (1998) die Medien als ein „Frühwarnsystem“ (S. 239) für Konflikte und Problemlagen, die sich aus politischem Handeln ergeben können oder politischen Akteuren einen Hinweis darauf geben, wie es um Meinungen innerhalb der Bevölkerung bestellt ist. Von besonderer Bedeutung ist hier die Frage, inwieweit Medienprozesse Einfluss auf den politi-

schen Prozess nehmen können und ihn ggf. sogar verändern. Denkbar sind eine Beeinflussung des Legitimationsprozesses und eine Beeinflussung der Art und Weise, wie politisches Handeln legitimiert wird. Dies spielt sich vor dem Hintergrund ab, dass politische Akteure selbst Medienrezipienten sind und eine Betrachtung ihres Mediennutzungsverhaltens Aufschluss über die Bedingungen der Vermittlung politischer Entscheidungen geben kann (Scherer, 2002). Politische Akteure können einerseits Thema der Berichterstattung sein, andererseits sind sie aber auch Rezipienten ebendieser. Laut Scherer (2002) ist zu untersuchen, auf welche Art und Weise politische Akteure Medien nutzen, welche zusätzlichen Informationsquellen sie hinzuziehen und unter welchen Bedingungen sie an diese Informationen gelangen. Im politisch-massenmedialen Wechselspiel können bedingt durch verschiedene Einflussfaktoren Ungleichgewichte entstehen, etwa wenn Massenmedien zum Zwecke der politischen Public Relations instrumentalisiert werden. Der Journalismus darf aber kein einfaches „Verlautbarungsorgan“ oder ein „Anhänger der Politik“ (Altmeppen & Löffelholz, 1998, S. 97) sein. Andererseits sind politische Akteure nichtsdestotrotz auf die Medien angewiesen, um ihre Ansichten publik zu machen. Um ihrem hohen Stellenwert gerecht zu werden, müssen die Medien daher ihrerseits beachten, dass die sie den an sie angelegten Qualitätsansprüchen gerecht werden, die sich aus ihrer Stellung im demokratischen System ergeben.

2.2.1 Qualität der Berichterstattung und Ansätze zur Messung der Medien-Performanz

Der demokratietheoretische Anspruch an den Journalismus ist in Deutschland sehr groß, daher spielt die Auseinandersetzung mit der Qualität der Medienberichterstattung aus dieser Perspektive eine wichtige Rolle. Weischenberg (2001) stellt fest, dass Journalistinnen und Journalisten eine soziale Verantwortung dafür tragen, eine öffentliche Kommunikation über die Interessen, Sorgen und Nöte der Bevölkerung zu gewährleisten und dabei in Kauf nehmen müssen, in Konflikte mit denjenigen zu geraten, die Macht ausüben (S. 251). Um die Leistung zu beurteilen wurden verschiedene Ansätze verfolgt.

Über die Leistung der Medien hinsichtlich der Qualität ihrer Berichterstattung hat sich in den 1990er-Jahren eine wissenschaftliche Debatte entfacht. Es ging dabei nicht darum, einzelne Kriterien der Qualitätsmessung neu zu bewerten, sondern darum „ganze Indikatorenbündel“ (Arnold, 2007, S. 80) zu bestimmen, anhand derer sich die Qualität von Medienangeboten erfassen lässt. Es wurde

sich auf die Objektivitäts-, Pressekonzentrations-, Vielfalts- und Verständlichkeitsforschung berufen, die bereits Operationalisierungen für die empirische Qualitätsmessung bereitstellten (ebd.). Es stellt sich heraus, dass es sich bei dem Begriff Qualität um ein Merkmal handelt, das auf „Werten und Normen beruht“ (Hagen, 1995, S. 32) und die Beschaffenheit von etwas bezüglich seiner Erfordernisse bewertet. Bezuglich der Informationsqualität medialer Berichterstattung lassen sich unterschiedliche Betrachtungsdimensionen ausmachen. In den 2000er Jahren wurde der Diskurs um Journalismus-Qualität in der Folge der Medienkrise interessant. Es wurde diskutiert, ob sich durch verlorene Leser verzeichnete Einbrüche in den Werbeeinnahmen von Zeitungen und Zeitschriften zurückgewinnen lassen, wenn eine höhere publizistische Qualität geboten wird (Arnold, 2007, S. 81). Hier steht die Frage im Mittelpunkt, ob sich „hohe Qualität“ auch als Markterfolg auszeichnet. Ebenso ist es möglich, bei der Frage nach Qualität das Publikum zu betrachten, das in gewisser Weise im ständigen, jedoch hauptsächlich nicht-organisierten Diskurs über Qualität steht (Arnold, 2007, S. 82).

McQuail orientiert sich am normativ-demokratischen Ansatz, indem er ein komplexes Raster mit Kriterien zur Qualitätsmessung vorlegt. Als „Media Performance“ bezeichnet McQuail die Leistung der Medien. Sie sei nur in Bezug auf den normativen Anspruch an die Medien zu messen: Gesellschaftliche Normen und das öffentliche Interesse bilden die Grundlage zur Bestimmung der Qualität von Medienleistungen. Die Ansprüche an den Journalismus werden maßgeblich vom öffentlichen Interesse beeinflusst. Das öffentliche Interesse lässt sich wiederum aus unterschiedlichen Ansätzen herleiten, von denen laut McQuail die Theorie der gemeinsamen Interessen (Common interest theory) sehr wichtig ist. Sie geht davon aus, dass es in einer Gesellschaft bestimmte Interessen gibt, von denen angenommen wird, dass sie von allen geteilt werden (McQuail, 1992, S. 23). Dies sind die Kriterien von Freiheit, Gleichheit (Gerechtigkeit) und Ordnung (Solidarität) (Arnold, 2007, S. 86).

The three basic principles of freedom, equality and cohesive order have been worked out separately in terms of their implications for media performance (...) The apparent symmetry and coherence of this framework is largely an illusion. The key principles named embody potentially deep internal inconsistencies (e.g. liberty v. licence; absolute equality v. unequal but ‘fair’, shares; social control v. solidarity) and they may be mutually contradictotry. (McQuail, 1992, S. 77).

Es gibt viele Versuche zu definieren, was das öffentliche Interesse ist und welche spezifischen Anforderungen Medien erfüllen müssen, um ihm gerecht zu werden, doch McQuail nimmt Bezug auf Downs, der bereits 1962 drei spezifische Funktionen von öffentlichem Interesse in Bezug auf die

Medien erläutert hat. Erstens sollen Medien kritisch Bezug auf Regierungshandeln nehmen, damit sich jeder einzelne Bürger eine Meinung bilden kann und die politische Arbeit beurteilen kann. Zweitens impliziert öffentliches Interesse, dass es ein Allgemeinwohl gibt, in dessen Rahmen der Schutz individueller Interessen gewahrt werden muss. Drittens beruht das Konzept des öffentlichen Interesses darauf, Regierung zu kontrollieren und Entscheidungen zu lenken (McQuail, 1992, S. 20).

„Freiheit“ versteht McQuail als Meinungs- und Pressefreiheit. Sie verpflichtet die Medien dazu keinen speziellen Interessen zu dienen, sondern kritische, aber nicht „fundamental subversive Inhalte“ (Arnold, 2007, S. 87) zu veröffentlichen. Pressefreiheit dient des Weiteren verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen dazu, sich äußern zu können. Der Zugang zu Medien ist hier ein Schlüsselkriterium. „Gleichheit“ bezieht sich aber ebenso auf die Vollständigkeit und Objektivität von Nachrichten, laut McQuail sollen Medien über Ereignisse neutral und akkurat berichteten. „Solidarität“ sieht McQuail in der Berücksichtigung von Interessen verankert. Anliegen und Ansichten, die nicht dem Mainstream entsprechen, müssen die Möglichkeit auf Berücksichtigung erhalten, traditionelle Mehrheitsgruppen dürfen aber nicht vernachlässigt werden (McQuail, 1997, S. 20-21; Arnold, 2007, S. 87). Zu berücksichtigen sind dabei individuelle Anforderungen und Möglichkeiten je nach Medium. McQuail schlägt vor, den Grundwert der Medienfreiheit und hier vor allem die Dimension „Unabhängigkeit“ u.a. durch Inhaltsanalysen zu messen (McQuail, 1997, S. 115-116). Hierzu wäre es möglich, die Themen und die thematische Meinungsvielfalt innerhalb eines Mediums und in der Medienlandschaft zu messen. Die Unabhängigkeit der Medien lässt sich vor allem in schwierigen Situationen bzw. Ausnahmesituationen messen, zum Beispiel in Kriegssituationen. So kann herausgestellt werden, ob die Medien zu „Kollaborateuren“ einer Kriegsmacht werden und sich in ihrer Recherche von Militär oder Regierung in ihrer Informationsbeschaffung einschränken lassen müssen (McQuail, 1997, S. 132). McQuail bezeichnet diese Situation als “‘test of reality’ of media independence” (McQuail, 1997, S. 132).

2.2.2 Vielfalt als Qualitätsmerkmal

In der Literatur werden viele Qualitätsmerkmale diskutiert, von denen sich das Merkmal Vielfalt als essenziell erwiesen hat. Laut McQuail ist es in den Grundsätzen westlicher und demokratischer Werte verankert. „Pluralistic arrangements for mass media can be seen as essential weapons in resisting trends to centralized control and uniformity“ (McQuail, 1992, S. 142). Vielfalt der Informationen

bedeutet aus demokratietheoretischer Perspektive, dass die vorhandenen Alternativen in ihrer Breite und Verschiedenheit medial dargestellt werden und kein Problemfeld „systematisch von der Medienagenda ausgeschlossen“ (Voltmer, 1998/1999, S. 38-39) wird. McQuail (1992) zählt vier Dimensionen von Vielfalt auf: „diversity of formats and issues“, „of contents“, „of persons and groups“ und Vielfalt „of geographical coverage and relevance“ (S. 144). Medienvielfalt ist eng an den Pluralismusgedanken gekoppelt, beide stellen ein Wesensmerkmal liberaler Demokratien dar. Voltmer (1998/1999) erklärt, dass Vielfalt bzw. Pluralismus ein „relativierendes Konzept“ (S. 39) sei, da grundsätzlich von der „Gleichwertigkeit aller Interessen“ (ebd.) ausgegangen werden muss und diese sich gegen die Dominanz eines einzelnen Geltungsanspruchs verwehrt (ebd.). Gesellschaftliche Konflikte sind ein Merkmal von Informationsvielfalt in den Medien und ermöglichen den demokratischen Diskurs überhaupt erst. Idealtypisch findet durch die Konfrontation verschiedener Sichtweisen eine Kontrolle und Prüfung der eingebrachten Darstellungen statt. Auch Minderheitenmeinungen müssen dabei ein Forum geboten werden. Vielfalt unterscheidet sich darin von dem Gleichheitsprinzip, denn Minderheitenmeinungen sollen überproportional dargestellt werden. Probleme von Minderheitengruppen müssen Zugang zur Öffentlichkeit erhalten, um auf sie hinzuweisen und potentielle Lösungen öffentlich zu machen (ebd., S. 40). Die Kapazitäten der medialen Berichterstattung sind begrenzt, daher muss selektiert werden, welchen Akteuren und Meinungen in der politischen Debatte in den Medien Aufmerksamkeit geschenkt wird. McQuail (1995) fasst dies logisch in Anlehnung an die Lasswell-Formel zusammen: „The central performance question can be summarized as, who receives access to which channels, in what degree and on what terms?“ (S. 171). In Anlehnung an Studien der Medienwirkung spielen Platzierungen und optische Aufmachung von Berichten eine große Rolle. Ebenso ist zu fragen, in welchem Format die Informationen vermittelt werden. So kann etwa die Selektion von Inhalten, die in Form einer Meldung vermittelt werden, dem Rezipienten eine eigene Beurteilung nahe legen; es ist aber auch möglich, dass ein Kommentar oder eine Reportage eine Interpretationsrichtung vorgibt. In einer Studie zur Berichterstattung über die Wahlen zum Europäischen Parlament wurde die Darstellungsform als ein wichtiges Kriterium angesehen, um Auskunft über die Bedeutung des Themas in der Medienberichterstattung zu erhalten (Wilke & Reinemann, 2007). Die Autoren stellen heraus: „As far as journalistic formats and sources are concerned, there are clear trends towards a greater subjectivity and a growing importance of interpreting coverage in EP election coverage by the quality papers“ (ebd., S. 309). In der Studie wur-

den Daten zu verschiedenen Wahlen erhoben und festgestellt, dass die Medien dazu neigen, im Laufe der Zeit immer subjektiver zu berichten und interpretierende Formate häufiger zu wählen. Die Autoren der Studie stellen auch fest, dass die Quantität der Berichterstattung Auskunft über die Wichtigkeit, die dem Thema zugeordnet wird, geben kann. Denn wenn ein Thema häufig aufgegriffen wird und viele Argumente in der Berichterstattung abgewogen werden, deutet dies darauf hin, dass ihm eine hohe Relevanz durch die Medien zugeordnet wird. „Normative Demokratietheorien und wohl auch die Politik selbst erwarten sich vom Bürger dabei eine kompetente Entscheidungsfindung (z. B. Habermas, 1981), die ausreichende, verständliche und ausgewogene Informationen über den Abstimmungsgegenstand sowie die Argumente von Befürwortern und Gegnern eines Vorschlags voraussetzt.“ (Reinemann, Fawzi & Röder, 2012, S. 304). Dies impliziert, dass die Medien neutrale Vermittler sein sollen und ausgewogen sowie verständlich berichten sollen. Jedoch sind Medien oftmals von Eigeninteressen gelenkt oder haben eine politische Linie, die ihre Darstellung vorgibt. Aus diesem Grund stellt eine Vielfalt ein notwendiges Kriterium dar, auf das die Medienberichterstattung überprüft werden muss. Bei der Betrachtung von Vielfalt in der Medienberichterstattung kann entweder auf das gesamte Mediensystem geschaut werden oder auf einzelne Medien. Die folgenden zwei Konzepte beschreiben idealtypische Arten von Vielfalt.

Externe Vielfalt

Mit Blick auf das Mediensystem kann zwischen interner und externer Vielfalt unterschieden werden.

The ‚external‘ principle of structure [...] refers to a condition where the full range of relevant differences (political, social-cultural, etc.) in a society is matched by an equivalent range of separate and autonomous media channels, each catering exclusively for its own group or interest. (McQuail, 1992, S. 145)

„Unter externen Vielfaltsbedingungen stellt sich Pluralität durch die Komplementarität aller Medien her“ (Voltmer, 1998/1999, S. 41). Theoretisch würde jede „Stimme“ in einer differenzierten Gesellschaft ihren eigenen Kanal haben und zu ihren „followers“ (McQuail, 1992, S. 146) sprechen. Durch die hohe Technisierung von Kommunikation haben die Kanäle zur Übertragung zugenommen, so befand McQuail schon in den frühen 1990ern: „(...) there is even a potential for a shift towards more ‚external‘ electronic media diversity, especially in the form of ‚narrowcasting‘ – offering specialist content channels to minority interest audiences“ (ebd.). Unter externen Vielfaltsbedingungen informieren einzelne Medien einseitig und nur über einen spezifischen Bereich des politischen Spekt-

rums. Themen und Meinungen haben dann Chancen darauf, veröffentlicht zu werden, wenn sie der Blattlinie entsprechen. Typische Beispiele sind Parteizeitungen, sie geben die politische Linie wider und ihre ideologische Gesinnung ist bekannt. So finden sich Rezipienten bei dem Medium wieder, das ihre ideologischen Standpunkte teilt (Voltmer, 1998/1999, S. 41).

Interne Vielfalt

Neben dem Konzept der externen Vielfalt existiert das Konzept der internen Vielfalt:

This refers to the condition (of system, sector or single channel) where a wide range of types of content or points of view is offered by the same channel(s), usually with a view to reaching a large heterogeneous audience. (...) Such arrangements are characteristic of pluralistic societies, where a small number of large circulation newspapers or of television channels complete for much the same large, national audience. (Mc Quail, 1992, S. 146-147.)

Das Konzept der internen Vielfalt verlangt von jedem einzelnen Medium die umfassende Darstellung des politischen und gesellschaftlichen Spektrums. In Deutschland ist dieses Konzept rechtlich verfasst, denn den öffentlich-rechtlichen Anstalten ist Ausgewogenheit vorgeschrieben (Voltmer, 1998/1999, S. 41). Nach außen wird dieses Konzept mit einem neutralen und objektiven Stil der Berichterstattung sowie einer hohen journalistischen Professionalität in Verbindung gebracht. Interne Vielfalt wird von Monopolbildung und Konzentrierung, egal ob privat oder öffentlich, befördert. Die Marktlogik spielt dabei ebenfalls eine wichtige Rolle, denn:

[T]here is a connecting logic: media which seek to maximize their audiences and their own attraction for advertisers, or which have a degree of monopoly, also seek to avoid exclusivity, to appeal to as many different interests and information needs as possible and to avoid offence to any significant minority (or powerful government or business interests). (McQuail, 1992, S. 147)

In Anbetracht der Debatte um Qualität zeigt sich, dass Vielfalt ein grundlegendes Kriterium darstellt, das es Bürgern ermöglichen soll, zu gesellschaftlich-politischen Fragen individuell Position zu beziehen. Qualität messbar zu machen und sinnvolle Handlungsanweisungen an den Journalismus geben zu können ist ein schwieriges Unterfangen. So bemerkt Russ-Mohl (1992): „Qualität im Journalismus definieren zu wollen, gleicht dem Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln“ (S. 85). Es müsse verdeutlicht werden, dass es verschiedene Auffassungen von Qualität gibt und diese vom individuellen Verständnis von Journalismus abhängig sind. In den Ausführungen wird deutlich, dass sich der Journalismus in demokratietheoretischer Hinsicht speziell der Aufgabe widmen muss, verschiedene Positionen zu beleuchten und ggf. selbstständig zu kritisieren. Aus diesem Grund stellt die

Betrachtung der Medienvielfalt den wichtigsten Aspekt dar. Es ist von großem gesellschaftlichem Interesse die Existenz eines gut funktionierenden Journalismus zu überprüfen und eventuell bestehende Defekte aufzudecken. Der Anspruch an den Journalismus ist besonders in Situationen hoch, in denen die Bevölkerung die politischen Alternativen abwägen können sollte, da es um substantielle Entscheidungen, wie jene über Krieg und Frieden geht.

2.2.3 Bedingungen journalistischer Nachrichtenproduktion

Bevor konkret darüber geurteilt werden kann, ob der Journalismus die Leistung, die von ihm gefordert wird, erfüllt, müssen die Arbeitsabläufe der Produktion von Nachrichten bekannt sein. In der Kommunikationswissenschaft beschäftigt man sich aus verschiedenen Perspektiven mit dem Journalismus. Eine systemtheoretische Perspektive kann Einblick in die redaktionellen Entscheidungsprozesse geben und dabei helfen, den Journalismus anhand der Erfüllung seiner gesellschaftlichen Aufgaben zu analysieren. Betrachtet man ihn als System in seinen Handlungszusammenhängen stellt sich heraus, dass der Journalismus nicht als „Addition von Personen“ (Altmeppen & Löffelholz, 1998, S. 99), sondern als ein Gesamtsystem betrachtet werden muss. Das System Journalismus stellt Themen zur Verfügung, die „Neuigkeitswert und Faktizität besitzen“ (ebd.). Schon an dieser Stelle beginnt die schwierige erkenntnistheoretische Debatte um die Entscheidung, was als Fakt bzw. Wahrheit bezeichnet werden kann. Die Wirklichkeit ist ein Konstrukt, das sich nicht objektiv beschreiben lässt. Der Kommunikationswissenschaftler Schönbach verlangt 1977 von dem Journalismus jedoch eine strikte Trennung von Nachricht und Kommentierung. Er beruft sich auf die Norm, die seit 1945 in Westdeutschland vorgibt, dass „Tageszeitungen, Hörfunk und Fernsehen (...) aufgefordert [sind], ihre Rezipienten leidenschaftslos und sachlich über das politische Geschehen in der Welt zu unterrichten. Normgerechte Berichterstattung zeichnet sich durch absolute ‚Meinungslosigkeit‘ aus.“ (ebd., S. 13). In der frühen Auseinandersetzung über die Qualität der Berichterstattung wurde sich mit Normen beschäftigt, die eine konkrete Forderung nach Trennung zwischen Kommentierung und nüchternem Bericht fordert. Eine ideale Nachricht weist nach Schönbach folgende Eigenschaften auf: „Die Nachricht wird nicht von der Meinung beeinflusst – im Gegenteil: Der Rezipient erhält ein verkleinertes Abbild der Realität. (...) Er wird objektiv unterrichtet“ (Schönbach, 1977, S. 50). Wenn über einen Konflikt berichtet wird, stellt sich wiederum die Frage, in welcher Form dieser dargestellt wird. Die Annahme, dass aus objektiver Sicht heraus ein Problem durch den

Journalismus aufgegriffen und diskutiert werden kann, setzt voraus, dass die Wirklichkeit für den Beobachter, den Journalisten, erkennbar ist und seine Wahrnehmung intersubjektiv geteilt wird. Dies bedeutet, dass etwa Korrespondenten in Kriegsgebieten nur von ihrem jeweiligen Standpunkt aus berichten können und sich deren selektive Wahrnehmung in der Berichterstattung entsprechend widerspiegelt. Informationen werden also anhand der ihnen zugeordneten Bedeutung hin selektiert. Es zeigt sich, dass der „letzte Gatekeeper dem Publikum nur das anbietet, was er selbst für die Wahrheit und Realität hält“ (Scholl & Weischenberg, 1998, S. 40). Es wird deutlich, dass somit auch kein Anspruch auf Vollständigkeit in der Berichterstattung erhoben werden kann denn:

[D]ie Frage der Vollständigkeit kann sich nicht im direkten Vergleich mit der Realität stellen, weil die Realität unter unterschiedlich vielen Aspekten beobachtet und beschrieben werden kann. Deshalb leitet die Spiegelmetapher in die Irre, die eine vollständige Wiedergabe der Realität vom Journalismus fordert. (Neuberger, 1997, S. 316)

Weiter heißt es:

[Die] Realität (...) [sagt nicht aus sich heraus], welche Aspekte relevant sind und welche nicht. Die Bedeutung lässt sich nicht an den Dingen selbst ablesen. Vielmehr tragen die Beobachter ihre Fragen an die Realität heran. (...) Wir haben ein bestimmtes Interesse an der Realität, von deren Beachtung wir uns einen Nutzen versprechen. Auch wenn es keine erkennbaren Relevanzunterschiede in der Realität gibt, könnte man drittens immer noch behaupten, daß die Maßstäbe der Auswahl, bestimmte Werte, die Beobachter oder Berichterstatter akzeptieren, ‘objektiv’ sein könnten. (ebd., S. 313)

Diese Kritik verdeutlicht, dass die Trennung zwischen absichtlich ausgelassenen Informationen und der ausgelassenen Information aufgrund mangelnder Relevanz nur aus Sicht der Journalisten bzw. Gatekeeper zu erklären ist. Neuberger gibt an, dass der Objektivitätsanspruch an den Journalismus überstrapaziert sei und daher gelockert werden müsse, denn er führe zu unangemessenen Erwartungen an die Berichterstattung über den Bereich des Erkennbaren hinaus. So könne kein Journalist Nachrichten objektiv, nach gesellschaftlich anerkannten Kriterien, auswählen (ebd., S. 312). Diese Problematik verstärkt sich darin, dass Werte und Anforderungen an den Journalismus innerhalb der Gesellschaft nicht identisch sind. Es lässt sich feststellen, dass „in der modernen Gesellschaft der Wertekonsens schwindet“ (ebd., S. 313). Der Ansatz der Nachrichtenwertforschung hingegen beschäftigt sich mit den Kriterien, nach denen bestimmte Ereignisse grundsätzlich als relevant für die Berichterstattung angesehen werden und versucht diese Merkmale zu manifestieren. Dies kann Auf-

schluss über journalistische Selektionsentscheidungen geben und erklären, welche Besonderheiten ein militärischer Einsatz in der Medienberichterstattung auszeichnet (siehe Kapitel 2.3.2).

2.2.4 Zwischenfazit

Im Kontext eines militärischen Einsatzes ist eine intakte Wechselbeziehung zwischen Medien und Politik besonders relevant. Die Entsendung von Soldaten in ein Krisengebiet ist ein Ausnahmezustand für eine Gesellschaft, denn sie versetzt die dort lebenden Menschen, Soldaten und zivilen Helfer in eine potentiell lebensbedrohliche Situation. Das politische System benötigt eine mediale Plattform, um in der Öffentlichkeit einen militärischen Einsatz zu legitimieren und ihn vor der Bevölkerung zu rechtfertigen. Die Medien müssen hingegen dem an sie gestellten Qualitätsanspruch gerecht werden und möglichst unabhängig von der direkten Einflussnahme politischer Akteure die Meinungsverteilung sowohl im Parlament als auch innerhalb der Bevölkerung abbilden und kritisch hinterfragen. In diesem Zusammenhang spielt die Vielfalt der dargestellten Meinungen eine wichtige Rolle. Im Folgenden werden die Hintergründe, Prozesse und Folgen des Spannungsverhältnisses zwischen Politik und Medien in der Situation eines Krieges erläutert.

2.3 Politik und Medien im Kontext von Militäreinsätzen

2.3.1 Kriegs- und Krisenkommunikation als Forschungsfeld

Im Kontext von Militäreinsätzen haben Medien wie an späterer Stelle noch beschrieben wird, immer stärker an Relevanz gewonnen. Im Zuge dessen etablierte sich ein kommunikationswissenschaftliches Forschungsfeld, das vor allem Wirkungszusammenhänge zwischen Berichterstattung, Politik und Gesellschaft untersucht. Vor allem seit dem zweiten Golfkrieg (1990-1991) entstanden viele kommunikationswissenschaftliche Studien, die das Medienverhalten bei Militäreinsätzen untersuchten. Der Großteil dieser Arbeiten konzentriert sich auf einzelne aktuelle Einsätze, die eine große Medienaufmerksamkeit bekommen haben. Aufgrund dieser Orientierung an einzelnen Fallstudien und der Behandlung des Themenfeldes in unterschiedlichen Disziplinen gibt es bis jetzt kein „gemeinsames theoretisches Dach“ (Eilders & Hagen, 2005, S. 207). Die Vielzahl an Literaturberichten und Bibliographien zum Thema zeigen den großen Systematisierungsbedarf. Bei vielen Studien wird auf eine „explizite Anbindung an den theoretischen Diskurs verzichtet“ (Löffelholz, 2004, S. 15). Da eine allgemeine Kommunikationstheorie fehlt, wird sich in der Kriegskommunikationsforschung auf

Theorien mittlerer Weite (Nachrichtenwerttheorie, Agenda-Setting-Ansatz, Framing-Ansatz etc.) beschränkt.

In der Medienangebotsforschung werden die Diffusion von Kriegsnachrichten, die Qualität der Berichterstattung und die Quellennutzung untersucht. Es wurde unter anderem nachgewiesen, dass die Berichterstattung über unterschiedliche Kriege nach ähnlichen zeitlichen Mustern verläuft: Während vor einem beginnenden Krieg nur geringfügiges mediales Interesse vorhanden ist, dominiert er mit Beginn der gewaltsamen Auseinandersetzung die Berichterstattung. Anschließend folgt eine Phase der abnehmenden Berichterstattung, die aber mit bestimmten Schlüsselereignissen wieder kurzfristig ansteigen kann (vgl. u.a. Krüger, 2003; Rössler, 2003). Weitere Studien zeigen das Vorhandensein von (teilweise sogar rassistischen) Stereotypen in der Berichterstattung über Kriege (vgl. u.a. Wall, 1997). Kriegsführung, Opfer, Schäden und die Medien selbst gehören zu den häufig genannten Themen in der Kriegsberichterstattung (Löffelholz, 2004, S. 36). In der Medienrezeptionsforschung werden die Mediennutzung und die Wirkungen von Kriegsberichterstattung untersucht, in der Medienproduktionsforschung werden die Strukturen des Kriegsjournalismus beleuchtet. Löffelholz folgert, dass die Kriegs- und Krisenkommunikationsforschung als „ein komplexes und gesellschaftlich hoch relevantes Spezialgebiet der Kommunikationswissenschaft charakterisiert werden [kann], welches bislang jedoch weder angemessen abgesteckt noch systematisch erschlossen wurde“ (Löffelholz, 2004, S. 30).

2.3.2 Bedeutung und Bedingungen von Militäreinsätzen in der Kriegsberichterstattung

Die weitreichende Forschung auf dem Gebiet der Kriegs- und Krisenkommunikation in den letzten Jahren macht deutlich, dass Medien im Kontext von Militäreinsätzen eine besondere Rolle spielen. Informationen sind der zentrale Baustein für die Einordnung von politischen Entscheidungen und für die Meinungsbildung seitens der Bevölkerung. Die Kommunikationsforschung hat gezeigt, dass Menschen auf die Massenmedien zurückgreifen, um sich zu informieren. „Die Aufgaben von Journalismus als Medium und Faktor der demokratischen Meinungsbildung geraten in den Fokus“ (Bilke, 2008, S. 139). Ein Militäreinsatz ist aber nicht nur für die Massenmedien in ihrer Funktion als Vermittler der politischen Legitimationsbestrebungen relevant, sondern ist auch im Kontext der Nachrichtenwertforschung von Bedeutung.

Viele der von Galtung und Ruge (1965) entwickelten Nachrichtenfaktoren lassen sich in gewaltsamen Konflikten wiederfinden (Eilders & Hagen, 2005, S. 205-206). Kriegssituationen lassen sich demnach leicht in einzelne Episoden einteilen (Frequenz), sind eindeutige Ereignisse mit klarer Identifikation der Akteure (Eindeutigkeit) und ziehen in besonderer Weise Aufmerksamkeit auf sich (Schwellenfaktor). Die mit einem Militäreinsatz oft verbundene Gewalt und die humanitäre Notlage sind negative Nachrichten und entsprechen dem Leitsatz: Nur schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten. Im Falle des Afghanistan-Einsatzes besteht Bezug zu einem Elite-Land, wenn es sich – wie in den meisten Kriegen, an denen Deutschland beteiligt ist - um militärische Einsätze der westlichen Staatenwelt mit Dominanz der USA handelt.

Journalists' and editors' decisions are shaped by news values such as novelty, drama and whether the tone, talent and treatment in a report is 'catchy'; editors may assume too that news is also more intelligible to audiences if it has a clear framing, such as 'us versus them' , 'good versus bad', 'perpetrators and victims', as well as clear religious or ethnic differences." (Hoskins & O'Loughlin, 2010, S. 43)

Alle diese Kriterien sind in der Berichterstattung über internationale Militäreinsätze, besonders zu Beginn der Intervention gegeben. Ein Militäreinsatz ist ein Ereignis mit hohem Aktivierungspotential, da es nicht nur um routinehafte politische Auseinandersetzungen, sondern um die Gefährdung einer Wertebasis, humanitäre Katastrophen, Menschenleben, Gerechtigkeit und Freiheit geht. „Durch diese Dramatik eignet sich der Krieg hervorragend als Sujet für journalistische und wissenschaftliche Erzählungen“ (Eilders & Hagen, 2005, S. 206). Die Berichterstattung über Militäreinsätze ist daher auch aus ökonomischen Gründen ein wichtiger Faktor für die massenmedialen Publikationen die auf dem freien Markt in Konkurrenz zueinander stehen und finanziell von Anzeigenkunden und Sponsoren abhängig sind. So „wird die Nachricht zur Ware, deren Herstellung und Verbreitung von sachfremden Kriterien bestimmt ist“ (Beham, 1996, S. 231). Es ist denkbar, dass die Suche nach öffentlichkeitswirksamen Geschichten mit hohem Nachrichtenwert bedeutsamer wird, als der Qualitätsanspruch an die Medien. Durch die Zentralisierung von Nachrichten, bedingt durch die immer wichtigere Bedeutung von Nachrichtenagenturen, und die Medienkonzentration wird zudem die Vielfalt an publizistischen Meinungen geringer (vgl. Löffelholz, 2004, S. 259-260).

Strukturelle Veränderungen in der Berichterstattung verstärken den Effekt von Konkurrenz- und Aktualitätsdruck. Technische Entwicklungen wie die 24/7-Live-Berichterstattung, die erstmals im Golfkrieg 1991 zum Einsatz kam, haben die Arbeit von Kriegsberichterstattern grundlegend verän-

dert. Die Bilder von CNN-Reporter Peter Arnett, der live von der Bombardierung Bagdads berichtete, gingen damals um die ganze Welt und stehen sinnbildlich für die Mediatisierung von Kriegen. Die Mobilität der Übertragungstechnik, der Online-Journalismus und medientechnische Innovationen haben die Kriegsberichterstattung nachhaltig verändert (Löffelholz, 2004, S. 25). Durch Aktualität und Schnelllebigkeit der Meldungen wird die Vermittlung von tiefergehenden Informationen und politischen Kontexten in den Hintergrund gedrängt. Außerdem sind „Journalisten (...) unter diesem Produktionsdruck anfälliger für strategische Einflussnahme“ (Bilke, 2008, S. 157).

Eine weitere Besonderheit der Berichterstattung über Militäreinsätze sind das Arbeitsumfeld und die Arbeitsbedingungen von Journalisten im Einsatzgebiet. Die Situation stellt eine Herausforderung für den Korrespondenten vor Ort dar, da dieser häufig abhängig von staatlichen und militärischen Autoritäten ist. Zahlreiche Reportagen von Kriegsreportern (vgl. u.a. Kloss, 2003; Rados, 2003) und einige empirische Untersuchungen (vgl. u.a. Richter, 1999; Seib, 2002) beleuchten den Arbeitsalltag von Kriegsberichterstattenden. Sie benötigen den Schutz des Militärs, um sich in einer Konfliktregion bewegen zu können und ihre eigene Sicherheit zu schützen. Das macht den Einsatz von Reportern in instabilen und unsicheren Gebieten erst möglich, aber führt auch dazu, dass das Militär bestimmen kann, was die Journalisten sehen und was ihnen vorenthalten wird (Bilke, 2008, S. 146-150). Regierungsamtliche Stellen sind oft die einzigen zuverlässigen Quellen zum Militäreinsatz, die von Journalisten herangezogen werden können. Aber nicht nur im Einsatzland, auch in der Heimat arbeiten Journalisten und staatliche Stellen symbiotisch zusammen: Während die einen Öffentlichkeitsarbeit betreiben möchten, sind die anderen auf Informationen angewiesen. Die effektiven Beziehungen zur Politik des eigenen Staates und das Kontaktdefizit zu anderen Konfliktparteien führt dazu, dass „sich die Spielräume zur Recherche alternativer Positionen verkleinern oder generell ein Meinungsklima der scheinbaren Notwendigkeit zu Meinungspolarisierung zu einer inhaltlichen Tendenz zugunsten der eigenen Regierung entsteht“ (Hafez, 2001, S. 158). Das Informationsmonopol regierungsamtlicher und militärischer Quellen kann zu einem „Autonomiemangel der Medien“ (Pohr, 2005, S. 262) mit erheblichen Folgen für ihren unter 2.2 benannten gesellschaftlichen Auftrag führen.

Journalisten agieren „in aller Regel in einem Spannungsfeld von persönlichen Ambitionen, beruflich-institutionellen Abhängigkeitsverhältnissen, Ressourcenknappheit und einer individuellen normati-

ven Orientierung“ (Weller, 2004, S. 260). Ihre Wahrnehmung von Militäreinsätzen ist auch von eigenen Wertvorstellungen und Meinungen geprägt. Als Staatsbürger können Journalisten auch Patrioten sein, die sich für die Interessen des Staates einsetzen. Gleichzeitig haben sie aber auch die Verantwortung, Kritik und Kontrolle auszuüben und bewegen sich deshalb „zwischen den Polen Pressefreiheit und nationale Sicherheit“ (Hilker, 2006, S. 24). Der Journalist kann dahingehend im Konflikt mit sich selbst stehen, denn er kann unmöglich diesen teils widersprüchlichen Ansprüchen gerecht werden. In der empfundenen Verantwortung für die nationale Sicherheit werden Journalisten häufig zu „Anwälten der Regierung“ (ebd.). Auch aus wirtschaftlichen Gründen werden Journalisten zu Patrioten: Die Angst vor dem Verlust von Lesern und Zuschauern und die Abhängigkeit von Anzeigenkunden führt zur Orientierung an der öffentlichen Meinung und fördert unter Umständen eine unkritische patriotische Berichterstattung (ebd., S. 23-24).

2.3.3 Politische Kommunikation und Professionalisierung medienbezogener Strategien

Wie bereits in Kapitel 2.1 erläutert, müssen Regierung und Parlament beiderseits ihre Entscheidungen begründen, um Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen, denn „auf Dauer kann es sich kein Premierminister, Kanzler oder Präsident leisten, an der Meinung der Mehrheit vorbei zu regieren“ (Schubert, 2006, S. 103). In demokratischen Gesellschaften muss die Entsendung von bewaffneten Streitkräften daher von der Öffentlichkeit anerkannt werden. „Die Bereitschaft von Völkern, Militäreinsätze, Kriege und große finanzielle Belastungen zu akzeptieren, muß kommunikativ vorbereitet werden“ (Beham, 1996, S. 7). Der Wandel von Kriegen und Kriegsformen seit Beendigung des Kalten Krieges, wie in Kapitel 2.1.3 beschrieben, haben dabei unmittelbare Auswirkungen auf die Rolle der Medien und damit auf die politische Kommunikation. Hoskins und O’Loughlin (2010) diagnostizieren eine neue Form von Kriegen, „in which (i) the mediatization of war (ii) makes possible more diffuse causal relations between action and effect, (iii) creating greater uncertainty for policymakers in the conduct of war“ (S. 3). Im Rahmen dieses Wandels spielen Medien eine zunehmend wichtige Rolle, da Politiker der Bevölkerung nur durch Massenmedien vermitteln können, warum etwa eine Bedrohung oder eine humanitäre Notlage existiert und dies die Entsendung eigener Streitkräfte erfordert. In diesen neuen Kriegen wird die „Öffentlichkeit als Teil des Schlachtfeldes“ (Reeb, 2004, S.

197) betrachtet und „ihre mediale Wahrnehmung stellt den Legitimierungsprozess von militärischer Gewalt (...) in den Mittelpunkt politischer und militärischer Überlegungen“ (ebd., S. 200).

Bereits im Vietnamkrieg (1965-1973) zeigte sich das Einflusspotential der Medien auf die öffentliche Meinung und damit auf den Ausgang des Krieges. Diese Erkenntnis bewirkte einen Relevanzgewinn und die Professionalisierung medienbezogener Öffentlichkeitsarbeit in der Politik und im Militärbereich. Diese benutzen die Methoden der hauptsächlich privatwirtschaftlichen Public Relations und privatisieren ihr Informationsmanagement zum Teil, um durch die selektive und bewusste Verbreitung von Nachrichten sowohl den Inhalt als auch den Zeitpunkt und Umfang von Berichterstattung zu beeinflussen (Bilke, 2008, S. 151). Unter konstruktivistischen Gesichtspunkten sind die Wahrnehmung eines Problems und die Bewertung eines militärischen Eingreifens von der individuellen Einordnung abhängig, die allerdings durch den gezielten Einsatz von Bildern und Argumenten durch PR beeinflusst werden kann. Dabei machen sich PR-Fachleute den Aktualitäts- und Konkurrenzdruck und die Finanzknappheit von Medienorganisationen zunutze. Zu den Mitteln der Kriegskommunikation zählen unter anderem Pressekonferenzen und -mitteilungen, Internet-Präsentationen, die Bereitstellung von Foto- und Videomaterial, Veranstaltungen und Fortbildungen für Journalisten. Es wird versucht, Kontakt zu Journalisten aufzubauen und bereits in Friedenszeiten Vertrauen zu schaffen (Reeb, 2004, S. 210-213). Neben dem Informationsangebot gehört auch die Kontrolle der Rahmenbedingungen der Berichterstattung zu sicherheitspolitischen Kommunikationsstrategien. Journalisten werden vor Ort betreut und es werden Reisen in Einsatzgebiete angeboten (ebd., S. 210). Im sogenannten „pool system“ wird eine kleine Anzahl an Kriegsberichterstellern zugelassen, um von vor Ort informiert zu werden und von bestimmten ausgewählten Kampfschauplätzen berichten zu dürfen. Im Irak-Krieg 2003 wurde erstmals die Strategie des „Embedded Journalism“ angewandt, nach dem Journalisten unter kontrollierten Bedingungen direkten Zugang zum Kriegsgeschehen haben. Die Reporter müssen dabei die sogenannten „ground rules“ befolgen, nach denen z. B. jedes Interview mitgeschnitten werden muss und nicht über strategische Planungen berichtet werden durfte. (Bilke, 2008, S. 147-150).

2.3.4 Funktionen und Wirkungspotentiale im Kontext von Militäreinsätzen

In dem Spannungsfeld Politik – Medien – Gesellschaft ist es von Interesse, welche Funktionen die Massenmedien in einem Kriegsdiskurs einnehmen. Es hängt von der Konfliktkonstellation, dem

Verhalten der Politik und der öffentlichen Meinung ab, ob Medien einen Konflikt deeskalieren können, ob sie Kritiker oder Befürworter des Regierungskurses sind oder ob sie sogar die Möglichkeit haben, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Medien können als „Watchdogs“ die Politik kontrollieren, als Instrumente von Dritten „Mobilization“ für einen Krieg fördern oder durch „Self-Mobilization“ aktiv die Regierung unterstützen (Bloch & Lehman-Wilzig, 2002, S. 154-159). Nach Wolfsfeld (1999) sind Medien entweder treue Diener der Regierungen (faithful servants), halbwegs ehrliche Vermittler (semi-honest brokers) oder aber Anwälte der Unterprivilegierten (advocates of the underdog).

Nach einer Dreiteilung von Hafez (2001) können Medien in Kriegen (1) als Co-Konfliktpartei agieren, wenn das von ihnen vermittelte Bild den Selbstdarstellungen einer Konfliktpartei (in den meisten Fällen: der eigenen Regierung) entspricht (S. 157-163). Sie können (2) weiterhin als unabhängiger Konfliktvermittler fungieren, wenn sie nicht Partei ergreifen, sondern ihre Schlüsselstellung in der Öffentlichkeit nutzen, um zur Deeskalation eines Konflikts beizutragen. Als dritte Konfliktpartei sind die Medien (3) weder die Unterstützer einer Konfliktpartei noch als außenstehende Botschafter für den Frieden tätig: Sie haben schlicht „kein Interesse im Konflikt, sondern ein Interesse am Konflikt“ (Hafez, 2001, S. 161; Herv. i. Org.).

Während einige Autoren eine objektive und neutrale Berichterstattung fordern, meinen andere, dass die Medien nicht unabhängig sein müssen, sondern entscheidend für den Frieden eintreten sollten. Das normative und aus der Friedensforschung stammende Konzept des „peace journalism“ kritisiert die Orientierung an Nachrichtenfaktoren wie Negativismus oder Bezug zu Elite-Ländern, die Gewaltorientierung und die „Monokausalität der journalistischen Kriegsursachenbeschreibungen“ (Hanitzsch, 2004, S. 172). Die Grundlage des Konzeptes ist nach Galtung (1997) die Folgende: „Wer Gewalt berichtet, erntet Gewalt. Und wer Frieden berichtet, erntet vielleicht Frieden“ (S. 81). Der ehemalige BBC-Journalist Martin Bell fordert hingegen einen „journalism of attachment“, nach welchem die Medien ihre Verantwortung im Kampf zwischen Gut und Böse wahrnehmen und Partei für eine Konfliktseite ergreifen sollten (Hanitzsch, 2004, S. 179-182).

Robinson (2001, S. 524) stellt fest, dass die zunehmend große Bedeutung der Medien in der sicherheitspolitischen Kommunikation mit einem wachsenden Interesse an Einflussmöglichkeiten auf die Kriegsberichterstattung einhergeht. Bislang befasst sich jedoch nur ein geringer Anteil an wissen-

schaftlichen Arbeiten mit der Wirkung von Kriegsberichterstattung (Eilders & Hagen, 2005, S. 210). Innerhalb dieses Forschungsfelds werden überwiegend Effekte durch die Medien auf das politische System thematisiert (ebd.). Im Vergleich zur übrigen Wirkungsforschung wird daher ein besonders starker Schwerpunkt auf die Analyse der Kommunikatorebene gelegt (ebd., S. 210). Ausgangspunkt ist speziell die Frage, inwiefern Massenmedien lediglich politischen Eliteninteressen folgen, beziehungsweise welchen Einfluss sie auf politische Entscheidungen haben (Robinson, 2001, S.523). Walgrave et al. (2010) bestimmen diesbezüglich drei generelle Wirkungsrichtungen:

- 1) That media coverage impacts the political agenda by affecting what politicians devote attention to; 2) that politicians try to shape that news agenda with varying degrees of effort and success depending on the system in which they operate; and 3) that agenda power has not only positive but also a negative component, meaning that some stories or aspects of stories may be neglected in the press because political actors refuse to address them publicly, or because certain actors are ignored by the press. (S. 3-4)

In der andauernden Debatte über die Wechselbeziehung zwischen Medien und Politik in Kriegssituationen haben sich, basierend auf Untersuchungen in den USA, dichotome Lager – manufacturing consent (u. a. Herman & Chomsky, 1988; Bennett, 1990; Hallin, 1992; Mermin, 1996) und CNN-Effekt (Robinson, 2002) – mit unterschiedlichen Auffassungen über Wirkungsausmaß und -richtung manifestiert. Journalisten und Politiker unterliegen in Krisen- und Kriegszeiten nicht grundsätzlich anderen Wechselbeziehungen als in regulären Situationen, allerdings treten Entstehungsbedingungen und Wirkungspotential dann besonders deutlich hervor (Bilke, 2008, S. 139; Hafez, 2001, S. 158; siehe Kapitel 2.3.1), wodurch diese vermeintlichen Ausnahmesituation für die Wirkungsforschung äußerst interessant sind. Denn wenn es um die politische Entscheidung geht, in einen gewaltsamen Konflikt einzutreten und Soldaten zu entsenden, ist die Unabhängigkeit der Medien von besonderer Wichtigkeit, da in diesem Fall existenzielle Werte bedroht werden. Medien haben laut Mermin (1996) dann die Aufgabe als „independent observer of political power“ zu fungieren und damit ebenso die Pflicht und Verantwortung ihre Unabhängigkeit gegenüber der Regierung zu wahren (S. 6).

2.3.5 Zwischenfazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich der Kontext von Berichterstattung in Kriegssituationen von der sonstigen journalistischen Arbeit unterscheidet. „Journalismus unterliegt in Krisen- und Kriegszeiten nicht grundsätzlich anderen Gesetzen, doch Entstehungsbedingungen und Wirkungs-

potential werden durch die Tragweite der Geschehnisse verschärft“ (Bilke, 2008, S. 139). Die Ökonomisierung, der Zwang zur Aktualität, die Nähe zum Staat, die problematische Quellenlage und die patriotische Komponente des Journalismus führen zu der Annahme, dass Medien in Kriegssituations ihrem normativen begründeten Qualitätsanspruch nicht oder nur eingeschränkt erfüllen können.

2.4 Medien folgen der Politik – die Indexing-Hypothese

Die Indexing-Hypothese nach Lance W. Bennett (1990) betrachtet die Rolle von Medien in Kriegs- und Krisensituationen vor dem Hintergrund des theoretischen Ansatzes des Manufacturing Consent, der von einer relativ schwachen Stellung der Medien gegenüber der Politik ausgeht. Als Einführung zur Indexing-Hypothese wird im Folgenden zunächst auf die Schule des Manufacturing Consent eingegangen.

2.4.1 Elitekonforme Berichterstattung und Manufacturing Consent

Der Ansatz des Manufacturing Consent geht von einer relativ schwachen Stellung der Medien gegenüber der Politik aus. In der Literatur wird einerseits die Fähigkeit der Politik, die Berichterstattung zu beeinflussen und andererseits die journalistische Tendenz zur Selbstzensur basierend auf elitezentrierter Medienproduktion herausgestellt (Robinson, 2001, S. 526). Wolfsfeld (1999) verdeutlicht, warum von einem höheren Einfluss seitens der Politik ausgegangen werden muss:

The political process is more likely to have an influence on the news media than the news media are on the political process. The political process has a major impact on the press because political power can usually be translated into power over the news media, because the political culture of a society has a major influence on how the news media cover conflicts, because the news media are much more likely to react to political events than to initiate them [...] and because political decisions have a major influence on who owns the media and how they operate. (S. 3)

Diese vermeintliche Übermacht der Politik gegenüber den Medien drückt sich u. a. in einer weitgehend regierungskonformen und einheitlichen Berichterstattung aus (Herring & Robinson, 2003, S. 555). Eine unreflektierte und unkritische Berichterstattung ist jedoch deshalb problematisch, weil von der Politikvermittlung der Medien in hohem Maße abhängt, ob politische Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger als legitim erscheinen (Scheufele, 2005, S. 352; siehe Kapitel 2.2). Militärische Einsätze gehören zu den schwerwiegendsten politischen Entscheidungen überhaupt, denn mit der Entscheidung für einen Auslandseinsatz wird unter anderem in Kauf genommen, das Leben von

Zivilisten und der eigenen Soldaten zu gefährden. Dies erfordert in besonderer Weise eine öffentliche Debatte und die Rechtfertigung durch Entscheidungsträger, die den Bürgern vor allem über die Massenmedien vermittelt wird. So werden über die Medien nicht nur Sachinformationen verbreitet, sondern indirekt wird auch die Relevanz eines Medienthemas gegenüber den anderen Themen bestimmt (McCombs & Shaw, 1977). Bennett (1990) thematisiert in diesem Zusammenhang den hohen Stellenwert der Medien deutlich:

The enduring legacy is the idea that a strong, adversarial press must be ready to raise its own and other grass-roots voices against government officials who would exclude those voices from deliberation about the national interest. (S. 104)

Im Fall einer unkritischen Berichterstattung wird es für die Bürgerinnen und Bürger zunehmend schwierig überhaupt an Informationen zu gelangen, die das politische Handeln anzweifeln könnten (Herring & Robinson, 2003, S. 555). Der Bevölkerung wird durch eine unkritische Reflexion und einseitige Berichterstattung die Möglichkeit zur unabhängigen Meinungsbildung erheblich erschwert (Pohr, 2005, S. 262). Die daher notwendige Kritik- und Kontrollfunktion manifestiert sich laut Pohr vor allem in der Autonomie der Medien und spielt gerade in Kriegssituationen eine herausragende Rolle (ebd., S. 261).

Die Indexing-Hypothese besagt, dass Medien die Realität nicht unabhängig, sondern gemäß der Perspektive von dominierenden politischen Eliten porträtieren und kritische Stimmen keinen Eingang in die Medienberichterstattung finden. Dadurch konstruieren sie einen manipulierten öffentlichen Konsens oder zumindest eine öffentliche Duldung von politischen Handlungen (Herman, 2000, S. 101).

Radikale Vertreter der Manufacturing Consent-Theorie (vgl. u.a. Herman & Chomsky, 1988) gehen in ihren Ausführungen sogar so weit, die Medien hauptsächlich als verlängerten Arm des Staates und dominierender Eliten zu verstehen. Demnach liegen thematische Schwerpunkte der Berichterstattung auf diesen Eliten entgegenkommenden Nachrichten. Journalisten arbeiten lediglich mit von der Elite akzeptierten Deutungsmustern (Herman, 1993, S. 25). Andere Vertreter (u. a. Bennett, 1990, Entmann, 1991, Hallin, 1996) bescheinigen den Medien hingegen eine weniger stark indizierende Wirkung.

2.4.2 Indexing-Hypothese nach Bennett

Einer der prominentesten Ansätze innerhalb der Manufacturing Consent-Theorie im Kontext der Kriegsberichterstattung ist die bereits erwähnte Indexing-Hypothese nach Lance W. Bennett. Bennett geht von einer elitenkonformen Berichterstattung der Massenmedien insbesondere während Kriegs- und Krisensituationen aus (Robinson, 2001, S. 526). Demnach spiegeln die Medien die Meinungen von Parlament und Regierung und indizieren somit die Meinungen der politischen Elite: „Mass media news professionals, from the boardroom to the beat, tend to ‘index’ the range of voices and viewpoints in both news and editorials according to the range of views expressed in mainstream government debate about a given topic (Bennett, 1990, S. 106).

Die Indexing-Hypothese lässt sich nach Althaus et al. (1996) auf drei mögliche Arten interpretieren:

- (1) Die politische Elite dominiert die mediale Berichterstattung durch die Vorgabe der Themen-Agenda und mit dem Ausmaß ihrer Thematisierung. Daraus folgt die Annahme, „the breadth of media policy debate is less than or equal to, but never greater than the official debate“ (ebd., S. 407).
- (2) Die Medienberichterstattung verläuft proportional zu der Verteilung von befürwortenden und ablehnende Stimmen bezüglich eines politischen Vorhabens angelehnt an die Meinungsverteilungen innerhalb der politischen Elite (ebd.).
- (3) Die Medienberichterstattung setzt sich aus einer Kombination der ersten beiden Interpretationen zusammen (ebd.).

Herrscht also innerhalb der politischen Elite ein Konsens, so fällt die mediale Berichterstattung voraussichtlich ebenfalls gleichförmig raus (Bennett, 1990, S. 104; Pohr, 2005, S. 262). Wenn sich die politische Elite eines Landes einig ist, unterstützen die Medien diese Linie ohne kritische Äußerungen (Pohr, 2005, ebd.). Bei Dissens weist auch die Medienberichterstattung unterschiedliche Meinungen auf (ebd.). Robinson (1999) erklärt diesbezüglich: „An important implication of this elite version is that news coverage critical of executive policy is possible when – and perhaps only when – there exists elite conflict over policy“ (S. 304). Eine vermeintlich kritisch wirkende Berichterstattung ist damit lediglich „die Reflektion der politischen Debatte“ (Bennett, 1990, S. 104; Pohr, 2005, S. 262). Die politische Elite hat also einen erheblichen Einfluss auf „timing and focus of debate and policy alternatives“ (Wolfe, 2009, S. 85) und die Marginalisierung oppositionelle Meinungen (ebd.).

Kritische Diskurse mit divergierenden Meinungen finden erst dann medialen Zugang, wenn sie durch konkurrierende oder aus wahlstrategisch motivierten Interessen innerhalb der politischen Elite initiiert werden (Bennett, 1990, S. 106). Kingdon (1984) erläutert, dass Medien zwar zumeist als Kommunikationsmedium der politischen Elite ein Thema mitgestalten können, eigene Themen werden von ihnen jedoch selten generiert. Eine Ausnahme erfährt die Indexing-Hypothese laut Lawrence (2000) beispielsweise bei dramatischen Ereignissen, wenn die unmittelbare Kontrolle der politischen Elite nachlässt und dies eine unabhängiger Berichterstattung ermöglicht. Livingston und Bennett (2003) beweisen allerdings, dass es sich dabei nur um kurzzeitige „Disturbances“ handelt, die schnell routinisiert und in die von der Indexing-Hypothese vorgegebenen Muster zurückgeführt wird.

Bennett (1990) versteht die Medien in seinen Ausführungen aus diesem Grund als „keeper of the official record“ (S. 106), womit diese sich ihrer traditionellen Rolle entziehen, in angemessenen Situationen als unabhängige „voice of the people“ (S. 106) zu fungieren. Auch Althaus et al. (1996) identifizieren basierend auf diesen Überlegungen ein normatives Defizit des Journalismus (vgl. McQuail, 1995, siehe Kapitel 2.1 und 2.2), weil der mediale Diskurs stark innerhalb der Grenzen und thematischen Schwerpunkte der politischen Debatte stattfindet, sodass die Öffentlichkeit schlecht informiert wird und dadurch ein manipulierter öffentlicher Konsens entsteht (Althaus et. al, 1996, S. 407). Bennett (1990) verdeutlicht die Konsequenz einer auf diese Weise gearteten medialen Berichterstattung:

By adopting such an opinion index, the media have helped create a political world that is, culturally speaking, upside-down. It is a world in which governments are able to define their own publics and where ‘democracy’ becomes whatever the government ends up doing. (S. 109)

Althaus et al. (1996) kommen zu dem Schluss, dass eine abhängige und zumeist nur reflektierende Medienberichterstattung demokratische Grundwerte gefährdet: „In this sense, indexing fails to live up to its admittedly limited democratizing promise“ (S. 416). Besonders bei Themenfeldern, wie beispielsweise der internationalen Politik, welche den Erfahrungsbereich der meisten Bürger nicht direkt berühren, erhöht sich folglich im Fall einer weniger umfangreichen und kritischen Berichterstattung die Wahrscheinlichkeit einer medial manipulierten Einigkeit gemäß der Meinung der politischen Elite (Herring & Robinson, 2003, S. 555).

2.4.3 Journalistische Arbeitsroutinen als Ursachen konformer Berichterstattung

Bennett (1990) erklärt das Phänomen des Indexing als eine Folge von eliteorientierter Quellenverwendung in der Berichterstattung (S. 103; Pohr, 2005, S. 262). Wie zahlreiche Studien, u.a. aus den USA (vgl. Sigal, 1973, S. 47; Brown et al., 1987, S. 45-54) und aus Deutschland, (Schmitt-Beck & Pfetsch, 1994, S. 121-123; Volmer, 1998, S. 131) belegen, wird die mediale Berichterstattung hauptsächlich von offiziellen Quellen der politischen Elite dominiert (Pohr, 2005, S. 262). Als Grund dafür sieht Bennett journalistische Arbeitsroutinen, die auf eine möglichst effektive und ressourcensparende Produktion abzielen (ebd.): „In this account, restricting the range of voices in news stories is not overt censorship but results instead from routine ‚professional‘ decisions about who and what the media should cover with their limited resources.“ (Bennett, 1990, S. 103) Bagdikian (1986) ergänzt diesbezüglich: „It is within this necessary professional decision making that corporate values and the central aims of owners are embedded“ (S. 104).

Medienzwänge der modernen Gesellschaft

Gestützt werden Bennetts Ausführungen durch die Arbeit von Edward Herman und Noam Chomsky, die sich ausführlich mit möglichen strukturellen Ursachen für konsensuelle Medienberichterstattung beschäftigt haben (Herman, 2000, S. 101). Ihr Modell dient als theoretisches Gerüst zur Untersuchung, wie Mainstream-Medien in den USA arbeiten und warum sie auf diese Weise operieren (ebd.). Anwendbar ist es jedoch auf alle Länder, die ähnlichen ökonomischen und strukturellen Prinzipien folgen. Die reguläre Medienberichterstattung als auch die Kriegs- und Krisenberichterstattung unterliegt laut Herman und Chomsky fünf Faktoren (Herman, 2000, S. 112), die im Folgenden kurz dargestellt werden.

Ownership Filter

Herman und Chomsky (1988) gehen beim Ownership Filter davon aus, dass auch in der Medienbranche das Streben nach Gewinnmaximierung durch den enormen Druck von Anteilseignern, Vorständen und Banken fortwährend im Vordergrund steht (S.8). Der verschärzte Wettbewerb zwischen den Medienunternehmen und die zunehmende Medienkonzentration sind Folgen dieses profitorientierten Prozesses und treiben ihn gleichermaßen an (siehe Kapitel 2.4). So ebneten technische Neuerungen und die Verbreitung des Internets eine neue Ära der Kommunikation und begünstigen durch einen massiven medialen Strukturwandel die Verkleinerung oder Einsparung von Redaktionen

traditioneller Medien (Herman, 2000, S. 109). Die großen profitorientierten Medienbetriebe sind zudem stark von der Steuer- und Wirtschaftspolitik der Regierung abhängig (Herman & Chomsky, 1986, S. 13-14).

Funding Filter

Laut dem Funding Filter stehen Medienunternehmen in starker Abhängigkeit zu potentiellen Geschäftspartnern und der Regierung, die durch einschränkende Pressegesetze, den Widerruf von Sendelizenzen sowie Werbeverträgen, kostspielige Verleumdungsklagen oder andere direkte oder indirekte Maßnahmen Druck auf die Medien ausüben können (Herman & Chomsky, 1988, S. 14). Profitorientierte Medienunternehmen befinden sich darüber hinaus im ständigen Wettbewerb um Kunden. Sie müssen bedenken, wie ihre Berichterstattung die Bedürfnisse möglichst vieler zahlender Konsumenten befriedigt und sie gleichermaßen zu einer attraktiven Werbefläche für Werbepartner avancieren (ebd., S. 15-16). Aus diesem Grund erscheint es logisch, dass sich Medienunternehmen in ihrer Berichterstattung an den Interessen der Rezipienten, Werbekunden und in gewisser Weise auch an der Regierung orientieren.

Sourcing Mass-Media News Filter

Die Massenmedien befinden sich gemäß des Sourcing Mass-Media News Filters durch diese ökonomischen Zwänge und einem wechselseitigen Interesse in einer symbiotischen Beziehung mit offiziellen Informationsquellen von exekutiven Eliten der Politik und Wirtschaft (Herman & Chomsky, 1988, S. 18). Sie benötigen einen ständigen, zuverlässigen Zugang zu Informationen für aktuelle Nachrichten und müssen den täglichen Bedarf an neuen Nachrichten decken sowie weitere redaktionelle Vorgaben erfüllen. Aus wirtschaftlichen Gründen kann dabei nicht jeder potentiellen Nachricht nachgegangen werden (ebd.; siehe Kapitel 2.2.4). Ressourcen werden dort konzentriert, wo Nachrichten vermehrt generiert werden, wie beispielsweise der Regierung (ebd.). Informationen von diesen offiziellen und vermeintlich verlässlicheren Quellen zu beziehen, reduziert den Rechercheumfang um ein Vielfaches (ebd.). Wohingegen weniger glaubwürdige kritische Quellen einen erhöhten Aufwand an Überprüfung und kostenintensiver Recherche verlangen (ebd., S. 18-22). Daher werden große Unternehmen und Institutionen mit routinierter Pressearbeit zu so genannten Routinenachrichtenquellen und haben eine privilegierte Stellung medialen Zugang zu finden (ebd., S. 22-25).

Gleichermaßen ist dadurch aber die Berichterstattung wenig offen für alternative, nicht-elitenkonforme Themen und Debatten.

Flak Filter

Unter Flak wird eine überwiegend negative Reaktion auf Medieninhalte verstanden (Herman & Chomsky, 1988, S. 26). Zu kontroverses Material birgt nach dem Flak Filter die Gefahr von übermäßiger Kritik und große Herausforderungen für Medienunternehmen. Der kritisierte Medieninhalt muss innerhalb des Medienunternehmens, der Öffentlichkeit und möglicherweise sogar vor dem Gericht kosten- und zeitintensiv verteidigt werden (ebd.). Zudem könnten durch die Beschädigung der Glaubwürdigkeit Konsumenten abgeschreckt werden und die existenzsichernden Werbepartner die Zusammenarbeit einstellen (ebd.). Die Regierung stellt nach Herman und Chomsky (1988) einen der Hauptverursacher von Flak, indem sie regelmäßig die Medienprodukte und -berichterstattung kritisiert und bemängelt, korrigiert und zurechtweist (ebd., S. 27-28). Die Vermeidung von harscher Kritik an den Medien könnte dazu führen, dass kontroverse Thematiken ausgespart werden und eine weniger kritische Berichterstattung zu erkennen ist.

Ideology Filter

Herman und Chomsky (1988) gehen weiter davon aus, dass Ideology Filter die Deutungsmuster von Journalisten entscheidend beeinflussen (S. 29-31), wie nachweislich der Antikommunismus-Filter während des Kalten Kriegs (ebd.). Fraglich ist, ob gleichwertige andere ideologische Filter im Rahmen der Berichterstattung in der Ära nach dem Kalten Krieg konstruiert wurden. Auf gleiche Weise wie der Antikommunismus-Filter könnte laut Chomsky beispielsweise ein Antiterrorismus-Filter nach den Anschlägen auf das World Trade Center 2001 operieren.

Zusammenfassend verdeutlichen die Ausführungen von Herman und Chomsky (1988), dass Mainstream-Medien gewissermaßen als elitenkontrollierte Institutionen fungieren und ihre Berichterstattung nur innerhalb der elitenkonformen Interessen und Deutungsmuster stattfindet. Herman und Chomsky (1988) bestätigen damit die von Bennett (1990) im Rahmen der Indexing-Hypothese vermuteten Wirkungszusammenhänge aufgrund struktureller journalistischer Arbeitsroutinen, die sich in den Filtern Ownership, Funding, Sourcing, Flak und Ideology manifestieren.

Medienzwänge in den Themenfeldern Verteidigungs-, Außen- und Sicherheitspolitik

Die Indexing-Hypothese wurde im Kontext der Kriegs- und Krisenberichterstattung anhand verschiedener militärischer Einsätze entwickelt (Pohr, 2005, S. 623). Obwohl sie nicht auf diese Thematik beschränkt ist, konzentrieren sich doch alle empirischen Studien auf die Berichterstattung in Kriegs- und Krisensituationen (ebd.). Gerade in sicherheits- und verteidigungspolitischen Angelegenheiten sehen sich Journalisten oft mit verschärften strukturellen Herausforderungen konfrontiert. So ist die Quellenlage für Journalisten in Kriegs- und Krisensituationen schwierig, weil der Zugang zu Schauplätzen eingeschränkt ist. Auch patriotische Motive seitens der Journalisten können eine Rolle spielen (ebd., S. 217). Die Recherche vor Ort ist mit extremen Bedingungen verbunden, denn sie stellt eine erhöhte Gefahr für das Leben des Journalisten sowie einen massiven Ressourcenaufwand für die Redaktion dar. Durch die verschärzte Quellenlage rücken zumeist allein die Kriegsparteien als Informanten in den Vordergrund. Nichtsdestotrotz floriert in Kriegs- und Krisenzeiten strategische Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit (Hafez, 2001, S. 158). In dieser Situation wird die Elite durch die Abhängigkeit von Regierungsinformationen seitens der Presse zusätzlich gestärkt (Pohr, 2005, S. 262). Die Tendenz zu knappen Entscheidungen kann dazu führen, „dass nationale Eliten ihre Zugangsmöglichkeiten zu den nationalen Medien effektiver zu nutzen versuchen als andere Konfliktparteien“ (Hafez, 2001, S. 158). Regierungsamtliche Stellen haben in dieser Situation mangels alternativer Quellen ohnehin ein Nachrichtenmonopol und werden von den Journalisten auch wegen ihrer professionellen Aufbereitung eher herangezogen (Bennett, 1990, S. 103). Zudem wird ihren Informationen eine hohe Glaubwürdigkeit zugeschrieben, da sie Teil des demokratisch legitimierten Regierungsapparates sind (ebd.). Medien sind also zur Produktion ihrer Auslandsberichterstattung auf Elitendiskurse angewiesen (Hafez, 2001, S. 158). Eine mangelnde Vielfalt und Parteilichkeit der medialen Krisenkommunikation kann schließlich auch Ausdruck der einseitigen Ausrichtung der Elite zu einem bestimmten Thema sein (ebd.). Hier zeigt sich häufig die Strukturschwäche der außermedialen Öffentlichkeit der internationalen Politik (ebd.), die sich beispielsweise im Vergleich zu politischen wirtschaftlichen Fragestellungen in einer geringen Anzahl von Interessenvertretungen widerspiegelt. Wie Hafez (2001) anmerkt, ist die Artikulationsneigung der Öffentlichkeit in einzelnen Ländern sehr verschieden ausgeprägt (S. 158).

In Kriegs- und Krisensituationen ist somit die Abhängigkeit der Medien gegenüber der politischen Elite aufgrund der verschärften Quellenlage (Sourcing Filter), der begrenzten informationellen Rah-

menbedingungen (Funding Filter) sowie der Wahrscheinlichkeit einer Indizierung in der Medienberichterstattung prinzipiell hoch (ebd., S. 159). Das Ziel empirischer Untersuchungen der Indexing-Hypothese sollte es daher sein, die Konformität zwischen medialen Diskurs und Debatte innerhalb der politischen Elite zu erklären (Althaus et al., 1996, S. 407).

2.4.4 Erweiterungen der Indexing-Hypothese

Ebenen der kritischen Berichterstattung nach Mermin

Mermin (1996) erweiterte die Indexing-Hypothese, da er trotz eines politischen Konsenses kritische Medienstimmen beobachtete. Diese Kritik bezieht sich allerdings nicht auf das „Warum“ und „Ob“ ein Krieg geführt werden sollte, d.h. auf die Sinnhaftigkeit und die Legitimation des Krieges, sondern lediglich auf das „Wie“. Im Mittelpunkt dieser Forschung stehen daher die strategische Vorgehensweise und deren Erfolgsaussichten (Mermin, 2006, S. 182). Mermin identifiziert somit zwei Ebenen in der kritischen Berichterstattung: eine legitimatorische und eine performatorische. In Fall eines politischen Konsenses würde vor allem die letztere von den Medien beleuchtet (Pohr, 2005, S.262-263). In einer Studie über die Berichterstattung im Zweiten Golfkrieg und zur Panamaintervention von 1989 konnte Mermin die Gültigkeit seiner Erweiterung unter Beweis stellen: Die mediale Kritik konzentrierte sich in diesen beiden parlamentarischen Konsenssituationen nicht auf die grundsätzliche Richtigkeit der Militäraktionen oder deren Legitimationen, sondern auf die Frage, ob die gesetzten Ziele erreicht würden.

Power Indexing nach Billeauddeaux, Domke, Hutcheson und Garland

Aufbauend auf den Überlegungen von Bennett (1996) und Althaus (1996) erweitern Billeauddeaux, Domke, Hutcheson und Garland (2003) die Ansätze zur Indexing-Forschung um das sogenannte Power Indexing (Lück, 2009, S. 18). Althaus et al. (1996) legen im Rahmen ihrer Studie zur Libyen-Krise 1985-1986 die wichtige Rolle ausländischer Eliten in der Berichterstattung in Kriegs- und Krisensituationen dar:

Regardless to how the indexing hypothesis is revised, it is clear that the concept of ‚official debate‘ must be expanded to include foreign elites. This case suggests that journalists can use foreign sources, not just domestic elites, to satisfy the norms of conflict and balance. We can expect foreign elites to play an increasing role in American policy discourse, for the reciprocal relationships among U.S. elites, U.S. media, and the American public are increasingly likely to be inflected by the decentered, destabilized international political system. (S. 12)

Althaus et al. (1996) stützen sich dabei auf die Objektivitätsnorm und gehen davon aus, dass der Journalismus für eine differenzierte Berichterstattung im Falle eines nationalen Konsenses vermehrt auf kritische Stimmen dem Ausland zurückgreifen würde. Billeaudaux, Domke, Hutcheson & Garland ergänzen dazu, dass in der medialen Berichterstattung vor allem vermehrt ausländische Quellen aufkommen, wenn der Einfluss der nationalen politischen Elite auf den Verlauf außenpolitischer Ereignisse gering ausfällt (2003, S. 7). Im Zuge der Ereignisse, die auf die Terroranschläge 2001 folgten, operierten beispielsweise die USA als Hauptakteur in der internationalen Politik und hatten damit maßgeblichen Einfluss auf Entscheidungsprozesse (Lück, 2009, S. 18). Die deutsche Regierung sicherte ihre volle Unterstützung zu, noch bevor es konkrete Pläne für einen Militäreinsatz gab. In der Berichterstattung könnte daher davon ausgegangen werden, dass die Stimmen der amerikanischen Politik einerseits sehr prominent sind und andererseits stark mit den deutschen übereinstimmen (ebd.).

2.4.5 Empirische Befunde

Bennett (1990) stellt in seiner Studie zur konsensuellen US-Nicaragua-Politik eine starke Indexierung der Berichterstattung der New York Times an Regierungsbeauftragten fest (S. 116-118). Auch Hallin (1994) wies die Indexing-Hypothese anhand der Fernsehberichterstattung über den Vietnamkrieg nach: Trotz einer starken Anti-Kriegs-Bewegung in der Zivilgesellschaft berichteten die Medien erst dann kritisch über den Krieg, als sich auch in der Politik kritische Stimmen äußerten (S. 40-57; Pohr, 2005, S. 263). Robinson (2001) reflektiert diesbezüglich später:

[T]he event probably most cited as a case of news media influence on government actually turns out to be a case of political elites becoming divided over policy with critical news coverage merely being a reflection of this. (S. 526)

Basierend auf den Ergebnissen seiner Studie gliedert Hallin (1994, S. 40-57) die politische Debatte grundsätzlich in drei Phasen: „one of consensus, one of legitimate controversy and one of deviance“ (ebd.). Hallin geht davon aus, dass die mediale Berichterstattung aus Anregungen der politischen Elite hervorgeht. Dabei würde jedoch die „abweichende Sphäre“ kaum abgedeckt: „[the media] rarely produces coverage within the deviant sphere but rather either reflects elite consensus on an issue or elite legitimate[d] controversy“ (ebd.). In zahlreichen weiteren Studien (u. a. Entman & Page, 1994; Zaller & Chui, 1996; Livingston & Eachus, 1995; Althaus et al., 1996; Alexeev & Bennett,

1995) konnte neben der elitezentrierten Quellenauswahl der Journalisten die einheitlich positive Haltung der US-Massenmedien mit der parlamentarische Konsenssituation erwiesen werden (Pohr, 2005, S. 263). Auch Mermin bewies die Gültigkeit der Indexing-Hypothese für die Berichterstattung in über acht amerikanischen Militärinterventionen seit dem Vietnam-Krieg (Pohr, 2005, S. 263).

2.4.6 Übertragung der Indexing-These auf deutsche Verhältnisse

Obwohl ein Großteil der Forschung zur Indexing-Hypothese und ihrer Erweiterung starken Amerika-Bezug aufweist, konnte sie auch auf die deutsche Kriegs- und Krisenberichterstattung angewendet werden, wie Walgrave et al. (2010) herausstellen:

Indexing seems to operate not just in the U.S. but also in other systems such as the UK, Sweden and Germany, where a diverse spectrum of news organizations seem to move their framing as the parties that anchor them shift their support or opposition to different policies. (S. 3)

Bei der Übertragung der Indexing-Hypothese von US-amerikanischen auf deutsche Verhältnisse, müssen allerdings die länderspezifischen und systemstrukturellen Unterschiede beachtet werden (Pohr, 2005, S. 264): Erstens geht man der Kommunikatorforschung von einem generell kritischeren Selbstbild der deutschen Journalisten aus als bei amerikanischen, die sich vornehmlich als Vermittler zwischen der politischen Elite und der Bevölkerung sehen (ebd.; vgl. Erbring, 1989, S. 311; Donsbach, 1993, S. 289-295). Aus diesem Grund kann man davon ausgehen, dass im Fall eines Konsenses der politischen Elite in der deutschen Medienberichterstattung mehr Kritik zu finden ist als vergleichbaren Situationen in den USA (ebd.).

Darüber hinaus ist zweitens die amerikanische Medienlandschaft von einer weitaus marktwirtschaftlicheren Orientierung der Nachrichtengebung und höheren Pressekonzentration (Gurevitch & Blumler, 1990, S. 275) geprägt als in Deutschland. Dies kann zu einer Reduktion der publizierten Meinung führen (Lichtenberg, 1990, S. 103). Da in Deutschland von weniger drastischen Entwicklungen als in den USA auszugehen ist, ist auch die Wahrscheinlichkeit einer unabhängigeren Berichterstattung höher (Pohr, 2005, S. 264).

Des Weiteren lässt sich innerhalb des deutschen Mediensystems drittens mit den überregionalen Abonnementzeitungen taz, Frankfurter Rundschau (FR), Süddeutsche Zeitung (SZ), Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) und Die Welt ein breiteres Spektrum an journalistisch-politischen Orientierungen feststellen als in den USA (vgl. Hagen, 1992; Voltmer, 1998; Eilders, 2001). Nach Dons-

bach et al. (1996) finden sich hingegen sämtliche Massenmedien in den USA im mittleren Bereich auf dieser Links-Rechts-Achse. Daraus schließt sich, dass in den USA eine vergleichsweise geringe Meinungsvielfalt in den Massenmedien herrscht, während die ausdifferenzierte deutschen Presselandschaft mit mehr regierungskritischen Stimmen arbeitet (Pohr, 2005, S. 264).

Viertens müssen auch hinsichtlich der unterschiedlichen Ausprägung der politischen Konstitutionen in Deutschland Modifizierungen vorgenommen werden. Das in der Indexing-Hypothese implizierte Konzept der elitenzentrierten Quellenpräferenz erfordert eine Definition der politischen Elite (ebd.). Da im politischen Gefüge der USA alleine schon aus konstitutionellen Gründen eine klare Trennung zwischen Exekutive und Legislative schwierig ist, wurde in dortigen Studien zur Indexing-Hypothese keine einheitliche Operationalisierung vorgenommen, was die Forschungsergebnisse schwer vergleichbar macht (ebd.). Während einige Studien das gesamte Parlament als politische Elite deklarieren, fassen andere Studien nur die Regierung als politische Elite auf (vgl. Robinson, 2005). Bezogen auf Deutschland versteht Pohr (2005) unter dem Begriff politische Elite „die Position jeder im Parlament vertretenen Partei auf Bundesebene sowie deren Spitzenvertreter“ (ebd.).

Außerdem verlangt die Indexing-Hypothese eine Definition von Konsensesituationen, die in der US-amerikanischen Forschung nicht einheitlich geklärt wurde (ebd.). Die Bewertung, ob es sich um einen Konsens oder einen Dissens in der politischen Elite handelt, wurde dabei zumeist fallspezifisch von den jeweiligen Forschenden bestimmt (ebd.). So wurde in vielen Studien von einem politischen Konsens ausgegangen, auch wenn einzelne Mandatsträger gegen den militärischen Einsatz stimmten (ebd.). Ein Dissens war in den meisten Studien hingegen davon bestimmt, dass „sich durch die Mitte des Parlamentes die Konfliktlinie zog“ oder der Anteil von Kriegsgegnern im Parlament zunahm (ebd.). In der deutschen Politik ist das Parteienspektrum allerdings um einiges ausdifferenzierter als in den USA, wodurch totale Konsensesituationen weitestgehend ausgeschlossen sind (ebd.). So erklärt bereits Pohr (2005) die deutsche Debatte über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr zu einem weitgehenden politischen Konsensfall, weil mit Ausnahme der PDS (später Die Linke) alle Fraktionen mit breiter Mehrheit grundsätzlich hinter dem Einsatz standen. Weil der Bundestag nur einen weitgehenden und keinen vollständigen Konsens aufwies und gegebenenfalls die kritische Haltung der Bevölkerung im Verlauf der Debatte berücksichtigt werden muss, kann in Deutschland lediglich mit einer medienübergreifenden Zustimmung mit relativ geringem Kritikum-

fang gerechnet werden. Ein vollständiges Ausbleiben von Kritik scheint jedoch nicht realistisch (ebd.).

Betrachtet man die Rolle, welche die deutsche Politik z. B. im Rahmen der militärischen Intervention in Afghanistan innehatte, zeigt sich eine sehr viel aktivere Aufgabenübernahme seitens der US-Amerikaner. Deutschland war lediglich eine sich am Krieg beteiligende Nation und dabei eher wenig aktiv in die strategische Planung einbezogen. Zudem ist Deutschland nicht direkt Opfer der Terror-Anschläge gewesen, wodurch die Betroffenheit und der in den USA ohnehin schon stärker gelebten Patriotismus in den Hintergrund gerückt sein könnte. Trotzdem erklärte die deutsche Regierung relativ schnell nach den Terroranschlägen in den USA und ohne weitere Kenntnis der Strategie ihre „uneingeschränkten Solidarität“ (Schröder, 2001). Die Wirkungsmöglichkeiten der deutschen Politiker sind deshalb und auch aufgrund der internationalen Entscheidungsprozesse innerhalb der UNO und NATO einigermaßen gering. Es ist zu vermuten, dass diese weniger aktive Rolle der Bundeswehr hierzulande eine distanziertere Auseinandersetzung mit der Militärintervention zur Folge hatte, als dies bspw. in den USA der Fall war.

Die Modifizierung der Indexing-Hypothese an deutsche Verhältnisse lässt zwar insgesamt auf ein deutliches Übergewicht der Unterstützung des Militäreinsatzes in der Medienberichterstattung schließen, allerdings lässt sich dennoch ein vergleichsweise hoher Anteil kritischer Meinungen zu dem militärischen Einsatz vermuten (ebd.). Somit wird bei der Übertragung der Indexing-Hypothese von den USA auf Deutschland bezüglich der Afghanistan-Frage zwar ein medialer Konsens angenommen. Es ist jedoch denkbar, dass dieser aufgrund länderspezifischer Unterschiede in der Medienstruktur, aufgrund des journalistischen Selbstverständnisses, der ökonomischen Zwänge und der Vielfalt des medialen Meinungsspektrums weniger deutlicher ausfällt. Die Wahrscheinlichkeit einer kritischen Kommentierung, auch im Falle eines politischen Konsenses, ist in den deutschen Medien deshalb vergleichsweise höher (ebd.).

Empirische Ergebnisse in Deutschland

Eilders und Lüter (2000) untersuchten die Indexing-Hypothese im Rahmen einer Studie zur Kommentierung des Kosovo-Einsatzes der Bundeswehr in fünf überregionalen Qualitätszeitungen schließlich auch in Deutschland. Der Kosovo-Einsatz stellte dabei die erste deutsche Beteiligung an einem militärischen Auslandseinsatz seit Ende des zweiten Weltkrieges dar (Eilders & Lüter, 2000, S.

415). Die Analyse nach Deutungsmustern in der Berichterstattung konzentrierte sich auf den Zeitraum des ersten Bombardements am 25. März bis zum offiziellen Ende der Bombardements am 20. Juli 1999. Dabei kamen Eilders und Lüter zu dem Ergebnis, dass die Berichterstattung größtenteils kriegsbefürwortend ausfiel. Kritische Stimmen lokalisierten sie eher in politisch links orientierten Zeitungen (ebd., S. 419). Wenn Kritik angebracht wurde, dann richtete sie sich größtenteils auf „procedural aspects oft the war“ (ebd., S. 419). Eilders und Lüter (2000) schlussfolgerten daraus, dass die Medien das journalistische Ideal des Watchdog vernachlässigen, wenn innerhalb der politischen Elite eine „share of consensus“ herrscht. Damit bestätigen sie die Ausführungen zur Indexing-Hypothese von Bennett und Mermin in Deutschland.

Pohr (2005) bestätigte die Indexing-Hypothese ebenfalls anhand der Analyse des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr (S. 274). Dafür analysierte er die Kommentare von fünf überregionalen deutschen Qualitätszeitungen im Zeitraum vom 12. September bis zum 9. Dezember 2001 (ebd., S. 267), d.h. in der Zeit zwischen den Terror-Anschlägen in den USA und dem Sturz des Taliban-Regimes durch der Einnahme von Kunduz und Kandahar durch die alliierten Truppen (Weiland, 2011, S. 2). Pohr konnte einen weitgehenden Konsens der politischen Elite im Bundestag und eine eher kriegsbefürwortende Berichterstattung in den Medien bestätigen. Durch landesspezifische Merkmale fiel der Indexing-Effekt in Deutschland jedoch im Vergleich zu den USA geringer aus (Pohr, 2005, S. 274). Zudem stellte sich heraus, dass die Kritik stärker wurde, je weiter links die Ausrichtung der Zeitung im politischen Spektrum zu verorten war (ebd., S. 271). In der taz überwog dabei sogar der Anteil an kritischer Berichterstattung (ebd.). Innerhalb der gesamten Kritik an dem Militäreinsatz in Afghanistan dominierte entsprechend der Erweiterung von Mermin jedoch der Aspekt der Strategie und Ausrichtung, d. h. die performatorische Ebene der Debatte (ebd., S. 274). Fraglich bleibt aufgrund des Methodendesigns allerdings, ob die Journalisten gemäß der Indexing-Hypothese tatsächlich lediglich die Meinungen der Politiker in der Berichterstattung übernommen hatten oder ob sich die Meinungsverteilungen aus anderen Gründe ähnelten (vgl. Eilders & Hagen, 2005, S. 213). Problematisch an der Studie von Pohr ist außerdem, dass lediglich ein Zeitpunkt mit weitgehendem Konsens analysiert wurde. Somit können keine angemessenen Rückschlüsse auf die Debatte im zeitlichen Verlauf und mit eventuell zunehmender politischer Kontroverse gemacht werden können (Lück, 2009, S. 14).

Maurer stellte 2005 eine weitere Studie zur Indexing-Hypothese in Deutschland vor. Er untersuchte dafür Fernsehnachrichten zu den Debatten um die militärischen Interventionen im Kosovo 1999, in Afghanistan 2001 und in Irak 2003. Bezuglich der Berichterstattung zu Beginn der jeweiligen Einsätze stellte er fest, dass nur selten ausdrückliche Wertungen seitens der Journalisten abgegeben wurden (Maurer, 2005 zitiert nach Lück, 2009, S.14-15). Wertende Aussagen kamen eher in zitierter Form von Politikern, Experten sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren (ebd.). Bezuglich der Analyse der Fernsehberichterstattung über Afghanistan im Zeitraum vom 5. bis 11. November 2001 stellte er eine kriegsablehnende Berichterstattung fest. Zudem bemerkte Maurer (2005), dass während des Untersuchungszeitraums sehr wenig über die Gründe und Motive für eine Beteiligung am Afghanistan-Einsatz, d.h. auf der legitimatorischen Ebene, berichtet wurde (ebd.). Dies erklärt Maurer (2005) mit dem UN-Mandat zur Intervention in Afghanistan und der somit gewissermaßen vorgesetzten Legitimation des Einsatzes. Darüber hinaus lässt auch in dieser Studie der relativ kurze Erhebungszeitraum kaum Rückschlüsse auf die gesamte Debatte und ihren Verlauf zu.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Indexing-Hypothese nach Bennett (1990) sowie die Erweiterung durch Mermin (1996) mit landesspezifischen Modifizierungen nachweislich auch in Deutschland Anwendung finden kann. Die Indexing-Effekte sind hier aber aufgrund einiger struktureller Unterschiede weniger stark ausgeprägt, z. B. das journalistische Selbstbild, die starke marktwirtschaftliche Orientierung der Medien, das größere Spektrum an politischen Orientierungen in den Medien und im Parlament und die Wirkungsmacht in der Politik. Es wird zudem deutlich, dass sich die Forschung im deutschsprachigen Raum zur Kriegs- und Krisenberichterstattung hauptsächlich auf Einzelfallstudien stützt (Fröhlich et al., 2007, S. 277- 294). So mangelt es in diesem Forschungsfeld erkennbar an Langzeituntersuchungen und vergleichenden Studien, die gerade im Hinblick auf die große Einsatzdauer der Afghanistan-Operationen interessant erscheinen. Studien, die verschiedene Phasen einer Debatte bzw. eines bestimmten Einsatzes beleuchten sind stark unterrepräsentiert (ebd.).

2.4.7 Grenzen der Indexing-Hypothese

Die einschlägigen Studien legen jedoch auch einen großen Schwachpunkt der Indexing-Hypothese offen. In der Forschung fehlt nämlich die nötige Präzision anhand exakter Kriterien zu bestimmen, ab welchem Ausmaß von Kritik die Indexing-Hypothese falsifiziert werden kann. In allen Studien

zeigt sich, dass unter Konsensbedingungen in der politischen Elite Kritik weitgehend entfällt. So wurde weder in den amerikanischen Vorläuferstudien, noch in vergleichbaren Studien im deutschsprachigen Raum ein genaues Richtmaß für die Gültigkeit der Hypothese entwickelt. Die Ergebnisse werden hingegen je nach Ermessen der Forschenden „weich“ interpretiert. Damit sind die Studien zur Indexing-Hypothese wegen der uneinheitlichen Operationalisierung von den Begriffen „politischen Eliten“ und „Konsens“ sowie der verschiedenen Untersuchungsdesigns nur schwer miteinander vergleichbar.

Darüber hinaus ist fraglich, inwiefern anhand der bisherigen Studien valide Rückschlüsse auf die Wechselmechanismen in der medialen Berichterstattung gemacht werden können. Wolfe (2009) verdeutlicht beispielsweise:

Tests of the indexing hypothesis are moreover unable to identify causal mechanisms to explain who is leading whom. Phrased another way, indexing scholars cannot claim whether the news follows the governing elite or whether the governing elite follow the news. (S. 85)

Problematisch ist nämlich, dass die meist quantitativ angelegten Untersuchungen lediglich Ergebnisse zu der möglichen Dominanz von elitebasierten Quellen in der Berichterstattung zulassen. Die Frage danach, ob die elitekonforme Berichterstattung durch die Orientierung an der politischen Elite oder durch andere Mechanismen bewirkt wird, bleibt damit ungeklärt. Diesbezüglich ergeben sich theoretische Bedenken, denn die Indexing-Hypothese gewissermaßen „black boxes“ die Dynamik zwischen der Medienberichterstattung und dem politischen Prozess (Robinson, 2001, S. 528).

Die Annahme Journalisten hätten lediglich eine passive Rolle während der politischen Debatte, schließt die Möglichkeit aus, dass Journalisten sehr wohl als aktive Teilnehmer gemäß ihres demokratietheoretischen Anspruchs agieren und bewusst Position in Debatte beziehen können.

Bennett (1990) und Mermin (1996) brechen daher einen sehr vielschichtigen Prozess enorm herunter und können also weder widerlegen noch beweisen, dass der Einfluss der Politik maßgebend für die mediale Berichterstattung ist.

2.5 Weitere Ansätze zu Wirkungsmechanismen zwischen Politik und Medien

2.5.1 Medien beeinflussen die Politik: Der CNN-Effekt

Konträr zur Indexing-Hypothese schreibt der CNN-Effekt der medialen Berichterstattung im Kontext militärischer Einsätze ein großes Einflusspotential auf die Politik zu und unterstellt ihr damit eine starke Stellung gegenüber der politischen Elite. Anders als bei der Indexing-These wird hier die politische Agenda als Spiegelung der Nachrichtenagenda verstanden (Eilders & Hagen, 2005, S. 210). Demnach sind Medien eigenständige Akteure im globalen Konflikt- und Krisenmanagement, ändern die Rahmenbedingungen sicherheitspolitischer Entscheidungsfindung und können sogar einen direkten Einfluss auf die staatliche Politikgestaltung ausüben.

Der amerikanische Nachrichtensender CNN stand während der Kriege im Irak (1991) und Somalia (1992) sinnbildlich für eine neue Art der Berichterstattung, die bedingt durch die aufkommende Satellitentechnik Fernsehbilder ohne Zeitverzögerung weltweit verbreiten konnte. Die Berichterstattung aus dem Irak war geprägt von Menschenrechtverletzungen und der Bebilderung der humanitären Katastrophe, was zu einer Erhöhung der öffentlichen Aufmerksamkeit führte (Robinson, 2002, S.7-10).

The graphic portrayal of human tragedy and the victims' belief in Western leaders was skilfully juxtaposed with the responsibility and the diplomatic evasions of those same leaders to create a political challenge which it became impossible for them to ignore. (Shaw, 1996, S.88)

Die Kriege nach dem Ende der bipolaren Weltordnung wurden oft aus humanitären Gründen geführt, was die Rolle der Berichterstattung mit ihrer Bebilderungskraft stärkte. Dadurch bekamen Medien und Bevölkerung größere Einflussmöglichkeiten auf außenpolitische Entscheidungen:

The scope for legitimate debate concerning the need and utility of using military force has widened, making it possible for the media and the public to wield greater influence than it was usually the case during the Cold War, where such decisions could be justified with reference to national security and/or the need to stop the spread of Communism. (Jakobsen, 2000, S.131)

Der CNN-Effekt stellt eine Erweiterung des Agenda-Setting-Ansatzes dar, weil er die Frage nach der Determination der Nachrichten- und Politikagenda in den Mittelpunkt stellt (Robinson, 2002, S.21). Seine zentrale Frage ist, wie umfangreich der Einfluss der Medien auf die außenpolitische Entscheidungsfindung ist.

Drei Dimensionen des CNN-Effekts

Livingstone (1997) unterscheidet drei Dimensionen des CNN-Effektes: Erstens haben Medien die Möglichkeit, die Entscheidungsfindung zu beschleunigen. Sie berichten über Ereignisse oft schon bevor politische Akteure anhand von diplomatischen Informationen politische Strategien entwickeln können. Es wird eine Reaktion der Politik gefordert, bevor die Politik alternative Lösungen durchdenken und politische Verhandlungen führen kann. Medien können somit die Bearbeitung und Lösung von Problemen, die der Politik bereits bekannt sind, beschleunigen (Livingstone, 1997, S. 2). Zweitens können die Massenmedien die Durchsetzung politischer Ziele hemmen bzw. be- oder verhindern (Livingstone, 1997, S. 4). Als „Emotional Inhibitor[s]“ (Livingstone, 1997, S. 4) können Medien die öffentliche, militärische und politische Unterstützung für eine Intervention untergraben. Die öffentliche Meinung kann so beeinflusst werden, dass die Politik zu einer bestimmten Haltung oder Handlung gezwungen ist (Gilboa, 2005, S. 29). So trug die kritische und emotionale Berichterstattung über den Krieg in Somalia (insbesondere die Bilder eines toten US-Soldaten in den Straßen von Mogadishu) entscheidend zur Änderung der öffentlichen Meinung und zum Rückzug der US-Truppen 1993 bei. Außerdem können Medienakteure in Kriegs- und Krisensituationen sogar die operative Sicherheit gefährden, indem sie über strategische Pläne und Vorgänge berichten, die der Geheimhaltung unterliegen und mit einem solchen Vorgehen den Erfolg einer Operation oder einer ganzen Mission gefährden. Drittens treten Medien als „Agenda Setting Agents“ (Livingstone, 1997, S. 6) auf, die Themen auf die politische Agenda setzen und auch von dieser entfernen können. Problematisch ist, dass die Politik ihre Kriterien zur militärischen Einmischung an den Nachrichtenfaktoren ausrichtet und in ihrem Handeln somit den Vorlagen der Medien folgt. Die Themen der Außenpolitik sind oft nur eine Spiegelung der Nachrichten-Agenda und „the choices and selections of national interests are too heavily weighted in favor of what happens to get covered by CNN or other media“ (Livingstone, 1997, S. 6).

Die Stärke des CNN-Effektes ist dabei von verschiedenen Faktoren abhängig. Der Charakter der Berichterstattung, die Einigkeit und Unsicherheit der politischen Entscheidungsträger und die Art des Konflikts bestimmen, ob und wie umfangreich die Medien einen Effekt auf die Außenpolitik ausüben. Durch die Argumentation und Erzählweise in der Kriegsberichterstattung können sich Journalisten und Politiker auf die Seite einer Konfliktpartei stellen: Eine distanzierte, leidenschaftslose Darstellung der Bevölkerung im Krisenherd kann dabei helfen, eine militärische Intervention un-

nötig erscheinen zu lassen, während die Darstellung vom Leid der Kriegsgebeutelten Empathie bei der Bevölkerung hervorrufen kann und einen Militäreinsatz als unausweichlich erscheinen lässt (Robinson, 2002, S. 28). Wenn Journalisten auf diese Weise regierungskritisch und opferempathisch berichten, ist das Wirkungspotenzial auf die öffentliche Meinung und die Politik besonders groß. Gleichzeitig wird die Inaktivität der eigenen Regierung kritisch betrachtet (ebd., S. 29). Auch die Häufigkeit einer solchen Berichterstattung und die Einigkeit innerhalb der Medienmeinung spielt eine Rolle. Die Einigkeit in der Berichterstattung kann die außenpolitische Agenda maßgeblich beeinflussen und Druck ausüben, sodass von einem „strong CNN effect“ (Robinson, 2002, S. 38) die Rede ist. Robinson (2002, S. 38-39) spricht hingegen von einem schwachen CNN-Effekt, wenn eine humanitäre Krise nur am Rande der medialen Agenda Erwähnung findet und somit nur indirekt einen Einfluss auf die Politik hat.

Allerdings kann die Berichterstattung nur einen CNN-Effekt hervorrufen, wenn eine unentschiedene und unsichere Außenpolitik vorliegt. Der Medieneinfluss richtet sich nach dem Konsens bzw. Dissens der Akteure (in den USA vor allem das Weiße Haus und die Berater des Präsidenten, das Pentagon, das Außenministerium, der Nationale Sicherheitsrat und die CIA) und dem Vorhandensein politischer Strategien (Robinson, 2002, S. 26-27). Bei Uneinigkeit der Eliten und Unsicherheit innerhalb der Regierung bewegen sich die Medien in einer „sphere of legitimate controversy“ (Hallin, 1986) und nehmen eine aktive Rolle mit großem Einflusspotential im politischen Entscheidungsprozess ein. Des Weiteren ist die Stärke des CNN-Effekts von der Art des Konflikts und der politischen Reaktion abhängig: „Each policy (...) obviously has different objectives, actual and potential costs, and operational requirements. As a result, the level of interest media have and the potential consequence of that interest vary substantially“ (Livingstone, 1997, S. 15). Liegt eine humanitäre Krise vor, bietet sich eine opferemphatische Berichterstattung an und der CNN-Effekt kann stark sein. Da humanitäre Kriege in den letzten Jahren zugenommen haben, prognostiziert Livingstone (1997): „If media coverage of crises has had an effect on U.S. foreign policy in the past, as some argue, then the potential for similar effects in the future are great.“ (S.6).

Zusammenfassend lässt sich also folgern, dass ein starker CNN-Effekt auftreten kann, wenn es sich bei dem Konflikt um eine humanitäre Krise handelt, die Berichterstattung sich mit den Opfern solidarisiert und den Regierungskurs kritisiert, es eine große Zahl an einstimmigen Medienmeinungen

gibt, die politische Elite sich uneinig ist und sich die Entscheidungsträger in Regierungskreisen unsicher über die richtige Politik sind.

Grenzen des CNN-Effekts und Kritik

Die große Anzahl an Faktoren und Abhängigkeiten sowie das zu Grunde liegende Stimulus-Response-Modell bieten immer wieder Anknüpfungspunkte für Kritik. Jakobsen (2000) kritisiert, dass „the CNN debate with its focus on intervention and withdrawal decisions misses the point, obscuring the indirect, invisible, and far greater impact that media coverage has on conflict management“ (S. 132). Er schlägt eine komplexere Betrachtung des Medieneinflusses auf die Außenpolitik vor und analysiert die Möglichkeiten und Grenzen des medialen Wirkungspotentials in drei Phasen eines Krieges: In der Pre-Violence Phase ist der CNN-Effekt unwesentlich, da der Nachrichtenwert von gewaltlosen Konflikten und Krisen für die Medien gering ist und Regierungen dazu tendieren, die Forderung nach präventiven Maßnahmen zu ignorieren (Jakobsen, 2000, S. 133). Während der Violence Phase kann der CNN-Effekt am größten sein. Trotzdem ist seine direkte Wirkung begrenzt, denn „most violent conflicts are not covered at all; ‚silent emergencies‘ outnumber the ‚loud‘ ones by far“ (Jakobsen, 2000, S. 133). Auch Livingstone (1997) widerspricht einem direkten Ursache-Wirkung-Zusammenhang, da die meisten gewaltsamen Kriege abseits von medialer Aufmerksamkeit passieren (S. 7-10). Erst wenn es Schlüsselereignisse (z.B. ein Massaker oder Flüchtlingsströme) gibt und sich der Krieg bildlich darstellen und dramatisch inszenieren lässt, greift der CNN-Effekt: „A short bloody war is better than a drawn out stalemate“ (Jakobsen, 2000, S.133-134). Medien können die Rahmenbedingungen und den Zeitpunkt von außenpolitischen Entscheidungen beeinflussen, nicht aber Regierungen gegen ihren Willen zu einer militärischen Intervention zwingen. Vielmehr führt der öffentliche Druck eine Regierung dazu, symbolische Entscheidungen zu treffen „aimed at demonstrating that something is being done, which fall well short of troop deployments but may involve significant funding for humanitarian relief operations“ (Jakobsen, 2000, S. 137). In der Post-Violence Phase ist der CNN-Effekt sehr gering, da die Medien nach einer erfolgreichen Intervention schnell das Interesse verlieren und ihre Berichterstatter mit den Truppen abziehen. Der Wiederaufbau des Landes und Langzeitentwicklungen haben keinen großen Nachrichtenwert. Nur bei erneuten Gewaltausbrüchen (z.B. Anschläge oder Überfälle auf Peacekeeping-Truppen) kann es zu einem kurzzeitigen Anstieg der Berichterstattung kommen (Jakobsen, 2000, S. 137-138).

Der CNN-Effekt in Deutschland

Entstanden im Kontext des Kalten Krieges befassen sich die meisten Fallstudien zum CNN-Effekt mit der Außenpolitik der USA während der humanitären Interventionen der 1990er Jahre. So gibt es kaum Studien, die den CNN-Effekt in Deutschland nachweisen konnten. Studien, die das Verhältnis zwischen Politik und Medien in Kriegssituationen in Deutschland untersuchten, kamen wie bereits erwähnt zu dem Schluss, dass die Nachrichtenagenda von der Politik beeinflusst wird und nicht umgekehrt. Ein Grund dafür kann sein, dass sich die „dominanen Muster und Kriegsdiskurse“ von „Menschrechtsverletzungen zu Fragen der Sicherheit und Terrorismus verschoben“ haben, bei denen die „Exekutive einen Informations- und Deutungsvorsprung hat“ (Bilke, 2008, S.189). Dennoch gibt es Hinweise auf eine Bedeutung der deutschen Medien im politischen Diskurs über einen Militäreinsatz. Weller (2002) zeigte, dass die Medien die Terroranschläge vom 11. September 2001 schnell mit den Deutungsrahmen Krieg und Vergeltung besetzten, die dann in der politischen Rhetorik aufgenommen wurden.

2.5.2 Policy-Media Interaction Model

Mit seinem Policy-Media Interaction Model entwickelt Robinson (2002, S.30-35) ein Konstrukt, um die Interaktion zwischen Medien und Politik anhand bestimmter Faktoren zu beschreiben. Sowohl die Orientierung der Politik an den Medien (CNN-Effekt) als auch die Orientierung der Medien an der Politik (Indexing-These) können mit diesem Modell erklärt werden. Er verarbeitet darin auch die Theorie des Manufacturing Consent:

- Bei Konsens der politischen Elite bewegen sich die Medien in einer „sphere of consensus“ (Robinson, 2002, S. 30) und ist es unwahrscheinlich, dass die Medien sich diesem entgegenstellen. Sie berichten deshalb weitestgehend regierungsunkritisch, sie indizieren also die Meinungsverteilung in der politischen Elite (vgl. Indexing-These).
- Bei Dissens der politischen Elite reflektieren die Medien die reale Meinungsverteilung und ihre Berichterstattung ist gleichermaßen von Unterstützung und Ablehnung des Regierungskurses geprägt. In diesem Szenario können die Medien eine aktive Rolle spielen, indem sie für eine Gruppe innerhalb der politischen Elite Partei ergreifen und so – unbewusst oder bewusst – zu deren Fürsprecher werden.

- Bei Dissens der politischen Elite, aber einem bestimmten und sicheren Regierungskurs versucht die Regierung auf die Medien einzuwirken, um ihre Meinung durchzusetzen, und von ihrer Glaubwürdigkeit als Informationsquelle in Kriegssituationen zu profitieren. Die kommunikativen Anstrengungen seitens der Regierung werden erhöht (vgl. Propaganda-Modell). In diesem Fall ist es wahrscheinlich, dass die Medien auf die Regierungslinie einschwenken und auf diese Weise dazu beitragen, den Dissens in der politischen Elite aufzulösen. „However when policy-makers are set on a particular course of action they are unlikely to be influenced by news media coverage“ (Robinson, 2002, S. 30).
- Bei Dissens der politischen Elite und einer unbestimmten unsicheren Haltung der Regierung ist das Einflusspotential der Medien groß. Gemeinsam mit einer opferemphatischen und regierungskritischen Berichterstattung ist die Bedingung für einen CNN-Effekt gegeben. Politiker stehen durch die negative Berichterstattung der Möglichkeit eines Image-Verlustes, einer für sie ungünstigen öffentlichen Meinung und einer eigenen Meinungs- und Verhaltensänderung gegenüber.

Robinson (2002) selbst folgert:

The policy-media interaction model provides a systematic and theoretically informed measure of news media impact on any given policy process. By specifying the conditions of news media influence, the model also goes some way to reconciling the contrasting claims of the CNN effect and manufacturing consent theory and to contributing to a more comprehensive understanding of media-state-relations. (S. 45)

2.5.3 Zwischenfazit

Die Indexing-Hypothese nach Bennett und der CNN-Effekt nach Robinson stellen Konzepte des Wirkungszusammenhangs zwischen Medien und Politik dar. Während die Indexing-Hypothese von einer starken Abhängigkeit der Medien zur Politik ausgeht, spricht der CNN-Effekt von einem starken Einflusspotential seitens der Medien. Bennett erklärt, dass sich die mediale Berichterstattung aufgrund struktureller Bedingungen des Journalismus an der politischen Elite orientiert. Insbesondere in Kriegs- und Krisensituationen sind die Medien durch die verschärzte Quellenlage stark von elitären Quellen abhängig. Die Medien spiegeln nach Bennett die im Parlament und in der Regierung vertretenen Meinungen in ihrem Verhältnis. Im Fall eines parlamentarischen Konsenses fällt daher auch die Berichterstattung gleichförmig und unkritisch aus, was hinsichtlich des Qualitätsanspruchs

an die Medien als Kritik- und Kontrollinstanz problematisch ist. Mermin (1996) erweitert die Indexing-Hypothese dahingehend, dass kritische Stimmen auch bei einem parlamentarischen Konsens auftreten können. Die Kritik konzentriert sich dann aber auf strategische Aspekte eines Kriegs. Althaus et al. ergänzen die Hypothese um ausländische Elitequellen. Empirisch wurde die Indexing-Hypothese u.a. in den USA und Deutschland fallspezifisch bestätigt, wobei landesspezifische Besonderheiten berücksichtigt werden müssen. Anders als beim Indexing geht der CNN-Effekt nach Robinson (2001) von einer dominanten Stellung der Medien gegenüber der Politik aus. Demnach können die Medien besonders in Situationen humanitärer Notlagen, politischem Dissens und unsicherer Orientierung durch die Berichterstattung politische Entscheidungen beeinflussen, Entscheidungsfindungsprozesse beschleunigen und bestimmte Verhandlungspunkte hemmen oder verhindern. Die Macht der Medien liegt darin, die öffentliche Meinung durch Emotionalisierung zu beeinflussen und somit die Politik zum Handeln zu zwingen. Robinson (2001) verbindet beide Konzepte – Indexing und CNN-Effekt – schließlich in seinem Policy-Media Interaction Model. Man geht davon aus, dass das mediale Einflusspotenzial abhängig von der Stärke des Dissenses in Parlament und Regierung ist.

3. Fallbeispiel: Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr

3.1 Afghanistan und der internationale Militäreinsatz ab 2001

Ein geeignetes Fallbeispiel zur Untersuchung der politischen Rechtfertigungs- sowie der journalistischen Kritik- und Kontrollpflicht stellt der Diskurs über das von Konflikten gezeichnete Land Afghanistan dar. Seit mehr als 30 Jahren ist die Lage am Hindukusch sehr instabil (Schettner, 2007, S. 3-5), die militärische Konflikttransformation durch die seit 2001 in Afghanistan operierenden Militärinterventionen OEF und ISAF ist oftmals nur schwer möglich (Gießmann & Wagner, 2009, S. 6). Der Afghanistan-Einsatz hat eine mehr als zehnjährige Einsatzgeschichte, die immer wieder zu politischen und medialen Diskussionen führt. Doch wie konnte es überhaupt zu der schwierigen Lage in Afghanistan kommen?

3.1.1 Die Entwicklung Afghanistans bis 2001

Seit der Begründung des modernen Afghanistans durch Ahmad Ahah Adali im Jahr 1747 hat sich das Land am Hindukusch „als ein Reich erwiesen, welches sich als nahezu unregierbar erweist; zu zerklüftet sind seine Gebirgsregionen und zu selbstständig und selbstbewusst sind die einzelnen Volksstämme“ (Rauch, 2006, S. 220). Folglich kam es immer wieder zu einer Dominanz lokaler Macht- und Gewaltstrukturen innerhalb Afghanistans (Schettner, 2007, S. 3). Diese „lokalen Herrschaftsstrukturen sind hochdynamisch, folgen ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten und stehen modernen, auf Staatlichkeit basierenden Herrschaftsvorstellungen entgegen“ (ebd.). Einzelne Drogenbarone, lokale Stammesoberhäupter oder religiöse Würdenträger vereinten mehr Macht auf ihrer Seite, als der Staatsapparat (ebd.) des von Kargheit und Armut gekennzeichneten Landes (Ewans, 2005, S. 7) – ein Strukturdefizit, das schrittweise zur Destabilisierung und Fragmentierung Afghanistans beigetragen hat (Baraki, 2007, S. 11).

Auch die im Jahr 1964 ausgerufene konstitutionelle Monarchie konnte sich nicht gegen den regen Machtwechsel und zahlreiche innere Revolten durchsetzen (Rauch, 2006, S. 221-223). Eine politische Instabilität, die in den 1970er Jahren auch den Augen der Sowjetunion nicht fernblieb. Nachdem die durch einen Putsch im Jahr 1978 an die Macht gekommene kommunistische Partei Afghanistans (DVPA) durch „Aufstände und einen weitgehenden Kontrollverlust in den ländlichen Gebieten in eine schwierige Lage geraten war“ (Kipping, 2011, S. 78), marschierte die 40. Armee der UdSSR 1989 am Hindukusch ein (ebd.). Ziel dieses Vorstoßes war es „aus Afghanistan einen neutralen, der Sowjetunion nicht feindlich gesonnenen Staat zu machen“ (ebd., S. 80). Es folgte ein harter Kampf gegen oppositionelle Kräfte, besonders gegen die sogenannten Mudschaheddin Gruppen (Nojumi, 2002, S. 58), „those waging the jihad“ (Ewans, 2005, S. 112; Herv. i. Org.). Nach großen Verlusten in der Anfangsphase konnten sich diese Widerstandsgruppen im Laufe der Zeit jedoch immer besser organisieren und bewaffnen. Im Jahr 1985 kontrollierten die Mudschaheddin „almost three-fourths of the country, and the Soviets began to suffer heavy defeats“ (Nojumi, 2002, S. 58), sodass sie im Februar 1988 abzogen.

Für Afghanistan stellte dieser Rückzug aber keinesfalls ein Ende der gewaltsamen Auseinandersetzungen dar. In den bürgerkriegsähnlichen Folgejahren gewannen die Mudschaheddin trotz schlechter Führungsstrukturen aber mit ausländischer Hilfe stetig an Macht und stürzen das DVPA-Regime

im Jahr 1992 (Rauch, 2006, S. 222). Doch auch die islamisch-konservativen Gruppen waren nicht in der Lage ein funktionierendes staatliches Gewaltmonopol herzustellen und zu etablieren: Mangeldes Durchsetzungsvermögen und unterschiedliche politische, ethnische, religiöse sowie militärische Ansichten der einzelnen Gruppen führten erneut zu einer Dezentralisierung und Fragmentierung Afghanistans (Nojumi, 2002, S. 116/Ewans, 2005, S. 159). Im Rahmen dieses erneuten Zersplitterungsprozesses entstand 1994 in Kandahar, einer Provinz im Süden Afghanistans, die radikal islamische Taliban. Basierend auf ihren Zielen „to restore peace, disarm the population, enforce Sharia law and defend integrity and Islamic character of Afghanistan“ (Rashid, 2010, S. 22) übernahm die Taliban unter der Leitung von Mullah Mohammad Rabbani im November 1996 die Führung in Kabul und rief 1997 das Islamische Emirat Afghanistan aus (Rauch, 2006, S. 222). Für die Weltgemeinschaft war schnell klar, wie kritisch dieses Taliban-Regime zu betrachten ist:

„Across the world, the Taliban soon became notorious for their adherence to rigorous Islamic practices, their human rights abuses and their oppression of women. Of greater international significance, however, was their willingness to allow Osama bin Laden to re-establish himself in the country. (...) the Taliban allowed him to settle and he continued to plot a global jihad“ (Ewans, 2005, S. 160)

3.1.2 Die Anschläge vom 11. September und die Folgen für Deutschland

Eine weitere Zäsur innerhalb des Afghanistan Konfliktes stellt der 11. September 2001 dar: Der „grenzüberschreitende Terrorismus“ (Gareis, 2005, S. 184) erreicht einen traurigen Höhepunkt – die Anschläge auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington haben sich „durch die Wahl ihrer Ziele und die Wucht ihrer Ausführung, die Zahl ihrer Opfer und den Vernichtungswillen ihrer Urheber“ (ebd.) in das weltweite öffentliche Bewusstsein der Menschen eingeprägt. So auch in das Bewusstsein der deutschen Bevölkerung. Schon kurze Zeit nach den Anschlägen von 9/11 wird diese abermals Zeuge eines neuen Krieges – des War on Terrorism der USA (ebd., S. 189). Einer auf dem völkerrechtlichen Selbstverteidigungsrecht sowie Verbot von terroristischen Handlungen beruhender Militärintervention (Grube, 2010, S. 254-256). Aufgrund der eindeutigen Verbindung zwischen Al-Qaida und dem Afghanistan der Taliban begannen US-Streitkräfte und britische Truppen am 7. Oktober 2001 mit der Bombardierung Afghanistans (ebd., S. 186). Bis Ende des Jahres wurde die radikal-islamische Taliban vertrieben, Ende November kam es zu ersten „Afghanistangesprächen auf dem Petersberg bei Bonn“ (Rauch, 2006, S. 223), bei denen über eine

internationale UN-Sicherheitstruppe für Afghanistan entschieden und eine Interimsregierung unter Harmid Karzai eingerichtet wurde.

Im Rahmen dieser weltweiten Entwicklungen stellte sich auch für die deutsche Öffentlichkeit und Politik nach dem 11. September die Frage nach einer militärischen Unterstützung der Bündnispartner. Doch für die Bundesrepublik Deutschland sind Auslandseinsätze ihres Militärs keineswegs so selbstverständlich, wie sie es für andere Länder sein mögen. „Allein vor dem Hintergrund der Jahre 1890-1945 [...] erwächst [...] die historische Verantwortung [...] auf Nationalismus und territorialen Zugewinn zu verzichten und sich möglichst ausschließlich nur noch in einem multilateralen Kontext zu engagieren.“ (ebd., S. 43) Bis 1989/90 galt in der Bundesrepublik daher eine der strategischen Lage im Kalten Krieg geschuldeten Militärpolitik, bei der es wichtig war „die Sicherheit Deutschlands zu gewährleisten und als Bestandteil hiervon die Truppen in ständiger wehrhafter Einsatz- und Verteidigungsbereitschaft zu halten“ (ebd., S. 44).

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs jedoch rückten die Interdependenzen und Verflechtungen einer wachsenden Zahl internationaler und transnationaler Akteure, wie z. B. der NATO immer mehr in den Fokus deutscher Außenpolitik (Gareis, 2005, S. 61). Neue Konflikte in der Golfregion und auf dem Balkan warfen die Frage auf, wie eine Neuorientierung der bisher eher defensiven Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands in der neuen Weltordnung aussehen soll (Rauch, 2006, S. 53). „Ein deutsches militärisches Engagement im Rahmen internationaler Operationen musste sorgfältig abgewogen werden und klaren verfassungsrechtlichen und politische Verfahren unterliegen“ (ebd., S. 54). Artikel 87a GG Absatz 2, „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt“ (Bundesministerium der Justiz, 2013a) ließ bis dato jedoch unterschiedliche Interpretationen zu. Es folgten Klagen der Oppositionsfraktionen des Deutschen Bundestags vor dem Bundesverfassungsgericht. Das höchste Gericht Deutschlands kommt am 12. Juli 1994 zu dem Urteil, dass „Auslandseinsätze bewaffneter deutscher Streitkräfte zwar grundsätzlich verfassungsrechtlich zulässig sind, jeder Einsatz jedoch der – im Normalfall vorherigen - konstitutiven Zustimmung des Deutschen Bundestages bedürfe“ (Deutscher Bundestag, 2013). Nach 10 Jahren parlamentarischer Praxis wurde das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im Jahr 2004, knapp drei Jahre nach dem Beginn des Afghanistan-Einsatzes, mit dem Parlamentsbeteiligungsgesetz auf eine gesetzliche Grundlage gestellt (Bundesministerium für

Justiz, 2013b). Eine Gesetzeslage, die den außenpolitische Handlungsspielraum und die Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik wahrt, jedoch auch den „besonderen Charakter der Bundeswehr als Parlamentsarmee betont“ (Deutscher Bundestag, 2013).

Auf Grundlage dieser Entscheidungen wurde daher im Jahr 2001 im Bundestag, den Medien und der Öffentlichkeit über mögliche Mandate für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan debattiert. Am 16. November 2001 entschied das Parlament in Zusammenhang mit der von Kanzler Schröder gestellten Vertrauensfrage, über eine deutsche Beteiligung an der von den USA geführten OEF. Zwar beteiligt sich die Bundeswehr bis heute an dieser Mission, die Kampfhandlungen in Afghanistan wurden jedoch 2008 im Zuge einer Kürzung des Truppenkontingents eingestellt. Diese Truppenkürzung hatte im Gegenzug zur Folge, dass die Anzahl der beteiligten Soldaten an der ISAF in Afghanistan erhöht wurden. Im Gegensatz zu OEF hat dieser auf einem UN-Mandat beruhende Bundeswehr-Einsatz keinen Kampfauftrag, die Truppen wurden vom Bundestag erstmals an Weihnachten 2001 als „strukturelle Präventionsmaßnahme zur Unterstützung der Stabilisierung und des Aufbaus in Afghanistan“ (Gareis, 2005, S. 191) an den Hindukusch entsendet. Den dritten und letzten Teil der deutschen Beteiligung im Afghanistan Konflikt stellt der Einsatz von AWACS-Kampfflugzeuge dar, über den der Bundestag erstmals im Jahr 2011 entschieden hat. Ebenso wie über eine Verlängerung der OEF- und ISAF-Mandate entscheidet der Deutsche Bundestag jährlich im Rahmen ausführlicher Debatten und Diskussionen auch über diesen AWACS-Einsatz in Afghanistan.

3.1.3 Der Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan von 2001 bis 2012

Nachdem sich der Deutsche Bundestag nach den Anschlägen des 11. September für eine Beteiligung der Bundeswehr am War on Terrorism im Rahmen des OEF Mandates und für eine Beteiligung an der internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe ISAF ausgesprochen hat, wurden die ersten Bundeswehrsoldaten bereits Ende 2001 bzw. im Januar 2002 nach Afghanistan entsendet. Im Rahmen des „counter-terrorism“ (Alamir, 2011, S. 19) OEF-Mandates handelte es sich dabei um „Angehörige des Kommandos Spezialkräfte (KSK), [die] auch in Kampfhandlungen in Afghanistan involviert [wurden]“ (Gareis, 2006, S. 190). Die deutschen ISAF-Soldaten wiederrum setzen sich hauptsächlich aus „Infanterie-, Lufttransport-, Unterstützungs- und Führungspersonal“ (Schröder,

2005, S. 120) zusammen, wobei der ISAF-Einsatz im Wesentlichen für Stabilisierungszwecke gedacht ist (Alamir, 2011, S. 19).

Während sich das Einsatzgebiet der ISAF-Truppen bis 2003 noch auf den Großraum Kabul begrenzte, übernahm die NATO im August 2003 die Koordination und das volle Kommando der Truppen und weitete den Einsatzraum auf ganz Afghanistan aus (ebd.). Schnell wurde klar, dass zur Herstellung von „sustainable peace and reconstruction“ (ebd.), „more military engagement and civilian aid all over the country“ (ebd.) notwendig war. Auch die deutschen Soldaten übernahmen im Zuge dieser Änderungen mehr Verantwortung: Im Februar 2003 wurde Deutschland zusammen mit den Niederlanden ‚Lead-Nation‘ und leitete damit zeitweise das gesamte internationale Truppenkontingent (Rauch, 2005, S. 231). Zusätzlich dazu wurden auf deutsche Anregungen hin auch strukturelle Änderungen vorgenommen. Die Provincial Reconstruction Teams (PRT), „in denen Militärs und Entwicklungshelfer kooperieren“ wurden von der OEF-Mission getrennt und unter ISAF-Leitung gestellt (ebd., S. 232). Denn „die Aktivitäten zur Bekämpfung des Terrorismus und dem Wiederaufbau Afghanistans sollten koordiniert und abgestimmt in einer Hand stattfinden.“ (ebd.). Die Verzahnung zwischen den beiden Missionen, OEF und ISAF, wurde immer deutlicher (Alamir, 2011, S. 19).

Obwohl die ursprünglichen Ziele der ISAF- und OEF-Mission 2004, mit den ersten Präsidentschaftswahlen und dem Inkrafttreten einer demokratischen Verfassung erreicht waren (ebd., S. 20), hatte sich die Sicherheitssituation in Afghanistan zu diesem Zeitpunkt „in alarmierender Weise verschlechtert“ (Rauch, 2005, S. 233). Die NATO insgesamt und auch die Bundeswehr vergrößerte ihr Truppenkontingent auf teilweise bis zu 5.350 Soldatinnen und Soldaten (Bundeswehr, 2013a), um diesen neuen bzw. alten Gefahren entgegenzutreten (ebd., S. 234). Nichtsdestotrotz befindet sich Afghanistan auf dem Weg zurück zu einem failed state und auch die Bundeswehrsoldaten stecken in einer sehr bedrohlicheren Lage. Trotz dieser schwierigen Sicherheitslage und wachsender Unzufriedenheit in der afghanischen Bevölkerung versuchte die ISAF-Leitung weiterhin der kritischen Lage Herr zu werden (Alamir, 2011, S. 20). Deutschland übernahm in diesem Zusammenhang das Kommando über die ISAF-Truppen im Norden des Landes mit den Hauptstützpunkten in Kunduz und Mazar-i-Scharif (Bundeswehr 2013a). Doch aufgrund der schwierigen Lage, müssen auch die Deutschen Truppen vermehrt auf Terrorbekämpfung setzen, „while at the same time the demand

for the supporting functions of ISAF increased due to stagnation or even decrease of civilian reconstruction activities“ (ebd., S. 20-21). Um Afghanistan trotz dieser schwierigen Lage eine selbstständige Zukunft zu ermöglichen, wird ein weiterer Fokus auf die Ausbildung, Beratung und Unterstützung afghanischer Sicherheitskräfte gelegt (Bundeswehr, 2013b). „Im Juli 2011 hat die afghanische Regierung damit begonnen, die Sicherheitsverantwortung für ihr Land selbst zu übernehmen. Bis Ende 2014 soll diese Transition abgeschlossen sein: Afghanistan wird dann seine volle Souveränität erlangen.“ (ebd.). Trotzdem kann davon ausgegangen werden, dass ein militärischer Beitrag der internationalen Gemeinschaft und damit ebenso Deutschlands auch nach 2014 in begrenztem Maße notwendig sein wird (ebd.).

3.1.4 Zwischenfazit

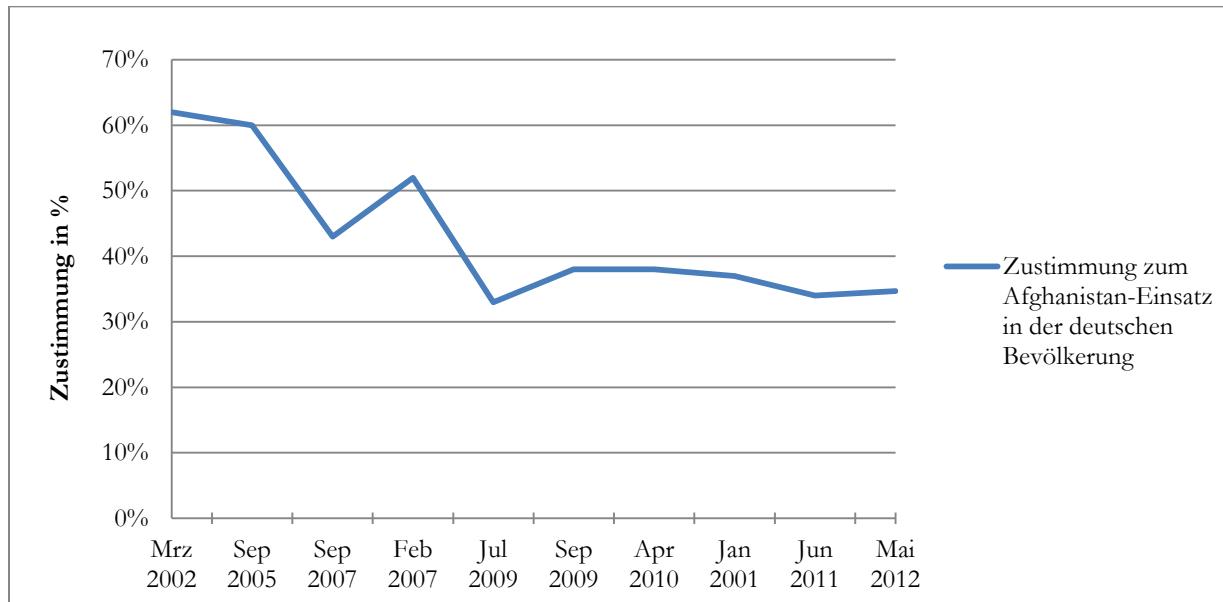
Afghanistan befindet sich seit nunmehr 30 Jahren in ständigen Konflikten. Die Machtstrukturen innerhalb des Landes sind auch heute noch tribal, lokale Stammesoberhäupter oder religiöse Führer haben ebenso Einfluss wie Drogenbarone. In Folge der Anschläge des 11. September 2001 beteiligt sich Deutschland an der Seite der USA an dem Militäreinsatz, anfangs unter dem Leitsatz, den Kampf gegen den Terrorismus zu führen. Die deutsche Beteiligung am Afghanistan-Einsatz fand bis 2008 im Rahmen der Mandate OEF und ISAF statt, danach ausschließlich im Rahmen des ISAF-Einsatzes, der den Auftrag erfüllen sollte, den Aufbau Afghanistans zu unterstützen und das Land zu stabilisieren. Der Entscheidung für den Einsatz am Hindukusch folgte in Deutschland eine Debatte über die Rechtmäßigkeit des Einsatzes, woraufhin der „besondere Charakter der Bundeswehr als Parlamentsarmee betont“ (Deutscher Bundestag, 2013) wurde und somit der Einsatz auf gesetzlich sicheren Boden gestellt wurde.

3.2 Die Debatte um den Bundeswehreinsatz in der deutschen Öffentlichkeit

3.2.1 Der Afghanistan-Einsatz und die deutsche Öffentlichkeit

Nachdem der Afghanistaneinsatz in den ersten Jahren von einer Bevölkerungsmehrheit in Deutschland befürwortet wurde, hat er in den letzten Jahren immer mehr an Akzeptanz verloren. Parallel zur Verschärfung der Sicherheitslage seit 2007/2008 erlebt die politische Führung auch unter Bundeswehrangehörigen einen Vertrauenseinbruch sondergleichen. (Nachtwei, 2011, S. 48).

Abbildung 1: Zustimmung zum Afghanistan-Einsatz in der deutschen Bevölkerung²



Solidarität gegenüber den Bündnispartnern, Terrorismusbekämpfung, Verteidigung der eigenen Sicherheit, Wiederaufbau eines zerstörten Landes – all dies sind denkbare Gründe für die andauernde Entsendung deutscher Soldaten an den Hindukusch. Doch es müssen auch die Gefahren und Risiken des Engagements am Hindukusch betrachtet werden, denn für Deutschland ist dies der „größte Einsatz in der Geschichte der Bundeswehr“ (Bundeswehr, 2013c). „Erstmals seit Bestehen der Bundeswehr befinden sich Bundeswehrsoldaten in Kampfeinsätzen gegen Aufständische. Erstmals werden Bundeswehrsoldaten im Kampf getötet, körperlich und psychisch verwundet, erstmalig töten und verwunden sie.“ (ebd., S. 45-46). So wurden allein im Jahr 2010 neun Soldaten der Bundeswehr getötet, über 60 physisch verwundet, und eine deutlich höhere Anzahl an Soldaten psychisch verletzt (ebd., S. 48).

² Der Graph setzt sich aus Daten verschiedener Quellen zusammen: „Forsa“, „Forschungsgruppe Wahlen“ und „YouGov“ stellten unterschiedliche Fragen zum Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan. Obwohl alle Daten den Zustimmungsgrad der Bevölkerung ausdrücken, muss ihre Vergleichbarkeit kritisch betrachtet werden. Zur Darstellung der Stimmungstendenz ist die Grafik aber gut geeignet.

War 2001 noch der Schock der vorangegangen Anschläge und die „seinerzeit allgemein akzeptierten Notwendigkeit, den Rückzugsraum der hierfür verantwortlichen Terroristen zu schließen“ (Justenhoven & Afsah, 2011, S. 5) ausschlaggebend dafür, dass Öffentlichkeit und Medien scheinbar weitestgehend hinter der politischen Entscheidung standen, hat sich die Lage im Laufe des längsten Einsatzes der Bundeswehr verändert. Zwar wurde der OEF-Einsatz von Beginn an aufgrund seiner umstrittenen Legalität als „böses Mandat“ (Grube, 2010, S. 259-261) und der ISAF-Einsatz als „gutes Mandat“, betrachtet, doch den Ruf des Guten konnte das ISAF-Mandat nicht erfüllen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Debatte um die sogenannte Kunduz-Affäre. Bei einem Luftangriff auf zwei Tanklaster, den der Kommandeur des deutschen ISAF-Kontingents in Kunduz am 4. September 2009 angeordnet hat, sterben bis zu 142 Menschen, darunter auch unbeteiligte Zivilisten (Bundeswehr, 2013d). In der Bevölkerung, den Medien und der Politik wurde dieser Luftangriff über mehrere Wochen hinweg kritisch diskutiert, der damalige Verteidigungsminister zu Guttenberg musste sich mehr als nur einmal öffentlich rechtfertigen.

In Anbetracht dieser verschiedenen Facetten des Afghanistan-Einsatzes kann deutlich festgestellt werden, dass sich der Einsatz am Hindukusch mit der damit zusammenhängenden politischen Legitimationskommunikation und der journalistischen Kritik- und Kontrollkommunikation sehr gut als Fallbeispiel für eine Studie zum Thema Legitimation und medialer Diskurs eignet. Auf der einen Seite stellt z. B. die schwierige Lage vor Ort die Politiker seit mehr als zehn Jahren immer wieder vor die Aufgabe, zu rechtfertigen, warum deutsche Soldaten in den Einsatz bzw. Krieg geschickt werden sollten oder nicht. Auf der anderen Seite ist Afghanistan seit 2001 aufgrund des Einsatzes ein enorm wichtiges Thema für Deutschland, welches sich folglich im medialen Diskurs widerspiegeln sollte.

3.2.2 Forschungsstand: Deutsche Medien während des Afghanistan-Einsatzes

Kritik an dem Verhalten der Medien im Afghanistan-Einsatz wird vor allem in der Presse selbst geäußert. In einem stern.de-Artikel kritisiert Bernd Gäbler (2010) die mangelnden investigativen Anstrengungen der Medien und die Orientierung an der Argumentation der Politik: „Zu sehr sind die wichtigen und starken deutschen Medien den Politikvorgaben der Berliner Republik gefolgt“. Erst bei der Aufklärung der Kunduz-Affäre 2009/2010 spielten die Medien eine eher eigenständige Rolle. Martin Gerner (2009) beklagt in Der Freitag die interkulturelle Inkompétence der Journalisten in Afghanistan und schreibt über die Berichterstattung: „Sie ist häufig wenig kompetent, schlecht infor-

miert und voller Vorurteile. Statt Klischees zu hinterfragen werden neue produziert, was vor allem für den Islam gilt, als dessen dunkler Vorposten Afghanistan erscheint“.

Bislang gibt es nur sehr wenige wissenschaftliche Studien, die die Berichterstattung über den Afghanistan-einsatz untersuchen. Neben der bereits zitierten Studie von Pohr (2005) kann auch die Magisterarbeit von Jasmin Klofta (2006) genannt werden, die auf ihre Kriegsargumente Ende 2001 untersucht. Sie identifizierte fünf Hauptkategorien der Argumente „Verteidigung“, „Bündnispartnerschaft und Solidarität“, „Neue Sicherheitspolitik in einer neuen Weltordnung“, „Konventioneller Krieg“ und „Erlösung Afghanistans“ (ebd., S. 62-90). Dabei wurden Deutungen aus dem US-amerikanischen Diskurs übernommen (z. B. „Verteidigung der Zivilisation“ und „Krieg gegen den Terror“). Es bestätigte sich die kriegsunterstützende Tendenz der Kommentare. Während die Welt der kriegsbefürworteten CDU/CSU-Argumentation folgte, orientierte sich die Frankfurter Rundschau an der SPD-Argumentation und beinhaltete auch Kritik, die jedoch „nur oberflächlich die Durchführung und Operationalisierung des Militäreinsatzes beanstandete“ (ebd., S. 161). Beide Zeitungen verfehlten eine ausgewogene Meinungsverteilung des Links-Rechts-Spektrums, wichen „von ihren redaktionellen Linien ab und reduzierten dadurch das Meinungsspektrum im öffentlichen Diskurs“ (ebd., S. 162). Auch Potz (2010) bestätigte Indexing-Tendenzen in den Fernsehnachrichten über die Mandatsverlängerung des Afghanistan-Einsatzes im Februar 2010. Sowohl der Einsatz an sich als auch die Strategie der Regierung wurden unterstützt. Deutsche Politiker waren die Hauptmeinungsquelle und lieferten auch die vorherrschenden Argumente und Lösungsvorschläge.

Julia Lück (2009) untersuchte in ihrer BA-Arbeit die Tagesschau-Nachrichten in den Jahren 2001 bis 2008 und war damit die Erste, die einen Langzeitvergleich wählte. Die dominanten Themen der Berichterstattung waren vor allem Anschläge, die Arbeit der deutschen Truppen, die Debatte in Deutschland und generelle Militäroperationen (S. 34). Die häufigsten zu Wort kommenden Sprecher waren Akteure der politischen Elite. Journalisten und Vertreter ausländischer Eliten wurden seltener zitiert, während Militärs kaum zu Wort kamen. Obwohl in den Jahren 2006 und 2008 besonders kritisch berichtet wurde und es 2007 große Zustimmung zum Einsatz gab, postulierte Lück (2009), dass es umso mehr Kontra-Meinungen gibt, je länger der Einsatz dauert: „Mit zunehmender Hinterfragung des Einsatzes ab 2006 nehmen die kritischen Stimmen in der Berichterstattung zu“ (S. 37).

3.2.3 Zwischenfazit

Es zeigt sich, dass der Afghanistan-Einsatz ein sehr gutes Fallbeispiel darstellt, um die politische Legitimationskommunikation zu untersuchen. Aus der Tatsache, dass es sich um einen militärischen Einsatz der deutschen Bundeswehr handelt, lässt sich eine immanente gesellschaftliche Relevanz ableiten, denn es geht um den Einsatz von Waffen, die Krieg und Frieden oder Leben und Tod bedeuten können. Der Forschungsstand zum Legitimationsaspekt des Afghanistan-Einsatzes beschränkt sich bisher auf Studien, die jeweils nur einen kurzen Zeitraum der Debatte beleuchten. Aus diesem Grund ist der Bedarf an einer Untersuchung des gesamten bisherigen Diskurses in Politik und Medien groß.

4. Forschungsinteresse und Forschungsfrage

Der in Kapitel 2.1.2 dargestellte Legitimationsauftrag, der an politische Akteure in Demokratien gestellt wird und dem eine besondere Bedeutung bei Entscheidungen über Krieg und Frieden oder militärische Einsätze im Allgemeinen zukommt, ist wesentlicher Gegenstand der vorliegenden Studie. Es ist von Interesse, wie Politiker im Bundestag den Militäreinsatz in Afghanistan rechtfertigen und welche Themen sie im Kontext der Legitimation ansprechen. Dabei führen die besonders lange Dauer des Afghanistan-Einsatzes und die mehrheitliche Ablehnung in der Bevölkerung zu einem besonderen Legitimationszwang. Es gilt herauszufinden, auf welche Weise politische Akteure dieser Herausforderung begegnen und wie sich ihre Argumentation im zeitlichen Verlauf unter Berücksichtigung von Schlüsselereignissen und veränderten Umweltbedingungen wandelt.

Politische Legitimationskommunikation im Bundestag ist kein Selbstzweck, sondern zielt darauf ab, politisches Handeln vor der Bevölkerung zu rechtfertigen und Gründe für das jeweilige Abstimmungsverhalten zu nennen. Die Analyse der Berichterstattung ist aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht notwendig, weil hier die Bestrebung Legitimität zu erzeugen öffentlich gemacht wird. Zudem soll die Argumentation zum Afghanistan-Einsatz überprüft werden. Sie erscheint vor allem hinsichtlich der unter 2.4 und 2.5 geäußerten Überlegungen zur Indexing-Hypothese und zum CNN-Effekt wichtig. Beide Ansätze übertragen die Qualitätskriterien der Medien in theoretische Überlegungen der Kriegs- und Krisenkommunikation. Es gilt die Frage zu beantworten, ob die Medien in dieser Situation dem an sie angelegten Qualitätsanspruch gerecht werden.

In dieser Studie soll die Argumentation zum Afghanistan-Einsatz sowohl von Politiker als auch von Journalisten untersucht werden. Der Vergleich beider Akteursgruppen hinsichtlich der angewendeten Argumentationsmuster wird zeigen, welche Stellung die Medien gegenüber der politischen Kommunikation einnehmen.

4.1 Herleitung und Dimensionierung der Forschungsfrage

Um den Legitimationsprozess und die angesprochenen Wirkungsmechanismen zwischen politischen Akteuren und den Medien zu untersuchen, eignet sich die politische Kommunikation rund um den in Kapitel 3 vorgestellten Afghanistaneinsatz der deutschen Bundeswehr. Der Beschluss der deutschen Teilnahme am internationalen Einsatz und seine Verlängerung seit 2001 stellt als längster Bundeswehreinsatz eine besondere Herausforderung an die deutsche Demokratie dar (siehe Kapitel 3.4). Es stellt sich daher die Frage, wie Abgeordnete des Bundestags (die den Einsatz mehrheitlich beschließen und verlängern) ihre Zustimmung oder Ablehnung zum Mandat begründen und vor dem Volk rechtfertigen. Außerdem ist es von besonderem Interesse, wie der Prozess in der publizistischen Medienberichterstattung aufgegriffen, dargestellt und bewertet wird. Konkret ergibt sich daher folgende Forschungsfrage:

Wie legitimieren Politiker ihre Zustimmung und Ablehnung zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr im zeitlichen Verlauf und wie werden ihre Argumente medial reflektiert?

Dimensionierung der Forschungsfrage in die relevanten Aspekte und Unterfragen

1) Wie legitimieren Politiker ihre Zustimmung oder Ablehnung?

Es gilt herauszufinden, mit welchen Argumentationsmustern politische Akteure arbeiten, um der Bevölkerung zu verdeutlichen, warum sie dem Einsatz zustimmen oder diesen ablehnen. Zur Argumentation gehören sowohl die Gründe, die für oder gegen den Einsatz sprechen, als auch die Benennung von Themen, die im Rahmen dieser Begründung gemacht werden. Es soll untersucht werden, welche Unterschiede es in der Anzahl und der Art von Argumenten unter Berücksichtigung bestimmter Akteure, Parteien und anderer Merkmale gibt.

2) Wie ändert sich die Argumentation im zeitlichen Verlauf?

Gerade bezüglich der Dauer des Einsatzes ist die Frage wichtig, ob sich die Art und Weise der Legitimation ändert – sowohl bezogen auf einzelne Akteure, als auch auf den Prozess als Ganzes. Zudem interessiert das „Wie“ der Veränderung: Werden bestimmte Themen an verschiedenen Zeitpunkten unterschiedlich häufig angesprochen? Und wenn ja, welche Themen und Begründungen sind zu welchem Zeitpunkt besonders relevant und welche weniger? Wie stellt sich die Themensetzung rund um bestimmte Schlüsselereignisse dar? Erscheinen im späteren Verlauf neue Themen und Argumentationen, oder verändern sich lediglich einzelne Aspekte der aufgegriffenen Themen?

3) Wie werden ihre Argumente medial reflektiert?

Hier ist konkret danach gefragt, wie Massenmedien den Legitimationsprozess wiedergeben: Inwie weit sind die Debatten im Bundestag überhaupt Teil der Berichterstattung? Welche Akteure und welche Teile aus ihrer Argumentation werden zitiert, welche werden nicht berücksichtigt? Wie äußern sich Journalisten innerhalb meinungsbildender Textformen selbst zu den Entscheidungsprozessen? Woher beziehen sie ihre Informationen und auf welchen Grundlagen bilden sie ihre publizierten Meinungen? Des Weiteren gilt es herauszufinden, welche Unterschiede es in der Argumentation verschiedener Zeitungen und Zeitschriften gibt. In diesem Kontext ist auch die jeweilige Mehrheitsverteilung im Bundestag und ihre Auswirkung auf die Berichterstattung von Interesse.

4.2 Forschungshypothesen, Erläuterungen und Begriffsdefinitionen

Die Aufteilung der Forschungsfragen in ihre einzelnen Teildimensionen und Unterfragen führen unter Bezugnahme des theoretischen Hintergrundes zu folgenden Forschungshypothesen:

1) Wie legitimieren Politiker ihre Zustimmung oder Ablehnung?

H1: Es ist zu vermuten, dass in der Argumentation der Politiker die Sicherheit Deutschlands und die Bekämpfung des Terrorismus im Vordergrund stehen.

Es wird angenommen, dass Politiker im Legitimationsprozess des Bundeswehreinsatzes im Rahmen bestimmter Argumentationsstrukturen kommunizieren. Die Argumentationsmuster lassen sich in einem dynamischen Raster sortieren und bestimmten Themenbereichen zuordnen. Denkbar wären etwa Argumentationsmuster, mit denen auf Sicherheitsaspekte verwiesen wird, Solidarität mit Bünd-

nispartnern zum Ausdruck gebracht wird oder die Performanz anderer Akteure kritisiert oder gelobt wird. Es wird erwartet, dass von Politikern unterschiedliche Argumentationsmuster angewendet werden. Als politische Debatte werden in diesem Fall alleine die Plenarsitzungen im Bundestag zum Thema verstanden. Der Afghanistan-Einsatz wurde in der Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 beschlossen, um den von Afghanistan ausgehenden internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Berücksichtigt man diese Umstände, ist anzunehmen, dass im Diskurs vor allem die Themenfelder der internationalen Sicherheit und des Terrorismus besonders prominent sind. Bei den berücksichtigten Politikern handelt es sich ausschließlich um Bundestagsabgeordnete, die sich im Rahmen der Mandatsbeschlüsse zum Thema geäußert haben.

2) Wie entwickelt sich die Argumentation im zeitlichen Verlauf?

H2: Die Argumentationsmuster und ihre Elemente sind dynamisch und ändern sich abhängig vom Zeitpunkt innerhalb der Debatte und dem Aufkommen bestimmter Schlüsselereignisse.

Hypothese H2 unterstellt sowohl den Argumentationsmustern als auch ihren einzelnen Elementen eine Dynamik im zeitlichen Verlauf der Debatte. Unabhängig davon, dass H1 vermutet, dass das Thema Terrorismus im Vordergrund steht, wird angenommen, dass die Argumentation nicht gleich bleibt, sondern sich in der Betonung einzelner Themen stark verändert. Diese Dynamik ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Es wird vermutet, dass das Auftreten bestimmter Schlüsselereignisse sowie die Dauer des Einsatzes einen Einfluss darauf haben, welche Argumentationsmuster von Politikern angewandt werden und ob diese eher zustimmend oder ablehnend sind. Schlüsselereignisse sind Ereignisse, die im Kontext des Afghanistan-Einsatzes auftreten, und durch ihre prominente Stellung auf der politischen Agenda als diskurskritische Momente angesehen werden können. So ist es beispielsweise zu erwarten, dass nach Anschlägen auf deutsche Soldaten Argumente zu deren Sicherheit in der Debatte besonders häufig vorkommen. Die inhaltliche Dynamik der Argumentationsmuster meint eine Veränderung der einzelnen Elemente, aus denen sie bestehen: Ursache, Bewertung und Handlungsempfehlung und Bezug.

3) Wie werden ihre Argumente medial reflektiert?

H3: Die Argumentation in der Medienberichterstattung entspricht der Argumentation in den Bundestagsdebatten. Sowohl die in berichtenden als auch kommentierenden Artikeln publizierten Ansichten spiegeln die Themensetzung und Meinungsverteilung im Bundestag wider.

Gemäß der Indexing-Hypothese (siehe Kapitel 2.4) ist zu vermuten, dass sich die Argumente der parlamentarischen Debatten in einem ähnlichen Maß auch in der Medienberichterstattung zum Bundeswehreinsatz finden lassen. Grund für diese Annahme sind Erkenntnisse bisheriger Forschungen zur Indexing-Hypothese in Deutschland, die in den medial publizierten Positionen eine Spiegelung der Meinungsverteilung im Parlament nachweisen konnten (Pohr, 2005; Klofta, 2006; Lück, 2009; Potz, 2010). Spiegelung bedeutet, dass sich die Argumentationsmuster der Bundestagsdebatten den Argumentationsmustern in den Medien in hohem Maße ähneln und die Bestandteile der Argumente übereinstimmen. Weiterhin ist zu vermuten, dass politische Akteure, die innerhalb des Parlaments die Mehrheitsmeinung vertreten, in der Presse öfter zitiert werden, als Minderheitenmeinungen. Denkbar ist, dass sowohl in den berichtenden als auch in den kommentierenden Artikeln lediglich Ansichten und Argumentationsmuster der politischen Elite kommuniziert werden und Gras Roots Voices nur am Rande oder gar nicht auftauchen.

5. Methode

Die Datenerhebung erfolgt in zwei Hauptphasen. Mithilfe der ersten Phase, der Inhaltsanalyse, werden Argumentationsmuster von Politikern und Journalisten analysiert. So kann die Debatte um den Afghanistan-Einsatz möglichst umfassend und nach relevanten Kriterien erschöpfend abgebildet werden. In der zweiten Phase liefern Experteninterviews mit ausgewählten Politikern und Journalisten Erklärungsansätze für die Arbeitsroutinen und Inhalte der Debatte. Die Ergebnisse der Interviews werden mit den Erkenntnissen aus der Inhaltsanalyse abgeglichen und können Aufschluss über mögliche Wirkungszusammenhänge geben. Auf diese Weise wird auch die Ebene der Frame-Produktion beleuchtet und es entsteht ein vollständigeres Bild des langjährigen Diskurses um den Afghanistan-Einsatz.

5.1 Framing-Analyse

Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt auf dem inhaltszentrierten Framing-Ansatz, da die Inhalte der Debatte um den Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan von Interesse sind. Es gilt herauszufinden, mit welchen Argumentationsmustern politische Akteure ihre Zustimmung oder Ablehnung zum Afghanistan-Einsatz rechtfertigen, in welcher Art und Weise sich diese Muster in der Medienberichterstattung wiederfinden und im zeitlichen Verlauf verändern. Zur Beantwortung der Forschungsfrage bedarf es zunächst der Identifikation von Argumentationsmustern in der politischen und medialen Debatte und deren anschließender Analyse in der Frame-Erhebung. Diese zweistufige methodische Vorgehensweise ermöglicht eine Beschreibung der Strukturen von Redebeiträgen und Medienberichten sowie ihrer Veränderungen im zeitlichen Verlauf. Darüber hinaus bieten die identifizierten Argumentationsmuster Anhaltspunkte zur „Produktion“ von Frames (Matthes, 2007, S. 55) und ermöglichen Aussagen über Frames vor und nach Schlüsselereignissen.

5.1.1 Methodologie

Der Framing-Begriff

Dem Framing-Begriff widmen sich verschiedene wissenschaftliche Bereiche (z.B. die Kognitionspsychologie, Soziologie, Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft), was schließlich zu unterschiedlichen Definitionen und Verwendungen des Begriffs führt. So machte der Psychiater Gregory Bateson (1972) erstmals vom Frame-Begriff Gebrauch und definierte Frames als psychologische Konzepte, mithilfe derer gewisse Nachrichten ausgeschlossen und ebenso eingeschlossen werden (S. 159). Entman (1993) definiert Medien-Framing aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive wie folgt:

To frame is to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation for the item described. (S. 52; Herr. i. Org.).

Entman beschreibt Frames zwar nicht als psychologische Konzepte, dennoch ermögliche Framing auch aus seiner Sicht die Selektion und Hervorhebung von Informationen. Durch Hervorhebung oder Gewichtung eines Themas, werden gewisse Aspekte einer Information eher beachtet als andere. Dieser Vorgang wird als Salienz bezeichnet (Scheufele, 2003, S. 258). Aus Entmans Frame-

Definition lassen sich die vier folgenden Frame-Elemente ablesen: (1) Die Problemdefinition (problem definition) bestimmt das Thema eines Frames, wird im Rahmen dieser Arbeit jedoch als Themendefinition bezeichnetet (siehe Kapitel 5.1.5). Die (2) Ursachenzuschreibung (causal interpretation) ermöglicht die Ermittlung von Sachverhalten, die zu dem Problem führen. Mithilfe des Elements der (3) Bewertung lassen sich positive oder negative Stellungnahmen zum Problem ablesen (moral evaluation) und die (4) Handlungsempfehlung (treatment recommendation) bietet schließlich eine Lösung für das dargelegte Problem an (Entman, 1993, S. 52). Die aus diesen Elementen resultierende mehrdimensionale Struktur und Komplexität von Frames ermöglicht eine umfassende Themenbeschreibung, die sich von traditionell standardisierten Inhaltsanalysen abhebt (Dahinden, 2006, S. 194). Frames zeichnen sich bestenfalls durch ihren hohen Abstraktionscharakter aus, sodass vom Einzelfall auf das Allgemeine geschlossen werden kann. Diese Eigenschaft führt dazu, dass mithilfe von Frames Informationen strukturiert und Komplexität reduziert wird (ebd.), sodass Frames miteinander vergleichbar gemacht werden können.

Der kommunikationswissenschaftliche Framing-Ansatz

Um die Framing-Forschung in seine vielen verschiedenen Bereiche einzuordnen und zu überblicken, sieht Scheufele (2003) eine Neun-Felder-Matrix vor. Framing kann horizontal in drei verschiedene Bereiche verortet werden: Bei Rezipienten, bei Akteuren in Politik, Wirtschaft usw. sowie bei Journalisten bzw. im Mediensystem. Die unterschiedlichen Definitionen des Frame-Begriffs können vertikal auf kognitiver Ebene, auf diskursiver Ebene und auf der Ebene des Diskursprodukts verortet werden (Scheufele, 2003, S.47). Auf kognitiver Ebene werden die Individualframes diskutiert, auf die sowohl Rezipienten, Journalisten als auch politische Akteure zurückgreifen. Diese „internal structures of the mind“ (Kinder & Sanders, 1990, S. 74) beeinflussen die Interpretation neuer Informationen und die Einordnung dieser in bereits bestehendes Wissen (Scheufele, 1999, S.105). Die diskursive Ebene befasst sich mit der Entwicklung bzw. Veränderung von Framebedeutungen als Folge von Kommunikation. Dieser Austausch erfolgt bei Journalisten in Form eines redaktionellen Diskurses, bei Politikern in einem inner- oder zwischenparteilichen Diskurs und bei Rezipienten im Gespräch mit anderen Individuen (Scheufele, 2003, S.48). Die Individualframes und die Frames, die sich im Zuge des Diskurses herausbilden, schlagen sich schließlich in Diskursprodukten nieder und

werden dann Medien-Frames genannt. Diese finden sich beispielsweise bei Journalisten in ihren Publikationen, bei Politikern in Parteiprogrammen und bei Rezipienten in Leserbriefen wieder.

In der vorliegenden Arbeit sollen die Argumentationsmuster von Politikern in den Redebeiträgen der Bundestagsprotokolle untersucht werden. Darüber hinaus ist von Interesse, wie diese Argumentationsmuster von Journalisten in der medialen Berichterstattung aufgegriffen werden.

Gemäß dem Forschungsinteresse erfolgt eine Verortung dieser Studie in Scheufle's Neun-Felder-Matrix:

Abbildung 2: Modifizierte Neun-Felder-Matrix nach Bertram Scheufele

		Forschungsinteresse		
Ebenen	Politiker	Journalisten	Rezipienten	
Kognitive Ebene				
Diskursive Ebene				
Diskursprodukt				

(Eigene Darstellung nach Scheufele, 2003)

 Politische Frames

 Journalistische Frames

 Medien-Frames (Redebeiträge)

 Medien-Frames (Berichterstattung)

Nach Scheufle's Definition wird für Journalisten bzw. das Mediensystem auf kognitiv-diskursiver Ebene von journalistischen Frames gesprochen, deren Funktion im journalistenzentrierten Framing-Ansatz beleuchtet wird. Medien-Frames und somit die Berichtsstrukturen werden beim inhaltszentrierten Framing-Ansatz untersucht. Diese Framecharakteristika von Journalisten sollen auf Politiker wie folgt übertragen werden: Politische Akteure bilden, wie jedes Individuum, Individualframes, die sich im inner- oder zwischenparteilichen Diskurs weiterentwickeln oder verändern können. Aus diesem Prozess ergeben sich auf kognitiv-diskursiver Ebene politische Frames, die sich in der Struktur ihrer Redebeiträge niederschlagen und demgemäß als Medien-Frames definiert werden. Die Frame-Definition von Kinder und Sanders (1990) unterstützt die hier vorgestellte Begriffsbestimmung von Medien-Frames in Redebeiträgen, die als „devices embedded in political discourse“ (S.74) dienen.

Die Ebene der Rezipienten und somit der wirkungszentrierte Ansatz obliegt nicht dem Forschungsinteresse und wird lediglich zur Abgrenzung vom Attribute-Agenda-Setting beleuchtet.

Kommunikatorperspektive: Der journalistenzentrierte Framing-Ansatz

Der kommunikationswissenschaftliche Framing-Ansatz umfasst die Kommunikatorperspektive, zu der sowohl der journalistenzentrierte als auch der inhaltszentrierte Framing-Ansatz gehören. Der journalistenzentrierte Framing-Ansatz beleuchtet das Framing von Themen durch Journalisten und somit die Selektions- und Strukturierungsprozesse bei der Nachrichtenproduktion (Scheufele, 2003, S. 49). Die Prozesse durchlaufen unterschiedliche Phasen. In der Routinephase selektieren Journalisten hauptsächlich solche Informationen, die bereits zu ihren vorhandenen Frames passen, sodass diese gefestigt werden (Frame-Stabilität) (ebd., S. 104). In Orientierungsphasen hingegen werden aufgrund besonderer Ereignisse entweder neue Frames etabliert (Frame-Shifting), indem einem neuen Thema (mehr) Beachtung geschenkt wird oder bestehende Frames verändert (Frame-Modifying), indem ein bereits bekanntes Thema aus einem neuen Blickwinkel betrachtet wird (Scheufele, 2003, S. 105).

Katastrophen oder erste Auseinandersetzungen in einem Konflikt können die Nachrichtenproduktion beeinflussen und erscheinen als Schlüsselereignisse. Diese lenken die Aufmerksamkeit auf neue und bisher unbekannte Themen, die Anlass für eine Neuorientierung der Journalisten geben, sodass schließlich „die Aspekte der Schlüsselereignisse die Interpretationsschemata von Journalisten und damit die nachfolgende Berichterstattung prägen“ (Brosius & Eps, 1993, S. 518). Folglich wird angenommen, dass die Berichterstattung nach Schlüsselereignissen durch thematisch verwandte Ereignisse bestimmt wird: „Je ähnlicher sich Schlüsselereignisse und nachfolgendes Ereignis sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit einer Berichterstattung, weil das nachfolgende Ereignis in den Frame der Journalisten paßt“ (ebd., S. 526). Außerdem stellen Kepplinger und Habermeier (1995) heraus, dass es neben der thematischen Veränderung der Berichterstattung ebenso zu einer erhöhten Anzahl themenverwandter Beiträge kommt (S. 379-381). Aus der Orientierungsphase resultieren schließlich modifizierte Kriterien für die Selektion und Strukturierung von Informationen. Der Framing-Prozess ist jedoch kein ausschließlich journalistisches Phänomen, sondern kann ebenso auf Politiker übertragen werden (Brosius & Eps, S. 527). Entsprechend folgt diese Studie der Annahme, dass politische Frames

genauso von Schlüsselereignissen geprägt werden können wie journalistische Frames.

Kommunikatorperspektive: Inhaltszentrierter Framing-Ansatz

Der inhaltszentrierte Framing-Ansatz beleuchtet Medien-Frames als Struktur der Berichterstattung. Gamson und Modigliani (1987) definieren sie als “central organizing idea or story line that provides meaning to an unfolding strip of events [...]. The frame suggests what the controversy is about, the essence of the issue” (S. 143). Entman (1991) beschreibt Medien-Frames schlicht als „attributes of the news itself“ (S. 7). Bei Medien-Frames wird zwischen zwei Arten unterschieden, von denen für diese Studie die inhaltsbezogenen Medien-Frames von Interesse sind, die themenübergreifend oder themenspezifisch sein können. Während themenübergreifende Frames „immer unter einem gewissen *thematischen* Leitaspekt behandelt [werden], der aber auf verschiedene Themen zutreffen kann“ (Matthes, 2007, S. 59; Herv. i. Org.), sind themenspezifische Frames auf ganz bestimmte Themen zugeschnitten.

Basisframes nach Dahinden

In einer propositionalen Meta-Analyse zum Stand und zur Entwicklung der empirischen Framing-Forschung identifiziert Dahinden (2006) Basisframes, „die in unterschiedlichen Varianten in allen untersuchten Studien immer wieder auftreten“ (S. 107) und als themenübergreifende Frames gelten können (Matthes, 2007, S.60). Da sie eine grobe Kategorisierung der Thematik ermöglichen, gelten Dahindens Basisframes für die vorliegende Arbeit als Unterstützung bei der Identifikation von Unter-Frames, die „zentrale Merkmale vom zugehörigen Basisframe übernehmen.“ (Dahinden, 2006, S. 210).

Der Konfliktframe thematisiert in seinem Kern die gegensätzlichen „Interessen von zwei oder mehreren sozialen Gruppen“ (ebd., S. 107) und spricht häufig gewisse Machtansprüche an. Der Wirtschaftlichkeitsframe berücksichtigt Themen aus einem wirtschaftlichen Blickwinkel und damit einhergehend die Effizienz (Kostenersparnis) wie auch die Effektivität (Wirksamkeit) eines Themas (ebd., S. 108). Schließlich beinhaltet der Basisframe Moral, Ethik, Recht entsprechende Auseinandersetzungen von Sujets auf moralischer, ethischer oder juristischer Ebene (ebd.). Die Basisframes Fortschritt und Personalisierung werden in der vorliegenden Arbeit nicht berücksichtigt, da ihnen im Rahmen dieses Forschungsinteresses keine diskursprägenden Unterframes zugeordnet werden können (siehe Kapitel 5.1.4 und Kapitel 7).

Die Dynamik von Frames

Aus dem Forschungsinteresse ergibt sich neben der Relevanz zur Analyse von Argumentationsmustern von Politikern und Journalisten, ebenso eine Untersuchung zur Veränderung dieser im zeitlichen Verlauf. Das Fallbeispiel des bereits über zehn Jahre andauernden Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr eignet sich aufgrund seiner Langlebigkeit besonders gut für die Untersuchung der dynamischen Frame-Veränderung.

Wie bereits die Frame-Definition von Entman (1993) zeigen konnte, besteht ein vollständiger Frame aus den vier Elementen Themendefinition, Ursache, Bewertung und Handlungsempfehlung (S. 52). Um von einem Frame sprechen zu können, muss mindestens die Themendefinition vorhanden sein, da sie den thematischen Kern eines Frames bildet. Zwar sind „die Elemente eines Frames in einer logisch konsistenten Art und Weise miteinander verknüpft“ (Matthes, 2007, S. 47), trotzdem kann ein Frame mit gleichbleibender Themendefinition verschiedene oder gar keine Frame-Elemente aufweisen. Frames sind demzufolge keine strikt festgelegten Muster, die immer in derselben Form und mit denselben Elementen auftreten. Stattdessen werden sie „fast durchgehend als sehr dynamisch und wandelbar aufgefasst“ (Matthes, 2007, S. 47). Auch in der vorliegenden Studie wird davon ausgegangen, dass Frames „in einem Diskurs erkämpft, neu definiert oder sogar je nach Erfolg im Verlauf der Zeit angepasst und ausgetauscht“ (ebd.) werden. Frames zeichnen sich folglich auch durch ihren dynamischen Charakter aus. Es lässt sich vermuten, dass ein Frame umso ausdifferenzierter und vielschichtiger ist, je mehr Frame-Elemente vorhanden sind.

Abgrenzung vom wirkungszentrierten Framing-Ansatz und Attribute-Agenda-Setting

Der wirkungszentrierte Framing-Ansatz wird häufig aufgrund gewisser Berührungspunkte mit dem Attribute-Agenda-Setting (auch: Second-Level-Agenda Setting) erklärt.

Der wirkungszentrierte Framing-Ansatz umfasst Framing-Effekte bei Rezipienten, die durch Medien-Frames hervorgerufen werden. So werden durch „die mediale Rahmung von Sachverhalten Rezipienten bestimmte Klassifizierungen, Bewertungen und Entscheidungen nahe gelegt“ (Scheufele, 2003, S. 60). Dabei wird der Grundfrage nachgegangen, ob Rezipienten die in den Medien lancierten Argumentationsmuster übernehmen oder in ihre persönlichen Frames einbinden. Entman (1993) definiert Rezipienten-Frames als „mentally stored clusters of ideas that guide individuals‘ processing of information“ (S. 53).

Für die vorliegende Studie ist lediglich die Analyse von Argumentationsmustern der Politiker und Journalisten von Belang, sodass die Ebene der Rezipienten und die damit verbundenen Framing-Effekte keine Verwendung finden. Gleichesmaßen verhält es sich mit dem Attribute-Agenda-Setting (auch: Second-Level-Agenda Setting), das häufig mit den Effekten des Framing-Prozesses verglichen wird. Demgemäß bestimmen die Medien, wie Rezipienten ein Thema beurteilen, indem sie ihm (positive oder negative) Attribute zu schreiben (McCombs & Ghanem, 2001, S. 69). Sowohl Framing als auch Attribute-Agenda-Setting legen ihren Fokus auf die Salienz und Selektion von Themen und betrachten die resultierenden Konsequenzen auf die Urteilsbildung von Rezipienten. Ein besonderer Unterschied ergibt sich jedoch aus der Komplexität von Frames: „[F]raming does seem to include a broader range of cognitive processes—such as moral evaluations, causal reasoning, appeals to principles, and recommendations for treatment of problems“ (Weaver, 2007, S. 146). Folglich sprechen Frames nicht einzelne Themen an, sondern setzen viele einzelne themenverwandte Informationen unter einen thematischen Rahmen, sodass beispielsweise das Thema *Afghanistankrieg* zum *Anti-Terror-Frame* wird (Maurer, 2010, S.79). Der hohe Abstraktionscharakter und die Komplexität von Frames ermöglichen es sie miteinander vergleichbar zu machen. Diese Merkmale können einzelnen Themen nicht zugeschrieben werden, sodass eine Umsetzung dieser Studie mit dem Attribute-Agenda-Setting nicht möglich ist.

Arbeitsdefinition des Framebegriffs

In den mittlerweile zahlreichen Framing-Studien finden sich viele verschiedene Auslegungen des Frame-Begriffs (Dahinden, 2006, S. 196) und dementsprechend unterschiedlich fallen Vorgehensweisen und Ergebnisse der Untersuchungen aus. In dieser Studie werden durch Frames konkrete Themen angesprochen und Bewertungsmaßstäbe vorgegeben. Ein Frame kann verschiedene Wertigkeiten aufweisen, abhängig davon, wie er genutzt wird (ebd., S. 198). Es ist möglich, dass derselbe Frame von einem Akteur als Pro-Argument und von einem anderen Akteur als Contra-Argument zum selben Thema verwendet wird. Auf diese Weise wird ein ausreichendes Abstraktionsniveau gewährleistet und gleichzeitig die Zahl verschiedener Frames möglichst klein gehalten. Die Frames können aber spezifiziert werden, um verschiedene Argumentationsmuster präzise zu erfassen. Der Begriff Frame wird für die vorliegende Arbeit synonym zum Begriff Argumentationsmuster verwendet.

5.1.2 Wahl der Methode

Um die im Legitimationskontext verwandten Frames zu untersuchen, werden Protokolle von Plenarsitzungen des Bundestags und Zeitungs- und Zeitschriftenartikel untersucht. In Kapitel 5.1.3 wird näher erläutert, nach welchen Kriterien das Material ausgewählt wird. Um den langjährigen Diskurs über den Afghanistan-Einsatz erfassen zu können, wird das Untersuchungsmaterial zielgerichtet auf relevante Merkmale hin untersucht. Ziel ist es, dass „wesentliche Tendenzen herausdestilliert und so allgemeine oder verallgemeinerbare Aussagen“ (Rössler, 2010, S. 18) möglich sind. Dabei bleibt die Analyse „systematisch und objektiv“ (Diekmann, 1995, S. 483), um ein intersubjektiv nachvollziehbares Ergebnis zu erreichen.

Das Erhebungsmaterial wird gezielt nach Argumenten untersucht, die von Politikern und Journalisten zur Begründung des Afghanistan-Einsatzes genutzt werden. Dazu nutzen Politiker Themensetzungen und Themendarstellungen, von denen sie sich versprechen, dass sie die größte Aufmerksamkeit erfahren (Hänggli & Kriesi, 2010, S. 142). Politische Argumentation ist immer auch ein Wettbewerb um Aufmerksamkeit, der mit eigenen Themenschwerpunkten und eigenen Interpretationen eines Themas gewonnen werden soll (Matthes, 2007, S. 33). Frames können dieses Vorgehen besonders gut erfassen, da sie sich sowohl auf die Salienz, als auch auf die Darstellung eines Themas konzentrieren (Entman, 1993, S. 52) und gleichzeitig die Möglichkeit bieten, die Komplexität realer Zusammenhänge auf ein verständliches Maß zu reduzieren und zu strukturieren (Bach, Weber & Quiring, 2012, S. 196). Den eigenen Frame zu etablieren heißt, die eigene Sicht der Dinge erfolgreich zu vermitteln (Pan & Kosicki, 2001, S. 48) und damit das eigene Handeln zu legitimieren. Politiker verwenden in ihren Reden in der parlamentarischen Debatte Argumentationsmuster, um ihre Standpunkte an das Publikum heranzutragen – möglicherweise ohne sich der Terminologie des Framings bewusst zu sein (ebd., S. 42). Daher liegt es nahe, Frames auch als Einheit für die Inhaltsanalyse der politischen Kommunikation, im Speziellen der Kommunikation mit legitimatorischer Absicht, zu nutzen. Beinahe alle kommunikationswissenschaftlichen Studien, die mit dem inhaltsanalytischen Framing-Ansatz arbeiten, behandeln Medien-Frames in journalistischen Publikationen (z. B. Matthes & Kohring, 2008; Houston, Pfefferbaum & Rosenholtz, 2012; Gamson & Modigliani 1989; de Vreese, 2005; Brosius & Eps, 1993; Scheufele, 2003; Gitlin, 1980; Bach, Weber & Quiring, 2012; Pan & Kosicki, 2001). Neben den Frames, die sich in der Struktur der Berichterstattung niederschlagen,

finden sich jedoch in den Printmedien auch die Frames der Politiker in Form von Zitaten wieder. Daher eignet sich der Framing-Zugang neben der Analyse von journalistischen Texten auch für politische Debatten. Die Inhalte werden in Zusammenhänge gesetzt, wodurch mehr Informationen erhalten bleiben als bei einer herkömmlichen Inhaltsanalyse. Die Gefahr, dass durch die Quantifizierung der „Gesamtzusammenhang eines Inhaltes zerstört und daher die Zuverlässigkeit der Analyse herabgesetzt [wird]“ (Merten, 1995, S. 50) lässt sich so reduzieren.

5.1.3 Untersuchungsmaterial

Das Untersuchungsmaterial stammt aus der Periode vom 14. November 2001 bis zum 28. Januar 2012 und beinhaltet die Redebeiträge aus parlamentarischen Debatten zu den Mandatsbeschlüssen bzw. -verlängerungen zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan sowie Artikel aus verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften in den jeweiligen Zeiträumen.

Die amtlichen Protokolle dokumentieren die Bundestagsdebatten, in denen die Abgeordneten Stellung zu den Anträgen der Bundesregierung beziehen. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Legitimation seitens der Politik mit großer Wahrscheinlichkeit in den Bundestagsdebatten wiederfindet (siehe Kapitel 2.1.2). Die Abstimmungen zu den Bundeswehrmandaten stellen wichtige Ereignisse dar, die Politiker und Journalisten gleichermaßen dazu veranlassen sollten, ausführlich Stellung zu nehmen und sämtliche relevanten Argumente anzubringen. In der Debatte werden mit hoher Wahrscheinlichkeit die relevanten Ereignisse, die seit der vorangegangenen Abstimmung zum Afghanistan-Einsatz geschehen sind, aufgegriffen. Es werden angemeldete Reden, bewilligte Zwischenfragen, Kurzinterventionen sowie Erklärungen der Abgeordneten im Anhang untersucht, da in diesen eine strategische Argumentation zu erwarten ist. Zwischenrufe und Beifall werden nicht berücksichtigt. Die Protokolle eignen sich für die Analyse der politischen Debatte, da die Redeanteile in den Plenarsitzungen nach einem festen Schlüssel ermittelt werden, welcher das tatsächliche Stärkeverhältnis der Fraktionen berücksichtigt (Linn & Sobolewski, 2010, S. 47). In dieser Studie werden sowohl der ISAF- als auch der OEF-Einsatz berücksichtigt, denn um die Forschungsfrage zu beantworten, die sich auf den gesamten Afghanistaneinsatz bezieht, darf keine der beiden Missionen außen vor gelassen werden. Die Operationen erstrecken sich über mehrere Jahre, der OEF-Einsatz in Afghanistan endete 2008, während der ISAF-Einsatz bis heute andauert (siehe Kapitel 3.1).

Massenmedien spielen bei der Legitimation politischer Entscheidungen eine wichtige Rolle (siehe Kapitel 2.2). Um die mediale Debatte zu überprüfen, bedarf es eines Spektrums an deutschen Medien, die als publizistische Meinungsführer gelten und nicht ausschließlich regional orientiert sind, sodass eine umfangreiche und gehaltvolle Berichterstattung über Auslands-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erwarten ist (Fröhlich, Schere, Scheufele, 2007, S. 18). Die untersuchten Blätter sollen außerdem einen möglichst großen Teil des politischen Spektrums deutscher Printmedien abdecken. Aus diesen Überlegungen heraus stellen die Frankfurter Rundschau (FR), die Süddeutsche Zeitung (SZ), die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), die tageszeitung (taz) und Die Welt als Qualitätszeitungen und wichtige Referenzquellen für andere Medien (Schrag, 2007, S. 152) die ausgewählten Zeitungen dar. Ergänzend dazu wird ebenfalls die Bild untersucht, da sie ein einflussreiches Boulevardmedium ist (ebd., S. 150). Für eine umfassende Analyse der medialen Berichterstattung sollte sich die Analyse nicht nur auf tagesaktuelle Zeitungen beschränken, sondern auch Zeitschriften mit einbeziehen, die größere Recherchemöglichkeiten haben und meinungsführend sind. Daher dürfen der Spiegel als meistzitiertes Blatt Deutschlands (ebd., S. 163) und der Focus als direkter Konkurrent des Spiegel nicht fehlen.

Es werden meinungsbildende Artikel analysiert, da hier eindeutige Positionierungen der Journalisten zu erwarten sind und sie sich deswegen hervorragend zur Untersuchung der Indexing-Hypothese eignen (Pohr, 2001, S. 267). Berichtende Artikel werden ebenso aufgenommen, da die vollständige Berichterstattung durch die Medien innerhalb der Zeiträume untersucht werden soll. Es ist zu vermuten, dass sich die Meinungs- und Themenvermittlung auch in der Wahl von Zitierten und Schwerpunkten in der Berichterstattung widerspiegelt. Innerhalb der Zeiträume um die Mandatsbeschlüsse wird eine Vollerhebung in den Zeitungen zwei Tage vor, zwei Tage nach und am Tag der Bundestagsdebatte selbst vorgenommen. Wenn ein Sonn- oder Feiertag in den Zeitraum fällt, wird dieser um einen Tag erweitert, um die Anzahl der Tage, an denen Artikel aufgegriffen werden, konstant bei fünf zu halten. Diese Auswahl ermöglicht den unmittelbaren Bezug zur parlamentarischen Debatte und gewährleistet gleichzeitig ein Zeitfenster, um die Vor- und Nachbereitung der Abstimmungen durch die Printmedien zu erfassen. Dem Veröffentlichungsrhythmus von Zeitschriften entsprechend werden bei Spiegel und Focus je eine Ausgabe vor und eine Ausgabe nach der Mandatsentscheidung aufgenommen.

Die Zeitungen und Zeitschriften werden im Titel, Untertitel und der Einleitung (dem ersten Absatz) nach den Suchbegriffen „Afghan* ODER *Einsatz* ODER *Mandat* ODER *Bundeswehr*“ durchsucht. Die Trunkierungen gewährleisten, dass sowohl Wörter wie „afghanisch“, aber auch „Mandatsverlängerung“ bei der Suche auf dem Online-Portal LexisNexis als auch auf den kostenpflichtigen Archivportalen der Medien, berücksichtigt werden. Die so ausgewählten Zeitungsartikel sind Teil des Untersuchungsmaterials, wenn beim Lesen des ersten Absatzes deutlich wird, dass der Artikel Afghanistan im Allgemeinen, den Bundeswehreinsatz in Afghanistan oder die Afghanistan-Politik einer internationalen Organisation (NATO oder UNO), dem Deutschland angehört, zum Thema hat. Artikel aus Zeitschriften werden vollständig durchsucht, da das Thema in einigen Fällen erst später explizit im Text auftritt. Leserbriefe, Pressespiegel und Artikel aus dem Sportressort werden nicht nach diesen Aufgreifkriterien durchsucht, da sie für diese Studie nicht relevant sind.

Durch die systematische Auswahl des Untersuchungsmaterials um die Mandaterteilungen und -verlängerungen zum Afghanistan-Einsatz ergeben sich 23 Zeiträume mit ungleichmäßigen Abständen zueinander. Acht Mal wird über OEF, 13 Mal über ISAF und zwei Mal über ISAF in Kombination mit AWACS abgestimmt. Es ist zu beachten, dass der OEF-Einsatz in Afghanistan bereits im Zeitraum t17 beendet wird. Insgesamt ergibt sich ein Materialumfang, bestehend aus 524 Reden und Erklärungen und 1390 Zeitungs- und 68 Zeitschriftenartikeln.

Tabelle 1: Die einzelnen Untersuchungszeiträume geordnet nach OEF/ISAF-Mandat und Regierungs-koalition

Zeitraum	Datum			Mandat	Regierung
t1	14.11.2001	-	19.11.2001	OEF	Rot/Grün
t2	20.12.2001	-	25.12.2001	ISAF	Rot/Grün
t3	12.06.2002	-	17.06.2002	ISAF	Rot/Grün
t4	13.11.2002	-	18.11.2002	OEF	Rot/Grün
t5	18.12.2002	-	23.12.2002	ISAF	Rot/Grün
t6	22.10.2003	-	27.10.2003	ISAF	Rot/Grün
t7	12.11.2003	-	17.11.2003	OEF	Rot/Grün
t8	28.09.2004	-	02.10.2004	ISAF	Rot/Grün
t9	10.11.2004	-	15.11.2004	OEF	Rot/Grün
t10	26.09.2005	-	30.09.2005	ISAF	Rot/Grün
t11	05.11.2005	-	10.11.2005	OEF	Rot/Grün
t12	26.09.2006	-	30.09.2006	ISAF	Große Koalition
t13	08.11.2006	-	13.11.2006	OEF	Große Koalition
t14	10.10.2007	-	15.10.2007	ISAF	Große Koalition
t15	13.11.2007	-	17.11.2007	OEF	Große Koalition
t16	14.10.2008	-	18.10.2008	ISAF	Große Koalition
t17	11.11.2008	-	15.11.2008	OEF (Ende)	Große Koalition
t18	30.07.2009	-	04.07.2009	ISAF/AWACS	Große Koalition
t19	01.12.2009	-	05.12.2009	ISAF	Schwarz/Gelb
t20	24.02.2010	-	01.03.2010	ISAF	Schwarz/Gelb
t21	26.01.2011	-	31.01.2011	ISAF	Schwarz/Gelb
t22	23.03.2011	-	28.03.2011	ISAF/AWACS	Schwarz/Gelb
t23	24.01.2012	-	28.01.2012	ISAF	Schwarz/Gelb

5.1.4 Frame-Identifikation

Um die Frames, die im Diskurs um den Afghanistan-Einsatz genutzt werden, standardisiert erheben zu können, müssen sie zunächst definiert werden. Dies geschieht in einer qualitativ angelegten Phase, der Frame-Identifikation, der eine quantitative Phase, die Frame-Erhebung, folgt. In der Frame-Identifikation werden alle Frames herausgestellt, die im Rahmen der Begründung des Afghanistan-Einsatzes eine wichtige Rolle einnehmen. Sie ist das Pendant zur Kategorienbildung bei einer herkömmlichen Inhaltsanalyse, welche allerdings einen deutlich geringeren Stellenwert hat als die Frame-Identifikation (Scheufele, 2006, S. 115). Das Ergebnis dieses Schritts ist ein Codebuch mit eindeutig definierten, trennscharfen und alle relevanten Argumente erfassenden Frames. Er liefert das

Instrument, mit dem später der politische und massenmediale Diskurs standardisiert analysiert werden kann.

Wahl des Verfahrens

Die Frame-Identifikation verläuft mit Hilfe eines Codierleitfadens. Dieser wird zunächst anhand von theoretischen Vorüberlegungen und ähnlichen Studien entworfen und anschließend durch den ständigen Abgleich mit dem Untersuchungsmaterial verbessert. Aus dem Codierleitfaden, der offen für Modifikationen ist, entsteht das Codebuch. Mit dieser Vorgehensweise, einer Mischung aus deduktiver und induktiver Kategorienbildung, auch „[i]nduktiv quantitativ“ genannt (Dahinden, 2006, S. 206), können Fehler umgangen werden, die bei der Beschränkung auf nur eines der beiden Verfahren auftreten würden. Bisher haben vergleichsweise wenige inhaltsanalytische Projekte auf dieses Verfahren zurückgegriffen (Matthes & Kohring, 2002; Semetko & Valkenburg, 2000; Bach, Weber & Quiring, 2012).

Mit einem rein deduktiven Verfahren, bei dem Frames ausschließlich aus der Theorie und anderen Studien abgeleitet werden, ist es nicht möglich, neue Frames zu finden. Das induktive Verfahren hingegen ermöglicht einen direkten Bezug zum Text und das Instrument kann unmittelbar auf das untersuchte Material zugeschnitten werden – das Problem stellt jedoch die mangelnde Vergleichbarkeit zu anderen Studien dar. Eine Kombination aus induktiver Kategorienbildung mit vorgesetzten Überlegungen zur Deduktion von Kategorien beseitigt die Nachteile der einzelnen Verfahren. So können sowohl Anknüpfungspunkte an den theoretischen Diskurs gegeben als auch bisher unbekannte Frames und Ausprägungen erfasst werden. Das induktiv quantitative Verfahren hat trotz seiner Namensgebung vor allem qualitativen Charakter. Dies scheint ein geeigneter Weg zwischen Systematik und Flexibilität zu sein (ebd.; Scheufele, 2006, S. 117). Außerdem kann man zielgerichteter an die Textarbeit herangehen, denn „[w]ill man Frames identifizieren, wird man wenig finden, wenn man nicht weiß, wonach man sucht“ (Scheufele, 2006, S. 123-124).

Deduktive und induktive Kategorienbildung

Noch bevor im Untersuchungsmaterial gearbeitet wurde, konnten anhand von theoretischen Vorüberlegungen Annahmen zum Aufbau des Codierleitfadens und der Frames getroffen werden. Um die induktive Kategorienbildung zu beschleunigen, bietet es sich an, Aussagen über wahrscheinlich

auftretende Themen und erste Frames zu treffen. Dabei wurden die Basisframes von Dahinden (2006) zur Hilfe genommen und eigene Überlegungen zu potentiellen Einsatzbegründungen einbezogen. Aus den in der Methodologie (siehe Kapitel 5.1.1) vorgestellten Theorien können außerdem folgende Annahmen getroffen werden, die für den Entwurf des Codierleitfadens wichtig sind:

- Ein Frame besteht aus den vier Elementen Themendefinition, Ursachenbeschreibung, Bewertung und Handlungsempfehlung.
- Als zusätzliches Element wird in dieser Studie die Bezugsdimension definiert, die eine Unterkategorie des übergeordneten Themenkomplexes darstellt.
- Die Themendefinition bildet den Kern des Frames. Durch sie wird festgestellt, ob ein Frame im Text vorkommt. Alle anderen Elemente sind nicht für die Existenz eines Frames und die Zuordnung einer Aussage zu einem Frame entscheidend.

Ein aus diesen Überlegungen erstellter vorläufiger Frame-Katalog bildet die Grundlage für die anschließende Arbeit im Material. Er legt den Abstraktionsgrad fest, der für die Analyse der Texte angelegt wird. Außerdem schreibt der Frame-Katalog vor, wie der Begriff Themendefinition zu verwenden ist und liefert eine erste Möglichkeit, gefundene Aussagen zu vergleichen und gegebenenfalls einzurichten. Jeder der Frames, der auf diesem rein deduktiven Weg identifiziert wird, kann jedoch erst durch eine systematische Analyse des Untersuchungsmaterials bestätigt werden. Um zu gewährleisten, dass nur die Argumente codiert werden, die zur Legitimation des Afghanistan-Einsatzes beitragen, muss das Aufgreifkriterium für die Aussagen, die auf einen Frame hinweisen, inhaltlich definiert werden. Es werden nur Aussagen codiert, die als klares Argument für oder gegen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan genutzt werden. Eine Aussage darf nur erfasst werden, wenn der Sprecher damit die Frage „Warum sind Sie für bzw. gegen den Einsatz?“ beantworten kann. Lagebeschreibungen und andere Formulierungen, die keine klare Pro- oder Contra-Tendenz erkennen ließen, werden nicht berücksichtigt. Die gesamte Frame-Identifikation wird mit diesem Aufgreifkriterium durchgeführt. Nachdem ein vorläufiger Codierleitfaden erstellt worden ist, folgte die Empirie. Das bereits vorhandene Kategoriensystem wird mit den Informationen aus dem Material abgeglichen und gegebenenfalls angepasst. Durch diese induktive Vorgehensweise kann es nicht zu

Verzerrungen bei der Abbildung des Materials durch Vorannahmen der Forscher kommen (Mayring, 2010, S. 84).

Stichprobe

Die Frame-Identifikation wird mit einem Teil des gesamten Untersuchungsmaterials durchgeführt, das später auch für die Framing-Analyse genutzt wird. Zunächst werden zufällig 10% aller Artikel und Bundestagsreden bearbeitet. Da der Informationsgehalt der ausgewählten Texte nicht von vornherein eingeschätzt werden konnte, wurde die Größe der Stichprobe nach oben offen gelassen (Krippendorff, 2004, S. 122). Bei der Ziehung der Stichprobe wurde zwischen Bundestagsprotokollen und Printmedien unterschieden. Für die Protokolle wurde eine Zufallsauswahl anhand einer Liste mit fortlaufender Nummer durchgeführt. Jede angemeldete Rede, Kurzintervention und Stellungnahme im Anhang wurde mit einer Nummer versehen und hatte die gleiche Chance, aufgenommen zu werden. Auch die Artikel wurden per Zufallsauswahl anhand einer einzigen Liste gezogen. Es wurde nicht zwischen Zeitungen und Zeitschriften und nicht zwischen den Redaktionen der Printmedien unterschieden. Es wurde sowohl bei den Protokollen, als auch bei den Artikeln nicht nach Erhebungszeiträumen geschichtet, da die Zeiträume unterschiedlich stark vertreten waren. Auf diese Weise wurde eine für das gesamte Material repräsentative Stichprobe erstellt (Merten, 1995, S. 298).

Erhebung und Codierlogik

Innerhalb der Auswahleinheiten, die aus den Protokollen und Artikeln bestehen, werden Frames als Analyse- und Codiereinheiten erhoben. Jeder Frame wird als eigener Fall betrachtet und als solcher codiert. Frames können beliebig lang sein und gelten als beendet, wenn die Themendefinition oder der Urheber wechselt. Ein neuer Frame beginnt außerdem dann, wenn eine neue Ausprägung der Bezogen-Auf-Kategorie eine Änderung mindestens eines anderen Frame-Elementes nach sich zieht. Die Aussage „Die sichere Lage in Deutschland ist den Bundeswehrsoldaten zu verdanken, die sich täglich neuen Gefahren aussetzen“ beinhaltet zwei Frames mit der Themendefinition „Sicherheit“, zwischen denen sich der Bezug von „Deutschland“ zu „Bundeswehrsoldaten“ und damit auch die Bewertung von „die Sicherheit ist nicht bedroht“ zu „die Sicherheit ist bedroht“ geändert hat. Hätte sich die Bewertung nicht geändert, hätte die Aussage als ein Frame mit zwei Nennungen in der Bezogen-Auf-Kategorie codiert werden müssen. Durch dieses Vorgehen wird sichergestellt, dass alle

eigenständigen Argumente einzeln erfasst werden und gleichzeitig kein Thema durch bloßes Aufzählen von Bezugsdimensionen überrepräsentiert wird.

Zu jedem Frame gehören in dieser Studie fünf Elemente, die jeweils mit einer kategorialen Variable erhoben werden. Dadurch, dass die Frame-Elemente nicht dichotom (vorhanden – nicht vorhanden), sondern mit mehreren möglichen Ausprägungen erfasst werden, kann die Dynamik eines Frames abgebildet werden. Veränderungen eines oder mehrerer Elemente im zeitlichen Verlauf bedeuten nicht, dass ein komplett neuer Frame entsteht. Ein Frame kann zu verschiedenen Zeitpunkten andere Eigenschaften aufweisen. Die bekannteste Definition von Frames sieht nur vier Elemente vor: Problemdefinition (in dieser Studie Themendefinition genannt), Ursachenzuschreibung, Bewertung und Handlungsempfehlung (Entmann, 1993, S. 52). Zusätzlich dient die bereits erwähnte Kategorie „Bezogen auf“ als fünftes Element zur Beschreibung eines Frames und wird deshalb ebenfalls an dieser Stelle vorgestellt. Die Themendefinition als erstes Element wird bereits durch das Erfassen der Aussage und Zuordnung zu einem bestehenden Frame codiert.

- **Ursachenzuschreibung**

Ursachen sind Sachverhalte, die zu der in der Themendefinition beschriebenen Lage oder dem Sachverhalt führen (Dahinden, 2006, S. 15). Es muss ein eindeutiger Kausalzusammenhang zwischen einem Sachverhalt und der genannten Themendefinition des Frames vorhanden sein.

- **Bewertung**

Bewertungen sind positive oder negative Stellungnahmen des Urhebers gegenüber der Themendefinition (ebd.). Neben expliziten Bewertungen können auch negativ beziehungsweise positiv besetzte Signalwörter, wie zum Beispiel „Massenmord“, als Bewertung codiert werden. Zu dieser Kategorie gehören auch Lageeinschätzungen („Die Lage hat sich verschlechtert“) und Beurteilungen der Arbeit eines Akteurs im Bereich der Themendefinition des Frames („Der Akteur leistet gute Arbeit im angesprochenen Themenfeld“). Es darf nicht von einer Handlungsempfehlung auf eine Bewertung geschlossen werden.

- **Handlungsempfehlung**

Handlungsempfehlungen sind Vorschläge, wie gehandelt werden sollte (ebd.). Es darf nur vom Abstimmungsverhalten eines Bundestagsabgeordneten auf die Handlungsempfehlung geschlos-

sen werden, wenn es als unmittelbare Folge eines Frames genannt wird („... und deshalb stimme ich für den Einsatz“). Es darf nicht von einer Bewertung auf eine Handlungsempfehlung geschlossen werden.

- **Bezogen auf**

Die Bezogen-Auf-Kategorie ist kein in der Framing-Forschung anerkanntes Frame-Element, wird in dieser Studie aber ebenso prominent berücksichtigt. Die Bezugsdimension ermöglicht einen genaueren Rückbezug darauf, in welchem Kontext der Frame genutzt wurde, was häufig als eine Schwachstelle der Inhaltsanalyse genannt wird (Bonfadelli, 2002, S. 53; Merten, 1995, S. 50). Durch den Rückgriff auf die Bezogen-Auf-Kategorie können Themendefinitionen spezifiziert und genauer definiert werden. Gleichzeitig wird auf diese Weise die Anzahl der Frames überschaubar gehalten. Dies kann zur Erhöhung der Reliabilität beitragen, da so weniger Probleme bei der Abgrenzung der Frames untereinander entstehen können.

Das Herausstellen der Frame-Elemente, insbesondere der Themendefinition, bildet den Kern der Frame-Identifikation und erfährt die meiste Aufmerksamkeit. Um die Validität der Frame-Identifikation zu gewährleisten, muss die induktive Kategorienbildung regelgeleitet ablaufen. Es muss sichergestellt sein, dass alle für die Frames relevanten Aspekte vom Erhebungsinstrument richtig erfasst werden (Früh, 2011, S. 156). Dies wird durch vier Arbeitsschritten gewährleistet (Mayring, 2010, S. 65).

- **Selektion und Reduktion**

Der Text wird auf Aussagen hin untersucht, die dem Aufgreifkriterium aus der deduktiven Kategorienbildung entsprechen. Alle Aussagen, die als alleinstehende Argumente für oder gegen den Afghanistan-einsatz der Bundeswehr genutzt werden können, werden analysiert. Selektion und Reduktion des Materials finden statt, indem nur jene Textpassagen herausgesucht werden, die zur Beantwortung der Forschungsfrage relevant sind.

- **Zusammenfassung**

Sobald eine zutreffende Aussage vorliegt, wird versucht, diese in die Themendefinition eines bereits bestehenden Frames einzuordnen. Dazu wird die Aussage auf die Themenebene abstrahiert und dann in eine Themengruppe eingefügt. Wird aus der Aussage allein nicht deutlich, welcher

Themengruppe sie angehört, darf der gesamte Text als Kontexteinheit zur Hilfe genommen werden. Die Themen der Frames sind demnach zusammengefasste Aussagen.

- **Generalisierung.** Durch die Benennung der Frames mit Begriffen wie „Sicherheit“ und „Terrorismus“ werden die Aussagen generalisiert.
- **Rückbezug.** Der Versuch, eine Aussage einem Frame zuzuordnen, kann unterschiedlich ablaufen: Misslingt die Einordnung, weil die Aussage auf mehr als eine Themendefinition zutrifft, werden die Abgrenzungen der betroffenen Frames zueinander so überarbeitet, dass klar wird, in welche Themendefinition die neue Aussage eingeordnet werden kann. Wenn auch dies nicht möglich ist, wird abgewogen, ob das Zusammenlegen zweier Frames angebracht ist. Misslingt die Einordnung der Aussage in einen bereits bestehenden Frame, weil sie auf keine Themendefinition zutrifft, wird sie zunächst vermerkt. Treten vermehrt Aussagen auf, die in die gleiche Themengruppe fallen, wird ein neuer Frame erstellt, dessen Themendefinition die neuen Aussagen abdeckt. Die Themendefinition orientiert sich vom Abstraktionsgrad an denen der bereits vorhandenen Frames und muss trennscharf zu diesen sein. Wenn nötig, müssen Abgrenzungen zu anderen Frames formuliert werden. Gelingt die Einordnung der Aussage in genau einen Frame, müssen mögliche weitere Frame-Elemente untersucht werden.

Die Überprüfung neuer Frames und ihrer Elemente stellen einen Rückbezug zum Kategoriensystem dar. Nur von der Empirie bestätigte Frames können als valide angesehen werden. Deswegen werden die Frame-Elemente und ihre Abgrenzungen zueinander solange überarbeitet, bis ein erschöpfendes und trennscharfes Kategoriensystem für die Frames aufgestellt ist. Diese Erkenntnisse werden am Untersuchungsmaterial ständig überprüft und angepasst.

Für jeden Frame werden noch weitere formale und inhaltliche Merkmale codiert. Wenn ein Frame auftritt, werden Medium, Erscheinungsdatum, Textform und Schlagzeile des Artikels festgehalten. Bei Bundestagsreden wird zudem das debattierte Mandat (OEF oder ISAF) codiert und ob der Frame in einer Rede oder in einer Erklärung im Anhang des Bundestagsprotokolls auftritt. Die Autoren eines Artikels und die Verfasser einer Bundestagsrede oder -erklärung werden mit Hilfe einer Akteursliste als Sprecher festgehalten. Dieses ist das einzige Dokument, das während der gesamten Framing-Analyse zur Bearbeitung offen ist, da nie ausgeschlossen werden kann, dass neue Personen

im Untersuchungsmaterial genannt werden. Sie werden in Akteursgruppen eingeordnet. So ergeben sich neben Journalisten und Politikern unter anderem die Gruppen „Militärexperten“, „Gesellschaftliche Akteure“ und „Kirchenvertreter“. Außerdem werden NGOs, Gewerkschaften, ausländische Politiker bzw. Regierungen und deutsche Politiker außerhalb des Bundestages unterschieden, was eine spätere Zuordnung der Akteure zu relevanten Gruppen bei der Datenauswertung erleichtert. Bis zu vier Sprecher eines Textes werden namentlich festgehalten, bei mehr als vier Personen oder Organisationen wird die übergeordnete Gruppe codiert (bei mehreren Abgeordneten etwa „Minderheit der Partei XY“).

Wenn der Sprecher eines Textes einen anderen Akteur zitiert oder einen Rückbezug macht, wird die Quelle, auf die er sich bezieht, als Urheber des Frames codiert. Es wird gleichzeitig festgehalten, welche Haltung der Sprecher gegenüber dem Frame des Urhebers einnimmt. Für den Fall, dass ein Zitierter wiederum Rückbezug auf eine dritte Person oder Organisation nimmt, wird diese dritte Person als Urheber codiert, da diese der unmittelbare Verfasser des Frames ist. Für den Urheber sind wie beim Sprecher bis zu vier Mehrfachnennungen möglich. Ist der Sprecher selbst Urheber des Frames, wird dies ebenfalls festgehalten. Bezieht sich ein Sprecher auf den Frame einer nicht näher definierten Quelle (z. B. „Es herrscht die Meinung, dass...“), wird dieser als negiert bzw. nicht negiert codiert. Mit dem Erfassen der Rückbezüge wird die Wechselbeziehung zwischen Akteuren beschrieben. Diese sind sowohl für eine vollständige Dokumentation des Diskurses um den Afghanistan-Einsatz als auch für die Überprüfung der Indexing-Hypothese wichtig. Die Länge der Frames wird in groben Einteilungen festgehalten, um zusätzliche Informationen über Gewichtung und Beschaffenheit der Argumente zu gewinnen.

Da die Arbeitsdefinition des Framebegriffs keine Bias beinhaltet (siehe Kapitel 5.1.1), wird die Tendenz des Frames gegenüber dem Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr in einer separaten Variable aufgenommen. Diese Kategorie erfordert die Einschätzung des Codierers. Um Problemen bei der Reliabilität vorzubeugen, darf eine Tendenz nur vermerkt werden, wenn im Text die Verwendung des Frames klar für oder gegen den Einsatz hervorgeht.

5.1.5 Frame-Erhebung

Erster Intercoder-Reliabilitätstest

Im Zuge der Frame-Identifikation wurde ein Codebuch entwickelt, das es mithilfe eines Intercoder-Reliabilitätstests auf seine Zuverlässigkeit zu überprüfen galt. Dafür wurden 21 Zeitungsartikel, 8 Redebeiträge und ein Zeitschriftenartikel codiert. Nach Rössler (2010) ist der Umfang des Untersuchungsmaterials für den Reliabilitätstest entscheidend und aus diesem Grund „muss für jede Kategorie eine ausreichend große Zahl von Testcodierungen vorliegen, um das Vergleichsurteil auf einer hinreichenden Basis fällen zu können.“ (S. 203). Für die Wahl des Materialumfangs von insgesamt 30 codierten Texteinheiten (Gesamtumfang: 1390 Zeitungsartikel, 524 Redebeiträge, 68 Zeitschriftenartikel) wurde sich an Rösslers Angaben orientiert. Im Zuge der Berechnung des Reliabilitätskoeffizienten stellte sich nach kurzer Zeit heraus, dass das Codebuch noch einige Unklarheiten aufwies, die zu unterschiedlichen Codierungen führten. Für eine Überarbeitung des Messinstruments wurde die Berechnung an dieser Stelle abgebrochen. Es waren Korrekturen am Codebuch mit dem Ziel einer besseren Reliabilität nötig.

Änderung an der Codiereinheit

Gemäß dem Codebuch vor dem Reliabilitätstest sollten alle Frames codiert werden, die von Politikern und Journalisten verwendet werden, um ihre Zustimmung oder Ablehnung zum Afghanistan-Einsatz zum Ausdruck zu bringen. Folglich wird ein Frame nur dann codiert, wenn er als für sich stehende Begründung für oder gegen den Afghanistan-Einsatz verwendet wird. Die Entscheidung, ob es sich bei einer getätigten Aussage um ein Argument für oder gegen den Einsatz handelt, kann nicht immer zweifelsfrei getroffen werden, was sich schließlich in den abweichenden Codierungen beim ersten Intercoder-Reliabilitätstest widerspiegelte. Daher wurde das Aufgreifkriterium für einen Frame dahingehend verändert, dass jeder im Kontext des Legitimationsdiskurses angesprochene Themenkomplex codiert wird. Für einen einheitlichen Codierprozess werden nun hierarchisch angeordnete Kriterien definiert, die das Erkennen und Codieren von Frames erleichtern sollen. Demzufolge werden Frames codiert, die von Politikern und Journalisten sowie von zitierten Experten verwendet werden und mit denen folgende Fragen bejaht werden können.

- **Geht es um Afghanistan?**

Das Land wird explizit im selben Satz oder Textabschnitt genannt oder der Bezug zu Afghanistan wird durch die Kontexteinheit deutlich.

- **Geht es um den dortigen möglichen Bundeswehreinsatz?**

Dies betrifft die Rolle der Bundeswehr im Rahmen von OEF, ISAF, AWACS oder einem anderen Ereignis geredet wird. Die Diskussion über die Art und Weise der humanitären Hilfe im Rahmen des Einsatzes ist ebenfalls zu berücksichtigen in einem anderen Land oder einem anderen Ereignis geredet wird. Es muss eine Verbindung zwischen beiden bestehen.

- **Wird ein Thema angesprochen, welches einem der Frames zugeordnet werden kann?**

Es handelt sich um ein Argument für oder gegen den Einsatz, eine Lagebeschreibung, ein Bericht oder eine performatorische Aussage, die einem der identifizierten Frames zugewiesen werden kann.

Diese neuen Aufgreifkriterien schließen zwar zusätzliche Aussagen mit ein, führen aber nicht zur Erweiterung des Themenspektrums und machen auch keine Identifikation neuer Frames notwendig, sodass das Kategoriensystem auch weiterhin das Gütekriterium einer regelgeleiteten Entstehung erfüllt (siehe Kapitel 5. 1. 4).

Ungerichtete Themendefinitionen

Vor dem Reliabilitätstest wurden Aussagen außer Acht gelassen, die für den Bundeswehreinsatz relevante Geschehnisse in Afghanistan thematisierten, ohne sich explizit für oder gegen den Einsatz auszusprechen. Dazu gehörten Lagebeschreibungen, Berichte oder performatorische Darstellungen. Performatorische Aussagen wurden nur dann codiert, wenn sie mit der legitimatorischen Ebene, also der Frage, ob der Einsatz geführt werden soll, verbunden waren. Durch das neue dreistufige Aufgreifkriterium gelingt es nun, auch allgemeine Aussagen zum Afghanistan-Einsatz zu erfassen. Es liegt die Vermutung zu Grunde, dass Legitimationskommunikation nicht nur durch explizite Einsatzbegründungen, sondern auch durch die schlichte Setzung von Themen stattfindet. Die in der Framing-Forschung gängige Bezeichnung „Problemdefinition“ (z. B. Dahinden, 2006) wurde für diese Studie deshalb in „Themendefinition“ geändert. Dies erlaubt eine ungerichtete Formulierung des Themas, sodass auch neutrale Aussagen erfasst werden können. Aufgrund der neutralen Formulierung der Themendefinitionen sind die Frames ohne Berücksichtigung der Frame-Elemente

oder anderer inhaltlicher Variablen immer ungerichtet. Erst die Elemente Bewertung, Handlungsempfehlung oder die Variable Tendenz verleihen den Frames eine Richtung. Die Ausprägungen der Handlungsempfehlungen sind nach der Überarbeitung des Codebuchs hierarchisch angeordnet, sodass spezifische Aussagen unter einer allgemeinen Richtung zusammengefasst sind und Mehrfachnennungen vermieden werden.

Zweiter Intercoder-Reliabilitätstest

Für den zweiten Durchlauf des Intercoder-Reliabilitätstests wurden erneut 30 Texteinheiten codiert. Der Reliabilitätskoeffizient wurde pro Kategorie berechnet. Jeder der fünf Codierer testete seine Reliabilität mit zwei anderen Codierern, sodass fünf Tabellen mit Koeffizienten entstanden, deren Durchschnittswerte zu einer gesamten Tabelle verrechnet wurden. Besondere Relevanz hat die Variable „Themendefinition“, die zur Erfassung und Einordnung der Frames dient. Mit ihr werden die Analyseeinheiten identifiziert, was Einfluss auf alle anderen Variablen hat. Die Ausprägungen „Bezogen auf“, „Ursache“, „Bewertung“ und „Handlungsempfehlung“ werden erst codiert, wenn eine entsprechende Themendefinition vorhanden ist. Eine Nichtübereinstimmung in dieser Variable zwischen zwei Codierern wurde als einfacher Fehler gewertet, selbst wenn weitere Abweichungen in anderen Variablen daraus folgten. Dies hatte zur Folge, dass nicht alle codierten Ausprägungen einer Kategorie relevant für die Reliabilität waren. Der Reliabilitätskoeffizient zwischen zwei Codierern durfte demnach nicht die Anzahl der Codierungen der einzelnen Codierer einbeziehen, weshalb das weit verbreitete Überschneidungsmaß nach Holsti (Rössler, 2010, S. 202) nicht angelegt wurde. Stattdessen wurde der Übereinstimmungskoeffizient verwendet (Raupp & Vogelgesang, 2009, S. xiv). Die Zahl aller übereinstimmenden Codierungen wurde mit der Gesamtzahl aller Codierungen ins Verhältnis gesetzt:

$$C_R = C_U / (C_U + C_A)$$

C_R = Reliabilitätskoeffizient der Codierung

C_U = Zahl der übereinstimmenden Codierungen

C_A = Zahl der abweichenden Codierungen

Bei der Reliabilität der Themendefinition kann von „Identifikationsreliabilität“ gesprochen werden (Rössler, 2010, S. 201), die in dieser Studie bei 0,76 liegt. Die Reliabilität für alle inhaltlichen Kategorien liegt bei 0,87 und die der formalen Kategorien bei 0,99. Die Ergebnisse des zweiten Intercoder-Reliabilitätstests entsprechen den für diese Studie festgelegten Ansprüchen. Der Pre-Test konnte erfolgreich abgeschlossen werden und die Feldphase beginnen.

5.2 Qualitative Experteninterviews

Im Rahmen eines weiteren Erhebungsschritts werden qualitativ die Hintergründe der Frameproduktion analysiert. Dabei werden die methodischen Unzulänglichkeiten der quantitativen Framing-Analyse aufgefangen, um die Forschungsfrage vollends beantworten zu können.

Frames können als Deutungsmuster verstanden werden, die zur Sinngebung und Bewertung von unterschiedlichen Themen herangezogen werden. Sie ermöglichen eine Selektion und Strukturierung von Informationen und einen Realitätsausschnitt in Kommunikationstexten, bspw. Interviews (Scheufele, 2003, S. 46). Darüber hinaus bieten sie ein umfassendes Verständnis von massenmedialen Prozessen. Frames ermöglichen so eine präzise und differenzierte Untersuchung, um die Qualität von Medienleistungen zu untersuchen (Dahinden, 2006, S. 19-20). Nach Dahinden (2006) erweist sich jedoch der bei einer Framing-Analyse fehlende „Blick für den Gesamtprozess“ (S. 17) als problematisch. Häufig werden in der Kommunikationswissenschaft Kontexte untersucht, die außerhalb des Erfahrungsraums der Forschenden liegen und somit nicht ausschließlich mit einer Inhaltsanalyse greifbar gemacht werden können. Angelehnt an die Theorie des Konstruktivismus muss daher davon ausgegangen werden, dass auch jeder Forschungsprozess innerhalb der Sozialforschung in gewissem Maße durch situationsbedingte Interpretationen des Forschers gekennzeichnet ist (Giddens, 1984, S. 191-200; Gläser & Laudel, 2010, S. 32). Das standardisierte Vorgehen birgt das Risiko, dass es aufgrund vorformulierter Hypothesen zu einer starken Abstraktion und Extrahierung von Informationen kommt (Küchler, 1983, S. 14). So werden Themenbereiche vorstrukturiert und lediglich Erkenntnisse bezüglich der festgelegten Kategorien erwartet (ebd., Lamnek, 2005, S. 337). Häufig steht in Framing-Analysen die Frame-Identifikation und somit die quantitative Ebene im Vordergrund, sodass der Herkunft der Frames nicht nachgegangen werden kann (Dahinden, 2006, S. 318). Um jedoch gewisse Kausalzusammenhänge zu erklären, können quantitative und qualitative Methoden kombiniert werden (Gläser & Laudel, 2010, S. 25).

Im Rahmen qualitativer Experteninterviews werden in dieser Studie die in der Frame-Erhebung identifizierten Frames genutzt, um Arbeitsstrukturen und die Inhalte sowie den Verlauf der Debatte zu hinterfragen. Demzufolge wird in dieser Phase die Ebene des Diskursproduktes (Medien-Frames) verlassen und die kognitiv-diskursive Ebene (journalistische und politische Frames) beleuchtet (siehe Kapitel 5.1.1). Die Kombination aus Framing-Analyse und Experteninterviews soll eine Rekonstruktion des Legitimationsprozesses des Afghanistan-Einsatzes ermöglichen, die Annahmen über den Ursprung und die Entwicklung politischer und journalistischer Frames zulässt. Bei der Erhebung der Frames aus dem vorliegenden Material wurden jeweils die Akteure aufgenommen, die Urheber der Frames sind. Somit konnte die Fallauswahl für die Interviews getroffen werden. Die Ergebnisse der Erhebung zeigen zugleich Auffälligkeiten, die beim untersuchen des Materials herausgestochen sind und in den Interviews abgefragt werden. Die aus den Interviews gewonnenen Erkenntnisse werden später mit jenen aus der Framing-Analyse abgeglichen und dienen einer tiefergreifenden Überprüfung der theoretischen Vorüberlegungen.

5.2.1 Falldefinition und -auswahl

Für die Durchführung der Experteninterviews ist es unerlässlich die für unsere Studie interessanten Fälle genau zu definieren (Gläser & Laudel, 2010, S. 95). Im Vordergrund steht die Beantwortung der Forschungsfrage, genauer die Untersuchung der Frameproduktion und der intensiveren Betrachtung die Wechselbeziehungen zwischen Medien und Politik. Die Fallauswahl erfolgt daher auf Basis der theoretischen Grundlage (ebd.).

Befragt werden Akteure, die sich durch das „besondere Wissen über den sozialen Kontext“ (Gläser & Laudel, 2010, S. 11), in dem sie sich bewegen, auszeichnen. „Nur unmittelbare Beteiligte haben dieses Wissen, und jeder hat aufgrund seiner individuellen Position und seiner persönlichen Beobachtung eine besondere Perspektive auf den jeweiligen Sachverhalt“ (Gläser & Laudel, 2010, S. 12). In dieser Studie handelt es sich dabei um die am Legitimationsprozess beteiligten Bundestagsabgeordneten und Journalisten. Erfasst und erkannt werden diese Experten durch die vorgeschaltete Framing-Analyse. Nachdem über die Redebeiträge aus den Bundestagsprotokollen und journalistischen Beiträgen in den untersuchten Medien alle Fälle definiert und zusammengeführt wurden, wird eine zweistufiges Auswahlverfahren gewählt.

In dieser Studie wird sich in einem ersten Schritt der Auswahl nach Extremfällen gewidmet. Extremfälle sind definiert durch bestimmte Faktoren, die besonders stark oder besonders schwach ausgeprägt sind. Als Charakteristikum dient in dieser Studie die Anzahl von Redebeiträgen oder verfassten Artikeln. Es wird vermutet, dass Akteure, die häufig und in regelmäßigen Abständen die Debatte mit ihren Beiträgen und Artikeln begleitet haben, ein umfassendes Bild über die Hintergründe des Legitimationsprozesses bieten können. So kristallisieren sich die Bundestagsabgeordneten und Journalisten heraus, welche die meisten Beiträge produziert haben.

Um ein umfassendes Erfahrungsbild zur Frameproduktion aller untersuchten Parteien und Medien abzudecken, wird in einem zweiten Schritt eine disproportionale Stichprobe der Akteure mit den meisten Beiträgen gezogen. Zwar sind auf diese Weise weder die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag, noch das Stimmengewicht der verschiedenen Medien, bspw. durch die Stärke ihrer Auflagezahl berücksichtigt, doch ist es wichtig zur Überprüfung der Indexing-Hypothese, die Meinungen der kleinen Parteien ebenso einzubeziehen zu können. So ist eine bessere Kenntnis des Meinungsbilds der thematisch wichtigen Subgruppen im Parlament und in den Medien gewährleistet werden. Pro Partei oder Medium werden je drei in Frage kommende Experten angefragt. Zum Interview erklärten sich sechs Politiker der verschiedener im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien und zwölf Journalisten der analysierten Medien bereit.

5.2.2 Durchführung

Kontaktaufnahme

Die erste Kontaktaufnahme mit den Experten fand per E-Mail statt, wobei die Experten grob über den Inhalt und die Absicht der Interviews informiert wurden. Eine Tage später erfolgte eine angekündigte telefonische Nachfrage nach der Interviewbereitschaft. An dieser Stelle musste die Frage gestellt werden, wie offen das Untersuchungsziel dem potenziellen Befragten mitgeteilt werden kann, da auch diese Informationen das weitere Interview maßgeblich beeinflussen könnten. Um dies so gut wie möglich einzugrenzen wurde auf die Strategie der „informellen Einwilligung“ (Gläser & Laudel, 2010, S. 159) zurückgegriffen. Hier war davon auszugehen, dass die Experten die bereitwilligste und ausführlichste Auskunft über ihre Erfahrungen bezogen auf den Legitimationsprozess des Afghanistan-Einsatzes geben würden. Ziele des Interviews wurden kurz für den Befragten dargestellt, wobei die Rolle des einzelnen für das Gesamtergebnis der Untersuchung nicht erwähnt wurde.

Vorab erhielten die interviewbereiten Experten eine Email mit einem Informationsblatt zum Umgang mit den erhobenen Daten, sowie einer Zusammenfassung der Leitfragen des Interviews.

Befragung

Die Befragung fand möglichst face-to-face als Einzelinterview mit zwei Interviewern statt. Soweit dies nicht möglich war wurde das Interview telefonisch gehalten. Ausgangspunkt war die Überlegung, dass teils sensible Informationen über die eigene Person, Arbeitsstrukturen und Wechselbeziehungen zwischen Politik und Medien eher in einer persönlicheren Atmosphäre geäußert werden würden. Dabei kam einem Interviewer die Rolle des Befragenden, dem anderen die Rolle des Protokollanten zu. Der Interviewort wurde von den Interviewpartnern bestimmt, um eine möglichst angenehme Situation für sie zu schaffen. Die Interviews wurden auf 30-45 Minuten angesetzt, wobei einzelne Gespräche bis zu einer Stunde dauerten. Die Interviews wurden im Rahmen von zwei Wochen, vom 15. April 2013 bis zum 26. April 2013, vorwiegend in Berlin durchgeführt.

Für die Befragung der Akteure wurde in der vorliegenden Studie eine nicht-standardisierte Interviewart, in Form des Leitfadeninterviews gewählt. Leitfragen bilden ein Bindeglied zwischen theoretischen Vorüberlegungen und qualitativen Erhebungsmethoden (Gläser & Laudel, 2010, S. 115). Leitfragen sind jedoch keine theoretischen Fragen, denn sie sind auf das Untersuchungsfeld gerichtet und versuchen die Informationen zu benennen, die erhoben werden müssen (ebd.). Der Leitfaden ist nach drei Themenkomplexen gegliedert. Da die Experten der beiden Akteursgruppen jeweils dieselben Themenkomplexe abgefragt wurden, ist eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse möglich und gewährleistet eine umfassende Prüfung der Wechselbeziehungen. Die Reihenfolge der Fragen ist unverbindlich und offen, sodass der vorliegende Fragebogen als Richtlinie diente. Einzelne Nachfragen konnten daher dynamisch während des Gesprächs gestellt werden, um auch auf bisher nicht berücksichtigte Aspekte einzugehen. Im Rahmen dieser Studie wurden zwei verschiedene Fragebogen entwickelt, zum einen für die Journalisten und zum anderen für die Politiker.

Fragebogen der Journalisten

Der Einstieg in die Befragung der Journalisten beginnt mit einer sogenannten „Eisbrecherfrage“, sie dient dazu, beim Befragten Interesse für die Befragung zu wecken und eine freundliche Atmosphäre zu schaffen. In diesem Fall wird nach dem persönlichen Werdegang gefragt, damit können die Be-

fragten zuerst frei und ungezwungen von ihrer Position und Person erzählen, „Wie sind Sie zur Ihrem Beruf als Journalist gekommen?“ (siehe Fragebogen Journalist, Anhang 4).

Schon in diesem Vorgang können erste Erkenntnisse über das Rollenverständnis der Journalisten in Erfahrung gebracht werden, welche Auswirkung auf ihr journalistisches Handeln haben könnten. Auch bei der Frage nach ihren Ansprüchen an den Journalismus, sowie zu ihrer Interesse am Afghanistan-einsatz bzw. an der Sicherheitspolitik, kann viel zu ihrem Rollenverständnis in Erfahrung gebracht werden.

Der nachfolgende Themen- und Fragenkomplex beschäftigt sich mit den Arbeitsabläufen der Journalisten. Frames entstehen u. a. durch die Arbeitsabläufe und die Wahrnehmung des täglichen Diskurses über bestimmte Ereignisse (Kapitel 5.2). Die erste Frage des Themenkomplexes „Arbeitsabläufe“ beschäftigt sich mit der Quellenarbeit der Journalisten, die im Bereich der Kriegs- und Krisenberichterstattung von Bennett (1990) als besonders prekär bezeichnet wird. Mithilfe dieser Fragen sollen Einsichten über die institutionellen Rahmenbedingungen bei der Informationsbeschaffung und die Auswirkung anderer Medien auf die eigene journalistische Arbeit gewonnen werden. Die nächste Frage richtet sich nach der Qualität der Quellen. Im Rahmen der Indexing-Hypothese wird davon ausgegangen, dass die Journalisten in Zeiten eines Krieges oder einer Krise, aufgrund der Informationsknappheit, zumeist auf Regierungsquellen zurückgreifen (siehe Kapitel 2.4). Weiter sollen die Journalisten beurteilen, welche besonderen Aufgaben im Rahmen der Berichterstattung über einen Kriegseinsatz, in diesem Fall dem Afghanistan-einsatz, von Nöten sind um qualifiziert zu berichten, um weitere Erkenntnisse über die Arbeitsroutinen gewinnen zu können. Des Weiteren werden mögliche Besonderheiten der Arbeitsroutinen bezüglich der Quellenlage in Krisen- und Kriegskommunikation abgefragt. Um auf den letzten Themenkomplex der Wechselbeziehung zwischen Medien und Politik hinzuleiten, wird zuerst nach einer allgemeinen Bewertung der Afghanistan-Debatte im Parlament und den Medien gefragt. Wichtig dabei ist der Umgang der Medien mit dem weitgehenden Konsens im Parlament und z. B. mit dem Abnehmen der Berichterstattung im zeitlichen Verlauf. Interessant ist diesbezüglich auch die Frage nach Schlüsselereignissen in der Debatte. Letztendlich werden dann die Wechselbeziehung zwischen Politik und Medien beleuchtet. Hier werden die Befragten um der Bewertung der Beziehung von Politik und Medien im Bereich der Sicherheitspolitik und eventueller Machtgefälle befragt. Damit sollen nochmals die Hintergründe

und Vermutungen der Indexing-Hypothese abgefragt werden, d. h. bezüglich des Machtverhältnisses, der Einflussmöglichkeiten und der Ursachen für den möglichen Eingriff der Politik in die Medien und vice versa. Die abschließende Frage dient der nochmaligen Reflexion des zuvor Gefragten und soll eventuelle Unklarheiten und Missverständnisse auflösen und den Befragten die letzte Möglichkeit der Erläuterung bestimmter Vorgänge bieten.

Fragebogen der Politiker

Ähnlich wie bei den Journalisten beginnt auch die Befragung der Politiker (siehe Fragebogen Politiker, Anhang 4) mit einer Eisbrecherfrage, bei der sie Auskünfte über ihren Werdegang und ihrer Spezialisierung auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik geben sollen. Hier können bereits erste Erkenntnisse zum Rollenverständnis gewonnen werden. Der danach folgende Themenkomplex beschäftigt sich mit den Arbeitsabläufen und der Einordnung der eigenen Arbeit innerhalb der Debatte zum Afghanistaneinsatz. An dieser Stelle werden die Befragten zu häufig genannten Argumenten und zu ihrer Bewertung des Afghanistan-Einsatzes im zeitlichen Verlauf befragt. Der dritte Themenkomplex behandelt, ähnlich wie bei den Journalisten, die Wechselbeziehung zwischen Politik und Medien. Wie bei den Journalisten werden die Politiker gefragt, woher sie ihre Informationen über den Afghanistan-Einsatz beziehen, um mögliche Wechselwirkungen von Medien und Politik zu beleuchten. Zudem werden die Politiker zu ihrem Rollenverständnis befragt. Im Gespräch sollen auch Ereignisse, die besonders im Gedächtnis der Politiker verblieben sind erfasst werden. Mithilfe dieser Erkenntnisse könnte sich eine mögliche Wirkrichtung herausstellen. Schließlich wird die Beziehung zwischen Medien und Politik abgefragt. Basierend auf der Indexing-Hypothese werden auch die Politiker über eine Bewertung der Kommunikation zwischen Politik und Medien im Zusammenhang mit der Verteidigungspolitik gebeten. Abschließend wird den Politikern dieselbe Frage nach Ergänzung gestellt, wie den Journalisten: „Haben wir etwas vergessen, was Sie noch ansprechen würden?“

Transkription

Die Interviews wurden digital aufgezeichnet und durch die vorher festgelegten Transkribierregeln verschriftlicht und durch ein Gedächtnisprotokoll ergänzt (siehe Transkribierregeln, Digitaler Anhang 4). Transkribiert wurden alle Aussagen der Befragten mithilfe des Transkribierprogramms F4 und der dazugehörigen Fußtaste. Bei der Transkription der vorliegenden Studie wurde auf die tran-

skriptbasierte Auswertung zurückgegriffen. Die transkriptbasierte Auswertung, beruht auf einer vollständigen Transkription der Tonaufnahmen, wobei auch hier Variationen in der Genauigkeit legitim sind (Kuckartz, 2007, S. 38). Hierfür wurde für die Transkribierer ein Transkriptionssystem festgelegt. Da in der vorliegenden Studie das Forschungsinteresse nicht etwa im sprachwissenschaftlichen, sondern im inhaltlichen Aspekt der Interviews lag, sollte die Transkription möglichst unkompliziert und ökonomisch sein. Nachdem alle achtzehn Interviews transkribiert waren, wurden sie in MAXQDA, einer Software für die qualitative Datenanalyse eingespeist und mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse bearbeitet.

5.2.3 Methode der Auswertung

Für die Auswertung der Experteninterviews wurde die qualitative Inhaltsanalyse genutzt (Gläser & Laudel, 2010, S. 43). Mithilfe qualitativer Methoden können die Interview-Texte recht simpel klassifiziert werden (ebd.). Die qualitative Inhaltsanalyse richtet sich im Gegensatz zur quantitativen Inhaltsanalyse nach der Komplexität von Informationen und orientiert sich vorrangig am Verstehen von Kausalzusammenhängen (ebd., S. 197-204). Ziel ist es den Texten Informationen zu entnehmen und getrennt vom ursprünglichen Text weiterzuverarbeiten (ebd. S. 198). Die qualitative Inhaltsanalyse hat je nach Untersuchungsaufbau verschiedene Aufgaben. Nach Mayring (2008) dient sie der Hypothesenfindung und Theoriebildung (S. 20-22). In der vorliegenden Studie dient die Inhaltsanalyse hauptsächlich einer Vertiefung der bereits durch die Framing-Analyse gewonnenen Informationen. Durch die Auswertung der Interviews werden vertiefende, erklärende und ergänzende Zusammenhänge zur vorangestellten Framing-Analyse geliefert. Es findet somit eine Nachexploration und Erhärting von gefundenen statistischen Zusammenhängen statt (Mayring, 2008, S. 20-22). Der Vorteil der qualitativen Inhaltsanalyse ist ihre Systematik, d. h. das regelgeleitete, schrittweise Vorgehen nach vorher explizierten Techniken. Für die Auswertung komplexer Informationen durch Experteninterviews ist sie angemessener als die „freie“ Textinterpretation (Lamnek, 2010, S. 435), besonders bei großen Textmengen. Ein weiterer Vorteil dieses Verfahren ist die Offenheit gegenüber eines noch nicht explorativ erschlossenen Forschungsgegenstands. Diese Offenheit ist zugleich auch ein Nachteil, da diese Art der Inhaltsanalyse nicht intersubjektiv nachvollziehbar ist und inhaltliche Nuancen durch vorschnell gebildete Kategorien verloren gehen könnten (Lamnek, 2010, S. 434-436).

Die vorliegende Inhaltsanalyse richtet sich nach Mayrings (2008) Ablaufmodell verbunden mit einer Modifizierung von Gläser und Laudel (2006). Die Inhaltsanalyse nach Mayring betrachtet nicht die Häufigkeit des Auftretens bestimmter Informationen sondern den Inhalt der Informationen (Mayring, 2008, zitiert nach Gläser & Laudel, 2010, S. 199). Der erste Schritt ist die Extraktion, bei der aus vorliegenden Texten Informationen für das Codesystem zur Auswertung der Texte gewonnen werden. In einem zweiten Schritt werden zusätzlich Informationen mithilfe eines Suchrasters, das von den theoretischen Vorüberlegungen ausgeht, entnommen. Die Informationen werden den bestimmten Kategorien des Suchrasters zugeordnet (Gläser & Laudel, 2010, S. 199/200). Das Suchraster ist in diesem Schritt offen und kann während der Extraktion ergänzt werden. Orientiert wurde sich dabei, im Gegensatz zur Inhaltsanalyse der Framing-Analyse, direkt am Material und nicht zwingend theoriegeleitet. Dies dient einer möglichst naturalistischen und gegenstandsnahen Abbildung des Materials ohne Verzerrung von Vorannahmen des Forschers (Gläser & Laudel, 2010, S. 47/48).

Mittels der Auswertungssoftware MAXQDA wird dieses offene Kategoriensystem entwickelt. Anhand des Codierparadigmas nach Gläser und Strauss wurde ein deduktiver Rahmen aus den Elementen Ursache, Phänomen, Kontext, intervenierende Bedingung, Handlungs- und Interaktionsstrategie sowie Konsequenz gefasst (Strübing 2004, S 27). Daran angelehnt entstanden die Kategorien „Rollenverständnis des Journalismus“, „Wirkungsmechanismen“, „Strategien“, „Kontext“, „Intervenierende Variablen“, „Konsequenz“ und „Rollenverständnis der Politiker“, „Rollenverständnis der Journalisten“. Diese wurden wiederum in verschiedene Unterkategorien gegliedert, die sich, wie oben schon beschrieben, an den Inhalten der Texte orientierten. Für die Auswertung wurden die Überkategorien einzeln ausgewertet und in größere Kausalzusammenhänge gebracht.

6. Ergebnisse der Frame-Identifikation

In der Frame-Identifikation wurden häufig auftretende diskursprägende Argumentationsmuster aus dem Legitimationsdiskurs in elf Frames zusammengefasst. Diese Frames geben den einzelnen Aussagen, mit denen der Militäreinsatz (de-)legitimiert wurde, ein strukturiertes Analysemuster (siehe Kapitel 5.1.4). Im Zentrum jedes Frames steht die Themendefinition, die das Feld der beinhalteten Aussagen absteckt. Die Bezugsdimensionen und Ursachenzuschreibungen sind auf den jeweiligen

Frame individuell zugeschnitten. Die Bewertungen und Handlungsempfehlungen sind hingegen themenübergreifend und werden lediglich themenbezogen angepasst. Im Frame-Element Bewertung wird der neutral formulierten Themendefinition eine Richtung gegeben: Besteht das Problem, besteht es nicht oder wird es abwägend betrachtet? Hat sich die Lage verbessert, verschlechtert oder ist sie gleich geblieben? Im Frame-Element Handlungsempfehlung werden allgemeine Vorschläge zur Problemlösung und zum Vorgehen in Afghanistan gegeben: Sollte das angesprochene Problem bekämpft oder nicht bekämpft werden? Wenn ja, sollte der Militäreinsatz wie bisher oder anders geführt werden? Oder sollte das Problem (auch) auf anderem, nicht militärischem Wege (z. B. durch humanitäre Hilfe, einen politischen Lösungsweg) bekämpft werden? Sollte der Militäreinsatz sofort oder in einem verantwortungsvollen Abzug beendet werden? Die elf Frames werden im Folgenden mit ihren Themendefinitionen und Bezugsdimensionen vorgestellt. Die Ursachen, Bewertungen und Handlungsempfehlungen können im Codebuch im Anhang (siehe Codebuch, Anhang 3) eingesehen werden.

Frame „Terrorismus“

Auf Grundlage des Basisframes „Konflikt“ (siehe Kapitel 5.1.1) aggregiert der Terrorismusframe sämtliche Aussagen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, die in Verbindung mit dem Themenfeld Terrorismus, terroristischen Gruppen oder einzelnen Terroristen stehen. Einzelne Akteure oder Akteursgruppen können sowohl in der Opferrolle (z. B. bei Aussagen zur Bedrohung Deutschlands durch den Terrorismus) als auch in der Täterrolle (z. B. bei Aussagen zur Planung von Attentaten durch Al Qaida) auftreten. Zudem sind Aussagen zu bestimmten Terroranschlägen, etwa vom 11. September 2001, grundsätzlich Teil des Terrorismusframes. In Abgrenzung zum Frame „Sicherheit“, der ebenso wie „Terrorismus“ auf dem Basisframe „Konflikt“ basiert (Dahinden, 2006, S. 107) umfasst der Terrorismusframe auch sämtliche Aussagen zu Sicherheitsaspekten, die im Zusammenhang mit dem Terrorismus stehen. Begriffe und Wendungen wie „Terror“ oder „Anti-Terror-Krieg“ weisen bereits auf den Frame hin. Hintergrund ist die bereits in der ersten Materialsichtung auffällig hohe Fallzahl, in denen der Afghanistan-Einsatz damit begründet wird, den internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Unabhängig davon deckt der Terrorismus-Frame jedoch lediglich Aussagen ab, die sich auf Gebiete außerhalb Afghanistans und speziell auf die westliche Welt beschränken. Ausführungen zu Terrorismus und der Terrorismusgefahr für die afghanische Zivilbevölkerung sowie die der umliegenden Region werden vom Instabilitäts-Frame erfasst.

„Afghanistan darf nicht wieder jenen Kräften in die Hände fallen, die den Terror in die Welt tragen. [...] Wenn sich die Bedingungen dramatisch verschlechtern wie nun durch die Rückkehr der totgeglaubten Taliban, dann muss erstens selbstkritisch gefragt werden, wie es so weit kommen konnte. [...].“ (Peter Münch, 29.09.2006)

Frame „Sicherheit“

Unter dem Frame „Sicherheit“ wurden sämtliche Aussagen zusammengefasst, die sich mit der Sicherheit einzelner Akteure, Staaten und Gruppen beschäftigen. Argumente wie die Gefährdung der Sicherheit Deutschlands, der westlichen Welt, der internationalen Staatengemeinschaft fallen genauso unter diesen Frame wie die Sicherheit der in Afghanistan stationierten ausländischen Soldaten und zivilen Helfer. Sicherheitsaspekte, die sich spezifisch auf Afghanistan und die afghanische Bevölkerung beziehen, werden aus Gründen der Trennschärfe unter den Frame „Instabilität“ gefasst, was im Ergebnis detailliertere Aussagen zu Afghanistan und der westlichen Welt zulässt. Aussagen zur Sicherheit in Verbindung mit der Terrorismus-Problematik werden zudem nicht vom Sicherheits- sondern von Terrorismus-Frame abgedeckt (s. oben).

„Aber wir wollen auch uns selbst und die Sicherheit der internationalen Staatengemeinschaft schützen. Das ist nach wie vor der Kern der Begründung für diesen Einsatz.“
(Sigmar Gabriel, 28.01.2011)

Frame „Humanitäre Lage/Wiederaufbau“

Der Frame „Humanitäre Lage“ fasst Aussagen zusammen, welche einerseits die Beschreibung der humanitären Situation der afghanischen Bevölkerung und andererseits den Wiederaufbauprozess zum Gegenstand haben. Entscheidend ist, dass die humanitäre Lage abseits von gewalttätigen Auseinandersetzungen beschrieben wird (diese werden von Frame „Instabilität“ erfasst). Ausführungen zur humanitären Situation lassen sich auf verschiedene Themenbereiche beziehen, etwa auf Armut und Hunger der Bevölkerung, den Bildungsbereich, Staats- und Polizeiaufbau, Gesundheit und medizinische Versorgung oder Infrastruktur. Der Frame beschreibt jedoch nur konkrete Probleme oder deren Verbesserung (Hungersnöte, die Bohrung von Brunnen, Errichtung von Schulen). Abstrakte und übergeordnete Themenbereiche wie die Demokratisierung oder die Schaffung von Frauenrechten, werden vom Frame „Westliche Werte“ (siehe unten) abgedeckt.

„Es reicht für den Aufbau von Polizeistrukturen nicht aus, eine Handvoll Polizeibeamte nach Afghanistan zu schicken und ein paar Handschellen und ein paar Gummiknüppel mitzuliefern. Wenn wir jemals wieder aus Afghanistan herauswollen, müssen wir dafür sorgen, dass dort eigene staatliche Strukturen entstehen. Dazu zählt auch eine funktionierende Polizeistuktur. Das muss zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit werden.“
(Guido Westerwelle, 12.10.2007)

Frame „Instabilität“

Der Instabilitätsframe vereint Aussagen zu Gewalt und Gewalteskalation in Afghanistan und der Region. Im Zentrum stehen meist Ausführungen zu chaotischen Machtverhältnissen in Afghanistan und der Region, Uneinigkeit zwischen lokalen Akteuren (Bevölkerungsgruppen, Stammesfürsten und Warlords), aber auch terroristische Attentate vor Ort und die Sicherheitslage. Aussagen zu kriegerischen Auseinandersetzungen müssen jedoch nicht nur unbedingt auf Afghanistan bezogen sein, sondern können auch die Region betreffen. Anders verhält es sich mit Terroranschlägen und Sicherheitsaspekten außerhalb Afghanistans und der umliegenden Region, welche vom Terrorismus-bzw. Sicherheits-Frame abgedeckt werden, s. oben.

„Die Zahl der zivilen Opfer steigt weiter an, die Zahl der Anschläge der Taliban und oppositioneller militärischer Kräfte war seit 2001 nicht so hoch wie heute. Selbst im bislang vergleichsweise ruhigen Norden Afghanistans ist die Lage instabiler geworden.“
(Omid Nouripour, 16.10.2008)

Frame „Drogen“

Als weiteres Argumentationsmuster in der Debatte wurde der Frame „Drogen“ identifiziert. Zum Drogenframe gehörige Aussagen benennen die Problematik des Drogenanbaus in Afghanistan, den Umgang mit der Tatsache, dass für einen großen Teil der Bevölkerung der Mohnanbau die Existenzgrundlage darstellt und ein Gros des weltweiten Opiums aus Afghanistan kommt. Dazu gehören auch kritische Aussagen, die eine Brücke zwischen Drogensüchtigen in Deutschland und dem Drogenanbau in Afghanistan schlagen. Die Drogenproblematik kann allerdings nicht nur mit der Zivilbevölkerung, sondern auch mit den Strukturen von Terrororganisationen wie Al Qaida oder dem Taliban-Regime in Verbindung gebracht werden, welche den Drogenanbau als Finanzquelle nutzen.

„Die Talibanökonomie des Drogenhandels muss durch Aufkaufen der Mohnernte und der Entwicklung von Alternativen zerschlagen werden.“ (Volker Beck, 12.10.2007)

Frame „Rentabilität“

Auf Grundlage des Basis-Frames „Wirtschaftlichkeit“ (siehe Kapitel 5.1.1) werden im Rentabilitäts-Frame Aussagen erfasst, die die Kosten des Afghanistan-Einsatzes seinem Nutzen gegenüberstellen. Kosten und Nutzen können materieller Natur sein, etwa wenn von Rohstoffen oder finanziellen Aspekten die Rede ist. Der Frame umfasst jedoch auch immaterielle Aspekte, wie Menschenleben und Opferzahlen. Aussagen zur Erfolglosigkeit des Einsatzes und das Aufwiegen der Opferzahlen zwischen Terroranschlägen und dem Militäreinsatz weisen auf den Frame „Rentabilität“ hin. Der Rentabilitätsframe kann jedoch keine spezifischen Themen erfassen, die bereits von anderen Frames abgedeckt werden. Werden etwa die Erfolge im Wiederaufbau abgewogen, dann handelt es sich bei dieser Aussage um den Frame „Humanitäre Lage“.

„Es erschüttert, wenn man erfährt, dass die Zahl der getöteten afghanischen Zivilisten die der Opfer des 11. September in den USA deutlich übersteigt. Der Krieg in Afghanistan läuft leer, es ist Zeit, auszusteigen.“ (Wolfgang Börnsen, 20.12.2002)

Frame „Westliche Werte“

Dieser Frame betont das Vorhandensein oder Fehlen von Werten in Afghanistan, die aus Sicht der westlichen Welt erstrebenswert sind. Dazu gehören Prinzipien wie Demokratie, Meinungsfreiheit, Wahrung der Menschenwürde, das Respektieren von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Auch allgemeine Aussagen zur Befreiung des afghanischen Volkes und zur Situation der Frauen im Land während und nach der Zeit des Taliban-Regimes werden unter den Frame „Westliche Werte“ gefasst. In Abgrenzung zum Frame „Humanitäre Lage“ fallen unter den Frame „Westliche Werte“ ausschließlich Aussagen zum Vorhandensein oder zum Aufbau eines übergeordneten Wertesystems. Konkrete Aussagen wie zum Bau von Schulen sind Teil des Humanitäre Lage-Frames, während das Recht auf Schulbildung vom „Westliche Werte“-Frame erfasst wird.

„Der Sturz des Talibanregimes bietet endlich die Chance, dass Demokratieförderung, Frauenförderung [...] vorankommen.“ (Dr. Ralf Brauksiepe, 20.12.2002)

Frame „Solidarität“

Als weiteres Argumentationsmuster wurde der Solidaritätsframe identifiziert. In diesem Frame wird die Verpflichtung, Verbundenheit oder Dankbarkeit gegenüber anderen Akteuren angesprochen. Viele Urheber dieses Frames fordern, dass sich Deutschland mit anderen Akteuren solidarisch zeigt. Begriffe wie „Hochachtung“, „Respekt“ oder Wendungen wie „Wir stehen in ihrer Schuld“ deuten auf diesen Frame hin. Die Solidarität kann sich auf Afghanistan bzw. die afghanische Bevölkerung beziehen, wenn beispielsweise geäußert wird, man dürfe die afghanische Bevölkerung nicht im Stich lassen. Eine weitere Bezugsgröße sind die Bündnispartner. So wird im Legitimationskontext des Afghanistan-Einsatzes die NATO-Bündnisverpflichtung oder das Mitgefühl mit den USA, die von Terroristen angegriffen wurden, betont. Schröder sprach 2001 noch vor der Entsendung deutscher Soldaten von der „uneingeschränkten Solidarität“ mit den USA. Der Solidaritätsframe kann aber auch in Zusammenhang mit den deutschen bzw. internationalen Soldaten und zivilen Aufbauhelfern in Afghanistan auftreten, wenn ihnen Anerkennung ausgesprochen, für ihre Arbeit gedankt oder Mitgefühl ausgedrückt wird. Eine weitere Bezugsdimension können die Opfer des Krieges und deren Angehörige darstellen. In diesem Frame geht es darum, den Interessen anderer Akteure nachzukommen (z. B. „Wir müssen den Menschen in Afghanistan helfen“). Sobald allerdings eine dieser Interessen mit einem anderen Frame beschrieben werden kann (z. B. „Wir müssen die Sicherheit der afghanischen Bevölkerung gewährleisten“), wird die Aussage dem anderen Frame zugewiesen.

„Das Eilverfahren soll angesichts der deutschen Weigerung sich am Militäreinsatz in Libyen zu beteiligen, Solidarität mit den Verbündeten signalisieren.“ (Daniel Brössler, 24.03.2011)

„Das Engagement, das alle militärischen und zivilen Kräfte tagtäglich zeigen, hat unsere vollste Wertschätzung und breite Unterstützung verdient.“ (Florian Hahn, 28.01.2011)

Frame „Pazifismus“

In diesem Frame wird die Sinnhaftigkeit von Krieg und Gewalt angesprochen. Hierzu gehören Aussagen, die die Anwendung von Gewalt grundlegend anzweifeln und davon ausgehen, dass Frieden nicht durch Waffengewalt hergestellt werden kann. Das Argument ist demnach oft von der Grundannahme geprägt, dass Gewalt keine Lösung ist und einen Konflikt nur noch verschärft. Aussagen, die diesem Frame zugewiesen werden, beziehen sich auf Gewalt und Krieg im Allgemeinen (z. B.

„Krieg hat keinen Sinn“). Aussagen, die sich auf die Sinnhaftigkeit des Afghanistan-Einsatzes im Konkreten beziehen (z. B. „Der Afghanistan-Einsatz hat keinen Sinn“), werden in der Regel als Rentabilitäts-Frame verstanden, wenn sie losgelöst von einem allgemeinen Pazifismus-Gedanken stehen.

„Meine Partei war von Anfang an gegen den Krieg. Terrorismus kann man nicht mit der höchsten Form des Terrorismus, mit Krieg, bekämpfen.“ (Gregor Gysi, 28.01.2011)

Frame „Gesetzliche Grundlage“

In diesem Frame wird die Rechtmäßigkeit bzw. Unrechtmäßigkeit des Afghanistan-Einsatzes auf Grundlage von nationalem oder internationalem Recht angesprochen. Oft wird argumentiert, dass die aktuelle Rechtslage es nicht erlaubt, den Einsatz zu führen. Im Unterschied zu anderen Frames geht es hier nicht um eine willensgerichtete Zustimmung oder Ablehnung des Einsatzes, sondern um die Frage, ob der Militäreinsatz eine rechtliche Grundlage hat. Aussagen über die Rechtmäßigkeit des Einsatzes beziehen sich auf den Afghanistan-Einsatz allgemein oder auf das OEF-, ISAF- oder AWACS-Mandat. In diesem Frame geht es nur um Aussagen, die einen direkten Bezug zum Militäreinsatz haben. Aussagen, die sich auf die Rechtmäßigkeit des Entscheidungsprozesses (z. B. Verknüpfung mit der Vertrauensfrage) beziehen, spielen keine Rolle im Legitimationskontext. Das zugrunde liegende Recht bzw. Gesetz wird als Ursache für die gesetzliche Grundlage definiert. So können sich Aussagen im Rahmen dieses Frames auf internationales Recht (z. B. Völkerrecht oder UN-Charta), nationales Recht (z. B. deutsches Grundgesetz) oder die allgemeine Rechtslage beziehen. Es wird beispielweise geäußert, dass der Einsatz kritisch zu sehen ist, weil er gegen das Völkerrecht verstößt.

„Da der Einsatz auf einem Mandat des UN-Sicherheitsrats beruht und mit dem Grundgesetz vereinbar ist, ist er völkerrechtlich legitim und deswegen auch für mich zustimmungsfähig.“ (Dr. Antje Vollmer, 28.09.2005)

Frame „Performanz“

Dieser Frame beinhaltet Aussagen, die sich auf die Leistung eines Akteurs bezüglich des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan beziehen. Es geht dabei um die Arbeit der deutschen Exekutive (Bundesregierung, Verteidigungsministerium), der afghanischen Regierung und Armee, der deutschen

bzw. westlichen Soldaten vor Ort, der Bündnisse (z. B. NATO oder UNO) und Bündnispartner (z. B. USA) oder der Hilfsorganisationen vor Ort (NGOs, Hilfswerke, offizielle Entwicklungszusammenarbeit). In der Debatte kann der Bundeswehreinsatz mit der mangelhaften bzw. guten Arbeit eines Akteurs abgelehnt bzw. befürwortet werden. Um nicht sämtliche performatorische Aussagen, die nicht unmittelbar mit der direkten Legitimation des Einsatzes zu tun haben (z. B. „Die Bundesregierung hat eine neue Strategie“ oder „Die Bundeswehr setzt zunehmend Geländewagen ein“), aufzunehmen, beinhaltet der Performanzframe ausschließlich performatorische Aussagen, die mit einer Bewertung der Leistung einhergehen. Die defizitäre Leistung eines Akteurs wird also kritisiert oder gute Leistung gelobt. Der Performanz-Frame steht hierarchisch unter allen anderen Frames, da er nicht ein Einsatzziel, sondern den Einsatz selbst beschreibt. Sobald performatorische Aspekte in Bezug auf andere Themen behandelt werden (z. B. Die Arbeit der Bundeswehr in Bezug auf die Stabilisierung des Landes läuft schlecht“), werden die jeweils anderen Frames verwendet.

„Meine Damen und Herren, Sie haben hier keinen Aufbau- und keinen Abzugsplan vorgelegt. Sie haben im Kern keinen Plan. Sie laufen der Entwicklung einfach irgendwie hinterher. (...) wir können Ihrem schwammigen Mandat der Konjunktive nicht zustimmen.“ (Jürgen Trittin, 18.01.2011)

7. Ergebnisse der Frame-Erhebung

Um eine statistische Auswertung der gewonnenen Daten zu erleichtern, wurden sie direkt in SPSS Datenblättern eingetragen. Im Vorfeld der Auswertung wurden anhand von Ausgaben fehlende oder falsche Werte korrigiert. Um Politiker ihren jeweiligen Parteien zuzuordnen, wurde im Rahmen des Datenmanagements eine Parteivariable mittels Recodierung erstellt. Gleichermassen wurde mit der Variable „Urheber des Frames“ verfahren, indem diese in eine neue Variable nach Akteursgruppen zusammengefasst wurde. Im Zuge dessen wurden Rückbezüge auf allgemein gültige Aussagen, die vom Sprecher jedoch negiert wurden, in ihren Frame-Elementen verändert. Da ein negativer Rückbezug keinen ausdrücklichen Rückschluss auf die Aussageintention des Sprechers zulässt, wurden alle diese Elemente als „Nicht erkennbar/nicht benannt“ recodiert. Der Frame wurde jedoch beibehalten.

Da die zeitliche Dimension für diese Studie eine große Rolle spielt, wurde anhand der Variable Erscheinungsdatum eine Zeitraumvariable erstellt. Die Ausprägungen dieser geben an, im Rahmen welcher Mandatsverlängerung die Rede gehalten oder der Artikel veröffentlicht wurde.

Bei der Auswertung des gewonnenen Datenmaterials wurde hauptsächlich mit Häufigkeitsauszählungen und Kreuztabellen gearbeitet. Kreuztabellen bieten den Vorteil, dass sie das gemeinsame Auftreten zweier nominal skalierten, numerischer Variablen in einer Tabelle abbilden. Im Rahmen des Datenmanagements ist eine Zusammenfassung der Ausprägung „Bezogen auf“ (jeweils die Variable a von v16 bis v26), nach thematischer Nähe notwendig. Dieser Vorgang verringert die Anzahl an Mehrfachnennungen dieser Ausprägung und nur so bleibt die Kreuztabelle übersichtlich genug für die Interpretation. Für alle noch bestehenden Mehrfachnennungen der jeweiligen „Bezogen auf“-Variable der Frames, werden die auftretenden Kombinationen der Mehrfachnennungen zu einer einzelnen Ausprägung umcodiert. Die Mehrfachnennungen der anderen Bestandteile sind mittels Mehrfachantwortensets zusammengefasst worden – so ist es möglich die Variablen in Kreuztabellen miteinander in Beziehung zu setzen. Da es sich bei den vorliegenden Daten um die Ergebnisse einer Vollerhebung handelt, spielt die Signifikanz der Kreuztabelle, die durch den Koeffizienten Chi-Quadrat angegeben wird, keine Rolle. Die Signifikanz wäre notwendig, wenn es sich hier um eine repräsentative Stichprobe handeln würde und auf deren Grundgesamtheit geschlossen werden sollte.

Im Zuge der Analyse werden die Hypothesen unter anderem hinsichtlich der Anzahl der Frames im Parlament und in den Medien überprüft. Da jedoch die absoluten Häufigkeiten der Frames unterschiedlich sind, spielt auch die Betrachtung der korrigiert standardisierten Residuen eine wichtige Rolle, da sie Auskunft über die erwartete Häufigkeit unter Berücksichtigung der Fallzahlunterschiede geben. Idealerweise bietet sich an, über mehrdimensionale Kontingenztabellen das gemeinsame Auftreten der Frame-Elemente zu überprüfen. Diese Auswertungstechnik bezeichnet man als die Berechnung von loglinearen Modellen (Bortz, 2005, S. 176). Da in einigen Fällen jeweils bis zu drei Mehrfachnennungen der Frame-Elemente Ursache, Bewertung und Handlungsempfehlung vorliegen, ist es nicht möglich das loglineare Modell für das gemeinsame Auftreten der Framebestandteile zu errechnen, es sei denn die auftretenden Kombinationen der Mehrfachantworten werden zu einer Ausprägung umcodiert. Da bei loglinearen Modellen kein einheitlicher Koeffizient die Aussagekraft der einzelnen Kombinationen beschreibt, ist von der Berechnung des Modells abzusehen.

Im Rahmen der Datenauswertung wird der Untersuchungszeitraum nicht mit den Jahreszahlen 2001 bis 2012, sondern mit t1 bis t23 beschrieben. Aus der folgenden Tabelle kann der Zeitraum mit seinem zugehörigem Datum, Mandat sowie der zugehörigen Regierungskoalition entnommen werden.

Tabelle 1: Die einzelnen Untersuchungszeiträume geordnet nach OEF/ISAF und Regierungskoalition

Zeitraum	Datum			Mandat	Regierung
t1	14.11.2001	-	19.11.2001	OEF	Rot/Grün
t2	20.12.2001	-	25.12.2001	ISAF	Rot/Grün
t3	12.06.2002	-	17.06.2002	ISAF	Rot/Grün
t4	13.11.2002	-	18.11.2002	OEF	Rot/Grün
t5	18.12.2002	-	23.12.2002	ISAF	Rot/Grün
t6	22.10.2003	-	27.10.2003	ISAF	Rot/Grün
t7	12.11.2003	-	17.11.2003	OEF	Rot/Grün
t8	28.09.2004	-	02.10.2004	ISAF	Rot/Grün
t9	10.11.2004	-	15.11.2004	OEF	Rot/Grün
t10	26.09.2005	-	30.09.2005	ISAF	Rot/Grün
t11	05.11.2005	-	10.11.2005	OEF	Rot/Grün
t12	26.09.2006	-	30.09.2006	ISAF	Große Koalition
t13	08.11.2006	-	13.11.2006	OEF	Große Koalition
t14	10.10.2007	-	15.10.2007	ISAF	Große Koalition
t15	13.11.2007	-	17.11.2007	OEF	Große Koalition
t16	14.10.2008	-	18.10.2008	ISAF	Große Koalition
t17	11.11.2008	-	15.11.2008	OEF (Ende)	Große Koalition
t18	30.07.2009	-	04.07.2009	ISAF/AWACS	Große Koalition
t19	01.12.2009	-	05.12.2009	ISAF	Schwarz/Gelb
t20	24.02.2010	-	01.03.2010	ISAF	Schwarz/Gelb
t21	26.01.2011	-	31.01.2011	ISAF	Schwarz/Gelb
t22	23.03.2011	-	28.03.2011	ISAF/AWACS	Schwarz/Gelb
t23	24.01.2012	-	28.01.2012	ISAF	Schwarz/Gelb

7.1 Überblick: Der Diskurs zum Afghanistan-Einsatz

Das Parlament

Die Ergebnisse der Framing-Analyse veranschaulichen den politischen sowie medialen Diskurs über den Afghanistan-Einsatz. Politiker können sich dabei im Rahmen von Reden im Bundestag oder schriftlichen Erklärungen im Anhang der Bundestagsprotokolle jeweils zu den einzelnen Mandats-

verlängerungen zum Bundeswehreinsatz äußern. Über alle 23 Zeiträume hinweg können dabei 514 Reden und Anhänge in den Bundestagsprotokollen festgehalten werden (siehe Tabelle 2). Zur Mandatsteilung im ersten Zeitraum sind insgesamt 42 Reden im Bundestag und Anhänge im Bundestagsprotokoll vorzufinden. Eine ähnlich hohe Anzahl lässt sich in t14, t16 und t23 mit jeweils knapp 40 Beiträgen feststellen. Insgesamt ist zu erkennen, dass die Anzahl der Reden und der Anhänge im Bundestagsprotokoll stark schwankt und bei den weiteren Mandatsverlängerungen zwischen elf und 29 Beiträgen liegt.

Betrachtet man nun die Ebene der einzelnen Parteien in Tabelle 2 genauer, dann wird deutlich, dass alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien im Erhebungszeitraum zwischen 2001 und 2012 unterschiedlich viele Reden im Bundestag gehalten bzw. Erklärungen für den Anhang des Bundestagsprotokolls verfasst haben. Von insgesamt 514 Reden und Anhängen in allen Bundestagsprotokollen stammen jeweils 134 von den Parteien Bündnis90/Die Grünen und SPD. Darauf folgt die CDU/CSU-Fraktion mit 121 Reden und Erklärungen. Die Parteien FDP (63 Redebeiträge) und Die Linke (53 Redebeiträge) melden sich weitaus seltener zu Wort. Die fraktionslosen Mitglieder des Bundestages werden unabhängig ihrer Parteizugehörigkeit betrachtet und haben sich insgesamt in neun Beiträgen zu Wort gemeldet.

Im zeitlichen Verlauf (siehe Tabelle 2) zeigt sich dabei, dass zur OEF-Mandatsteilung in t1 eine Besonderheit im Verhältnis der einzelnen Parteien besteht: Während die Mitglieder der CDU/CSU acht Reden im Bundestag halten bzw. Anhänge im Bundestagsprotokoll verfassen, sind es bei der SPD elf und bei der Partei Bündnis90/Die Grünen 18 Beiträge. Die FDP und Die Linke beteiligen sich mit zwei bzw. drei Beiträgen im Vergleich wenig. Im weiteren Verlauf ist festzustellen, dass die CDU/CSU in t6 (zwölf Beiträge) und t16 (elf Beiträge) besonders viele Reden hält, während sonst die Anzahl ihrer Beiträge zwischen drei und acht Beiträgen schwankt. Bei der SPD wiederum fällt besonders die hohe Anzahl an Beiträgen zu den ersten beiden Zeiträumen auf. Eine Tendenz, die sich auch bei dem ehemaligen Koalitionspartner der SPD, der Partei Bündnis90/Die Grünen wider-spiegelt. Während die Anzahl der SPD-Beiträge sonst zwischen zwei und neun Beiträgen schwankt, steigt die Anzahl der Beiträge im Zeitraum 20 auf sieben Reden/Anhänge. Auch bei der CDU/CSU sowie bei Bündnis90/Die Grünen werden in diesem Zeitraum jeweils sieben Beiträge zur Debatte beigesteuert.

Für die Partei FDP ist festzustellen, dass die Anzahl ihrer Reden fast konstant zwischen einem und vier Beiträgen liegt. Die Linke beteiligt sich über die ganze Debatte hinweg eher selten – die Anzahl ihrer Beiträge ist durchgängig sehr niedrig und liegt zwischen einem und maximal drei Reden bzw. Anhängen im Bundestagsprotokoll. Lediglich zur letzten Mandatsverlängerung in Zeitraum t23 übersteigt sie mit 19 Beiträgen bei weitem die Anzahl der anderen Parteien.³ Über alle Parteien hinweg werden 5.372 Frames genannt (siehe Tabelle 5). Im Vergleich zum Verhältnis aller Reden, ist das Verhältnis aller Frames zwischen den einzelnen Parteien neu strukturiert. So verwendet die SPD mit einer Anzahl von 1.527 Frames die meisten Argumentationsmuster, darauf folgen nicht etwa die Partei Bündnis90/Die Grünen, sondern die Parteien CDU/CSU mit 1.437 Frames. Bündnis90/Die Grünen verwenden 1.421 Argumentationsmuster. Folglich fallen auf diese drei Parteien knapp 83% aller insgesamt im Bundestag verwendeten Frames zurück, während die Parteien Die Linke (430 Frames) und FDP (481) als auch die fraktionslosen Mitglieder des Bundestages (76 Frames) gemeinsam nur circa 17% aller Frames nennen.

Die Medien

Aus der medialen Berichterstattung sind insgesamt 1.239 Artikel aufgegriffen und auf Frames zum Afghanistan-Einsatz untersucht worden (siehe Tabelle 3). Die Verteilung aller Artikel zu den jeweiligen Mandatsverlängerungen zeigt, dass zu Beginn des Einsatzes, vor allem zur OEF-Mandaterteilung in t1, besonders viele Artikel erschienen (289 Artikel). Zur Erteilung des ISAF-Mandates in t2 ist die zweithöchste Artikelzahl mit 122 Artikeln erreicht. Danach fällt die Anzahl der Artikel rapide ab und schwankt zwischen 73 und 13 Artikeln pro Zeitraum. Lediglich zum Zeitraum 19 steigt die Anzahl nochmals auf 105 Artikel an.

Unter den 1.239 Artikeln sind 67 Artikel der Zeitschriften Focus und Spiegel, sowie insgesamt 1.172 Artikel der Zeitungen SZ, FR, Die Welt, Bild, FAZ und taz (siehe Tabelle 3). Wie aus Tabelle 4 hervorgeht, wurden von diesen 1.239 Artikeln insgesamt 314 Artikel nicht codiert, da sie keine Frames enthalten. Die meisten Artikel sind in der SZ (289) und in der FAZ (274) vorzufinden. Darauf folgen die taz – die tageszeitung mit 244 Artikeln, Die Welt mit 177 Artikeln und die Frankfurter

³ Die Gruppe der fraktionslosen Mitglieder des Bundestages kann vernachlässigt werden, da sie über die 23 Zeiträume hinweg keine feste Gruppe darstellt.

Rundschau mit 100 Artikeln. In der Bild sind die wenigsten Beiträge (88) vorzufinden. Es ist festzu stellen, dass die Zeitschriften Spiegel (45) und Focus (22) die geringste Artikelanzahl aufweisen.

Gemäß der Gesamttendenz lässt sich auch für die einzelnen Medien feststellen, dass in Zeitraum t1 die meisten Artikel verfasst werden (siehe Tabelle 3). Lediglich die Die Welt stellt eine Ausnahme dar, bei ihr finden sich zur Mandatserteilung 14 Artikel, während das Maximum mit 42 Artikeln in Zeitraum t19 erreicht wird. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass sich die zum Ende hin sinkende Tendenz der Artikelzahl, auf alle Zeitungen übertragen lässt. In den Zeitschriften lassen sich zu einigen Mandatsverlängerungen keine Artikel finden.

Von den insgesamt 4.700 Frames, die in den Medienberichtsstrukturen erfasst wurden, finden sich in der SZ trotz größerer Artikelanzahl weniger Frames (996) wieder als in der FAZ (1.027 Frames) Tabelle 3 und Tabelle 6.

Für die anderen Medien gilt, dass das Verhältnis der Anzahl der Artikel dem Verhältnis der Anzahl von Frames entspricht. In den 22 Artikeln von Focus sind 106 Frames und in den 45 Artikeln von Spiegel 439 Frames erkennbar. Der Vergleich zwischen Parlament und Medien zeigt, dass sich zwischen Politik und Medien keine gemeinsame Gesamttendenz feststellen lässt, verdeutlichen Tabelle 2 und Tabelle 3, dass zu Beginn des Untersuchungszeitraums eine große Beteiligung sowohl in der politischen als auch in der medialen Debatte vorliegt. Das Verhältnis zwischen Redebeiträgen und Artikeln verändert sich jedoch im zeitlichen Verlauf. Ein wichtiger Unterschied ist dabei in t19 zu finden. In diesem Zeitraum werden viele Artikel verfasst, jedoch weniger Reden gehalten.

7.2 Argumentationsmuster im Fokus

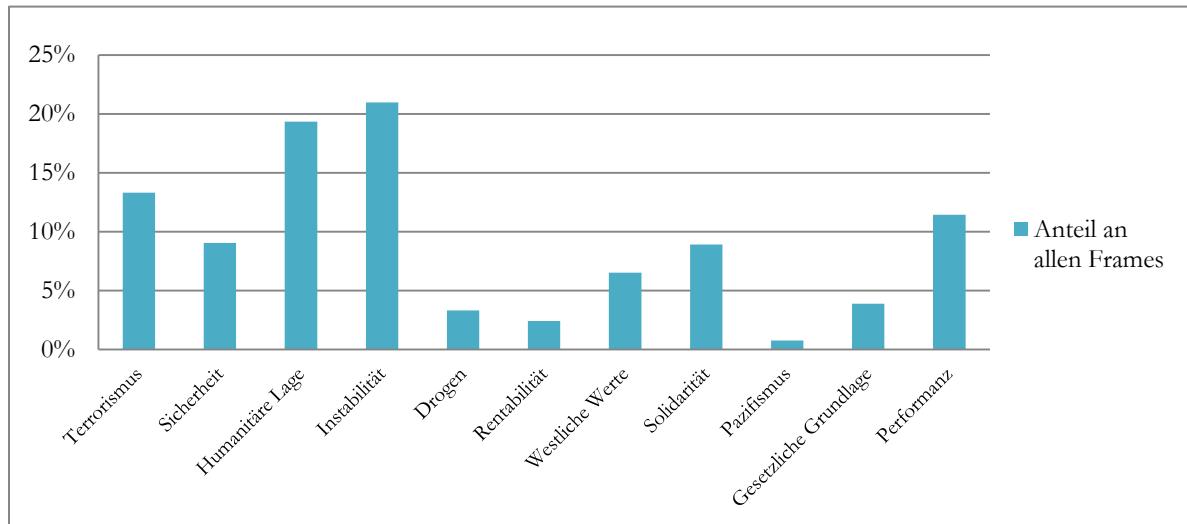
Sowohl die politische, als auch die mediale Debatte sind von verschiedenen Argumentationsmustern gekennzeichnet. Im Rahmen der Frame-Identifikation wurden elf verschiedene Frames mit verschiedenen thematischen Schwerpunkten identifiziert: „Terrorismus“, „Sicherheit“, „Humanitäre Lage“, „Instabilität“, „Drogen“, „Rentabilität“, „Westliche Werte“, „Solidarität“, „Pazifismus“, „Gesetzliche Grundlage“ und „Performanz“. Doch wie genau unterscheiden sich diese Frames in ihrer Nutzung? Werden manche Frames speziell von Politikern oder Journalisten aufgegriffen?

7.2.1 Wahl der Frames bei Politikern und Journalisten

Das Parlament

Neben der oben angeführten Analyse der Frameanzahl insgesamt und im zeitlichen Verlauf ist gleichermaßen von Interesse, welche dieser Frames in der politischen und medialen Debatte Verwendung finden. Anhand von Abbildung 3 zeigt sich, dass in der Bundestagsdebatte der Instabilitätsframe mit einem Anteil von 21% aller Nennungen am häufigsten auftritt. Darauf folgt das Argumentationsmuster „Humanitäre Lage“, das mit fast 20% das am zweithäufigsten genannte ist. Der Terrorismus findet sich mit 13,3% der Fälle in der Argumentation wieder. Es folgen der Performanz- (11,4%) und Sicherheitsframe (9,1 %).

Abbildung 3: Die Frames in der parlamentarischen Debatte



Die vier am wenigsten genannten Frames sind „Pazifismus“ (0,8%), „Rentabilität“ (2,4%), „Drogen“ (3,3%) und „Gesetzliche Grundlage“ (3,9%) (siehe Tabelle 7 und Abbildung 3).

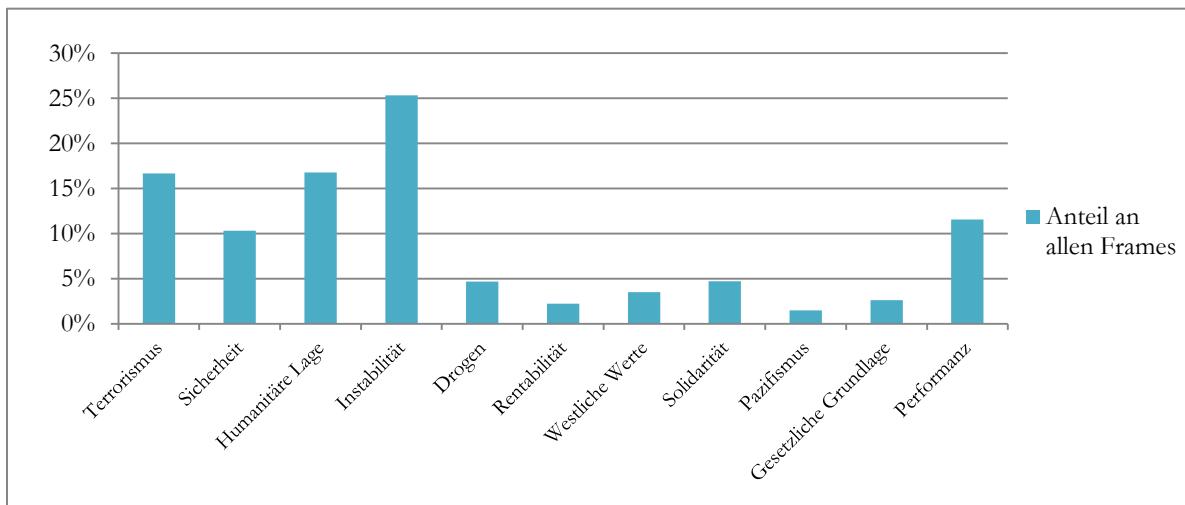
Zusätzlich erweist sich die Frage nach der Häufigkeit der einzelnen Frames je Partei als bedeutend, um die politische Debatte im Bundestag nachzuvollziehen. Mittels einer gezielten Schichtung nach Partei kann analysiert werden, welche Frames bei welcher Partei am häufigsten Verwendung finden (siehe Tabelle 7 und Abbildung 4-14). Der Instabilitätsframe ist über alle Parteien hinweg das am häufigsten genannte Argumentationsmuster. Bei Bündnis90/Die Grünen wird mit 24,3% am häufigsten die Instabilität thematisiert, darauf folgt die SPD mit 21,7%. Die Linke bezieht sich nur in

17,9% ihrer Argumente auf diesen Themenkomplex und die CDU/CSU nur in 18,4% der Fälle. Auffällig ist, dass Die Linke im Vergleich zu den anderen Parteien mehr mit den Frames Rentabilität (6,0%) und Pazifismus (4,4%) argumentiert. Demgegenüber nennen die übrigen Parteien lediglich in 2,3% der Fälle das Thema Rentabilität und in 1,9% der Fälle das Thema Pazifismus. Der Frame „Humanitäre Lage“ ist mit 19,3% über alle Parteien hinweg der am zweithäufigsten genannte Frame. Am weitaus häufigsten wird er von Bündnis90/Die Grünen (23,6%) genutzt, darauf folgt die FDP (16,8%) und die CDU/CSU-Fraktion mit 15,8%. Der Terrorismusframe wird insgesamt über alle Parteien hinweg in 13,3% der Fälle identifiziert. Am häufigsten wird er jeweils von der CDU/CSU und der SPD verwendet, denn er macht jeweils 14,7% ihrer Argumente aus. Die FDP verwendet diesen Themenkomplex hingegen vergleichbar selten (8,4%).

Die Medien

Wie Tabelle 9 deutlich hervorhebt, sind in den Medien einige Ähnlichkeiten zur parlamentarischen Frameverteilung zu erkennen: Wie auch in der politischen Debatte, ist der Instabilitätsframe (25%) der am häufigsten genannte Frame. Darauf folgen der Terrorismus- und der Humanitäre Lage-Frame mit jeweils circa 17%.

Abbildung 4: Die Frames in der medialen Debatte



Zwischen Medien und Parlament gibt es neben den Übereinstimmungen der am häufigsten auftretenden Frames, ebenso Übereinstimmungen bei den am seltensten genannten Frames. So werden der Rentabilitäts- und der Pazifismusframe mit jeweils 2%, sowie die Frames „Westliche Werte“ und

„Gesetzliche Grundlage“ von Medien am wenigsten zur Argumentation verwendet. Diese vier Argumentationsmuster machen gemeinsam weniger als 10% aller Frames aus.

Betrachtet man die Frameverwendung der einzelnen Medien in Tabelle 10 und Abbildung 16, so wird deutlich, dass auch hier der Instabilitätsframe auffällig häufig genutzt wird. Bei der SZ spielt er gar die wichtigste Rolle mit einem Anteil von 30% der Gesamtargumente. In Focus (18%) und Spiegel (19%) wird er vergleichsweise selten genannt. Der Terrorismusframe wird mit 22,3% besonders häufig in den Artikeln der Bild platziert. In der FAZ haben 20,4% der Argumentationsmuster die Themendefinition „Terrorismus“, in der FR sind es 19,9%, im Spiegel 19,6% und im Focus 17%. Unterdurchschnittlich hingegen wird sich des Terrorismusframes in Die Welt (13%), der SZ (13,4%) und der taz (15,1%) bedient. Beim Frame „Humanitäre Lage“ zeigt sich eine sehr unterschiedliche Verteilung innerhalb der Medien (17%). Bei der Bild liegt er mit 4,7% der Frames deutlich unter dem Durchschnitt, so auch beim Focus mit 9,4%. In Die Welt kommt er am häufigsten vor – dort macht er 20,5% der Argumente aus.

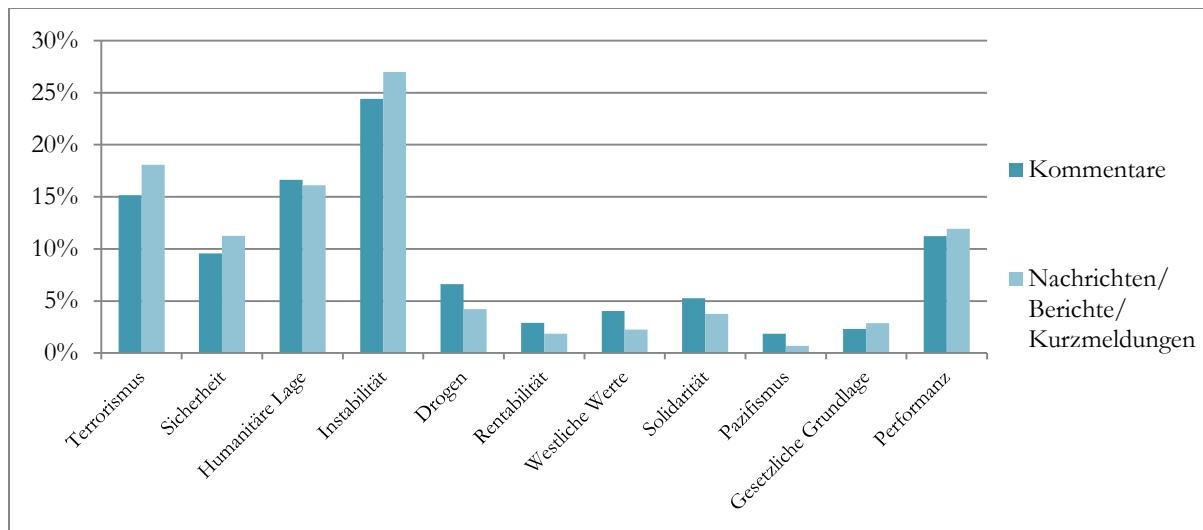
Besonders auffällig ist die ungleichförmige Verteilung des Sicherheitsframes innerhalb der Medien: Durchschnittlich macht dieser Themenkomplex 10% in allen Medien aus. Die Bild argumentiert in 25%, der Focus in 15% und die taz lediglich in 8,8% aller Fälle mit dem Sicherheitsaspekt. Ein Vergleich der Häufigkeitsverteilung des Drogenframes zeigt, dass dieser besonders wenig in der Medienberichterstattung verwendet wird. Im Spiegel finden sich über den gesamten Zeitraum 50 Drogenframes (11,4%) und in der FAZ 38 Drogenframes (4%) wieder. Bei den restlichen Medien macht der Drogenframe zwischen 1,4% (Bild) und maximal 5,7% (Focus) aus.

Die Analyse der Framehäufigkeiten je Medium bringt hervor, dass die untersuchten Medien Bild und Focus restlichen Medien abweichen. Die Medien mit vielen Frames beeinflussen den Gesamtschnitt viel stärker als Medien mit wenigen Frames. In Anbetracht der korrigierten Residuen, die Unterschiede in der Fallzahl berücksichtigen, bestätigt sich jedoch der Eindruck, dass es sich bei den oben genannten Befunden um auffällige Abweichungen handelt.

Eine weitere Schwerpunktsetzung für die Analyse journalistischer Framewahl bietet die Trennung nach rein berichtenden und kommentierenden Artikeln. Während ein Großteil journalistischer Texte den Anspruch hat weitestgehend neutral zu berichten, sind „Kommentare“ bewusst subjektiv gehalten. Wie in Tabelle 11 zu erkennen ist, unterscheiden sich diese beiden Artikelgattungen auch in

ihrer Framewahl in der medialen Debatte um den Afghanistan-Einsatz. So ist beispielsweise der Anteil der in der Gesamtdebatte verhältnismäßig selten auftretenden Frames „Drogen“, „Rentabilität“, „Westliche Werte“ und „Pazifismus“ in Kommentaren größer, als dies bei rein berichtenden Artikeln der Fall ist. In Abbildung 26 wird deutlich sichtbar, dass sich die Anteile jedoch in keinem der elf Frames um mehr als 3% unterscheiden. Es kann folglich von einer ähnlichen Argumentation zum Afghanistan-Einsatz in berichtenden und kommentierenden Artikeln gesprochen werden.

Abbildung 5: Die Frameverteilung bei berichtenden und kommentierenden Artikeln



Der Vergleich zwischen Parlament und Medien

Die Berechnung der mittleren Abweichung der einzelnen Akteure voneinander liefert einen Nachweis dafür, dass sich die Argumentationsstrukturen von Politikern und Journalisten ähneln. Die mittlere Abweichung aller Frames der Journalisten von den Frames der Politiker beträgt knapp 2% (siehe Abbildung 17 und Tabelle 12). Wie in Abbildung 18-25 deutlich wird, spiegeln die Medien taz (1,94% Abweichung), Die Welt (1,93%) und SZ (2%) die politische Themensetzung dabei am durchschnittlichsten. Die Zeitungen FR (2,49%) und FAZ (2,37%) weichen etwas mehr von der politischen Themensetzung ab, während die Bild (4,78%) sowie Focus (3,62%) und Spiegel (3,36%) die größte Abweichung von Politikern aufweisen.

7.2.2 Tendenz der Frames

Im Laufe des Afghanistan-Einsatzes gab es immer wieder Einsatz-Befürworter und Einsatz-Gegner. Gleichermassen kann ein in der medialen oder politischen Debatte vorgebrachter Frame für oder gegen den Einsatz sprechen. Dabei handelt es sich jedoch nicht um ein endgültiges Urteil der Bundestagsrede oder des Artikels, sondern um die Aussagerichtung des jeweilig codierten Frames. Bei genauerer Betrachtung der einzelnen Frames ist schnell zu erkennen, dass einige Frames vorwiegend als Argumentationsmuster für und andere Frames hauptsächlich als Argumentationsmuster gegen den Einsatz verwendet werden.

Das Parlament

In der politischen Debatte sind die Argumentationsmuster mit einer überwiegenden Tendenz für den Einsatz die Frames „Terrorismus“, „Sicherheit“, „Humanitäre Lage“, „Instabilität“, „Solidarität“, „Westliche Werte“ und „Gesetzliche Grundlage“ (siehe Tabelle 13). In den Bundestagsreden hat die Hälfte der Terrorismusframes eine Tendenz für den Einsatz, 20% eine Tendenz gegen den Einsatz und bei 30% ist keine Tendenz erkennbar. Argumentationsmuster, die hingegen hauptsächlich als Argumente gegen den Einsatz verwendet werden, sind die Frames „Performanz“, „Rentabilität“ und „Pazifismus“. Lediglich beim Drogenframe ist das Verhältnis von Argumenten für und gegen den Einsatz ausgeglichen. Insgesamt lässt sich hinsichtlich der Tendenz der Argumentationsmuster auf Seiten der Politiker festhalten, dass die Mehrheit der Frames als Pro-Argumente verwendet wird. Betrachtet man die Tendenz der Argumentationsmuster in Tabelle 14 in ihrer Gesamtheit (ohne die Ausprägung „99 - Nicht erkennbar/nicht benannt“), sind 66,7% aller Frames für den Einsatz, während sich 31,7% gegen den Afghanistan-Einsatz aussprechen. 1,6% der Aussagen mit erkennbarer Tendenz sind zwiespältig, d.h. sie können keiner eindeutigen Tendenz zugeordnet werden.

Es lassen sich eindeutige Aussagen über Frames und die dazugehörigen Tendenzen in der gesamten politischen Debatte treffen. Dennoch gibt es diesbezüglich Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien. Tabelle 15-19 veranschaulichen, bei welchen Parteien welcher Frame für oder gegen den Einsatz verwendet wird. Es fällt auf, dass Die Linke mit einem Anteil von 63% so gut wie jeden Frame mit erkennbarer Tendenz als Argument gegen den Einsatz verwendet. Die Parteien CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen nutzen die Terrorismus-, Humanitäre Lage-,

Instabilitäts- und Solidaritätsframes hauptsächlich als Argument für den Einsatz. Frames, welche über alle Parteien hinweg mehrheitlich als Argumente gegen den Einsatz verwendet werden sind der Pazifismus- und der Rentabilitätsframe. Letzterer wird sowohl von der FDP, von Die Linke und von fraktionslosen Parlamentariern als Argument gegen den Einsatz verwendet. Bei der SPD ist dieser Rentabilitätsframe (70,8%) zusammen mit dem Pazifismus-Frame (42,9%) der einzige, der mehrheitlich als Argument gegen den Einsatz verwendet wird. Nichtsdestotrotz spielt der Rentabilitätsframe bei der SPD mit lediglich 17 Nennungen eine geringfügige Rolle. Zusätzlich ist festzustellen, dass die Parteien CDU/CSU, FDP und Bündnis90/Die Grünen den Performanz-Frame mit jeweils knapp 40% bzw. 60% als Contra-Argument verwenden. Genauso wie Die Linke argumentieren diese drei Parteien tendenziell sehr häufig mit diesem Frame gegen den Einsatz.

Klammert man nun Die Linke bei der Analyse der Tendenz von Frames aus, so wird in Tabelle 20 deutlich, dass der Anteil der einsatzbefürwortenden Frames weiter ansteigt: Mit 71% dominiert die Ausprägung „Für den Einsatz“ deutlich gegenüber der Ausprägung „Gegen den Einsatz“.

Die Medien

Für die Analyse der Tendenz der Frames in der Medienberichterstattung, wird zwischen einzelnen Stilformen der Artikel unterschieden. Die journalistische Tendenz in den rein berichtenden Artikelformen Bericht, Nachricht oder Meldung kann auf Abweichungen zur Tendenz in kommentierenden Artikeln untersucht werden. Analog zu dem Vergleich dieser Artikelformen bei der Framewahl kann auch bezüglich der Tendenz kaum ein Unterschied festgestellt werden (siehe Abbildung 27). Zwar kann für die berichtenden Artikel festgehalten werden, dass Journalisten sich dort stärker für, als gegen den Einsatz aussprechen. Der Unterschied in den Tendenzen zwischen kommentierenden und berichtenden Artikeln beträgt in allen Zeiträumen aber höchstens 3%.

7.2.3 Länge der Frames

Frames können in den Bundestagsdebatten, in den Anhängen der Protokolle und in den Medien eine unterschiedliche Prominenz haben. Um dies in die Analyse einzubeziehen wurde neben dem Thema und der Tendenz des Frames auch dessen Länge erhoben. Es werden Frames unterschieden, die ein einzelnes Wort, eine Wortgruppe oder einen Satz umfassen und die sich über mehrere Sätze bzw. einen Absatz oder mehrere Absätze bzw. den ganzen Text erstrecken.

Das Parlament

Betrachtet man die Länge aller in dieser Studie untersuchten Frames in der parlamentarischen Debatte in Tabelle 21 (siehe unten), so sind mit 57,9% über die Hälfte der Frames ein einzelnes Wort, eine Wortgruppe, Satzteile oder einen ganzen Satz lang. 31,4% der Frames beschreiben Themenkomplexe in mehreren Sätzen oder einem ganzen Absatz. Die restlichen 10,7% der Argumentationsmuster umfassen mehrere Absätze oder den gesamten Text.

Tabelle 2: Länge der Frames im Parlament

	Häufigkeiten	Prozente	Kumulierte Prozente
Einzelnes Wort, Wortgruppe, Satzteile oder ganzer Satz	3110	57,90%	57,90%
Mehrere Sätze/ganzer Absatz	1686	31,40%	89,30%
Mehrere Absätze/ganzer Text	576	10,70%	100,00%
Gesamt	5372	100%	

Die Medien

Bei den Medien ist festzuhalten, dass die meisten Frames ein Wort bzw. einen Satz lang sind, während sich nur 7,4% aller Frames über mehrere Absätze erstrecken.

Tabelle 3: Die Länge der Frames in den Medien

	Häufigkeiten	Prozente	Kumulierte Prozente
Einzelnes Wort, Wortgruppe, Satzteile oder ganzer Satz	3169	67,4%	67,4%
Mehrere Sätze/ganzer Absatz	1185	25,2%	92,6%
Mehrere Absätze/ganzer Text	346	7,4%	100%
Gesamt	4700	100%	

7.3 Dynamik der Argumentationsmuster

Weitere interessante Ergebnisse liefert das erhobene Datenmaterial bezüglich der Fragestellung, wie sich Gebrauch und Aufbau der einzelnen Argumentationsmuster bzw. der Frames im Laufe des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan verändern. In Anlehnung an Hypothese H2 „*Die Argumentationsmuster und ihre Elemente sind dynamisch und ändern sich abhängig vom Zeitpunkt innerhalb der Debatte und dem Aufkommen bestimmter Schlüsselereignisse*“ stehen bei der Analyse des gewonnenen Datenmaterials daher der zeitliche Verlauf und die einzelnen Veränderungen in allen 23 Untersuchungszeiträumen im Mittelpunkt. Wie bereits in Kapitel 7.1 und Kapitel 7.2 wurden dabei sowohl die politische, als auch die journalistische Seite (*Hypothese H3 – Mediale Reflexion*) der Debatte beleuchtet.

7.3.1 Framewahl im zeitlichen Verlauf

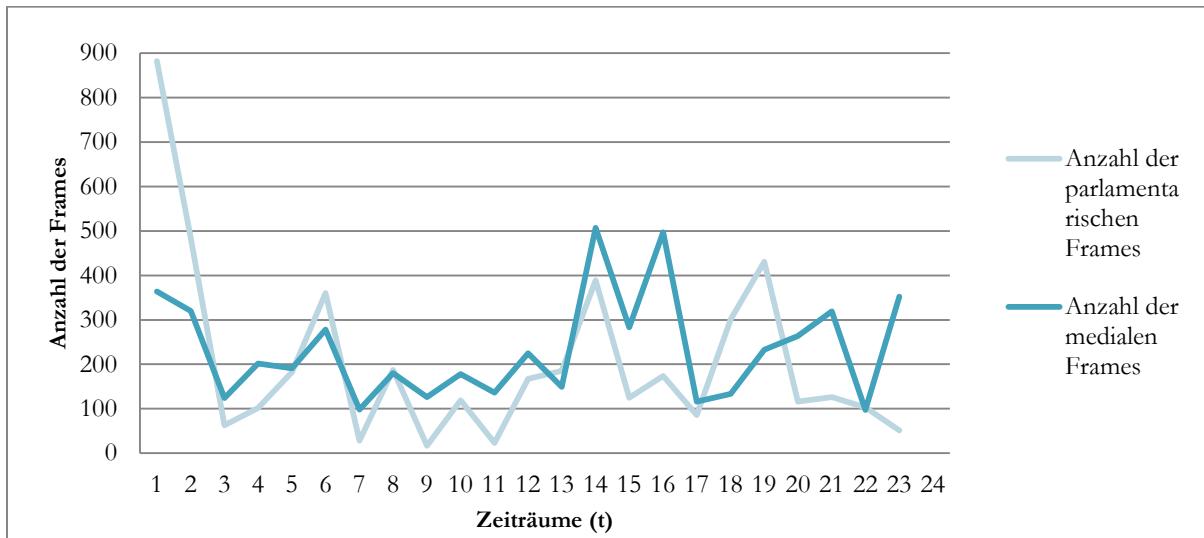
Einen Weg um die Dynamik der Argumentationsmuster im zeitlichen Verlauf zu untersuchen stellt die Analyse der Anzahl der von Politikern und Journalisten verwendeten Frames pro Zeitraum dar.⁴

Insgesamt ist dabei festzustellen, dass in der parlamentarischen Debatte 5.372 Frames genannt werden, während in der medialen Debatte zum Afghanistan-Einsatz lediglich 4.700 Frames vorkommen. Obwohl Politiker in den Zeiträumen t14 und t16 am meisten Frames nennen (siehe Tabelle 23), ist die Anzahl der Frames bei Journalisten mit 882 Frames in t1 mit Abstand am größten, gefolgt von 431 Frames in Zeitraum t19 (siehe Tabelle 24). Die minimale Anzahl der Frames in einem Zeitraum liegt bei Journalisten mit 17 Frames deutlich unter dem Minimum der Politiker mit 97 Frames.

Auch bei genauerer Betrachtung der Frameanzahl im zeitlichen Verlauf der zehn Jahre des Afghanistan-Einsatzes sind bei beiden Akteuren starke Schwankungen zu erkennen.

⁴ Eine Tabelle zu allen Zeiträumen findet sich in Kapitel 5.1.3 und Kapitel 7.1

Abbildung 6: Die Anzahl der Frames pro Zeitraum in Parlament und Medien



So fällt die Anzahl der politischen Frames von t16 zu t17 von 497 auf 116 Frames ab, um dann bis t21 wieder auf 319 Frames anzusteigen. Ein typischer Verlauf, der in den Medien unter anderem von t1 bis t6 zu beobachten ist. Obwohl diese schwankende Tendenz sowohl für mediale, als auch politische Akteure vorzufinden ist, unterscheidet sich der zeitliche Verlauf der Framehäufigkeiten voneinander.

Das Parlament

Bei allen Politikern (siehe Tabelle 25) ist auffällig, dass der Anteil der Terrorismusframes in den Zeiträumen t1, t4, t7, t9, t11, t13, t15 und t17 stark wächst, während die Instabilitäts- und Humanitäre Lage-Frames in den dazwischenliegenden Zeiträumen, t5, t8, t10, t12, t14 und t16, anteilig besonders häufig verwendet werden. Auch der Frame „Sicherheit“ verhält sich in den Zeiträumen t5, t8, t14 und t16 ähnlich. Es wird deutlich, dass das Thema Terrorismus verstärkt zu Zeitpunkten der OEF-Mandatsverlängerungen angesprochen wird und die Themen Sicherheit, Instabilität und Humanitäre Lage hauptsächlich im Rahmen der ISAF-Mandate vermehrt genannt werden (siehe Abbildung 29).

Der in der politischen Debatte bis zu Zeitraum t12 bei gut 40% der Zeiträume vorherrschende Terrorismusframe nimmt ab Ende des Jahres 2006 stetig ab. Während das Thema Terrorismus zu früheren Zeiträumen bis zu 37% (t11) der politischen Gesamtdebatte ausmacht erreicht der Frame

in den folgenden Zeiträumen einen Maximalwert von höchstens 27% aller Frames und verschwindet in t22 sogar ganz aus der Debatte.⁵ Abgelöst wird der Frame „Terrorismus“ ab 2006 von den Frames „Humanitäre Lage“ und „Instabilität“. Deren Maximalanteile an der politischen Debatte steigen von höchsten 20-23%⁶ in den ersten fünf Jahren des Einsatzes auf 25-30% in den letzten Jahren an.

Weitere Besonderheiten auf Seiten der Politiker lassen sich u.a. bei dem Frame „Gesetzliche Grundlage“ erkennen, welcher in den letzten Zeiträumen der OEF-Mandatsverlängerungen t11, t13, t15 und t17 starke Anstiege auf bis zu 20% aller Frames erfährt (siehe Abbildung 30). Ab 2009 verschwindet dieser Frame jedoch mit höchstens 2,2% pro Zeitraum beinahe vollständig aus der parlamentarischen Debatte. Für alle Frames der Politiker gilt, dass nach Zeitraum t17 keine drastischen Veränderungen bei mehr als einem Frame pro Zeitraum erkennbar sind.

Die Medien

Betrachtet man nun vergleichend die Entwicklung der einzelnen Framehäufigkeiten im zeitlichen Verlauf für die Medien, dann lassen sich auch hier Besonderheiten feststellen (siehe Tabelle 26). Die prozentuale Häufigkeit des Terrorismus-Frames steigt deckungsgleich zu den Trends der Politiker in den OEF-Zeiträumen t4, t7, t9, t11, t13, t15 und t17 stark an. Ferner lässt sich diese Übereinstimmung zwischen Politikern und Journalisten auch bei den Sicherheits-, Instabilitäts-, Drogen- und Humanitäre Lage-Frames feststellen (siehe Abbildung 31 und 32). Die Anzahl dieser steigt in den ISAF-Zeiträumen t8, t10, t12 und teils in t14 sowie t16. Insbesondere der Drogen-Frame wird von Journalisten in t6 mit 28,6% mit Abstand am meisten verwendet (103 Nennungen).

In der politischen Debatte steigt die Anzahl des Frames „Gesetzliche Grundlage“ besonders in den Zeiträumen der OEF-Mandatsverlängerungen in t11, t13, t15 und t17 und verschwindet danach fast vollständig. Eine weitere Übereinstimmung zwischen politischer und medialer Argumentation lässt

⁵ Es ist zu beachten, dass die Prozentwerte besonders in den Zeiträumen t7, t9, t11, t3, t22 und t17 auf niedrigen Fallzahlen basieren und geringfügige Unterschiede der Ausprägungen möglicherweise schneller ins Gewicht fallen, als dies bei anderen Zeiträumen der Fall ist.

⁶ Eine Ausnahme stellt der Instabilitätsframe im Zeitraum t3 (06/2002) dar, in dem dieser mit über 30% aller Frames den Hauptanteil der politischen Diskussionen um den Afghanistan-Einsatz einnimmt.

sich an einem Anstieg des Solidaritätsframes t21 zu t22 erkennen. Im Vergleich zu allen vorhergehenden Zeiträumen, kommt es ab t17 zu keinen auffälligen Veränderungen der Frame-Anzahl in der Medienberichterstattung. Die Häufigkeit der Frames „Westliche Werte“, „Pazifismus“ und „Rentabilität“ verändert sich im gesamten Untersuchungszeitraum nicht und bleibt unter der 10%-Marke.

Der Vergleich zwischen Parlament und Medien

Der Vergleich der Frame-Anzahl zwischen Politikern und Journalisten zeigt, dass die fünf häufigsten Frames in den ersten zwölf Zeiträumen bis September 2006 nahezu identisch verwendet werden. (siehe Abbildung 29 und 31). Signifikante Veränderungen, Maxima und Minima, sind bei beiden Akteuren im gleichen Verhältnis vorhanden. Allerdings unterscheiden sich die maximalen Häufigkeiten der fünf wichtigsten Frames der Journalisten (50-60%) von denen der Politiker (30-40%). Ab Zeitraum t12 weicht die Häufigkeitsverteilung der journalistischen Frames immer stärker von der politischen ab. Lediglich die Frames „Terrorismus“ und „Instabilität“ haben bei beiden Akteuren einen weitestgehend identischen Verlauf.

7.3.2 Veränderung des framedefinierenden Elements „Bezogen auf“

Die Themendefinition jedes Frames benennt den Gegenstand des Argumentationsmusters und bezieht den Frame auf ein konkretes Problem. Das Frame-Element „Bezogen auf“ spezifiziert die Themendefinition noch weiter und stellt damit eine für diese Studie zentrale Kategorie dar. Eine genauere Analyse der verschiedenen Frames bezüglich ihrer Veränderung des Elements „Bezogen auf“ verspricht daher detailliertere Ergebnisse zur Dynamik der Frames zu liefern. Sinnvoll ist eine Untersuchung über die 23 Zeiträume jedoch nur für diejenigen Frames, bei denen dieses Element besonders ausdifferenzierte Ausprägungen aufweist.⁷ Dies ist bei den Frames „Terrorismus“, „Sicherheit“, „Humanitäre Lage“, „Instabilität“, „Rentabilität“, „Westliche Werte“, „Solidarität“, „Gesetzliche Grundlage“ und „Performanz“ der Fall.⁸ Ferner ist die Betrachtung der Veränderung der

⁷ Die Bezeichnung ausdifferenziert bezieht sich in diesem Zusammenhang darauf, dass sich die einzelnen „Bezogen auf“ Ausprägungen so stark unterscheiden, dass z. B. gegensätzliche Bewertungen zu erwarten sind.

⁸ Die Frames Drogen und Pazifismus werden in der Analyse vernachlässigt.

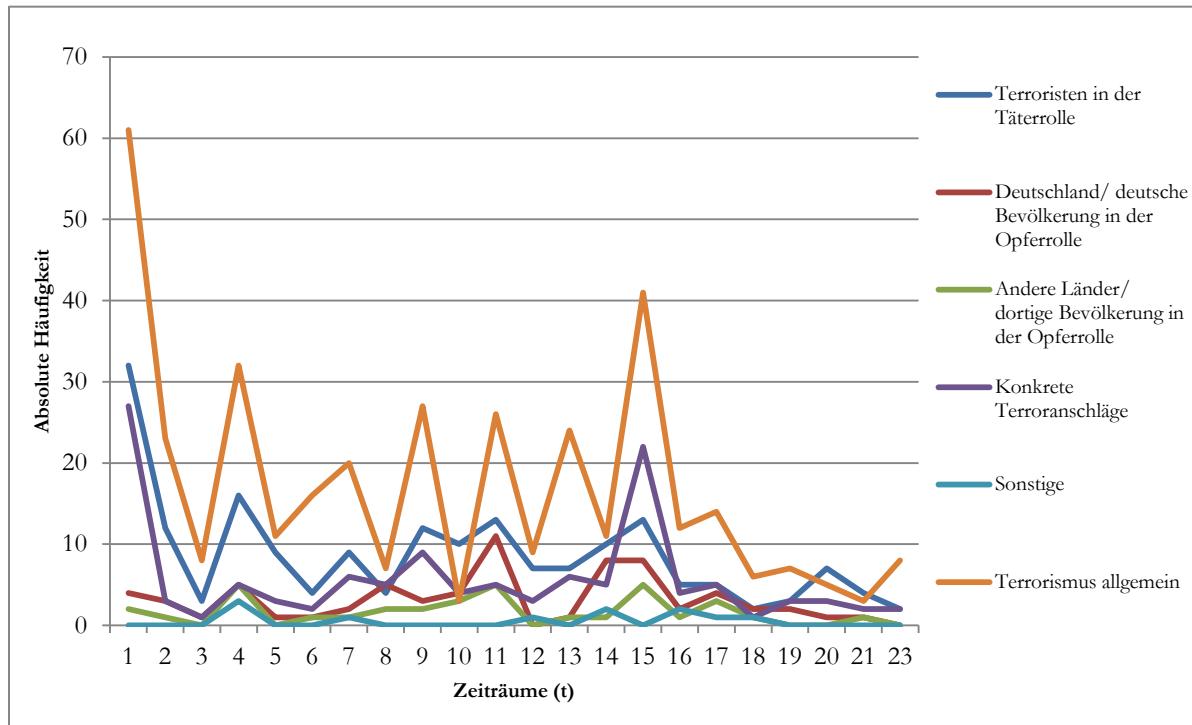
reinen Häufigkeiten nur bei einer getrennten Fallauswahl nach den zwei Akteursgruppen Politiker und Journalisten zweckmäßig.⁹

Der Frame „Terrorismus“

Die Themendefinition des Frames „Terrorismus“ konnte sich laut Codebuch auf folgende Ausprägungen beziehen: „1 - Terroristen in der Täterrolle“, „2 - Deutschland/deutsche Bevölkerung in der Opferrolle“, „3 - Andere Länder/dortige Bevölkerung in der Opferrolle“, „4 - Konkrete Terroranschläge“, „98 Sonstige“ oder „99 - Terrorismus allgemein“. Über alle Zeiträume hinweg am meisten genannt wurde bei den Politikern die Ausprägung „99“ (374 Nennungen), gefolgt von „1“ (189 Nennungen) und „4“ (126 Nennungen) (siehe Tabelle 27). Die Opferseite des Terrorismus mit den Ausprägungen „2“ und „3“ wird am seltensten angesprochen. Diese Rangfolge konnte sich im gleichen Maße in fast allen Zeiträumen durchsetzen (siehe Abbildung 33). Auffällig ist lediglich Zeitraum t10: Die Häufigkeit der ansonsten häufigsten Ausprägung „99“ sinkt schlagartig von 27 Nennungen auf drei Nennungen ab und die Ausprägung „1 - Terroristen in der Täterrolle“ dominiert.

⁹ Bei dieser Analyse muss beachtet werden, dass zitierte Aussagen, denen die Politiker oder Journalisten negativ gegenüberstehen sowie negierte Aussagen bewusst aussortiert werden, um eine verzerrte Framedarstellung zu vermeiden.

Abbildung 7: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Terrorismusframe des Parlaments



Die Dominanz der Ausprägung „99“ vor den Ausprägungen „1“ und „4“ findet sich auch bei den Journalisten in etwas geringerem Maß wieder (siehe Tabelle 28). In den Zeiträumen t5, t8 und t18 sind der Anteil an Ausprägung „1 - Terroristen in der Täterrolle“ und in t8 der Anteil von „4 - Konkrete Terroranschläge“ jeweils höher als der Anteil der Bezüge auf Terrorismus Allgemein (siehe Abbildung 34). Beide Ausprägungen - „1“ und „4“ - treten in den ersten Zeiträumen häufig auf, wie es auch schon bei Politikern der Fall war. Interessant ist auch das außerordentliche Wachstum der journalistischen Ausprägung „2 - Deutschland/deutsche Bevölkerung in der Opferrolle“ von zwei auf 15 Nennungen in Zeitraum t18. Der größte Unterschied zwischen Politikern und Journalisten ist die Tatsache, dass bei Politikern eine deutliche Schwankung aller Ausprägung zwischen ISAF- und OEF-Zeiträumen zu erkennen ist, welche bei den Journalisten nur zu vereinzelten Zeitpunkten und bei wenigen Ausprägungen sichtbar wird.

Der Frame „Sicherheit“

Für den Frame „Sicherheit“ ist zu beobachten, dass die Bezugskategorien der politischen Frames einen deutlich stärker schwankenden Verlauf haben, als dies bei anderen Frames der Fall ist (siehe Abbildung 35). Die insgesamt am meisten genannte Bezugsdimension ist „4 - Soldaten/Militär“ (222 Nennungen; siehe Tabelle 29), die besonders zu den ISAF-Zeiträumen t2, t5, t6, t8, t10, t12, t14 und t16 auftritt. Darauf folgt die Ausprägung „5 - Zivile und sonstige Helfer/Absicherung des Wiederaufbaus“, die in t14 und t16 mit je 26 Nennungen den größten Anteil aller Bezüge darstellt. Die dritt prominente Ausprägung „1 - Deutschland/deutsche Bevölkerung“ wird besonders in t2, t5, t9, t12, t14, t16 und t21 häufig genannt. Die Ausprägung „99 - Sicherheit allgemein“ wird im Gegensatz zu anderen Frames beim Sicherheitsframe der Politiker verhältnismäßig selten genannt.

Auch bei den Journalisten findet die Ausprägung „99“ in den meisten Zeiträumen kaum Beachtung und die mit Abstand häufigsten Ausprägungen über alle Zeiträume sind Sicherheit der Soldaten (270 Nennungen) und die Sicherheit der Aufbauhelfer (115 Nennungen) (siehe Tabelle 30). Diese beiden Bezüge werden aber weniger konstant thematisiert, als bei Politikern. Bei den Journalisten dominiert Ausprägung „4“ in den Zeiträumen t2, t5, t8, t13 und t17, in t1, t3 und t6 ist Ausprägung „5“ die meistgenannte (siehe Abbildung 36). Es kann für die Ausprägung „4“ keine Auffälligkeit zu ISAF-Mandatsverlängerungen festgestellt werden, wie es bei Politikern der Fall ist.

Der Frame „Humanitäre Lage“

Obwohl die Ausprägungen des Elements „Bezogen auf“ bei dem Frame „Humanitäre Lage“ sehr ausdifferenziert sind, dominiert die Ausprägung „99 - Wiederaufbau/Humanitäre Lage allgemein“ bei den Politikern mit insgesamt 504 Nennungen (siehe Tabelle 31). Dies entspricht einem Anteil von knapp 50%, der sich in jedem Zeitraum, außer in t20 und t22 wiederfindet (siehe Abbildung 37). An zweiter und dritter Stelle werden die Ausprägungen „5 - Staat/Verwaltung/Politisches System/Aufbau der Zivilgesellschaft“ (203 Nennungen) und „6 - Aufbau von Polizei oder Armee“ (198 Nennungen) genannt. Letztere Ausprägung ist in den Zeiträumen t20 und t22 mit 29 bzw. drei Nennungen die am häufigsten genannte Bezugsebene, wobei der Anstieg von Zeitraum t19 auf t20 und t21 besonders auffällig ist. Ausprägung „5“ tritt gemäß der Tendenz des gesamten Frames vermehrt in ISAF-Zeiträumen und dabei speziell in Zeitraum t14 und t16 auf.

Genau wie in der Politik wird in der gesamten medialen Debatte um den Afghanistan-Einsatz in etwa der Hälfte (50,4%) aller Humanitäre Lage-Frames der Bezug „99“ verwendet (siehe Tabelle 32). Bei den Journalisten wird aber der Bezug „6“ mit 188 Nennungen anteilig häufiger genannt, als dies bei Politiker der Fall ist. Der Bezug „6“ spielt in den ersten Zeiträumen t1 und t2 bei den Medien noch eine größere Rolle als die Ausbildung von Polizei oder Armee, kann sich aber trotz einiger auffälliger Anstiege in t14 und t19 im weiteren zeitlichen Verlauf nicht mehr gegen Ausprägung „6“ durchsetzen (siehe Abbildung 38). t19 ist auch deshalb interessant, weil die Zahl der Ausprägung „6“ dort, wie auch in den Zeiträumen t18 und t20, ein extremes Wachstum von fünf (t17) auf 39 Nennungen (t19) zeigt. Bei beiden Akteuren ist für alle Bezüge des Frames die gleiche stark ansteigende Tendenz zu ISAF-Zeiträumen zu sehen. Im Gegensatz zu den Politikern erhalten die Ausprägungen „4 - Infrastruktur“ und „1 - Armut/Armutsbekämpfung/Hunger“ bei Journalisten allerdings mehr Aufmerksamkeit. Der Anteil der Ausprägung „3 - Bildung“ fällt von 11,2% bei Politikern auf 4,5% bei Journalisten.

Der Frame „Instabilität“

Auch der Instabilitätsframe bietet sich für eine genauere Betrachtung des Frameelements „Bezogen auf“ an. Die im gesamten Untersuchungszeitraum mit Abstand am häufigsten genannte Ausprägung ist „1 - Instabilität/Stabilität in Afghanistan“ mit einem Anteil von 72,5% aller Frames bei Politikern sowie 66,6% aller Frames bei Journalisten (siehe Tabelle 33 und 34). Als zweit- und dritthäufigste Ausprägung wurden jeweils „99 - Instabilität allgemein“ und „2 - Konflikte zwischen verschiedenen Akteuren/Bevölkerungsgruppen“ erwähnt. Journalisten jedoch beziehen einen höheren Anteil (21%) ihrer Instabilitätsframes auf „Instabilität allgemein“, als Politiker dies tun. Obwohl sich die einzelnen Akteure in der Anzahl ihrer Instabilitätsframes pro Zeitraum unterscheiden (siehe Kapitel 7.3.1) kann insgesamt ein ähnlicher zeitlicher Verlauf der verschiedenen Bezüge festgestellt werden (siehe Abbildung 39 und 40). Sie unterscheiden sich nur dahingehend, dass sie bei den Politikern zu ISAF-Mandatsverlängerungen stärker ansteigen, als dies bei Journalisten der Fall ist. Außerdem ist eine Divergenz der Akteure jeweils in den ersten und letzten Zeiträumen zu erkennen.

Der Frame „Rentabilität“

Trotz teils sehr geringer Fallzahlen ist deutlich zu erkennen, dass über die gesamte Debatte hinweg, sowohl bei Politikern (63 Nennungen) als auch bei Journalisten (44 Nennungen), der Bezug „2 -

Menschenleben und Kriegsopfer“ beim Rentabilitäts-Frame vorherrscht. Bei beiden Akteuren wird dieser Bezug doppelt so oft genannt, wie Ausprägung „1 - Materielle Aspekte“ (siehe Tabelle 35 und 36). Die Anzahl der Ausprägung „Materielle Aspekte“ steigt mit Ausnahme von t9 besonders in den ISAF-Zeiträumen t2, t6, t10, t12, t14, t16 und t19 auf bis zu 5 Nennungen (siehe Abbildung 41 und 42). Im Anschluss daran verliert der Bezug jegliche Bedeutung und wird nicht mehr genannt. Die Ausprägung „Menschenleben und Kriegsopfer“ kommt in t1, t2, t14-t17 als auch in t19, t21 und t23 besonders häufig vor.

Bei Journalisten ist zu beobachten, dass der Rentabilitätsframe besonders in Zeitraum t1, t18, t19 und t21 auf „Menschenleben und Kriegsopfer“ bezogen wird. Wie bei den Politikern werden „Materielle Aspekte“ in t1 und t2 noch häufig (4 mal) genannt, in den letzten Jahren des Untersuchungszeitraumes verliert dieser Bezug jedoch an Bedeutung.

Der Frame „Westliche Werte“

Westliche Werte sind Grundsätze, wie „1 - Demokratisierung/Rechtsstaatlichkeit/Gute Regierungsführung“, „2 - Freiheit/Befreiung Afghanistans“ oder „3 - Menschenwürde/Menschenrechte“. Der Frame, der insgesamt deutlich häufiger von Politikern verwendet wird, als von Journalisten, wird in der politischen Debatte hauptsächlich auf Ausprägung „3“ (59%) bezogen, während in der medialen Debatte Ausprägung „1“ (49%) vorherrscht (siehe Tabelle 37 und 38). Während bei den Medien auch Ausprägung „3“ mit 47% stark vertreten ist, setzt sich im Bundestag mit 59% aller Frames deutlich das Thema Menschenrechte vor dem Thema Demokratisierung (49%) durch. Sowohl Politiker als auch Journalisten stellen beim Westliche Werte-Frame nur selten einen allgemeinen (Ausprägung 99) Bezug her

Außerdem ist bei beiden Akteursgruppen bis t18 ein ähnlicher Verlauf festzustellen (siehe Abbildung 43 und 44). In den ersten Zeiträumen ist die Ausprägung „3 - Menschenwürde/Menschenrechte“ deutlich prominenter als die Ausprägung „1 - Demokratisierung/Rechtsstaatlichkeit/Gute Regierungsführung“, was sich aber während der Zeiträume t6-t11

umkehrte. Zwischen t12 und t18 steigen beide Graphen parallel an.¹⁰ Während sich dieser Verlauf bei den Politikern bis zum Ende fortsetzt, dominieren bei den Journalisten die Ausprägung „1“ von t18-t21 und die Ausprägung „3“ in t22.

Der Frame „Solidarität“

Beim Solidaritäts-Frame der Politiker dominiert die Ausprägung „3 - Deutsche/westliche Soldaten vor Ort“ (192 Nennungen) gefolgt von den in etwa gleich häufig genannten Ausprägungen „1 - Afghanistan/afghanische Bevölkerung/afghanische Soldaten“ (121 Nennungen) und „2 - Bündnispartner“ (siehe Tabelle 39). In den Medien hingegen führt der Bezug „Bündnispartner“ die Häufigkeitsverteilung deutlich mit 98 Nennungen vor Ausprägung „3“ an (siehe Tabelle 40). Die Bezugsdimensionen „99 - Solidarität allgemein“, „5 - Opfer des Krieges/Angehörige der Opfer“ und „1 - Afghanistan/afghanische Bevölkerung/afghanische Soldaten“ werden von Journalisten jeweils mit einem Anteil von circa 11% genannt. Die Bezüge beider Akteursgruppen unterscheiden sich stark.

So wird in den Bundestagsprotokollen die Solidarität mit Afghanistan besonders in der zweiten Hälfte des Einsatzes erwähnt (siehe Abbildung 45). In den Zeiträumen t14 und t16 gibt es gar 19 bzw. 20 Nennungen. Die Solidarität mit Afghanistan wird bei den Journalisten wiederum nur in Zeitraum t21 besonders häufig erwähnt (siehe Abbildung 46). Demgegenüber thematisieren Journalisten die Opfer des Krieges hauptsächlich in den Zeiträumen t5, t18 und t19. Bei so gut wie allen Ausprägungen finden sich Unterschiede zwischen Frames aus Bundestagsprotokollen und aus journalistischen Artikeln. Lediglich im ersten Zeitraum betonen beide Akteursgruppen die Solidarität mit den Bündnispartnern besonders stark.

Der Frame „Gesetzliche Grundlage“

In der medialen Debatte wurde das OEF-Mandat mit 32 Nennungen fast genauso häufig genannt, wie das ISAF-Mandat mit 30 Nennungen. Am häufigsten wird in den Medien die Ausprägung „99“ genannt, die bei Politikern mit 29 Nennungen lediglich Rang drei der Häufigkeitsverteilung einnimmt (siehe Tabelle 41 und 42). Bei genauerer Betrachtung des zeitlichen Verlaufs wird klar, dass

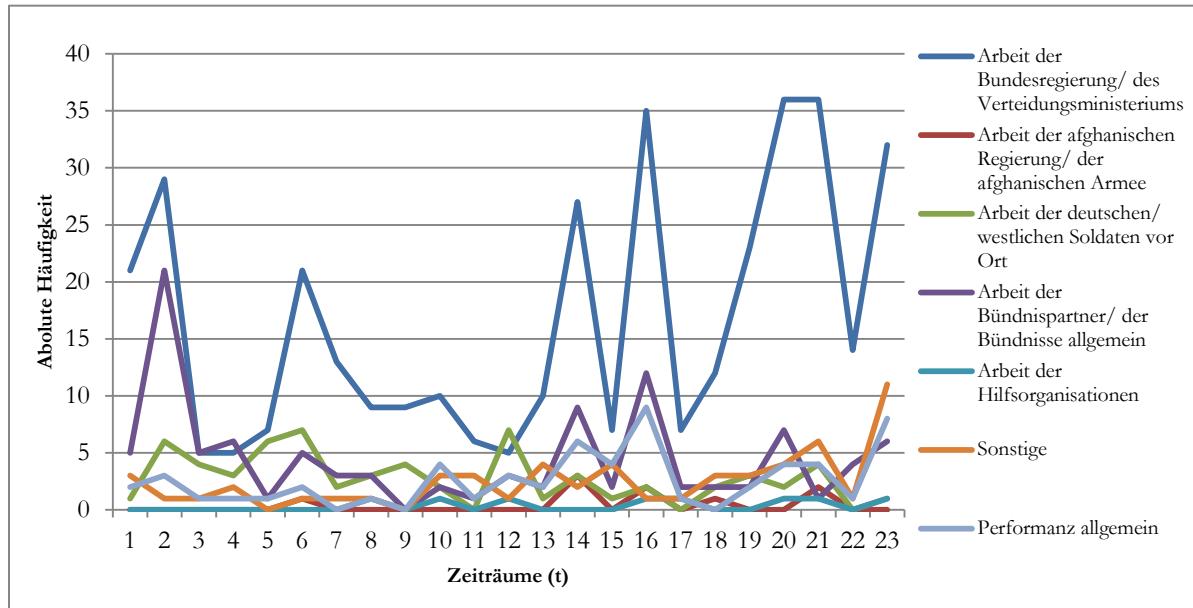
¹⁰ Die Graphen der Politiker und der Journalisten unterscheiden sich lediglich aufgrund einzelner Ausreißer, wie z. B. in t16 bei den Politikern.

sich die einzelnen Ausprägungen bei Politikern und Journalisten nur marginal unterscheiden (siehe Abbildung 47 und 48). Bei beiden Akteuren ist eine ansteigende Tendenz der Ausprägung „2“ zu ISAF-Zeiträumen und der Ausprägung „1 - OEF“ zu OEF-Zeiträumen zu erkennen. Beide Graphen für die Ausprägung „1“ durchlaufen in Zeitraum t15 ihr Maximum. Allerdings ist der Anstieg der Politiker in diesem Zeitraum wesentlich extremer als der Anstieg bei Journalisten. Unterschiede zwischen den Frames aus Bundestagsprotokollen und denen aus Medien sind letztlich nur auf die unterschiedlich hohe Gesamtanzahl der Ausprägungen „2“ und „99“ zurückzuführen.

Der Frame „Performanz“

Die Ausprägung „1 - Arbeit der Bundesregierung“ ist die mit Abstand am häufigsten verwendete. Bei Politikern wird sie mit 379 Nennungen mehr als dreimal und bei Journalisten mit 248 Nennungen doppelt so häufig, wie Ausprägung „4 - Arbeit der Bündnispartner/Bündnisse allgemein“ erwähnt (siehe Tabelle 43 und 44). Gerade in der zweiten Hälfte des Afghanistan-Einsatzes wird bei beiden Akteursgruppen vermehrt die Arbeit der Bundesregierung angesprochen.

Abbildung 8: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Performanzframe des Parlaments



Unterschiede sind dabei jedoch in den einzelnen Zeiträumen, in denen ein besonders großer Anstieg zu verzeichnen ist, zu erkennen. Bei den Politikern steigt die Zahl der Ausprägung „1“ besonders in t18-t21, während sie bei Journalisten von t17 bis t19 wächst (siehe Abbildung 49 und 50). Auch

beim Bezug zu der „Arbeit der deutschen/westlichen Soldaten vor Ort“ sind Unterschiede bemerkbar. Mit maximal sieben Nennungen in t6 und t12 wird diese Ausprägung von Politikern eher mäßig betont, bei Journalisten jedoch speziell zu den Zeiträumen t13, t14 und t19 hervorgehoben.

7.3.3 Die Frame-Prototypen

Jedes Argumentationsmuster kann im Laufe der Zeit auf verschiedene Art und Weise angewendet werden. Für die fünf zentralen Frames dieser Studie, „Instabilität“, „Terrorismus“, „Humanitäre Lage“, „Performanz“ und „Sicherheit“ bietet sich daher eine genaue Analyse der Veränderlichkeit der Frame-Elemente im Laufe des Afghanistan-Einsatzes an. Um der Bedeutung des framedefinierenden Elements „Bezogen auf“ gerecht zu werden, ist es wichtig alle anderen Elemente immer in Zusammenhang mit diesem Element zu betrachten. Daher werden die spezifischen Fälle (Politiker und Journalisten) auf diese Zusammenhänge im zeitlichen Verlauf hin untersucht. Pro Frame gibt es drei nach Zeiträumen unterteilte Tabellen: Tabelle (1) mit „Bezogen auf“ und der „Ursache“, Tabelle (2) mit „Bezogen auf“ und der „Bewertung“ und Tabelle (3) mit „Bezogen auf“ und der „Handlungsempfehlung“. Aufgrund der hohen Anzahl an Mehrfachnennungen und teils sehr vielen Ausprägungen bei dem Element „Bezogen auf“ ist es vor Beginn der tabellarischen Analyse jedoch notwendig, einzelne Ausprägungen dieser Variable bei allen Frames zusammenzufassen.¹¹ Um nun letztendlich die sogenannten „Frame-Prototypen“ pro Zeitraum herauszufinden, muss in Tabelle (1) abgelesen werden, welche Ausprägung für das Frame-Element „Bezogen auf“ im jeweiligen Zeitraum vorherrscht, bevor die korrespondierende Ursache, Bewertung oder Handlungsempfehlung zu ermitteln ist.¹² Auf diesem Wege ist es möglich für jeden der fünf prominentesten Frames pro Zeit-

¹¹ Eine detaillierte Liste der nach diesem Schritt entstandenen Ausprägungen und Zusammenfassungen ist im Codebuch zu finden.

¹² Es besteht die Möglichkeit, dass dabei zwei oder mehr Ausprägungen mit derselben Häufigkeit genannt werden. Ist dies nur für zwei Ausprägungen der Fall, wird dies im Rahmen dieser Studie noch als Prototyp bezeichnet. Mehr als zwei Ausprägungen eines Elements pro Zeitraum werden als fehlend eingetragen, da aufgrund der hohen Anzahl an Ausprägungen keine Aussage über einen Prototyp mehr getroffen werden kann.

raum einen Prototypen nach dem Schema (Bezogen auf/Ursache/Bewertung/ Handlungsempfehlung) zu erstellen.¹³

Nach einer ersten Analyse dieser Prototypen ist deutlich geworden, dass bei einem Teil der fünf Frames sehr häufig die Ausprägung „99 - Nicht erkennbar/nicht benannt/(Frame allgemein)“ vorkommt. Für diese Studie ist dieses Ergebnis bereits eine wichtige Erkenntnis. Es wurde weiterhin beschlossen, noch eine Analyse der Häufigkeitsverteilungen der einzelnen Elemente „Bezogen auf“, „Ursache“, „Bewertung“ und „Handlungsempfehlung“ anzuschließen.¹⁴ Mit Hilfe der Häufigkeitsverteilungen ohne Zusammenhänge zwischen den Elementen kann der Trend der Prototypen kritisch überprüft und durch weitere Auffälligkeiten ergänzt werden.

Die Prototypen des Frame „Terrorismus“

Bei Politikern und Journalisten herrscht der Prototyp (97/99/99/99) vor (siehe Tabelle 45 und 46). Die Ausprägung „97“ setzt sich dabei aus den zwei Ausprägungen „99 - Terrorismus allgemein“ und „98 - Sonstige“ zusammen, welche im Zuge der Ausprägungszusammenfassungen für das Element „Bezogen auf“ gebündelt wurden.¹⁵

Auch im zeitlichen Verlauf verändern sich die Prototypen beider Akteure kaum. So wandeln sich die Politiker-Prototypen lediglich in den Zeiträumen t5, t8, t10, t14, t19 und t21 (siehe Abbildung 51-54). In allen Fällen ändern sich der Bezug oder/und die Handlungsempfehlung des Prototyps. Die Elemente „Ursache“ und „Bewertung“ ändern sich bei Politikern über alle Zeiträume hinweg in der politischen Debatte um den Afghanistan-Einsatz nicht einmal. In den Zeiträumen t8, t10 und t19 entsteht der neue Prototyp (5/99/99/99), wobei die Ausprägung „5“ sich aus den zwei Ausprägungen „1 - Terroristen in der Täterrolle“ und „4 - Konkrete Terroranschläge“ zusammensetzt. Konkrete Handlungsempfehlungen treten in der Form der Prototypen (97/99/99/99 bzw. 2), (97/99/99/99 bzw. 1) und (5/99/99/6) auf. Die Handlungsempfehlung „2 - Der Militäreinsatz soll-

¹³ Wenn zwei Elemente die gleichen Häufigkeiten aufweisen, werden sie durch ein „bzw.“ getrennt.

¹⁴ Das Element „Bezogen auf“ wird bereits in Kapitel 7.2.2 gesondert betrachtet. Die Ergebnisse des Kapitel 7.2.2 sind daher auch für die Analyse der Prototypen der fünf wichtigsten Frames von Bedeutung.

¹⁵ Dieses Prinzip der Ausprägung „97“ gilt bei allen Frames.

te geführt bzw. fortgesetzt werden“ tritt dabei in t5 auf, die Handlungsempfehlung „1 - Der Terrorismus sollte/muss bekämpft werden“ in t14 und die Handlungsempfehlung „6 - Der Militäreinsatz sollte (langfristig) nicht geführt bzw. fortgesetzt werden“ in t21. Zeitraum t21 ist der einzige Zeitraum in dem zwei Elemente detailliert benannt wurden.¹⁶

Auch in den Medien ändert sich der Prototyp nur zu wenigen Zeitpunkten des Afghanistan-Einsatzes (siehe Abbildung 55-58). Zusätzlich zu den bereits bei Politikern hervorgehobenen Zeitpunkten t8, t10 und t19 wandeln sich die Prototypen bei den Journalisten auch in den Zeiträumen t5 und t18 zum Prototyp (5/99/99/99). Im Gegensatz zur politischen Debatte treten in der medialen Debatte mit den Prototypen (5/99/99 bzw. 1/99) in Zeitraum t20, dem Prototypen (99/99/99/ 6) in Zeitraum t21 und dem Prototypen (5/99 bzw. 1/99/2 bzw. 7) in Zeitraum t23 jedoch häufiger Prototypen mit Ursachen, Bewertungen oder Handlungsempfehlungen auf.¹⁷ Bei der Ursache handelt es sich dabei um „1 - Ausbildungs- und Rückzugsmöglichkeiten für internationale Terrorismusstrukturen“, bei der Bewertung um die Aussage „1 - Der Terrorismus stellt ein Problem dar/Die Bekämpfung des Terrorismus läuft schlecht“. Die Handlungsempfehlungen beziehen sich jeweils auf die Aussagen „2 - Der Militäreinsatz sollte geführt bzw. fortgesetzt werden“, „6 - Der Militäreinsatz sollte (langfristig) nicht geführt bzw. fortgesetzt werden“ und „7 - Afghanistan sollte (dazu befähigt werden) selbst die Verantwortung für die Terroristenbekämpfung zu übernehmen“.

Überprüft man diese Entwicklungen nun anhand der unabhängigen Häufigkeiten im zeitlichen Verlauf wird deutlich, dass in beiden Akteursgruppen auch ohne den Zusammenhang der Elemente „Ursache“, „Bewertung“ und „Handlungsempfehlung“ mit dem Element „Bezogen auf“ die Ausprägung „99“ dominiert (siehe Abbildung 91-96). Beim Element „Ursache“ bilden lediglich „1 - Ausbildungs- und Rückzugsmöglichkeiten für internationale Terrorismusstrukturen“ in t5 und „5 - Westliche Militärinterventionen in der muslimischen Welt“ in t14 die Ausnahme. Die Bewertung „1 - Der Terrorismus stellt ein Problem dar/Die Bekämpfung des Terrorismus läuft schlecht“ kommt bei Politikern in vielen Zeiträumen häufiger vor als bei Journalisten. Bei beiden Akteursgruppen

¹⁶ In t21 wurden auf der Seite der Politiker lediglich zehn Terrorismusframes mit diesem Prototyp genannt. Leichte Änderungen wirken sich daher schwerer auf die Prozentuale Verteilung aus.

¹⁷ Alle Prototypen in diesen Zeiträumen basieren auf vergleichsweise sehr niedrigen Fallzahlen (9, 4 bzw. 2 Fälle).

überwiegt dennoch die „99“. Bei den Journalisten kommt die Ausprägung „99“ der Handlungsempfehlung durchgehend häufiger vor, als bei den Politikern. Die Handlungsempfehlungen „2 - Der Militäreinsatz sollte/muss geführt werden“ und „1 - Der Terrorismus sollte/muss bekämpft werden“ kommen bei Journalisten am zweit- bzw. dritthäufigsten vor, während in den Bundestagsdebatten die Ausprägung „4 - Der Terrorismus sollte auf anderem Wege bekämpft werden“ z. B. in Zeitraum t4 und t11 häufig genannt wird.

Die Prototypen des Frames „Sicherheit“

Über den gesamten Untersuchungszeitraum betrachtet, wurde der Frame „Sicherheit“ von politischen Akteuren am häufigsten mit Bezug auf die Soldaten und das Militär (Ausprägung „4“) angewendet. Innerhalb dieser Bezugskategorie bildet die Ursache „99 - Nicht erkennbar/nicht benannt“ die häufigste Ausprägung. Als häufigste Bewertung stellte sich Ausprägung „1 - Die Sicherheit ist gefährdet/Die Gewährleistung der Sicherheit läuft schlecht“ heraus und die am meisten genannte Handlungsempfehlung stellt Ausprägung „99 - Nicht erkennbar/nicht benannt“ dar. Auffällig ist, dass der Gesamt-Prototyp des Sicherheitsframes der Journalisten dieselben Elemente aufweist, wie jener der Politiker (siehe Tabelle 47 und 48). Betrachtet man nun anhand von Abbildung 59-62 den zeitlichen Verlauf der einzelnen Prototypen etwas genauer, dann ist bei Politikern deutlich zu erkennen, wie sich neue Prototypen in t1, t7, t9, t11, t14, t16, t17, t19 und t23 bilden. In Zeitraum t9 beispielsweise ändert sich der Bezug und die Ausprägung „1 - Deutschland/deutsche Bevölkerung“ wird am meisten genannt, wodurch sich der Prototyp auf (1/99/99/99) verändert. Im Gegensatz zum vorherrschenden Prototyp (4/99/1/99) wird bei diesem Bezug folglich keine Bewertung genannt. Zusätzlich dazu stellen der Prototyp (5/99/99/4) in t14, t16 und t19 sowie der Prototyp (4/99/99/1 bzw. 6) in t23 auffällige Abweichungen vom Gesamtbild dar.

Die Sicherheit der Soldaten wird mit der Handlungsempfehlung „6 - Der Militäreinsatz sollte (langfristig) nicht geführt bzw. fortgesetzt werden“ zum Ende des Untersuchungszeitraumes, aber auch schon in t9 angesprochen. In drei Zeiträumen wird der Sicherheits-Frame auf „5 - Absicherung des Wiederaufbaus“ bezogen, wodurch sich die Bewertung zu „99“ verändert und mit „4 - Der Militäreinsatz sollte geführt bzw. fortgesetzt werden“ eine konkrete Handlungsempfehlung für den Einsatz gegeben wird.

Bei den Journalisten ändern sich die einzelnen Prototypen besonders häufig in der ersten Hälfte des Afghanistan-Einsatzes.

Tabelle 4: Die Prototypen des Sicherheitsframes in den Medien

Zeiträume (t)	Bezogen auf	Ursache abhängig von Bezogen auf	Ursache Anteil	Bewertung abhängig von Bezug auf	Bewertung Anteil	Handlungsempfehlung abhängig von Bezug auf	Handlungsempfehlung Anteil	Gesamtanzahl an Sicherheitsframes pro Zeitraum
1	5	99	89,5%	99	78,9%	99	35,0%	41
2	4	99	73,3%	99	50,0%	1	46,7%	36
				1	50,0%			
3	4	99	75,0%	1	50,0%	99	100,0%	6
4	4	1	50,0%	4	66,2%	99	100,0%	9
5	4	1	50,0%	1	62,2%	99	88,9%	55
6	5	99	89,7%	99	75,9%	99	28,6%	57
7	97	99	100,0%	1	100,0%	99	100,0%	1
8	4	99	41,2%	1	60,0%	99	88,2%	47
		1	41,2%					
9	4	1	100,0%	1	100,0%	99	100,0%	1
10	4	99	71,4%	1	57,1%	99	71,4%	16
12	4	99	57,1%	1	100,0%	99	71,4%	10
13	4	99	77,8%	1	55,6%	99	60,0%	17
14	4	1	57,1%	1	30,8%	99	92,3%	50
				99	30,8%			
15	4	1	50,0%	1	50,0%	99	100,0%	4
		99	50,0%	4	50,0%			
16	4	99	80,0%	1	80,0%	99	60,0%	12
17	4	1	66,7%	1	66,7%	98	66,7%	5
18	4	99	63,9%	1	54,3%	99	66,7%	53
19	4	99	72,7%	1	59,1%	99	90,9%	36
20	4	99	50,0%	1	75,0%	99	75,0%	9
21	4	99	66,7%	1	55,6%	99	77,8%	12
23	4	99	71,4%	99	42,9%	99	85,7%	9

So entsprechen die Prototypen in t5, t8, t9, t14 und t17 nicht mehr dem ursprünglichen Prototypen von (4/99/1/99), sondern es wird die konkrete Ursache „1 - Instabile Lage/Innerstaatliche Konflikte in Afghanistan“ genannt, der Prototyp (4/1/1/99) überwiegt. Ein Wechsel in Ursache und Bewertung findet wiederum in t4 und t15 statt, wo sich der Prototyp auf (4/1/4 bzw. 1/99) verändert und die Sicherheitslage mit Ausprägung „4“ als verschlechtert bewertet wird. Ändert sich jedoch der Bezug des Sicherheitsframes von „4 - Soldaten/Militär“ auf „5 - Zivile und sonstige Hel-

fer/Absicherung des Wiederaufbaus“, so ist festzustellen, dass keine weiteren Elemente mehr benannt werden, der Prototyp setzt sich aus (5/99/99/99) zusammen (siehe Abbildung 63-66).. Zusammenfassend kann daher im zeitlichen Verlauf festgestellt werden, dass sich die Prototypen der Politiker in den einzelnen Zeiträumen besonders in ihren Bezügen als auch Handlungsempfehlungen verändern, während sich die journalistischen Prototypen deutlich häufiger in dem Element „Ursache“ ändern und nur im Zeitraum t2 eine konkrete Handlungsempfehlung geben.

Überprüft man diese Feststellung nun anhand der Häufigkeitsverteilungen der letzten drei Frame-Elemente, so wird dieses Bild bestätigt. Trotz Überlegenheit der Ausprägung „99“ nennen Journalisten besonders in t5, t8, t14 und t18 die Ursache „Instabile Lage/Innerstaatliche Konflikte in Afghanistan“, während bei Politikern in allen Zeiträumen eine deutliche Dominanz der Ausprägung „99“ zu erkennen ist. In Anbetracht des übereinstimmenden Gesamtprototypen (4/99/1/99) ist für das Element „Bewertung“ festzustellen, dass bei beiden Akteursgruppen die Graphen der beiden meistgenannten Ausprägungen „1“ und „99“ stark schwankend verlaufen. Das bei den Prototypen festgestellte Ergebnis wird auch in Abbildung 97-102 bestätigt. Zwar nennen Journalisten in t2, t6 und t18 häufiger die Handlungsempfehlungen „1 - Die Sicherheit sollte/muss gewährleistet werden“ und/oder „4 - Der Militäreinsatz sollte/muss geführt werden“, nichtsdestotrotz klafft zwischen den Häufigkeiten dieser Ausprägungen und der Ausprägung „99“ eine große Lücke. Bei Politikern dagegen dominiert die Ausprägung „99“ nicht so stark, wie bei den Journalisten. Politiker nennen die Handlungsempfehlung „1“ in fast allen ISAF Zeiträumen sehr häufig, wobei diese zusammen mit Ausprägung „4“ in t14 und t16 ein besonders starkes Wachstum aufweist.

Die Prototypen des Frames „Humanitäre Lage“

Die Humanitäre Lage Afghanistans ist sowohl bei Politikern als auch Journalisten das insgesamt am zweithäufigsten genannte Argumentationsmuster. Beide Akteure haben überwiegend mit dem Prototypen (97/99/99/99) argumentiert (siehe Tabelle 49 und 50). In den Bundestagsdebatten jedoch verändern sich die Prototypen in den einzelnen Zeiträumen teilweise (siehe Abbildung 67-70). So ändert sich in den ersten Jahren z. B. der Bezug „6 - Ausbildung von Polizei und Armee“ als auch die Handlungsempfehlungen „1 - Die humanitäre Lage sollte verbessert werden“ und „4 - Der Wiederaufbau des Landes sollte auf anderem Wege vorangebracht werden“. Es entstehen Typen nach den Mustern (6/99/99/99), (97/99/99/1) und (97/99/3/1 bzw. 4). In der Mitte des Untersu-

chungszeitraumes hingegen werden die Prototypen nur mit den Handlungsempfehlungen „3 - Der Militäreinsatz sollte anders geführt werden“ (t12 & t14) und „1 - Die humanitäre Lage sollte verbessert werden“ (t13) vervollständigt. Im Vergleich zu Politikern fällt bei Journalisten besonders auf, dass die Prototypen häufiger durch den konkreten Bezug „6“ aber auch „5 - Staat/Verwaltung/ Politisches/System/Aufbau der Zivilgesellschaft“ komplettiert werden (siehe Abbildung 71-74). Speziell in den Zeiträumen t18 bis t23 wird häufig von Ausbildungsarbeiten („6“) gesprochen. Die Prototypen (6/99/ 99/1), (6/99/99/3) und (6/99/99/99) bilden in diesen Phasen die am häufigsten vorkommenden Musterbeispiele. Während in Zeitraum t7, t9 und t23 jeweils eine Bewertung genannt wird, wird das Element „Ursache“ in der medialen Debatte zu keinem Zeitpunkt konkretisiert. Die Bewertung „2 - Die humanitäre Lage ist gut/Der Wiederaufbau läuft gut“ tritt bei beiden Akteursgruppen im letzten Zeitraum t23 in Form des Prototyps (99/99/2 bzw. 99/99) auf.

Betrachtet man die Elemente nun nochmals ohne den Zusammenhang mit dem framedefinierenden Element „Bezogen auf“ (siehe Abbildung 103-108), so wird deutlich, dass das Element „Ursache“ sowohl bei Politikern als auch bei Journalisten in jedem der 23 Zeiträume von der Ausprägung „99“ dominiert wird. Zwar steigt in den Zeiträumen t14 und t16 bei Politikern der Anteil der Ursache „5 - Das internationale Engagement in Afghanistan“, und bei Journalisten der Anteil der Ursache „2 - Schlechte Regierungsführung“, doch nehmen diese Ausprägungen im Vergleich zur „99“ keine prototypische Stellung ein.

Wie schon bei den Ursachen setzt sich auch die Bewertung „Nicht erkennbar/ nicht benannt“ bei den Journalisten in allen Zeiträumen stärker von den übrigen Ausprägungen ab, als sie es bei den Politikern tut. In Zeitraum t19 besteht zwischen der Ausprägung „99“ und der nächst häufigsten konkreten Bewertung „1 - Die humanitäre Lage ist schlecht/Der Wiederaufbau läuft schlecht“ ein Unterschied von 52 Nennungen. Abgeordnete des Bundestags hingegen argumentieren zwar in 21 der 23 Zeiträume ebenfalls am häufigsten ohne erkennbare Bewertung, jedoch werden zusätzlich dazu vermehrt andere Ausprägungen benannt. Jeweils in den Zeiträumen t5, t6, t8, t10, t14, t16, und t19-t22 gibt es einen Anstieg der Ausprägungen „1 - Die humanitäre Lage ist schlecht/Der Wiederaufbau läuft schlecht“, „2 - Die humanitäre Lage ist gut/Der Wiederaufbau läuft gut“ sowie „6 - Die humanitäre Lage hat sich verbessert“. In t14 werden dabei mehr als doppelt so viele Frames mit negativer Bewertung (Ausprägung „1“), als mit positiver Bewertung (Ausprägung „2“) genannt. Die-

se negative Bewertung steigt in der politischen Debatte zu t23 nochmals extrem an, wobei sie medial völlig verschwindet.¹⁸

Wie in Abbildung 105 und Abbildung 108 deutlich wird, gibt es bei den Handlungsempfehlungen der Politiker und der Journalisten mehr Übereinstimmungen als bei den anderen Elementen des Frames „Humanitäre Lage“.

In den Zeiträumen t4, t6, t12, t14, t16, t18, t19 und t20 steigt nicht nur die Zahl der vorherrschenden Ausprägung „99“, sondern auch andere Handlungsempfehlungen werden bei beiden Akteuren häufiger genannt: So wird in den Medien beispielsweise in t14, t19 und t6 besonders häufig empfohlen die humanitäre Lage zu verbessern (Ausprägung „1“), den Militäreinsatz zu führen (Ausprägung „2“) bzw. ihn anders zu führen (Ausprägung „3“). Zusätzlich zu diesen Empfehlungen wird in der Politik in den besagten Zeiträumen auch die Ausprägung „4 - Der Wiederaufbau sollte auf anderem Wege vorangebracht werden“ genannt.

Die Prototypen des Frames „Instabilität“

Der Frame „Instabilität“ ist das von Politikern und Journalisten mit Abstand am häufigsten vorgebrachte Argumentationsmuster zum Afghanistan-Einsatz. Sowohl bei Politikern als auch bei Journalisten setzt sich der in den meisten der 23 Zeiträume vorhandene Prototyp aus dem konkreten Bezug „4“ und der Ausprägung „99 - Nicht erkennbar/nicht benannt“ bei den Elementen „Ursache“, „Bewertung“ und „Handlungsempfehlung“ zusammen (4/99/99/99) (siehe Tabelle 51 und 52). Die Ausprägung „4“ des Elements „Bezogen auf“ beinhaltet sowohl “Instabilität/Stabilität in Afghanistan“ als auch “Konflikte zwischen verschiedenen Akteuren/Bevölkerungsgruppen“.

Im zeitlichen Verlauf ist auffällig, dass sich die einzelnen Prototypen der 23 Zeiträume bei beiden Akteuren nur sehr selten voneinander unterscheiden (siehe Abbildung 75-78). So wird das Element „Bezogen auf“ bei keinem der beiden Akteure weiter konkretisiert oder verändert. Auch tritt bei Politikern lediglich die Bewertung „1 - Die Lage ist instabil/Der Stabilisierungsprozess läuft mangelhaft“ als Bewertung auf, wodurch sich in den Zeiträumen t1, t2, t3, t4, t11, t13 der neue Prototyp

¹⁸ Es ist zu beachten, dass Politiker in t23 mehr Argumentationsmuster angeführt haben, als dies bei Journalisten der Fall ist.

(4/99/1/99) bzw. (4/99/1 bzw. 99/ 99) bildet. In den Zeiträumen t14, t16, t21 und t22 nennen Politiker vermehrt die Handlungsempfehlung „2 – Der Militäreinsatz sollte geführt bzw. fortgesetzt werden“. In Zeitraum t22 werden die vollständigsten Instabilitätsframes der gesamten politischen Debatte vorgebracht. Mit dem Prototyp (4/3/99/2 bzw. 7) werden ganze drei der vier Framebestandteile konkret benannt: Der Bezug „4“, die Ursache „3 - Internationales Engagement in Afghanistan“ und als Handlungsempfehlungen „2 - Der Militäreinsatz sollte geführt bzw. fortgesetzt werden“ und „7 - Afghanistan sollte (dazu befähigt werden) selbst die Verantwortung für die Stabilisierung (zu) übernehmen“.

Demgegenüber nennen Journalisten in keinem der Zeiträume eine Ursache. Es gibt nur drei verschiedene Prototypen über alle Zeiträume hinweg, wobei sich auch der Bezug in keinem der drei Musterbeispiele ändert (siehe Abbildung 79-82). Neben dem Gesamtprototypen (4/99/99/99) wird in den Zeiträumen t3, t4, t7, t8, t9, t12, t15 und t20 die Bewertung „1 - Die Lage in Afghanistan oder der Region ist instabil/Der Stabilisierungsprozess läuft mangelhaft“ genannt und in Zeitraum t23 die Handlungsempfehlung „7 - Afghanistan sollte (dazu befähigt werden) selbst die Verantwortung für die Stabilisierung zu übernehmen“. Es entstehen die zwei neuen Prototypen (4/99/1/99) und (4/99/99/7).

Im Rahmen der anschließenden Häufigkeitsanalyse können diese Ergebnisse bestätigt werden (siehe Abbildung 109-114). Das Element „Ursache“ verändert bei Politikern und Journalisten kaum. Die Ausprägung „99“ überwiegt in allen Zeiträumen und lediglich die Ursache „3 - Internationales Engagement in Afghanistan“ wird in den Zeiträumen t14, t15, t16, t19 und t22 häufiger genannt.

Wie bereits bei den Prototypen festgestellt wurde, nennen beide Akteure kaum eine Bewertung. Wird dieses Element jedoch benannt, dann hauptsächlich mit „1 - Die Lage in Afghanistan/der Region ist instabil/Der Stabilisierungsprozess läuft mangelhaft“. Unterschiede lassen sich allerdings im Gebrauch der Ausprägungen „2 - Die Lage in Afghanistan/der Region ist stabil/Der Stabilisierungsprozess läuft gut“ und „4 - Die Lage ist instabiler geworden“ feststellen. Politiker gebrauchen Bewertung „4“ vermehrt in t12, t14, t16, t20, t21 und t22 sowie Bewertung „2“ in t2, t10 und t14. Wohingegen in den Medien nur in t12 ein vergleichbarer Anstieg der Bewertung „4“ und in t14 der Bewertung „2“ zu erkennen ist.

Bezüglich der Handlungsempfehlungen gibt es im zeitlichen Verlauf und der Häufigkeit der Nennungen der einzelnen Ausprägungen zahlreiche Unterschiede zwischen politischen und journalistischen Instabilitätsframes. Konkrete Ausprägungen werden bei Politikern häufiger benutzt, als bei Journalisten. Trotzdem kann festgestellt werden, dass beide Akteure sich häufig für den Einsatz aussprechen und die Handlungsempfehlung „7“ und „8“ besonders gegen Ende des Untersuchungszeitraums nutzen. Performatorisch, d.h. mit Ausprägung „3 - Der Militäreinsatz sollte anders geführt werden“, argumentieren beide Akteure in den Zeiträumen t14-16 und t19.

Die Prototypen des Frames „Performanz“

Beide Akteure verwenden auch beim Frame „Performanz“ den gleichen Gesamt-Prototyp. Dieser Prototyp (1/3/2/99) bezieht sich auf die „Arbeit der Bundesregierung/des Verteidigungsministeriums“, nennt „3 - Fehleinschätzungen/Fehlplanungen/falsche Strategie/falsche politische Entscheidungen“ als Ursache, bewertet die Situation mit der Aussage „Die Arbeit/Leistung ist mangelhaft/ungenügend“ und nennt keine konkrete Handlungsempfehlung (siehe Tabelle 53 und 54). Im Gegensatz zu den übrigen vier analysierten Frames ist der Gesamt-Prototyp des Performanz-Frames deutlich vollständiger. Drei der vier Elemente werden explizit benannt.

Über den gesamten zeitlichen Verlauf kommt der Gesamt-Prototyp der Politiker deutlich häufiger vor als der der Journalisten (siehe Abbildung 83-90). Bei diesen tritt der Prototyp (1/3/2/99) lediglich in vier Zeiträumen in exakt dieser Form auf, während er bei Politikern sogar in zwölf der 23 Zeiträume auftaucht. Bei politischen Performanz-Frames sind kaum Veränderungen in der Bewertung zu beobachten. Demgegenüber kann in den Medien bei einer Anzahl von 17 verschiedenen Prototypen von einer starken Veränderlichkeit der journalistischen Prototypen gesprochen werden. So ändern sich z. B. in Zeitraum t3 das Element „Bezogen auf“ und die Bewertung zum Prototypen (3/99/1/99).¹⁹ Die „Arbeit der deutschen/westlichen Soldaten vor Ort“ wird im Gegensatz zur vorherrschenden Bewertung „Die Arbeit/Leistung ist mangelhaft/ungenügend“ als gut/ausreichend bewertet, wie es auch in t13 der Fall ist. Demgegenüber wird die Arbeit der Soldaten im Prototyp des Zeitraum t20 negativ bewertet.

¹⁹ Die Fallzahl der journalistischen Performanzframes ist in Zeitraum t3 sehr gering, leichte Änderungen können daher schneller ins Gewicht fallen.

Zusammenfassend ist für die Prototypen festzustellen, dass sowohl in der politischen, als auch in der medialen Debatte zum Afghanistan-Einsatz kaum Veränderungen der Handlungsempfehlungen und Bewertungen der Prototypen zu erkennen sind. Es ändern sich hauptsächlich die Elemente „Ursache“ und „Bezogen auf“, wobei ein Wandel bei Politikern noch deutlich seltener zu finden ist.

Die Häufigkeitsverteilung der Ursachen unterscheiden sich stark zwischen Parlament und Medien (siehe Abbildung 115-120). Bei Journalisten werden in t2 und t8 sowie in t13-t22 tendenziell mehr konkrete Ursachen mit einer höheren Fallanzahl genannt. Zusätzlich dazu ist bei dem Element „Bewertung“ zu erkennen, dass bei beiden Akteursgruppen die Bewertung „1 - Die Arbeit/Leistung ist mangelhaft/ungenügend“ vor der Ausprägung „2 - Die Arbeit/Leistung ist gut/ausreichend“ am häufigsten genannt wird. In den Medien wird die Leistung jedoch nur in t1, t6, t18, t19 und t21 positiv bewertet, obwohl diese Bewertung in den Bundestagsdebatten in deutlich mehr Zeiträumen angesprochen wird. Schlussendlich lässt sich das Ergebnis der Prototypen auch anhand der letzten beiden Abbildungen 117 und 120 zur Häufigkeitsverteilung der Handlungsempfehlungen bestätigen. Zwar werden in den Zeiträumen t2, t12, t14, t16, t18 und t19 sowohl bei Journalisten als auch bei Politikern verhältnismäßig viele Handlungsempfehlungen zur Steigerung der Performanz (Ausprägung „2“) gemacht, auf alle Zeiträume gesehen überwiegt dennoch die Ausprägung „99“.

7.3.4 Legitimatorische und performatorische Handlungsempfehlungen

Neben dem Element „Bezogen auf“ bietet sich auch das Frame-Element „Handlungsempfehlung“ für eine Analyse zur Dynamik der Argumentationsmuster an. In Anlehnung an Mermin (siehe Kapitel 2.4.4) kann mit Hilfe der Handlungsempfehlungen untersucht werden, ob die Zahl der performatorischen bzw. legitimatorischen (Teil-)Aussagen bei Journalisten im Laufe der Jahre ansteigt bzw. abfällt. Die Analyse beschränkt sich ausdrücklich auf die Handlungsempfehlungen, da bei allen anderen Frame-Elementen keine eindeutige Einteilung in legitimatorische bzw. performatorische Aussagen möglich ist. Zusätzlich dazu beschränkt sich die Analyse auf die Medien, denn nur diese Akteure werden in Mermins These genauer thematisiert.

Um nun jedoch die Anzahl dieser beiden Handlungsempfehlungskategorien in den einzelnen Zeiträumen zählen zu können, muss vorab definiert werden, was genau eine legitimatorische und was eine performatorische Handlungsempfehlung ist: Während legitimatorische Handlungsempfehlungen sich mit der Frage „Ob der Einsatz geführt wird?“ auseinandersetzen, setzen sich performatori-

sche Handlungsempfehlungen mit der Frage „Wie der Einsatz geführt wird“ auseinander. Dementsprechend wurden die generell bei fast allen Frames vorhandenen Handlungsempfehlungen „Der Militäreinsatz sollte anders geführt werden“, „Das *Thema* sollte auf anderem Wege vorangebracht/bekämpft werden“, „Afghanistan sollte (dazu befähigt werden) selbst die Verantwortung für das *Thema* (zu) übernehmen“ und „Es sollte ein verantwortungsvoller Abzug stattfinden“ als performatorische Handlungsempfehlungen zusammengefasst.²⁰ Auch die framespezifische Handlungsempfehlung des Performanzframes „2 - Die Performanz muss gesteigert werden“ fällt in diese Kategorie. Alle übrigen Handlungsempfehlungen, mit Ausnahme der Ausprägungen „99 - Nicht erkennbar/nicht benannt“ und „98 - Sonstige“, wurden in der Kategorie legitimatorische Handlungsempfehlungen zusammengefasst.²¹

Wie sich bei der Auswertung zeigt, gibt es in den Medien insgesamt 1.257 (25,9%) legitimatorische und 570 (11,7%) performatorische von 4.841 Handlungsempfehlungen (siehe Tabelle 55).²² Dabei wird deutlich, dass im gesamten Zeitraum der Anteil eben dieser legitimatorischen Aussagen bei durchschnittlich 24% liegt. Ein starker Kontrast zu den performatorischen Handlungsempfehlungen. Hier zeigt sich, dass der größte Anteil von 31% in Zeitraum t22 zu finden sind, wohingegen der durchschnittliche Anteil bei circa 12,5 % liegt. Der Anteil der legitimatorischen Handlungsempfehlungen erreicht sein Minimum mit 14,3% in Zeitraum t7, die wenigsten performatorischen Aussagen werden in Zeitraum t11 getätigt.

Betrachtet man den gesamten zeitlichen Verlauf in Abbildung 121 im Vergleich, dann zeigt sich, dass bei den performatorischen Handlungsempfehlungen in den ersten sieben Zeiträumen keine signifikante Veränderung festzustellen ist, erst mit dem elften Zeitraum ist ein Unterschied zu erkennen. Der Anteil der legitimatorischen Handlungsempfehlungen hingegen ist stärker schwankend und fällt in t12 ab. Eine gegensätzliche Entwicklung, die ebenso in den Zeiträumen t13-16 zu entde-

²⁰ Mit *Thema* ist das spezifische Frame-Thema, wie z. B. „Terrorismus“ gemeint.

²¹ Zur genauen Kategorisierung nach legitimatorischen und performatorischen Handlungsempfehlungen sind Kennzeichnungen im Codebuch angebracht.

²² Die Zahl der Handlungsempfehlungen übersteigt die Gesamtzahl der Frames von 10.072 aufgrund der Mehrfachnennungen, die bei der Benennung von Handlungsempfehlungen möglich ist.

cken ist. Obwohl die Anzahl beider Handlungsempfehlungen ab 2011 (t21) steigt, ist der Anteil der performatorischen Handlungsempfehlungen ab diesem Zeitraum größer, als der Anteil der legitimatorischen Empfehlungen. In t22 besteht gar ein Unterschied von 7,7%.

7.3.5 Die Komplexität der Frames

Die Frage nach der Veränderlichkeit von Vollständigkeit und Länge von Frames kann ebenfalls Aufschluss über die Dynamik der Argumentationsmuster liefern. Ein Frame muss nicht bei jeder Codierung alle Elemente aufweisen. Die Kategorien „Ursache“, „Bewertung“ und „Handlungsempfehlung“ können als nicht vorhanden codiert werden, wenn sie nicht explizit im Text enthalten sind. Der Frame verliert folglich an Vollständigkeit. Die Frame-Elemente „Themendefinition“ und „Bezogen auf“ konnten per Definition nicht als fehlend codiert werden.²³ Zusätzlich dazu kann auch die Länge eines Frames Aufschluss über die Ausführlichkeit der Debatte geben. Sie wurde mit den Ausprägungen „1 - Einzelnes Wort, Wortgruppe, Satzteile oder ganzer Satz“, „2 - Mehrere Sätze/ganzer Absatz“ und „3 - Mehrere Absätze/ganzer Text“ erhoben.

Das Parlament

Es ist festzustellen, dass die Redner zu den einzelnen Mandatsverlängerungen insgesamt bei lediglich 505 Frames vollständig argumentiert haben. Bei 4.867 von 5.700 politischen Frames fehlt mindestens ein Element (siehe Tabelle 56). Der Hauptanteil (52%) dieser 4.867 Frames besteht aus Frames, bei denen zwei Bestandteile nicht genannt werden. Im Gegensatz zum Gesamtdatensatz liegt der Anteil an Argumentationsmustern mit einem fehlenden Element mit insgesamt 32% um höher, während der Anteil der Frames mit drei fehlenden Elementen auf insgesamt 16% sinkt. Der zeitliche Verlauf der Vollständigkeit der politischen Frames zeigt auf den ersten Blick sehr viele Schwankungen zwischen den einzelnen Zeiträumen. Auffallend ist dabei, dass sich die Dominanz von Frames mit zwei fehlenden Elementen stringent in jedem Zeitpunkt von t1-t23 durchsetzen kann. Anhand

²³ Wurde eine Themendefinition nicht genannt, konnte der gesamte Frame nicht codiert werden. Eine „99 – nicht erkennbar/nicht benannt“ in der Kategorie „Bezogen auf“ führte dazu, dass das Thema als allgemein angesprochen gesehen wurde. „99“ im „Bezogen auf“ beim Terrorismusframe z. B. bedeutet „Terrorismus allgemein“.

von Abbildung 122 lässt sich von t15 bis t21 eine rückläufige Tendenz der unvollständigsten Frames beobachten.

Bezüglich der Länge der politische Frames lässt sich feststellen, dass die Ausprägung „1 - Einzelnes Wort, Wortgruppe, ganzer Satz“ über 21 Zeiträume hinweg bei mehr als der Hälfte aller genannten parlamentarischen Frames auftritt (siehe Tabelle 58). Die Zahl der längeren Frames mit den Ausprägungen „2“ und „3“ nimmt im späteren Verlauf der Debatte von t18 (35,3%) bis t21 (50,2%) sichtbar zu.

Die Medien

Ergänzend zu den politischen Frames kann bei der medialen Reflexion festgestellt werden, dass Journalisten über alle Zeiträume hinweg 236 komplette Frames verwenden, während die restlichen 4.464 Frames als teilweise bis stark unvollständig angesehen werden können (Tabelle 57). 49% dieser 4.464 Frames haben zwei, 26% haben drei und 25% haben ein fehlendes Frame-Element. Im zeitlichen Verlauf spiegelt sich dies wie folgt wider: In allen Zeiträumen dominieren bei den Journalisten Frames mit zwei fehlenden Elementen. Ausnahme ist lediglich Zeitraum t11 bei dem Frames mit drei fehlenden Elementen am häufigsten vorkommen (48%).²⁴ Ab t11 sinkt die Zahl der Frames mit zwei und drei fehlenden Elementen und die Frames der Journalisten werden konstant länger (siehe Abbildung 123).

Zusätzlich dazu ist in Tabelle 59 zu erkennen, dass die Frames der Journalisten überwiegend sehr kurz sind. Zu jedem Zeitraum weisen mindestens 51,6% (t21) die Länge „1“ auf. Demgegenüber bilden Frames der Länge „3“ in jedem Zeitraum den geringsten Anteil aller Frames. Lediglich in Zeitraum t9 gibt es genauso viele Frames der Länge „3“ (23,5%) als auch der Länge „2 - Mehrere Sätze/ganzer Absatz“ (23,5%). In den Zeiträumen t13-t21 ist zu beobachten, dass sich das Verhältnis von kurzen (Ausprägung „1“) und längeren Frames (Ausprägung „2“ und „3“) stetig zu Gunsten

²⁴ Zeitraum t11 ist zusammen mit Zeitraum t9 der Untersuchungszeitpunkt in dem am wenigsten journalistische Frames genannt wurden. Leichte Veränderungen fallen in diesen beiden Zeiträumen daher besonders auf.

längerer Frames verschiebt.²⁵ So steigt der Anteil der längeren Frames von 27% in t13 auf 48,4% in t21.

Der Vergleich zwischen Parlament und Medien

Journalisten verwenden insgesamt seltener vollständige Frames (5%), als es Politiker (9,4%) tun. Vor allem in den Zeiträumen bis t14 spielen die Frames mit drei fehlenden Elementen bei Journalisten eine bedeutendere Rolle als bei den Politikern. In der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums kann man allerdings erkennen, dass die Frames beider Akteursgruppen, ungeachtet leichter Unterschiede, vollständiger werden (siehe Abbildung 122 und 123).

Bei einem Vergleich der Politiker und Journalisten zur Länge ihrer Frames pro Zeitraum wird deutlich, dass bei beiden Akteuren Frames, die höchstens einen Satz lang sind am stärksten vertreten sind (siehe Tabelle 58 und 59). Bei den Journalisten jedoch liegt der Anteil der Ausprägung „1 - Einzelne Wörter, Wortgruppe, ganzer Satz“ mit durchschnittlich 65,7% höher, als bei den Politikern mit durchschnittlich 57%. Des Weiteren lässt sich bei beiden Akteuren eine Tendenz zu längeren Frames in den späteren Zeiträumen feststellen, die bei den Medien nur bis Zeitraum t21 deutlich zu erkennen und bei Politikern wesentlich stärker ausgeprägt sind.

7.3.6 Zeitlicher Verlauf: Frames als Argumente für oder gegen den Einsatz

Die Analyse, ob Frames zur Argumentation für oder gegen den Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch verwendet werden, bietet die Möglichkeit, sowohl Konsens unter den Akteuren als auch das allgemeine Stimmungsbild zu überprüfen.

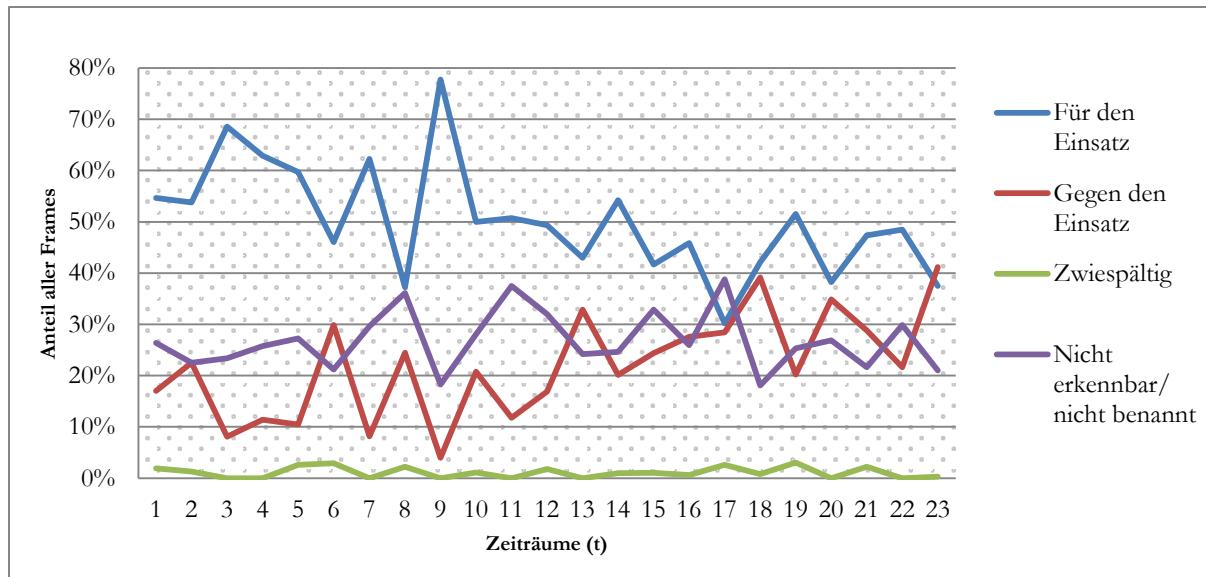
Die Politiker

Parlamentarier nutzen dabei knapp die Hälfte (49%) aller genannten Frames mit einer Tendenz für den Einsatz, nur bei 23% aller politischen Frames ist eine eindeutig einsatzablehnende Tendenz zu erkennen (siehe Abbildung 124). 26% aller 5.372 Frames haben keine eindeutige Tendenz. In den ersten Jahren des Einsatzes bis Ende 2004 ist der Anteil der Pro-Frames deutlich höher als der Anteil der Contra-Frames (siehe Tabelle 60). Einsatzbefürwortende Frames erreichen in t3 und t9 gar

²⁵ Ausnahmen stellen die Zeiträume t16 und t19 dar.

einen Höchstanteil von 68,5% (t3) und 77,5% (t9)²⁶. Ab 2005 ist jedoch zu beobachten, wie sich die Werte der einsatzbefürwortenden und die der einsatzablehnenden Frames immer mehr aneinander angleichen. Sie nähern sich in t18 und t20 mit jeweils 42,1% zu 39,1% und 38,3% zu 34,8% immer mehr an, bis die einsatzablehnenden Argumente in t23 mit 41,2% zu 37,5% sogar die Überhand gewinnen.

Abbildung 9: Die Tendenz aller Frames im Parlament im zeitlichen Verlauf



Zusätzlich dazu kann in der Trendlinienabbildung 126 ein eindeutig ansteigender Trend der Frames gegen den Einsatz sowie ein gegenläufiger Trend der Argumente für den Einsatz beobachtet werden.

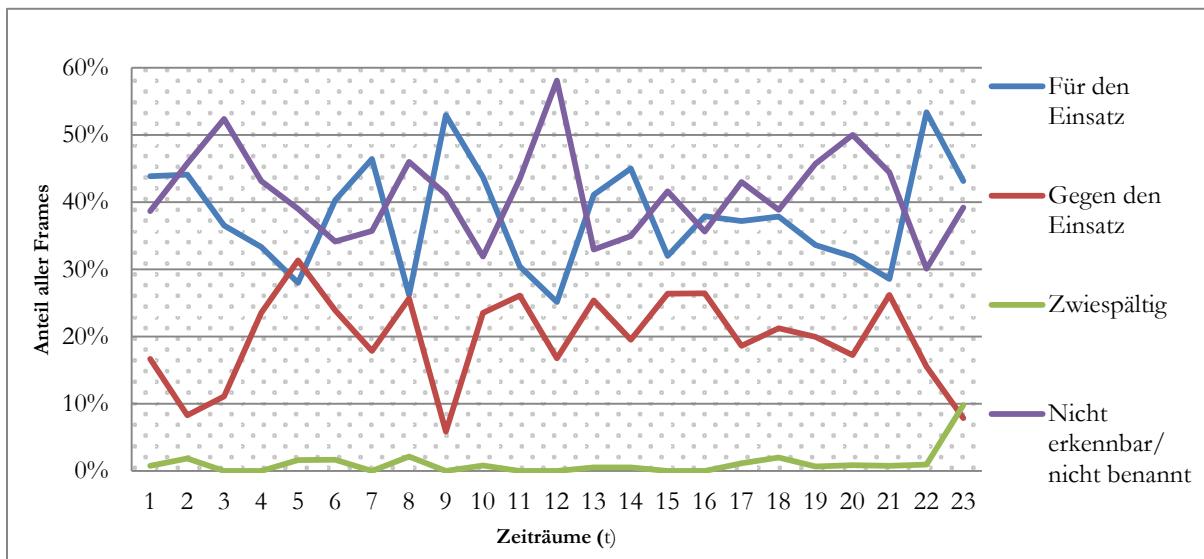
Die Journalisten

Innerhalb der medialen Debatte um den Afghanistan-Einsatz sieht die Häufigkeitsverteilung der einsatzbefürwortenden und einsatzablehnenden Argumentationsmuster tendenziell ähnlich aus, wie bei den Politikern. Auch Journalisten nutzen bei insgesamt 4.700 Frames in etwa zweimal mehr Argumente für den Einsatz (39%) als gegen den Einsatz (20%) (siehe Abbildung 127). Interessant ist dabei, dass Frames, die keiner Tendenz zuzuordnen sind, mit 41% sogar tendenziell häufiger ge-

²⁶ Die Fallzahlen dieser beiden Zeiträume sind im Vergleich zu Zeiträumen, wie t1, t14 oder t16 recht gering.

nannt werden als Pro-Argumente. Für die einzelnen Zeiträume bedeutet dies, dass in den Zeiträumen t1, t6, t7, t9, t10, t13, t14, t16 und t23 einsatzbefürwortende Argumente vorherrschen, während in den übrigen Zeiträumen vor allem Frames ohne Tendenz genannt werden:

Abbildung 10: Die Tendenz aller Frames in den Medien im zeitlichen Verlauf



Komplementär zu diesen beiden Ausprägungen verhält sich der Anteil von einsatzablehnenden Frames: Während er in t1, t2, t3 und t9 noch sehr niedrig ist, steigt der Anteil der Contra-Argumente von t10 bis t21 auf ein Niveau von 16-26% an, um dann in den letzten beiden Zeiträumen wieder auf 7,8% abzusinken. Frames, bei denen die Tendenz nicht eindeutig zugeordnet werden konnte, wurden als „zwiespältig“ vermerkt. Sie sind über den gesamten Einsatzzeitraum auf dem niedrigsten Niveau. Zusammenfassend kann kein besonders auffällig ansteigender bzw. abfallender Trend für die vier Ausprägungen festgestellt werden (siehe Abbildung 129).

Bei genauerer Untersuchung der Tendenzen innerhalb der einzelnen Medien wird schnell deutlich, dass diese nicht alle dem Gesamtbild entsprechen und sich teils stark unterscheiden (Tabelle 61 und Abbildung 130). So ist beispielsweise die SZ die einzige Zeitung, die mit 450 von 996 Frames (45%) mehr einsatzbefürwortende Argumente nennt, als Argumente ohne Tendenz. Im Gegensatz zum Gesamtverhältnis ist das Verhältnis von Pro- und Contra-Argumenten bei der SZ und bei der Zeitschrift Focus (106 Frames) besonders auffällig. Frames mit einer Tendenz für den Einsatz treten fast dreimal so häufig auf, wie Frames mit einer Tendenz gegen den Einsatz (SZ: 45% zu 14% / Focus:

41% zu 13%). Ferner fällt die Zeitschrift Spiegel ins Auge, da sie als einziges Medium mehr einsatzablehnende (29%) als einsatzbefürwortende Argumente (26%) verwendet. Zusammen mit der taz, die in 25% der Fälle einsatzablehnend und in 37% der Fälle für den Bundeswehreinsatz am Hindukusch spricht, sind dies die Medien, die tendenziell am häufigsten gegen den Einsatz argumentiert haben. Alle übrigen Medien entsprechen mit ihrem Pro-/Contra-Verhältnis von circa zwei zu eins dem Durchschnitt, wobei die Bild Zeitung sich durch ihren hohen Anteil an Argumenten ohne Tendenz von der FAZ, der FR und der Welt abgrenzt.

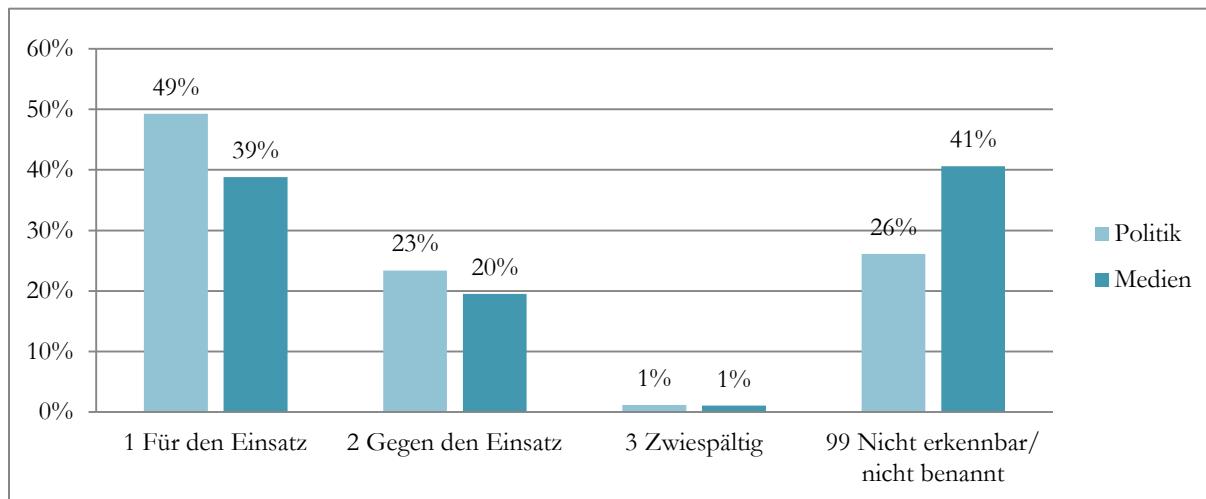
Der Vergleich zwischen Politikern und Journalisten

Beide untersuchten Akteursgruppen ähneln sich in beinahe allen Zeiträumen dahingehend, dass die Tendenz „Für den Einsatz“ gegenüber der Tendenz „Gegen den Einsatz“ überwiegt. Lediglich in t5 überwiegt die Tendenz „Gegen den Einsatz“ bei den Journalisten, während in t23 bei den Politikern die einsatzablehnende Argumentation überhandnimmt.²⁷ Ferner ist festzuhalten, dass sich das Verhältnis der journalistischen Pro- und Contra-Argumente im zeitlichen Verlauf nicht mit dem Verhältnis der politischen Pro- und Contra Argumente deckt. Zwar lässt sich bei journalistischen Frames ohne Zitation ein minimaler Anstieg einsatzablehnender Frames in den letzten Jahren des Einsatzes feststellen, nichtsdestotrotz ist diese Entwicklung bei politischen Frames um einiges stärker, sodass sich dort Pro und Contra gegen Ende die Waage halten.

²⁷ Es ist zu beachten, dass die Fallzahl in beiden Zeiträumen, bei beiden Akteuren verhältnismäßig gering ist und leichte Verschiebungen daher leichter ins Gewicht fallen.

Über alle Zeiträume hinweg ergibt sich daher folgendes Bild:

Abbildung 11: Die Tendenz der Frames im Vergleich zwischen Parlament und Medien



7.4 Zitation im Parlament und in den Medien

Parlamentarier und Journalisten sind nicht bei jedem Frame die Urheber des Frames, sondern greifen auch auf Aussagen von anderen Akteuren zurück. Es ist von zentraler Bedeutung, zu erfassen, welche Akteure von den Politikern oder von den Journalisten zitiert werden.

Das Parlament

In den Reden und Anhängen der Bundestagsprotokolle wird untersucht, welche Akteure von den einzelnen Parlamentariern zitiert werden. Von den insgesamt 563 identifizierten Zitaten verteilen sich 469 (83,3%) auf die zehn am häufigsten zitierten Akteure, die in Tabelle 62 dargestellt werden. Mit einem Anteil von 14,2% dominieren internationale Regierungsorganisationen oder Bündnisse. Darauf folgen afghanische Akteure, wie die afghanische Bevölkerung, die afghanische Regierung oder das afghanische Militär in 67 Fällen (12%) vor deutschen politischen Akteuren wie der Bundesregierung, dem Kabinett oder der Opposition, die insgesamt 62 Mal zitiert wurden (11%). Von den Parteien wird die SPD am häufigsten, nämlich in 10% der Fälle zitiert, darauf folgt Bündnis 90/Die Grünen mit 7%, die FDP mit 6%, die CDU/CSU mit knapp unter 6% und Die Linke mit einem Anteil von lediglich 5,5%. Alle Parteien befinden sich noch unter den zehn am häufigsten zitierten. Zusätzlich zu den Parteien berufen sich Politiker vermehrt auf Experten und Wissenschaftler, wobei diese Gruppe gerade einmal 2,8% der Zitate ausmacht.

Die Medien

Bei der Untersuchung der Zitate in Zeitungen und Zeitschriften fällt auf, dass dort viel häufiger zitiert wurde, als in den Reden im Bundestag bzw. in den Anhängen des Bundestagsprotokolls. So werden bei 2.739 von 4.700 Frames Zitate genannt (siehe Tabelle 63). Bei genauerer Betrachtung lässt sich feststellen, dass Mitglieder der SPD mit einem Anteil von 18% (494 Fälle) am häufigsten zitiert werden. Darauf folgen mit einem Abstand Mitglieder der CDU/CSU mit 14,3% und Mitglieder der Partei Bündnis90/Die Grünen mit 13%. Die am vierhäufigsten zitierten Akteure sind Mitglieder von internationalen Regierungsorganisationen oder Bündnissen mit 7,1%. Es lässt sich folglich ein Unterschied zwischen Politikern und Journalisten feststellen: Die bei Politikern am häufigsten zitierten internationalen Bündnisse werden bei Journalisten vergleichsweise wenig zitiert. Im Anschluss an die Bündnisse folgen in den Medien Zitate der FDP (6,1%) und von afghanische Akteuren (7%). Die Linke wird von den politischen Parteien am seltensten zitiert, nämlich nur in 2,7% der Fälle.

Betrachtet man die in Tabelle 63 dargestellte Liste der am häufigsten zitierten Akteure gesondert nach weiter zusammengefassten Akteursgruppen, dann wird deutlich, dass in etwa der Hälfte der Zitate ein deutscher Politiker zitiert wird. In weiteren 18,8% der Zitate werden andere politische und militärische Akteure zitiert, wie internationale Regierungsorganisationen, Bundeswehr/ Polizei und weitere Akteure aus der deutschen Politik. Mehr als zwei Drittel aller Zitate sind also politischer und militärischer Art. Lediglich 9,2% der Zitierten sind Akteure außerhalb des politischen Systems wie z. B. Experten, Kirchenvertreter, NGOs, Künstler, Gewerkschaften und andere Akteure aus der Zivilgesellschaft. Auffällig ist weiterhin, dass 20,6% der zitierten Argumentationsmuster von ausländischen politischen Akteuren kommen. Darunter fallen unter anderem internationale Regierungsorganisationen, Bündnisse und Akteure aus Afghanistan und anderen Ländern. Im Fall des Afghanistan-Einsatzes hatten vor allem die USA und internationale Organisationen wie NATO und UNO eine Führungsrolle inne, was sich auch in einer relativ häufigen Zitierung von 3,6% bzw. 7,5% widerspiegelt.

8. Ergebnisse der qualitativen Experteninterviews

Ziel der Experteninterviews ist es, den deskriptiven Charakter der Framing-Analyse durch ein erklärendes Element zu ergänzen und somit die Ebene der Frame-Produktion zu beleuchten. Befragt wurden sechs Bundestagsabgeordnete und zwölf Journalisten, die in der Framing-Analyse besonders häufig als Redner im Bundestag bzw. Verfasser von Artikeln auftraten. Die Erkenntnisse aus den Interviews werden hier zusammengefasst vorgestellt. Die Aussagen sind anonymisiert und mit einer internen Nummer versehen. Zur besseren Nachvollziehbarkeit sind die Aussagen von Politikern dabei mit einem „P“ und die von Journalisten mit einem „J“ gekennzeichnet.

Im ersten Teil werden die Erkenntnisse zum Rollenverständnis und Werdegang der Politiker und Journalisten vorgestellt. Im zweiten Teil werden die Bedingungen journalistischer Nachrichtenproduktion im Kontext des Afghanistan-Einsatzes betrachtet. Hier geht es vor allem um die strukturellen Unterschiede zu anderen Themenfeldern, die Arbeitsweise, die Quellenlage und Rechercheweisen. Anschließend werden die Aussagen zum Informations- und Kommunikationsverhalten der Bundestagsabgeordneten zusammengefasst und vorgestellt. Erkenntnisse über die Wirkungsmechanismen zwischen Politik, Medien und Dritten werden dann im vierten Teil beleuchtet. Im letzten Teil werden die Antworten der Befragten zur Einschätzung der Debatte über den Afghanistan-Einsatz genannt. Im Fokus stehen hier die Umgangsweisen mit dem Militäreinsatz in Politik und Medien, wichtige Themen und Schlüsselereignisse sowie der zeitliche Verlauf der Debatte.

8.1 Rollenverständnis der Journalisten

8.1.1 Werdegang und Spezialisierung der Journalisten

Betrachtet den Werdegang der Journalisten, so lässt sich feststellen, dass die Befragten während ihrer universitären Ausbildung vornehmlich gesellschaftswissenschaftliche Studienfächer (J7l, J6b, J8k, J2i, J4e, J4d, J6b, J8k) studiert haben. Keiner der Befragten hat nach eigenen Angaben jedoch im Vorfeld des Journalistenberufs weder eine akademische Spezialisierung in den Bereichen Kriegs- und Krisenberichterstattung noch zu Afghanistan absolviert. Zur Beschäftigung mit diesem speziellen The-

mengebiets führten bei vielen der befragten Journalisten überwiegend redaktionelle Umstände²⁸. Manche von ihnen erklärten, dass sie eher zufällig zu dem Ressort gekommen seien, weil die redaktionellen Stellen neu besetzt werden mussten (J3f), kein anderes Reaktionsmitglied diesen Bereich abdecken wollte (J5a) oder dies aus fachlichen Gründen nicht konnte (J2c).

J71, J1h und J2c erläuterten, dass sie im Rahmen der redaktionellen Verantwortlichkeit über bestimmte politische Parteien oder die Betreuung der Berichterstattung über politischer Ämter wie dem Bundeskanzler-Amt, mit dem Ressort Außenpolitik und dem Afghanistan-Einsatz in Berührung gekommen seien.

Insgesamt lässt sich hinsichtlich des journalistischen Werdegangs und der Spezialisierung auf das Themenfeld festhalten, dass nach diesen Erkenntnissen keine bedeutende akademische Ausbildung bei den Journalisten im Feld der Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik zu erkennen ist. Auch die Besetzung der Ressortzuständigkeit scheint in der Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik in hohem Maße von redaktionellen (Um-)Strukturierungen und weniger durch akademisches Fachwissen bestimmt zu sein. Dies könnte allerdings wieder durch die geringe akademische Spezialisierung auf das Themenfeld der Befragten während des Studiums zurückzuführen sein.

8.1.2 Qualitätsmerkmale der Berichterstattung

Angesprochen auf Qualitätsmerkmale der Berichterstattung lassen sich verschiedene Kategorien identifizieren. So stellt J3f klar, dass auch Journalisten ihre Berichterstattung legitimieren müssen, beispielsweise anhand der Relevanz des Themas:

Wenn ich eine Meinung äußere, muss ich die auch begründen und genauso muss ich natürlich meine Berichterstattung legitimieren. Ich muss sagen, ist das Thema relevant? (...) In gewisser Weise muss ich mich auch vor meinen Lesern legitimieren, als jemand, der ernst zu nehmen ist, der sich mit diesem Thema ernsthaft auseinandersetzt, der da kein dummes Zeug erzählt.

Der Journalismus muss sich jedoch nicht nur selbst legitimieren, sondern bietet als öffentliches Forum auch indirekt für andere die Möglichkeit der Legitimation ihres Handelns. Deshalb stellt sich im

²⁸ Wie dies eine Auswirkung auf die Berichterstattung im zeitlichen Verlauf haben könnte, wird in Kapitel XXXX (dort, wo etwas über Orientierungs- und Routinephase steht)

Rahmen der Qualitätskriterien der Berichterstattung auch die Frage der Ausgewogenheit. Dazu äußert sich J5a:

Wenn Sie beispielsweise einen Bericht haben über den Afghanistan-Einsatz, da ist eine Grundlage die Debatte im deutschen Bundestag. Da wird ja im Vorhinein eine Debatte stattfinden, da haben sie ja alle Meinungen, die werden ja auf dem Tablett präsentiert. Dann sollte man sich auch selbst einen Tritt in den Hintern geben und sagen: Selbst wenn der eine oder andere da nichts Neues sagt, dann wenigstens noch zur Abrundung des Gesamtbildes einen Absatz zu den Opfern, damit alle Meinungen dargestellt sind.

Eine vollständige Ausgewogenheit wurde jedoch von den sich äußernden Journalisten nicht gefordert. Denn nach J2c könnte Ausgewogenheit meist nicht in einem einzigen Beitrag geleistet werden. Wichtig sei aber, dass die eigene Perspektive offen gelegt würde, und dass man auch andere Stimmen zu Wort kommen ließe und divergierende Positionen einbeziehen würde (J4e).

Bezüglich des Gütekriteriums Objektivität bietet sich ein ähnliches Bild. Nach J8k ist sicher: „Absolute Objektivität kann und wird es nie geben“. Denn wie auch J2g beschreibt, sei Objektivität ein „hehres Ideal, dem man nacheifern kann, aber das man nie erreichen wird“. Dieses Bild wird von mehreren der befragten Journalisten geteilt. Es gehe also darum, verschiedene Meinungen und Stimmen in die Berichterstattung und Urteilsbildung einzubeziehen. So verdeutlicht J2c:

Ich muss auch Dinge, die ich auf den ersten Blick blöd oder falsch finde rein lassen, verarbeiten, mich damit auseinandersetzen, überprüfen, die Gegenseite hören und mit allen reden. Und so entsteht ein Bild, [das] ein Angebot der inneren Elaboration ist.

Das bedeutet, dass die Berichterstattung nicht „wahrhaftig“ sei, sondern die Ansicht des Autors widerspiegelt, er aber innerhalb seiner subjektiven Wahrnehmung möglichst kompetent schreibe (J2c). Einige Journalisten verdeutlichten weitergehend die Wichtigkeit von Transparenz in der Berichterstattung. Dazu gehöre nicht nur, die eigenen Quellen aufzudecken und zu begründen, sondern auch nach angelsächsischem Vorbild Meinung und Nachricht weitestgehend zu trennen (J3f). Darüber hinaus wird ebenfalls ein gewisses Maß an inhaltlicher Differenzierung in der Berichterstattung von Seiten einiger Journalisten, aber auch von sich äußernden Politikern, verlangt, um das Thema breit abzudecken. Dazu gehöre, eine Kommentierung ausreichend zu begründen (J3f).

Nach J4e gibt es allerdings auch hinsichtlich der verlangten Differenzierung Grenzen. Eine völlige Differenzierung des Textes würde nämlich nicht zu mehr Objektivität führen, sondern den Text

zunehmend unlesbar machen. Vielfalt bzw. Pluralismus müssten daher in der Gesamtheit des eigenen Mediums und innerhalb des Zeitungsspektrums gesucht werden, wie auch J2g bestätigt.

Außerdem wird deutlich, dass der Journalismus einerseits eine ausreichende Distanz zu der Politik wahren sollte, um seine Unabhängigkeit zu behaupten (J5a). Andererseits macht J2c aber auch klar, dass sich Journalisten ständig in einem Spannungsverhältnis von zu viel und zu wenig Distanz befinden: „Man kann zu nah und zu weit weg sein. Man kann zu lang da sein, dann (...) schreibt [man] immer dasselbe, oder man kann zu neu sein und von nichts etwas verstehen.“

Die Anzahl an Äußerungen zu möglichen Qualitätskriterien der Berichterstattung lässt auf ein differenziertes und durchdachtes Selbstbild der Journalisten schließen. Dabei scheinen die befragten Journalisten insgesamt sehr darauf bedacht qualitativ hochwertige Arbeit abzuliefern, die sich anhand der Kriterien Ausgewogenheit, Distanz/Unabhängigkeit, Aufklärung/Information, Objektivität, Transparenz, Differenzierung, Relevanz und Vielfalt messen lässt. Dabei wird jedoch stets klar gemacht, dass der einzelne Journalist schwerlich eine völlig ausgewogene oder objektive Berichterstattung liefern kann. Daher ist gewissermaßen eine journalistische, intersubjektiv nachvollziehbare Gestaltung der Beiträge von großer Bedeutung.

8.1.3 Verständnis von Journalismus in der Demokratie

Die Qualitätsmerkmale münden schließlich in verschiedenen Rollenverständnissen der Journalisten, besonders hinsichtlich ihrer Stellung gegenüber Politik und Gesellschaft. Es lässt sich bei den befragten Journalisten zum einen ein aufklärerischer Ansatz (J4d, J8k) erkennen. Dieser münde darin „Öffentlichkeit herzustellen“ (J2i), um „Menschen in die Lage zu versetzen durch Informationen sich selbst ein Urteil zu bilden.“ (J3f). Die Rolle des Journalisten wurde hauptsächlich auf ihre Funktion als Informationsquelle für die Bevölkerung und Mittler zwischen Politik und Bürgern manifestiert. J3f erklärt, dass die Medien „Transmissionsriemen“ seien und sowohl die Botschaften von Dritten vermitteln als auch Fragen aus der Bevölkerung an die „Player“ herantragen.

Dem Journalismus kämen diesbezüglich auch zu einem großen Teil „protokollarische Pflichten“ (J5a) bzw. deskriptiv-analytische Aufgaben zu. J8j erklärt dazu, er habe den Journalismus nie als Vehikel betrachtet, um Meinung zu transportieren, sondern immer als Vehikel zur Deskription des Vorhandenen. So teilt der Befragte J3f die Journalisten in „Selbstdarsteller“ und „Dienstleister“ ein:

Meine Zunft teile ich ein in zwei Gruppen: das wären einmal die Selbstdarsteller, die werden Journalist um sich zu produzieren und ihre eigene Vorstellung in die Welt zu blasen. Und es gibt

die Dienstleister, die eben Menschen in die Lage versetzen sollen, dank der Informationen, die sie vermittelt bekommen, sich selbst ein Bild zu machen. (J3f)

Einige Aussagen formen jedoch auch das Bild von einer weniger passiven Aufgabe des Journalismus. In diesem Fall haben die Medien in erster Linie die Aufgabe gegenüber der Politik ihre Kritik- und Kontrollfunktion einzunehmen, wie Redakteurin J4d ausführt:

Ausgewogen heißt für mich, dass es eine Mehrheitsmeinung gibt, die nicht immer die richtige sein muss, und dass es meine Aufgabe ist, entweder die Fakten zu recherchieren oder die Stimmen zu recherchieren, die dafür sorgen, dass das etwas ausgewogener wird.

Auch J2i äußert sich dementsprechend und meint, dass der politische Journalismus sich nicht nur auf Deskription beschränken dürfe, sondern immer auch Analysen durchführen müsse. Weiter erklärt er, dass daher der Meinungsteil im politischen Journalismus sehr wichtig sei.

Allerdings wurde auch beschrieben, dass es im Journalismus eine starke Orientierung an der Bevölkerungsmeinung gebe. Sobald es darum gehe, unbequeme Positionen zu beziehen und eine andere Meinung als die Mehrheit der Bevölkerung einzunehmen, komme man „umgehend zu der These, die Journalisten sind Anhängsel und Demoskopen, weil die natürlich totale Angsthasen sind“ (J2c).

Insgesamt wurden verschiedene Ansätze bezüglich des Rollenverständnisses und des damit verbundenen Anspruches an den Journalismus identifiziert, die sich im Wesentlichen dadurch unterscheiden, wie aktiv und eigenständig der Journalismus unter anderem die Politik kontrolliert und kritisiert. Journalismus könne als Instrument Dritter, bloßer Vermittler oder Kontrolleur der Politik auftreten. Die Übergänge dieser Gruppen scheinen allerdings eher fließend zu sein.

8.2 Rollenverständnis der Politiker

8.2.1 Verständnis von Legitimation

Neben dem Rollenverständnis der Journalisten wurde auch das Rollenverständnis der Politiker untersucht. Legitimation wird von ihnen sowohl als durch die Bundestagswahl gegeben angesehen als auch als ständige Bestätigung der politischen Arbeit. Wichtig seien dafür auch die Reflexion und der Rückbezug auf gesellschaftliche Bewegungen, wie P3d erklärt. Politik und Gesellschaft könnten auf Dauer nicht unterschiedlicher Meinung sein und müssten sich früher oder später gleichen. „Die politische Ebene (...) darf nicht so weit von der Gesellschaft entfernt sein. Das ist ja für den Politiker

auch schwierig, weil er ja sonst nicht mehr gewählt werden würde. Von daher müssen die sich irgendwo annähern“ (P3d).

P5b verdeutlicht zudem, dass die Politik nicht für längere Zeit losgelöst von der Bevölkerung agieren könne:

Manchmal geht es auch gegen Mehrheitsmeinungen, weil manchmal auch diese Mehrheitsmeinungen populistisch aufgeschwollen sind. Es kann sein, dass bestimmte Entscheidungen im politischen Raum eine gewisse Zeit lang gegen diesen Mainstream entschieden werden. Aber generell gilt, das ist auf längere Zeit nicht tragfähig. Alle Entscheidungen und insbesondere die über militärische Mandate müssen von der Bevölkerung akzeptiert werden können, sonst gehen sie ins Leere und helfen auch nicht.

Deutlich wird hier also, dass die Politik unbedingt auf Legitimation ihres Handelns und Unterstützung aus der Bevölkerung angewiesen ist.

8.2.2 Werdegang und Spezialisierung der Politiker

Bezüglich der Frage, wie die Politiker zu diesem speziellen Themenfeld gekommen sind, zeigt sich ein differenziertes Bild. Einige Politiker machten deutlich, dass sie schon vor ihrem Mandat Fachwissen und großes Interesse an Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik mitgebracht hätten. So erklärt P2g beispielsweise, dass er sich während seiner beruflichen Tätigkeit als Rechtsanwalt schon Jahrzehnte mit Sicherheitspolitik auseinander gesetzt habe, sodass es nach der Mandatserteilung selbstverständlich gewesen sei, weiter in diesem Themenbereich zu arbeiten. Auch P2c hat sich während seines Studiums mit internationaler Politik beschäftigt und auch Publikationen dazu herausgebracht. Aber auch der thematische Zugang aufgrund der zeitweisen Tätigkeit bei der Bundeswehr wurde von P3d und P2c als Grund genannt.

Es lässt sich feststellen, dass die befragten Politiker eine höhere Spezialisierung vorweisen können als die befragten Journalisten.

8.3 Bedingungen journalistischer Nachrichtenproduktion

8.3.1 Strukturelle Unterschiede bei sicherheitspolitischen Fragen

Weiterhin wurden die ausgewählten Journalisten danach befragt, inwieweit sich die Arbeit im Themenbereich Sicherheitspolitik und Militäreinsätze von anderen unterscheidet. Angesprochen auf die

Besonderheit von Kriegs- und Krisenkommunikation in der deutschen Medienlandschaft zeigte sich unter den Befragten ein geteiltes Bild. Aus einem großen Teil der Antworten zum Thema ging hervor, dass sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten nur im Hinblick auf bestimmte Aspekte der Kriegsberichterstattung feststellen lassen. Ähnlichkeiten zu anderen Ressorts konstatierten die befragten Journalisten, was das „reine Handwerk“ (J8j), das „strukturelle Vorgehen“ (J1h) und die Rahmenbedingung journalistischer Arbeit angeht. Auch der Versuch der Einflussnahme von Politikern auf Journalisten sei keine Besonderheit der Berichterstattung zu Militäreinsätzen. „Steuerungsmechanismen des Ministeriums“ (J2i) gebe es auch in anderen Bereichen. Unterschiede seien hingegen im Hinblick auf diverse inhaltliche Aspekte auszumachen. So wurde etwa die besondere Ernsthaftigkeit des Themas (J5a) betont und die besondere Brisanz der Informationen herausgestellt, welche eine zusätzliche Prüfung vor ihrer Verwendung notwendig macht (J2c). Auch die besondere Quellenlage, auf die später noch genauer einzugehen ist, wurde von einigen als Unterschied zu anderen Bereichen benannt. J5a stellte die verstärkte emotionale Belastung der Berichterstattung aus Krisengebieten dar:

Ich schreibe es anders. Ich sage mal, dass die eigene Flapsigkeit, die ich mir sonst zurechne, ist in solchen Sachen dann nicht angebracht. Die Leute, die sie losschicken, die Soldatentruppen, können durchaus im Zinksarg im Frachtraum zurückkommen. Und das betrifft einen.

Es wird deutlich, dass sich die Beschäftigung mit Militäreinsätzen von der Arbeit in anderen Ressorts unterscheidet. Besonderheiten lassen sich auch in Bezug auf die redaktionelle Arbeitsteilung und die Informationsbeschaffung feststellen.

8.3.2 Journalistische Rollen und Arbeitsteilung in den Redaktionen

In den Interviews mit Journalisten stellte sich heraus, dass es innerhalb der Redaktionen unterschiedliche Bereiche gibt, die auch für die Art der Berichterstattung von Bedeutung sein können. Während der „Fachjournalismus“ eine große Kompetenz aufweise, aber eher deskriptiv arbeite, würden „Machtjournalisten“ die politischen Eliten in den Fokus rücken und daher zwischen den fachlichen und politischen Einschätzungen stehen (J2c). Als Voraussetzungen, die ein Journalist mitbringen sollte, um über den Afghanistan-Einsatz berichten zu können, wurden Orts- und Geschichtskenntnisse, die Fähigkeit zur ständigen Selbstreflexion und ein breites Kontakt- und Infor-

mationsnetzwerk benannt. Fachleute würden durch ihren Wissensvorsprung eine besonders wichtige Stellung in der Redaktion haben:

Das hohe Maß an Spezialisierung, das diese Berichterstattung erfordert, führt dazu, dass es eine gewisse Abkopplung von außen- und sicherheitspolitischen Experten in den Redaktionen gibt. Das heißt, die Redakteure, die das können, alles wissen und diese ganzen Gespräche führen, haben einen derartigen Informationsvorsprung gegenüber ihren Ressortleitern und den anderen Redakteuren in den Redaktionen, dass sie in der Meinungsbildung völlig hegemonial sind, aber total abgekoppelt. (J7l)

Bei den meisten Interviews mit Journalisten stellte sich heraus, dass der Afghanistan-Einsatz sowohl vom Innen- als auch vom Außenressort behandelt wird. „Reportagen aus dem Land Afghanistan zu liefern oder politische Analysen über den Afghanistan-Einsatz aus der Sicht Berlins sind zwei völlig verschiedene Paar Schuhe“ (J2i). Ein Auslandsberichterstatter (J4e) beschreibt die Aufteilung beispielhaft: „Wenn Afghanen sich die Köpfe einhauen, bin ich dafür zuständig. Wenn ein Deutscher einem Afghanen den Kopf einhaut, ist das Inland dafür zuständig“.

Das Innenressort beschäftigte sich mit „Fragen, die hier in Berlin oder in Deutschland oder bei der NATO behandelt und entschieden“ werden (J3f). Es gehe darum, die Öffentlichkeit über die Arbeit der Regierung zu informieren (J4d), Debatten innerhalb der Regierung oder des Parlaments darzustellen (J1h) und Legitimation von Politik zu vermitteln (J2c). Die „von innen gerichtete Perspektive auf Außenpolitik“ beobachte, „wie der Politiker mit dem Fremden umgeht“ und sei immer „die Spiegelung mit der deutschen Brille“ (J2c). J8k sieht darin die Gefahr, dass die Berichterstattung sehr auf innenpolitische Aspekte des deutschen Afghanistan-Engagements beschränkt werde.

Bezüglich des Außenressorts stellte sich in den Interviews heraus, dass kein deutsches Medium einen ständigen Auslandskorrespondenten in Afghanistan hatte oder hat. „Das heißt, die entsprechende Tiefe ist jetzt erheblich verloren gegangen“ (P2c). Allerdings gebe es „Reisekorrespondenten“, die neben Afghanistan mehrere Länder abdecken und ihren Sitz in Peking, Neu Delhi oder Kairo haben (J4e, J7l, J8k, J2c, J1h). Auch wurden viele Mitarbeiter für eine kurze Zeit eingesetzt, sodass meistens jemand vor Ort war (J8k). Allerdings seien keine deutschen Journalisten, auch keine freien Mitarbeiter, zwei Jahre oder länger in Afghanistan gewesen (J4e). Das liege aber auch an den schwierigen Lebensumständen vor Ort, denn „für anstehende Zahnarztbehandlungen kommt jeder nach Hause zurück“ (J4d). Die deutschen Medien hätten die Berichterstattung aus Afghanistan im Unterschied

zu den USA „relativ klein gefahren“ (J4e), nur der SPIEGEL hatte am ehesten ausreichendes Personal vor Ort. „Die Leute fliegen natürlich oft rein, sind selbst im Lande und haben da ihr eigenes Netz (...) von Informanten“ (J3f).

Die Sicht der Korrespondenten ist sehr oft eine andere als die „Berliner Sicht“ (J2c) und „weicht von dem Bild, das wir hier haben, massiv ab“ (J8k). Journalisten im Auslandsressort sind dem Konflikt vor Ort viel näher und würden dazu tendieren, die Situation der Menschen gegenüber dem deutschen politischen Kontext über zu betonen und zu sagen: „„Liebe Leute, da werden massenhaft Menschen abgeschlachtet, die Bundeswehr muss da rein““ (J4d). Ein Auslandsredakteur (J4e) beschreibt die Funktion seiner Berichterstattung wie folgt: „Wir müssen klar machen, wie tickt das Land, wie ticken die Leute da. Ich sehe es als meine Aufgabe an, afghanische Stimmen in das Blatt zu holen“. Das Auslandsressort habe eine große Expertise und sehe die Äußerungen der Regierung eher als irrelevant an (J4d). „Was jetzt Herr Westerwelle sagt, finde ich ziemlich belanglos“, sagt ein Auslandsredakteur (J4e).

Im Innenressort würden sicherheitspolitische Fragen nur dann eine Rolle spielen, wenn sie regierungs- oder koalitionsrelevant sind (J1h). Durch Kontroversen in der deutschen Politik könne Afghanistan aber zum innenpolitischen Thema werden, wie dies zum Beispiel bei der Verknüpfung des Bundeswehrmandats mit der Vertrauensfrage Schröders der Fall gewesen sei. Nach J1h kann das „„natürlich dazu führen, dass die wirkliche Lage in Afghanistan im Extremfall komplett ausgeklammert wird (...). In manchen Zeitungen spielt dann nur noch die Innenpolitik eine Rolle.“ Der Bundestagsabgeordnete P3f kritisiert die Fokussierung auf innenpolitische Strukturen und Prozesse: „Wie sahen die Überschriften aus? Nicht Afghanistan, sondern ‚Kanzlerin verfehlt Mehrheit‘“. Journalisten im Innenressort hätten ein vergleichsweise geringes Fachwissen (J2i). Daher falle es auch „„viel leichter einen Kommentar aus der Ferne zu schreiben. Weil man dann gar nicht sieht, was alles falsch an dem Kommentar ist“ (J2c).

Trotz der redaktionellen Aufteilung in Innen- und Außenpolitik gaben viele Journalisten an, dass ein Austausch stattfindet (J1h) und man „sich gegenseitig Bescheid“ gibt (J4e). „Man kooperiert da. Also wenn in Afghanistan was passiert, was jetzt unmittelbar Auswirkungen auf den Betrieb hier hat, dann versucht der Kollege in Afghanistan, im ISAF-Hauptquartier oder im R.C. North Informationen zu kriegen“ (J3f). Auch durch kurze Aufenthalte vor Ort, Gespräche und das Lesen von Zei-

tungsartikeln von Experten könne selbst ein Inlandsredakteur die außenpolitische Perspektive mit in die Berichterstattung einfließen lassen (J1h). „Ich versuche das einzuarbeiten, wenn ein (...) [Auslandsredakteur, Anm. d. Verf.] über Afghanistan geschrieben hat. Ich setze nur einen anderen Schwerpunkt“ (J4d). J2c betonte, dass der „Nahblick“ aus Afghanistan sehr wichtig sei, aber durch den „Distanzblick“ der „Zentrale“ ergänzt werden müsse.

8.3.3 Quellennutzung und Informationslage zum Afghanistan-Einsatz

Informationsverhalten von Journalisten

Um sich ein umfassendes Bild von der Lage in Afghanistan machen zu können, sei es unerlässlich, verschiedene gute Quellen zu haben (J6b, J3f). Es sei wichtig, Informationen zu überprüfen (J3f) und bei brisanten Quellen auch weitere hinzuzuziehen (J6b). Ein Journalist bestätigt, dass „keine Informationen ungeprüft in irgendeine Berichterstattung einfließen“ (J8j). Die Informationsbeschaffung sei ein „Flickwerk (...) aus Quellen, die ich für glaubwürdig halte“ (J4d). Die Quellen sollten dabei einen empirischen Zugang haben, Afghanistan gut kennen und transparent sein: „Quellen mit sauberer Fakten sind solche, die ihrerseits ihre Quellenlage offenlegen“ (J4d). Doch bei der Informationssuche gehe es nicht nur darum, gute Quellen zu haben, sondern auch darum, die relevanten Nachrichten „als erster zu bekommen“ (J8j). Welche Quellen bzw. Informationskanäle die Journalisten im Kontext des Afghanistans nannten, wird in den folgenden Abschnitten vorgestellt.

Bundeswehr, Regierung und Parteien als offizielle und inoffizielle Quellen

Der militärische Apparat wurde in den Interviews als wichtige Quelle benannt. Es sei wichtig, die Mitteilungen des Einsatzführungskommandos in Potsdam zu lesen als auch persönliche Kontakte zu unterhalten (J8k). Dabei gehe es aber weniger um das Land als um die aktuelle Situation der Bundeswehr in Afghanistan (J8k). Es sei wichtig, den Kontakt zu den Pressesprechern der Bundeswehr, aber auch zu Soldaten und vor allem Offizieren zu haben, welche eine noch schneller abrufbare Quelle seien (J2g): Man „bekam im Zweifel auch direkt einen Anruf aus Afghanistan vom Kommandeur vor Ort“ (J8k). Eine Journalistin findet, dass beispielsweise die US Einsatztruppen „viel offener kommuniziert als die Bundeswehr, die sich vor Angst kaum Piep zu sagen traut“ (J4d).

Neben der Bundeswehr wurden die Regierung und die zuständigen Ministerien als wichtige Quellen genannt (J7l, J5a, J2g, J4d). Regierungserklärungen, schriftliche Unterrichtungen, Pressekonferenzen

und Hintergrundgespräche wurden genannt. Allerdings „stoßen Sie ja nicht immer nur auf offene Türen, vor allen Dingen eben, wenn Sie mal eine kritische Frage haben und wenn Sie politische Entscheidungen hinterfragen“ (J3f). „Das Ministerium blockiert sehr viel, immer dann, wenn es sozusagen eine politische Zielrichtung hat“ (J2i). Viele wichtige Informationsquellen seien im Verteidigungsministerium, welche durch vorgeschaltete Pressestellen allerdings sehr eingeschränkt seien (J8j). Hier bekäme man zwar „einen guten Blick auf die Einsatzwirklichkeit der Bundeswehr (...). Aber man bekommt vom Krieg natürlich nur einen Ausschnitt mit“ (J2i). Daher sei es wichtig, das vom Ministerium vermittelte Bild mit Meinungen aus dem Parlament abzugleichen:

Es gibt natürlich die interessengeleiteten Informationen aus dem Ministerium und die interessengeleiteten Informationen aus den Parteien (...). Was technische Details angeht, also mit wie vielen Radpanzern ist man da und da, kann man sich auf Ministeriumsangaben eigentlich immer gut verlassen (...). Was die politische Bewertung der Situation angeht, muss man sehen, dass man dann immer einen Abgleich hat mit den Quellen aus dem Parlament. (J2i)

Das Parlament bzw. die jeweiligen Bundestagsfraktionen seien eine „wesentliche Informationsquelle“ (J7l), gerade wenn es darum geht, unterschiedliche Sichtweisen auf eine Fragestellung zu bekommen (J3f). Die Meinungen der Bundestagsabgeordneten würden auf einem „Tablett serviert“ werden (J5a). Bundestagsdebatten spielen dabei aber eine eher untergeordnete Rolle, behauptet ein Journalist: Die „Debatten im Bundestag (...) sind für uns nahezu irrelevant. Interessant sind die Sachen, die sich hinter verschlossenen Türen und in Expertenkreisen abspielen“ (J7l). Es gebe eine „Community an Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitikern, die man dann in Berlin anläuft“ (J2i). „Manchmal kommt man über die politische Schiene eher an Informationen als wenn eben beim Ministerium direkt anfragt (...) da zapft jeder seine Quellen an und dann wird das zusammengetragen“, sagt ein Journalist (J3f). Dabei spielen vor allem die persönlichen Beziehungen zu Bundestagsabgeordneten eine Rolle:

Sie suchen sich einen oder zwei aus und die fragen Sie dann immer wieder. Dann wissen die [Abgeordneten] natürlich auch, wenn sie ein Papier kriegen, bei dem sie denken, ‚Das gibt es doch gar nicht, das ist ja interessant‘, dass Journalisten das natürlich auch denken würden (...). Und dann bekommen Sie das von denen. (J8j)

Die Rolle von Hintergrundgesprächen und Vertrauensverhältnissen

Während Pressekonferenzen kaum relevant seien (J2g, J5a), könnten Hintergrundgespräche mit dem Minister oder verteidigungspolitischen Sprechern der Fraktionen als „Pflichtveranstaltungen“ gelten

(J5a). Man nutze Vertrauensverhältnisse, um „auf inoffiziellem Wege die Quellen zu bekommen, die der Minister dann am nächsten Tag auf der Pressekonferenz vortragen möchte“ (J5a). Der Abgeordnete P3d bestätigte den Nutzen der Hintergrundgespräche: „Pressemitteilungen mache ich auch, die gehen über die Fraktion, im Regelfall. (...) [D]avon sehen sie kaum etwas abgedruckt, denn wenn sie etwas abgedruckt sehen, dann sind das persönliche Kontakte und persönliche Gespräche mit Journalisten. Und die hat man natürlich.“

Auch wenn einzelne befragte Akteure dem Thema eine geringe Brisanz zuschrieben (J2g gab z. B. an, dass in die Beziehung seitens der „Medienwissenschaftler“ zu viel „hineingeheimnist“ werde) oder angaben, dass die Vertrauensverhältnisse in anderen Ressorts noch viel enger wären, als in der Sicherheitspolitik (J2c), so verneinte zumindest keiner die Existenz entsprechender Communities. Der allgemeine Tenor war, dass Hintergrundkreise nicht nur eine Daseinsberechtigung haben, sondern im Tagesgeschäft sogar für beide Seiten notwendig seien. So können persönliche Vertrauensverhältnisse für Journalisten etwa sehr gute Anknüpfungspunkte bei der Informationsbeschaffung darstellen (J2i, J6b, J3f, J8j, J4d, J71, J5a). Umgekehrt wurden auch an mehreren Stellen die Vorteile für Politiker betont: Mehrere Befragte erwähnten etwa die zusätzliche Öffentlichkeit, die der Politiker durch die häufigere Erwähnung des eigenen Namens in der Presse bekommen würde (J3f, P3d, J8j).

Trotz der beidseitigen Vorteile zogen viele der Befragten eine Grenze, die in der Beziehung zwischen Politikern und Journalisten unbedingt einzuhalten sei und die bei „Kumpanei“ (J3f) und gegenseitiger Einflussnahme überschritten werde. J2i und J2g sprachen von einer Balance zwischen Nähe und Distanz, die es einzuhalten gelte. Einige negative Folgen aus einem zu engen Vertrauensverhältnis sollen hier exemplarisch vorgestellt werden. J5a sprach etwa davon, dass es durch engere Vertrauensverhältnisse auch weniger Kritik an der politischen Elite gebe. J4d kritisierte, dass einige Journalisten Auftragsarbeiten für Politiker durchführen, hier gehe die Beziehung zu weit. J3f kritisierte die mangelnde Objektivität in der Berichterstattung, die durch enge Vertrauensverhältnisse entstehen könnte, J6b mahnte die Abhängigkeit bei vom Ministerium bezahlten Auslandsreisen für Journalisten an. Politiker P4a bezeichnete die „Geschäfte“ mit Journalisten, obwohl sie gleichermaßen notwendig seien, als „unangenehm“, denn die sorgten für Abhängigkeit und die Gefahr, sich als Politiker „kaufen zu lassen“. J2g findet es hingegen schade, dass der „Raum, in dem offene Kom-

munikation stattfindet“, immer kleiner geworden ist, denn Ferne sei ein viel größeres Problem als Nähe.

Man habe es verstärkt mit vertraulichen Informationen zu tun, J5a und J7l betonten aber jeweils, dass die Verschwiegenheit vieler Akteure in der Natur der Sache von Sicherheitspolitik läge und auf Geheimhaltungserwägungen und nationales Interesse zurückzuführen sei. Problematisch sei es aber, dass man durch die Bindung an „Vertraulichkeitsversprechen“ nicht direkt zitieren und schlechter berichten könne (J7l). „Auch große Skandale will man dann, weil es abgemacht ist, nicht auf den Tisch legen“ (J8k). Journalisten hätten allerdings bereits vermehrt die „Unter 3-Regel“ gebrochen (J5a). J2g, J5a und J4d unterschieden Politiker und Sprecher nach der Art und Weise, wie sie Informationen bereitstellen. Während einige unter ihnen eher auskunftsreich sind, halten sich andere sehr bedeckt.

Andere Journalisten und Medien als Quellen

Die Informationsbeschaffung beschränkt sich jedoch nicht nur auf politische Akteure, sondern schließt auch andere Journalisten und die Berichterstattung mit ein. Es werden sowohl inländische als auch ausländische Medien genutzt. Neben Tageszeitungen und Zeitschriften wurden auch Nachrichtenagenturen und -ticker genannt. Die deutschen Medien würden allerdings nicht ausreichen, erklärte J7l:

Daher ist es wichtig auch internationale Presse zu lesen, um zu sehen, was in ähnlich führenden oder gut verdrahteten Zeitungen [steht]. Also wenn ich jetzt mal FT [Financial Times] oder Le Monde nehme, um mal zu sehen, was die schreiben (...): Hey, völlig andere Weltsicht.

Andere und besonders ausländische Medien werden also vor allem genutzt, um eine andere Perspektive auf den Gegenstand zu erfahren. Diese Erkenntnis entspricht dem journalistischen Anspruch, sein eigenes Schaffen stets kritisch zu prüfen. J4d und J3f erklärten, dass Artikel von bestimmten Kollegen durchaus als gute Quelle dienen und die eigene Arbeit „in zentralen Punkten“ bereichern können. Dies scheint besonders in Situationen der Fall zu sein, in der die eigenen Kapazitäten sehr beschränkt sind. Diesbezüglich erklärt J2i: „Je mehr Quellen, desto besser. Und gerade auch bei entfernt gelegenen Sachen wie Afghanistan, man könnte da nicht irgendwie ständig nach Afghanistan fliegen oder die Einsatzrealität abgleichen. Dann hat man natürlich die Geschichten der anderen Kollegen auch gelesen.“

Andere Journalisten seien „ernst zu nehmende Quellen“, wenn man weiß „wer wie viel vor Ort ist“ (J4d). Da die einige Redaktionen nicht über ausreichende finanzielle Mittel für Auslandsreisen verfüge, müsse man sich auf die Berichterstattung und das „Informationsnetzwerk von Kollegen“ verlassen (J4d). Das Verhältnis zu Kollegen anderer Medien sei kollegial, wenn man beispielsweise auf einer Reise im Flugzeug sitzt: „Ich will nicht sagen Community, aber der Austausch fand natürlich statt“ (J5a). Ein Journalist beschreibt die Kooperation zwischen Journalisten unterschiedlicher Medien wie folgt:

Es gibt hier einen Hintergrundkreis von Journalisten, die sich vorrangig mit Verteidigungs- und Sicherheitspolitik beschäftigen. Die führen gemeinsame Hintergrundgespräche mit Ministern, Militärs und Experten. Und dann nimmt man gemeinsam an Reisen teil, man deckt die gleichen Termine ab und im Zweifel ruft man mal bei jemanden an und sagt, hast du da schon was von gehört, oder kannst du mir da mal helfen oder so etwas. Also das läuft alles. (J3f)

Darüber hinaus dient die Lektüre anderer Medien der Konkurrenzbeobachtung und der Überprüfung der Themenaktualität. Auch Online-Medien würden eine Rolle bei der Information spielen (J7l, J2i). Andere betrachten das Internet allerdings als für die Recherchearbeit ungeeignet (J6b). Ein Boulevardjournalist beschrieb im Gespräch, wie sich durch soziale Netzwerke zusätzliche Informationsquellen für persönliche Geschichten auftaten und sich die Arbeit dadurch erleichtert hat:

In den Zeiten vor Facebook und so war das sehr schwierig. StudIVZ und so ein Zeug macht das natürlich sehr viel leichter. Lebensfotos, Geschichte, Namen, Kontakte und so was zu recherchieren. Aber früher brauchten sie eben jemanden, der ihnen dann gesagt hat: ‚Ich habe hier einen Zettel, da steht drauf Schneider. Ich weiß auch nicht, was das bedeutet.‘ – Und dann sagten sie: ‚Steht da auch ein Dienstgrad?‘ – Und dann sagt der: ‚Ich weiß nicht. Ich glaube ‚Hauptgefreiter‘. (J8j)

Quellen außerhalb der politischen und militärischen Elite

Die meisten befragten Journalisten berichteten, dass es wichtig sei, auch Quellen außerhalb der politischen und militärischen Elite zu haben (J3f, J7l, J4d). Gerade als Gegenpol der Regierungssicht sei es notwendig, mit Universitäten, Think Tanks, Experten, Stiftungen oder NGOs zu sprechen (J3f, J2i, J7l). „Sie können gewisse Positionen, die die Regierung vertritt, zum Beispiel bei Fragen der Ausrüstung, gerne beim Bundeswehrverband gegenchecken und Sie kriegen dann eine andere Sicht der Dinge“ (J3f). Weiterhin wurden das online-basierte Afghan Analyst Network (J4d), die Friedrich-Ebert-Stiftung (J2g) und die Stiftung Wissenschaft und Politik (J3f, J4d) genannt. Jedoch kritisierten die befragten Journalisten die noch immer zu geringe Zahl an Anlaufstellen für Informatio-

nen. Häufig wurde der Vergleich zu anderen Ressorts wie der Gesundheitspolitik gezogen, bei denen es neben Politikern und Ministerien auch Ärzteverbände, Krankenkassen und Pharmakonzerne mit jeweils unterschiedlichen Interessen gebe. Im Ressort der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sei es hingegen schwierig, regierungsexterne Quellen zu bekommen: „Man muss erst einmal ähnlich kompetente Experten finden wie die Leute in der Regierung (...). Aber klar, das bindet einen natürlich [an die Regierung]“ (J7l). J4d kritisierte, dass es neben dem Verteidigungsministerium lediglich den Bundeswehrverband und die Rüstungsindustrie gäbe, welcher sich jedoch extrem bedeckt halte. Zudem wurde ein Mangel an deutschen Think Tanks und tagesaktuell arbeitenden Experten festgestellt (J4d). J8j betonte, wie wichtig auch der persönliche Kontakte zu Menschen, „die einem was erzählen“, sei: „Oft kriegt man einen Tipp von jemandem, der sich auskennt, und sagt ‚Geh doch dieser Sache mal nach‘“ (J3f). Auch Afghanen und Vertreter der afghanischen Regierung würden als Quelle herangezogen (J8k).

Reisen nach Afghanistan

Im Fokus der journalistischen Informationsbeschaffung stünden auch Reisen nach Afghanistan. Die große Mehrheit der befragten Journalisten war selbst mehrfach vor Ort: Die Spannweite reichte von zwei oder drei Besuchen (J2c, J2i, J1h) über sechs bis acht Besuche (J3f, J8j) bis hin zu 20 Aufenthalten in Afghanistan (J8k). Jedoch stellte sich heraus, dass die Art und Funktion der Reisen unterschiedlich war: Während die meisten Befragten in der Begleitung eines Politikerbesuchs reisten, waren andere mit der Bundeswehr, mit Hilfsorganisationen oder gar nicht „embedded“ vor Ort.

Art und Zweck der Reisen

Die Reisen mit Politikern seien aber nicht dazu da, „um über den Afghanistan-Krieg zu berichten“, weil sie nur ein einseitiges Bild vermittelten (J2i). Manche Journalisten kritisierten derartige Embedded-Reisen mit dem Bundeskanzler, Außen- oder Verteidigungsminister als unfrei (J8j, J4d). Außerdem sei die Verweildauer viel zu kurz, um einen tiefen Einblick in das Land zu bekommen (J2c). Das Problem sei, dass man dadurch „natürlich stärker an der deutschen, an einer einzigen Quelle hängt“ (J3f). Wichtiger als die Begleitung des Politikers sei es, sich „mit den Soldaten abends in der Bar auch mal zusammen zu stellen“ (J5a). So bot sich auch bei offiziellen Reisen im Rahmen eines Politikerbesuchs laut J8k durchaus auch die Möglichkeit, abseits des „offizielle[n] politische[n] Protokoll[s]“ Informationen zu sammeln. Aufenthalte in Afghanistan, die von der Bundeswehr organi-

siert und gestaltet wurden, seien hilfreich, um die Einsatzwirklichkeit der Bundeswehr kennenzulernen. Aber um ein vollständiges Bild von der Situation im Land zu bekommen, sei diese Art von Aufenthalten nicht sinnvoll (J2i). Eine Journalistin beschreibt, was es bedeutet, „embedded“ nach Afghanistan zu reisen:

Embedded heißt, dass die jeweilige Truppe für meine Sicherheit zuständig ist. Und dann diktieren sie mir jeden Schritt. (...) Ich stehe dann und dann auf, ich frühstücke mit denen und dann habe ich eine Reihe von Terminen und werde natürlich lauter Leuten vorgeführt, die mir sagen, wie sinnvoll der Afghanistan-Einsatz ist und wie gut der funktioniert und wie wichtig es ist, dass die deutsche Öffentlichkeit jetzt aber auch mal mitzieht. (...) Und wenn ich mit echten Afghanen rede, dann werden die mir zugeführt. Dann werden die an meinen Tisch gesetzt, ‚Hier ist ein richtiger Afghane‘ – und zu meiner allergrößten Überraschung vertritt er die Interessen der Bundeswehr. (J4d)

Die größere Freiheit auf selbstorganisierten Reisen abseits der „Embedded-Trips“ ist jedoch auch mit deutlich größeren Gefahren für Auslandsreporter verbunden. Mehrere der befragten Journalisten und Politiker gingen auf die besondere Gefahr ein, vor Ort am Krisenherd entführt oder gar getötet zu werden (J4d, J2c, J3f, P2g). Die Bereitschaft zur Gefahrenaussetzung wurde jedoch vor allem von J4d und J2c betont. Insgesamt waren jedoch sehr wenige der befragten Journalisten außerhalb militärischen Schutzes vor Ort, zum Beispiel in der Begleitung von Hilfsorganisationen. Es bestätigte sich auch hier, dass man auf dieser Art von Embedded-Reisen „keine halbwegs neutrale Position“ gewinne (J4d).

Bewertung der Quellenlage zum Afghanistan-Einsatz

Bewertung Allgemein

Politiker P2c sieht in der geringen Zahl verfügbarer Informationskanäle einen Grund für die starke „Militärlastigkeit“ der Berichterstattung. Weil Bundeswehr und Verteidigungsministerium viel bessere Strukturen und finanzielle Möglichkeiten für Auslandsreisen als das Auswärtige Amt hätten, würden Journalisten vornehmlich mit Informationen zum Militär anstatt zum Wiederaufbau versorgt. Zudem sei die Qualität der bereitgestellten Informationen laut Aussagen einiger befragter Journalisten häufig niedrig. Wie J5a ausführte, stellte das Verteidigungsministerium Informationen als brisant oder vertraulich dar, deren Veröffentlichung ohnehin am Folgetag in einer Bundestagsrede geplant war. J4d kritisierte, dass Friedensforschungsinstitute keine brauchbaren Fakten produzierten und keine ausreichende tagesaktuelle Analyse betrieben. Zudem bezeichnete sie diskurskritische Momen-

te, speziell die Kunduz-Affäre als ein „menschliches und militärisches Aufklärungsdesaster“. J4e erwähnte zudem neben der allgemein geringen Transparenz bei solchen Vorkommnissen das „Rumtricksen“ und „Rumgelüge“ bei der Semantik und verwies auf den langen Zeitraum innerhalb der Debatte, in dem sich Politiker weigerten, den Afghanistan-Einsatz als einen Krieg zu bezeichnen.

Obwohl viele der zitierten Akteure die Quellenlage als schwierig darstellten, gab es vereinzelt auch andere Einschätzungen. J8j bezeichnete die Nachrichtenlage bei regelmäßiger Berichterstattung „wie überall sonst auch“, J2g charakterisierte sie im Vergleich zu anderen Bereichen als „nur graduell anders“ und verwies auf ausländische Kollegen, die ihn darauf hinwiesen, dass die Informationslage in anderen Ländern teilweise schlechter sei. J6b betonte außerdem, dass gerade die schwierige Informationslage einen besonderen Reiz für Journalisten ausmache.

Bewertung der Auslandsreisen und Abhängigkeit vor Ort

Trotz der oben beschriebenen Gefahrenaussetzung und der verzerrten Wirklichkeitswahrnehmung betrachteten es mehrere befragte Journalisten und Politiker für notwendig oder zumindest hilfreich, in Afghanistan gewesen zu sein, um über den Konflikt angemessen berichten zu können. Der Besuch vor Ort gebe einen Einblick in die dortige Lebensrealität (J5a, P5b) und sorge für den nötigen „Nahblick“ (J2c). Die Berichterstattung über Militäreinsätze erfordere die Recherche vor Ort:

Wenn Sie dieses Thema mit Auslandseinsätzen machen, müssen Sie wohl oder übel (...) den Stahlhelm aufsetzen oder die schussichere Weste anziehen und müssen in Afghanistan durch das Land laufen (...) Sonst haben Sie kein Bild davon, sonst wissen Sie nicht, wovon Sie sprechen“ (J5a)

Im Gegensatz dazu sieht J2g die Notwendigkeit von Afghanistan-Besuchen hingegen skeptisch:

Also da gewesen zu sein ist nicht schlecht. Aber wenn sie da hin fahren, bekommen sie ein äußerst eingeschränktes Bild und für mich waren die Aufenthalte eher desillusionierend, weil man bekommt ja dann nicht Bock, sich wirklich in Gefahr zu begeben, sich mit irgendwelchen grassroots-Leuten da durch die Gegend zu bewegen, wo sich immer wieder zeigt, dass häufig die Gefahr größer ist als der Ertrag. [W]enn ich dann (...) sehe, dass sich ‚unsere Jungs‘ im Laufe der Jahre auch immer weniger frei bewegt haben, das hat mich eher immer in meiner Skepsis zu diesem Aufenthalt bestätigt.

J2i bemerkte zudem, dass es überhaupt nicht möglich sei, regelmäßig in Afghanistan vor Ort zu sein und das, was man gehört hat, mit der Einsatzrealität abzugleichen. „Jedes Mal gibt es nur einen win-

zigen Ausschnitt zu sehen und einfach nur Puzzlesteine, die nie ein komplettes Bild ergeben werden“ (J8k). Journalistische Auslandsreisen, gemeinsam mit Politikern oder der Bundeswehr, stellten die Reporter aber auch immer wieder vor Probleme. Vor allem die Abhängigkeit des „embedded“ arbeitenden Journalismus vom Stab des Ministeriums oder der Bundeswehr wurde als zentrales Problem dargestellt. Informationen, die man von Generälen erhält, ließen sich nicht auf ihren Wahrheitsgehalt überprüfen. J1h zog den Vergleich zur Berichterstattung aus Berlin. Während es in der Hauptstadt verschiedene Fraktionen, Arbeitskreise, Ausschüsse usw. gebe, „hängt“ man in Afghanistan meist an einer einzigen Quelle, wenn man mit der Kanzlerin bzw. dem Kanzler oder Ministern reist. J8j und J4d kritisierten zudem die starke Informationsfilterung sowie die strikten Vorgaben und Programme der Bundeswehr, was Arbeitsabläufe und Tagesprogramme betrifft. Ein „unabhängiges Meinungsbild“ aufzubauen sei „ganz schwierig“ (J2c). „Im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst, sagt man ja. Sie können nicht unabhängig draufgucken“ (J2c).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein großer Teil der befragten Journalisten dem Thema Afghanistan eine schwierige Quellenlage attestiert. Die Möglichkeiten an Informationen zu gelangen, wurde von vielen als schlecht bewertet, wobei sich die angeführten Gründe stark unterscheiden. Im Wesentlichen ist die Besonderheit der Informationslage auf vier Aspekte einzugrenzen: Die geringe Zahl an Anlaufstellen bei der Informationsbeschaffung, die Vertraulichkeit und Brisanz der Informationen, die Qualität der Informationen und schließlich Unabhängigkeit der vor Ort arbeitenden Journalisten. Neben diesen vier Hauptaspekten wurden jedoch weitere Faktoren genannt, die einen Einfluss auf die journalistische Arbeit haben können: ein zunehmender Zeitdruck im Tagesgeschäft, wirtschaftliche Zwänge sowie Konkurrenzdruck im Medienbereich und die redaktionelle Blattlinie.

8.3.4 Weitere Einflussfaktoren auf die journalistische Arbeit

Zeit- und Konkurrenzdruck

J2i, J6b und J4e sprachen im Interview über die verstärkte Schnelllebigkeit des Medienbetriebs, die sich auch auf die Berichterstattung über Krisen und Kriege auswirke. J2i etwa äußerte, dass die mediale „Rundumbespiele“ durch neue Medien wie z. B. Twitter verstärkt nach der „schnellen Meinung“ frage. Die geringe zur Verfügung stehende Zeit reiche nicht zur ausführlichen Recherche in diesem Bereich, weshalb in den Medien eher oberflächlich und unregelmäßig über den Einsatz berichtet (P3f) werde. J6b verglich die heutige Arbeitsweise, bei der Daten schnell elektronisch ver-

schickt werden können, mit der Zeit vor 25 Jahren, als Geschichten von Auslandskorrespondenten „getippt“ und anschließend per Flugzeug eingeflogen wurden, um sie fünf bis sechs Tage später veröffentlichen zu können. J4e erklärte, dass er täglich im Ticker derartig viele Nachrichten erhalte, dass er lediglich die Überschriften überfliegen könne und nur dann berichte, wenn er das Gefühl habe, dass sich etwas „zusammenbraut“. J6b verglich darüber hinaus die Arbeitsweise zwischen Tageszeitungen und Nachrichtenmagazinen. Bei ersteren müssten Themen schneller umgesetzt und Themenfelder schneller gewechselt werden. Die Arbeit für ein Nachrichtenmagazin habe im Vergleich dazu Vorteile, was Recherche und Gründlichkeit zu einer Geschichte angeht.

J5a und J8j verwiesen zudem auf den Konkurrenzdruck zwischen den jeweiligen Printmedien. Dieser bestehe vor allem, wenn es um die Exklusivität von Informationen geht sowohl unter den Tageszeitungen als auch zwischen Tageszeitungen, Nachrichtenmagazinen und Sonntagszeitungen. Eine übergreifende Zusammenarbeit zwischen Journalisten gäbe es laut J5a demzufolge eher selten, im Vordergrund stehe der Wettbewerb.

Wirtschaftliche Situation

Aufgrund von finanziellen Einschränkungen gebe es nur wenige Redakteure auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik. J6b, J4d und J4e wiesen auf die hohen Kosten hin, die die Auslandsberichterstattung aus einer Krisenregion wie Afghanistan mit sich brächte. J6b stellte deren Rentabilität in Frage, indem er das öffentliche Interesse mit den Kosten und Aufwand solcher Reisen gegenüberstellte. J4d und J4e bemerkten zudem die unterschiedlichen Finanzpolster der verschiedenen Medien. So hätten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sehr viel mehr Ressourcen, die sie viel besser investieren könnten (J4d). J4e verwies auf die Situation eines taz-Reporters, der auf persönliche Kontakte vor Ort angewiesen sei, um seiner Arbeit nachzugehen, während der Spiegel „sich gleich einen General kauft“, der bei der Arbeit vor Ort hilft und Kontakte bereitstellt.

Ein weiterer Aspekt, den J5a, J6b und P3f angesprochen haben, sind die sinkenden Auflagenzahlen der Tageszeitungen. P3f kritisierte in diesem Zusammenhang die Verkleinerung von Redaktionen, die Beschränkung journalistischer Tätigkeit auf Zeitbeschäftigung oder freie Mitarbeit sowie die damit einhergehende sinkende Qualität in der Berichterstattung. Afghanistanreisen seien dementsprechend nur noch zusammen mit einem Minister oder der Bundeskanzlerin möglich.

Blattlinie

Auch die Blattlinie habe einen Einfluss auf die Art und Weise der Berichterstattung zum Thema. J4e sprach in diesem Zusammenhang vom „Abklopfen“ bestehender Argumente. Hin und wieder tendiere man doch eher zu einer Meinung. Boulevardjournalist J8j räumte ein, dass bei seiner Zeitung unterhaltende Themen im Vordergrund stünden und deshalb Themen zu Sicherheitspolitik oder zum parlamentarischen System nicht denselben Stellenwert genießen, wie das „Liebesleben von Jenny Elvers-Erlbertzhagen“. Eine andere Redakteurin (J4d) erklärt bezüglich der Blattlinie ihrer Zeitung:

Und das bedeutet aus Sicht einer taz-Redakteurin meistens, dass man Leute zu Wort kommen lässt, die für mehr Gerechtigkeit plädieren, die versuchen auf Missstände hinzuweisen, die durch Rassismus, Sexismus [und] Menschenrechtsverletzungen (...) zu Stande kommen. Daher finde ich es wichtig immer mehrere Seiten zu einem Komplex zu Worte kommen zu lassen. Aber die Aufgabe der taz ist vor allem die zu Worte kommen zu lassen, die nicht woanders schon genug Raum bekommen.

J5a sprach davon, dass Kommentare von Journalisten mit der Blattlinie übereinstimmen sollten. Er verwies in diesem Zusammenhang auf früher durchaus gängige arbeitsvertragliche Regelungen einiger Zeitungen, die die Nähe zu einer bestimmten Partei sogar vorschrieben. Diese Art von „Tendenzbetrieb“ sei aber seines Wissens heute nicht mehr üblich.

Schwierige Berichterstattung durch konsensuelle politische Debatte

Die Journalisten wurden weiterhin dazu befragt, inwieweit die Art und Weise, wie die Debatte um den Afghanistan-Einsatz innerhalb der politischen Elite geführt wurde, Einfluss auf die Berichterstattung über das Thema hatte. Darauf angesprochen identifizierten mehrere Befragte die häufig konsensuell geführte Debatte als Hindernis bei der journalistischen Arbeit (J7l, J5a, J2c, J2i). Kontroversen würden dienlich sein, um ein Thema in der Berichterstattung prominent zu platzieren (J4d). Sowohl J7l als auch J5a gaben an, dass es problematisch sei, kontroverse Positionen auszumachen und diese entsprechend abzubilden. Kritik sei zwar von der Partei die Linke stets gekommen, jedoch erschöpften sich die kritischen Stimmen an dieser Partei und einiger weniger Experten und Professoren, auf die bei mangelnder Meinungsvielfalt im Parlament zurückgegriffen worden wäre (J5a). J7l benannte zudem das Problem, dass sich das Parlament in der Afghanistan-Debatte zunehmend vom Volk entferne. Letzteres sei mehrheitlich gegen den Einsatz, während die Politiker sich größtenteils

dafür aussprechen. Somit sei das Parlament in dieser Frage „nicht repräsentativ“. Das Problem der Journalisten sei es dabei gewesen, beide „Welten miteinander zu versöhnen“ (J7l). J2i brachte die Konsens-Frage und daraus erwachsende Probleme wie folgt auf den Punkt: „Es ist immer so, dass die (...) Afghanistan-Debatten, die Einsatzverlängerungsdebatten in einem ganz festen Argumentationskorsett gelaufen sind. Da verliert man dann irgendwann- oder verliert die Öffentlichkeit irgendwann daran Interesse.“ Boulevardjournalist J8j hingegen nannte zwar auch Punkte, bei denen die journalistische Arbeit durch politischen Konsens eingeschränkt werde, betrachtete die Konsens-Frage insgesamt jedoch weniger problematisch: Der [Konsens] bedeutet allenfalls, dass sie bestimmte Mechanismen nicht in Gang setzen können. Wenn Sie kontroverse politische Themen haben, dann können sie immer Opposition gegen Regierung ausspielen oder Kontroversen hochziehen und im günstigsten Fall den Rücktritt irgendeines Ministers fordern lassen. Das funktioniert dann hier nicht so. Aber ansonsten würde ich das für unkritisch halten.

8.4 Bedingungen politischer Entscheidungsfindung

8.4.1 Politische Informationsstrategien

Betrachtet man den massenmedial vermittelten Legitimationsprozess, so muss neben der Seite der Nachrichtenproduktion, also der vermittelnden Akteure, auch die Seite der Urheber, also der politischen Akteure, beleuchtet werden. Dabei spielt sowohl der Input (Informationsverhalten der Politiker) als auch der Output (Kommunikationsverhalten der Politiker) eine Rolle. In den Interviews stellte sich heraus, wie sich Bundestagsabgeordnete über den Einsatz in Afghanistan informieren. Dabei wurden sowohl interne Unterrichtungen, eigene Reisen in das Einsatzgebiet als auch die Massenmedien thematisiert.

Wie in mehreren Interviews deutlich wurde, spielt die sogenannte Unterrichtung des Parlaments intern eine zentrale Rolle. Hier würden die Obleute der Fraktionen im Verteidigungs- und Auswärtigen Ausschuss wöchentlich „über geheime Operationen und geheime Informationen“ in Kenntnis gesetzt (P3f). Zusätzlich gebe es Berichte aus dem Auswärtigen Amt und Koalitionsrunden mit dem Verteidigungsminister, Ausschussvorsitzenden und Staatssekretär, die P2c „für Hintergrundinformationen extrem wichtig“ hält. Bei aktuellen wichtigen Ereignissen würden die Informationen bei den

Obleuten „direkt auf dem Tisch“ (P2c) landen. P5b bewertete die offiziellen Informationskanäle recht positiv:

Informationen innerhalb der Bundeswehr und dem Verteidigungsministerium wurden doch recht ungefiltert in die Gremien des deutschen Bundestages transportiert. Das war in aller Regel sehr gut und sehr verlässlich (...). Als sich die Situation in Afghanistan im Inneren verschlechterte, gab es so etwas wie eine Rückzugsbeobachtungsmentalität. Das heißt, dass dann auch die Informationen nicht mehr so dicht und auch nicht mehr ganz nah an der Realität waren, weil dann die ‚Einbunkerung‘ der Bundeswehr innerhalb Afghanistans stattgefunden hat und da kann man natürlich auch nicht mehr ganz nah informieren.

P2c erklärte hingegen, dass die regierungamtlichen Quellen nicht ausreichten:

Informationen durch die Bundesregierung sind unerlässlich, aber reichen in keiner Weise aus. Das heißt, man muss also auch eigenständige Informationskanäle haben, und da habe ich mir mit der Zeit so ein Netz aufgebaut von Leuten, die sich in solchen Bereichen etwas mehr auskennen oder auch unabhängiger Köpfe sind (...). Aber so kriegt man dann doch schon (...) eine größere Annäherung, das ist doch längst nicht, richtig Ahnung von dem Land zu haben. Dazu gehört dann auch eben vor Ort gewesen zu sein.

Fast alle befragten Bundestagsabgeordneten gaben an, mehrfach nach Afghanistan gereist zu sein, um sich ein Bild von der Lage vor Ort zu machen. P5b sagte, auf solchen Reisen konnte man „doch recht gut erkennen, wie die innere Bedrohungssituation ausgesehen hat“. P2c sah diese Besuche vor Ort etwas kritischer. Sie seien zwar „besonders wichtig“, wären aber nur „Stippvisiten“, auf denen man „immer nur einen Ausschnitt des Landes mit seinen Facetten und Landesteilen“ sehen könne. Man solle sich deshalb „davor hüten, verallgemeinernde Schlüsse zu ziehen“. P2c betonte die Wichtigkeit des Kontakts zu allen Ebenen der Bundeswehr, durch die man eine „erheblich andere Sicht der Dinge“ bekommen könne. P4a erklärte: „Ich war kein so großer Freund von diesem Afghanistan-Tourismus, weil der immer in Bundeswehr-Camps endete und ich muss nicht den Soldaten noch auf den Keks gehen“.

Als weitere Informationsquelle wurde die massenmediale Berichterstattung genannt. Bis auf eine Ausnahme kamen alle befragten Bundestagsabgeordneten zu dem Schluss, dass der „Medienkonsum (...) ganz wichtig“ sei (P3d). Das bedeutet aber nicht, dass die Informationen unreflektiert in die Arbeit einfließen: „Wir nehmen viele Informationen und Meinungen auf, aber wir reiben uns natürlich auch an Meinungen“ (P3d). P2g glaubt: „Wenn man die Medien kritisch verfolgt und die Berichterstattung möglichst vollständig zur Kenntnis nimmt, kann man sich einen zutreffenden Eindruck

über die Situation in Afghanistan machen, jedenfalls weitestgehend“ P4a nimmt sogar an, aus den Medien mehr zu erfahren „als wenn Sie eine Berichterstattung des Bundesnachrichtendienstes haben“. Auch P2g spricht den Medien eine wichtige Informationsfunktion zu, gerade im Zusammenhang mit der Kunduz-Affäre 2006: „Über den Einsatz, für den der deutsche Oberst Klein die Verantwortung trägt (...) wurde ich natürlich zunächst über die Medien informiert“. Nur P3f war anderer Meinung:

Sie haben natürlich die handelsüblichen Informationsquellen wie die Medien, aber das hilft Ihnen oft wenig. Teilweise muss ich feststellen, dass die Journalisten noch weniger Ahnung haben als die, die schon gar keine Ahnung haben, die (...) schreiben nämlich über alles Mögliche (...). Es hilft mir wenig, weil es so alles zu einseitig ist, alles nur dieses Hurra (...). Ich finde nicht, dass ich durch die Medien gute Informationen bekomme.

Vor allem die großen deutschen Qualitätszeitungen (FAZ, SZ, taz, FR) wurden als wichtige Informationsquelle angegeben. P2c gab zudem auch Nachrichtenmagazine und die Bild-Zeitung an. Zur Auswahl der Medien sagte P5b, dass man „die Medien nutzt, die so nah wie möglich am Konflikt selbst platziert sind“. Von P4a und P5b wurde die Deutsche Welle wegen ihre Kompetenz beim Thema Afghanistan hervorgehoben. Auch internationale Medien (New York Times, Economist, Foreign Affairs, BBC) würden eine zentrale Rolle spielen. So sollte man BBC sehr ernst nehmen, da es sich um ein „höchst souveränes wie auch sehr kritisches und selbtkritisches journalistisches Projekt“ handelt (P5b). Die Nutzung des Internets zu Informationszwecken habe in den letzten Jahren zugenommen, so P2c und P4a. Auch P3d und P2g gaben an, Online-Dienste zu nutzen.

Andere Informationsquellen sind nach P2g und P4a auch die in Deutschland lebenden Afghanen, die gute Kontakte in das Land am Hindukusch haben und von denen man „unwahrscheinlich viel erfahren“ kann (P4a). „Wichtig sind auch die entsprechenden Fachleute von der Stiftung Wissenschaft und Politik“ sowie andere Beratungsinstitutionen (P2c).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass verschiedene offizielle und nicht-offizielle Quellen mit unterschiedlicher Intensität genutzt werden, um sich über Afghanistan und den Bundeswehreinsatz zu informieren. P2c sieht dennoch große Defizite im Informationsverhalten der Bundestagsabgeordneten:

Es gab nur wenige andere, die sich also auch mithilfe ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da stärker reingearbeitet haben. Aber die etliche Mehrzahl hat vielleicht nicht einmal die Unterrich-

tung des Parlaments gelesen. Da werden dann Fragen im Verteidigungsausschuss gestellt, hätte man da mal gelesen, dann bräuchte man das nicht zu fragen.

8.4.2 Politische und militärische Kommunikationsstrategien

In vielen Interviews stellte sich heraus, dass die öffentliche Kommunikation eine wichtige Rolle spielt. Um Botschaften in die Medien und in die Öffentlichkeit zu tragen, haben Politiker gewisse Strategien entwickelt. Man müsse „gegenüber der Öffentlichkeit selbst aktiv werden“ (P5b) und sich an mediale Routinen anpassen. „Kriegseinsätze sind immer ein Aufregerthema, es ist klar, dass die Medien darauf eingehen. Dass die Politik dann auch auf die Medienberichterstattung Rücksicht nimmt, ist auch klar“, behauptet J1h. „Auf die Botschaft muss man achten“, denn die Wirkung auf die Öffentlichkeit sei nicht zu unterschätzen, findet P2c. Man müsse aufpassen, dass man nicht Unruhe oder Verwirrung stiftet. Damit eigene Aussagen von Journalisten aufgegriffen werden, sollten nach Meinung von P3d auch die Formulierungen stimmen: „Ich versuche möglichst immer, einen Satz zu bringen, von dem man hoffen könnte: Wenn das einer überhaupt hört, dann macht der das.“ Wie wichtig es Politikern ist, häufig in der Presse zitiert zu werden – und dies in einem möglichst guten Licht – wurde von mehreren Journalisten und Politikern bestätigt. P4a räumte etwa ein, sich bewusst zu überlegen, wie er mediale Aufmerksamkeit für seine eigenen Anliegen erzielen könne. J8j erwähnte darüber hinaus, dass es im Hinblick auf eine anstehende Wiederwahl für einen Abgeordneten durchaus wichtig wäre, regelmäßig in der überregionalen Presse aufzutreten, um dem Wähler zu signalisieren „Hey, der ist ja da und tut ja was“.

Einige befragte Journalisten sehen vor allem auch seitens der Bundeswehr den Versuch, eigene Kommunikationsziele durchzusetzen. „Die Bundeswehr hat jetzt eine Routine entwickelt“, meint J4e. Bei Pressereisen in Afghanistan gäbe es einen Presseoffizier, „der Ihnen nicht von der Seite weicht und nicht das Interesse hat, das Sie alles sehen“ (J8j). Die Verantwortlichen würden es nicht wollen, dass man beliebig mit den Menschen vor Ort spricht. „Das ist eindeutig so“, findet auch J6b. P2c geht davon aus, „dass inzwischen die Vertrauenswürdigkeit, die Glaubwürdigkeit der offiziellen Informationen dazu sehr gering sind“. Seine persönliche Kommunikationsstrategie ist deshalb eine andere: „Man muss wirklich so offen und ehrlich sein wie es nur geht und dann die Licht- und Schattenseiten bringen“ (P2c).

Als Methoden politischer Kommunikation wurden Veranstaltungen in Berlin und im Wahlkreis, Pressegespräche (P3f) und Pressemitteilungen genannt. Die Bundestagsfraktionen möchten durch knapp zusammengefasste Statements in Broschürenform über Entwicklungen in Afghanistan „öffentlich Rechenschaft abgeben“ (P5b). Die Wirkung von Pressemitteilungen wird eher gering eingeschätzt. „Die Fraktion gibt jeden Tag drei Presseerklärungen heraus und davon sehen sie kaum etwas abgedruckt“, sagt P3d. „Die offiziellen Pressemitteilungen sind eher dazu da, um parteiintern zu sagen, dass man arbeitet“ (P3d). Vielmehr seien Hintergrundgespräche bedeutend. „Wenn Sie etwas abgedruckt sehen, dann sind das persönliche Kontakte und persönliche Gespräche mit Journalisten. Und die hat man natürlich“ (P3d). Strategische Beziehungen seien auch für Journalisten wichtig. J8j berichtet von der Weitergabe wichtiger politischer Informationen aus der wöchentlichen Unterrichtung des Parlaments an die Medien. Selbst Minister würden viel Wert auf den Kontakt zu Medien legen. Während Guttenberg „ein sehr gutes Verhältnis zum Haus Axel Springer geführt“ habe, habe De Maiziere erstmals „das Verhältnis zu Axel Springer auf Eis gelegt“ (J8j).

P3f und P3d gaben an, nur in Fällen von hoher persönlicher Relevanz auf Journalisten zuzugehen. „Bei mir ist es so, dass ich relativ selten so an Journalisten herangehe, sondern dass Journalisten mich einfach ansprechen“ (P3d). P3f sieht keinen Bedarf, den Kontakt zu Journalisten zu suchen: „Das ist nicht meine Aufgabe, das ist Aufgabe der Medien“. Demgegenüber meint der Journalist J8j, dass Politiker sich in ihrer Kommunikation nicht an die Medien anpassen: „Das zeugt einfach nur von einem Unverständnis und einer nicht vorhandenen Bereitschaft, sich auf Mechanismen einzulassen, die nun mal da sind“. Nach J4d wüssten Politiker sehr wohl, ihre Kommunikationsziele bezüglich des Bundeswehreinsatzes durchzusetzen:

Und zwar haben einfach alle Parteien, die dem Einsatz zugestimmt haben, (...) ein Interesse daran, dass über sie nicht mehr gesprochen wird, weil ihnen der Einsatz zu Recht unangenehm ist. Und was macht man dann, dann redet man über die Dinge mit denen man nicht weiter auffällt. Und dann bedient man sich bekannter Kommunikationsmuster, von denen man weiß, dass die Journalisten dabei sanft entschlafen.

P2c sieht die Fähigkeit vieler Politiker, den Afghanistan-Einsatz adäquat zu vermitteln, kritisch und sagt, worauf es ankommt:

Wir haben insgesamt zu wenig Leute, die sich vor Ort sehr genau auskennen und das dann auch vermitteln können. Einige die kennen sich fantastisch aus, aber wenn man sich dann unterhält, dann verliert man sich dann auch in den Einzelheiten. Das dann eben auch zu transportieren,

das ist dann auch das Wesentliche, also eben, Komplexität vernünftig zu reduzieren, das ist ja das Kunststück.

8.5 Wirkungsmechanismen

8.5.1 Wirkungsrichtung: Politisches Handeln beeinflusst die Berichterstattung

Angesprochen auf eine mögliche Einflussnahme der Politik auf die Medien wird bestätigt, dass es im Kontext von Militäreinsätzen eine besonders starke Stellung der Politik und damit auch eine Wirkungsmöglichkeit gibt, denn „die Exekutive ist strukturell im Vorteil“ (J2g). J2c erklärt beispielsweise in Bezug auf die bereits ausgeführten Recherchereisen:

Journalismus ist sehr abhängig von der Politik an der Stelle, wo er keine eigenen Recherchen anstellen kann, wie es da eigentlich aussieht, weil er sich ja fast nur im Schutz von Militär bewegen kann. Also Sie können bei allem, wo eine Knarre im Spiel ist, ein Soldat im Spiel ist, können Sie sich nicht mehr frei bewegen und Sie haben einen Krieg, da stirbt die Wahrheit zuerst, sagt man, ja. Sie können nicht unabhängig drauf gucken.

Zusätzlich berichtet J8j von den Sanktionsmöglichkeiten der Politik gegenüber den Medien:

Also wenn einzelne Journalisten (...) eine Verabredung [der Verschwiegenheit] gebrochen haben, oder auch nur in einer Weise kritisch gewesen sind, wie es dem Ministerium wohl nicht gefallen hat, habe ich schon mitbekommen, wie das Sanktionen zur Folge gehabt hat (...) [Jemand, der dreimal nicht zu einer Einsatzreise mitgenommen worden ist, hat sich sehr genau überlegt, ob er noch mal über die Maßen kritisch wird oder ob er nicht lieber mal etwas Nettes schreibt, um beim vierten Mal wieder dabei zu sein.]

Problematisch sei dies nach J4d auch, weil es in der Sicherheitspolitik nur wenige Lobbygruppen gebe, die als potenzielle Informationsquelle der Journalisten dienen könnten. Auch die bereits beschriebene Konsenslage im Parlament und die Tatsache, dass „es im Prinzip kein Moment des Hinterfragens“ (J2i) gab, würde die Stellung der Politik verstärken und die Legitimation vereinfachen. Von einer großen Gruppe an Journalisten wird daher argumentiert, dass die Politik die treibende Kraft in der Themensetzung sei. Die Regierung sei in der „Vorhand“, weil sie die „Kommunikation stark prägen kann (...) und so eine relativ starke Kontrolle hat“ (J7l). Journalist J7l erklärt, dass Tageszeitungen durch ihre „Chronistenpflicht“ noch näher an der politischen Agenda seien als Zeitschriften, die noch eher den Anspruch hätten, Themen zu setzen. Wie Journalist J1h erklären viele der Befragten, dass „in der Regel (...) die Politik die Setzung der Themen“ bestimme. „Im weitesten Sinne“ seien damit auch „die Umstände (...), die Lage in Afghanistan oder eine Entscheidung der

Bundesregierung“ gemeint. „[N]ur in Ausnahmefällen bestimmen die Medien die Themensetzung“ (J1h).

8.5.2 Wirkungsrichtung: Berichterstattung beeinflusst politisches Handeln

Diese Ausnahmefälle (J1h) seien zumeist Ereignisgeschichten, in denen Journalisten laut J8k bessere Recherchemöglichkeiten hätten. In dieser Einschätzung wird er von zahlreichen Kollegen unterstützt. Durch investigative Recherche und aussagekräftige Bilder sei es in solchen Situationen für die Politik unvermeidlich darauf zu reagieren. Dies würden besonders die großen Enthüllungsmagazine beherrschen.

Hinsichtlich der Einflussmöglichkeiten erklärt J4d beispielsweise, dass einige Journalisten aufgrund ihrer Erfahrungen, Fachkenntnisse und dem gewachsenen Vertrauensverhältnis ein Einflusspotenzial auf die Politik haben würden. Journalisten würden demnach in einem ständigen Austausch mit Politikern stehen, sodass oftmals auch die Arbeit der Journalisten in die politische Arbeit einfließe. In Extremfällen seien Journalisten sogar aktiv an der Antragsformulierung für den Bundestag beteiligt.

J4e weist zudem darauf hin, dass nach seiner Einschätzung bestimmte Medien sehr wohl eine Wirkung auf die Politik hätten. Durch die Entwicklung der Gesellschaft seien die „Folterinstrumente“ gewachsen, die „Exekutive unter Druck zu setzen“ (J2g). Die Regierung habe zwar eine starke Kontrolle über die Themensetzung, allerdings seien die Medien „stark in der Vorhand, weil wir einfach einschneiden können, das alles nicht zu glauben“ (J7l).

Weiter hätten auch die Politiker ein Interesse daran in den Medien in einem guten Licht zu stehen. So berichtet J3f:

Ganz allgemein habe ich gerade hier in Berlin gelernt, dass Medien sehr starken Einfluss auf die Politik haben. Politiker wollen ja wiedergewählt werden, die wollen ein gutes Image haben und für das Image sorgen die Medien. Und Politiker sind darauf bedacht in den Medien gut wegzu kommen.

Auch J8j berichtet über die Möglichkeit, Politiker in der Berichterstattung negativ zu bewerten und dadurch ein gewisses Wirkungspotenzial zu haben. Allerdings würde nach J3f das Wirkungspotenzial auch stark davon abhängen, wie viel Einfluss nationale Politik auf die Entscheidung habe, denn im Fall Afghanistan würden viele Entscheidungen nicht auf bundespolitischer Ebene getroffen werden.

8.6 Die Debatte über den Afghanistan-Einsatz in Gesellschaft, Politik und Medien

Schließlich wurden die Bundestagabgeordneten und Journalisten nach einer Einschätzung der Debatte über den Afghanistan-Einsatz gefragt. Die Mehrheit der Befragten vertrat die Auffassung, dass die Debatte große Mängel aufweise.

8.6.1 Politische Debatte: Kontroversität, Ausgewogenheit und Bewertung

Die politische Debatte war laut der Mehrheit der Befragten kaum kritisch und ausgewogen. Aufgrund des starken Konsenses im Parlament, abgesehen von der Partei die Linke war „der Afghanistan-Einsatz mehr oder weniger politisch unumstritten“ (J1h). „[M]an hat eigentlich keinen Wert auf eine große, öffentliche Debatte mit (...) klaren Positionierungen (...) gelegt“ (P4a), sodass die Bevölkerung teilweise ungenügend aufgeklärt worden sei. Die Beschäftigung mit militärischen Einsätzen sei in Deutschland „sehr unbeliebt“ (J3f), was dazu führe, dass eher nach der Akzeptanz in der Bevölkerung und weniger nach dem eigenen Gewissen entschieden werde.

Von einzelnen Befragten wurde Kritik an der Rolle der Politiker geübt. Sie würden sich „alle gegenseitig in die Tasche [lügen, somit sei] die Debatte im Bundestag realitätsfern“ gewesen (J4e). J6b behauptet, dass die Debatte im Bundestag eine theoretische sei, da im Parlament nie angemessen diskutiert wurde und „niemand den Finger in die Wunde gelegt“ hat (J4d). Diese Entwicklung führe zu einer „sehr selektiven Wahrnehmung von den Verhältnissen und den Entwicklungen“ (J8k) in Afghanistan. Die Politik habe die Situation falsch eingeschätzt, auch was die Länge des Engagements betrifft: „Man hätte nicht gedacht, dass es so lange dauert, als der Einsatz beschlossen wurde.“ (J2i). Schon zur ersten Mandatsverlängerung des ISAF-Mandats sei das Interesse der Politiker gering gewesen (P2c). Aufgrund der Länge des Einsatzes sprechen einige Experten davon, dass es inzwischen ein „reine Routinehandlung“ (P3f) sei, wobei sich „keine Fahrlässigkeit eingeschlichen [habe], sondern [es] durch die Dauer des Einsatzes bedingt“ sei (J2i). Hinzu käme, dass es „kein natürliches Interesse und auch keine Kenntnis, erst recht von einem Land wie Afghanistan“ (J2c) gebe.

8.6.2 Mediale Debatte: Kontroversität, Ausgewogenheit und Bewertung

Zu Beginn des Einsatzes und der medialen Diskussion der Truppenentsendung sprachen einige Journalisten von einem „Zwang zur Notwendigkeit“ (J2i), dem sich die Journalisten hätten beugen müssen (J2i). So sei „die Frage (...) nach dem „Warum“ und was wollen wir da, und ist das, was wir

dort tun, unserem Ziel angemessen, (...) gesellschaftlich nicht geführt worden.“ (J8k). Im Vordergrund habe die „uneingeschränkte Solidarität“ (J2c) mit den USA aufgrund des Terroranschlags am 11. September 2001 gestanden. Zudem hatte die NATO eine große Entscheidungsgewalt (J3f, J1h), der Deutschland folgen musste. Die Teilnahme am Einsatz sei quasi eine Bedingung für die Mitgliedschaft in der NATO: „[D]er Afghanistan-Einsatz war ja in Wirklichkeit immer nur ein Amerika geht-da-rein-und-wir-müssen-in Gottes Namen-mitgehen-weil-wir-sind-ja-in-der-Nato-Einsatz“ (J4d). Die Wahrnehmung von J3f der Berichterstattung war, dass die Mehrheit der Journalisten anfangs auch der politischen Richtung gefolgt seien, den Einsatz richtig gefunden und ihn zum größten Teil verteidigt hätten. Der Afghanistan-Einsatz sei als „alternativlos oder quasi alternativlos“ (J2i) dargestellt worden. J6b bezeichnete den deutschen Journalismus als „Rudeljournalismus“ (J6b), was bedeute, dass die Medien einem Leitmedium folgen würden, was zu einer geringen Ausgewogenheit in der medialen Debatte führe. Typisch für die deutsche Berichterstattung sei der starke Fokus auf die Emotionalität. Die Medien würden in „good und bad news“ (P3d) unterteilen und nur die schlechten Nachrichten in den Vordergrund schieben, was zu einer „einseitigen Betrachtung“ (P3d) des Einsatzes führen würde. Zudem hätten die Medien den Fokus größtenteils „auf die Deutschen oder den militärischen Aspekt der deutschen Intervention“ (P3d) gelegt. Boulevardjournalist J8j erklärte, dass Afghanistan – wie andere Themen auch – nur eben dann interessant sei, wenn etwas „nicht normal“ liefe. Aus diesem Grund gebe es auch kaum Artikel darüber, wie die Bundeswehr in Afghanistan Brunnen bohrt oder Mädchen Schulen eröffnet. Auch Politiker P2c bestätigte, dass er vermehrt zum Thema interviewt würde wenn „wieder was passiert war“.

J6b beschreibt die Debatte als „oberflächlich“ und „total desinteressiert“. Viele der Befragten meinten, in der Bevölkerung ein allgemeines Desinteresse an militärischen Einsätzen erkennen zu können (J7l, J2i, P3d, J6b), denn „wenn kein Mensch, (...) eine Talkshow über Afghanistan guckt, (...) findet auch keine statt“ (J2c). Damit laufe der Afghanistan-Einsatz auf eine „Event-Nummer“ (J2c) hinaus, da es nur „um Verkauf von Skandal“ (P3f) gehe. Befragt zum Nachrichtenwert des Afghanistan-Einsatzes und dessen Entwicklung im zeitlichen Verlauf ergab sich ein vielschichtiges, aber dennoch eindeutiges Bild. In einem Großteil der Ausführungen wurde dem Thema Bundeswehr und Bundeswehreinsätzen ein geringer Nachrichtenwert attestiert. J5a bemerkte dazu, dass das Thema als „uncool“, „schmutzig“ und „langweilig“ gelte.

Von den zahlreich genannten Gründen, wurde auffällig häufig der Faktor Betroffenheit (als Unterkategorie des Nachrichtenfaktors Bedeutsam nach der Weiterentwicklung Nachrichtenwerttheorie durch Galtung & Ruge, 1965) angesprochen: Es seien nie Wehrpflichtige in den Einsatz geschickt worden (J7l), das Thema sei für viele „weit weg“ (J6b). Zu innenpolitischen Themen wie beispielsweise Rentenkürzungen und Steuererhöhungen könne die Bevölkerung einen größeren Bezug aufbauen als zu Afghanistan (J7l, J6b). Das Desinteresse am Bundeswehreinsatz sei laut J2c auch in der Prozesshaftigkeit der internationalen Politik begründet, die sich durch ihre Komplexität und ihren geringen Ereignischarakter nur schwer nachvollziehen und medial abbilden lasse. J8j äußerte in diesem Zusammenhang, dass „Geschichten von gepflanzten Bäumen, gebohrten Brunnen und glücklichen Mädchen in Mädchenschulen“ für die Berichterstattung „unsexy“ seien. J4d erklärt, dass die Leser sich zum Bedauern der Fachredakteure oft sehr schnell eine Meinung bildeten, wodurch langwierige Prozesse schwierig vermittelt werden könnten. Schließlich wurde auch die Geschichte Deutschlands als Grund genannt, dass Kriegsthemen in der deutschen Öffentlichkeit ein problematisches Thema seien (P3d, J3f).

Abseits dieser Argumente schrieben J1h und J4d der Thematik dennoch einen erhöhten Nachrichtenwert zu: Militäreinsätze seien grundsätzlich etwas Außergewöhnliches, weshalb sie verstärkt Debatte über ihren eigenen Sinn und Unsinn auslösten und Emotionen hervorriefen – zumindest, wenn es entsprechende Bilder von Unmenschlichkeiten und Grausamkeiten vom Krieg gebe (J4d).

Die Länge des Einsatzes wurde als Hauptgrund für das geringe mediale Interesse angeführt. Die Dauer von elf Jahren hat in der Berichterstattung inzwischen eine gewisse Routine einkehren lassen, deren Ergebnis das bereits oben erwähnte „feste Argumentationskorsett“ (J2i) der Debatte sei. Dies sei aber, ähnlich wie in der politischen Debatte, nicht unbedingt negativ zu bewerten, da es ein automatischer Prozess sei und sich die redaktionelle Arbeit den Umständen angepasst habe (J2i). Doch die mangelhafte Behandlung des Afghanistan-Einsatzes habe auch redaktionelle Ursachen, wie die personelle und finanzielle Ausstattung der Redaktionen.

Vereinzelt gab es aber auch positive Meinungen zur Rolle der Medien in der Debatte um den Afghanistan-Einsatz. Die Medien würden auch in diesem Fall als „vierte Macht im Staat“ (P2g) eine wichtige Funktion als kritische und unabhängige Instanz einnehmen (J3f). Zeitweise hätten die Medien auch geschrieben „wie brutal der Einsatz sei [als] die Bundeswehr das noch geleugnet hat“ (J7l).

Die Medien hätten versucht ein ausgewogenes Bild darzustellen, doch wurde dies durch den Konsens im Parlament erschwert (J3f, J2c).

8.6.3 Politische Debatte: Wendepunkte und zeitlicher Verlauf

Die Debatte um die Legitimation des Afghanistaneinsatzes begann für die meisten der Befragten mit den Anschlägen des 11. September 2001. Im Zusammenhang mit diesem Ereignis kam der Beschluss der Vereinigten Staaten zur Intervention in Afghanistan und die Ausrufung des NATO-Bündnisfalls. Hier habe es keine Einflussnahme der Medien auf die Politik gegeben: „Die Umstände [haben die] Themen gesetzt (...). [E]s war in dem Sinne keine von den Medien künstlich hoch gezo gene Debatte“ gewesen (J1h). Jedoch gab es „[z]uerst [einen] kollektive[n] Leugnungsprozess, [da] immer nur darüber debattiert [wurde], wie viele Soldaten verschickt werden sollen, [aber] nie über das Ausmaß des Problems“ (J4d). Einige Journalisten sind auch der Meinung, dass „die Legitimation nur am Anfang [stattfand]“ (J2c). Journalist J2i beschreibt diesen Prozess:

Es wurden Legitimationsgründe für diesen Einsatz gesucht (...). Aber irgendwann war eine Stufe erreich, wo man gesagt hat: „Der Point of no return ist längst überschritten. Wir können jetzt hier nicht einfach abbrechen“. Und damit verlor der Einsatz ein bisschen auch an öffentlichem Interesse in all den Jahren. Und die Wucht im Parlament, in der politischen Debatte war deshalb nicht mehr so groß, weil man im Prinzip den Afghanistan-Einsatz nicht zu einem Thema des führenden Heeres machen konnte (...). In der Mandatsverlängerung ist eine Routine eingekehrt (...). Und die Argumente liegen irgendwann auf dem Tisch.

Am Anfang war das Ziel des Einsatzes die Errichtung eines demokratischen Staates (J8k), wobei schnell erkannt wurde, „dass das komplett illusorisch ist, dass das Unfug ist“ (J8k). „Die kulturellen Unterschiede, aber auch (...) die ganze Situation ist da so, dass das da nicht zu erreichen ist. Und dann passt man die Ziele seinen Möglichkeiten an und versucht den Einsatz damit zu legitimieren.“ (J2i). Ziele, wie die Etablierung westlicher Werte oder die Verfolgung der Taliban, wurden immer wieder neu definiert und wieder verworfen, bis die einzige Strategie der Abzug war (P2c). Bis heute dauere der Krieg in Afghanistan an und man sehe „keine durchgreifende Verbesserung“ (P2g) der Lage. Doch wird es in den Augen vieler keine weiteren Einsätze in dieser Form geben, „weil man daraus gelernt hat, [dass] man nicht mit militärischen Mitteln ein Land reformieren [kann].“ (J4d) Laut P2c sei es problematisch gewesen, dass „keine klaren Ziele benannt“ und die „Sachen einfach nur schön [geredet]“ wurden (P2c). Die Argumente seien auch immer die gleichen gewesen: „Wir sind dazu da, zum Helfen, Schützen und Vermitteln. Das Wort ‚kämpfen‘ ist zwar genannt worden,

aber es ist eigentlich die ersten Jahre nicht gemacht worden. (...). Diese Wahrnehmung ist erst 2007 oder 2008 gekommen“ (P3d).

Ein wichtiger Wendepunkt war das Jahr 2007, ab diesem Zeitpunkt „wurde klar, der Afghanistan-Einsatz wird scheitern, wenn er so weiter läuft“ (J4d, P2c). Es wurde immer deutlicher, dass die Situation in Afghanistan sich nicht verbessern würde. Während die Stimmen gegen den Einsatz immer mehr Gewicht bekamen, seien Akzeptanz und Legitimität des Afghanistan-Einsatzes gesunken, was den Druck auf die Politik verstärkt habe (J2c). Ein wichtiges Schlüsselereignis und Wendepunkt in der Debatte war der Luftangriff in Kunduz 2009: Es „könnte sein, dass es der endgültige Punkt war, wo die Deutschen gesagt haben: „Jetzt ist aber mal Schluss““ (J7l). Auch der Lissabon-Gipfel 2009, auf dem die Abzugsstrategie aller beteiligten ISAF-Staaten beschlossen wurde, wurde als Wendepunkt bezeichnet (J3f).

Die Debatte sei im Gegensatz zum Anfang „offener geworden, sowohl auf der politischen Ebene wie auf der [...] Bevölkerungsebene“ (J2g). Auch sei die politische Debatte entwicklungspolitisch geprägt gewesen, wohingegen die Medien eher militärische Aspekte betont hätten (P2c). Einige der Befragten beschrieben die Debatte jedoch als einen „fortlaufenden“ und „schleichenden Prozess“ (J3f). Die Debatte sei eine „Fortentwicklung“ (J1h) der bestehenden Argumente ohne besondere Wendepunkte, sowie eine Argumentationskette basierend auf dem Argument des „Kampfes gegen den Terror“ (P3f).

8.6.4 Mediale Debatte: Wendepunkte und zeitlicher Verlauf

Die mediale Debatte begann wie die politische Debatte mit den Anschlägen vom 11. September 2001. Viele der berichtenden Journalisten hätten den Einsatz in Afghanistan anfangs befürwortet und argumentativ unterstützt (J4e, J3f, J7l). Das Interesse der Medien an Afghanistan sei dem Interesse der Bundeswehr an Afghanistan gefolgt. Im Laufe der Zeit hätte es „eine allgemeine Tendenz zur Ermüdung“ gegeben, da es nicht viel „Input“ gab (J8k).

Konfrontiert mit den sinkenden Artikelzahlen zum Afghanistan-Einsatz im zeitlichen Verlauf (siehe Kapitel 7.3) bestätigte die breite Mehrheit der Befragten ein abnehmendes öffentliches Interesse seit dem ersten Mandatsbeschluss. Formulierungen wie „nachlassendes Interesse“ (J2g), „Ermüdung“ (J4d), „Juckt keinen mehr“ (J7l), „verliert an Wucht“ (J2i) und „Routine“ (J1h) wurden genannt.

Während manche der Befragten das sinkende Interesse als eine natürliche Entwicklung bei über lange Zeit andauernden Themen betrachteten (J2g), schrieb J5a die Schuld auch teilweise den Journalisten selbst zu: Sie würden nur von „Blüte zu Blüte hüpfen (...) anstatt mal am Thema dran zu bleiben“. J7l folgte, dass eine offene Debatte zum Thema fehle:

Als ich berichtet habe (...), dass die ersten Mädchen Schulen im deutschen Verantwortungsbe- reich geschlossen wurden, aus Sicherheitsgründen, weil die Taliban eben wieder da waren, hatte ich eigentlich damit gerechnet, dass es einen öffentlichen Aufschrei geben würde, weil das ja zwischenzeitlich zu einer der zentralen Legitimationsgrundlagen geworden war. Und die Mel- dung fand null Resonanz in der Öffentlichkeit, woraus ich eigentlich nur schließen konnte, dass sowieso kein Mensch mehr geglaubt hat, dass wir da Frauengleichberechtigung in Afghanistan durchsetzen können und es eigentlich nur der faktische Nachvollzug einer aufgegebenen Illusion war. Ja, und diesen Prozess haben die Medien immer nur im Nachhinein nachvollziehen kön- nen, weil es tatsächlich keine offene Debatte in Deutschland gab, über die die Medien dann hät- ten berichten können.

Insgesamt wurde die einkehrende Routine in der Berichterstattung von vielen der befragten Journa- listen bestätigt. Diese Routine würde lediglich aufgebrochen, wenn es zu negativen Vorfällen käme (J2g). So sei jeder tote Bundeswehrsoldat ein besonderes Ereignis für die Debatte über den Afgha- nistan-Einsatz in Deutschland. Einer der wichtigsten Wendepunkte in der medialen Debatte war der Luftangriff von Kunduz 2009, welcher für die Berichterstattung einen „medialen Gau“ bedeutete (J4e). Es fand nun eine ausführliche Berichterstattung zu den Umständen des Angriffs statt, sowie eine neue grundlegende Diskussion über die Notwendigkeit des Afghanistan-Einsatzes: „[S]ätestens seit Kunduz [...] ist Afghanistan doch in den Medien immer wieder Thema gewesen.“ (J3f) Für viele war das „der Moment, wo die Undurchsichtigkeit des Einsatzes klar wurde“ (J7l). Doch auch andere Ereignisse haben die Debatte und das Verhältnis zwischen Medien und Politik maßgeblich beeinflusst, dazu gehört die sogenannte „Totenkopf-Affäre“ von 2006, wobei dieser Skandal für P2c nur einer unter vielen war. Ein besonderer Wendepunkt in der Berichterstattung war die Ernennung Guttenbergs zum Verteidigungsminister. Durch die polarisierende Figur Gut- tenbergs kam es zu einem „Bewusstseinswandel in den Medien und folglich auch in der Bevölke- rung“ (J8j). Laut Boulevardjournalist J8j habe Guttenberg es geschafft, „die Leute richtig dafür zu interessieren“ und sowohl die Bundeswehr als auch den Afghanistan-Einsatz zu wichtigen Themen zu machen.

Allgemein wurde die Debatte als zwiespältig beschrieben, da „die Medien (...) auch unentschieden [waren] im jahrelangen Hin und Her“ (J7l). Zum einen empfanden einige Journalisten die Berichterstattung als stetig und kritisch (J2i, J3f, J7l). P3d bemerkte zudem, dass er in den letzten Jahren ein gestiegenes öffentliches Interesse an außenpolitischen Fragen beobachte und die Bürger sich verstärkt darüber bewusst würden, dass außenpolitische Themen sie auch betreffen. J3f bestätigte zwar, dass es im Journalismus zu „Gewöhnungseffekten“ käme, er könne einen solchen jedoch nicht für Afghanistan erkennen. Beide Ansichten deckten sich jedoch nicht mit den Aussagen der großen Mehrheit der Interviewpartner. So bewerteten vorwiegend Politiker (P3f, P4a, P2c) die Berichterstattung als einseitig und unstet. Mittlerweile sei Afghanistan „in Deutschland schon lange keines mehr der Top-Themen (...). Und das ist ein Zeichen dafür, dass entweder Kommunikation funktioniert oder es nicht kommunizierbar ist.“ (J2c) „Man [ist] jetzt sehr ernüchtert und das ist der Effekt, der zieht sich (...) durch die ganze Gesellschaft“ (J4e).

8.7 Zwischenfazit

Die Interviews mit Bundestagsabgeordneten und Journalisten haben gezeigt, welche Strukturen und Prozesse es auf der Entstehungsebene der politischen Kommunikation bzw. der Berichterstattung gibt. Im Zentrum stand die Frage nach den Wirkungsmechanismen zwischen Politik und Medien und den Gründen dafür. Essentiell ist, dass keiner der Befragten ein enges Verhältnis zwischen Politikern und Journalisten verneint, sondern es nur unterschiedlich bewertet: Während die Nähe für die meisten Medienvertreter als förderlich oder sogar unvermeidbar für den politischen Journalismus angesehen wird, sind sie sich doch eines strategischen Einflusspotentials der Politiker bewusst. Die Befragten haben sowohl eine starke Stellung der Medien als auch der Politik bestätigt. Allerdings scheint es so, dass Politiker bei der Themensetzung eine stärkere Position innehaben.

Das scheint vor allem an der wirtschaftlichen Ausstattung der Redaktionen und der schwierigen Quellenlage zu liegen. In den Interviews stellte sich heraus, dass als Quellen hauptsächlich Akteure aus der Bundespolitik und der Bundeswehr herangezogen wurden, während Akteure außerhalb dieser Eliten kaum eine Rolle spielten. Es ist zu vermuten, dass dies mit der wirtschaftlichen Situation der Redaktionen und dem erhöhten Rechercheaufwand zu tun hat. Aufenthalte in Afghanistan seien aus finanziellen oder sicherheitstechnischen Gründen fast nur mit der Bundeswehr oder in Begleitung eines Politikers möglich. Auch scheint es, dass die Politiker einen Wissensvorsprung haben,

indem sie zum einen große Fachkompetenz und langjährige Erfahrung mitbringen, zum anderen aber auch einen direkteren Zugang zu den Informationen zur Lage in Afghanistan haben.

Aber auch das journalistische Rollenverständnis, die Bevölkerung über das Handeln der Politik zu informieren, kann ein Grund für die Themensetzungsdominanz der Politik sein. Trotzdem gibt es den Anspruch, die Öffentlichkeit aufzuklären und sich nicht nur von der Politik die Themen vorgeben zu lassen. Während langfristige Prozesse journalistisch nur schwer zu vermitteln seien, könnten die Medien bei Ereignissen mit großem Aktualitätsbezug und mit Skandal-Charakter Akzente setzen und so auch maßgeblich das politische Handeln beeinflussen. Dieses Potential wurde eher den Zeitschriften zugesprochen, da diese mehr Ressourcen für eine tiefe Recherche hätten und nicht tagesaktuell berichten müssen. Interessant war, dass die meisten Befragten, im Gegensatz zu den Annahmen vieler Wissenschaftler, Militäreinsätzen eine wenig prominente Stellung auf der gesellschaftlichen Agenda zusprachen. Fast niemand verneinte, dass das Interesse am Afghanistan-Einsatz über die Jahre abgenommen hat. Die deutsche Bevölkerung würde sich für innenpolitische Themen viel stärker interessieren als für Außenpolitik. Die Haltung der Bevölkerung wurde auch als Grund für die geringe Auseinandersetzung im Journalismus mit dem Afghanistan-Einsatz genannt. Die Berichterstattung über den Afghanistan-Einsatz wäre ein Routineprozess und würde nicht mehr als eine Meldung zur erneuten Mandatsverlängerung bieten. Insgesamt wurde die Behandlung des Einsatzes in der Politik und in den Medien eher negativ bewertet: Es wurde sich zu wenig mit dem Thema auseinandergesetzt, die Debatte sei kaum kontrovers verlaufen. Der Afghanistan-Einsatz wurde unzureichend begründet und war nie ein wahlentscheidendes Thema.

9. Interpretation und Diskussion der Ergebnisse

9.1 Legitimationskommunikation der Politiker

Mit dem gewonnenen Datenmaterial gilt es in einem nächsten Schritt die Themensetzung in der parlamentarischen Debatte im Zuge des Afghanistan-Einsatzes in einen Kontext mit den theoretischen Vorüberlegungen und den Erkenntnissen aus den Experteninterviews zu setzen. Dafür sind unter anderem die Themenverteilung innerhalb der Parteien, die Komplexität der Argumentationsmuster sowie parteispezifische Besonderheiten in der Argumentation von Interesse.

H1: Es ist zu vermuten, dass in der Argumentation der Politiker die Sicherheit Deutschlands und die Bekämpfung des Terrorismus im Vordergrund stehen.

9.1.1 Vorherrschende Argumentationsmuster

Im Hinblick auf die Ergebnisse der Frame-Erhebung kann die H1 nicht bestätigt werden. So argumentierten politische Akteure in den Bundestagsdebatten am häufigsten mit der Instabilität (21%) und der humanitären Lage (19,3%) in Afghanistan. Von den elf identifizierten Argumentationsmustern, wurde der Terrorismus als dritthäufigstes (13,3%) und Sicherheitsaspekte als fünfhäufigstes angewendet (9,1%). Die erwartete Prominenz dieser beiden Argumentationsmuster ist somit nicht erkennbar. Auffällig ist, dass mit Instabilität und humanitäre Lage zwei laut Definition afghanistan-spezifische Themenfelder (siehe Codebuch) häufiger angesprochen werden, als der Terrorismus, welcher sich vornehmlich auf Deutschland und die westliche Welt bezieht. In den Experteninterviews wurde immer wieder ein mangelndes Interesse der Bevölkerung an Militäreinsätzen der Bundeswehr im Allgemeinen und dem Afghanistaneinsatz im Speziellen beklagt (siehe Kapitel 7.2). Ein möglicher Grund für die fehlende Betroffenheit könnte sein, dass sich die politische Kommunikation des Parlaments stärker auf die afghanistan-bezogenen Frames Instabilität und humanitäre Lage, als auf die Terrorismusgefahr in Deutschland fokussiert. Diese Begründung ließe sich auch äquivalent auf den Sicherheitsframe anwenden, dessen Themendefinition sich mit Deutschland, der westlichen Welt, zivilen Helfern und westlichen Soldaten auf Bereiche beziehen, mit denen sich weite Teile der Bevölkerung eher identifizieren könnten, als mit Afghanistan, der Region und der dortigen Bevölkerung. Die in den Interviews beschriebene Ferne des Themas könnte durch die geringere Fallzahl der eher deutschland-bezogenen Argumentationsmuster Terrorismus und Sicherheit begründet werden. Fraglich bleibt, inwieweit eine eventuell geringe Terrorismusgefahr dazu führt, dass entsprechende Argumentationsmuster in der Debatte seltener angewendet werden. Ein weiterer Grund für die schwächere Thematisierung des Terrorismus könnte in der Verteilung der OEF- und ISAF-Mandate liegen. So war die Bekämpfung des Terrorismus zentrales Element des OEF-Einsatzes und wird in diesen Mandatsbeschlüssen entsprechend häufiger verwendet als bei ISAF (siehe Kapitel 9.2). Die geringere Anzahl der OEF-Mandate (acht OEF-Mandate und 14 ISAF-Mandate im untersuchten Zeitraum) und dessen Beendigung im Jahr 2008 weisen auf die potentiell geringere Verwendung des Themas Terrorismus hin. Dass ein Großteil der angewendeten Argumen-

tationsmuster lediglich ein Wort, eine Wortgruppe oder bis zu einem Satz umfassten (57,9%), könnte ein Hinweis auf geringe Komplexität der Aussagen sein. Um ausreichend detaillierte Aussagen treffen zu können, scheinen mehrere Sätze notwendig. Aussagen, die länger als ein Satz bzw. bis zu einem Absatz lang sind, nahmen in der politischen Debatte immerhin 31,4% ein; Aussagen, die mehr als einen Absatz umfassen lediglich 10,7%. Die geringe Komplexität der Argumentationsmuster wird durch ihre Unvollständigkeit nach Elementen bestätigt: Wie in den Tabellen 56 und 57 beschrieben, waren lediglich 505 der 5.372 erhobenen Argumentationsmuster vollständig²⁹. Themen sind also oft nur angesprochen worden, ohne diese in Länge auszuführen oder näher auf Ursachen, Bewertungen und Lösungen einzugehen.

Der Blick auf parteispezifische Besonderheiten zeigt auf, dass Die Linke deutlich häufiger mit pazifistischen Aussagen und Argumenten zur Rentabilität des Einsatzes arbeitet, als andere Parteien. Die Argumentationsmuster betonen durch ihre negative Bewertung die Sinnlosigkeit des Afghanistan-Einsatzes (Rentabilität) und von Kriegen allgemein (Pazifismus). Beide Themenfelder nehmen 10,4% der legitimatorischen Aussagen der Fraktion in der parlamentarischen Debatte ein – ein Wert, der bei allen anderen Parteien mit jeweils etwa 2% deutlich geringer ausfällt. Der höhere Anteil dieser Argumentationsmuster erscheint im Hinblick auf das pazifistische Selbstverständnis der Partei Die Linke (Die Linke, 2011, S. 69) nachvollziehbar und wird untermauert durch die auffällig hohe Zahl der Argumente gegen den Einsatz. 63% aller „Linken“-Argumentationsmuster sind tendenziell dagegen, 3,7% sind Argumente für den Einsatz. Klammt man die nicht erkennbaren/nicht benannten Fälle aus, sprechen sich 93,8% der Aussagen gegen den Einsatz aus und spiegeln das pazifistische Selbstverständnis.

9.1.2 Argumente für oder gegen den Einsatz

Da SPD und Bündnis 90/die Grünen zum Zeitpunkt des ersten Mandatsbeschlusses Regierungsparteien waren, wurde von einer besonderen Zustimmung dieser ausgegangen. Diese Erwartung hat sich bei der SPD mit 61% Pro-Argumenten bestätigt. Auffällig ist jedoch, dass bei Bündnis 90/die Grünen lediglich 45,9% der in der Debatte geäußerten Argumente für den Einsatz, der Rest entwe-

²⁹ 16% drei Elemente fehlen, 52% zwei Elemente fehlen, 32% ein Element fehlt

der zwiespältig oder nicht erkennbar waren. Eine Erklärung für diese Abweichung könnten die innerparteilichen Kämpfe zum ersten Mandatsbeschluss liefern, die sinnbildlich für den Dissens innerhalb der Partei zu diesem Thema stehen und schließlich zu der Vertrauensfrage Gerhard Schröders an den Bundestag führten (Meyer, 2006, S. 62).

Die Themenkomplexe „Westliche Werte“ (65%), „Solidarität“ (62%) und „Humanitäre Lage“ werden von Abgeordneten vorwiegend zur Argumentation für den Einsatz verwendet (siehe Tabelle 13). Auffällig ist, dass diese als gesellschaftlich-soziale Dimensionen stärker als Pro-Argumente verwendet werden, als eher gewaltorientierte Argumentationsmuster wie Terrorismus (54,7% als Pro-Argument) oder Instabilität (52,5%). Themen, die mehrheitlich als Argument gegen den Einsatz angesprochen werden, waren hingegen Pazifismus (73% als Contra-Argument), Rentabilität (65,5%) und Performanz anderer Akteure (45,9%). Dies war vor allem dahingehend zu erwarten, als dass vor allem Pazifismus und Performanz in ihrem Sinnkomplex als eher Einsatz-ablehnende Argumentationsmuster konstruiert sind. Dass Rentabilität mehrheitlich als Argument gegen den Einsatz verwendet wurde, weist darauf hin, dass politische Akteure die Kosten-Nutzen-Abwägung zu Ungunsten des Afghanistan-Einsatzes bewerten (äquivalent dazu wird der Einsatz in 49,6% der Fälle als unrentabel und lediglich zu 9,1% als rentabel bewertet). Aussagen zur Drogenproblematik und der gesetzlichen Grundlage des Einsatzes wurden hingegen in einem ausgeglichenen Verhältnis als Pro- und Contra-Argumente benutzt.

9.1.3 Konsens in der parlamentarischen Debatte

Betrachtet man die Tendenz der jeweiligen Argumentationsmuster in ihrer Gesamtheit (ohne „Nicht erkennbar/ nicht benannt“), so waren 66,7% für den Einsatz, während lediglich 31,7% einsatzkritisch ausfielen³⁰ (siehe Tabelle 20). Dies bestätigt das deutliche Übergewicht zustimmender Argumente über den gesamten Einsatzverlauf zwischen 2001 und 2012. Dieses Übergewicht wird noch deutlicher, wenn man die grundsätzlich pazifistisch eingestellte Partei Die Linke (siehe oben) ausklammert. Ohne deren tendenzielle Aussagen sind ganze 71% der Argumente für den Einsatz. Dies weist auf einen „weitgehenden politischen Konsensfall“ (Pohr, 2005, S. 265) unter den Parteien

³⁰ 1,6% der Aussagen mit erkennbarer Tendenz waren zwiespältig

CDU/CSU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP hin, wie ihn Kaim & Niedermeier (2011, S. 120) beschreiben. Pohr (ebd.) begründet zudem mit dem ausdifferenzierten Parteisystem Deutschlands, dass speziell in der BRD ein „totaler“ politischer Konsens nur schwer zu erzielen sei. So erscheinen Werte von 66,7% bzw. 71% als Argumente für den Einsatz als ausreichender Hinweis für einen Konsens innerhalb der politischen Elite. Bestätigung finden diese Aussagen in den Ausführungen der Interviewpartner aus Politik und Journalismus im Rahmen dieser Studie, welche den parlamentarischen Konsens mehrheitlich bestätigten (siehe Kapitel 7.1 und 4.2).

Auffällig ist auch die relative Deckungsgleichheit bezüglich der Themensetzung der Fraktionen in der parlamentarischen Debatte. Fast durchgängig waren „Instabilität“ und „Humanitäre Lage“ die häufigsten Argumentationsmuster pro Partei (mit Werten 15%-20%; siehe Tabelle 8). Die FDP wendete als einzige Fraktion den Performanz-Frame mit 17,9% am zweithäufigsten an. Dies könnte damit zu erklären sein, dass die Partei über einen großen Zeitraum der Debatte (2001-2009) in der Opposition war. Davon abgesehen lassen die Häufigkeitsverteilungen zwischen den verschiedenen Argumentationsmustern eine starke Ähnlichkeit zwischen den Parteien erkennen. Die Thematisierung von Terrorismus, Solidarität und Performanz zog sich nahezu gleichmäßig durch alle Parteien und impliziert eine vereinheitlichte Schwerpunktsetzung. Es erklärt sich, dass die Journalisten bemängeln, die parlamentarische Debatte sei zu einseitig und dies führe somit zu einer sinkenden Relevanz des Themas (siehe Kapitel 8.3.4 und 8.6.).

9.1.4 Schließung der Debatte

Der geringe Anteil der Argumente mit Rückbezug auf andere Akteure weist auf eine Schließung der Debatte hin, wie sie Eilders und Lüter (2002, S. 103) beschreiben. In nur 9,8% der Argumentationsmuster der Politiker wurde auf Aussagen anderer Akteure verwiesen, oder diese zitiert (siehe Kapitel 7.4). Wenn überhaupt ein Rückbezug gemacht wurde, wurde in fast der Hälfte dieser Fälle (48,3%) auf andere Parlamentarier, Minister, die Regierung, Opposition etc. verwiesen. Es wird deutlich, dass die Argumentationsflüsse zu einem großen Teil innerhalb der politischen Elite stattfanden und eher selten Experten von außerhalb hinzugezogen wurden. Mithilfe der Aussagen aus den Interviews, nach denen kein Wert auf eine große öffentliche Debatte gelegt wurde, lassen sich diese Ergebnisse untermauern (siehe Kapitel 7.1). Die politische Klasse bleibt weitgehend unter sich. Auch die nächstgrößere Gruppe zitierter Akteure ist mit Vertretern anderer Nationen, internationa-

len Akteuren und der Staatengemeinschaft weitgehend dem politischen Spektrum zuzuordnen. Erst bei der drittgrößten Gruppe der Zitierten handelt es sich um afghanische Akteure (11,9%), von welchen man erwarten würde, viel stärker im Zentrum der Debatte zu stehen. Stattdessen wurden die Anliegen der unmittelbar Betroffenen des Militäreinsatzes – der Bevölkerung vor Ort – nur vergleichsweise selten kommuniziert.

9.1.5 Zwischenfazit

Es lässt sich abschließend festhalten, dass politische Akteure in der Debatte um den Afghanistan-Einsatz ihre Zustimmung oder Ablehnung insbesondere mit Themen legitimieren, die sich durch ihre Nähe zu Afghanistan und seiner Bevölkerung auszeichnen. Im Vergleich dazu finden sich Argumentationsmuster, die den Afghanistan-Einsatz mit Deutschland, seiner Bevölkerung oder westlichen Nationen in Verbindung bringen, in einer geringeren Anzahl in Bundestagsdebatten wieder. Die Zustimmung zum Bundeswehreinsatz wird vornehmlich mit den Themenkomplexen „Westliche Werte“, „Solidarität“ und „Humanitäre Lage“ zum Ausdruck gebracht, wohingegen sich mit der Thematisierung von Pazifismus, Rentabilität und der Performanz anderer Akteure eher gegen den Einsatz ausgesprochen wird. Betrachtet man die Tendenz der Argumentationsmuster in ihrer Gesamtheit, so lässt sich ein Übergewicht unkritischer Stimmen erkennen, die als Hinweis für einen Konsens innerhalb der politischen Elite angesehen werden können. Ähnlich verhält es sich mit der nahezu gleichmäßigen Schwerpunktsetzung von Themen unter den Parteien.

9.2 Veränderung der Argumentationsmuster im zeitlichen Verlauf

H2: Die Argumentationsmuster und ihre Elemente sind dynamisch und ändern sich abhängig vom Zeitpunkt innerhalb der Debatte und dem Aufkommen bestimmter Schlüsselereignisse.

Framing ist ein dynamischer Prozess, der ständiger Veränderung unterliegt (Matthes, 2007, S. 47). Anhand der Unterteilung in die 23 Zeiträume (siehe Tabelle 1), die abhängig von den Mandatsbeschlüssen zu OEF und ISAF gewählt wurden, kann der zeitliche Verlauf abgebildet werden. Wenn man die Frames der Politiker über die gesamten zehn Jahre des Erhebungszeitraumes betrachtet, lassen sich dauerhafte und punktuelle Veränderungen in der Nutzung der Frames und deren Zusammensetzung erkennen. Anhand der Zeiträume, die markante Änderungen im Framing aufweisen,

und einem Abgleich mit dem Zeitstrahl zum Afghanistan-Einsatz (siehe Zeitstrahl, Digitaler Anhang 2) können Schlüsselereignisse (siehe Kapitel 5.1.1) in der Debatte herausgestellt werden.

9.2.1 Zeitliche Entwicklung der Themensetzung (Frame-Häufigkeiten)

Bei der Auswertung der Frames konnte festgestellt werden, dass die meisten Redebeiträge von Politikern im Oktober 2007 mit 50 Reden, Januar 2012 mit 44 Reden, November 2001 mit 42 Reden und Oktober 2006 mit 41 Reden zu finden sind (siehe Tabelle 2). Dadurch ist auch die Anzahl der Frames besonders im ersten Zeitraum und bei der siebten Verlängerung des ISAF-Mandats am höchsten (siehe Tabelle 23). Es wird davon ausgegangen, dass in Situationen wie einer Mandaterteilung das Bedürfnis der Politiker um Legitimation am stärksten ist und damit auch die hohe Anzahl der Frames besonders in den ersten beiden Zeiträumen zu erklären ist. Diese Vermutung deckt sich auch mit der Aussage eines Journalisten aus den Experteninterviews, der sagt, dass „die Legitimation nur am Anfang [stattfand]“ (siehe Kapitel 8.6.3). Auch bei der Erteilung des ISAF-Mandats Ende 2001 zeigt sich, dass in den Redebeiträgen die meisten Frames zu finden sind. Die geringere Frame-Anzahl bei der ersten Verlängerung des ISAF-Mandats im Jahr 2002, gibt Anlass zur Annahme, dass die Relevanz des Afghanistan-Einsatzes abnimmt. Ein interviewter Politiker verweist auf den minimal zeitlichen Abstand zwischen Mandaterteilung und erster Mandatsverlängerung als Grund für diese Veränderung (siehe Kapitel 8.6.1).

Besonders auffällig ist die Veränderung der Anzahl der Frames im 14. Zeitraum, 2007. Bereits in den Interviews wurde von verschiedenen Politikern und Journalisten (siehe Kapitel 8.6.3) 2007 als ein wichtiger Wendepunkt in der politischen Debatte genannt. Schaut man sich den erstellten Zeitstrahl (siehe Zeitstrahl, Digitaler Anhang 2) an, kann man feststellen, dass vor der Mandatsverlängerung 2007, einige Ereignisse ausschlaggebend für diesen Umschwung sein könnten. Dazu zählen die Entsendung der Aufklärungstornados im März 2007, die generelle Völkerrechtsdebatte im Rahmen des OEF-Mandats und der Beginn der European Union Police Mission im Juni 2007. Auch ein Politiker beschreibt, dass die breite Zustimmung in der Bevölkerung ab 2007 immer mehr abnimmt (siehe Kapitel 8.6.3). Für die Interpretation des Datenmaterials könnten auch externe Ereignisse außerhalb der Debatte des Afghanistan-Einsatzes in Frage kommen. Dazu gehört die weltweite Finanzkrise von 2007 (Michler & Smeets, 2011, S. 4). Es wird vermutet, dass sich durch die Präsenz der Finanzkrise die Berichterstattung und auch die politische Debatte verändert und sich der Fokus verschoben

haben könnten. Im Rahmen der Auswertung wurden die einzelnen Frames im zeitlichen Verlauf betrachtet (siehe Tabelle 25). Dabei konnte festgestellt werden, dass der Frame „Terrorismus“ bis September 2006 immer weniger genannt wurde. Erklären könnte man dies zum einen mit der allgemeinen Bezeichnung des Afghanistan-Einsatzes als „Anti-Terror-Einsatz“ und zum anderen mit dem Hintergrund der gesamten OEF-Mission (Deutscher Bundestag, 2001a, S. 1). Anders als beim OEF-Mandat ist ISAF eine Unterstützungsmission um die Sicherheit in Afghanistan zu erhöhen (Deutscher Bundestag, 2001b, S. 1), was eine Steigerung der Verwendung der Frames „Instabilität“ und „Humanitäre Lage“ während der ISAF-Zeiträume zur Folge hatte. Durch das Ende des OEF-Mandats ab 2008 wird der Terrorismus-Frame in seiner Häufigkeit durch die beiden Frames abgelöst. Diese Beobachtung wurde ebenso von Politikern aus Experteninterviews gemacht. Die politische Debatte sei zu Beginn militärpolitisch geprägt gewesen und hat sich im Laufe des Einsatzes immer offener und entwicklungspolitischer entwickelt (siehe Kapitel 8.6.3). Auffällig ist die steigende Verwendung des Themenkomplexes Instabilität im 19. Zeitraum, Ende 2009. Es ist zu vermuten, dass sich die Debatte aufgrund des Luftangriffes auf einen Tanklaster bei Kunduz verändert hat.. Dies deckt sich mit den Aussagen der Experten zu ihren persönlichen Wendepunkten und Schlüsselereignissen während der Debatte, in denen die meisten Interviewten die sogenannte Kunduz-Affäre als entscheidend einstuften (siehe Kapitel 8.6.3). Neben dem Instabilitäts- und Humanitäre Lage-Frame steigt auch die Anzahl der Sicherheitsframes zu den Zeitpunkten des ISAF-Mandats bedeutend an. Betrachtet man dabei das Frame-Element „Bezogen auf“, ist festzustellen, dass mit dem Anstieg in den ISAF-Zeiträumen häufig von der Sicherheit der zivilen und sonstigen Helfer bzw. der Absicherung des Wiederaufbaus gesprochen wird. Dies stellt eine direkte Verbindung zum Humanitäre Lage-Frame dar, der in diesen Zeiträumen ebenfalls häufig genannt wurde. Der Frame „Gesetzliche Grundlage“ hingegen verschwindet ab 2009 fast vollständig aus der politischen Debatte. Grund dafür könnte das Ende des OEF-Mandats sein, das stets als ein eher zweifelhaftes Mandat angesehen wurde (siehe Kapitel 7.3.2). Betrachtet man die einzelnen Frames ab 2008, so steigt die Anzahl von höchstens einem Frame pro Zeitraum eklatant an. Zu diesem Zeitpunkt lief das OEF-Mandat offiziell aus, sodass es keine Trennung mehr zwischen zwei verschiedenen Mandaten gab. Thematische Sprünge, die zuvor die Unterschiedlichkeit der Frames erklären konnte, blieben nun aus. Weiterhin konnte auch mithilfe der Interviews festgestellt werden, dass besonders zum Ende

des Erhebungszeitraums im Jahr 2012 eine gewisse Routine in der Debatte eingesetzt hat, die die geringen Unterschiede zwischen den Frames erklären könnte (siehe Kapitel 8.6.1).

9.2.2 Zeitliche Entwicklung der Meinungsverteilung (Frame-Tendenzen)

Die Tendenz der Frames ist über fast alle Zeiträume hinweg gesehen einsatzbejahend. Zwei Zeiträume stechen allerdings durch besonders wenige Gegenstimmen heraus: Die erste Verlängerung des ISAF-Mandats fand nur ein halbes Jahr nachdem sowohl OEF als auch ISAF in die Wege geleitet wurden statt. Auch die gewonnenen Erkenntnisse aus den Interviews konnten bestätigen, dass das generelle Interesse der Politiker am Afghanistan-Einsatz abnahm (siehe Kapitel 8.6.1), was ein Argumentationsübergewicht der Einsatzbefürworter zur Folge hatte. So markierte der Juni 2002 eher das Ende einer Phase in der Debatte, als dass die Veränderungen zu diesem Zeitpunkt im Auftreten gewisser Schlüsselereignisse begründet liegen. Anders sieht dies im November 2004, der dritten OEF-Mandatsverlängerung, aus. Auch hier werden auffällig viele Argumente für den Einsatz verwendet, was aber auf die Wahl von Hamid Karzai als Präsidenten (siehe Zeitstrahl, Digitaler Anhang 2) zurückgeführt werden kann. Eine entsprechende Reaktion des Parlaments auf die positive Entwicklung der Demokratisierung wird auch durch die für eine Debatte um OEF bemerkenswert häufige Verwendung der Performanz- und Humanitäre Lage-Frames zu diesem Zeitpunkt (siehe Tabelle 25) bestätigt. Diesem Hochpunkt der Einsatzbestätigung folgt allerdings der Umschwung der Tendenz ab 2005. Pro- und Contra-Argumente näherten sich in ihrer Zahl immer mehr an, bis Anfang 2012 schließlich die Contra-Seite in der Bundestagsdebatte überwiegt. Diese Trendwende kann unter anderem mit einer zunehmend negativen Grundstimmung in der Bevölkerung und dem Regierungswechsel am 22. November 2005 zur Großen Koalition in Verbindung gebracht werden. Die Entwicklung in Afghanistan entsprach nicht den Erwartungen und es war „keine durchgreifende Verbesserung“ erkennbar (siehe Kapitel 8.6.2). Dies ist ein möglicher Auslöser für die stetig anwachsende Ablehnung von OEF und später auch ISAF.

9.2.3 Zeitliche Entwicklung der Argumentationsstrukturen (Frame-Elemente)

Anhand der Betrachtung von Prototypen der Frames in einzelnen Zeiträumen und deren Vergleich im zeitlichen Verlauf können Rückschlüsse auf eventuell auftretende Schlüsselereignisse angestellt werden. Sobald der Prototyp eines Frames zu einem Zeitpunkt vom ansonsten vorherrschenden

Modell abweicht, wird untersucht, worauf diese Differenz zurückzuführen ist. Wie die Prototypen erstellt wurden, ist in Kapitel 7.3.3 beschrieben.

Da der Themenkomplex Terrorismus bereits negativ besetzt ist, wird eine explizite Bewertung als redundant betrachtet und kommt dementsprechend selten vor. Ebenso kann es sich bei der Ursache des Frames verhalten: Die Terrorismusgefahr wird seit dem 11. September mit Extremisten aus dem mittleren Osten in Verbindung gebracht und als gegeben hingenommen. In den ISAF-Mandaten von September 2004 und 2005 wird der Terrorismus-Frame vor allem auf konkrete Anschläge oder Terroristen in der Täterrolle bezogen und weicht damit vom ansonsten dominanten Prototypen, der keinen konkreten Bezug aufweist, ab (siehe Tabelle 20). Bemerkenswert ist, dass allen drei Zeiträumen wichtige Ereignisse vorangingen: Die Anschläge von Madrid im März 2004 und London im Juli 2005 (siehe Zeitstrahl, Digitaler Anhang 2) können eine Veränderung in der Anwendung des Terrorismus-Frames bewirkt haben. Diese Umbrüche hatten jedoch keinen Bestand. In den folgenden Mandatsbeschlüssen, wurde der Terrorismus-Frame wieder vorzugsweise allgemein und nicht mit Bezug auf konkrete Anschläge oder Terroristen in der Täterrolle verwendet. Ein interviewter Politiker hält fest, dass gewisse Ziele, wie die Verfolgung der Taliban immer wieder neu definiert und verworfen wurden, bis die einzige Strategie der Abzug war (siehe Kapitel 8.6.3). Im Januar 2011 war die Handlungsempfehlung, der Einsatz solle nicht geführt werden, die prominente Nennung des Terrorismus-Frames. Diese Abweichung vom Prototypen, der keine Handlungsempfehlung aufweist, ist ein Indiz für den sich im Parlament verfestigenden Trend gegen den Einsatz.

Neben dem Terrorismus-Frame zeigt der Frame „Westliche Werte“ sehr anschaulich, dass die politische Debatte vor allem Bezug auf die jeweils aktuelle Entwicklung nimmt. In der Anfangsphase des Einsatzes bis Oktober 2003 wurde die Etablierung von Menschenrechten, insbesondere von Frauenrechten, genannt (siehe Tabelle 29). Danach wurde dieses Thema von der Demokratisierung abgelöst und ab Ende 2006 wieder erneut aufgegriffen. Diese Entwicklung spiegelt in etwa die Veränderung der Herrschaft der Taliban wider. Diese büßte im Januar 2004 durch das Etablieren einer afghanischen Verfassung einen Teil ihrer Macht ein (siehe Zeitstrahl, Digitaler Anhang 2) und startete ab 2006 vermehrt Offensiven im Süden des Landes (Waldmann, 2010, S. 13). Ist die Nähe zu bestimmten Themen nicht gegeben, werden sie auch nicht im Parlament angesprochen.

Der Prototyp des Sicherheitsframes stellt die akute Gefährdung der Soldaten in Afghanistan dar. Abweichungen davon treten in den Zeiträumen der Beschlüsse zum ISAF-Einsatz in 2007, 2008 sowie 2009 auf und sprechen sich für den Einsatz aus, um die Sicherheit der Aufbauhelfer vor Ort zu fördern (siehe Tabelle 39). Das spiegelt zum einen den Charakter des ISAF-Mandats wider und deutet zum anderen auf einen Einschnitt in der politischen Debatte ab Oktober 2007, der mindestens drei Jahre anhielt. Wie beim Terrorismus-Frame ist gegen Ende des Erhebungszeitraumes aufgrund der vorherrschenden Handlungsempfehlung eine Tendenz gegen den Einsatz erkennbar. Auch dieser Umschwung erstreckt sich also über mehr als nur einen Frame.

Der Instabilitätsframe ist bis November 2006 von negativen Bewertungen der Lage in Afghanistan geprägt (siehe Tabelle 42). Ab 2007 sind keine Bewertungen dieser Art mehr erkennbar. Stattdessen werden ab diesem Zeitpunkt vermehrt Handlungsempfehlungen für den Einsatz genannt, die jedoch nicht immer durch eine Bewertung oder Ursache fundiert werden. Wurden dennoch Ursachen oder Bewertungen genannt, dann waren diese vor allem negativ konnotiert. So wurde ausländischen Truppen die Schuld an der unverändert schlechten Lage im Land gegeben. Diese Veränderung könnte bestätigen, dass ab 2007 die Einsicht vorherrschte, die Entwicklungen in Afghanistan entsprächen nicht den anfänglichen Vorstellungen, dennoch müsse der Einsatz fortgeführt werden. Journalist J2i beschreibt diese Entwicklung damit, dass der „Point of no return“ längst überschritten sei und der Einsatz nicht einfach abgebrochen werden könne (siehe Kapitel 8.6.3). Diese Erkenntnis könnte auch durch das verstärkte Wiederauftreten der Taliban im Jahr 2006 bedingt sein, das sich auch beim Westliche Werte-Frame (siehe oben) niederschlägt. Aufgrund der Vielzahl möglicher Belege³¹ für den Frame „Humanitäre Lage“, die sich in ihrem Auftreten in etwa die Waage halten, ist dort kein konkreter Prototyp erkennbar (siehe Tabelle 40). Wieder treten nur punktuelle Veränderungen auf, wie etwa im September 2006. Im Zuge der Afghanistan-Konferenz Anfang des Jahres, in der der Rahmen für die zweite Phase des Wiederaufbaus festgelegt wurde (siehe Zeitstrahl, Digitaler Anhang 2), wird verstärkt performatorische Kritik an der Ausbildung der Polizei geübt. Da Deutschland für die Polizeiausbildung in Afghanistan verantwortlich ist, kann diese ISAF-Mandatsverlängerung als einer der frühesten Zeitpunkte festgemacht werden, an denen im Parla-

³¹ Unter Anderem „Bildung“, „Infrastruktur“, „Armut“ und „Gesundheit“

ment Kritik an der Arbeit deutscher Beteiligter geübt wird. Die auffällig stark negative Bewertung in Verbindung mit performatorischer Kritik findet sich auch noch ein Jahr später im Oktober 2007 wieder und unterstreicht die Bedeutung der Jahre 2006 und 2007 für den politischen Diskurs. Wie beim Instabilitätsframe steigt im Oktober 2007 außerdem die Anzahl der Argumente, die den Einsatz reflektieren³².

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch beim Performanz-Frame. Bis September 2006 finden sich noch verstärkt positive Bewertungen, die aber später, wahrscheinlich aufgrund ausbleibender Erfolge, abnehmen (siehe Tabelle 44). Des Weiteren steigen in der zweiten Hälfte des Erhebungszeitraumes die Häufigkeiten des Bezugs zur Bundesregierung und der Handlungsempfehlung, die Performanz solle gesteigert werden. Der Performanz-Frame beweist sich als ein Indikator für die Unzufriedenheit mit der Regierung, da er differenzierte Stellungnahmen der Politiker zu der Leistung anderer abbilden kann. Dieser Prototyp ist im Vergleich zu den restlichen Prototypen auffällig vollständig und gehört somit zu den informationsreichsten Frames. Das bedeutet, es werden beinahe immer Bezüge, Ursachen und Bewertungen genannt. Allerdings stellte sich in den Interviews heraus, dass Kritik wenn überhaupt, nur in Maßen laut wird und „niemand den Finger in die Wunde legt“ (J4d, Kapitel 7.1, S. 28).

Der Prototyp des Rentabilitätsframes zeigt, dass der wirtschaftliche Nutzen des Afghanistan-Einsatzes kaum thematisiert wird (siehe Abbildung 71). Stattdessen steigt der Bezug zu Kriegsopfern in markanten Zeiträumen an: Sowohl zu den beiden Mandatserteilungen von OEF und ISAF und gegen Ende des Erhebungszeitraumes ab 2009 als auch im Oktober 2007 wird vermehrt über Menschenleben und Kriegsopfer diskutiert und damit wahrscheinlich der Einsatz kritisiert. Da diese Zeiträume schon durch die Analyse anderer Frames als wichtig hervorgegangen sind, kann man davon ausgehen, dass das Argument der Opfer des Krieges vor allem bei einer intensiveren Debatte verwendet wird.

³² Durch die Ursachennennung „Das internationale Engagement in Afghanistan“ erkennbar.

9.2.4 Zeitliche Entwicklung der Komplexität der Debatte

Die Analyse der fehlenden Frame-Elemente zeigt, dass zu früheren Zeitpunkten weniger vollständige Frames auftreten, als im fortgeschrittenen Verlauf der Debatte (siehe Kapitel 7.3.5). Vor allem von November 2007 bis Januar 2011 zeigen sich ausdifferenzierte Argumentationsmuster. Abhängig davon wie bekannt das Thema ist, unterliegen Frames Veränderungen (Houston et al., 2012, S. 609). Mit zunehmender Erfahrung der Politiker werden die Argumentationsmuster strukturierter und die Informationsdichte im Diskurs nimmt zu. Die Debatten werden zur „reine[n] Routinehandlung“, bei der sich aber „keine Fahrlässigkeit eingeschlichen [hat]“ (siehe Kapitel 8.6.1). Die Argumente bauen zunehmend auf Erfahrung auf, was sich positiv auf die Komplexität der Reden auswirkt. Außerdem nimmt die Länge der Frames ab 2009 leicht zu (siehe Tabelle 21). Das kann daran liegen, dass mehr Einzelheiten bekannt sind und dementsprechend mehr Informationen verarbeitet werden müssen.

9.2.5 Zwischenfazit

Hypothese 2 kann teilweise bestätigt werden. Es zeigt sich, dass die Themensetzung in der parlamentarischen Debatte dynamisch ist. Der Terrorismus-Frame wird beispielsweise im zeitlichen Verlauf von den Frames „Instabilität“ und „Humanitäre Lage“ als vorherrschendes Argumentationsmuster abgelöst. Auch die Komplexität der Frames nimmt im zeitlichen Verlauf zu. Allerdings zeigt sich bei der Betrachtung der einzelnen Frame-Elemente, dass es nur vereinzelte Abweichungen von den Prototypen gibt. Daraus kann geschlussfolgert werden, dass Frames in ihrer Struktur nicht nachhaltig veränderlich sind.

Die Analyse der aussagekräftigsten Frame-Prototypen macht deutlich, dass gewisse Schlüsselereignisse in Afghanistan, zeitlich begrenzten Einfluss auf die parlamentarische Debatte nehmen. Die Aktualität der Ereignisse spielt eine große Rolle und führt kurzfristig zu merklichen Veränderungen in den Argumentationsmustern der Politiker. . Als Schlüsselereignisse stellten sich Terroranschläge in der westlichen Welt, wie beispielsweise in Madrid im März 2004 und in London im Juli 2005, heraus. Außerdem zählen dazu weitere Vorkommnisse in Afghanistan selbst, wie das Wiedererstarken der Taliban im Jahr 2006 und der Luftschlag von Kunduz im Jahr 2009. Weiterhin wurden andere Schlüsselereignisse in den Interviews erwähnt, die aber nicht aus der Framing-Analyse hervorgegangen sind. Dazu gehören die Kommandoübernahme der Bundeswehr im Norden Afghanistans 2005, die Ankündigung des US-Truppenabzugs 2009 und der Lissabon-Gipfel 2010, auf dem die Abzugs-

strategie für Afghanistan beschlossen wurde. Es fällt auf, dass die Schlüsselereignisse, die sich über einzelne Zeiträume in der parlamentarischen Debatte niederschlagen, alle einen speziellen Ereignischarakter aufweisen und sehr wahrscheinlich von den Medien aufgegriffen wurden. Da die Plenarsitzungen zu den Mandatsbeschlüssen meist einige Zeit nach den Ereignissen stattfanden und die Medien durchgängig über ein Ereignis berichten können, kann davon ausgegangen werden, dass die Politik auf die mediale Berichterstattung reagiert. In den Medien präsente Themen werden auch im Bundestag diskutiert, haben aber keinen langfristigen Einfluss auf die politische Debatte. Nichtsdestotrotz kann die Annahme aus der Methodologie der Framing-Analyse (siehe Kapitel 5.1.1) bestätigt werden, dass Politiker auf Schlüsselereignisse reagieren.

Lang anhaltende Umbrüche sind häufig nicht oder nur teilweise auf konkrete Ereignisse zurückzuführen. Viel mehr dokumentieren sie einen Prozess in der Debatte, der durch andere äußere Umstände geformt wird. Darunter fallen die erste ISAF-Mandatsverlängerung bereits ein halbes Jahr nach der Mandatserteilung, die sich abzeichnende Erfolglosigkeit bei Stabilisierung und Wiederaufbau Afghanistans um 2007 und das Ende des OEF-Mandats 2008. Anhand der Umbrüche der Tendenzen kann die Debatte in vier Phasen eingeteilt werden:

- November bis Dezember 2001: Mandatserteilungen und stark erhöhte mediale Aufmerksamkeit
- Juni 2002 bis November 2005: Orientierungsphase; Entstehung einer Afghanistanpolitik
- September 2006 bis Dezember 2009: erste Kritik wird laut; Selbstreflexion beginnt; „Point of no return“ ist erreicht
- Februar 2010 bis Januar 2012: Tendenz wird ablehnend; Dissens wird stärker

9.3 Mediale Reflexion der politischen Debatte

Nach der Betrachtung der politischen Kommunikation soll die Frage nach der medialen Debatte beantwortet werden. Es galt heraus zu finden, wie die Medien über den Afghanistan-Einsatz berichtet haben und inwieweit sie sich dabei an der Themensetzung und Meinungsverteilung in der politischen Elite orientieren. Folgende Hypothese soll überprüft werden:

H3: Die Argumentation in der Medienberichterstattung entspricht der Argumentation in den Bundestagsdebatten. Sowohl die in berichtenden als auch kommentierenden Artikeln publizierten Ansichten spiegeln die Themensetzung und Meinungsverteilung im Bundestag wider.

Nach Althaus (1996) lässt sich die Indexing-Hypothese sowohl durch die Themen-Agenda als auch durch die Spiegelung der Verteilung von befürwortenden und ablehnenden Stimmen innerhalb der politischen Elite nachweisen (siehe Kapitel 2.4.2). Daher wird nach der einleitenden Betrachtung des Umfangs der medialen Berichterstattung auf die sowohl auf die Themen-Agenda als auch auf die Meinungsverteilung eingegangen.

9.3.1 Ausmaß und Tiefe medialer Auseinandersetzung mit dem Afghanistan-Einsatz

Umfang, Ereignisorientierung und Wendepunkte der Berichterstattung

Um die Qualität der Berichterstattung bewerten zu können (siehe Kapitel 2.2.1), muss näher auf den Umfang der Medienberichterstattung eingegangen werden, da Qualitätsjournalismus den Anspruch hat, die Öffentlichkeit möglichst umfangreich zu informieren (siehe Kapitel 2.2.1). Diese umfangreiche Berichterstattung lässt sich insbesondere zu Beginn des Afghanistaneinsatzes mit dem Beschluss der OEF- und ISAF-Mandate ausmachen. Insbesondere im Jahr 2001 wird mit einem Drittel aller Artikel deutlich mehr berichtet als in den Jahren danach (siehe Tabelle 3). Folgt man Kepplingers und Habermeiers (1995) Ausführungen zum Einfluss von Schlüsselereignissen, so könnte die Beteiligung deutscher Soldaten am Afghanistaneinsatz als ein solches Ereignis definiert werden. Ein neues, noch nahezu unbekanntes Thema führt zu einem Orientierungsbedarf auf journalistischer Seite und bewirkt eine aktivere Recherche neuer Informationen (siehe Kapitel 3.1.1; Brosius & Eps, 1993, S. 514). Diese Prozesse der Orientierungsphase münden unter anderem in einer intensiven Berichterstattung, die sowohl von Kepplinger und Habermeier (1995) als auch in dieser Studie bestätigt werden kann. Nach 2002 lässt sich eine Routinephase in der Berichterstattung erkennen, da durchschnittlich 31,9 Artikel pro Zeitraum verfasst werden (siehe Tabelle 3). Viele der befragten Journalisten bestätigten diese Routine und begründen sie mit der gleichförmig wiederkehrenden Handlung der Mandatsverlängerung. Darüber hinaus wurde auf das gesunkene öffentliche Interesse an der Afghanistan-Debatte verwiesen (siehe Kapitel 8.6.4). Die geringe Zahl an Artikeln lässt sich auch mit den strukturellen Bedingungen des Journalismus nach Herman und Chomsky (1988) begründen. So müssen sich Journalisten aufgrund von ökonomischen Abhängigkeiten in gewissem Maß nach dem

Interesse der Rezipienten richten. Eine ausgedehnte Berichterstattung über die Verlängerungen des Afghanistan-Mandats ist bei geringem öffentlichem Interesse für die Redaktionen nicht ökonomisch und deshalb weniger attraktiv. Um die Nachrichtenproduktion möglichst ökonomisch zu gestalten, entwickeln sich im Journalismus daher gewisse Routinen, die Selektions- und Strukturierungsprozesse erleichtern (siehe Kapitel 2.4.3).

Die sich manifestierende Routine in der Berichterstattung zum Afghanistan-Einsatz würde lediglich aufgebrochen, wenn es zu besonderen Vorkommnissen käme (siehe Kapitel 8.4.6), wie z. B. dem Tod eines Soldaten. Damit wird die Annahme von Lawrence (2000), dass bei dramatischen Ereignissen kurzzeitig eine erhöhte mediale Aufmerksamkeit auftritt, bestätigt. Wie auch Fröhlich, Scherer und Scheufele (2007) in ihrer Langzeituntersuchung von Kriegsberichterstattung in Deutschland herausfanden, weist die Berichterstattung eine “starke Orientierung an konkretem Kriegsgeschehen” (S. 26) auf. Dieses Charakteristikum lässt sich gleichermaßen aus den Ergebnissen der Datenanalyse ablesen: Insbesondere zu Beginn der Debatte, als der Sturz der Talibanregierung noch nicht abgeschlossen war, oder nach dem Luftangriff eines Tanklasters in Kunduz wurde eine größere Menge an Artikeln veröffentlicht.

Ab 2007 nimmt die Anzahl der Artikel mit durchschnittlich 47,7 Artikeln pro Zeitraum zu (siehe Tabelle 3). Dieses Jahr markierte einen Wendepunkt in der Operationsführung von ISAF im Norden Afghanistans: Aufgrund der sich verschärfenden Sicherheitslage lag der Fokus nun auf Offensivoperationen zur Aufstandsbekämpfung und nicht mehr auf den Sicherheitspatrouillen und der Stabilisierung (Noetzel und Schreer, 2008, S. 3). Die Taliban sind wieder zunehmend erstarkt und auch die Anzahl an Anschlägen und Entführungen hat zugenommen. Dadurch sei es zur Wahrnehmung des Engagements als Kampfeinsatz (P3d) und zur Erkenntnis „jetzt geht es dann doch in den Krieg“ (P2c) gekommen. Durch vermehrte Verluste von Soldaten sei diese Wahrnehmung „auch in das Bewusstsein der Bevölkerung [...] eingedrungen“ (P3d). Eine interviewte Journalistin sieht in den Geschehnissen vom Jahr 2007 einen „ganz wichtigen Punkt“: Es „wurde klar, der Afghanistan-Einsatz wird scheitern“ (J4d). Laut der gewonnenen Erkenntnisse aus der Datenanalyse, scheint die Veränderung der Rahmenbedingungen des Bundeswehreinsatzes, ein Grund für eine zunehmende Berichterstattung zu sein.

Umfang, Vielfalt und Länge der Argumentationsmuster

Die soeben beschriebene intensive Medienberichterstattung zu Beginn des Afghanistan-Einsatzes lässt sich auch auf die Anzahl geäußerter Argumentationsmuster (Frames) übertragen. Während sich im Jahr 2001 noch mit Abstand die meisten Frames finden lassen, nimmt die Anzahl bis zum Ende des Untersuchungszeitraums stark ab (siehe Tabelle 24 und 25). Trotz dieser Gesamtrendenz lassen sich zu einigen Zeitpunkten Abweichungen ausmachen. So wurden Ende 2009 in der Berichterstattung so viele Frames gefunden wie seit 2001 nicht mehr. Grund für diese Veränderung könnte der Tod von 142 Zivilisten bei dem als Kunduz-Affäre bekannt gewordene Luftangriff auf einen Tanklaster sein (siehe Kapitel 3.2.1). Daraus lässt sich schließen, dass die Berichterstattung eine stark ereigniszentrierte Tendenz aufweist und diese Ereignisse zu einer Veränderung in der Medienberichterstattung beitragen (siehe Kapitel 5.1.1). Es zeigt sich weiter, dass Politiker zur Legitimation des Afghanistan-Einsatzes auch weniger prominent platzierte Frames nutzen, während Journalisten mit Frames argumentieren, die in der gesamten Debatte häufig verwendet werden (siehe Tabelle 7). Die maximalen Häufigkeiten der fünf meist genannten Frames liegen bei den Journalisten um 50-60%, während die Maxima bei den Politikern lediglich bei 30-40% liegen. Die Debatte in der Politik wird in ihrer Themenwahl demnach vielfältiger geführt und konzentriert sich nicht so stark auf einige zentrale Argumentationsmuster wie in den Medien (Althaus et al., 1996). Eine Erklärung hierfür kann die journalistische Nachrichtenproduktion liefern, die eine Selektion und Strukturierung von Informationen und somit eine Komplexitätsreduktion hervorbringt (Scheufele, 2003, S. 49). Diese Reduktion scheint in den Kommentaren jedoch nicht ganz so stark ausgeprägt zu sein, da hier eher eine Themenvielfalt in Form von vielen verschiedenen Frames zu finden ist.

Diese Selektionsprozesse zeigen sich auch in der Länge der Frames, die in den Medien weit kürzer sind als in der politischen Debatte (siehe Tabelle 21 und 22). Nimmt man an, dass die Länge der Argumentationsmuster einen Hinweis auf die Ausführlichkeit der Debatte geben, so wird in der politischen Debatte umfangreicher argumentiert als in den Medien. Ab 2007 finden sich allerdings auch in der Medienberichterstattung vermehrt längere Frames³³, was auf den bereits angesprochenen Wandel der Einsatzbedingungen und Medienaufmerksamkeit zurückzuführen ist. Die höhere Auf-

³³ t14 (10/2007) ist der erste Zeitpunkt, in dem mehr als 30 % der Frames mehrere Sätze lang sind.

merksamkeit drückt sich offensichtlich auch in einer ausführlicheren Berichterstattung durch längere Medien-Frames aus.

Ein Blick auf die Frame-Elemente zeigt, dass die Politiker wesentlich vollständigere Frames anwenden als die Journalisten (siehe Tabelle 56 und 57). Die Journalisten reduzieren also nicht nur bei der Breite an Themen, sondern auch bei den Frame-Elementen und berichten somit weniger komplex. Im zeitlichen Verlauf der Debatte werden die Argumentationsmuster in den Medien jedoch immer vollständiger und somit komplexer, indem Frames mit all ihren Elementen vorkommen (Ursache, Bewertung, Handlungsempfehlung). Es liegt die Vermutung nahe, dass die Journalisten durch die zeitliche Entwicklung eine größere Sicherheit in der Argumentation und ein breiteres Verständnis für den Afghanistan-Einsatz entwickelt haben, was mit den Erkenntnissen aus den Interviews einher geht (siehe Kapitel 8.6.4).

9.3.2 Zwischenfazit

Es lässt sich also abschließend festhalten, dass sich die Argumentationsweisen von Journalisten von denen der Politiker unterscheiden. Journalisten argumentieren mit eher unvollständigen und kurzen Frames, sodass sich ihre mediale Auseinandersetzung mit dem Afghanistan-Einsatz als weniger komplex beschreiben lässt. Einen möglichen Erklärungsansatz könnten die Selektions- und Strukturierungsprozesse bei der journalistischen Nachrichtenproduktion liefern, die eine verständliche Darstellung von komplexen Sachverhalten verlangt. Nach Schlüsselereignissen, wie dem Sturz der Taliban 2001 oder dem Luftangriff bei Kunduz 2009, verändern sich die Argumentationsmuster und die Anzahl dieser in der medialen Berichterstattung erhöht sich. 2007 markiert einen Wendepunkt in der medialen Debatte, was die Anzahl der Artikel und die Länge der Frames betrifft. Zusammengefasst lassen die Ergebnisse darauf schließen, dass die politische Debatte in ihrer Ausführlichkeit in den Medien stark verkürzt dargestellt wird. Es zeigt sich also, dass die Medien ihrem Qualitätsanspruch, tiefgreifend zu berichten (indem sie beispielsweise auch Ursachen oder Handlungsempfehlungen nennen), nur bedingt entsprechen. Allerdings wird die mediale Debatte im zeitlichen Verlauf immer komplexer, was mit dem Lerneffekten seitens der Journalisten zusammenhängen kann.

9.3.3 Mediale Reflexion der Themen und Meinungen

Die mediale Reflexion der Themensetzung

Beim Vergleich der Themenschwerpunktsetzung in der Debatte um den Afghanistan-Einsatz lassen sich in Politik und Medien ähnliche Argumentationsmuster ausmachen. Von den elf identifizierten Frames wird sowohl in der Politik (83,1%) als auch in den Medien (85,4%) zu einem großen Teil mit den sechs häufigsten Themenkomplexen „Instabilität“, „Humanitäre Lage“, „Terrorismus“, „Performanz“, „Sicherheit“ und „Solidarität“ argumentiert. Bei beiden Akteuren ist eine exakt gleiche Rangfolge erkennbar, die sich lediglich in der Häufigkeit einzelner Frames leicht unterscheidet (siehe Tabelle 7 und 8). Die mittlere Abweichung des medialen vom politischen Framing beträgt nur 2% und ist damit marginal (siehe Tabelle 12). Die Berichterstattung ist somit in ihrer Themensetzung relativ konform zur politischen Debatte. Auch in Kommentaren, in denen die eigene Darstellung der Journalisten noch deutlicher erkennbar sein müsste, zeigte sich eine weitgehende Gleichförmigkeit zur politischen Debatte (siehe Tabelle 11). Journalisten weisen also nicht nur in der Berichterstattung über die politische Debatte eine weitgehend konforme Themensetzung auf, sondern auch in ihren eigenen Stellungnahmen zum Afghanistan-Einsatz. Dass die Politik die Themen vorgibt und nur in Ausnahmefällen die Medien, wurde auch in den Experteninterviews bestätigt (siehe Kapitel 8.5.1).

Trotz der beschriebenen Konformität zwischen politischer und medialer Debatte sind gewisse Unterschiede zu erkennen. So thematisieren Journalisten Instabilität (25,3%) häufiger als die Politiker (21%). Es ist auffällig, dass die Medien Themen mit Ereignischarakter vorziehen und somit Terrorismus oder Instabilität eher ansprechen als Politiker. Dies könnte auf die journalistischen Nachrichtenfaktoren zurückzuführen sein, nach denen vor allem konkrete Ereignisse mit großem Aktualitätsbezug (wie Terroranschläge und gewaltsame Zwischenfälle in Afghanistan) und einer klaren Identifikation der Akteure Einzug in die Berichterstattung finden (Eilders & Hagen, 2005, S. 205-206; Hoskins & O'Loughlin, 2010, S. 43). Über abstrakte Phänomene, die wenig „Neuigkeitswert und Faktizität“ aufweisen (Altmeppen & Löffelholz, 1998, S. 99) und komplexe langfristige außenpolitische Prozesse (z. B. Bündnisfragen und Wiederaufbauprozesse) sei es eher schwierig zu berichten (siehe Kapitel 8.6.2). Hingegen kann vermutet werden, dass Aussagen zu Terrorismus persönliche Betroffenheit auslösen und dem Nachrichtenfaktor „Bedeutsamkeit“ entsprechen (Galtung & Ruge, 1965). Die Anerkennung und Danksagung gegenüber den Soldaten scheint insbesondere ein Bedürfnis von

Bundestagsabgeordneten zu sein (8,9%). Dieses Pflichtgefühl, sich erkenntlich zu zeigen, könnte bei den Journalisten aufgrund der nicht unmittelbaren Verantwortung für Soldaten weniger ausgeprägt sein (4,7%).

Die mediale Reflexion der Themensetzung im zeitlichen Verlauf

Die Verteilung der Argumentationsmuster von Journalisten und Politikern im zeitlichen Verlauf verhält sich ähnlich wie jene vom gesamten Untersuchungszeitraum (siehe oben). So ist sowohl bei Politikern als auch bei Journalisten eine ähnliche Verlaufsstruktur bei den Frames „Terrorismus“, „Sicherheit“, „Humanitäre Lage“, „Instabilität“ und „Performanz“ zu erkennen (siehe Abbildung 29 und 30). Vereinzelte Unterschiede ergeben sich auf Seiten der politischen Debatte beispielsweise in der Thematisierung der gesetzlichen Grundlage (siehe Abbildung 31 und 32). Zu den Beschlüssen des OEF-Mandats in 2007 und 2008 lässt sich vor allem in der Politik ein enormer Anstieg an Aussagen zur Rechtmäßigkeit erkennen, welcher sich in den Medien zwar auch in abgeschwächter Form widerspiegelt, aber nicht in gleichem Ausmaß. Ein Erklärungsansatz für die leicht abweichende Themenschwerpunktsetzung könnte an dieser Stelle die Debatte um gezielte Tötungen von Verdächtigen sein (Deutscher Bundestag, 2008). Auch bei den Frames „Humanitäre Lage“ und „Terrorismus“ (zumindest ab 2007) zeigt sich in der politischen Debatte eine starke Differenz zwischen OEF- und ISAF-Mandatsverlängerungen, während die mediale Debatte weitgehend unabhängig vom jeweiligen Mandat zu sein scheint, sondern eher über den Afghanistan-Einsatz an sich schreibt. Trotz dieser Abweichungen lässt sich auch im zeitlichen Verlauf eine weitgehende Gleichförmigkeit bestätigen.

Unterschiede in der Themensetzung einzelner Medien

Die Themensetzung zeigt jedoch nicht in jedem untersuchten Medium ein gleichförmiges Abbild der parlamentarischen Debatte (siehe Abbildung 17-25). Trotz einer weitgehenden Konformität innerhalb aller Medien setzen einige einen anderen Schwerpunkt als andere. Besonders die Bild und die beiden Nachrichtenmagazine Focus und Spiegel weichen von der politischen Themensetzung ab und unterscheiden sich darin von der FR, FAZ und SZ, die eine relativ ähnliche und politikkonfor-

me Themensetzung aufweisen³⁴. Es ist zu vermuten, dass diese Unterschiede durch die verschiedenen Akzentuierungen und Blattlinien der Medien zu erklären sind (siehe Kapitel 8.3.4). So stünden beispielsweise bei der Bild vor allem unterhaltende Themen im Vordergrund (siehe Kapitel 8.3.4). Jedoch ist selbst die Berichterstattung der Bild mit der größten mittleren Abweichung von der politischen Themen-Agenda (4,78%) noch als relativ politikkonform zu bezeichnen. Zeitschriften haben zudem einen anderen Anspruch als die aktualitätsbezogenen Zeitungen (siehe Kapitel 8.5.1). Zwar berichten manche Medien in ihrer Themennennung politikkonformer als andere. Bei der Betrachtung des gesamten Spektrums wird jedoch deutlich, dass die Themensetzung in den Medien weitgehend der parlamentarischen Debatte entspricht.

Die mediale Reflexion der Frame-Elemente im zeitlichen Verlauf

Detaillierte Aussagen über die angesprochenen Themen können anhand der Veränderlichkeit ihrer Elemente im Laufe der Debatte getroffen werden (siehe Tabelle 37-45). Dabei wird deutlich, dass sich die meist genannten Element-Ausprägungen in der medialen und politischen Debatte größtenteils ähneln. Es ist aber keine absolute Deckungsgleichheit erkennbar. In den jeweiligen Elementen der unterschiedlichen Frames gibt es sowohl bei den Politikern als auch bei den Journalisten zumeist eine vorherrschende Element-Ausprägung, die gleichmäßig im Laufe der gesamten Debatte aufgegriffen wird. Besonders bei den OEF- und ISAF-Mandatserteilungen im Jahr 2001 ist eine starke Konformität in den Themendarstellungen sichtbar. Die damit leicht abnehmende Gleichförmigkeit der Themendarstellungen könnte wiederum ein Hinweis auf eine mögliche Orientierungs- und Routinephase der Journalisten sein (Scheufele, 2003, S. 104). Während sich die Journalisten bei den ersten beiden Mandatsbeschlüssen möglicherweise auch in der Themendarstellung an der politischen Elite orientieren, entwickeln sie später Arbeitsroutinen, sodass sie selbstständig Schwerpunkte setzen.

Allerdings kommt es punktuell zu gewissen „disturbances“ dieser vorgebenden Muster, die im Anschluss schnell routinisiert und wieder zurückgeführt werden (vgl. Livingston & Bennett, 2003). Es könnte davon ausgegangen werden, dass bestimmte zeitnahe Ereignisse die Debatte in diesen Mo-

³⁴ Aufgrund der vergleichsweise geringen Fallzahlen von Spiegel, Focus und der Bild-Zeitung muss diese Information mit Vorsicht betrachtet werden.

menten beeinflussen, was mit dem Ansatz vom ereigniszentrieren Journalismus einhergeht (siehe Kapitel 8.6.2).

Medien und Politik setzten nicht immer die gleichen Themenschwerpunkte zur selben Zeit. In den Zeiträumen sofort nach den Terroranschlägen von Madrid 2004 und London 2005 lässt sich sowohl im Parlament als auch in den Medien ein verstärkter Themenbezug auf Terroristen in der Täterrolle sowie konkrete Terroranschläge erkennen (siehe Tabelle 27 und 28). Doch verändert sich im Jahr 2002, als es auf Bali durch Al-Qaida zu Terroranschlägen mit deutschen Opfern kam, nur die mediale Themendarstellung diesbezüglich. Zudem ist auffällig, dass 2008 bei der OEF-Mandatsverlängerung, Politiker vor allem die gute Sicherheitslage in Deutschland thematisieren, dies aber medial nicht gleichermaßen reflektiert wird. Die Medien scheinen hier also ihre eigene Themendarstellung zu betreiben. Rückschlüsse zu möglichen Gründen können aus den Experteninterviews gezogen werden, wo der Ereignischarakter und Negativismus in der Berichterstattung thematisiert werden (siehe Kapitel 8.6). Eine starke Ungleichheit zeigt sich hingegen im Laufe der gesamten Debatte und innerhalb aller Themen-Elemente durch deutlich weniger Handlungsempfehlungen und Bewertungen seitens der Journalisten. Als Gründe dafür könnte angeführt werden, dass Journalisten in der Rolle als halbwegs ehrliche Vermittler bzw. Informanten der Bevölkerung häufig den Anspruch haben Öffentlichkeit herzustellen um Menschen in die Lage zu versetzen sich durch Informationen selbst ein Urteil zu bilden (siehe Kapitel 8.1.3). Damit tritt der Anspruch von Journalisten in vielen Fällen selbst Handlungsempfehlungen auszusprechen zurück.

Die Daten lassen schließlich auf eine weitgehende Konformität der Themengestaltung schließen. Kommt es zu bestimmten Ereignissen, dann treten unabhängig Abweichungen dieser Muster in der Themengestaltung auf. Im Laufe des Diskurses nimmt die Gleichförmigkeit in der Themengestaltung ab, da davon auszugehen ist, dass während der Debatte Lerneffekte auftreten.

Die Reflexion der politischen Meinungsverteilung

Auch bei den Tendenzen der einzelnen Frames zeigt sich, dass Politik und Medien sehr ähnliche Muster aufweisen: Sowohl in der Politik als auch in den Medien werden etwa doppelt so viele Pro- wie Contra-Argumente zum Afghanistan-Einsatz genannt (siehe Abbildung 131). Jedoch lassen sich in den Artikeln wesentlich mehr Frames ohne Tendenz finden als in der Politik, was auf die vielen Lagebeschreibungen und performatorischen Aussagen zurückzuführen ist. Während die Bundes-

tagsabgeordneten aufgrund ihrer parlamentarischen Aufgaben eine Legitimationspflicht erfüllen müssen (siehe Kapitel 2.1.2) und deshalb häufiger die Tendenz ihrer Aussagen offen aussprechen, haben die Journalisten vielmehr den Anspruch, über relevante Geschehnisse zu informieren, um den Menschen eine Grundlage zur eigenen Meinungsbildung zu geben (vgl. Theorie 2.2). Viele der befragten Journalisten gaben an, sie wollten die Lage beschreiben, damit sich die Leser selbst ein Urteil bilden können (siehe Kapitel 1.3).

Geht man von der Annahme aus, dass die Medien aus normativer Perspektive bei konsensueller politischer Debatte ein Gegengewicht darstellen und vermehrt kritische Stimmen äußern sollten (siehe Kapitel 2.2), so lässt sich feststellen, dass dies im Fall des Afghanistan-Einsatzes nicht zutrifft. Die Journalisten argumentieren anteilig nicht kritischer als die Bundestagsabgeordneten in den Debatten. Selbst bei ausschließlicher Betrachtung der Kommentare, in denen die Meinung der Journalisten eindeutiger erkennbar sein müsste, zeigt sich ebenfalls das Übergewicht an Pro-Argumenten (37%) gegenüber den Contra-Argumenten (22,7%), auch wenn in diesem Format etwas kritischer berichtet wird als bei der Betrachtung aller Artikel (siehe Abbildung 27).

Die Reflexion der politischen Meinungsverteilung im zeitlichen Verlauf

Auch im zeitlichen Verlauf ähnelt sich die politische und mediale Debatte in fast allen Zeiträumen dahingehend, dass befürwortende Argumente überwiegen (siehe Tabelle 4). Nur in t5 (2002) und t23 (2012) lässt sich keine Konformität von politischer und medialer Tendenz erkennen. In t5 war der Anteil an befürwortenden Argumenten in der Politik fast doppelt so groß wie in den Medien. Dies könnte auf die Berichterstattung der *taz* zu diesem Zeitpunkt zurückzuführen sein, die dreimal so viele Contra-Argumente nannte wie im Durchschnitt. In t23 (2012) werden von den eher rechts gerichteten Medien *Focus* und *FR* gar keine Contra-Argumente genannt, während die kriegsablehnenden Parteien *Bündnis90/Die Grünen* und *Die Linke* im Bundestag besonders viele Contra-Argumente nannte.

In der Betrachtung der einzelnen Zeiträume zeigt sich jedoch, dass sich der Grad der Gleichförmigkeit befürwortender und ablehnender Argumente teilweise stark unterscheidet. Um sie innerhalb dieser Studie vergleichbarer zu machen, wurden die Zeiträume anhand der Stärke der Abweichung von der politischen Debatte in Gruppen eingeteilt.

Tabelle 5: Reichweite der Indexing-Hypothese in den einzelnen Untersuchungszeiträumen

Starke Gleichförmigkeit (0-10% Abw.)	t1, t6, t8, t9, t10, t13, t15, t16, t19, t21, t22
Weitgehende Gleichförmigkeit (10-20%)	t2, t3, t7, t12, t14, t17, t18, t20
Schwache Gleichförmigkeit (20-30%)	t4, t11
Keine Gleichförmigkeit (mehr als 30%)	t5, t23

Es scheint also in der Berichterstattung wie in der Politik einen gewissen Grundkonsens über die Richtigkeit des Afghanistan-Einsatzes zu geben, in dessen Rahmen sich die Tendenz aber leicht unterscheidet. Zu vermuten ist, dass das Ausmaß an Kritik abhängig von aktuellen Ereignissen schwankt. Jeder Zeitraum steht also in gewisser Weise für sich und ist durch eine Aktualisierung des Grundkonsenses geprägt. Daher muss die Indexing-Hypothese nach Bennett (1990), die anhand von weit kürzeren Zeiträumen nachgewiesen wurde (Bennett, 1990; Mermin, 1996, 1997, 1999; Zaller & Chui, 1996, 2000; Livingston & Eachsus, 1995); Alexeev & Bennett, 1995; Pohr, 2005) für die Langzeitbetrachtung einer Debatte differenzierter betrachtet werden. Die Debatte bleibt nicht gleich, sondern ändert sich vermutlich aufgrund von aktuellen Ereignissen und Lerneffekten, die bei der Beschäftigung mit dem Thema eintreten und zu einer von Zeit zu Zeit differenzierteren Beurteilung des Einsatzes führen. Dies könnte auch durch die Routinephasen der Journalisten erklärt werden: Während sie zu Beginn des Afghanistan-Einsatzes vergleichsweise wenig Hintergrundwissen und Fachkompetenz haben, steigert sich ihre Möglichkeit im Laufe der Zeit, von der Meinung der politischen Elite abzuweichen. Ein mangelndes Fachwissen der Journalisten zu Beginn der Debatte kritisierte auch J71.

Die Reflexion der politischen Meinungsverteilung einzelner Medien

In Vorgängerstudien wurde erwiesen (siehe Kapitel 2.4.6), dass politisch linksorientierte Medien vermehrt kriegskritisch berichten. Im Spektrum der untersuchten Zeitungen und Zeitschriften ist der Spiegel das einzige Medium, das mehr ablehnende als befürwortende Argumente aufweist (siehe Tabelle 61). Auch in der *taz* und in der *Bild* ist einem großen Anteil an einsatzablehnenden Frames höher als in der *Politik*. Bei *SZ* und *Focus* ist hingegen der Anteil an einsatzbefürwortenden Frames

noch höher als in der Politik. Damit lässt sich über die Unterscheidung zwischen linkem und rechtem Spektrum keine einheitliche Aussage über die Haltung zu Militäreinsätzen feststellen. Damit lässt das Links-Rechts-Spektrum der großen deutschen Printmedien, das z. B. Pohr (2005, S. 264) und Eilders & Lüter (2002, S. 113) nachwiesen, nur teilweise bestätigen. Eilders & Lüter (2002, S. 113) wiesen die Kritik am Kosovo-Einsatz vor allem im linken Zeitungsspektrum nach. Während in dieser Studie die Berichterstattung des Focus (eher rechts ausgerichtet), des Spiegel (eher links ausgerichtet) und der taz (eher links ausgerichtet) den Erwartungen entspricht, verwundert die Bild mit einem großen Anteil an ablehnenden Frames. Auffällig ist, dass die SZ, die bei Eilders und Lüter (2002) und Pohr (2005) eher in der Mitte des Spektrums angesiedelt wurde, in dieser Studie den größten Anteil an einsatzbefürwortenden Argumenten aufweist, während die Welt, die am rechten Rand des Spektrums verortet wurde, in dieser Studie verglichen mit den anderen Medien durchschnittlich berichtet. Die taz äußert zwar relativ gesehen mehr Kritik als die meisten anderen Medien, allerdings hätte man aufgrund ihrer Wurzeln im kriegskritischen linken Milieu eine kritischere Rolle erwartet (siehe Kapitel 2.4.6). Im Gegensatz dazu beschrieb eine befragte Redakteurin den Anspruch der taz, „vor allem die zu Worte kommen zu lassen, die nicht woanders schon genug Raum bekommen“ (J4d). Auch Pohr (2005) stellte fest, dass die taz zwar die kritischste Zeitung war, durch ihre Ausgewogenheit an kritischen und unkritischen Stimmen aber „keinen substanzuellen Beitrag zur Kritik“ leistete (S. 274). Betrachtet man das gesamte Medienspektrum, so wird deutlich, dass manche Zeitungen und Zeitschriften einsatzbefürwortender berichten als die politische Debatte, während andere den Einsatz stärker ablehnen als dies von den Bundestagsabgeordneten getan wird (siehe Tabelle 61). Es deutet sich also das Bild von einer geringen internen, aber einer hohen externen Vielfalt im Medienspektrum an (siehe Kapitel 2.2.3). Mehrere befragte Journalisten gaben dazu an, dass zwar Ausgewogenheit in der Berichterstattung angestrebt wurde, eine Vielfalt an Pro- und Contra-Stimmen aber nicht in einzelnen Artikeln, sondern nur in der Gesamtheit der Berichterstattung zu finden sei (siehe Kapitel 1.2). Die Gleichförmigkeit der medialen zur politischen Debatte deutet Indexing-Effekte an, allerdings muss zur weiteren Überprüfung auch das Zitationsverhalten einbezogen werden.

9.3.4 Zitationsverhalten und Quellennutzung der Journalisten

Die Betrachtung der in der Presse zitierten Politiker deutet darauf hin, dass Akteure der Regierung häufiger zitiert werden als andere Bundestagsabgeordnete. So werden SPD und CDU/CSU am häufigsten zitiert, da sie an zwei von drei Regierungen im Untersuchungszeitraum beteiligt waren (siehe Kapitel 7.3.1). SPD und Bündnis90/Die Grünen, die zu Beginn des Einsatzes die Regierung bilden, werden gemessen an ihren Sitzen im Bundestag überproportional oft zitiert, da zu dieser Zeit auch die Anzahl der Artikel und Frames am größten war. Die Linke macht nicht einmal 5% aller Zitate aus, obwohl sie zumindest ab 2005 zu 8,7% und ab 2009 sogar zu 11,9% im Parlament vertreten war. Ihre geringe Zitierung ist weiterhin auch deshalb erstaunlich, weil Die Linke als einzige Partei von der Argumentation der anderen Parteien abweicht (siehe Kapitel 9.1.1) und daher als Gegenmeinung von den Journalisten hinzugezogen werden könnte.

In etwa der Hälfte der Zitate wird ein deutscher Politiker zitiert. Zusammen mit anderen politischen und militärischen Akteuren, wie internationalen Regierungsorganisationen, Bundeswehr/Polizei sind sogar mehr als zwei Drittel aller Zitate politischer und militärischer Art (siehe Tabelle 63). Lediglich 9,2% der Zitierten sind Akteure außerhalb des politischen Systems sowie Experten, Kirchenvertreter, NGOs, Künstler, Gewerkschaften und andere Akteure aus der Zivilgesellschaft. Es zeigt sich also, dass der überwältigende Teil der Akteure, auf die in der medialen Berichterstattung Bezug genommen wird, aus „official circles“ kommen und nur ein geringer Anteil aus „non-official“ Quellen stammen (Bennett, 1990, S.106). Auffällig ist weiterhin, dass 20,6% der zitierten Argumentationsmuster von ausländischen politischen Akteuren kommen. Darunter fallen unter anderem internationale Regierungsorganisationen, Bündnisse, Akteure aus Afghanistan und anderen Ländern. Die Rolle ausländischer Eliten in der Berichterstattung wird im Rahmen des Power Indexing thematisiert (Billeaudaux, Domke, Hutcheson & Garland, 2003), das vor allem dann eintritt, wenn die Tragweite der Entscheidung auf nationaler Ebene begrenzt ist. Im Fall des Afghanistan-Einsatzes hatten vor allem die USA und internationale Organisationen wie NATO und UNO eine Führungsrolle inne, was sich auch in einer relativ häufigen Zitierung von 3,6% bzw. 7,5% widerspiegelt. Es ist zu vermuten, dass diese Stimmen denen der politischen Elite in Deutschland entsprechen. Rechnet man die offiziellen ausländischen Quellen zu den inländischen politischen Quellen dazu, so ergibt sich sogar eine Übermacht der Elite-Quellen von etwa 90%. Mehr als die Hälfte aller 4.700 journalistischer

Frames sind zudem keine eigenen Aussagen der Journalisten, sondern Rückbezüge auf andere Akteure (siehe Kapitel 7.4).

Bennett (1990) formuliert den Anspruch, dass die Medien die Meinungsverteilung in der Bevölkerung widerspiegeln sollten. Wenn sie diese nicht in der politischen Elite zu gleichem Maße finden, sollten sie andere Stimmen in Form von „unrepresentative or irresponsible institutions“ (S. 106) einbeziehen: „[A] strong, adversarial press must be ready to raise its own and other grass-roots voices against government officials who would exclude those voices from deliberation about the national interest“ (ebd., S. 104). Die Erkenntnisse dieser Studie deuten allerdings darauf hin, dass die Medien aufgrund der geringen Einbeziehung nicht-offizieller Akteure lediglich „keeper of the official record“ (ebd.) sind. Zudem werden aus der politischen Debatte hauptsächlich die hegemonialen politischen Meinungen repräsentiert und die einzige einsatzkritische Partei weitgehend ausgeklammert. Es ist zu vermuten, dass diese Orientierung der Medien an Elite-Quellen bei der Einbeziehung anderer Akteure eine Ursache für die bereits in den Kapiteln 9.3.1 bis 9.3.5 ausgeführte Spiegelung der Themen und Meinungen in der politischen Debatte ist.

Auch in den Experteninterviews wurde deutlich, dass die Journalisten hauptsächlich Elite-Quellen herangezogen haben (siehe Kapitel 8.3.3). Zwar waren sich die meisten Journalisten bewusst, von diesen nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit vermittelt zu bekommen und vor allem „interessengeleitete“ Informationen über die „Einsatzwirklichkeit der Bundeswehr“ (J2i), kaum aber über die Situation in Afghanistan zu erhalten (siehe Kapitel 8.3.3). Der Abgleich von Informationen der Executive werde aber kaum mit Quellen außerhalb der politischen Elite vorgenommen, sondern in der Regel mit den Fraktionen des Bundestages (siehe Kapitel 8.3.3). Andere Quellen, die denen von Bennett (1990) definierten „non-official sources“ entsprechen, wurden zwar auch als wichtig bezeichnet, allerdings gebe es im Vergleich zu anderen Politikfeldern kaum aktualitätsbezogene kompetente Anlaufstellen für Informationen (siehe Kapitel 8.3.3). Zudem zeigte sich in den Experteninterviews, dass es auch auf persönlicher Ebene eine enge Verbindung zwischen Politikern und Journalisten gibt (siehe Kapitel 8.4). Viele der befragten Journalisten bezeichneten Vertrauensverhältnisse zu Politikern als gute und notwendige Anknüpfungspunkte bei der Informationsbeschaffung (siehe Kapitel 8.4).

Diese Ergebnisse entsprechen den Befunden aus der Framing-Analyse, dass offizielle gegenüber nicht-offiziellen Quellen stark überwiegen. Alle diese Faktoren, die Übermacht sowohl inländischer als auch internationaler offizieller Stimmen, die Unterrepräsentation von Kriegsgegnern innerhalb der politischen Elite, die geringe Einbeziehung von Stimmen außerhalb des militärischen und politischen Systems und die enge Verbindung von Politikern und Journalisten, können als Erklärung für die Befunde zur Politikkonformität der Berichterstattung dienen, was die Themensetzung und Tendenz betrifft.

Das Verhältnis von legitimatorischen zu performatorischen Argumenten

Mermin (1996) geht in seiner Erweiterung der Indexing-Hypothese davon aus, dass wenn bei einem politischen Konsens dennoch Kritik in der Berichterstattung auftritt, diese sich auf das „Wie“ und nicht auf das „Ob“ des Einsatzes beschränkt (siehe Kapitel 2.4.4). In dieser Studie kann diese Verlagerung der Kritik aber nicht vollends bestätigt werden. So ist nicht zu erkennen, dass sich die mediale Berichterstattung aufgrund eines Konsenses in der politischen Elite stärker auf die performatorische Ebene und demgemäß auf die Thematik der Planung, Strategie und Erfolgsaussichten konzentriert (siehe Tabelle 55). Vielmehr überwiegen in der medialen Diskussion um den Bundeswehr-einsatz Äußerungen zu der Frage „Warum sollte der Einsatz geführt werden?“. Gründe für die weitgehende Dominanz von legitimatorischen Äußerungen können die Besonderheiten innerhalb der deutschen Politik und Medien sein: Zu diesen gehören u.a. das journalistische Selbstverständnis, die geringere ökonomische Abhängigkeit voneinander und das breitere mediale und politische Meinungsspektrum (u.a. Pohr, 2005). Diese Besonderheiten führen möglicherweise zu einem weitgehenden Konsens in der Politik in Deutschland, sodass sich Mermins Annahme über einen vollständigen Konsens in der politischen Debatte nicht auf diese Studie übertragen lässt.

Der steigende Anteil kriegskritischer Stimmen im deutschen Parlament (siehe Kapitel 9.1) müsste sich schließlich gemäß der Indexing-Hypothese in einer kritischeren medialen Berichterstattung niederschlagen. Da es aber von Anfang an auch Kritiker in der politischen Elite gab, wird die mediale Debatte um die Sinnhaftigkeit des Einsatzes (legitimatorische Ebene) in Deutschland stets weitergeführt und nie wirklich abgeschlossen (siehe Kapitel 2.4.6). Die wenigen Ausnahmen, in denen die performatorischen über den legitimatorischen Handlungsempfehlungen überwiegen, lassen sich auf vorangehende Ereignisse zurückführen, die sich auf die Art der Einsatzführung beziehen (siehe

Zeitstrahl, Digitaler Anhang 2). So lag die Verlängerung des ISAF-Mandats im Jahr 2006 zeitlich kurz nach der Veröffentlichung des überarbeiteten Afghanistan-Konzepts der Bundesregierung. Im Juni 2006 wurde das Bundeswehrlager Masar-i-Scharif im unsichereren Norden von Afghanistan bezogen und am 6. Oktober übernahm die NATO die gesamte Verantwortung über den Afghanistan-Einsatz.

Es könnte daher davon ausgegangen werden, dass die mediale Sensibilität bezogen auf die militärische Strategie durch diese Ereignisse erhöht war. Auch hier zeigt sich also, dass das Auftreten besonderer Ereignisse die Auseinandersetzung von Journalisten mit dem Afghanistan-Einsatz verändern und einen neuen Schwerpunkt der Thematik setzen kann (siehe Kapitel 3.1.1; Brosius & Eps, 1993; Scheufele, 2003). So könnten an dieser Stelle Schlüsselereignisse zu einer kurzfristigen Verschiebung von legitimatorischen zu performatorischen Handlungsempfehlungen führen, ohne eine nachhaltige Langzeitentwicklung in diese Richtung zu bewirken. Ende November 2011 gibt die NATO ihre Abzugspläne bekannt, womit eine neue Phase des ISAF-Einsatzes eingeleitet wird (siehe Zeitstrahl, Digitaler Anhang 2). Die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Afghanistan Einsatzes (legitimatorische Ebene) rückt daher in den Hintergrund und findet in der medialen Berichterstattung weniger Beachtung. Gleichzeitig wächst durch den geplanten Abzug der Truppen aus Afghanistan die Aufmerksamkeit bezüglich der Strategie des Abzugs, sodass schließlich der Fokus auf die performatorische Ebene gelegt wird.

9.3.5 Zwischenfazit

Eine politikkonforme Berichterstattung kann in dieser Studie sowohl innerhalb der Themensetzung als auch bei der Meinungsverteilung weitgehend bestätigt werden. Die Argumentation in der Medienberichterstattung entspricht der Argumentation in den Bundestagsdebatten, wobei es nur einen marginalen Unterschied zwischen berichtenden und kommentierenden Artikel gibt. Betrachtet man die Themen, die in der politischen und medialen Debatte behandelt wurden, zeigt sich eine Spiegelung der politischen Agenda in den Medien. Jedoch werden Terrorismus und Sicherheit in den Medien etwas stärker thematisiert als in der parlamentarischen Debatte, was auf ihren Ereignischarakter und die Nachrichtenfaktoren zurückzuführen ist. Auch bei dem Anteil von befürwortenden und ablehnenden Argumenten lässt sich eine Spiegelung der parlamentarischen Meinungsverteilung feststellen. Diese Gleichförmigkeit zeigt sich sowohl in den berichtenden Artikeln als auch, etwas abge-

schwächt, in Kommentaren. Es lassen sich in den Medien zwar auch kritische Stimmen finden, allerdings nur in ähnlichem Anteil, wie es sie auch in der politischen Debatte gibt. Als Erklärung hierfür kann das Zitations- und Quellennutzungsverhalten der Medien hinzugezogen werden: Akteure außerhalb der politischen Elite wurden nur zu einem sehr geringen Teil zitiert und auch kritische Stimmen aus dem Parlament unterrepräsentiert.

Bei der Betrachtung der einzelnen Zeiträume ist auffällig, dass es teilweise Unterschiede im Ausmaß der Spiegelung der politischen Meinungsverteilung gibt. Es scheint zwar einen Grundkonsens in Politik und Medien über die Richtigkeit des Einsatzes zu geben, jedoch unterscheidet sich das Ausmaß der Politikkonformität abhängig vom Zeitpunkt. Es ist zu vermuten, dass die Kritik daher vorhanden ist, weil es erstens im Parlament keinen vollständigen, sondern nur einen weitgehenden Konsens gab (siehe Kapitel 9.1) und das deutsche Mediensystem zweitens durch seine Vielfalt kritischer ist als das amerikanische, an dem die Indexing-Hypothese von Bennett (1990) nachgewiesen wurde (siehe Kapitel 2.4.6). Bei der Betrachtung der einzelnen Medien lassen sich zwar Unterschiede im Maß der Gleichförmigkeit feststellen, jedoch gleichen sich die Zeitungen und Zeitschriften im Links-Rechts-Spektrum insgesamt aus. Die Argumentation in der Medienberichterstattung entspricht also weitgehend der Argumentation in den Bundestagsdebatten. Die Befunde deuten an, dass die Indexing-Hypothese (siehe Kapitel 2.4.2) im Kontext des Afghanistan-Einsatzes weitgehend zutreffend ist, auch wenn diese stark zeitpunktbezogen ist.

Im Blick auf die Überlegungen zum policy media interaction model und CNN-Effekt (siehe Kapitel 2.5.1 und 2.5.2) kann vermutet werden, dass das Einflusspotential der deutschen Medien im Rahmen des Afghanistan-Einsatzes in der Regel gering ist. Ausnahmen können Ereignisse darstellen, die die Medien dazu ermuntern, ihre Ressourcen voll auszuschöpfen, da sie sich eine große Aufmerksamkeit für die Berichterstattung erhoffen (siehe Kapitel 2.4.3). Eine schmale nationale Entscheidungsmacht führt auch zu einem geringen Einflusspotential nationaler Medien (siehe Kapitel 2.4.6). Der Afghanistan-Einsatz war „alternativlos“ und eine Bedingung für die Mitgliedschaft in der NATO, die Entscheidungsbefugnisse Deutschlands seien da gewissermaßen beschränkt gewesen, wie in den Interviews bestätigt wurde (siehe Kapitel 8.6.2). Außerdem war der Afghanistan-Einsatz keine Intervention aus humanitären Gründen, die von den Medien durch eine opferemphatische und regierungskritische Berichterstattung hätte begleitet werden können (Robinson, 2002, S. 28-29), sondern ein

Feldzug gegen den Terrorismus als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September. Statt auf das Land Afghanistan und seine Bevölkerung hätten die Medien den Fokus auf die Aspekte des Bundeswehreinsatzes gelegt (siehe Kapitel 8.6.2) und waren somit eher „Chronisten“ der Politik (J7l). Es hat sich in den Interviews herausgestellt, dass die Medien in Ausnahmesituationen jedoch einen Einfluss auf die Politik haben. Hier sind vor allem Ereignisse gemeint, die die Medien aufgrund ihres hohen Nachrichtenwertes aufgreifen und die politischen Entscheidungen, sowie die Legitimität des Einsatzes hinterfragen. Dieser Einfluss ist besonders stark, wenn ein Ereignis erst durch die Medien in Kenntnis gebracht wird – die Politik im Zweifel gar nicht über bestimmte Vorkommnisse, beispielsweise in Afghanistan, informiert war. Im Rahmen der Experteninterviews wurden Journalisten gefragt, wie sie ihre Rolle beispielsweise beim „Totenkopf-Skandal“ im Jahr 2006 einordnen, der durch die Medien an die Politik und an die Öffentlichkeit getragen wurde (siehe Kapitel 8.5.2). Diese Kenntnis stützt die Überlegungen des policy media interaction model.

Der CNN-Effekt konnte in dieser Studie nur am Rande geprüft werden, da der Zeitraum vor Beginn des ersten Mandatsbeschlusses nicht untersucht wurde und somit keine Aussage über die Herbeiführung und kommunikative Vorbereitung einer politischen Entscheidung getroffen werden kann. Die Ergebnisse der Experteninterviews lassen jedoch vermuten, dass die Medien gerade zu Beginn der Debatte nicht Motor einer Thematisierung Afghanistans waren, sondern vielmehr auf das Handeln der internationalen Politik reagierten (siehe Kapitel 8.6.2). Der Anteil von Kritik in den Medien (siehe Abbildung 128) war fast immer geringer als die kritischen Stimmen in der Bevölkerung (siehe Kapitel 3) und entsprach weitgehend der Verteilung von ablehnenden und befürwortenden Argumenten im Parlament, sodass nicht davon auszugehen ist, dass die Medien durch erhöhte Kritik die öffentliche Unterstützung für den Afghanistan-Einsatz untergraben konnten (Livingstone, 1997, S. 4).

10. Schlussbetrachtung

10.1 Fazit

Alle Parteien, die dem Einsatz zugestimmt haben, (...) [haben] ein Interesse daran, dass über [den Einsatz] nicht mehr gesprochen wird, weil ihnen der Einsatz zu Recht unangenehm ist. Und was macht man dann, dann redet man über die Dinge, mit denen man nicht weiter auffällt. Und dann bedient man sich bekannter Kommunikationsmuster, von denen man weiß, dass die Journalisten dabei sanft entschlafen.

Das Zitat einer taz-Redakteurin verdeutlicht das Kernproblem der Debatte: Wie konnte es passieren, dass die essentielle Frage nach dem Afghanistan-Einsatz für die Öffentlichkeit so irrelevant geworden ist? Dass sie aus den Schlagzeilen verschwunden ist und erst bei Todesmeldungen von Bundeswehrsoldaten wieder in den Redaktionssitzungen diskutiert wird? Der über zehn Jahre andauernde Afghanistan-Einsatz forderte das Leben von über 50 deutschen Soldaten. Er forderte auch den bisher einzigen NATO-Bündnisfall, in dessen Folge die Vertrauensfrage eines deutschen Bundeskanzlers beinahe die rot-grüne Regierungskoalition zerriss. Damals Top-Thema in den Medien, gibt der Afghanistan-Einsatz heute kaum mehr als eine Meldung zu den routinierten Mandatsverlängerungen her, obwohl die Frage nach der Entsendung von Soldaten an den Hindukusch nicht an Relevanz eingebüßt hat. Die Debatte um Militäreinsätze stellt aufgrund ihrer existentiellen Bedeutung einen erhöhten Legitimationszwang an die Politik - Bundestagsabgeordnete haben hier die Pflicht, den Sinn des Einsatzes stets kritisch zu prüfen und ihre Entscheidung zu begründen.

Bennett formuliert in seiner Indexing-Hypothese den schweren Vorwurf an die Medien, sie berichteten kaum kritisch, sondern richteten sich bei der Frage nach der Legitimität eines Militäreinsatzes nur nach der politischen Elite. Wenn die Medien, als Multiplikatoren und wichtiges „Schwungrad“ für oppositionelle Meinungen, jedoch ihre normativen Anforderungen nicht erfüllen, dann fungieren sie nicht mehr als Kontrollorgan, sondern spiegeln die politische Argumentation. In dieser Studie wurde untersucht, ob die Medien dem hohen normativen Anspruch gerecht werden. Die Indexing-Hypothese wurde überprüft, indem die Themensetzung und Meinungsverteilung der politischen und medialen Debatte verglichen wurden.

Die Betrachtung der politischen Debatte zeigt, dass die ursprüngliche Begründung für den Einsatz, die terroristische Bedrohung durch Al-Qaida zu bekämpfen, im Laufe der Jahre tendenziell weniger kommuniziert wurde. Gleichzeitig nimmt die Thematisierung der instabilen Lage in Afghanistan und des Wiederaufbaus zu. Der Themenbezug verschiebt sich weg von der globalen Perspektive (Weltfrieden und Bündnissolidarität) und hin zu einer afghanistan-bezogenen Argumentationsweise. Dies könnte ein Grund für das wachsende Desinteresse am Bundeswehreinsatz und die empfundene Entfernung des Themas von der alltäglichen Erfahrungswelt der Bevölkerung sein. Die politische Debatte über den Afghanistan-Einsatz zeichnet sich durch einen weitgehenden einsatzbefürwortenden Konsens aus. So werden insgesamt mehr als doppelt so viele Argumente für den Einsatz als gegen ihn verwendet. Bemerkenswert ist diesbezüglich die parteiübergreifende Ähnlichkeit in der Themensetzung. Dabei wird die politische Zustimmung größtenteils mit gesellschaftlich-sozialen Argumenten (Humanitäre Lage, solidarisches Handeln, Etablierung westlicher Werte) begründet. Eine Ausnahme stellt Die Linke dar, die die einzige durchweg einsatzkritische Partei ist und besonders den Pazifismusgedanken vertritt.

Unabhängig von der sich verändernden Gewichtung von Themen in der politischen Debatte, bleiben die Frames in ihren Bestandteilen (Bezugsdimension, Ursachenbeschreibung, Bewertung und Handlungsempfehlung) im zeitlichen Verlauf relativ gleich. Punktuelle Abweichungen in der Themendarstellung können vor allem auf konkrete Schlüsselereignisse, wie z.B. Terroranschläge, zurückgeführt werden und scheinen die Debatte nicht nachhaltig zu beeinflussen. So werden nur kurzzeitige Veränderungen in der parlamentarischen Kommunikation bewirkt, die schnell wieder in gewohnten Mustern verlaufen. Längerfristige Veränderungen in der Themengestaltung scheinen hingegen eher von Lerneffekten und Änderungen der Einsatzbedingungen (z.B. der neuen Ausrichtung des Einsatzes ab 2006) abhängig zu sein.

Die Studienergebnisse lassen darauf schließen, dass die mediale Berichterstattung sowohl in ihrer Themensetzung als auch in ihrer Haltung gegenüber dem Einsatz weitgehend ähnlich zur politischen Debatte verläuft. Selbst in Kommentaren unterscheidet sich die Rangordnung und Häufigkeit der Themen nur marginal. Wenn Journalisten Kritik äußern, bewegt sich diese folglich größtenteils im Rahmen der politischen Meinungsverteilung und geht nicht darüber hinaus. Unter den untersuchten Medien treten zwar auffällige Unterschiede in der Themenwahl auf, im Gesamtschnitt zeigt sich

jedoch ein konformes Bild zu den Argumenten aus der Politik. Das Links-Rechts-Spektrum kann durch die eher einsatzbefürwortenden Medien Focus und SZ und die eher einsatzablehnenden Spiegel und taz weitgehend bestätigt werden. Im zeitlichen Verlauf zeigen sich jedoch punktuelle Unterschiede im Maß der Konformität zur politischen Debatte. Diese sind meistens auf bestimmte Ereignisse zurückzuführen. Daher kann im Rahmen der Debatte um den Afghanistan-Einsatz ein Grundkonsens zwischen Politik und Medien identifiziert werden, der aber zu bestimmten Zeitpunkten aufgrund von aktuellen Ereignissen neujustiert wird.

Hinsichtlich des journalistischen Zitations- und Quellennutzungsverhalten zeigt sich zudem, dass Journalisten zum Großteil auf politische Eliten als Informationsquelle zurückgreifen. Zivilgesellschaftliche Quellen werden nur marginal herangezogen. Die einzige einsatzkritische Partei Die Linke wird am seltensten von allen Parteien zitiert und gemessen an ihren Sitzen im Bundestag unterrepräsentiert. Die Dominanz an Quellen aus der politischen Elite ist durch strukturelle Vorteile politischer und militärischer Akteure, ihre strategische Kommunikation, den Mangel an alternativen Quellen sowie Zeit- und Geldknappheit in Redaktionen bedingt. Die mediale Debatte weist weiterhin eine geringere Komplexität als die politische auf, was durch die Länge und Vollständigkeit der Frames, die geringere Themenvielfalt und die marginale Unterscheidung zwischen OEF- und ISAF-Zeiträumen in der Themensetzung deutlich wird. Weiter nimmt die Berichterstattung nach den Erstbeschlüssen der Mandate ab.

All diese Ergebnisse zeigen, dass die Medien im Zuge der Afghanistan-Debatte eher als „keeper of the official record“ (Bennett, 1990, S. 106) operieren, was eine freie Meinungsbildung erschweren und somit wichtige demokratische Prozesse unterbinden könnte. Die Indexing-Hypothese konnte in fast allen Erhebungszeiträumen mit unterschiedlicher Stärke nachgewiesen werden. Sowohl die Framing-Analyse als auch die Experteninterviews zeigen, dass die Politik es nur bedingt schafft, die Einsatzgründe stringent zu vermitteln, während die Medien die politische Debatte begleiten, anstatt eine vielfältige gesellschaftliche Auseinandersetzung über den Sinn des Afghanistan-Einsatzes zu führen oder zu bewirken. Damit weisen die Ergebnisse dieser Studie auf eine mangelhafte Einsatzbesprechung in Politik und Medien, und somit auf Defekte der Legitimationskommunikation hin. Hierdurch sind große Defekte in der Vermittlung zwischen Regierenden und Regierten in dem längsten militärischen Einsatz der Bundesrepublik Deutschlands zu erkennen.

Ein Militäreinsatz, der nicht kommunizierbar ist, weist auch kein ausreichendes Begründungsfundament auf und sollte somit nicht geführt werden. Hingegen sind Medien, die nicht selbst kommunizieren, sondern lediglich der Kommunikation der Politik folgen, nicht Pfeiler der Gesellschaft, sondern Bedrohung der Demokratie. Die Ergebnisse sollen Anstoß geben zu einer kritischen Auseinandersetzung in Politik und Medien, bisherige Arbeitsweisen zu hinterfragen und das eigene Selbstverständnis zu reflektieren.

10.2 Limitation und Ausblick

Natürlich weist auch die vorliegende Arbeit in einigen Punkten Limitationen auf, die erwähnt und bei weiterführenden Studien berücksichtigt werden müssen. In Bezug auf die Methode dieser Studie ist zu bemerken, dass die Anwendung der Medien-Frames auf Inhalte außerhalb des journalistischen Bereichs, wie in dieser Studie die Redebeiträge im Bundestag, sich als sinnvoll erwies. Durch dieses Vorgehen wurde die Vergleichbarkeit der erhobenen Daten gewährleistet. Außerdem weisen Frames in den Reden der Politiker mehr Elemente auf, als die der medialen Berichterstattung, was auf die gute Eignung des Framing-Ansatzes für politische Reden hinweist und methodischen Anreiz für weitere Studien bietet. Jedoch zeigten sich in der Framing-Analyse auch Schwierigkeiten. Das gemeinsame Auftreten der Frame-Elemente (Frame-Prototypen) wurde nur in Abhängigkeit des Elements „Bezogen auf“ konstruiert. Für einen unmittelbaren Bezug zu den tatsächlich verwendeten Frames hätten Zusammenhänge zwischen allen Elementen untersucht werden müssen. Mittels Kreuztabellen wurde das gemeinsame Auftreten der Frame-Elemente mit dem „Bezogen auf“ untersucht, jedoch nicht herausgestellt, mit welchen anderen Frame-Elementen diese Nennung einhergeht. Um einen solchen Bezug herzustellen, hätte sich die Log-lineare Analyse geeignet. Bei dieser Methode wären allerdings die Zusammenhänge untereinander mangels eines festen Koeffizienten nicht vergleichbar gewesen. So hätte man beispielsweise den Grad des gemeinsamen Auftretens von Ursache und Bewertung eines Frames nicht mit dem gemeinsamen Auftreten von Ursache und Handlungsempfehlung vergleichen können. Um die Frame-Prototypen bilden zu können, mussten Mehrfachnennungen, die bei den Frame-Elementen vorkommen konnten, zusammengefasst werden. Dadurch konnte es zu leichten Verzerrungen kommen, da es nicht mehr möglich war, alle Nennungen einzeln auszuwerten. In der Summe gingen aber keine Daten verloren. Die Tendenz der Frames wurde anhand latenter Inhalte erfasst. Obwohl die zugehörige Variable mit einem Koeffi-

zienten von 0,86 eine gute Reliabilität aufwies, muss ihre Codierung mit Vorsicht betrachtet werden, da die Tendenz im Grunde nur die Richtung des Arguments, nicht aber notwendigerweise eine manifeste Zustimmung oder Ablehnung zum Ausdruck bringt.

Zwar konnte die Indexing-Hypothese in der Gesamtbetrachtung des Untersuchungszeitraumes weitgehend bestätigt werden, es zeigt sich jedoch, dass sie nur schwer auf den zeitlichen Verlauf einer Debatte anwendbar ist. Grund dafür ist die mangelnde Flexibilität, da sie sich nur nach Faktoren wie dem politischen Konsens, der Quellennutzung und den symbiotischen Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern richtet. In der Framing-Analyse ließ sich aber erkennen, dass ein zunehmender Dissens im Parlament keine nachhaltige Erhöhung der kritischen Stimmen in der Presse bewirkt. Diskurskritische Schlüsselereignisse und Lerneffekte werden von der Indexing-Hypothese nicht beachtet, da sie bislang fast ausschließlich in kurzen Zeitintervallen geprüft wurde. Die Reziprozität zwischen der medialen Berichterstattung und der Meinungsverteilung im Parlament war gelegentlich gering. Um diese Erkenntnisse zu manifestieren, sind weitere Langzeitstudien zur Indexing-Hypothese mit geringeren Abständen zwischen den Zeiträumen nötig. Die Erweiterung der Indexing-Hypothese von Mermin (1996) konnte aufgrund der Codierlogik nicht optimal untersucht werden. Mermin (1996) unterscheidet hauptsächlich zwischen legitimatorischer und performatorischer Kritik. In der vorliegenden Studie kann aber innerhalb der legitimatorischen Argumente nicht ohne weiteres zwischen Kritik und Zustimmung unterschieden werden, weshalb die Annahme Mermins nur bedingt überprüft werden konnte.

Die Langzeitanalyse von medialen und parlamentarischen Debatten birgt einige Herausforderungen, die auch in dieser Studie nicht vollständig gelöst werden konnten. Es war durch die Framing-Analyse zwar möglich eine relative Konformität des medialen und parlamentarischen Diskurses festzustellen, allerdings kann alleine daraus noch kein Rückschluss auf eventuelle Wirkungszusammenhänge gezogen werden. Aufschluss darüber konnten die Experteninterviews mit Journalisten und Politikern geben, die sich als hilfreiche Ergänzung zur Framing-Analyse herausstellten. Retrospektiv gewonnene Daten werfen aber stets die Frage nach der Datenqualität auf, da die Rekonstruktion eines mehr als zehn Jahre andauernden Prozesses von den Interviewten eine enorme Erinnerungsleistung und eine hohe Bereitschaft abverlangt, sich darauf einzulassen. Selbst wenn diese gegeben ist, bleibt die Wahrscheinlichkeit von Erinnerungsfehlern oder von Verzerrungen durch Lerneffekte, Meinungs-

oder Einstellungsänderungen groß. Insofern war zu erwarten, dass nicht alle in der Framing-Analyse identifizierten Schlüsselereignisse in den Interviews genannt wurden. Andererseits bietet diese Selektion bereits Aufschlüsse auf die Relevanz bestimmter Ereignisse. Ungeklärt bleiben auch die Ursachen für die punktuellen Unterschiede der medialen und politischen Debatte. Eine Konfrontation der diskursrelevanten Akteure mit den Ergebnissen der Framing-Analyse würde interessante Interpretationsansätze und weitere Hinweise auf Wirkungszusammenhänge bieten, konnte aber in Rahmen dieser Studie nicht erfolgen.

Ein weiterer Forschungsansatz könnte zudem der Abgleich der Daten mit einer weiteren Realitäts-ebene sein. Sowohl Journalisten als auch Politiker begründen jeweils für sich eine gültige Wahrheit und eine eigene Sicht der Dinge. Ein Vergleich dieser Einschätzungen mit einer dritten unabhängigen Perspektive auf das Thema Afghanistan könnte Aufschluss über das Verhältnis zwischen Wahrheitsgehalt und interessengeleiteter Kommunikation geben. Als eine solche dritte Bezugsgröße könnten etwa Daten unabhängiger Konfliktforschungsinstitute, wie das Heidelberger Institut für Konfliktforschung oder die Analysen aus den Berichten übergeordneter politischer Instanzen wie der UNO dienen. Anschließend daran stellt sich die Frage, ob nicht auch Dritte selbst, wie z.B. Experten oder dritte Interessenverbände, relevante Einflussgrößen auf Medien und Politik sind. So könnte die Konformität der medialen und politischen Debatte möglicherweise auf die gemeinsame Abhängigkeit von diesen Quellen zurückzuführen sein. Immer wieder wurde in den Interviews auch der Einfluss der Bevölkerungsmeinung thematisiert. Als eine weitere Vergleichsebene könnten daher auch Daten von Meinungsforschungsinstituten dienen.

Die Studie bietet Anknüpfungspunkte für weitere Forschung und zeigt Unzulänglichkeiten bereits bestehender Theorien auf. Trotz der Limitationen können valide Ergebnisse zur Diskussion der Hypothesen und darüber hinaus vorgestellt werden.

LITERATURVERZEICHNIS

- Ackermann, S. (2011). Zur ethischen Legitimierbarkeit von militärischen Einsätzen. In Schwegmann, C. (Hrsg.), *Bewährungsproben einer Nation* (S. 79-86). Berlin: Duncker & Humblot.
- Alamir, F. M. (2011). The International Approach to Afghanistan. Could We Have Done Better? In Justenhoven, H.-G. & Afsah, E. (Hrsg.), *Das internationale Engagement in Afghanistan in der Sackgasse? Eine politisch-ethische Auseinandersetzung* (S. 11-27). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft
- Althaus, S., Jill, E., Entman, R. & Phalen, P. (1996). Revising the Indexing Hypothesis: Officials, Media, and the Libya Crisis. *Political Communication*, 13, 407- 421.
- Altmeppen, K. & Löffelholz M. (1998). Zwischen Verlautbarungsorgan und „vierter Gewalt“. In Sarcinelli, U. (Hrsg.), *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft* (S. 97-123). Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Arnold, K. (2007). *Qualitätsjournalismus: die Zeitung und ihr Publikum*. Konstanz: UVK-Verlag.
- Bach, T. & Weber, M. & Quiring, O. (2012). Das Framing der Finanzkrise. Deutungsmuster und Inter-Media Frame Transfer im Krisenherbst 2008. *Studies in Communication/Media*, 2, 193- 224.
- Bagdikian, B. (1987). *The Media Monopoly*. Boston: Beacon Press.
- Baraki, M. (2007). Nation-building in Afghanistan. *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte*, 39 (2007), 11- 17.
- Bateson, G. (1972). *Steps to an ecology of mind. Collected essays in anthropology, psychiatry, evolution and epistemology*. Chicago: Chicago University Press.
- Becker, J. (2002). Medien im Krieg. In: Albrecht, U. & Becker, J. (Hrsg.), *Medien zwischen Krieg und Frieden* (S. 13-26). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Beham, M. (1996). *Kriegstrommeln. Medien, Krieg und Politik*. München: Deutscher Taschenbuchverlag.
- Bennett, W. Lance (1990). Toward a Theory of Press-State Relations in the United States. *Journal of Communication*, 40(2), 103 -125.
- Bergsdorf, W. (2005). *Medienmacht in der Demokratie*. Köln: Bachem.

- Bilke, N. (2008). *Qualität in der Krisen- und Kriegsberichterstattung. Ein Modell für einen konfliktsensitiven Journalismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Billeaudaux, A., Domke, D., Hutcheson, J. S. & Garland, P. (2003). News norms, indexing and a unified government: Reporting during the early stages of a global War on Terror. *Conference Papers - International Communication Association*.
- Bloch, Y. & Lehman-Wilzig, S. (2002). An Exploratory Model of Media-Government-Relations in International Crises: U.S. Involvement in Bosnia 1992-1995. In: Gilboa, E. (Hrsg.), *Media and Conflict* (S. 153-174). Ardsley, NY: Transnational Publishers.
- Bonfadelli, H. (2002). *Medieninhaltsforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Stuttgart: UTB.
- Bortz, J. (2005). *Statistik. Für Human- und Geisteswissenschaftler*. Heidelberg: Springer.
- Breitenstein, R. (2002). *Memetik und Ökonomie. Wie die Memen Märkte und Organisationen bestimmen*. Münster, Hamburg, London: LIT Verlag.
- Bundesministerium der Justiz (2013a). *Art. 87a*. Abgerufen am 17.03.2012 von http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_87a.html.
- Bundesministerium für Justiz (2013b). *Parlamentsbeteiligungsgesetz*. Abgerufen am 17.03.2012 von <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/parlbg/gesamt.pdf>.
- Bundeswehr (2013a). *Chronologie des Einsatzes in Afghanistan ISAF*. Abgerufen am 18.03.2013 von http://www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/!ut/p/c4/LYyxDoMwDAW_qPHOxle0sKCX1CQWiRMRt0h8PVSqbobjma6UXwlwqQqMr1oCjL4w_njzQuLdth5Kzb7cM7_xHaywxoTVLpBXUh71bpIx0rP37TtiAU0aX0EhMTUShkv_Az6rw!!/.
- Bundeswehr (2013b). *Afghanische Kräfte für afghanische Sicherheit*. Abgerufen am 18.03.2013 von http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/DcpBDkBADAXQs7hAu7dzC2ykw8cPSnSQOD1526et_txuTp5u61aa9OzTI-Z4CAHob8QjZG_AMuDBvFrkhch8unLtjPOGcwx3Iaxgw9lqr4AIHx--0!/.
- Bundeswehr (2013c). *Rückblick: Zehn Jahre Afghanistan-Einsatz*. Abgerufen am 18.03.2013 von http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/HctBDoMwDAXRs_QC9r673qJlg5zwISbUrWI-DUk5fVM32DQ98ZXLoIqEf42f_Mp6TyelcwJBzQXRQW91vwSM1GWmCXt4LmgJGk0W6ig2rlIaxv8UndqOXNOmuK3Pm4_ggHfkQ!!/.

Bundeswehr (2013d). *Kunduz Luftanschlag: Ausschuss nimmt Arbeit auf.* Abgerufen am 18.03.2012 von http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/lut/p/c4/NYrBCsIwEAX_KJtARfCmiOLFCj1ovKVtCAvdTdlu68WPNzn4BuYyD95Q4LBhCoqZwwQv8AMeo_paUuGkHHRKl_gSPOt3jGbIHLVaIysWJwmaxcxZdKplFSnF4AjeuvPJOvuf--59d300dtfc7pcWZqLjD41E8MQ!/.

Dahinden, U. (2006). *Framing. Eine integrative Theorie der Massenkommunikation.* Konstanz: UVK.

Davison, W. P. (1974). *Mass Communication and Conflict Resolution. The Role of the Information Media in the Advancement of International Understanding.* New York/ London: Praeger Publishers.

Dawkins, R. (1994). *Das egoistische Gen.* Heidelberg/ Berlin/ Oxford: Spektrum Akademischer Verlag GmbH.

Deutscher Bundestag (2013). *Auslandseinsätze der Bundeswehr.* Abgerufen am 18.03.2013 von <http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a12/auslandseinsaetze/index.html>.

Deutscher Bundestag (2001a). *Drucksache 15/37.* Abgerufen am 20.03.2013 von <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/15/000/1500037.pdf>

Deutscher Bundestag (2001b). *Drucksache 14/7930.* Abgerufen am 21.03.2013 von <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/079/1407930.pdf>

Deutscher Bundestag (2008). *Drucksache 16/7794.* Abgerufen am 26.04.2013 von <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/077/1607794.pdf>

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung [DIW] (2010). *Afghanistan-Einsatz: Jedes weitere Jahr kostet Deutschland drei Milliarden Euro.* Abgerufen am 10.06.2013 von http://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.356843.de

De Vrees, C. H. (2005). News framing: Theory and typology. *Information Design Journal, 13,* (1), 51-62.

Diekmann, A. (1995). *Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendung.* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Die Linke (2011). *Parteiprogramm.* Abgerufen am 07.06.2013 von

http://www.dielinke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf

Donsbach, W. (1994). Journalism versus Journalism – ein Vergleich zum Verhältnis von Medien und Politik in Deutschland und in den USA. In: Donsbach, W., Jarren, O., Kepplinger, H. M.,

- Pfetsch, B. (Hrsg.), *Beziehungsspiele – Medium und Politik in der öffentlichen Diskussion*. (S. 269-289). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Dresing, T. & Pehl, T. (2011): *Praxisbuch Transkription. Regelsysteme, Software und praktische Anleitungen für qualitative ForscherInnen*. Marburg: Eigenverlag.
- Eilders, C. (2001). *Conflict and Consonance in Media Opinion: Political Positions of five German Quality Newspapers*. Veröffentlichungsreihe der Arbeitsgruppe Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: Berlin.
- Eilders, C. & Hagen, L. (2005). Kriegsberichterstattung als Thema kommunikationswissenschaftlicher Forschung. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 53 (2-3), 205 – 221.
- Eilders, C. & Lüter, A. (2002). Gab es eine Gegenöffentlichkeit während des Kosovo-Krieges? Eine vergleichende Analyse der Deutungsrahmen im deutschen Mediendiskurs. In Albrecht, J. & Becker, J. (Hrsg.), *Medien zwischen Krieg und Frieden*, 103-122.
- Eilders, C. & Lüter, A. (2000). Germany at War. Competing Framing Strategies in German Public Discourse. *European Journal of Communication*, 15(3), 415–428.
- Erbring, L. (1989). Nachrichten zwischen Professionalität und Manipulation: Journalistische Berufsnormen und politische Kultur. In: Kaase, M. & Schulz, W. (Hrsg.), *Massenkommunikation* (S. 301–313). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Entman, R.M. (1993). Framing. Toward Clarification of a Fractured Paradigm. *Journal of Communication*, 43 (4), 51-58.
- Ewans, M. (2005). *Conflict in Afghanistan. Studies in asymmetric warfare*. London/ New York: Routledge.
- Früh, W. (2011). *Inhaltanalyse: Theorie und Praxis*. Stuttgart: UTB GmbH.
- Fröhlich, R., Scherer, H. & Scheufele, B. (2007). Kriegsberichterstattung in deutschen Qualitätszeitungen. *Publizistik*, 52 (1), 11-32.
- Galtung, J. & Ruge, M. H. (1965). The Structure of Foreign News: The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crisis in Four Norwegian Newspapers. *Journal of Peace Research*, 2 (1), 64-91.
- Galtung, J. (1997). Kriegsbilder und Bilder vom Frieden: oder Wie wirkt die Berichterstattung auf Konfliktrealität und Konfliktbearbeitung? In: Calließ, J. (Hrsg.), „Das erste Opfer eines Krieges ist die Wahrheit“ oder: *Die Medien zwischen Kriegsberichterstattung und Friedensberichterstattung* (Loccumer Protokolle, Nr.69/95, 81-92). Loccum: Evangelische Akademie Loccum.

- Gamson, W. A., & Modigliani, A. (1987). The changing culture of affirmative action. In Braungart, R. D. & Braungart, M. M. (Hrsg.), *Research in political sociology* (Bd. 3.) (S. 137-177). Greenwich: JAI Press.
- Gareis, S. B. (2005). *Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Einführung*. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Gebauer, K. (1998). Regierungskommunikation. In Jarren, O., Sarcinelli, U. & Saxon, U. (Hrsg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft* (S. 464-472). Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, J. (1998). Öffentlichkeit. In Jarren, O., Sarcinelli, U. & Saxon, U. (Hrsg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft* (S. 268-274). Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Giddens, A. (1984): *Interpretative Soziologie. Eine kritische Einführung*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Gießmann H.J., & Wagner, A. (2009). Auslandseinsätze der Bundeswehr. *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte*, 48 (2009), 3-9.
- Gilboa, E. (2005). The CNN Effect: The Search for a Communication Theory of International Relations. *Political Communication*, 22, 27-44.
- Gitlin, T. (1980). *The Whole World Is Watching: mass media in the making of the new left*. Berkley/Los Angeles: University of California Press.
- Gläser, J. & Laudel, G. (2010). *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gräbner, B. (2010). *Warum die Medien zu Afghanistan schweigen*. Abgerufen am 26.04.2013 von <http://www.stern.de/kultur/tv/medienkolumne-warum-die-medien-zu-afghanistan-schwiegen-1533819.html>
- Grimmer, K. (1976). *Demokratie und Grundrechte. Elemente zu einer Theorie des Grundgesetzes*. Berlin: Duncker und Humboldt.
- Grube, F. (2010). *Menschenrechte als Ideologie. Die Rolle der Menschenrechte bei der Legitimation militärischer Interventionen*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

- Gurevitch, M. & Blumler, J. (1990). Political Communication Systems and Democratic Values. In: Lichtenberg, J. (Hrsg.), *Democracy and the Mass Media*. (S. 269-289). Cambridge: Cambridge University Press.
- Hafez, K. (2001). *Die politische Dimension der Auslandsberichterstattung*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Hagen, L. (1992). Die opportunistischen Zeugen – Konstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszählungsdiskussion. *Publizistik*, 37, 444–460.
- Hagen, L. (1995). *Informationsqualität von Nachrichten: Meßmethoden und ihre Anwendung auf die Dienste von Nachrichtenagenturen*. Opladen/ Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Hallin, D. (1986). *The Uncensored War*. CA: University of California Press.
- Hanitzsch, T. (2004). Journalisten zwischen Friedensdienst und Kampfeinsatz. Interventionismus im Kriegsjournalismus aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive. In: Löffelholz, M. (Hrsg.), *Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert* (S. 13-58). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hänggli, R. & Kriesi, H. (2010). Political Framing Strategies and Their Impact on Media Framing in a Swiss Direct-Democratic Campaign. *Political Communication*, 27, 141-157.
- Hennis, W. (1976). Legitimität - Zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. In Kielmansegg, P. (Hrsg.), *Legitimationsprobleme politischer Systeme* (S. 9-38). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Herman, E. & Chomsky, N. (1988). *Manufacturing consent. The Political Economy of the Mass Media*. New York: Pantheon Books.
- Herman, E. (1993). The media's role in U.S. foreign policy. *Journal of International Affairs*, 47, 23-45.
- Herman, E. (2000). The Propaganda Model: a retrospective. *Journalism Studies*, 1(1), 101–112.
- Herring, E. & Robinson, P. (2003). Too polemical or too critical? Chomsky on the study of the news media and US foreign policy. *Review of International Studies*, 29, 553–568
- Hilker, H. (2006). Krieg und Medien. Medien und Militär. In Schröter, L. & Schubert, F. (Hrsg.), „*s ist Krieg, ,s ist Krieg – die Medien sind dran!*“: *Medien und Krieg - verhindern, dulden oder rechtfertigen?* (S. 21-28). Schkeuditzer: Schkeuditzer Buchverlag.

- Hoskins, A. & O'Loughlin, B. (2010). *War and Media. The Emergence of a Diffused War.* Cambridge/Malden: Polity Press.
- Houston, J. B., Pfefferbaum, B. & Rosenholtz, C. E. (2012). Disaster News : Framing and Frame Changing in Coverage of Major U.S. Natural Disasters, 2000 -2010. *Journalism & Mass Communication Quarterly, 89*, (4), 606-623.
- Jäckel, M. & Mai, M. (2008). *Medienmacht und Gesellschaft: Zum Wandel öffentlicher Kommunikation.* Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Jakobsen, P. V. (2000). Focus on the CNN Effect Misses the Point: The Real Media Impact on Conflict Management Is Invisible and Indirect. *Journal of Peace Research, 37*(2), 131-143.
- Justenhoven, H.G. & Afsah, E. (2011). Einleitung. In: Justenhoven, H.-G. & Afsah, E. (Hrsg.), *Das internationale Engagement in Afghanistan in der Sackgasse? Eine politisch-ethische Auseinandersetzung* (S. 5-8). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Kaase, M. (1995). Legitimität. In: *Wörterbuch Staat und Politik* (S. 383-393). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kaim, M. & Niedermeier, P. (2011). Das Ende des „multilateralen Reflexes“? Deutsche NATO-Politik unter neuen nationalen und internationalen Rahmenbedingungen. In: Jäger, T., Höse, A. & Oppermann, K. (Hrsg.), *Deutsche Außenpolitik* (S. 105-125). Wiesbaden: VS-Verlag.
- Kamps, K. & Nieland, J. (2006). Regieren und Kommunikation. Einleitende Anmerkungen zum Band. In: Kamps, K. & Nieland, J. (Hrsg.), *Regieren und Kommunikation* (S. 7-20). Köln: Halem.
- Kepplinger, H. M., & Habermeyer, J. (1995). The impact of Key Events on the Presentation of Reality. *European Journal of Communication, 10*, 317-390.
- Kinder, D. R., & Sanders, L. M. (1990). Mimicking political debate with survey questions. The case white opinion on affirmative for blacks. *Social Cognition, 8*, 73-103
- Kingdon, J. W. (1984). *Agendas, alternatives, and public policies.* Boston: Little, Brown.
- Kipping, M. (2011). *State-Building. Erfolg und Scheitern in Afghanistan.* Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Klofta, J. (2006). *Selbstverteidigung am Hindukusch? Die Haltung der deutschen, überregionalen Presse zum Afghanistankrieg 2001.* Universität Lüneburg, Deutschland.
- Kloss, S. (2003). *Mein Bagdad-Tagebuch.* Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch.

- Krippendorff, K. (2004). *Content Analysis. An Introduction to Its Methodology*. Thousand Oaks: Sage Publications.
- Krüger, U. M. (2003). Der Irak-Krieg im deutschen Fernsehen. Analyse der Berichterstattung in Das Erste/ARD, ZDF, RTL und SAT.1. *Media Perspektiven*, 9 (2003), 398-413.
- Küchler, M. (1983). „Qualitative“ Sozialforschung – ein neuer Königsweg? In: Garz, D.; Kraimer, K. (Hrsg.), *Brauchen wir andere Forschungsmethoden? Beiträge zur Diskussion interpretativer Verfahren*. (S. 9-30). Frankfurt am Main: Scriptor.
- Kuckartz, U. (2007): Texte transkribieren, Transkriptionsregeln und Transkriptionssysteme. In: Kuckartz, U. (Hrsg.), *Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten*. (S. 37-52) Wiesbaden: VS.
- Lamnek, S. (2010). *Qualitative Sozialforschung*. Weinheim: Beltz.
- Lawrence, R. (2000). *The politics of force*. Berkeley: University of California Press.
- Lichtenberg, J. (1990). *Democracy and the Mass Media*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Linn, S. & Sobolewski, F. (2010). *So arbeitet der Deutsche Bundestag*. Rheinbreitenbach: NDV.
- Livingstone, S. (1997). *Clarifying the CNN Effect: An Examination of Media Effects According to Type of Military Intervention (Research Paper R-18)*. Cambridge: Harvard University.
- Livingston, S. & Bennett, W. L. (2003). “Gatekeeping, Indexing, and Live Event News: Is Technology Altering the Construction of News?”. *Political Communication*, 20, 363-380.
- Löffelholz, M. (2004). Krisen- und Kriegskommunikation als Forschungsfeld. In: Löffelholz, M. (Hrsg.), *Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert* (S. 13-58). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lück, J. (2009). *Indexing und Framing der Afghanistanberichterstattung*. Universität Mannheim, Deutschland.
- Matthes, J. (2007). *Framing-Effekte. Zum Einfluss der Politikberichterstattung auf die Einstellungen der Rezipienten*. München: Verlag Reinhard Fischer.
- Matthes, J. & Kohring, M. (2004). Die empirische Erfassung von Medienframes. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 52, (1), 56-75.

Matthes, J. & Kohring, M. (2008). The Content Analysis of Media Frames: Toward Improving Reliability and Validity. *Journal of Communication*, 58, (2), 258-279.

Maurer, M. (2010). Agenda-Setting. Baden-Baden: Nomos

Maurer, T. (2005). *Political Bias in German TV Coverage of Three Wars: Kosovo 1999, Afghanistan 2001, Iraq 2003. Breakdown of Trans-Atlantic Dialogue? Political Tendencies in German Media Coverage of the Iraq War*. 55th Annual Conference, International Communication Association, New York, USA, 27.05.2005.

Mayring, P. (2008). *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz Verlagsgruppe.

McCombs, M. & Shaw, D. (1977). Agenda setting and the political process. In: D. Shaw & M. McCombs (Hrsg.), *The emergence of American political issues: the agenda-setting function of the press*. St. Paul: West Publishing Co.

McCombs, M.E. and S. Ghanem (2001). The Convergence of Agenda Setting and Framing, S. 67—82. In: S.D. Reese, O.H. Gandy Jr and A.E. Grant (Hrsg.): *Framing public life. perspectives on media and our understanding of the social world*. Mahwah, NJ: Erlbaum

McQuail, D. (1995). *Media Performance: Mass Communication and the Public Interest*. London: Sage.

Mermin, J. (1996). Conflict in the sphere of consensus? Critical reporting on the panama invasion and the Gulf War. *Political Communication*, 13, 181-194.

Mermin, J. (1999). *Debating War and Peace: Media Coverage of U.S. Intervention in the Post-Vietnam Era*. Princeton : Princeton Press

Merten, K. (1995). *Inhaltsanalyse: Einführung in Theorie, Methode und Praxis*. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH.

Meyer, B. (2006). Die Parlamentsarmee – zu schön, um wahr zu sein? In vom Hagen, U. (Hrsg.), *Armee in der Demokratie. Zum Verhältnis von zivilen und militärischen Prinzipien*. (S. 51-74). Wiesbaden: VS-Verlag.

Meyers, R. (1994). *Begriff und Probleme des Friedens*. Opladen/ Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Nachtwei, W. (2011). Der deutsche Afghanistan-Einsatz. Bedeutung, Bilanz und Konsequenzen. In: Justenhoven, H.-G. & Afsah, E. (Hrsg.), *Das internationale Engagement in Afghanistan in der Sackgasse? Eine politisch-ethische Auseinandersetzung* (S. 44-54). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

- Neuberger, C. (1997). Was ist wirklich, was ist wichtig? Zur Begründung von Qualitätskriterien im Journalismus. In: Bentele, G. & Haller, M. (Hrsg.), *Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit: Akteure – Strukturen – Veränderungen* (S. 311-322). Konstanz: UVK
- Noetzler, T. & Scheer, B. (2008). *Strategien zur Aufstandsbekämpfung*. SWP Aktuell Januar 2008 Abgerufen am 25.03.2013 von http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2008A03_ntz_srr_ks.pdf
- Nojumi N. (2002). *The rise of the Taliban in Afghanistan: Mass mobilization, civil war, and the future of the region*. New York: Palgrave.
- Oberreuter, H. (1980). Legitimität und Kommunikation. In Schreiber, E., Langenbucher, W. & Hömberg, W. (Hrsg.), *Kommunikation im Wandel der Gesellschaft* (S. 61-78). Düsseldorf: Droste.
- Patterson, T. (2000). The United States: News in a Free-Market-Society. In: Gunther, R. & Mughan, A. (Hrsg.), *Democracy and the Media – A Comparative Perspective*. Cambridge: Cambridge University Press
- Patzelt, W. (1998). Parlamentskommunikation. In: Jarren, O., Sarcinelli, U. & Saxer, U. (Hrsg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft* (S. 431-441). Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Patzelt, W. (2006). Regierung und Parlament. Entscheidungsgewalten in der Mediendemokratie. In: K. Kamps & J. Nieland (Hrsg.), *Regieren und Kommunikation*. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Pfetsch, B. (1998). Regieren unter den Bedingungen medialer Allgegenwart. In U. Sarcinelli (Hrsg.), *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft* (S. 233-252). Opladen/ Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Pohr, A. (2005). Indexing im Einsatz: Eine Inhaltsanalyse der Kommentare überregionaler Tageszeitungen in Deutschland zum Afghanistankrieg 2001. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 53 (2-3), 261-276.
- Potz, A. (2010). *Ohne Alternative?! Indexing in der Berichterstattung deutscher Fernsehnachrichten über das Afghanistan-Mandat 2010*. Abgerufen am 18.03.2013 von http://dfpk.de/2011/wp-content/uploads/abstracts/11_Indexing_Afghanistan.pdf
- Pörksen, B. & Krischke, W. (2013). *Die gebetzte Politik : Die neue Macht der Medien und Märkte*. Köln: Halem.

- Rados, A. (2003). *Live aus Bagdad*. München: Heyne.
- Rashid, A. (2010). *Taliban. The Power of Militant Islam in Afghanistan and Beyond*. London, New York: I.B. Tauris.
- Rauch, A. M. (2006). *Auslandseinsätze der Bundeswehr*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Raupp, J. & Vogelgesang, J. (2009). *Medienresonanzanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Reeb, H.-J. (2004). Öffentlichkeit als Teil des Schlachtfeldes. In: Löffelholz, M. (Hrsg.), *Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert* (S.13-58). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Reinemann, C., Fawzi, N. & Röder, P. (2012). Mehr Beteiligung = bessere Berichterstattung? Ein Vergleich der Presseberichterstattung über die parlamentarische Entscheidung und den Volksentscheid zum Nichtraucherschutzgesetz in Bayern. *Studies in Communication Media*, 1, 299-328.
- Richter, S. (1999). *Journalisten zwischen den Fronten. Kriegsberichterstattung am Beispiel Jugoslawien*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Robinson, P. (1999): The CNN effect: can the news media drive foreign policy?. *Review of International Studies*, 25, 301–309.
- Robinson, P. (2001). Theorizing the Influence of Media on World Politics. *European Journal of Communication*, 16(4), 523–544.
- Robinson, P. (2002). *The CNN-Effect. The myth of news, foreign policy and intervention*. London: Routledge.
- Rössler, P. (2003). Botschaften politischer Kommunikation: Länder, Themen und Akteure internationaler Fernsehnachrichten. In: Esser, F. & Pfetsch, B. (Hrsg.), *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven* (S. 305-336). Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Rössler, P. (2010). *Inhaltsanalyse*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.
- Russ-Mohl, S. (1992). Am eigenen Schopfe... Qualitätssicherung im Journalismus – Grundfragen, Ansätze, Näherungsversuche. *Publizistik*, 37 (1), 83-96.

- Sarcinelli, U. (1987). Politikvermittlung und demokratische Kommunikationskultur. In: Sarcinelli, U. (Hrsg.), *Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur* (S. 19-45). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Sarcinelli, U. (1998). Legitimität. In: Jarren, O., Sarcinelli, U. & Sacher, U. (Hrsg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft* (S. 253-267). Opladen/ Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Sarcinelli, U. (2011). *Politische Kommunikation in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Scherer, H. (2002). Wer reden will, muss hören: Die kommunikative Rolle politischer Akteure in der vernetzten Gesellschaft. In Schatz, H., Rössler, P. & Nieland, J. (Hrsg.), *Politische Akteure in der Mediendemokratie* (S.129-146). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schettner, C. (2007). Lokale Macht- und Gewaltstrukturen in Afghanistan. *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte*, 39 (2007), 3-10.
- Scheufele, B. (2003). *Frames – Framing – Framing-Effekte. Theoretische Grundlegung, methodische Vorschläge sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion*. Opladen/ Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Scheufele, B. (2005). Mediale Legitimierung von Kriegen durch Rollenzuschreibung: Eine explorative Studie zur Berichterstattung deutscher Nachrichtenmagazine über den Kosovo-Krieg. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 53(2-3), 352-368.
- Scheufele, D. (1999). Framing as a Theory of Media Effects. *Journal of Communication*, 49, (1), 103-122.
- Scholl, A. & Weischenberg, S. (1998): *Journalismus in der Gesellschaft: Theorie, Methodologie und Empirie*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schönbach, K. (1977). *Trennung von Nachricht und Meinung: Empirische Untersuchung eines journalistischen Qualitätskriteriums*. Freiburg: Verlag Karl Alber.
- Schrag, W. (2007). *Medienlandschaft Deutschland*. Konstanz: UVK.
- Schröder, F. (2005). *Das parlamentarische Zustimmungsverfahren zum Auslandseinsatz der Bundeswehr in der Praxis*. Köln/Berlin/München: Carl Heymanns Verlag KG.
- Schubert, F. (2006). Werbung für den Krieg. In: Schröter, L. & Schubert, F. (Hrsg.), „*s ist Krieg, ,s ist Krieg – die Medien sind dran!*“ *Medien und Krieg - verhindern, dulden oder rechtfertigen?* (S. 103-110). Schkeuditzer: Schkeuditzer Buchverlag.

- Seib, P. (2002). *The Global Journalist. News and Conscience in a World of Conflict*. Oxford: Rowman and Littlefield.
- Semetko, H. A. & Valkenburg, P. M. (2000). Framing European Politics: A Content Analysis of Press and Television News. *Journal of Communication*, 50, (2), 93-109.
- Shaw, M. (1996). Civil Society and Media in Global Crises. London: St. Martin's Press.
- Spoo, E. (2006). Medien und Krieg. In: Schröter, L. & Schubert, F. (Hrsg.), „*s ist Krieg, ,s ist Krieg – die Medien sind dran!*“. *Medien und Krieg - verhindern, dulden oder rechtfertigen?* (S. 111-126). Schkeuditz: Schkeuditzer Buchverlag.
- Steffani, W. (1998). Oppositionskommunikation. In: Jarren, O., Sarcinelli, U. & Saxer, U. (Hrsg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft* (S. 456-463). Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Strübing, J. (2004). *Grounded Theory*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Voltmer, K. (1998/1999). *Medienqualität und Demokratie: Eine empirische Analyse publizistischer Informations- und Orientierungsleistungen in der Wahlkampfkommunikation*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Waldmann, M. (2010). *The Sun in the Sky: The relationship between Pakistan's ISI and Afghan insurgents*. Abgerufen am 22.03.2013 von <http://www.aljazeera.com/mritems/Documents/2010/6/13/20106138531279734lse-isi-taliban.pdf>.
- Walgrave, S., Van Aelst, P. & Bennett, L. (2010). *Beyond agenda-setting. Towards a broader theory of agenda interactions between political actors and the mass media*. 2010 APSA Annual Meeting, Washington. Abgerufen am 18.03.2013 von <http://webh01.ua.ac.be/m2p/publications/1283158391.pdf>
- Wall, M. (1997). A „Pericous New Strain of the Old Nazi Virus“ and an „Orgy of Tribal Slaughter“: A Comparison of US News Magazine Coverage of the Crises in Bosnia and Rwanda. *Gazette*, 59(6), 411-428.
- Weaver, D. H. (2007). Thoughts on Agenda Setting, Framing and Priming. *Journal of Communication*, 57, 142-147.

- Weiland, G. (2011). *Eckdaten der politischen Entwicklung in Afghanistan seit 2001 und des deutschen Bundeswehreinsatzes (ISAF)*. SWD Chronologie. Abgerufen unter http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/sonstiges/DECKBLATT_Chronologie.pdf
- Weischenberg, S. (2001). *Nachrichten-Journalismus: Anleitungen und Qualitäts-Standards für die Medienpraxis*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Weller, C. (2002). *Die massenmediale Konstruktion der Terroranschläge am 11. September 2001. Eine Analyse der Fernsehberichterstattung und ihre theoretische Grundlage*. INEF Report, 63.
- Weller, C. (2004). Das Fernsehen und die politische Deutung der Ereignisse am 11. September. In: Löffelholz, M. (Hrsg.), *Krieg als Medieneignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert* (S. 257-273). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Widder, S. (2008). *Die Politik der inneren Sicherheit seit dem 11. September 2001 – Sicherheit auf Kosten der Freiheit* (Examensarbeit). München: Grin Verlag.
- Wilke, J. & Reinemann, C. (2007). Invisible second-order campaigns? A longitudinal study of the coverage of the European Parliamentary elections 1979-2004 in four German quality newspapers. *Communications*, 32, 299-322.
- Wolfe, M. (2002). *Who Leads Whom? Indexing and Media Agenda Setting Compared*. University of Austin, U.S.A. Abgerufen am 18.03.2013 von <http://cim.anadolu.edu.tr/pdf/2009/7.%20Michelle%20Wolfe.pdf>
- Wolfsfeld, G. (1999). *Media and political conflict. News from the Middle East*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Von Rosen, C. (2006). Staatsbürger in Uniform in Baudissins Konzeption Innere Führung. In Garais, S. & Klein, P. (Hrsg.), *Handbuch Militär und Sozialwissenschaften* (S. 171-181). Wiesbaden: VS-Verlag.

Anhang

1. Tabellenerverzeichnis | Tabellen
2. Abbildungsverzeichnis | Abbildungen
3. Codebuch
4. Interviewleitfäden
5. Zeitstrahl
6. Selbstständigkeitserklärung

Digitaler Anhang

1. Wissens- und Forschungsstandbericht
2. Akteursliste
3. Transkriptionsregeln
4. Transkribierung
5. Datensatz der Framing-Analyse

Anhang 1

Tabellenverzeichnis / Tabellen

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Die einzelnen Untersuchungszeiträume geordnet nach OEF/ISAF-Mandat und Regierungskoalition (*im Text*)

Tabelle 2: Die Anzahl der Reden/Anhänge pro Partei pro Zeitraum

Tabelle 3: Die Anzahl der Artikel pro Medium pro Zeitraum

Tabelle 4: Die Anzahl der nicht codierten Artikel

Tabelle 5: Die Anzahl der Frames pro Partei

Tabelle 6: Die Anzahl der Frames pro Medium

Tabelle 7: Die Anzahl/ der Anteil der einzelnen Frames im Parlament

Tabelle 8: Die Anzahl/ der Anteil der einzelnen Frames pro Partei

Tabelle 9: Die Anzahl/der Anteil der einzelnen Frames in den Medien

Tabelle 10: Die Anzahl/ die Anteile der einzelnen Frames pro Medium

Tabelle 11: Die prozentuale Frameverteilung bei berichtenden und kommentierenden Artikeln

Tabelle 12: Die mittlere Abweichung der Frameanteile der Medien von den Frameanteilen des Parlaments

Tabelle 13: Die einzelnen Frames der parlamentarischen Debatte als Argumente für oder gegen den Einsatz9

Tabelle 14: Der Anteil der Pro- und Contra Argumentationsmuster ohne „99 - Nicht erkennbar/nicht benannt“ im Parlament

Tabelle 15: Die Tendenz der einzelnen Frames in der Partei CDU/CSU

Tabelle 16: Die Tendenz der einzelnen Frames in der Partei FDP

Tabelle 17: Die Tendenz der einzelnen Frames in der Partei SPD

Tabelle 18: Die Tendenz der einzelnen Frames in der Partei Die Linke

Tabelle 19: Die Tendenz der einzelnen Frames in der Partei Bündnis90/ Die Grünen

Tabelle 20: Der Anteil an Pro- und Contra-Argumentationsmustern pro Partei (ohne die Partei Die Linke und „99 - Nicht erkennbar/ nicht benannt“)

Tabelle 21: Die Länge der Frames im Parlament (*im Text*)

Tabelle 22: Die Länge der Frames in den Medien (*im Text*)

Tabelle 23: Die Anzahl der Frames in der parlamentarischen Debatte im zeitlichen Verlauf

Tabelle 24: Die Anzahl der Frames in der medialen Debatte im zeitlichen Verlauf

Tabelle 25: Die Anteile der Frames im zeitlichen Verlauf im Parlament

Tabelle 26: Die Anteile der Frames im zeitlichen Verlauf in den Medien

Tabelle 27: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Terrorismusframe des Parlaments

Tabelle 28: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Terrorismusframe der Medien

Tabelle 29: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Sicherheitsframe des Parlaments

Tabelle 30: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Sicherheitsframe der Medien

Tabelle 31: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Humanitäre Lage-Frame des Parlaments

Tabelle 32: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Humanitäre Lage-Frame der Medien

Tabelle 33: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Instabilitätsframe des Parlaments

Tabelle 34: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Instabilitätsframe der Medien

Tabelle 35: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Rentabilitätsframe des Parlaments

Tabelle 36: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Rentabilitätsframe der Medien

Tabelle 37: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Westliche Werte-Frame des Parlaments

Tabelle 38: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Westliche Werte-Frame der Medien

Tabelle 39: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Solidaritätsframe des Parlaments

Tabelle 40: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Solidaritätsframe der Medien

Tabelle 41: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Gesetzliche Grundlage-Frame des Parlaments

Tabelle 42: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Gesetzliche Grundlage-Frame der Medien

Tabelle 43: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Performanzframe des Parlaments

Tabelle 44: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Performanzframe der Medien

Tabelle 45: Die Prototypen des Terrorismusframe im Parlament

Tabelle 46: Die Prototypen des Terrorismusframe in den Medien

Tabelle 47: Die Prototypen des Sicherheitsframe im Parlament

Tabelle 48: Die Prototypen des Sicherheitsframes in den Medien (*im Text*)

Tabelle 49: Die Veränderung des Humanitäre Lage-Frame im Parlament

Tabelle 50: Die Veränderung des Humanitäre Lage-Frame in den Medien

Tabelle 51: Die Veränderung des Instabilitätsframe im Parlament

Tabelle 52: Die Veränderung des Instabilitätsframe in den Medien

Tabelle 53: Die Veränderung des Performanzframe im Parlament

Tabelle 54: Die Veränderung des Performanzframe in den Medien

Tabelle 55: Legitimatorische und performatorische Handlungsempfehlungen in den Medien im zeitlichen Verlauf

Tabelle 56: Die Vollständigkeit der Frames im Parlament

Tabelle 57: Die Vollständigkeit der Frames in den Medien

Tabelle 58: Die Länge aller Frames im zeitlichen Verlauf im Parlament

Tabelle 59: Die Länge aller Frames im zeitlichen Verlauf in den Medien

Tabelle 60: Die Tendenz aller Frames im Parlament im zeitlichen Verlauf

Tabelle 61: Die Tendenz aller Frames pro Medium

Tabelle 62: Die zehn am häufigsten zitierten Akteure im Parlament

Tabelle 63: Die am häufigsten zitierten Akteure in den Medien

Tabelle 64: Reichweite der Indexing-Hypothese in den einzelnen Untersuchungszeiträumen (*im Text*)

Tabellen

Tabelle 1: Die einzelnen Untersuchungszeiträume geordnet nach OEE/ISAF-Mandat und Regierungskoalition (*im Text*)

Tabelle 2: Die Anzahl der Reden/Anhänge pro Partei pro Zeitraum

Zeiträume (t)	CDU/ CSU	SPD	Bündis90/ Die Grünen	FDP	Die Linke	Fraktions- lose	Gesamt
1	8	11	18	2	3	0	42
2	6	8	5	3	3	0	25
3	2	2	3	2	2	0	11
4	4	5	6	2	0	1	18
5	4	3	2	2	0	1	12
6	12	3	2	3	1	0	21
7	4	3	2	2	1	0	12
8	6	3	2	4	0	1	16
9	3	5	1	3	1	0	13
10	4	3	3	3	1	2	16
11	3	4	1	2	1	0	11
12	3	6	3	4	2	0	18
13	3	3	4	2	2	0	14
14	7	20	16	4	3	0	50
15	3	9	1	3	2	1	19
16	11	8	14	3	3	2	41
17	3	7	3	2	1	0	16
18	4	2	3	1	1	1	12
19	8	3	11	5	2	0	29
20	7	7	7	3	1	0	25
21	7	8	9	2	2	0	28
22	4	5	6	4	2	0	21
23	5	6	12	2	19	0	44
Gesamt	121	134	134	63	53	9	514

Tabelle 3: Die Anzahl der Artikel pro Medium pro Zeitraum

Zeit- räume (t)	FR	FAZ	SZ	Welt	Bild	taz	Spiegel	Focus	Gesamt
1	29	92	59	14	27	49	11	8	289
2	11	19	38	17	7	26	3	1	122
3	6	6	14	2	3	8	2	1	42
4	3	7	8	2	1	11	0	1	33
5	5	7	10	4	4	8	0	1	39
6	7	9	11	10	5	8	2	1	53
7	1	4	5	5	2	4	1	0	22
8	4	4	7	10	3	6	0	2	36
9	1	1	1	2	1	0	0	0	6
10	2	6	2	5	0	9	3	0	27
11	1	3	1	1	0	1	0	0	7
12	6	4	8	9	2	11	2	1	43
13	5	5	4	4	5	14	3	3	43
14	5	23	19	11	1	13	1	0	73
15	3	10	6	1	2	8	2	0	32
16	1	9	10	6	2	6	3	0	37
17	1	4	8	5	3	4	4	1	30
18	3	15	17	11	6	7	3	1	63
19	0	12	20	42	7	19	4	1	105
20	1	13	14	6	2	8	0	0	44
21	3	9	14	3	2	15	0	0	46
22	2	9	9	4	3	7	0	0	34
23	0	3	4	3	0	2	1	0	13
Gesamt	100	274	289	177	88	244	45	22	1239

Tabelle 4: Die Anzahl der nicht codierten Artikel

FR	SZ	Welt	BILD	FAZ	taz	Focus	Spiegel	Gesamt
21	75	40	30	67	75	3	3	314

Tabelle 5: Die Anzahl der Frames pro Partei

	Häufigkeit	Prozent	Kumulierte Prozente
CDU/CSU	1437	26,7%	26,7%
FDP	481	9,0%	35,7%
SPD	1527	28,4%	64,1%
Die Linke	430	8,0%	72,1%
Bündnis90/Die Grünen	1421	26,5%	98,6%
Fraktionslose	76	1,4%	100,0%
Gesamt	5372	100,0%	

Tabelle 6: Die Anzahl der Frames pro Medium

	Häufigkeit	Prozent	Kumulierte Prozente
Bild	148	3,1%	3,1%
FAZ	1027	21,9%	25,0%
FR	396	8,4%	33,4%
SZ	996	21,2%	54,6%
taz	860	18,3%	72,9%
Die Welt	728	15,5%	88,4%
Focus	106	2,3%	90,7%
Spiegel	439	9,3%	100,0%
Gesamt	4700	100,0%	

Tabelle 7: Die Anzahl/ der Anteil der einzelnen Frames im Parlament

	Häufigkeit	Prozent	Kumulierte Prozente
Terrorismus	715	13,3%	13,3%
Sicherheit	487	9,1%	22,4%
Humanitäre Lage	1039	19,3%	41,7%
Instabilität	1127	21,0%	62,7%
Drogen	178	3,3%	66,0%
Rentabilität	131	2,4%	68,4%
Westliche Werte	351	6,5%	75,0%
Solidarität	479	8,9%	83,9%
Pazifismus	41	0,8%	84,7%
Gesetzliche Grundlage	209	3,9%	88,6%
Performanz	615	11,4%	100,0%
Gesamt	5372	100,0%	

Tabelle 8: Die Anzahl/ der Anteil der einzelnen Frames pro Partei

	CDU/ CSU	FDP	SPD	Die Linke	Bündnis90 / Die Grünen	Fraktionslose	Gesamt
Terrorismus	211	42	224	58	170	10	715
	14,7%	8,7%	14,7%	13,5%	12,0%	13,2%	13,3%
Sicherheit	187	52	129	18	93	8	487
	13,0%	10,8%	8,4%	4,2%	6,5%	10,5%	9,1%
Humanitäre Lage	227	81	309	79	336	7	1039
	15,8%	16,8%	20,2%	18,4%	23,6%	9,2%	19,3%
Instabilität	265	98	331	77	346	10	1127
	18,4%	20,4%	21,7%	17,9%	24,3%	13,2%	21,0%
Drogen	68	21	31	20	34	4	178
	4,7%	4,4%	2,0%	4,7%	2,4%	5,3%	3,3%
Rentabilität	27	12	24	26	33	9	131
	1,9%	2,5%	1,6%	6,0%	2,3%	11,8%	2,4%
Westliche Werte	94	17	130	32	74	4	351
	6,5%	3,5%	8,5%	7,4%	5,2%	5,3%	6,5%
Solidarität	171	58	135	22	88	5	479
	11,9%	12,1%	8,8%	5,1%	6,2%	6,6%	8,9%
Pazifismus	7	0	7	19	7	1	41
	0,5%	0,0%	0,5%	4,4%	0,5%	1,3%	0,8%
Gesetzliche Grundlage	46	14	65	23	51	10	209
	3,2%	2,9%	4,3%	5,3%	3,6%	13,2%	3,9%
Performanz	134	86	142	56	189	8	615
	9,3%	17,9%	9,3%	13,0%	13,3%	10,5%	11,4%
Gesamt	1437	481	1527	430	1421	76	5372
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tabelle 9: Die Anzahl/der Anteil der einzelnen Frames in den Medien

	Häufigkeit	Prozent	Kumulierte Prozente
Terrorismus	784	16,7%	16,7%
Sicherheit	485	10,3%	27,0%
Humanitäre Lage	789	16,8%	43,8%
Instabilität	1190	25,3%	69,1%
Drogen	221	4,7%	73,8%
Rentabilität	106	2,3%	76,1%
Westliche Werte	165	3,5%	79,6%
Solidarität	222	4,7%	84,3%
Pazifismus	71	1,5%	85,8%
Gesetzliche Grundlage	123	2,6%	88,4%
Performanz	544	11,6%	100,0%
Gesamt	4700	100,0%	

Tabelle 10: Die Anzahl/ die Anteile der einzelnen Frames pro Medium

	Bild	FAZ	FR	SZ	taz	Die Welt	Focus	Spiegel	Gesamt
Terrorismus	33	210	79	133	130	95	18	86	784
	22,3%	20,4%	19,9%	13,4%	15,1%	13,0%	17,0%	19,6%	16,7%
Sicherheit	35	95	42	96	76	77	16	48	485
	23,6%	9,3%	10,6%	9,6%	8,8%	10,6%	15,1%	10,9%	10,3%
Humanitäre Lage	7	165	68	170	153	149	10	67	789
	4,7%	16,1%	17,2%	17,1%	17,8%	20,5%	9,4%	15,3%	16,8%
Instabilität	34	257	102	289	225	177	20	86	1190
	23,0%	25,0%	25,8%	29,0%	26,2%	24,3%	18,9%	19,6%	25,3%
Drogen	2	40	12	32	38	41	6	50	221
	1,4%	3,9%	3,0%	3,2%	4,4%	5,6%	5,7%	11,4%	4,7%
Rentabilität	3	11	9	22	22	19	4	16	106
	2,0%	1,1%	2,3%	2,2%	2,6%	2,6%	3,8%	3,6%	2,3%
Westliche Werte	3	38	17	33	44	18	2	10	165
	2,0%	3,7%	4,3%	3,3%	5,1%	2,5%	1,9%	2,3%	3,5%
Solidarität	12	51	15	47	29	37	6	25	222
	8,1%	5,0%	3,8%	4,7%	3,4%	5,1%	5,7%	5,7%	4,7%
Pazifismus	1	19	6	13	18	5	1	8	71
	0,7%	1,9%	1,5%	1,3%	2,1%	0,7%	0,9%	1,8%	1,5%
Gesetzliche Grundlage	0	39	7	29	17	11	5	15	123
	0,0%	3,8%	1,8%	2,9%	2,0%	1,5%	4,7%	3,4%	2,6%
Performanz	18	102	39	132	108	99	18	28	544
	12,2%	9,9%	9,8%	13,3%	12,6%	13,6%	17,0%	6,4%	11,6%
	148	1027	396	996	860	728	106	439	4700
Gesamt	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tabelle 11: Die prozentuale Frameverteilung bei berichtenden und kommentierenden Artikeln

	Nachrichten/ Berichte/ Kurzmeldungen	Kommentare
Terrorismus	18,1%	15,2%
Sicherheit	11,3%	9,6%
Humanitäre Lage	16,1%	16,6%
Instabilität	27,0%	24,4%
Drogen	4,2%	6,6%
Rentabilität	1,9%	2,9%
Westliche Werte	2,3%	4,0%
Solidarität	3,8%	5,3%
Pazifismus	0,7%	1,9%
Gesetzliche Grundlage	2,9%	2,3%
Performanz	11,9%	11,2%
Gesamt	100%	100%

Tabelle 12: Die mittlere Abweichung der Frameanteile der Medien von den Frameanteilen des Parlaments

	Politiker (Frameanteile in %)	Journalisten (Frameanteile in %)	Abweichung
Terrorismus	13,3%	16,7%	3,4%
Sicherheit	9,1%	10,3%	1,3%
Humanitäre Lage	19,3%	16,8%	2,6%
Instabilität	21,0%	25,3%	4,3%
Drogen	3,3%	4,7%	1,4%
Rentabilität	2,4%	2,3%	0,2%
Westliche Werte	6,5%	3,5%	3,0%
Solidarität	8,9%	4,7%	4,2%
Pazifismus	0,8%	0,2%	0,6%
Gesetzliche Grundlage	3,9%	2,6%	1,3%
Performanz	11,4%	11,6%	0,1%
Mittelwert			2,0%

Tabelle 13: Die einzelnen Frames der parlamentarischen Debatte als Argumente für oder gegen den Einsatz

		Für den Einsatz	Gegen den Einsatz	Zwiespältig	Nicht erkennbar/nicht benannt	Gesamt
Terrorismus	Anzahl	391	117	9	198	715
	Zeilen%	54,7%	16,4%	1,3%	27,7%	100,0%
Sicherheit	Anzahl	237	124	8	118	487
	Zeilen%	48,7%	25,5%	1,6%	24,2%	100,0%
Humanitäre Lage	Anzahl	627	151	13	248	1039
	Zeilen%	60,3%	14,5%	1,3%	23,9%	100,0%
Instabilität	Anzahl	592	277	15	243	1127
	Zeilen%	52,5%	24,6%	1,3%	21,6%	100,0%
Drogen	Anzahl	59	56	2	61	178
	Zeilen%	33,1%	31,5%	1,1%	34,3%	100,0%
Rentabilität	Anzahl	17	86	1	27	131
	Zeilen%	13,0%	65,6%	0,8%	20,6%	100,0%
Westliche Werte	Anzahl	228	47	1	75	351
	Zeilen%	65,0%	13,4%	0,3%	21,4%	100,0%
Solidarität	Anzahl	297	31	4	147	479
	Zeilen%	62,0%	6,5%	0,8%	30,7%	100,0%
Pazifismus	Anzahl	2	30	2	7	41
	Zeilen%	4,9%	73,2%	4,9%	17,1%	100,0%
Gesetzliche Grundlage	Anzahl	76	56	1	76	209
	Zeilen%	36,4%	26,8%	0,5%	36,4%	100,0%
Performanz	Anzahl	121	282	8	204	615
	Zeilen%	19,7%	45,9%	1,3%	33,2%	100,0%
Gesamt	Anzahl	2647	1257	64	1404	5372
	Zeilen%	49%	23%	1%	26%	100%

Tabelle 14: Der Anteil der Pro- und Contra Argumentationsmuster ohne „99 - Nicht erkennbar/nicht benannt“ im Parlament

		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültige Fälle	Für den Einsatz	2647	49,3%	66,7%	66,7%
	Gegen den Einsatz	1257	23,4%	31,7%	98,4%
	Zwiespältig	64	1,2%	1,6%	100,0%
	Gesamt	3968	73,9%	100,0%	
Fehlende Fälle	Nicht erkennbar/ nicht benannt	1404	26,1%		
Gesamt		5372	100,0%		

Tabelle 15: Die Tendenz der einzelnen Frames in der Partei CDU/CSU

		Für den Einsatz	Gegen den Einsatz	Zwie-spältig	Nicht erkennbar/ nicht benannt	Gesamt
Terrorismus	Anzahl	128	26	1	56	211
	Zeilen%	60,7%	12,3%	,5%	26,5%	100,0%
Sicherheit	Anzahl	93	52	1	41	187
	Zeilen%	49,7%	27,8%	,5%	21,9%	100,0%
Humanitäre Lage	Anzahl	155	26	2	44	227
	Zeilen%	68,3%	11,5%	,9%	19,4%	100,0%
Instabilität	Anzahl	170	41	2	52	265
	Zeilen%	64,2%	15,5%	,8%	19,6%	100,0%
Drogen	Anzahl	27	19	0	22	68
	Zeilen%	39,7%	27,9%	,0%	32,4%	100,0%
Rentabilität	Anzahl	5	19	0	3	27
	Zeilen%	18,5%	70,4%	,0%	11,1%	100,0%
Westliche Werte	Anzahl	65	9	0	20	94
	Zeilen%	69,1%	9,6%	,0%	21,3%	100,0%
Solidarität	Anzahl	113	5	2	51	171
	Zeilen%	66,1%	2,9%	1,2%	29,8%	100,0%
Pazifismus	Anzahl	0	5	1	1	7
	Zeilen%	,0%	71,4%	14,3%	14,3%	100,0%
Gesetzliche Grundlage	Anzahl	18	11	0	17	46
	Zeilen%	39,1%	23,9%	,0%	37,0%	100,0%
Performanz	Anzahl	35	51	2	46	134
	Zeilen%	26,1%	38,1%	1,5%	34,3%	100,0%
Gesamt	Anzahl	809	264	11	353	1437
	Zeilen%	56,3%	18,4%	,8%	24,6%	100,0%

Tabelle 16: Die Tendenz der einzelnen Frames in der Partei FDP

		Für den Einsatz	Gegen den Einsatz	Zwie-spältig	Nicht erkennbar/nicht benannt	Gesamt
Terrorismus	Anzahl	26	2	2	12	42
	Zeilen%	61,9%	4,8%	4,8%	28,6%	100,0%
Sicherheit	Anzahl	28	9	2	13	52
	Zeilen%	53,8%	17,3%	3,8%	25,0%	100,0%
Humanitäre Lage	Anzahl	45	10	2	24	81
	Zeilen%	55,6%	12,3%	2,5%	29,6%	100,0%
Instabilität	Anzahl	59	14	4	21	98
	Zeilen%	60,2%	14,3%	4,1%	21,4%	100,0%
Drogen	Anzahl	3	10	1	7	21
	Zeilen%	14,3%	47,6%	4,8%	33,3%	100,0%
Rentabilität	Anzahl	4	4	0	4	12
	Zeilen%	33,3%	33,3%	,0%	33,3%	100,0%
Westliche Werte	Anzahl	11	1	0	5	17
	Zeilen%	64,7%	5,9%	,0%	29,4%	100,0%
Solidarität	Anzahl	34	4	0	20	58
	Zeilen%	58,6%	6,9%	,0%	34,5%	100,0%
Gesetzliche Grundlage	Anzahl	7	2	0	5	14
	Zeilen%	50,0%	14,3%	,0%	35,7%	100,0%
Performanz	Anzahl	17	36	1	32	86
	Zeilen%	19,8%	41,9%	1,2%	37,2%	100,0%
Gesamt	Anzahl	234	92	12	143	481
	Zeilen%	48,6%	19,1%	2,5%	29,7%	100,0%

Tabelle 17: Die Tendenz der einzelnen Frames in der Partei SPD

		Für den Einsatz	Gegen den Einsatz	Zwie-spälig	Nicht erkennbar/nicht benannt	Gesamt
Terrorismus	Anzahl	140	14	2	68	224
	Zeilen%	62,5%	6,3%	,9%	30,4%	100,0%
Sicherheit	Anzahl	71	30	4	24	129
	Zeilen%	55,0%	23,3%	3,1%	18,6%	100,0%
Humanitäre Lage	Anzahl	230	15	3	61	309
	Zeilen%	74,4%	4,9%	1,0%	19,7%	100,0%
Instabilität	Anzahl	200	52	4	75	331
	Zeilen%	60,4%	15,7%	1,2%	22,7%	100,0%
Drogen	Anzahl	14	4	1	12	31
	Zeilen%	45,2%	12,9%	3,2%	38,7%	100,0%
Rentabilität	Anzahl	3	17	0	4	24
	Zeilen%	12,5%	70,8%	,0%	16,7%	100,0%
Westliche Werte	Anzahl	102	10	1	17	130
	Zeilen%	78,5%	7,7%	,8%	13,1%	100,0%
Solidarität	Anzahl	95	3	1	36	135
	Zeilen%	70,4%	2,2%	,7%	26,7%	100,0%
Pazifismus	Anzahl	0	3	1	3	7
	Zeilen%	,0%	42,9%	14,3%	42,9%	100,0%
Gesetzliche Grundlage	Anzahl	29	7	1	28	65
	Zeilen%	44,6%	10,8%	1,5%	43,1%	100,0%
Performanz	Anzahl	48	43	1	50	142
	Zeilen%	33,8%	30,3%	,7%	35,2%	100,0%
Gesamt	Anzahl	932	198	19	378	1527
	Zeilen%	61,0%	13,0%	1,2%	24,8%	100,0%

Tabelle 18: Die Tendenz der einzelnen Frames in der Partei Die Linke

		Für den Einsatz	Gegen den Einsatz	Zwie-spältig	Nicht erkennbar/nicht benannt	Gesamt
Terrorismus	Anzahl	4	35	1	18	58
	Zeilen%	6,9%	60,3%	1,7%	31,0%	100,0%
Sicherheit	Anzahl	0	6	0	12	18
	Zeilen%	,0%	33,3%	,0%	66,7%	100,0%
Humanitäre Lage	Anzahl	4	40	1	34	79
	Zeilen%	5,1%	50,6%	1,3%	43,0%	100,0%
Instabilität	Anzahl	2	55	0	20	77
	Zeilen%	2,6%	71,4%	,0%	26,0%	100,0%
Drogen	Anzahl	1	15	0	4	20
	Zeilen%	5,0%	75,0%	,0%	20,0%	100,0%
Rentabilität	Anzahl	0	22	0	4	26
	Zeilen%	,0%	84,6%	,0%	15,4%	100,0%
Westliche Werte	Anzahl	1	17	0	14	32
	Zeilen%	3,1%	53,1%	,0%	43,8%	100,0%
Solidarität	Anzahl	1	9	0	12	22
	Zeilen%	4,5%	40,9%	,0%	54,5%	100,0%
Pazifismus	Anzahl	2	17	0	0	19
	Zeilen%	10,5%	89,5%	,0%	,0%	100,0%
Gesetzliche Grundlage	Anzahl	1	17	0	5	23
	Zeilen%	4,3%	73,9%	,0%	21,7%	100,0%
Performanz	Anzahl	0	38	0	18	56
	Zeilen%	,0%	67,9%	,0%	32,1%	100,0%
Gesamt	Anzahl	16	271	2	141	430
	Zeilen%	3,7%	63,0%	,5%	32,8%	100,0%

Tabelle 19: Die Tendenz der einzelnen Frames in der Partei Bündnis90/ Die Grünen

		Für den Einsatz	Gegen den Einsatz	Zwie-spältig	Nicht erkennbar/ nicht benannt	Gesamt
Terrorismus	Anzahl	92	37	2	39	170
	Zeilen%	54,1%	21,8%	1,2%	22,9%	100,0%
Sicherheit	Anzahl	44	23	1	25	93
	Zeilen%	47,3%	24,7%	1,1%	26,9%	100,0%
Humanitäre Lage	Anzahl	192	58	5	81	336
	Zeilen%	57,1%	17,3%	1,5%	24,1%	100,0%
Instabilität	Anzahl	160	113	5	68	346
	Zeilen%	46,2%	32,7%	1,4%	19,7%	100,0%
Drogen	Anzahl	14	5	0	15	34
	Zeilen%	41,2%	14,7%	,0%	44,1%	100,0%
Rentabilität	Anzahl	5	18	1	9	33
	Zeilen%	15,2%	54,5%	3,0%	27,3%	100,0%
Westliche Werte	Anzahl	49	8	0	17	74
	Zeilen%	66,2%	10,8%	,0%	23,0%	100,0%
Solidarität	Anzahl	54	6	1	27	88
	Zeilen%	61,4%	6,8%	1,1%	30,7%	100,0%
Pazifismus	Anzahl	0	4	0	3	7
	Zeilen%	,0%	57,1%	,0%	42,9%	100,0%
Gesetzliche Grundlage	Anzahl	21	13	0	17	51
	Zeilen%	41,2%	25,5%	,0%	33,3%	100,0%
Performanz	Anzahl	21	109	4	55	189
	Zeilen%	11,1%	57,7%	2,1%	29,1%	100,0%
Gesamt	Anzahl	652	394	19	356	1421
	Zeilen%	45,9%	27,7%	1,3%	25,1%	100,0%

Tabelle 20: Der Anteil an Pro- und Contra-Argumentationsmustern pro Partei (ohne die Partei Die Linke und „99 - Nicht erkennbar/ nicht benannt“)

		CDU/ CSU	FDP	SPD	Bündnis90/ Die Grünen	Fraktionslose	Gesamt
Für den Einsatz	Anzahl	809	234	938	662	4	2647
	Spalten%	74,5%	69,2%	81,2%	60,0%	9,3%	71,0%
Gegen den Einsatz	Anzahl	266	92	198	423	38	1017
	Spalten%	24,5%	27,2%	17,1%	38,3%	88,4%	27,3%
Zwie-spältig	Anzahl	11	12	19	19	1	62
	Spalten%	1,0%	3,6%	1,6%	1,7%	2,3%	1,7%
Gesamt	Anzahl	1086	338	1155	1104	43	3726
	Spalten%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tabelle 21: Die Länge der Frames im Parlament (im Text)

Tabelle 22: Die Länge der Frames in den Medien (*im Text*)**Tabelle 23: Die Anzahl der Frames in der parlamentarischen Debatte im zeitlichen Verlauf**

Zeiträume (t)	Häufigkeit	Prozent	Kumulierte Prozente
1	364	6,8%	6,8%
2	320	6,0%	12,7%
3	124	2,3%	15,0%
4	202	3,8%	18,8%
5	191	3,6%	22,4%
6	278	5,2%	27,5%
7	98	1,8%	29,4%
8	180	3,4%	32,7%
9	126	2,3%	35,1%
10	178	3,3%	38,4%
11	136	2,5%	40,9%
12	225	4,2%	45,1%
13	149	2,8%	47,9%
14	507	9,4%	57,3%
15	283	5,3%	62,6%
16	497	9,3%	71,8%
17	116	2,2%	74,0%
18	133	2,5%	76,5%
19	233	4,3%	80,8%
20	264	4,9%	85,7%
21	319	5,9%	91,6%
22	97	1,8%	93,4%
23	352	6,6%	100,0%
Gesamt	5372	100,0%	

Tabelle 24: Die Anzahl der Frames in der medialen Debatte im zeitlichen Verlauf

Zeiträume (t)	Häufigkeit	Prozent	Kumulierte Prozente
1	882	18,8%	18,8%
2	483	10,3%	29,0%
3	63	1,3%	30,4%
4	102	2,2%	32,6%
5	182	3,9%	36,4%
6	360	7,7%	44,1%
7	28	,6%	44,7%
8	187	4,0%	48,7%
9	17	,4%	49,0%
10	119	2,5%	51,6%
11	23	,5%	52,0%
12	167	3,6%	55,6%
13	185	3,9%	59,5%
14	389	8,3%	67,8%
15	125	2,7%	70,5%
16	174	3,7%	74,2%
17	86	1,8%	76,0%
18	301	6,4%	82,4%
19	431	9,2%	91,6%
20	116	2,5%	94,0%
21	126	2,7%	96,7%
22	103	2,2%	98,9%
23	51	1,1%	100,0
Gesamt	4700	100,0%	

Tabelle 25: Die Anteile der Frames im zeitlichen Verlauf im Parlament

		Gesamt	Performanz
		Gesetzliche Grundlage	Pazifismus
1	31,0%	5,8%	14,3%
2	12,8%	9,4%	13,8%
3	8,9%	8,1%	21,0%
4	30,2%	7,4%	12,4%
5	11,0%	16,2%	23,0%
6	7,2%	14,0%	19,8%
7	35,7%	8,2%	4,1%
8	11,1%	14,4%	18,3%
9	38,1%	10,3%	11,1%
10	8,4%	9,6%	19,7%
11	39,0%	10,3%	4,4%
12	8,0%	8,0%	26,2%
13	25,5%	6,0%	14,8%
14	5,9%	9,7%	27,4%
15	27,6%	5,7%	11,3%
16	4,0%	8,7%	28,8%
17	27,6%	2,6%	12,1%
18	7,5%	15,8%	12,8%
19	6,4%	8,2%	24,5%
20	5,3%	9,1%	24,2%
21	3,1%	9,4%	19,7%
22	0,0%	13,4%	6,2%
23	3,4%	5,1%	24,1%
Gesamt	13,3%	9,1%	19,3%
		21,0%	3,3%
		2,4%	6,5%
		8,9%	0,8%
		3,9%	11,4%
		100%	

Tabelle 26: Die Anteile der Frames im zeitlichen Verlauf in den Medien

Zeiträume (t)	Gesamt	Performanz	Gesetzliche Grundlage	Pazifismus	Solidarität	Westliche Werte	Rentabilität	Drogen	Instabilität	Humanitäre Lage	Sicherheit	Terrorismus
1	32,2%	4,6%	16,8%	17,7%	0,2%	2,3%	2,4%	7,8%	5,8%	3,1%	7,1%	100%
2	19,3%	7,2%	13,9%	29,8%	1,4%	1,7%	5,2%	4,6%	1,2%	2,5%	13,3%	100%
3	11,1%	9,5%	15,9%	44,4%	1,6%	1,6%	3,2%	1,6%	1,6%	0,0%	9,5%	100%
4	44,1%	7,8%	14,7%	12,7%	0,0%	2,9%	2,9%	2,0%	0,0%	1,0%	11,8%	100%
5	18,1%	29,7%	5,5%	26,4%	0,5%	2,2%	4,4%	8,2%	0,0%	0,0%	4,9%	100%
6	6,4%	15,6%	12,8%	22,2%	28,6%	1,9%	1,1%	2,5%	0,3%	1,1%	7,5%	100 %
7	50,0%	3,6%	7,1%	14,3%	10,7%	0,0%	0,0%	3,6%	0,0%	0,0%	10,7%	100%
8	11,2%	25,1%	13,4%	24,1%	9,6%	2,1%	2,1%	3,2%	1,1%	0,5%	7,5%	100%
9	58,8%	5,9%	5,9%	5,9%	0,0%	0,0%	0,0%	5,9%	0,0%	5,9%	11,8%	100%
10	14,3%	13,4%	16,8%	20,2%	15,1%	0,8%	5,0%	1,7%	0,0%	0,0%	12,6%	100%
11	43,5%	0,0%	4,3%	0,0%	8,7%	8,7%	4,3%	4,3%	0,0%	13,0%	13,0%	100%
12	7,8%	6,0%	22,2%	35,9%	10,8%	4,2%	6,0%	1,2%	0,0%	0,6%	5,4%	100%
13	20,0%	9,2%	17,8%	21,6%	5,9%	1,1%	3,8%	3,2%	1,1%	3,8%	12,4%	100%
14	9,3%	12,1%	32,1%	22,1%	3,1%	1,3%	6,4%	2,6%	0,0%	1,5%	9,5%	100%
15	20,0%	3,2%	13,6%	30,4%	0,0%	0,8%	2,4%	4,8%	0,8%	9,6%	14,4%	100%
16	8,6%	6,9%	20,1%	28,7%	7,5%	3,4%	3,4%	5,2%	0,6%	1,7%	13,8%	100%
17	20,9%	5,8%	17,4%	23,3%	2,3%	0,0%	5,8%	2,3%	0,0%	8,1%	14,0%	100%
18	14,0%	17,3%	15,9%	21,3%	1,7%	3,7%	3,7%	2,7%	0,7%	5,3%	14,0%	100%
19	6,0%	8,4%	16,9%	32,7%	0,9%	3,0%	3,0%	4,4%	0,2%	4,9%	19,5%	100%
20	7,8%	7,8%	24,1%	35,3%	0,9%	0,9%	2,6%	3,4%	0,0%	0,9%	16,4%	100%
21	3,2%	9,5%	9,5%	36,5%	0,0%	4,8%	5,6%	4,8%	0,0%	0,0%	26,2%	100%
22	0,0%	8,7%	13,6%	45,6%	0,0%	2,9%	0,0%	13,6%	1,9%	0,0%	13,6%	100%
23	3,9%	13,7%	13,7%	27,5%	0,0%	2,0%	2,0%	13,7%	2,0%	0,0%	21,6%	100%
Gesamt	16,7%	10,3%	16,8%	25,3%	4,7%	2,3%	3,5%	4,7%	1,5%	2,6%	11,6%	100%

Tabelle 27: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Terrorismusframe des Parlaments

Zeiträume (t)	Terroristen in der Täterrolle	Deutschland/ deutsche Bevölkerung in der Opferrolle	Andere Länder/ dortige Bevölkerung in der Opferrolle			Sonstige	Gesamt
			Konkrete Terroranschläge	Terroranschläge	Terroranschläge		
1	32	4	2	27	0	61	113
2	12	3	1	3	0	23	40
3	3	1	0	1	0	8	11
4	16	5	5	5	3	32	56
5	9	1	0	3	0	11	21
6	4	1	1	2	0	16	20
7	9	2	1	6	1	20	33
8	4	5	2	5	0	7	20
9	12	3	2	9	0	27	47
10	10	4	3	4	0	3	15
11	13	11	5	5	0	26	49
12	7	0	0	3	1	9	18
13	7	1	1	6	0	24	37
14	10	8	1	5	2	11	28
15	13	8	5	22	0	41	77
16	5	2	1	4	2	12	20
17	5	4	3	5	1	14	27
18	2	2	1	1	1	6	10
19	3	2	0	3	0	7	14
20	7	1	0	3	0	5	14
21	4	1	1	2	0	3	9
23	2	0	0	2	0	8	12
Gesamt	189	69	35	126	11	374	691

Tabelle 28: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Terrorismusframe der Medien

Zeiträume (t)	Terroristen in der Täterrolle	Deutschland/ deutsche Bevölkerung in der Opferrolle	Andere Länder/ dortige Bevölkerung in der Opferrolle	Konkrete Terroranschläge		Sonstige	Gesamt
				Terroranschläge	Sonstige		
1	59	9	7	47	0	183	279
2	22	0	0	17	1	56	93
3	1	0	0	1	0	5	7
4	8	0	0	3	0	35	45
5	15	5	3	7	0	10	32
6	5	2	1	3	0	15	22
7	0	0	0	0	1	13	14
8	6	2	1	9	0	3	21
9	2	2	1	2	0	5	10
10	9	0	0	1	1	6	17
11	1	0	0	1	0	8	10
12	2	0	0	2	1	8	13
13	6	1	1	6	1	27	37
14	10	3	1	2	0	23	36
15	3	0	0	2	0	21	25
16	3	1	1	1	1	9	14
17	1	2	0	1	0	14	18
18	17	15	3	4	0	11	40
19	10	1	0	4	0	12	26
20	3	1	0	3	0	3	9
21	1	0	0	0	0	3	4
23	1	0	0	0	0	0	1
Gesamt	185	44	19	116	6	470	773

Tabelle 29: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Sicherheitsframe des Parlaments

Zeiträume (t)	Deutschland/ deutsche Bevölkerung	Die westliche Welt	Die gesamte Welt/ internationale Staatengemeinschaft	Soldaten/ Militär	Zivile und sonstige Helfer/Absicherung des Wiederaufbaus	Sicherheit allgemein	Sonstige	Gesamt
1	5	0	2	3	2	1	7	20
2	6	0	1	16	4	3	2	29
3	0	0	2	4	3	1	0	10
4	3	2	2	12	0	1	0	15
5	8	0	1	14	7	0	0	30
6	5	0	0	18	12	3	3	39
7	2	0	1	4	0	1	1	8
8	3	0	0	19	3	0	1	26
9	6	0	1	4	1	2	2	13
10	1	0	0	10	2	1	4	16
11	4	1	2	7	0	0	1	13
12	5	0	0	8	5	0	0	18
13	0	0	0	3	3	1	0	7
14	9	0	1	15	26	3	0	49
15	3	1	2	5	3	0	1	15
16	6	0	0	10	26	0	2	42
17	2	0	0	1	0	0	0	3
18	2	1	0	14	7	1	1	21
19	4	0	1	6	7	0	2	19
20	2	0	2	16	4	0	1	24
21	5	0	3	17	9	0	0	29
22	2	0	0	6	2	1	0	9
23	2	0	2	10	4	3	1	18
Gesamt	85	5	23	222	130	22	29	473

Tabelle 30: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Sicherheitsframe der Medien

Zeiträume (t)	Deutschland/ deutsche Bevölkerung	Die westliche Welt	Die gesamte Welt/ internationale Staatengemeinschaft	Soldaten/ Militär	Zivile und sonstige Helfer/Absicherung des Wiederaufbaus	Sicherheit allgemein	Sonstige	Gesamt
1	3	0	4	8	19	3	2	39
2	6	0	1	16	11	1	1	33
3	0	1	0	4	0	0	1	6
4	3	0	0	3	1	0	1	8
5	1	0	1	46	3	2	4	54
6	5	0	0	15	32	3	2	54
7	0	0	0	0	0	1	0	1
8	2	0	0	34	5	0	5	46
9	0	0	0	1	0	0	0	1
10	3	0	0	9	2	1	2	15
12	1	0	0	7	2	0	0	10
13	0	0	0	11	5	0	2	16
14	8	0	0	18	18	6	2	47
15	1	0	0	2	1	0	0	4
16	4	0	0	5	1	1	0	11
17	1	0	0	3	1	0	0	5
18	8	0	1	35	5	0	3	52
19	3	2	2	23	5	1	1	36
20	0	1	0	8	0	0	0	9
21	1	0	0	10	2	1	0	12
22	1	0	0	8	1	0	0	9
23	0	0	0	4	1	0	1	6
Gesamt	51	4	9	270	115	20	27	474

Tabelle 31: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Humanitäre Lage-Frame des Parlaments

Zeträume (t)	Gesamt	Wiederaufbau bzw. Humanitäre Lage allgemein	Sonstige
1	12	4	1
2	3	0	2
3	3	2	5
4	3	2	6
5	2	2	5
6	0	1	1
7	1	0	1
8	0	1	2
9	1	1	1
10	2	0	1
11	1	0	1
12	2	2	14
13	1	1	1
14	10	9	16
15	3	1	3
16	6	11	21
17	4	0	0
18	1	0	0
19	5	7	6
20	2	3	5
21	2	7	8
22	0	1	1
23	12	18	13
Gesamt	76	73	114
			80
			203
			189
			59
			45
			504
			1019

Tabelle 32: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Humanitäre Lage-Frame der Medien

Zeträume (t)	Gesamt	Wiederaufbau bzw. Humanitäre Lage allgemein	Sonstige
1	20	7	1
2	12	4	9
3	0	1	1
4	2	2	2
5	1	0	1
6	0	2	2
7	0	0	0
8	0	0	0
9	0	0	0
10	0	1	2
11	0	0	0
12	4	0	3
13	2	0	2
14	2	2	9
15	0	0	0
16	0	1	1
17	1	0	1
18	0	0	1
19	1	0	0
20	0	0	0
21	0	0	0
22	0	0	0
23	0	1	0
Gesamt	45	21	35
			40
			116
			188
			30
			36
			389
			772

Tabelle 33: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Instabilitätsframe des Parlaments

Zeiträume (t)	Instabilität/Stabilität in Afghanistan	Konflikte zwischen verschiedenen Akteuren/ Bevölkerungsgruppe n in Afghanistan	Instabilität/Stabilität in der Region	Instabilität allgemein		Gesamt
				Sonstige	Gesamt	
1	20	4	1	1	12	38
2	46	11	2	4	13	70
3	24	8	0	1	8	41
4	18	8	1	1	5	32
5	32	5	1	0	2	39
6	31	7	1	3	5	45
7	2	0	1	0	5	8
8	22	5	0	0	4	30
9	3	0	2	0	4	9
10	27	7	0	0	2	36
11	6	0	0	0	4	10
12	40	6	2	1	11	59
13	16	1	1	0	9	27
14	82	7	0	1	33	123
15	33	1	0	1	15	50
16	76	12	10	1	23	119
17	8	0	1	0	3	12
18	28	2	1	1	4	36
19	38	1	2	0	13	54
20	40	6	2	0	16	63
21	54	8	8	1	18	84
22	22	0	0	0	5	27
23	51	11	10	1	16	85
Gesamt	719	110	46	17	230	1097

Tabelle 34: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Instabilitätsframe der Medien

Zeiträume (t)	Instabilität/Stabilität in Afghanistan	Konflikte zwischen verschiedenen Akteuren/ Bevölkerungsgruppe n in Afghanistan	Instabilität/Stabilität in der Region	Gesamt		
				Instabilität allgemein	Sonstige	Gesamt
1	106	18	5	3	26	154
2	94	17	3	2	25	141
3	18	6	0	0	4	28
4	9	2	0	1	1	13
5	34	2	0	2	11	48
6	61	6	1	3	6	77
7	3	1	1	0	0	4
8	29	6	0	1	9	45
9	1	0	0	0	0	1
10	16	2	0	0	5	23
11	40	7	1	0	11	59
12	23	6	1	1	8	39
13	64	10	0	1	11	86
14	33	1	1	0	3	38
15	40	3	1	0	4	48
16	14	0	1	1	4	20
17	48	10	0	0	6	64
18	100	10	2	0	27	138
19	31	7	0	0	3	41
20	33	5	0	0	6	44
21	42	2	0	0	3	47
22	11	0	0	0	3	14
23	850	121	17	15	176	1172
Gesamt	106	18	5	3	26	154

Tabelle 35: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Rentabilitätsframe des Parlaments

Zeiträume (t)	Materielle Aspekte	Menschen-leben und Kriegsopfer	Andere immaterielle Güter	Sonstige	Rentabilität allgemein	Gesamt
1	0	5	1	1	2	7
2	3	5	0	1	1	8
4	0	4	1	0	1	6
5	2	1	0	0	0	2
6	3	0	0	1	4	8
7	1	1	0	0	0	1
8	0	0	0	0	1	1
9	2	0	0	0	1	3
10	4	1	1	0	2	6
11	0	1	0	0	0	1
12	2	0	0	0	1	2
13	0	0	0	1	2	3
14	2	6	0	1	7	14
15	0	4	0	0	1	5
16	5	4	1	0	4	12
17	0	3	0	0	1	4
18	0	1	0	0	0	1
19	2	7	1	0	3	12
20	0	4	1	0	3	7
21	0	7	1	0	2	9
22	0	2	0	0	0	2
23	2	7	2	0	3	13
Gesamt	28	63	9	5	39	127

Tabelle 36: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Rentabilitätsframe der Medien

Zeiträume (t)	Materielle Aspekte	Menschen-leben und Kriegsopfer	Andere immaterielle Güter	Sonstige	Rentabilität allgemein	Gesamt
1	4	9	3	0	7	20
2	4	0	1	0	3	7
3	1	0	1	0	0	1
4	0	1	0	0	2	3
5	0	2	1	0	1	4
6	2	0	0	0	4	6
8	1	2	0	0	1	4
10	1	0	1	1	0	1
11	1	1	0	0	0	2
12	2	0	0	0	5	7
13	0	0	0	0	2	2
14	0	3	0	0	2	5
15	1	0	0	0	0	1
16	2	2	0	0	2	6
18	0	9	0	0	2	11
19	1	6	0	0	6	13
20	0	1	0	0	0	1
21	1	6	0	0	0	6
22	1	2	0	0	0	3
23	0	0	0	0	1	1
Gesamt	22	44	7	1	38	104

Tabelle 37: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Westliche Werte-Frame des Parlaments

Zeiträume (t)	Demokratisierung / Rechtaffälichkeit/ Gute Regierungsführung	Freiheit/ Befreiung Afghanistan	Menschenwürde/ Menschenrechte	Sonstige	westliche Werte allgemein	Gesamt
1	8	4	12	0	0	19
2	4	2	17	0	0	20
3	5	0	10	0	0	14
4	7	3	16	0	0	21
5	2	1	10	0	0	11
6	5	0	2	0	0	7
7	4	3	2	1	0	5
8	8	0	5	0	0	10
9	5	6	0	0	2	10
10	10	0	1	0	0	10
11	4	2	5	0	0	8
12	5	0	11	0	1	17
13	5	1	2	1	0	5
14	23	4	30	0	0	48
15	6	1	6	1	0	12
16	18	2	18	0	0	28
17	3	2	5	0	0	9
18	5	2	2	0	0	6
19	9	1	8	1	0	16
20	8	2	7	2	3	18
21	12	2	16	1	1	25
22	0	0	1	0	0	1
23	9	3	18	1	0	23
Gesamt	165	41	204	8	7	343

Tabelle 38: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Westliche Werte-Frame der Medien

Zeiträume (t)	Demokratisierung / Rechenschaftsweisheit / Gute Regierungsführung	Freiheit / Befreiung Afghanistan	Menschenwürde / Menschenrechte	Sonstige	westliche Werte allgemein	Gesamt
1	3	3	15	1	0	20
2	7	6	14	2	0	23
3	2	0	0	0	0	2
4	0	0	2	1	0	3
5	1	3	4	0	2	7
6	4	0	0	0	0	4
8	4	0	0	0	0	4
10	6	0	1	0	0	6
11	1	0	0	0	0	1
12	6	1	3	0	0	10
13	3	2	2	0	1	7
14	12	1	17	0	0	25
15	1	1	1	0	0	3
16	2	0	3	0	0	5
17	1	1	4	0	0	5
18	9	2	0	0	0	11
19	10	0	4	0	0	12
20	3	0	0	0	0	3
21	2	0	5	0	1	7
23	1	0	0	0	0	1
Gesamt	78	20	75	4	4	159

Tabelle 39: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Solidaritätsframe des Parlaments

Zeiträume (t)	Afghanistan/ afghanische Bevölkerung/ afghanische Soldaten	Bündnispartner (NATO, UNO, andere Nationen)	Deutsche/ westliche Soldaten in Afghanistan	Gesamt				
				Solidarität allgemein	Sonstige	Opfer des Krieges/ Angehörige der Opfer	Zivile (Aufbau)helfer:	
1	1	34	4	1	1	0	5	46
2	7	7	14	3	0	2	6	35
3	0	1	4	1	0	0	1	6
4	3	1	9	1	2	1	5	18
5	2	3	11	3	1	1	0	17
6	2	5	12	5	0	1	1	20
7	0	3	6	1	1	1	0	11
8	2	2	10	2	4	0	1	19
9	1	2	8	3	0	2	1	12
10	3	3	14	7	0	1	1	19
11	2	5	4	0	0	2	2	13
12	5	0	6	5	0	1	3	14
13	1	6	2	1	0	1	2	11
14	19	4	8	9	0	4	1	31
15	3	4	1	0	2	1	1	12
16	20	2	13	11	0	5	0	37
17	0	3	5	2	0	0	1	8
18	5	2	4	0	4	0	0	15
19	7	3	9	4	0	0	1	19
20	4	1	11	7	0	1	1	16
21	13	1	17	9	1	5	0	28
22	7	15	4	0	0	3	0	22
23	14	5	16	9	3	3	0	33
Gesamt	121	112	192	84	19	35	33	462

Tabelle 40: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Solidaritätsframe der Medien

Zeiträume (t)	Afghanistan/ afghanische Bevölkerung/ afghanische Soldaten	Bündnispartner (NATO, UNO, andere Nationen)	Deutsche/ westliche Soldaten in Afghanistan	Gesamt				
				Solidarität allgemein	Sonstige	Opfer des Krieges/ Angehörige der Opfer		
1	2	48	2	0	1	1	13	66
2	1	3	8	4	1	1	6	22
3	0	1	0	0	0	0	0	1
4	1	1	0	0	0	1	0	2
5	0	2	2	0	10	0	1	14
6	2	4	3	0	0	0	0	9
7	0	1	0	0	0	0	0	1
8	0	2	3	0	0	0	0	5
9	0	0	0	0	0	0	1	1
10	2	0	0	0	0	0	0	2
11	0	1	0	0	0	0	0	1
12	0	1	0	0	0	0	1	2
13	0	5	0	0	0	0	0	5
14	4	0	5	2	1	0	0	10
15	0	5	0	0	0	1	0	6
16	2	2	4	0	0	0	1	9
17	0	0	0	0	1	0	0	1
18	0	1	0	0	6	0	0	7
19	0	11	5	0	1	1	1	19
20	2	0	0	0	2	0	0	4
21	6	0	1	1	0	0	0	6
22	3	9	1	0	0	0	0	13
23	0	1	6	0	0	0	0	7
Gesamt	25	98	40	7	23	5	24	213

Tabelle 41: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Gesetzliche Grundlage-Frame des Parlaments

Zeiträume (t)	OEF	ISAF	AWACS	Sonstige	Unrechtmäßigkeit allgemein	Gesamt
1	17	0	0	0	3	20
2	3	10	0	0	1	14
3	0	0	0	0	1	1
4	4	1	0	0	0	4
5	0	3	0	0	1	4
6	0	5	0	0	2	7
7	4	0	0	0	1	5
8	0	1	0	1	0	2
9	1	1	0	0	0	2
10	0	2	0	0	0	2
11	8	1	0	2	3	13
13	10	1	0	0	1	12
14	2	3	0	0	0	4
15	41	3	0	0	7	51
16	3	3	0	0	1	7
17	14	0	0	0	2	16
18	1	5	1	0	0	7
19	0	1	0	0	0	1
20	0	2	0	0	1	3
21	0	7	0	0	0	7
22	0	0	1	0	0	1
23	1	4	0	0	2	7
Gesamt	109	53	2	3	26	190

Tabelle 42: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Gesetzliche Grundlage-Frame der Medien

Zeiträume (t)	OEF	ISAF	AWACS	Sonstige	Unrechtmäßigkeit allgemein	Gesamt
1	7	0	0	2	17	26
2	0	7	0	0	4	11
4	1	0	0	0	0	1
6	0	1	0	0	3	4
8	0	1	0	0	0	1
9	1	0	0	0	0	1
11	3	0	0	0	0	3
12	0	1	0	0	0	1
13	5	1	0	0	1	7
14	2	3	1	0	2	6
15	8	3	0	2	1	12
16	1	0	0	0	2	3
17	4	1	0	0	2	7
18	0	6	0	4	5	15
19	0	5	0	8	8	21
20	0	1	0	0	0	1
Gesamt	32	30	1	16	45	120

Tabelle 43: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Performanzframe des Parlaments

Zeiträume (t)	Arbeit der Bundesregierung/ des Verteidigungsministeriums	Gesamt			
		Performanz allgemein	Sonstige	Arbeit der Hilfsorganisationen	Gesamt
1	21	0	1	5	32
2	29	0	6	21	48
3	5	0	4	5	12
4	5	0	3	6	15
5	7	0	6	1	15
6	21	1	7	5	33
7	13	0	2	3	19
8	9	0	3	3	15
9	9	0	4	0	12
10	10	0	2	2	20
11	6	0	0	1	11
12	5	0	7	3	17
13	10	0	1	2	16
14	27	3	3	9	41
15	7	0	1	2	15
16	35	2	2	12	54
17	7	0	0	2	11
18	12	1	2	2	14
19	23	0	3	2	30
20	36	0	2	7	47
21	36	2	4	1	49
22	14	0	0	4	18
23	32	0	1	6	52
Gesamt	379	9	64	104	596

Tabelle 44: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Performanzframe der Medien

Zeiträume (t)	Gesamt							
	Performanz allgemein	Sonstige	Arbeit der Hilfsorganisationen	Arbeit der Bündnispartner/ der Bündnisse allgemein	Arbeit der deutschen/ westlichen Soldaten vor Ort	Arbeit der afghanischen Regierung/ der afghanischen Armee	Arbeit der Bundesregierung/ des Verteidigungsministeriums	
1	29	1	0	20	0	3	8	61
2	20	1	6	31	0	4	4	63
3	2	1	3	1	0	0	0	6
4	9	0	1	3	0	2	1	12
5	7	0	2	0	0	0	0	9
6	16	2	8	4	0	0	0	27
7	2	0	0	1	0	0	0	3
8	6	0	3	3	0	1	3	13
9	1	0	0	0	0	0	1	2
10	7	0	5	1	0	0	4	15
11	1	0	0	0	0	0	2	3
12	4	1	2	1	0	1	1	9
13	8	0	9	6	0	2	1	23
14	14	2	8	10	4	3	3	37
15	7	1	0	6	0	6	3	18
16	7	0	3	9	0	1	5	24
17	7	0	2	3	0	0	1	12
18	24	0	7	11	0	2	4	42
19	33	4	24	12	0	13	4	83
20	7	1	7	1	0	2	2	19
21	22	0	0	7	0	6	2	32
22	8	3	1	2	0	2	0	14
23	7	0	2	1	1	3	2	11
Gesamt	248	17	93	133	5	51	51	538

Tabelle 45: Die Prototypen des Terrorismusframe im Parlament

Gesamtanzahl an Terrorismusframes pro Zeitraum	Handlungsempfehlung Anteil	Handlungsempfehlung abhängig von Bezogen auf	Bewertung Anteil	Bewertung abhängig von Bezogen auf	Ursache Anteil	Ursache abhängig von Bezogen auf	Bezogen auf	Zeiträume (t)
113	22,7%	99	75,4%	99	96,7%	99	97	1
41	33,3%	99	66,7%	99	100,0%	99	97	2
11	87,5%	99	75,0%	99	100,0%	99	97	3
61	34,4%	99	73,5%	99	91,2%	99	97	4
21	33,3%	99	66,7%	99	90,9%	99	97	5
20	43,8%	99	82,4%	99	100,0%	99	97	6
35	42,9%	99	68,4%	99	94,7%	99	97	7
20	75,0%	99	50,0%	99	100,0%	99	5	8
48	59,3%	99	60,7%	99	96,3%	99	97	9
15	71,4%	99	71,4%	99	85,7%	99	5	10
54			72,0%	99	92,0%	99	97	11
18	60,0%	99	60,0%	99	90,0%	99	97	12
38	46,2%	99	48,0%	99	83,3%	99	97	13
31	27,3%	99	50,0%	99	72,7%	99	97	14
78	53,5%	99	60,5%	99	92,7%	99	97	15
20	46,2%	99	61,5%	99	92,3%	99	97	16
32	42,9%	99	64,3%	99	85,7%	99	97	17
10	57,1%	99	85,7%	99	100,0%	99	97	18
15	42,9%	99	57,1%	99	57,1%	99	97	19
15	37,5%	99	62,5%	99	44,4%	99	5	20
10	40,0%	6	100,0%	99	100,0%	99	5	21
12	62,5%	99	75,0%	99	100,0%	99	97	23

Tabelle 46: Die Prototypen des Terrorismusframe in den Medien

Zeiträume (t)	Bezogen auf	Ursache abhängig von Bezogen auf	Ursache Anteil	Bewertung abhängig von Bezogen auf	Handlungsempfehlung Anteil			Gesamtanzahl an Terrorismusframes pro Zeitraum
					Handlungsempfehlung abhängig von Bezogen auf	Handlungsempfehlung abhängig von Bezogen auf	Handlungsempfehlung abhängig von Bezogen auf	
1	97	99	98,3%	99	88,8%	99	61,7%	287
2	97	99	98,2%	99	87,5%	99	78,6%	94
3	97	99	100,0%	99	80,0%	99	60,0%	7
4	97	99	100,0%	99	82,4%	99	60,0%	46
5	5	99	75,0%	99	62,5%	99	81,3%	33
6	97	99	100,0%	99	78,6%	99	71,4%	24
7	97	99	100,0%	99	78,6%	99	78,6%	14
8	5	99	93,3%	99	86,7%	99	60,0%	21
9	97	99	80,0%	99	80,0%	99	80,0%	11
10	5	99	100,0%	99	80,0%	99	50,0%	17
11	97	99	87,5%	99	100,0%	99	75,0%	10
12	97	99	100,0%	99	77,8%	99	77,8%	13
13	97	99	100,0%	99	100,0%	99	68,0%	37
14	97	99	87,0%	99	82,6%	99	78,3%	36
15	97	99	100,0%	99	95,2%	99	66,7%	25
16	97	99	80,0%	99	80,0%	99	70,0%	15
17	97	99	100,0%	99	85,7%	99	78,6%	18
18	5	99	84,6%	99	76,9%	99	61,5%	43
19	5	99	92,3%	99	76,9%	99	69,2%	26
20		99	80,0%	99	40,0%	99	80,0%	9
				1	40,0%			
21	97	99	100,0%	99	100,0%	6	66,7%	4
23	97	99	100,0%	99	100,0%	99	100,0%	2
	5	1	100,0%	99	100,0%	2	50,0%	2

Tabelle 47: Die Prototypen des Sicherheitsframe im Parlament

Zeiträume (t)	Bezogen auf	Ursache abhängig von Bezogen auf	Ursache Anteil	Bewertung Anteil		Handlungsempfehlung abhängig von Bezogen auf	Handlungsempfehlung Anteil	Gesamtanzahl an Sicherheitsframes pro Zeitraum
				97	99			
1						1	30,0%	
2	4	99	80,0%	1	57,1%	99	57,1%	31
3	4	99	75,0%	1	50,0%			10
				99	50,0%			
4	4	99	75,0%	1	75,0%	99	75,0%	15
5	4	99	50,0%	1	78,6%	99	43,8%	33
6	4	99	66,7%	1	64,7%	99	76,5%	40
7	4	99	100,0%	1	75,0%	6	50,0%	8
8	4	99	47,4%	1	77,8%	99	52,6%	27
9	1	99	80,0%	99	60,0%	99	80,0%	13
10	4	99	66,7%	1	66,7%	99	77,8%	17
11	4	99	50,0%	1	50,0%	1	83,3%	14
				99	50,0%			
12	4	99	62,5%	1	75,0%	99	55,6%	18
13	4	99	66,7%	1	66,7%	99	66,7%	9
14	5	1	66,7%	1	100,0%	99	100,0%	9
15	5	99	82,6%	99	65,2%	4	42,3%	49
				99	40,0%			
16	5	99	87,5%	99	75,0%	4	34,6%	43
17	1	99	100,0%	99	50,0%	99	100,0%	3
				2	50,0%			
18	4	99	50,0%	1	54,5%	99	50,0%	22
19	5	99	83,3%	99	66,7%	4	50,0%	19
20	4	99	60,0%	1	62,5%	99	73,3%	13
21	4	99	73,3%	1	64,3 %	99	57,1%	31
23	4	99	100,0%	99	60,0%	99	50,0%	13
						6	28,6%	

Tabelle 48: Die Prototypen des Sicherheitsframes in den Medien (im Text)

Tabelle 49: Die Veränderung des Humanitäre Lage-Frame im Parlament

Gesamtanzahl an Humanitäre Lage-Frames pro Zeitraum	Handlungsempf ehlung Anteil	Handlungsempf ehlung abhängig von Bezogen auf	Bewertung Anteil	Bewertung abhängig von Bezogen auf	Ursache Anteil	Ursache abhängig von Bezogen auf	Bezogen auf	Zeiträume (t)
52	35,7%	99	63,0%	99	92,6%	99	97	1
44	54,2%	99	70,8%	99	83,3%	99	97	2
26	71,4%	99	100,0%	99	85,7%	99	97	3
26	57,1%	99	85,7%	99	100,0%	99	97	6
26	50,0%	1	75,0%	99	100,0%	99	97	4
44	47,4%	99	73,7%	99	89,5%	99	97	5
55	50,0%	99	71,0%	99	100,0%	99	97	6
4	50,0%	1	50,0%	99	100,0%	99	97	7
33	50,0%	4	50,0%	3	100,0%	99	97	8
14	66,7%	2	66,7%	99	100,0%	99	97	9
35	66,7%	99	37,5%	99	93,8%	99	97	10
6			100,0%	99	100,0%	99	97	11
59	21,7%	3	60,9%	99	91,3%	99	97	12
22	38,9%	1	81,3%	99	87,5%	99	97	13
139	28,9%	3	71,4%	99	94,3%	99	97	14
32	40,0%	99	85,7%	99	100,0%	99	97	15
114	46,2%	99	52,4%	99	79,7%	99	97	16
14	33,3%	99	87,5%	99	100,0%	99	97	17
17	40,0%	99	55,6%	99	100,0%	99	97	18
57	20,7%	99	72,7%	99	86,4%	99	97	19
64	29,2%	99	57,9%	99	73,7%	99	97	20
63	37,9%	99	57,7%	99	88,5%	99	97	21
6	37,9%	99	50,0%	1	50,0%	99	97	22
74	29,2%	99	58,0%	99	86,4%	99	97	23

Tabelle 50: Die Veränderung des Humanitäre Lage-Frame in den Medien

							Gesamtanzahl an Humanitäre Lage-Frames pro Zeitraum
						Handlungsempf ehlung Anteil	
						Handlungsempf ehlung abhängig von Bezogen auf	
1	97	99	93,3%	99	67,4%	99	46,1% 148
2	97	99	96,8%	99	74,2%	99	54,8% 67
3	5	99	83,3%	99	83,3%	99	100,0% 10
4	97	99	46,7%	99	71,4%	99	57,1% 15
5	97	99	83,3%	99	83,3%	2	50,0% 10
6	97	99	88,9%	99	88,9%	99	44,4% 46
7	97	99	100,0%	1	50,0%	99	100,0% 2
				99	50,0%		
8	97	99	90,5%	99	47,6%	99	71,4% 25
9	5	99	100,0%	1	100,0%	2	100,0% 2
10	97	99	100,0%	99	80,0%	99	80,0% 20
11	97	99	100,0%	99	100,0%	1	100,0% 1
12	97	99	89,5%	99	63,2%	99	36,8% 37
13	97	99	89,5%	99	57,9%	99	57,9% 33
14	97	99	92,6%	99	57,9%	99	48,1% 125
15	6	99	88,9%	99	66,7%	99	44,4% 17
16	97	99	76,5%	99	47,1%	99	52,9% 35
17	97	99	100,0%	99	100,0%	99	66,7% 15
18	6	99	88,2%	99	82,4%	1	35,3% 48
19	6	99	100,0%	99	83,9%	3	35,3% 73
20	6	99	100,0%	99	73,3%	3	46,7% 28
21	97	99	80,0%	99	60,0%	99	60,0% 12
22	6	99	100,0%	99	75,0%		14
23	6	99	100,0%	99	100,0%		7
				2	50,0%	99	
	9	99	100,0%	99	50,0%		7

Tabelle 51: Die Veränderung des Instabilitätsframe im Parlament

Zeiträume (t)	Bezogen auf		Ursache abhängig von Bezogen auf	Ursache Anteil	Bewertung abhängig von Bezogen auf	Handlungsempfehlung Anteil	Handlungsempfehlung abhängig von Bezogen auf	Gesamtanzahl Instabilitätsframes pro Zeitraum
	4	99						
1	4	99		83,3%	99	33,3%	99	40,0%
					1	33,3%		
2	4	99		72,5%	99	37,3%	99	38,2%
					1	37,3%		
3	4	99		90,6%	1	38,2%	99	38,9%
4	4	99		83,3%	1	42,3%	99	52,0%
5	4	99		66,7%	99	34,2%	99	39,5%
6	4	99		91,7%	99	36,6%	99	40,5%
7	97	99		80,0%	99	66,7%	1	60,0%
8	4	99		76,0%	99	60,0%	99	56,0%
9	97	99		50,0%	99	50,0%	1	40,0%
							99	40,0%
10	4	99		76,5%	99	51,4%	99	37,8%
11	4	99		83,3%	1	50,0%	99	50,0%
12	4	99		82,2%	99	35,6%	99	48,9%
13	4	99		58,8%	1	43,3%	99	52,9%
14	4	99		74,7%	99	43,3%	2	31,6%
15	4	99		85,3%	99	52,9%	99	55,9%
16	4	99		74,4%	99	43,3%	2	31,6%
17	4	99		87,5%	99	52,9%	99	62,5%
18	4	99		70,0%	99	43,3%	99	48,4%
19	4	99		77,5%	99	56,4%	99	25,0%
20	4	99		57,4%	99	39,1%	99	44,7%
21	4	99		75,4%	99	48,3%	99	22,1%
							2	22,1%
22	4	3		43,5%	99	45,5%	2	24,0%
							7	24,0%
23	4	99		60,3%	99	35,5%	99	34,4%

Tabelle 52: Die Veränderung des Instabilitätsframe in den Medien

Zeiträume (t)	Bezogen auf	Ursache abhängig von Bezogen auf	Ursache Anteil	Bewertung abhängig von Bezogen auf	Handlungsempfehlung Anteil	Handlungsempfehlung abhängig von Bezogen auf	Gesamtanzahl Instabilitätsframes pro Zeitraum
1	4	99	83,5%	99	47,1%	99	62,0%
2	4	99	91,0%	99	62,2%	99	45,0%
3	4	99	66,7%	1	45,8%	99	75,0%
4	4	99	81,8%	1	54,5%	99	63,6%
5	4	99	85,7%	99	45,7%	99	74,3%
6	4	99	85,1%	99	56,7%	99	49,3%
7	4	99	100,0%	1	66,7%	99	100,0%
8		99	77,1%	1	42,9%	99	68,6%
				99	42,9%		45
9	4	99	100,0%	1	100,0%	99	100,0%
10	4	99	72,2%	99	55,6%	99	72,2%
12	4	99	80,9%	1	44,7%	99	68,1%
13	4	99	75,9%	99	37,9%	99	72,4%
14	4	99	82,4%	99	43,2%	99	63,5%
15	4	99	67,6%	1	52,9%	99	61,8%
16	4	99	72,1%	99	39,5%	99	65,1%
17	4	99	50,0%	99	42,9%	99	57,1%
18	4	99	82,8%	99	44,8%	99	63,8%
19	4	99	61,5%	99	58,7%	99	63,8%
20	4	99	63,2%	1	63,2%	99	68,4%
21	4	99	81,6%	99	42,1%	99	50,0%
22	4	99	90,9%	99	52,3%	99	40,9%
23	4	99	54,5%	99	54,5%	7	45,5%

Tabelle 53: Die Veränderung des Performanzframe im Parlament

Zeiträume (t)	Bezogen auf	Ursache abhängig von Bezogen auf	Ursache Anteil	Bewertung abhängig von Bezogen auf	Handlungsempfehlung Anteil	Gesamtanzahl Performanzframes pro Zeitraum
1	1	3	38,1%	2	71,4%	32
2	1	3	36,4%	2	88,9%	56
3	1	5	50,0%	2	100,0%	17
					2	50,0%
	3	99	50,0%	1	100,0%	17
4	6	99	40,0%	2	60,0%	17
		3	40,0%			
5	1	3	50,0%	2	100,0%	19
6	1	3	38,1%	2	88,9%	38
7	1			1	61,5%	22
8	1	3	62,5%	2	50,0%	15
9	1	3	55,6%	2	62,5%	14
10	1	99	40,0%	1	50,0%	21
11	1	8	33,3%	1	50,0%	12
13	1	3	30,0%	2	75,0%	18
		5	30,0%			
14	1	3	60,0%	2	100,0%	42
15	97	98	57,1%	2	85,2%	17
16	1	3	58,1%	2	93,1%	58
17	1	8	50,0%	2	50,0%	11
18	1	3	44,4%	2	100,0%	14
19	1	3	40,0%	2	75,0%	37
20	1	3	36,1%	2	74,2%	56
21	1	3	46,3%	2	87,9%	58
22	1	98	46,2%	2	91,7%	20
23	1	3	44,8%	2	85,2%	55

Tabelle 54: Die Veränderung des Performanzframe in den Medien

Gesamtanzahl Performanzframes pro Zeitraum	Handlungsempfehlung Anteil	Handlungsempfehlung abhängig von Bezogen auf	Bewertung Anteil	Bewertung abhängig von Bezogen auf	Ursache Anteil	Ursache abhängig von Bezogen auf	Zeiträume (t)
64	75,9%	99	62,1%	2	43,3%	99	1
70	60,0%	99	60,0%	2	31,3%	98	2
6	100,0%	99	100,0%	1	66,7%	99	3
13	66,7%	99	100,0%	2	28,6%	3	1
		98			28,6%		98
9	85,7%	99	100,0%	2	57,1%	5	1
28	76,9%	99	61,5%	2	53,8%	3	1
3	50,0%	99	100,0%	2	50,0%	98	1
		5			50,0%		5
17	100,0%	99	75,0%	2	75,0%	99	97
17	66,7%	99	100,0%	2	50,0%	3	1
2	100,0%	99	100,0%	2	100,0%	1	97
2	100,0%	99	100,0%	2	100,0%	98	1
1	80,0%	99	100,0%	2	40,0%	3	1
3	100,0%	99	50,0%	1	50,0%	5	97
		10		2	50,0%		10
9	66,7%	99	66,7%	2	66,7%		1
9	100,0%	99	100,0%	2	66,7%		3
9	80,0%	99	80,0%	2	66,7%		1
25	85,7%	99	42,9%	1	37,5%	98	3
		99		2	37,5%		
38	53,8%	99	100,0%	2	35,7%	3	1
		99			35,7%	5	5
19	71,4%	99	100,0%	2	42,9%	98	97
		99			42,9%	5	
25	50,0%	99	100,0%	2	50,0%	3	6
13	100,0%	99	83,3%	2	42,9%	5	1
13	100,0%	99	83,3%	2	42,9%	3	1
47	68,4%	99	73,7%	2	42,1%	3	1
85	86,2%	99	89,3%	2	41,4%	5	1
19	100,0%	99	50,0%	2	50,0%	99	1
19	83,3%	99	83,3%	2	33,3%	3	3
		99			33,3%	98	
33	52,6%	99	72,2%	2	27,8%	99	1
15	100,0%	99	100,0%	2	62,5%	3	1
15	100,0%	99	100,0%	2	50,0%		1
11	75,0%	99	50,0%	1	50,0%		1

Tabelle 55: Legitimatorische und performatorische Handlungsempfehlungen in den Medien im zeitlichen Verlauf

Zeiträume (t)		Legitimatorische Handlungsempfehlungen	Performatorische Handlungsempfehlungen	Nicht erkennbar/nicht benannt + Sonstige	Gesamt
1	Anzahl	288	59	561	908
	Zeilen%	31,9%	6,5%	62,2%	100%
2	Anzahl	160	42	290	492
	Zeilen%	32,9%	8,6%	59,5%	100%
3	Anzahl	9	3	51	63
	Zeilen%	14,3%	4,8%	81,0%	100%
4	Anzahl	23	8	73	104
	Zeilen%	22,1%	7,7%	70,2%	100%
5	Anzahl	29	12	143	184
	Zeilen%	15,8%	6,5%	77,7%	100%
6	Anzahl	133	36	203	372
	Zeilen%	36,7%	9,9%	56,1%	100%
7	Anzahl	4	2	22	28
	Zeilen%	14,3%	7,1%	78,6%	100%
8	Anzahl	34	15	138	187
	Zeilen%	18,2%	8,0%	73,8%	100%
9	Anzahl	5	1	12	18
	Zeilen%	27,8%	5,6%	66,7%	100%
10	Anzahl	35	8	80	123
	Zeilen%	28,7%	6,6%	65,6%	100%
11	Anzahl	8	1	14	23
	Zeilen%	34,8%	4,3%	60,9%	100%
12	Anzahl	37	38	97	172
	Zeilen%	22,0%	22,6%	57,7%	100%
13	Anzahl	51	17	123	191
	Zeilen%	27,0%	9,0%	65,1%	100%
14	Anzahl	110	57	229	396
	Zeilen%	28,1%	14,5%	58,4%	100%
15	Anzahl	25	21	81	127
	Zeilen%	19,7%	16,5%	63,8%	100%
16	Anzahl	42	28	111	181
	Zeilen%	23,7%	15,8%	62,7%	100%
17	Anzahl	19	9	60	88
	Zeilen%	21,6%	10,2%	68,2%	100%
18	Anzahl	77	50	187	314
	Zeilen%	25,0%	16,2%	60,7%	100%
19	Anzahl	82	71	298	451
	Zeilen%	18,3%	15,8%	66,5%	100%
20	Anzahl	23	20	80	123
	Zeilen%	18,9%	16,4%	65,6%	100%
21	Anzahl	27	29	73	129
	Zeilen%	21,3%	22,8%	57,5%	100%
22	Anzahl	24	32	53	109
	Zeilen%	23,1%	30,8%	51,0%	100%
23	Anzahl	12	11	35	58
	Zeilen%	21,8%	20,0%	63,6%	100%
Ge-samt	Anzahl	1257	570	3014	4841
	Zeilen%	26,0%	11,7%	62,3	100%

Tabelle 56: Die Vollständigkeit der Frames im Parlament

Zeiträume (t)	1 Element fehlt	2 Elemente fehlen	3 Elemente fehlen	Gesamt
1	96	182	64	342
2	81	144	61	286
3	37	54	25	116
4	52	104	30	186
5	64	84	21	169
6	72	139	55	266
7	37	42	11	90
8	36	96	33	165
9	42	53	21	116
10	48	87	22	157
11	39	64	24	127
12	74	110	18	202
13	50	58	30	138
14	156	252	53	461
15	78	113	72	263
16	156	237	45	438
17	33	56	21	110
18	40	61	18	119
19	59	125	31	215
20	92	123	24	239
21	92	165	24	281
22	30	36	15	81
23	108	152	40	300
Gesamt	1572	2537	758	4867

Tabelle 57: Die Vollständigkeit der Frames in den Medien

Zeiträume (t)	1 Element fehlt	2 Elemente fehlen	3 Elemente fehlen	Gesamt
1	161	405	289	855
2	85	233	134	452
3	10	39	12	61
4	22	44	32	98
5	43	90	43	176
6	60	199	84	343
7	2	16	9	27
8	51	84	46	181
9	6	7	4	17
10	19	53	43	115
11	7	4	10	21
12	52	86	26	164
13	50	67	56	173
14	88	199	77	364
15	41	47	24	112
16	54	75	34	163
17	25	31	24	80
18	83	137	58	278
19	129	193	92	414
20	39	49	20	108
21	38	63	12	113
22	33	52	16	101
23	15	25	8	48
Gesamt	1113	2198	1153	4464

Tabelle 58: Die Länge aller Frames im zeitlichen Verlauf im Parlament

Zeiträume (t)	Einzelnes Wort, Wortgruppe, Satzteile oder ganzer Satz	Mehrere Sätze/ganzer Absatz	Mehrere Absätze/ganzer Text	Gesamt
1	60,2%	30,5%	9,3%	100%
2	60,6%	30,9%	8,4%	100%
3	60,5%	29,8%	9,7%	100%
4	57,9%	31,7%	10,4%	100%
5	55,5%	34,0%	10,5%	100%
6	64,4%	27,3%	8,3%	100%
7	46,9%	36,7%	16,3%	100%
8	60,0%	29,4%	10,6%	100%
9	54,0%	32,5%	13,5%	100%
10	58,4%	33,7%	7,9%	100%
11	54,4%	34,6%	11,0%	100%
12	58,7%	29,8%	11,6%	100%
13	56,4%	28,2%	15,4%	100%
14	62,9%	28,6%	8,5%	100%
15	59,7%	30,7%	9,5%	100%
16	60,8%	26,0%	13,3%	100%
17	63,8%	25,0%	11,2%	100%
18	64,7%	29,3%	6,0%	100%
19	57,9%	30,5%	11,6%	100%
20	51,5%	39,8%	8,7%	100%
21	49,8%	37,3%	12,9%	100%
22	39,2%	39,2%	21,6%	100%
23	52,8%	35,8%	11,4%	100%
Gesamt	57,9%	31,4%	10,7%	100%

Tabelle 59: Die Länge aller Frames im zeitlichen Verlauf in den Medien

Zeiträume (t)	Einzelnes Wort, Wortgruppe, Satzteile oder ganzer Satz	Mehrere Sätze/ganzer Absatz	Mehrere Absätze/ganzer Text	Gesamt
1	73,8%	19,3%	6,9%	100%
2	65,0%	25,7%	9,3%	100%
3	61,9%	22,2%	15,9%	100%
4	58,8%	25,5%	15,7%	100%
5	70,3%	22,0%	7,7%	100%
6	74,7%	20,3%	5,0%	100%
7	60,7%	25,0%	14,3%	100%
8	63,6%	26,7%	9,6%	100%
9	52,9%	23,5%	23,5%	100%
10	75,6%	17,6%	6,7%	100%
11	87,0%	4,3%	8,7%	100%
12	74,3%	21,0%	4,8%	100%
13	73,0%	20,5%	6,5%	100%
14	65,8%	28,0%	6,2%	100%
15	60,8%	33,6%	5,6%	100%
16	68,4%	25,3%	6,3%	100%
17	58,1%	33,7%	8,1%	100%
18	58,1%	35,5%	6,3%	100%
19	67,3%	25,1%	7,7%	100%
20	52,6%	38,8%	8,6%	100%
21	51,6%	42,1%	6,3%	100%
22	63,1%	33,0%	3,9%	100%
23	72,5%	21,6%	5,9%	100%
Gesamt	67,4%	25,2%	7,4%	100%

Tabelle 6o: Die Tendenz aller Frames im Parlament im zeitlichen Verlauf

Zeiträume (t)	Für den Einsatz	Gegen den Einsatz	Zwiespältig	Nicht erkennbar/ nicht benannt	Gesamt
1	54,7%	17,0%	1,9%	26,4%	100%
2	53,8%	22,5%	1,3%	22,5%	100%
3	68,5%	8,1%	0,0%	23,4%	100%
4	62,9%	11,4%	0,0%	25,7%	100%
5	59,7%	10,5%	2,6%	27,2%	100%
6	46,0%	29,9%	2,9%	21,2%	100%
7	62,2%	8,2%	0,0%	29,6%	100%
8	37,2%	24,4%	2,2%	36,1%	100%
9	77,8%	4,0%	0,0%	18,3%	100%
10	50,0%	20,8%	1,1%	28,1%	100%
11	50,7%	11,8%	0,0%	37,5%	100%
12	49,3%	16,9%	1,8%	32,0%	100%
13	43,0%	32,9%	0,0%	24,2%	100%
14	54,2%	20,1%	1,0%	24,7%	100%
15	41,7%	24,4%	1,1%	32,9%	100%
16	45,9%	27,6%	0,6%	26,0%	100%
17	30,2%	28,4%	2,6%	38,8%	100%
18	42,1%	39,1%	0,8%	18,0%	100%
19	51,5%	20,2%	3,0%	25,3%	100%
20	38,3%	34,8%	0,0%	26,9%	100%
21	47,3%	28,8%	2,2%	21,6%	100%
22	48,5%	21,6%	0,0%	29,9%	100%
23	37,5%	41,2%	0,3%	21,0%	100%
Gesamt	49,3%	23,4%	1,2%	26,1%	100%

Tabelle 61: Die Tendenz aller Frames pro Medium

		Für den Einsatz	Gegen den Einsatz	Zwiespältig	Nicht erkennbar/nicht benannt	Gesamt
Bild	Anzahl	44	26	1	77	148
	Zeilen%	29,7%	17,6%	,7%	52,0%	100,0%
FAZ	Anzahl	413	180	3	431	1027
	Zeilen%	40,2%	17,5%	,3%	42,0%	100,0%
FR	Anzahl	159	69	5	163	396
	Zeilen%	40,2%	17,4%	1,3%	41,2%	100,0%
SZ	Anzahl	450	143	19	384	996
	Zeilen%	45,2%	14,4%	1,9%	38,6%	100,0%
taz	Anzahl	314	215	12	319	860
	Zeilen%	36,5%	25,0%	1,4%	37,1%	100,0%
Die Welt	Anzahl	286	143	10	289	728
	Zeilen%	39,3%	19,6%	1,4%	39,7%	100,0%
Focus	Anzahl	43	14	0	49	106
	Zeilen%	40,6%	13,2%	,0%	46,2%	100,0%
Spiegel	Anzahl	114	128	1	196	439
	Zeilen%	26,0%	29,2%	,2%	44,6%	100,0%
Gesamt	Anzahl	1823	918	51	1908	4700
	Zeilen%	38,8%	19,5%	1,1%	40,6%	100,0%

Tabelle 62: Die zehn am häufigsten zitierten Akteure im Parlament

	Häufigkeit	Prozent
Internationale Regierungsorganisationen/ Bündnisse	80	14,2%
Afghanische Akteure (Bevölkerung, Regierung, Militär etc.)	67	11,9%
Bundesregierungen/ Kabinett/ Opposition	62	11,0%
SPD	56	9,9%
Humanitäre Hilfsorganisationen/ Soziale Einrichtungen/ NGOs	52	9,2%
Bündnis90/ Die Grünen	39	6,9%
FDP	34	6,0%
CDU/CSU	32	5,7%
Die Linke	31	5,5%
Experten/ Wissenschaft	16	2,8%
Gesamt	469	83,3%

Tabelle 63: Die am häufigsten zitierten Akteure in den Medien

	Häufigkeit	Prozent
SPD	494	18,0%
CDU/ CSU	391	14,3%
Bündnis90/ Die Grünen	357	13,0%
Internationale Regierungsorganisationen/ Bündnisse	194	7,1%
FDP	166	6,1%
Afghanische Akteure (Bevölkerung, Regierung, Militär etc.)	163	6,0%
Bundesregierungen/ Kabinett/ Opposition	143	5,2%
Deutsches Militär/ Polizei/ Geheimdienste	129	4,7%
US-Amerikanische Akteure (Bevölkerung, Regierung, Militär etc.)	93	3,4%
Experten/ Wissenschaft	88	3,2%
Bundestag/ die Abgeordneten	84	3,1%
Die Linke	73	2,7%
Humanitäre Hilfsorganisationen/ Soziale Einrichtungen/ NGOs	63	2,3%
Ministerien	52	1,9%
Politiker auf Europa-, Landes- oder kommunaler Ebene	40	1,5%
Deutsche gesellschaftliche und andere Akteure/ Zivilbevölkerung	34	1,2%
Kirchenvertreter	34	1,2%
Französische Akteure (Bevölkerung, Regierung, Militär etc.)	28	1,0%
Gewerkschaften	16	0,6%
Britische Akteure (Bevölkerung, Regierung, Militär etc.)	16	0,6%
Rest der/ die gesamte Welt, andere Staaten	11	0,4%
Weitere deutsche Akteure	10	0,4%
Künstler/ Schriftsteller	6	0,2%
Internationale Staatengemeinschaft	6	0,2%
Pakistanische Akteure (Bevölkerung, Regierung, Militär etc.)	6	0,2%
Terrororganisationen	6	0,2%
Andere politische Akteure	5	0,2%
Deutsche Nachrichtendienste des Bundes	5	0,2%
Judikative	4	0,1%
Russische Akteure (Bevölkerung, Regierung, Militär etc.)	3	0,1%
Fraktionslose	2	0,1%
Andere Medien	2	0,1%
Journalisten/ Medien allgemein	2	0,1%
Nachrichtenagenturen	2	0,1%
Behörden/ Vertreter von Behörden	2	0,1%
FAZ	1	0,0%
taz	1	0,0%
Indische Akteure (Bevölkerung, Regierung, Militär etc.)	1	0,0%
Kanadische Akteure (Bevölkerung, Regierung, Militär etc.)	1	0,0%
Südkoreanische Akteure (Bevölkerung, Regierung, Militär etc.)	1	0,0%
Norwegische Akteure (Bevölkerung, Regierung, Militär etc.)	1	0,0%
Europäische Akteure (Bevölkerung, Regierung, Militär etc.)	1	0,0%
Dänische Akteure (Bevölkerung, Regierung, Militär etc.)	1	0,0%
Tunesische Akteure (Bevölkerung, Regierung, Militär etc.)	1	0,0%
Gesamt	2739	100,0%

Tabelle 64: Reichweite der Indexing-Hypothese in den einzelnen Untersuchungszeiträumen (*im Text*)

Starke Gleichförmigkeit (0-10% Abw.)	t1, t6, t8, t9, t10, t13, t15, t16, t19, t21, t22
Weitgehende Gleichförmigkeit (10-20%)	t2, t3, t7, t12, t14, t17, t18, t20
Schwache Gleichförmigkeit (20-30%)	t4, t11
Keine Gleichförmigkeit (mehr als 30%)	t5, t23

Anhang 2

Abbildungsverzeichnis / Abbildungen

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zustimmung zum Afghanistan-Einsatz in der deutschen Bevölkerung (*im Text*)

Abbildung 2: Modifizierte Neun-Felder-Matrix nach Scheufele (*im Text*)

Abbildung 3: Die Frames in der parlamentarischen Debatte (*im Text*)

Abbildung 4: Der Anteil an Terrorismusframes pro Partei

Abbildung 5: Der Anteil an Sicherheitsframes pro Partei

Abbildung 6: Der Anteil an Humanitäre Lage-Frames pro Partei

Abbildung 7: Der Anteil an Instabilitätsframes pro Partei

Abbildung 8: Der Anteil an Drogenframes pro Partei

Abbildung 9: Der Anteil an Rentabilitätsframes pro Partei

Abbildung 10: Der Anteil an Westliche Werte-Frames pro Partei

Abbildung 11: Der Anteil an Solidaritätsframes pro Partei

Abbildung 12: Der Anteil an Pazifismusframes pro Partei

Abbildung 13: Der Anteil an Gesetzliche Grundlage-Frames pro Partei

Abbildung 14: Der Anteil an Performanzframes pro Partei

Abbildung 15: Die Frames in der medialen Debatte (*im Text*)

Abbildung 16: Der Anteil der einzelnen Frames pro Medium

Abbildung 17: Die mittlere Abweichung der Frameanteile aller Medien von den Frameanteilen des Parlaments

Abbildung 18: Die mittlere Abweichung der Frameanteile des Mediums Bild von den Frameanteilen des Parlaments

Abbildung 19: Die mittlere Abweichung der Frameanteile des Mediums FAZ von den Frameanteilen des Parlaments

Abbildung 20: Die mittlere Abweichung der Frameanteile des Mediums FR von den Frameanteilen des Parlaments

Abbildung 21: Die mittlere Abweichung der Frameanteile des Mediums SZ von den Frameanteilen des Parlaments

Abbildung 22: Die mittlere Abweichung der Frameanteile des Mediums taz von den Frameanteilen des Parlaments

Abbildung 23: Die mittlere Abweichung der Frameanteile des Mediums Die Welt von den Frameanteilen des Parlaments

Abbildung 24: Die mittlere Abweichung der Frameanteile des Mediums Focus von den Frameanteilen des Parlaments

Abbildung 25: Die mittlere Abweichung der Frameanteile des Mediums Spiegel von den Frameanteilen des Parlaments

Abbildung 26: Die Frameverteilung bei berichtenden und kommentierenden Artikeln (*im Text*)

Abbildung 27: Die Tendenz der Frames bei berichtenden und kommentierenden Artikeln

Abbildung 28: Die Anzahl der Frames pro Zeitraum in Parlament und Medien (*im Text*)

Abbildung 29: Der zeitliche Verlauf der Anteile der Frames „Terrorismus“, „Sicherheit“, „Humanitäre Lage“, „Instabilität“ und „Performanz“ im Parlament

Abbildung 30: Der zeitliche Verlauf der Anteile der Frames „Drogen“, „Rentabilität“, „Westliche Werte“, „Solidarität“, „Pazifismus“ und „Gesetzliche Grundlage“ im Parlament

Abbildung 31: Der zeitliche Verlauf der Anteile der Frames „Terrorismus“, „Sicherheit“, „Humanitäre Lage“, „Instabilität“ und „Performanz“ in den Medien

Abbildung 32: Der zeitliche Verlauf der Anteile der Frames „Drogen“, „Rentabilität“, „Westliche Werte“, „Solidarität“, „Pazifismus“ und „Gesetzliche Grundlage“ in den Medien

Abbildung 33: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Terrorismusframe des Parlaments (*im Text*)

Abbildung 34: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Terrorismusframe der Medien

Abbildung 35: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Sicherheitsframe des Parlaments

Abbildung 36: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Sicherheitsframe der Medien

Abbildung 37: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Humanitäre Lage-Frame des Parlaments

Abbildung 38: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Humanitäre Lage-Frame der Medien

Abbildung 39: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Instabilitätsframe des Parlaments

Abbildung 40: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Instabilitätsframe der Medien

Abbildung 41: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Rentabilitätsframe des Parlaments

Abbildung 42: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Rentabilitätsframe der Medien

Abbildung 43: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Westliche Werte-Frame des Parlaments

Abbildung 44: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Westliche Werte-Frame der Medien

Abbildung 45: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Solidaritätsframe des Parlaments

Abbildung 46: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Solidaritätsframe der Medien

Abbildung 47: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Gesetzliche Grundlage-Frame des Parlaments

Abbildung 48: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Gesetzliche Grundlage-Frame der Medien

Abbildung 49: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Performanzframe des Parlaments (*im Text*)

Abbildung 50: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Performanzframe der Medien

Abbildung 51: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bezogen auf“ im Terrorismusframe des Parlaments

Abbildung 52: Die Veränderung des prototypischen Elements „Ursache“ im Terrorismusframe des Parlaments

Abbildung 53: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bewertung“ im Terrorismusframe des Parlaments

Abbildung 54: Die Veränderung des prototypischen Elements „Handlungsempfehlung“ im Terrorismusframe des Parlaments

Abbildung 55: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bezogen auf“ im Terrorismusframe der Medien

Abbildung 56: Die Veränderung des prototypischen Elements „Ursache“ im Terrorismusframe der Medien

Abbildung 57: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bewertung“ im Terrorismusframe der Medien

Abbildung 58: Die Veränderung des prototypischen Elements „Handlungsempfehlung“ im Terrorismusframe der Medien

Abbildung 59: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bezogen auf“ im Sicherheitsframe des Parlaments

Abbildung 60: Die Veränderung des prototypischen Elements „Ursache“ im Sicherheitsframe des Parlaments

Abbildung 61: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bewertung“ im Sicherheitsframe des Parlaments

Abbildung 62: Die Veränderung des prototypischen Elements „Handlungsempfehlung“ im Sicherheitsframe des Parlaments

Abbildung 63: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bezogen auf“ im Sicherheitsframe der Medien

Abbildung 64: Die Veränderung des prototypischen Elements „Ursache“ im Sicherheitsframe der Medien

Abbildung 65: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bewertung“ im Sicherheitsframe der Medien

Abbildung 66: Die Veränderung des prototypischen Elements „Handlungsempfehlung“ im Sicherheitsframe der Medien

Abbildung 67: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bezogen auf“ im Humanitäre Lage-Frame des Parlaments

Abbildung 68: Die Veränderung des prototypischen Elements „Ursache“ im Humanitäre Lage-Frame des Parlaments

Abbildung 69: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bewertung“ im Humanitäre Lage-Frame des Parlaments

Abbildung 70: Die Veränderung des prototypischen Elements „Handlungsempfehlung“ im Humanitäre Lage-Frame des Parlaments

Abbildung 71: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bezogen auf“ im Humanitäre Lage-Frame der Medien

Abbildung 72: Die Veränderung des prototypischen Elements „Ursache“ im Humanitäre Lage-Frame der Medien

Abbildung 73: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bewertung“ im Humanitäre Lage-Frame der Medien

Abbildung 74: Die Veränderung des prototypischen Elements „Handlungsempfehlung“ im Humanitäre Lage-Frame der Medien

Abbildung 75: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bezogen auf“ im Instabilitätsframe des Parlaments

Abbildung 76: Die Veränderung des prototypischen Elements „Ursache“ im Instabilitätsframe des Parlaments

Abbildung 77: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bewertung“ im Instabilitätsframe des Parlaments

Abbildung 78: Die Veränderung des prototypischen Elements „Handlungsempfehlung“ im Instabilitätsframe des Parlaments

Abbildung 79: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bezogen auf“ im Instabilitätsframe der Medien

Abbildung 80: Die Veränderung des prototypischen Elements „Ursache“ im Instabilitätsframe der Medien

Abbildung 81: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bewertung“ im Instabilitätsframe der Medien

Abbildung 82: Die Veränderung des prototypischen Elements „Handlungsempfehlung“ im Instabilitätsframe der Medien

Abbildung 83: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bezogen auf“ im Performanzframe des Parlaments

Abbildung 84: Die Veränderung des prototypischen Elements „Ursache“ im Performanzframe des Parlaments

Abbildung 85: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bewertung“ im Performanzframe des Parlaments

Abbildung 86: Die Veränderung des prototypischen Elements „Handlungsempfehlung“ im Performanzframe des Parlaments

Abbildung 87: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bezogen auf“ im Performanzframe der Medien

Abbildung 88: Die Veränderung des prototypischen Elements „Ursache“ im Performanzframe der Medien

Abbildung 89: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bewertung“ im Performanzframe der Medien

Abbildung 90: Die Veränderung des prototypischen Elements „Handlungsempfehlung“ im Performanzframe der Medien

Abbildung 91: Die Veränderung des Elements „Ursache“ im Terrorismusframe des Parlaments

Abbildung 92: Die Veränderung des Elements „Bewertung“ im Terrorismusframe des Parlaments

Abbildung 93: Die Veränderung des Elements „Handlungsempfehlung“ im Terrorismusframe des Parlaments

Abbildung 94: Die Veränderung des Elements „Ursache“ im Terrorismusframe der Medien

Abbildung 95: Die Veränderung des Elements „Bewertung“ im Terrorismusframe der Medien

Abbildung 96: Die Veränderung des Elements „Handlungsempfehlung“ im Terrorismusframe der Medien

Abbildung 97: Die Veränderung des Elements „Ursache“ im Sicherheitsframe des Parlaments

Abbildung 98: Die Veränderung des Elements „Bewertung“ im Sicherheitsframe des Parlaments

Abbildung 99: Die Veränderung des Elements „Handlungsempfehlung“ im Sicherheitsframe des Parlaments

Abbildung 100: Die Veränderung des Elements „Ursache“ im Sicherheitsframe der Medien

Abbildung 101: Die Veränderung des Elements „Bewertung“ im Sicherheitsframe der Medien

Abbildung 102: Die Veränderung des Elements „Handlungsempfehlung“ im Sicherheitsframe der Medien

Abbildung 103: Die Veränderung des Elements „Ursache“ im Humanitäre Lage-Frame des Parlaments

Abbildung 104: Die Veränderung des Elements „Bewertung“ im Humanitäre Lage-Frame des Parlaments

Abbildung 105: Die Veränderung des Elements „Handlungsempfehlung“ im Humanitäre Lage-Frame des Parlaments

Abbildung 106: Die Veränderung des Elements „Ursache“ im Humanitäre Lage-Frame der Medien

Abbildung 107: Die Veränderung des Elements „Bewertung“ im Humanitäre Lage-Frame der Medien

Abbildung 108: Die Veränderung des Elements „Handlungsempfehlung“ im Humanitäre Lage-Frame der Medien

Abbildung 109: Die Veränderung des Elements „Ursache“ im Instabilitätsframe des Parlaments

Abbildung 110: Die Veränderung des Elements „Bewertung“ im Instabilitätsframe des Parlaments

Abbildung 111: Die Veränderung des Elements „Handlungsempfehlung“ im Instabilitätsframe des Parlaments

Abbildung 112: Die Veränderung des Elements „Ursache“ im Instabilitätsframe der Medien

Abbildung 113: Die Veränderung des Elements „Bewertung“ im Instabilitätsframe der Medien

Abbildung 114: Die Veränderung des Elements „Handlungsempfehlung“ im Instabilitätsframe der Medien

Abbildung 115: Die Veränderung des Elements „Ursache“ im Performanzframe des Parlaments

Abbildung 116: Die Veränderung des Elements „Bewertung“ im Performanzframe des Parlaments

Abbildung 117: Die Veränderung des Elements „Handlungsempfehlung“ im Performanzframe des Parlaments

Abbildung 118: Die Veränderung des Elements „Ursache“ im Performanzframe der Medien

Abbildung 119: Die Veränderung des Elements „Bewertung“ im Performanzframe der Medien

Abbildung 120: Die Veränderung des Elements „Handlungsempfehlung“ im Performanzframe der Medien

Abbildung 121: Legitimatorische und Performatorische Handlungsempfehlungen in den Medien im zeitlichen Verlauf

Abbildung 122: Die Vollständigkeit der Frames im Parlament

Abbildung 123: Die Vollständigkeit der Frames in den Medien

Abbildung 124: Die Tendenz aller Frames im Parlament

Abbildung 125: Die Tendenz aller Frames im Parlament im zeitlichen Verlauf (*im Text*)

Abbildung 126: Trendlinien - Die Tendenz aller Frames im Parlament im zeitlichen Verlauf

Abbildung 127: Die Tendenz aller Frames in den Medien

Abbildung 128: Die Tendenz aller Frames in den Medien im zeitlichen Verlauf (*im Text*)

Abbildung 129: Trendlinien - Die Tendenz aller Frames in den Medien im zeitlichen Verlauf

Abbildung 130: Die Tendenz aller Frames pro Medium

Abbildung 131: Die Tendenz der Frames im Vergleich zwischen Parlament und Medien (*im Text*)

Abbildungen:

Abbildung 1: Zustimmung zum Afghanistan-Einsatz in der deutschen Bevölkerung (im Text)

Abbildung 2: Modifizierte Neun-Felder-Matrix nach Scheufele (im Text)

Abbildung 3: Die Frames in der parlamentarischen Debatte (im Text)

Abbildung 4: Der Anteil an Terrorismusframes pro Partei

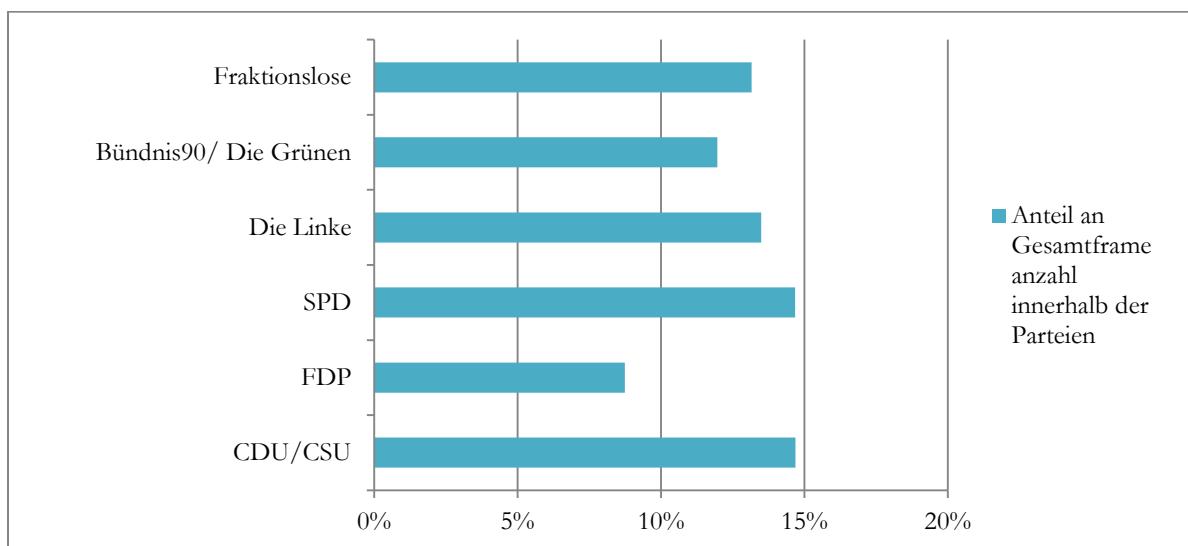


Abbildung 5: Der Anteil an Sicherheitsframes pro Partei

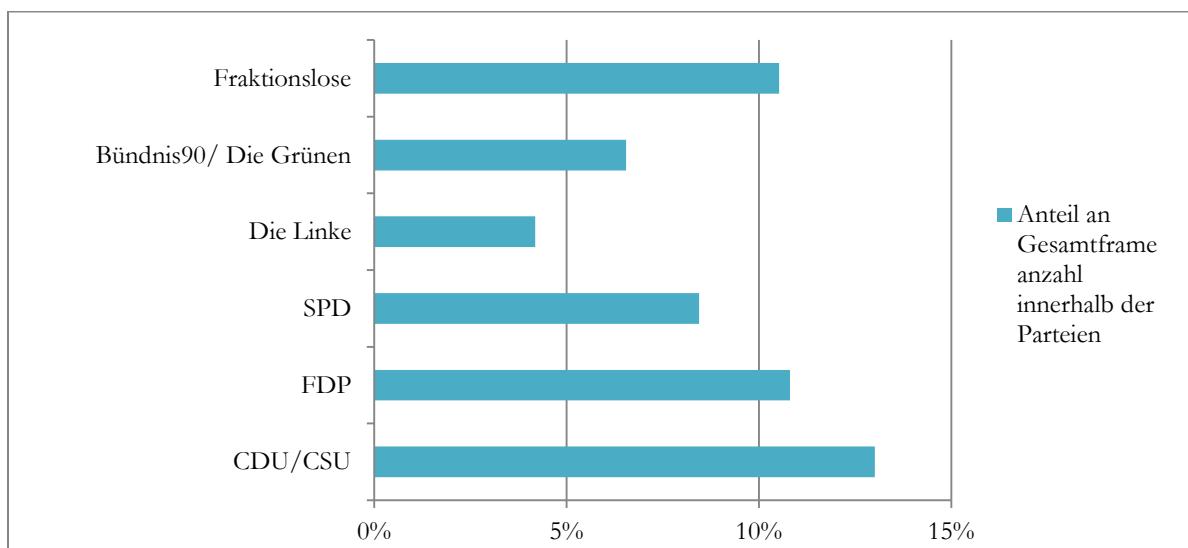


Abbildung 6: Der Anteil an Humanitäre Lage-Frames pro Partei

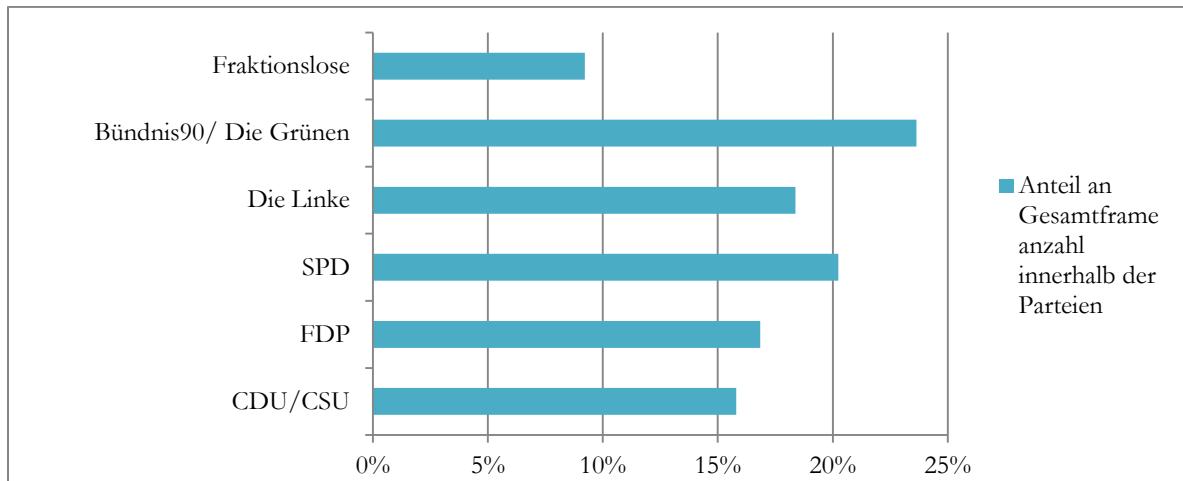


Abbildung 7: Der Anteil an Instabilitätsframes pro Partei

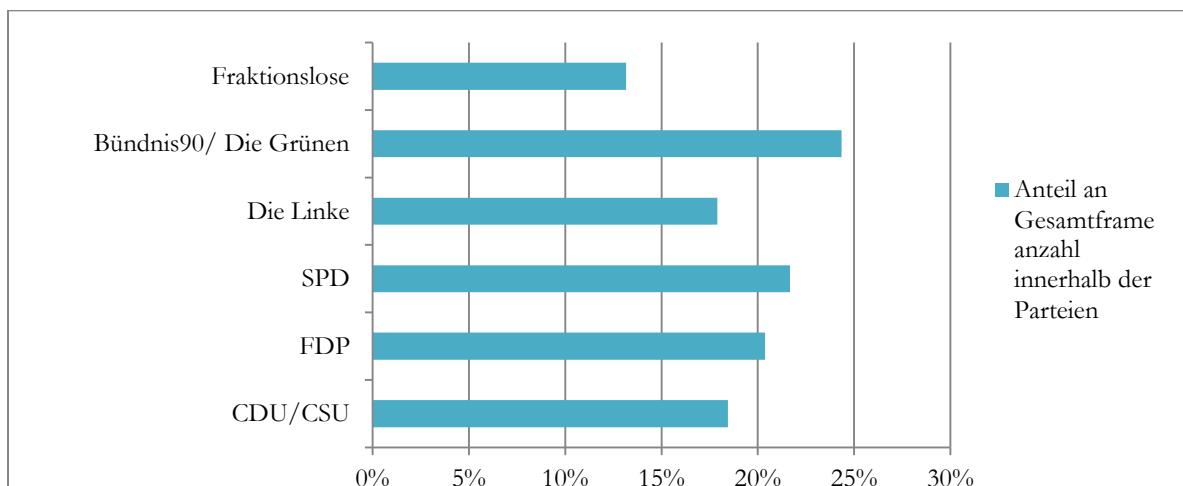


Abbildung 8: Der Anteil an Drogenframes pro Partei

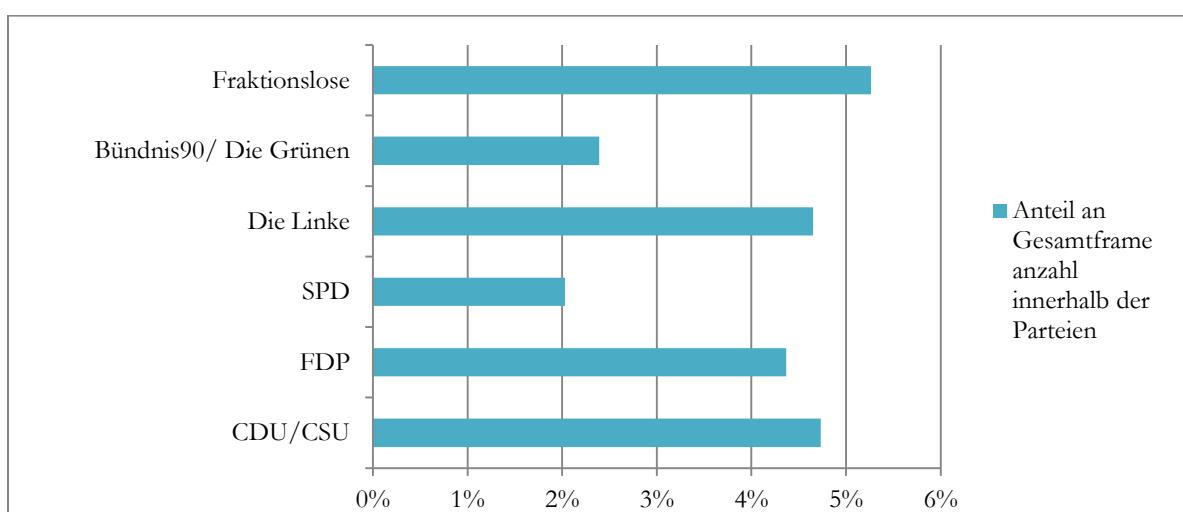


Abbildung 9: Der Anteil an Rentabilitätsframes pro Partei

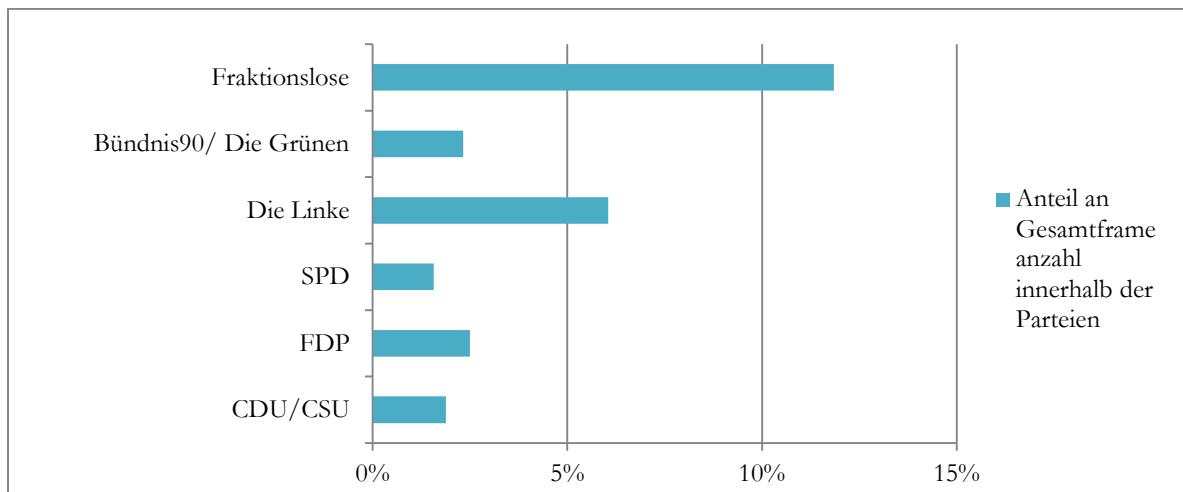


Abbildung 10: Der Anteil an Westliche Werte-Frames pro Partei

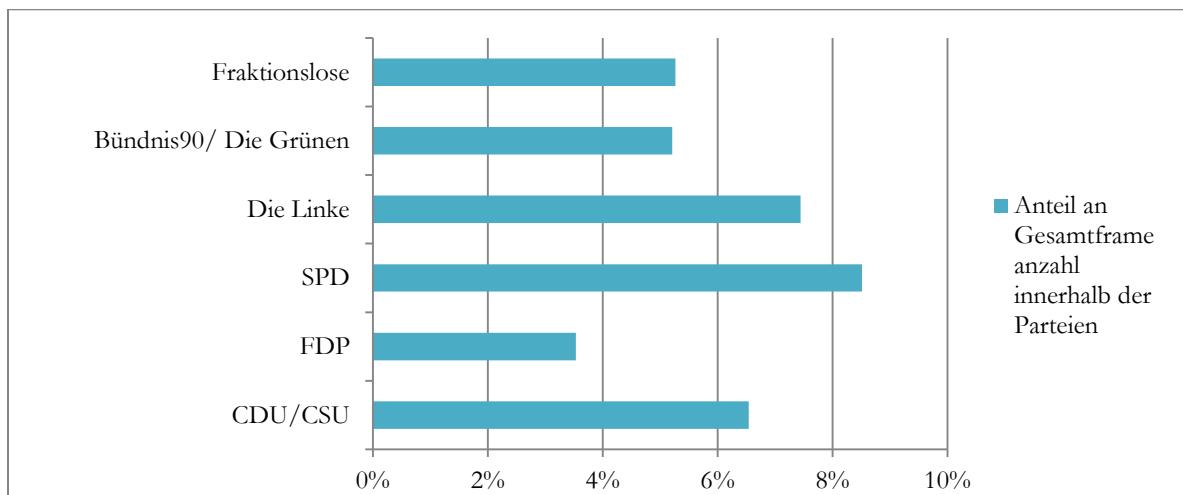


Abbildung 11: Der Anteil an Solidaritätsframes pro Partei

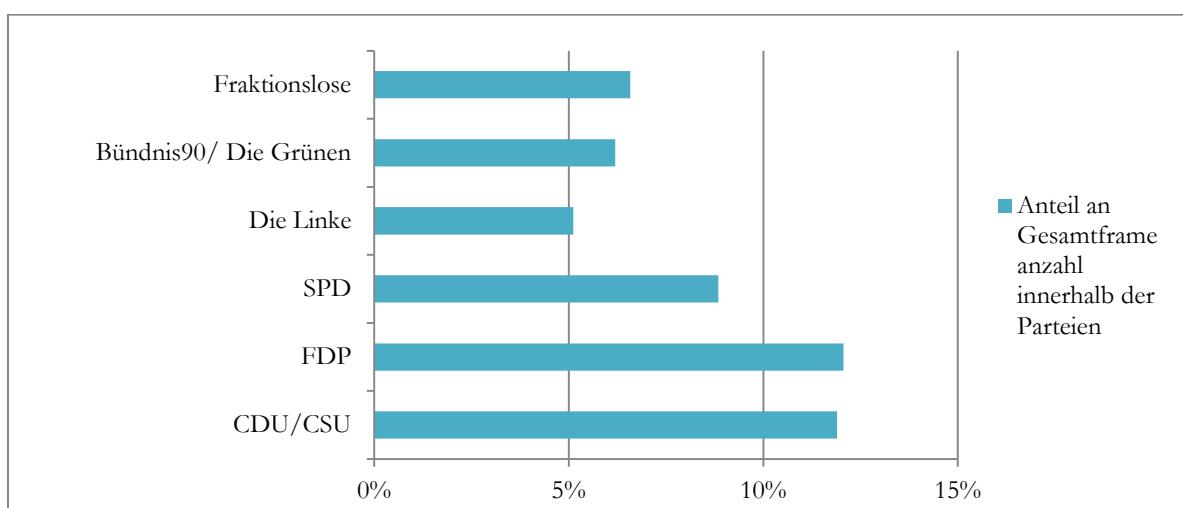


Abbildung 12: Der Anteil an Pazifismusframes pro Partei

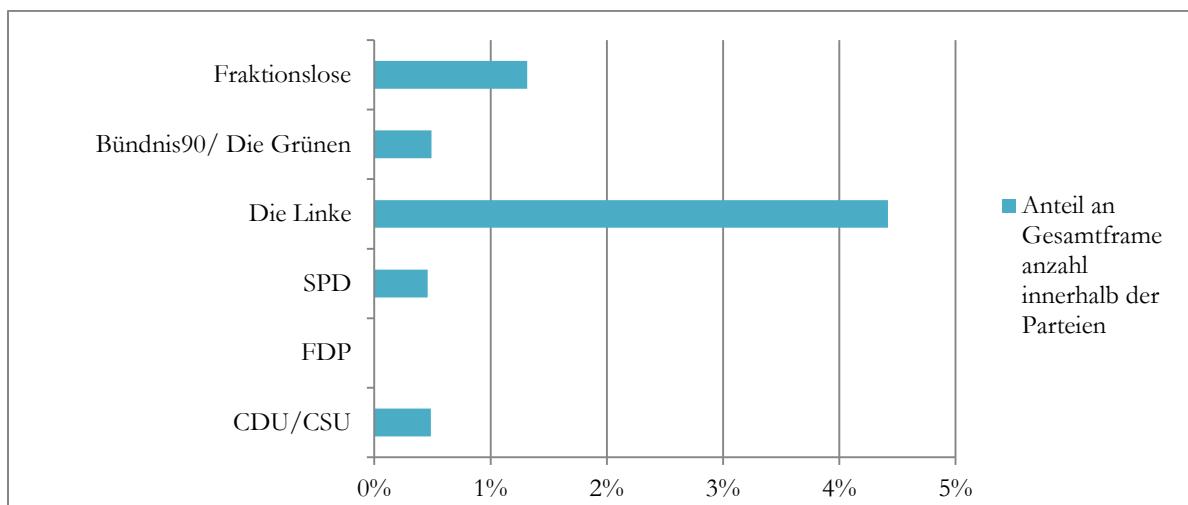


Abbildung 13: Der Anteil an Gesetzliche Grundlage-Frames pro Partei

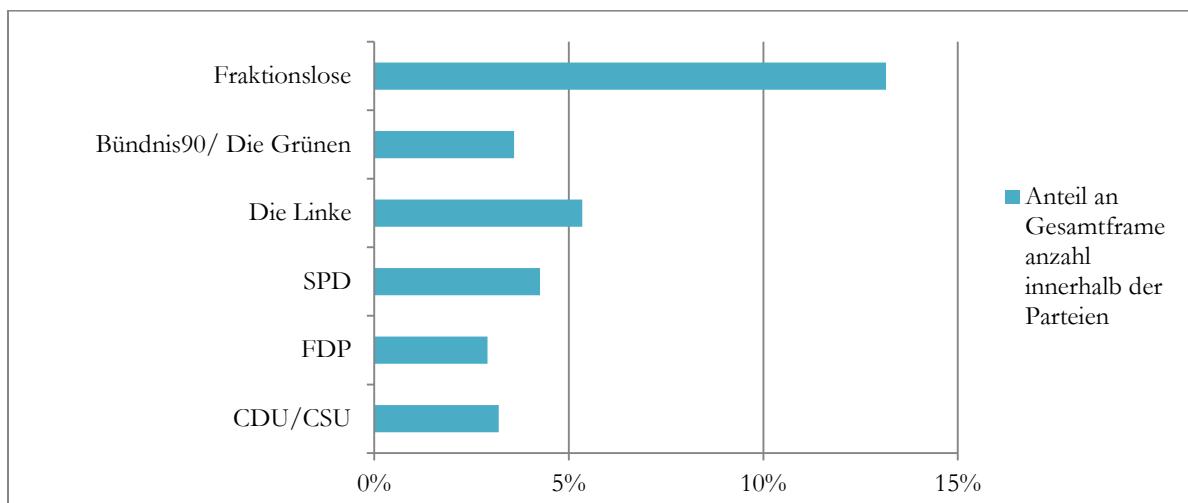


Abbildung 14: Der Anteil an Performanzframes pro Partei

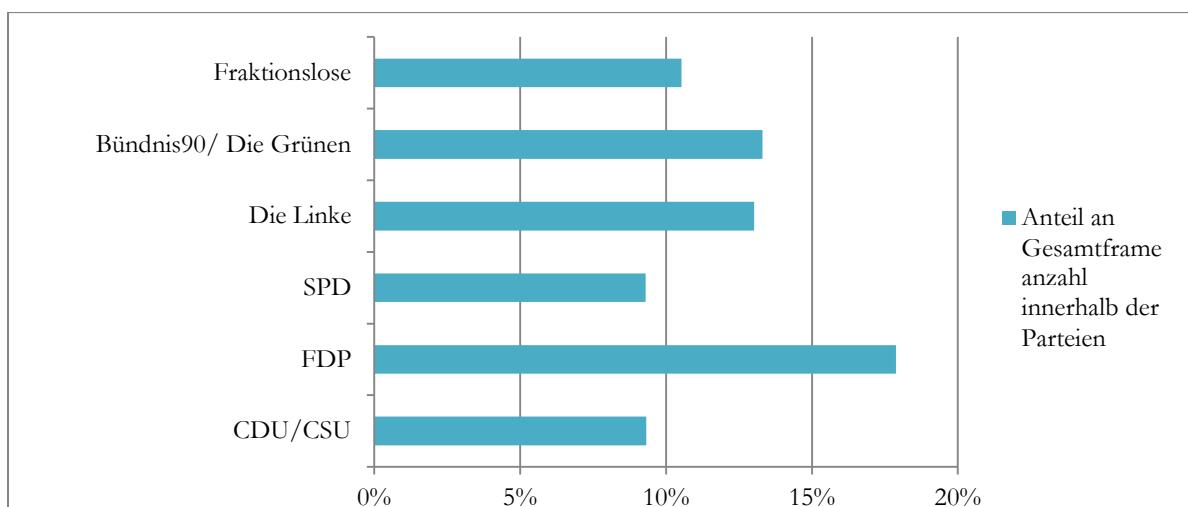


Abbildung 15: Die Frames in der medialen Debatte (im Text)

Abbildung 16: Der Anteil der einzelnen Frames pro Medium

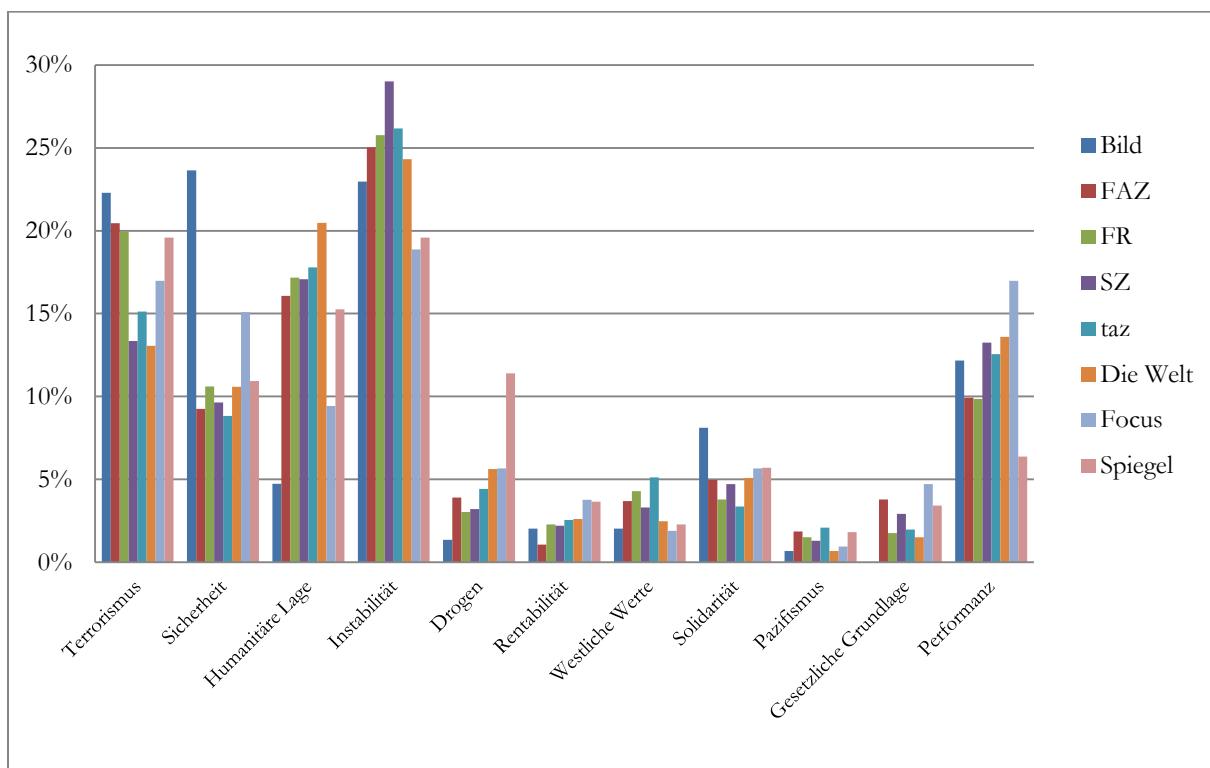


Abbildung 17: Die mittlere Abweichung der Frameanteile aller Medien von den Frameanteilen des Parlaments

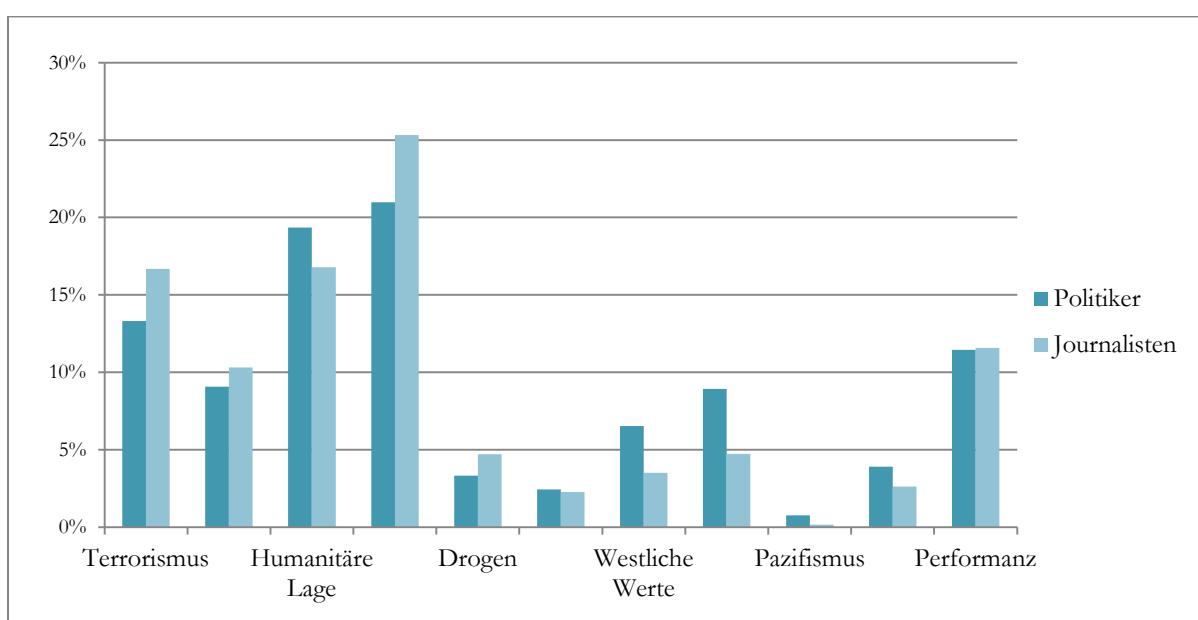


Abbildung 18: Die mittlere Abweichung der Frameanteile des Mediums Bild von den Frameanteilen des Parlaments

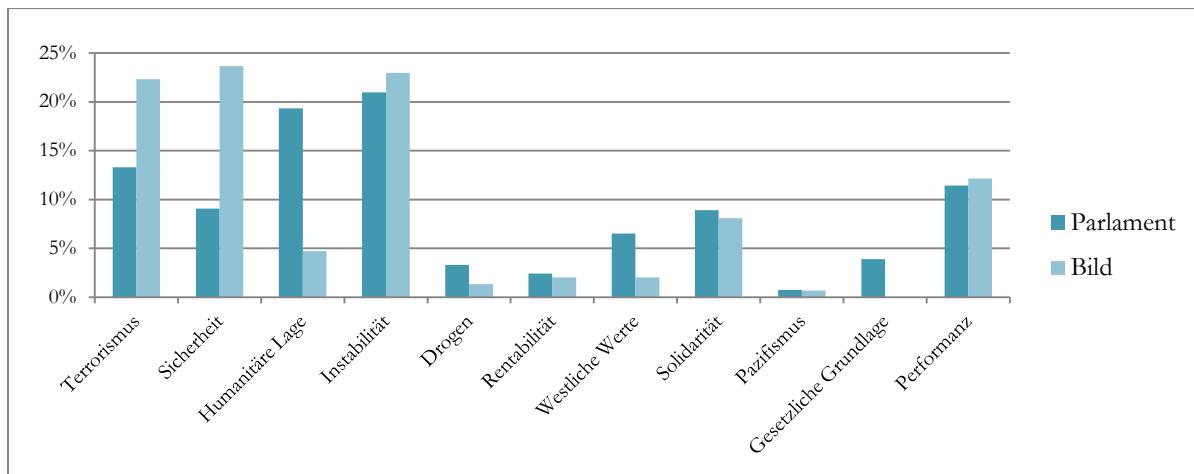


Abbildung 19: Die mittlere Abweichung der Frameanteile des Mediums FAZ von den Frameanteilen des Parlaments

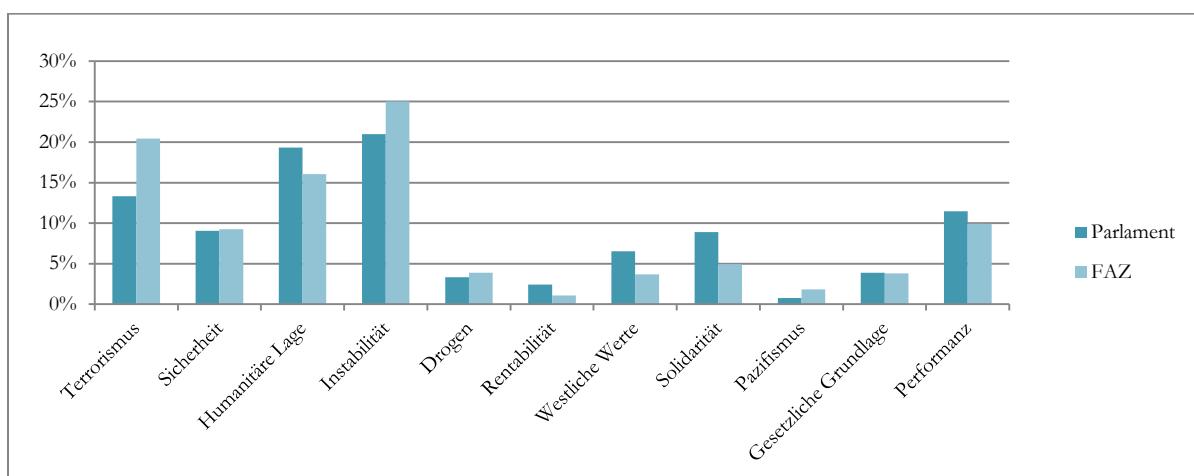


Abbildung 20: Die mittlere Abweichung der Frameanteile des Mediums FR von den Frameanteilen des Parlaments

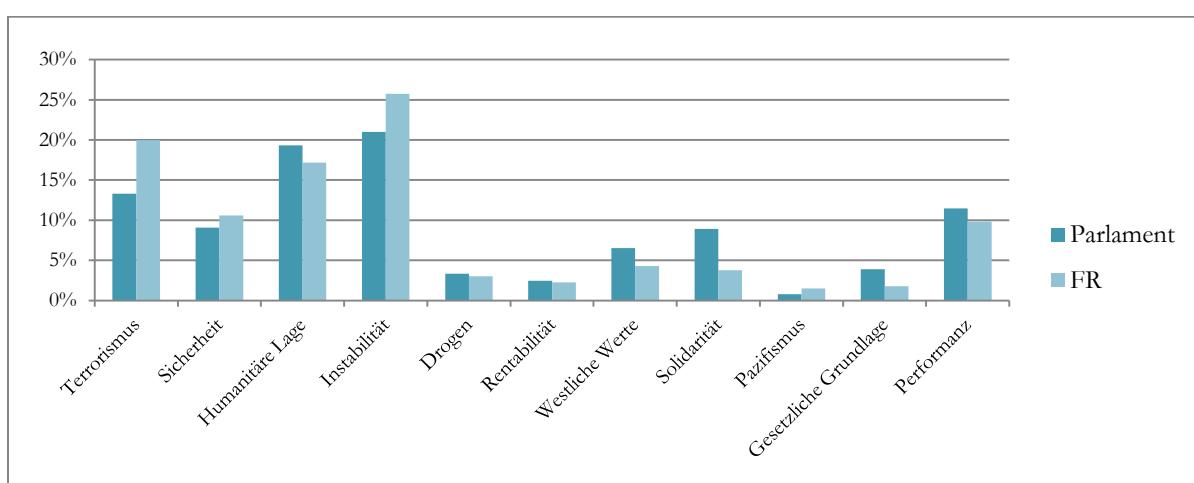


Abbildung 21: Die mittlere Abweichung der Frameanteile des Mediums SZ von den Frameanteilen des Parlaments

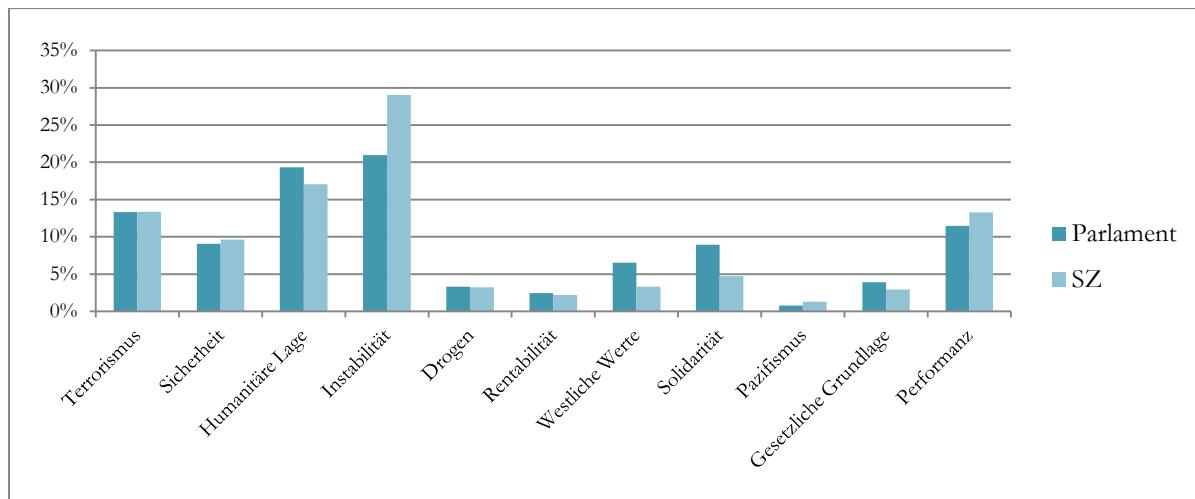


Abbildung 22: Die mittlere Abweichung der Frameanteile des Mediums taz von den Frameanteilen des Parlaments

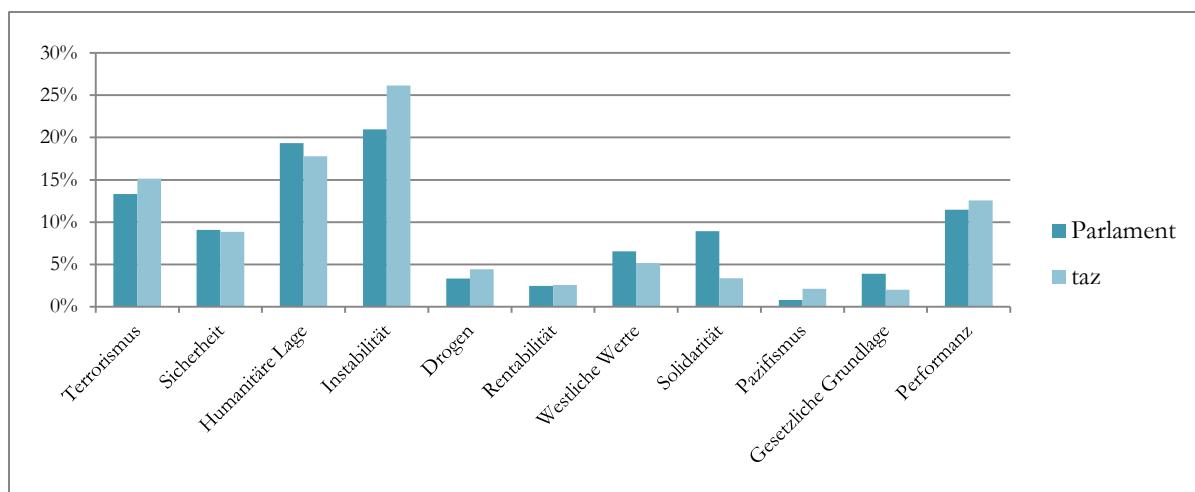


Abbildung 23: Die mittlere Abweichung der Frameanteile des Mediums Die Welt von den Frameanteilen des Parlaments

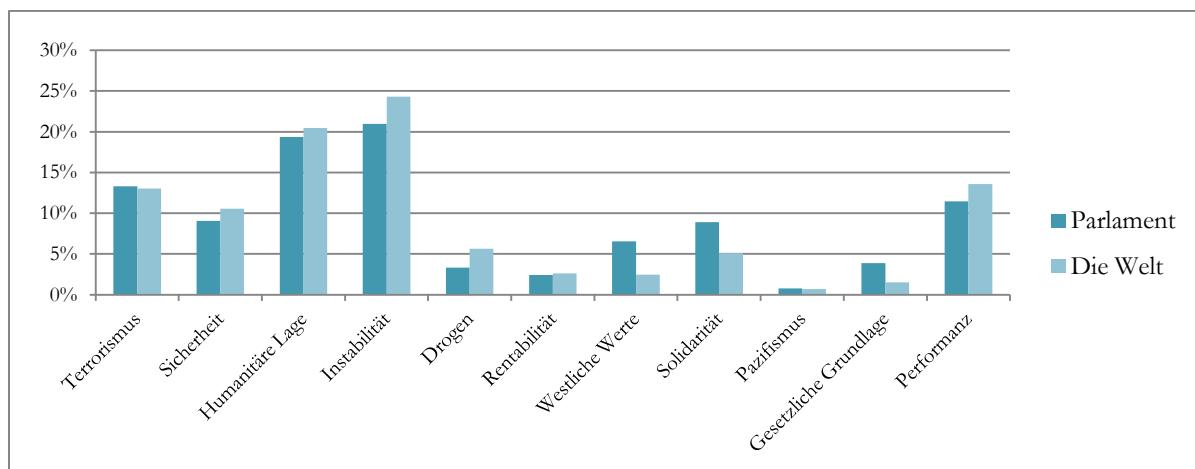


Abbildung 24: Die mittlere Abweichung der Frameanteile des Mediums Focus von den Frameanteilen des Parlaments

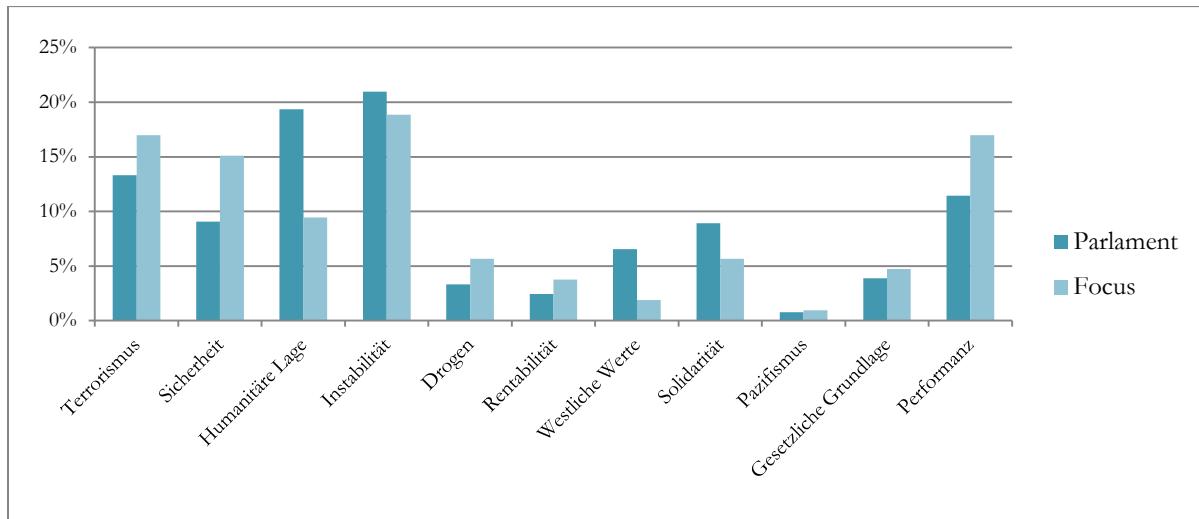


Abbildung 25: Die mittlere Abweichung der Frameanteile des Mediums Spiegel von den Frameanteilen des Parlaments

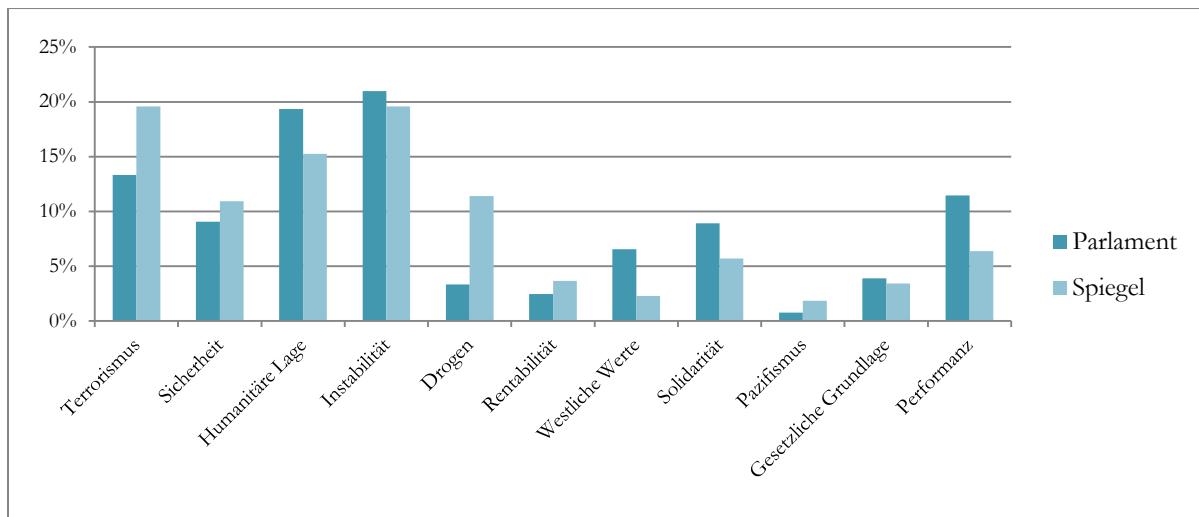


Abbildung 26: Die Frameverteilung bei berichtenden und kommentierenden Artikeln (im Text)

Abbildung 27: Die Tendenz der Frames bei berichtenden und kommentierenden Artikeln

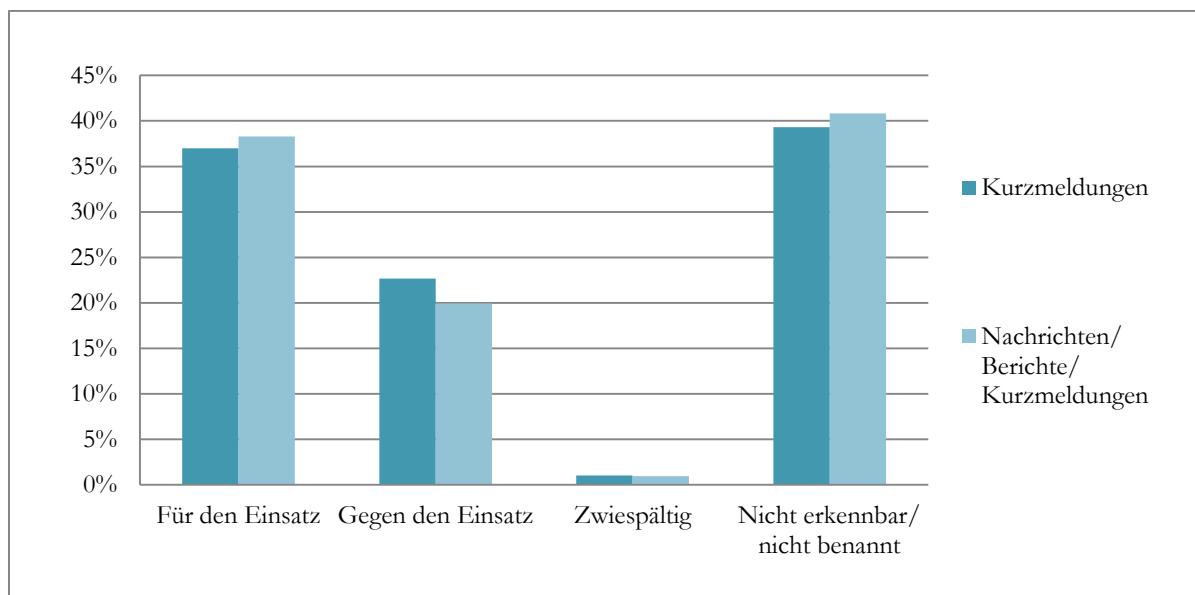


Abbildung 28: Die Anzahl der Frames pro Zeitraum in Parlament und Medien (im Text)

Abbildung 29: Der zeitliche Verlauf der Anteile der Frames „Terrorismus“, „Sicherheit“, „Humanitäre Lage“, „Instabilität“ und „Performanz“ im Parlament

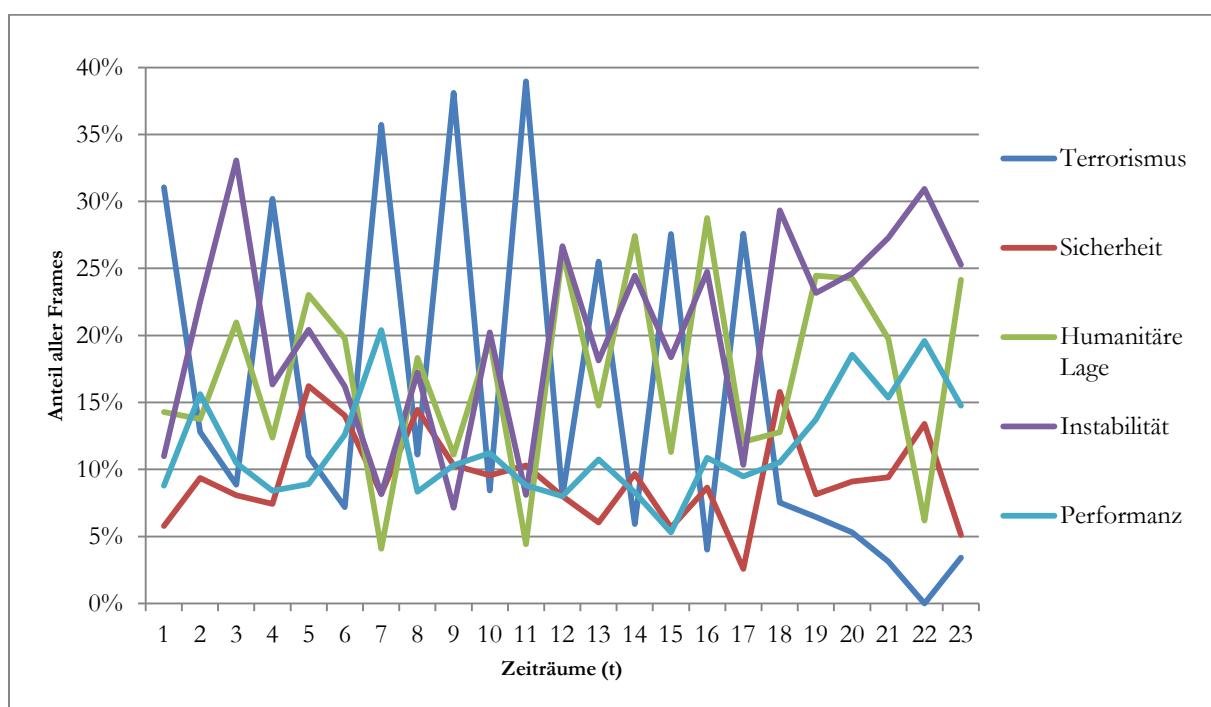


Abbildung 30: Der zeitliche Verlauf der Anteile der Frames „Drogen“, „Rentabilität“, „Westliche Werte“, „Solidarität“, „Pazifismus“ und „Gesetzliche Grundlage“ im Parlament

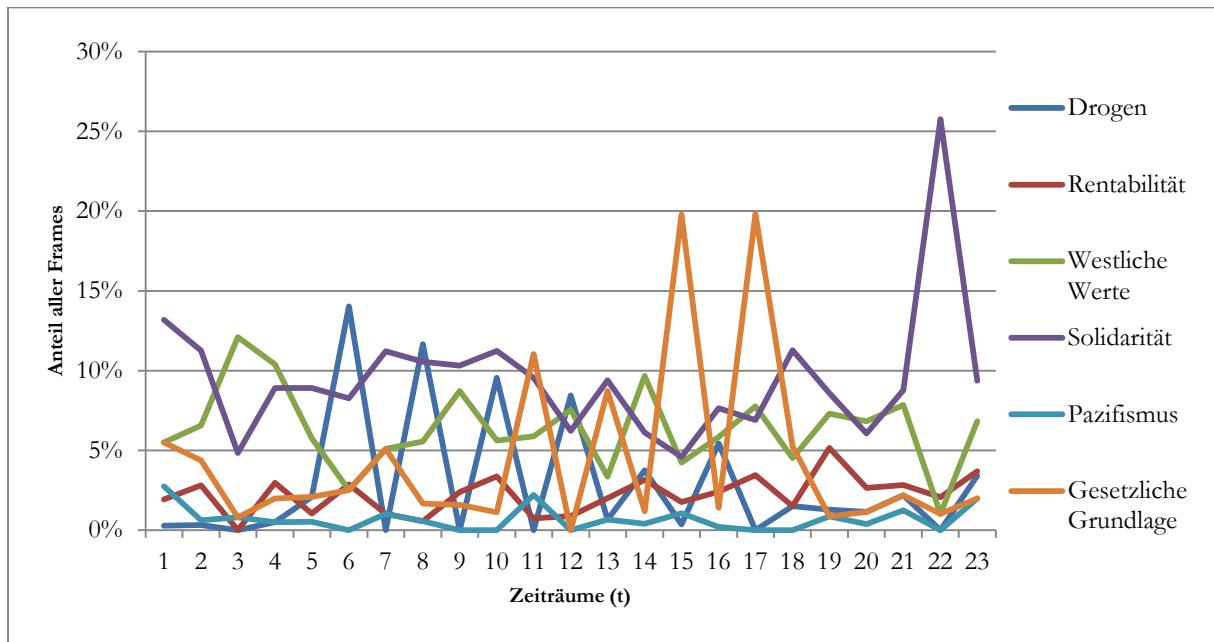


Abbildung 31: Der zeitliche Verlauf der Anteile der Frames „Terrorismus“, „Sicherheit“, „Humanitäre Lage“, „Instabilität“ und „Performanz“ in den Medien

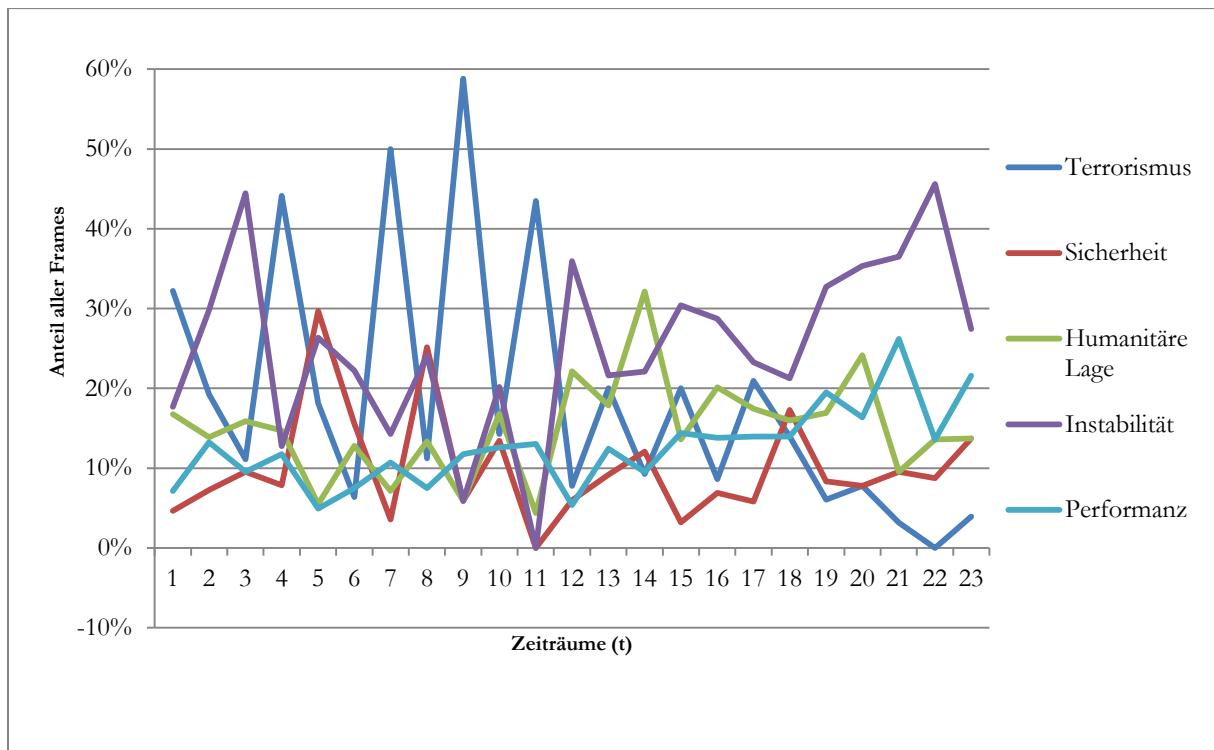


Abbildung 32: Der zeitliche Verlauf der Anteile der Frames „Drogen“, „Rentabilität“, „Westliche Werte“, „Solidarität“, „Pazifismus“ und „Gesetzliche Grundlage“ in den Medien

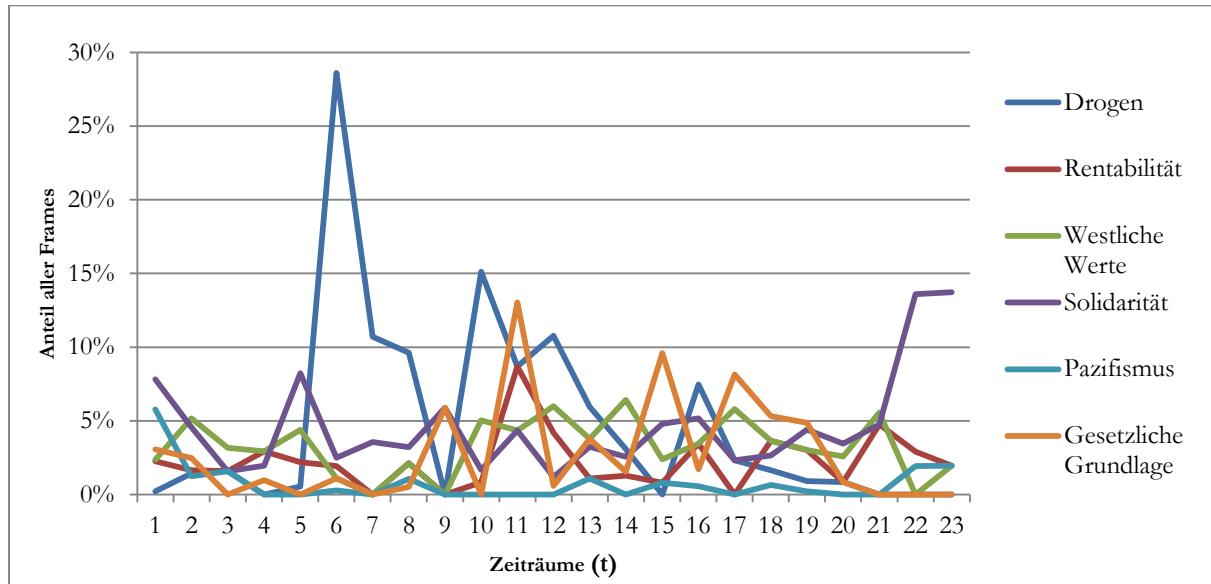


Abbildung 33: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Terrorismusframe des Parlaments (im Text)

Abbildung 34: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Terrorismusframe der Medien

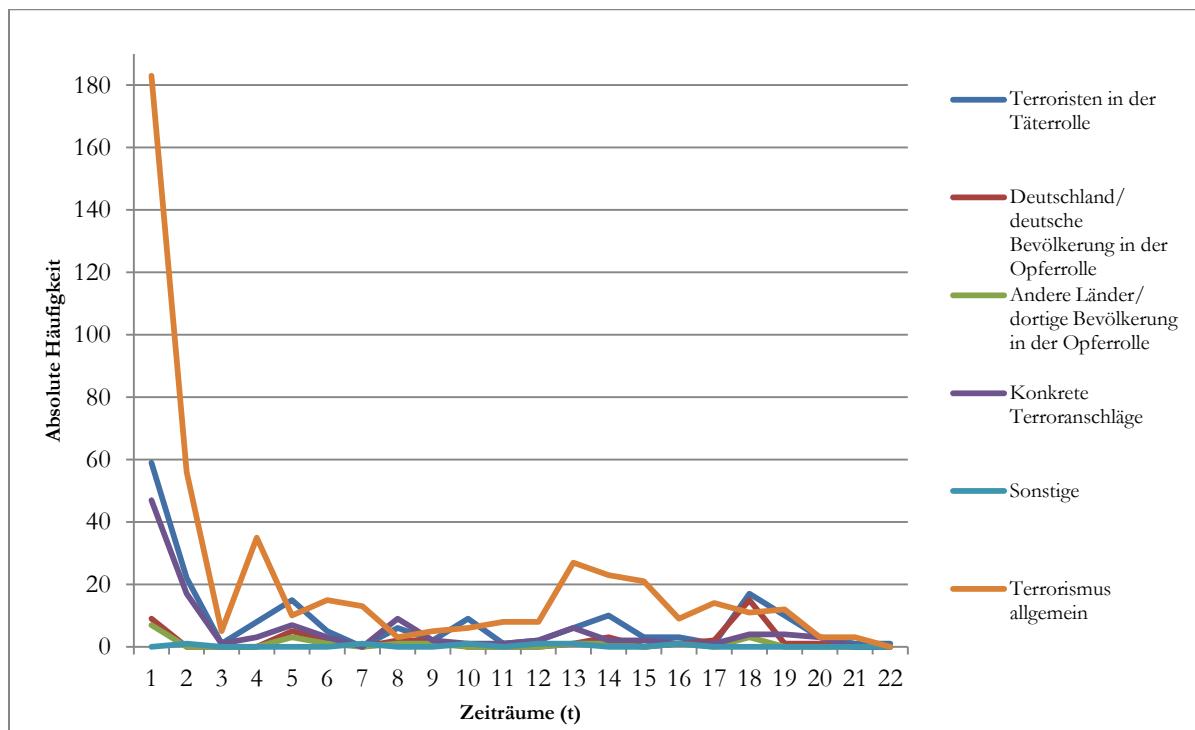


Abbildung 35: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Sicherheitsframe des Parlaments

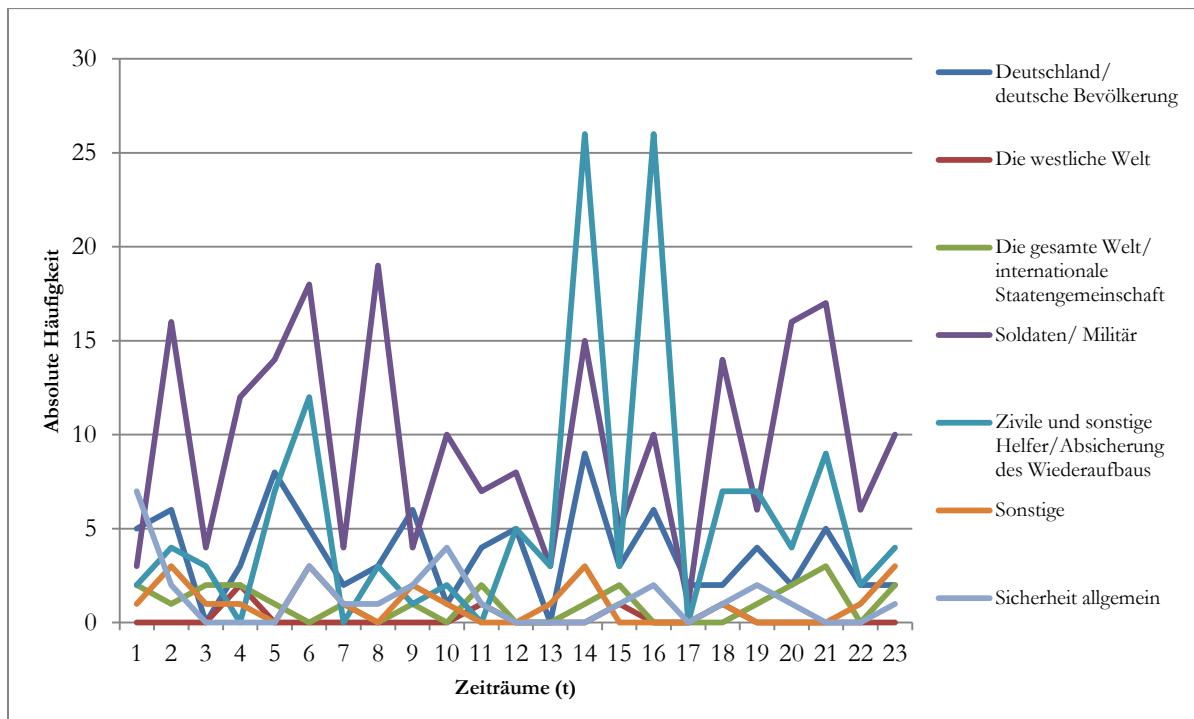


Abbildung 36: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Sicherheitsframe der Medien

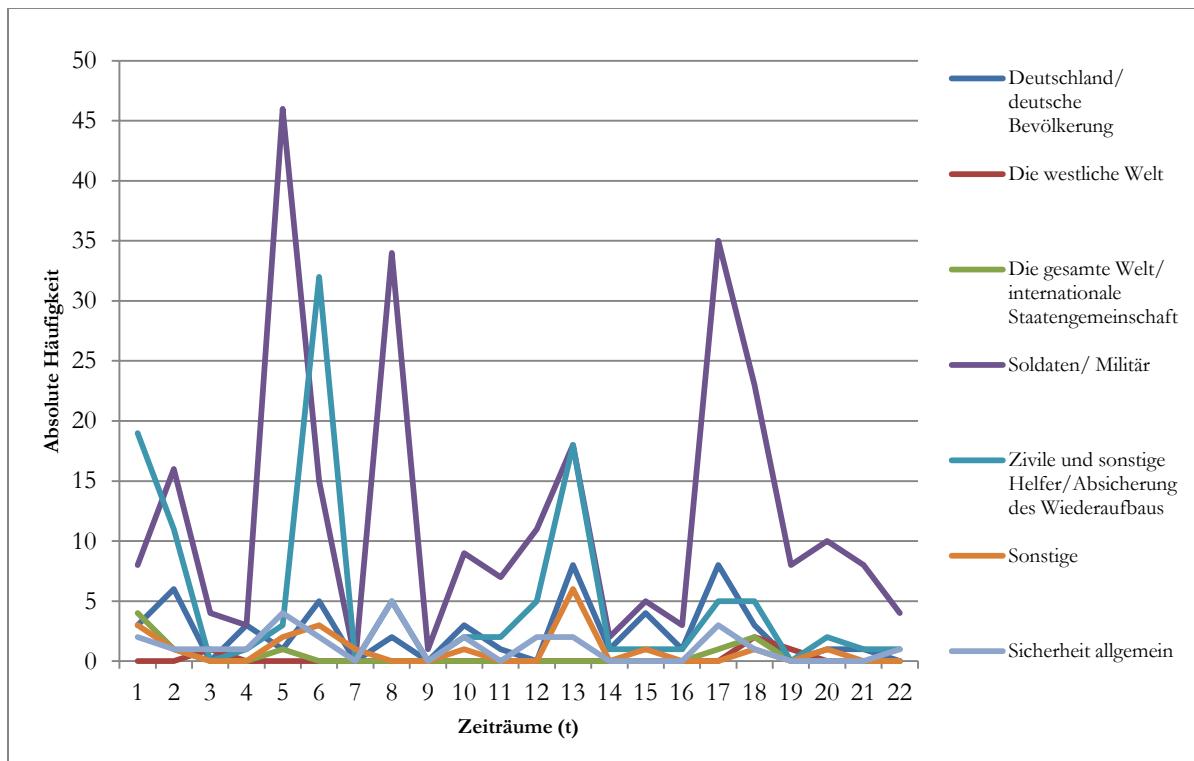


Abbildung 37: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Humanitäre Lage-Frame des Parlaments

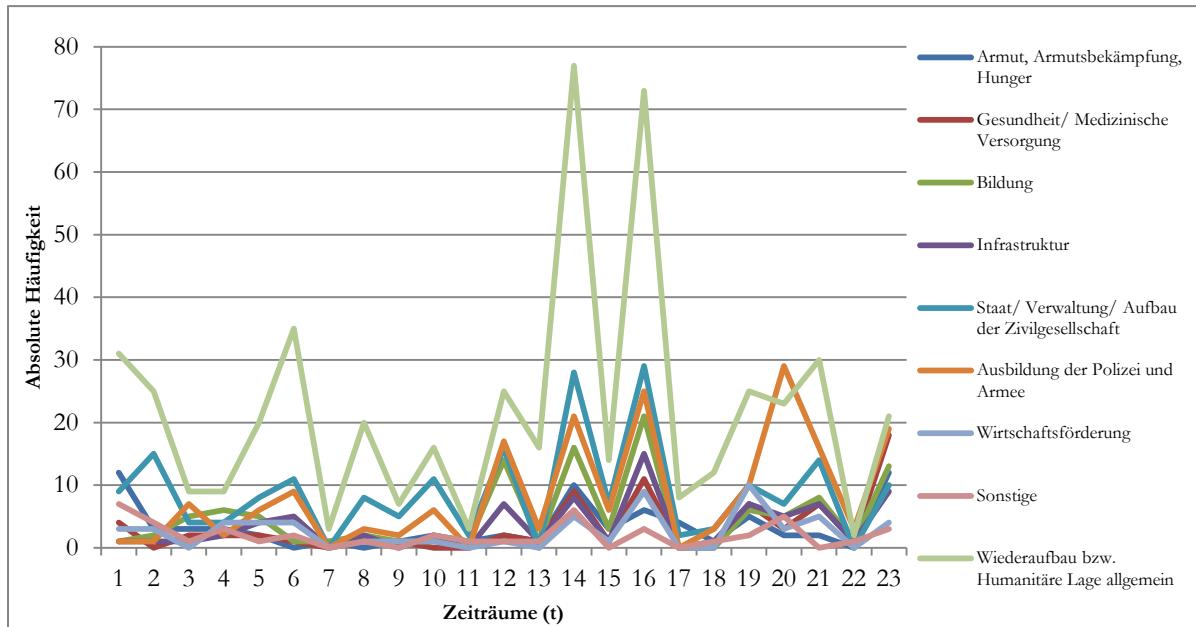


Abbildung 38: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Humanitäre Lage-Frame der Medien

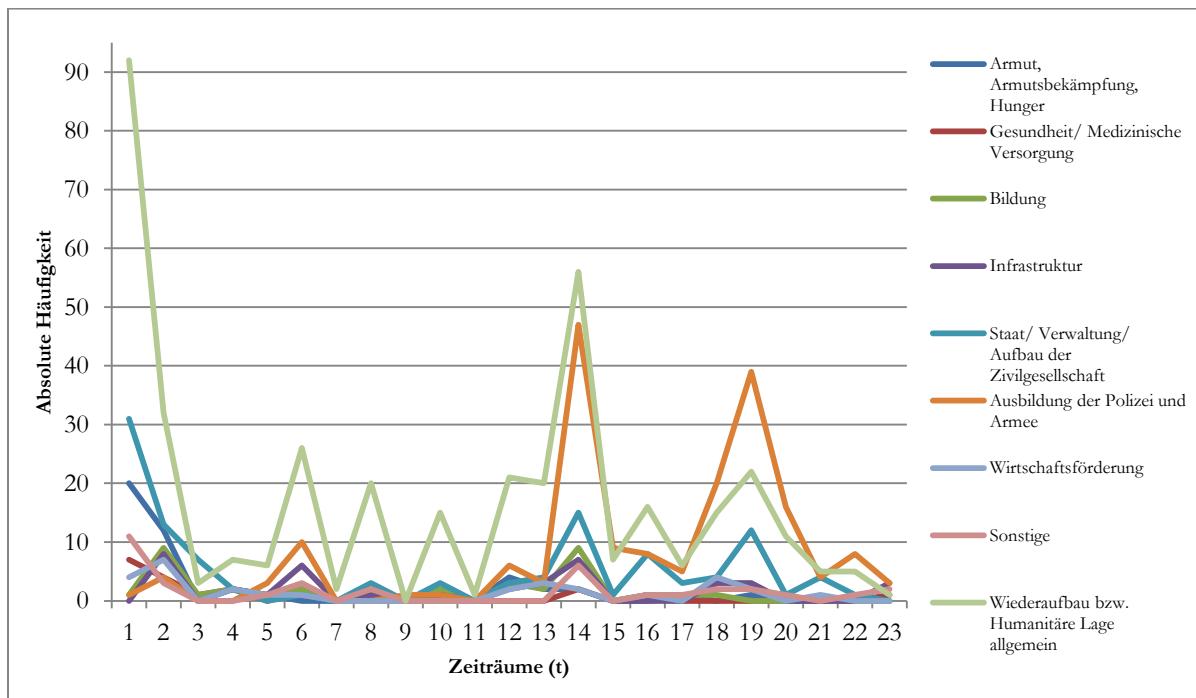


Abbildung 39: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Instabilitätsframe des Parlaments

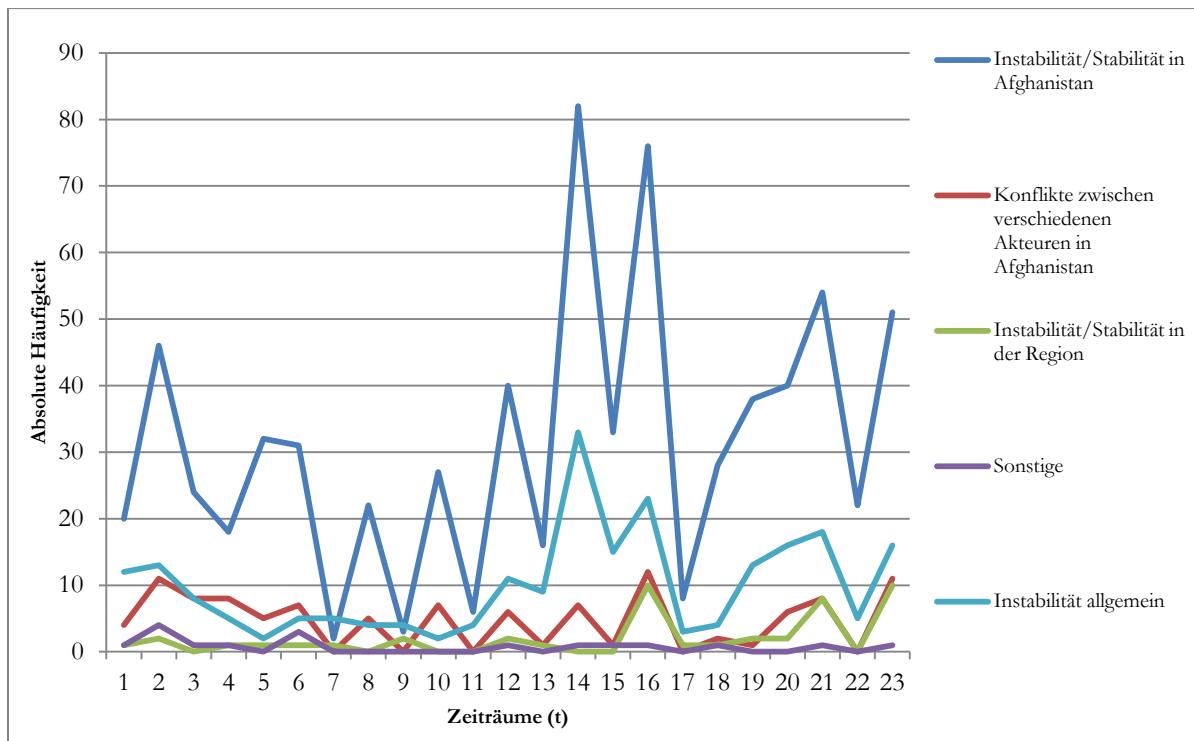


Abbildung 40: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Instabilitätsframe der Medien

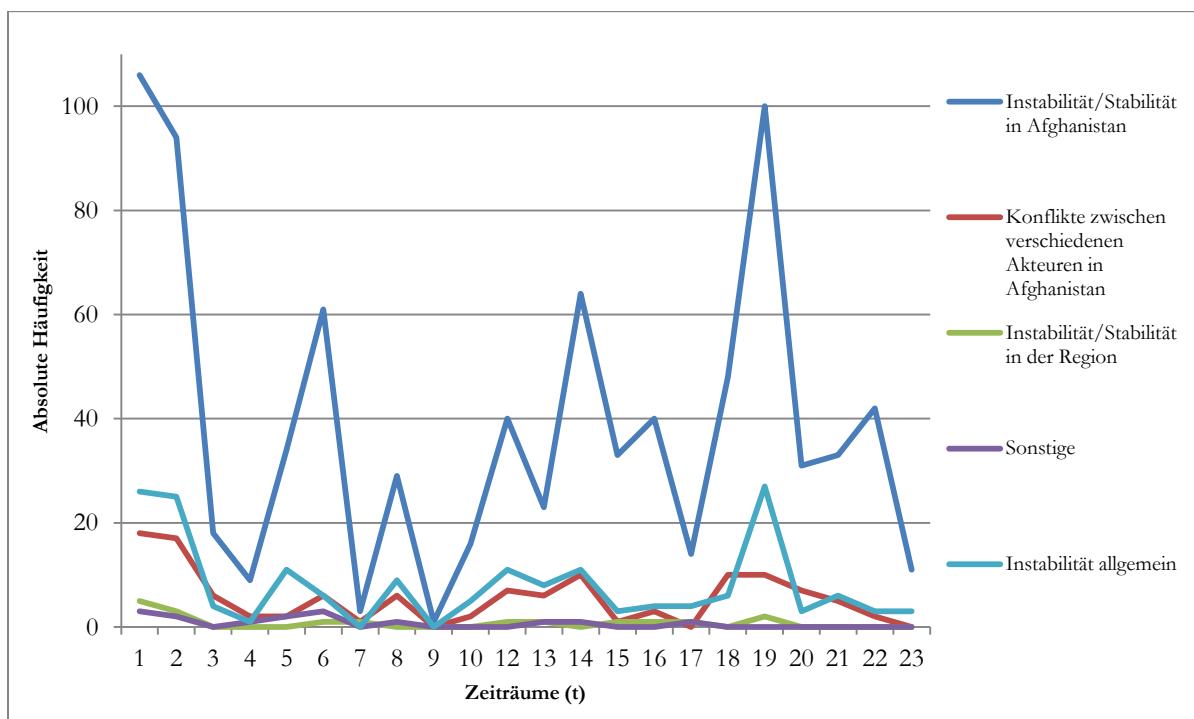


Abbildung 41: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Rentabilitätsframe des Parlaments

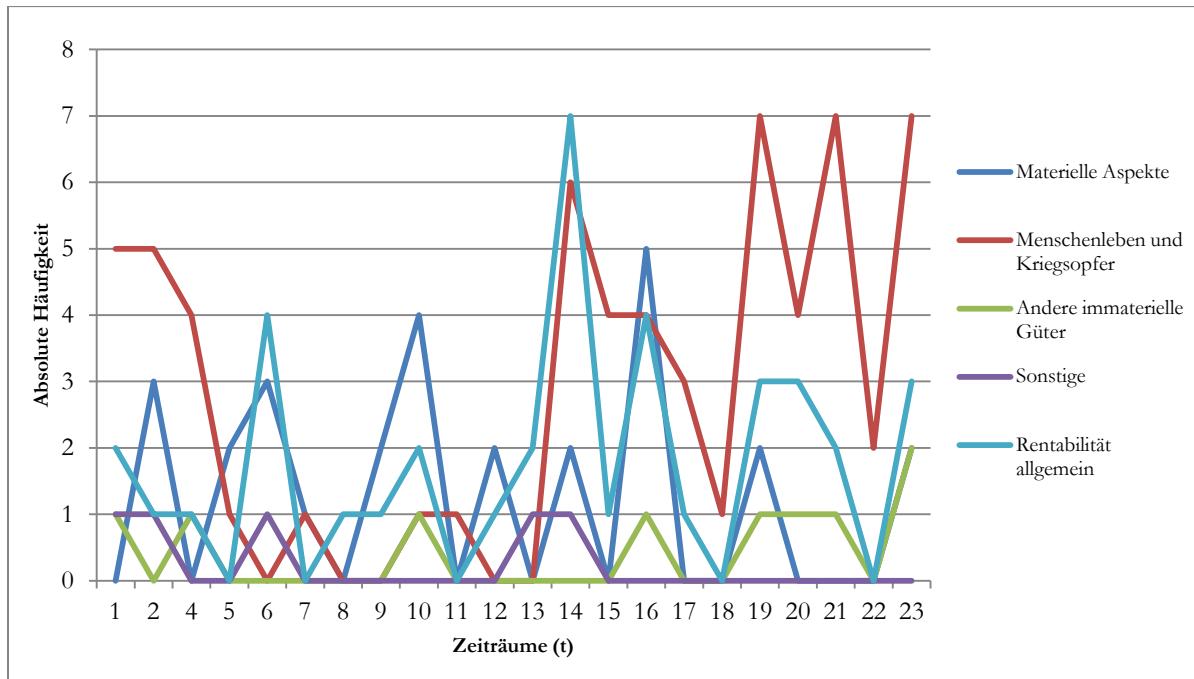


Abbildung 42: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Rentabilitätsframe der Medien

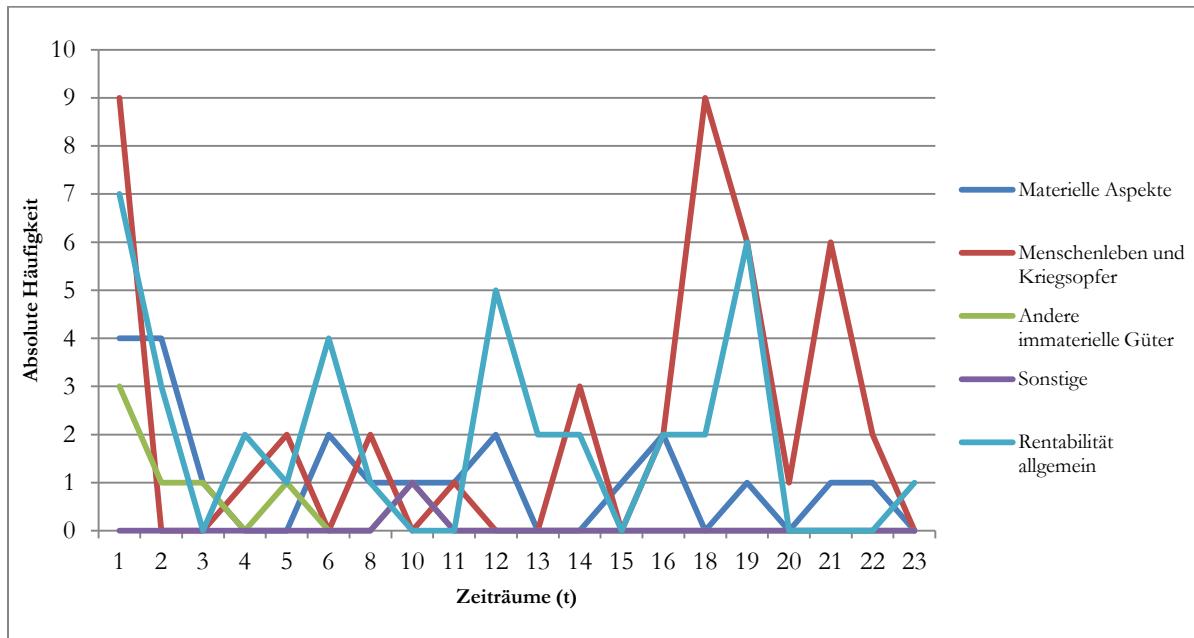


Abbildung 43: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Westliche Werte-Frame des Parlaments

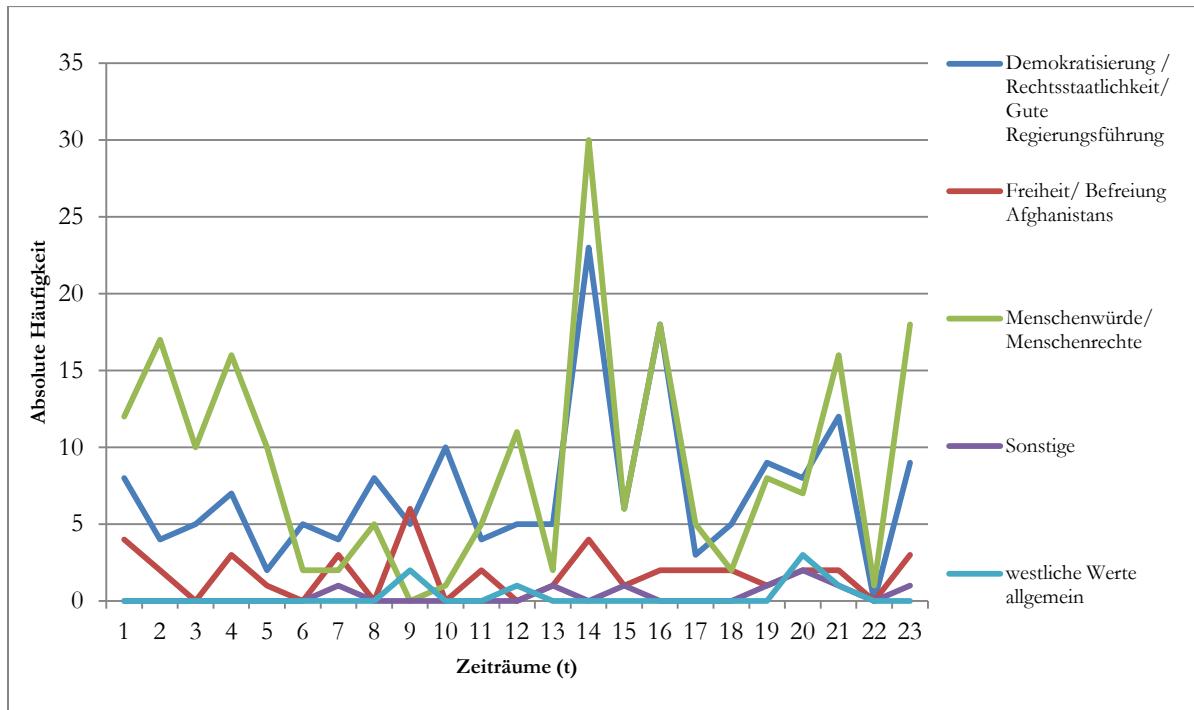


Abbildung 44: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Westliche Werte-Frame der Medien

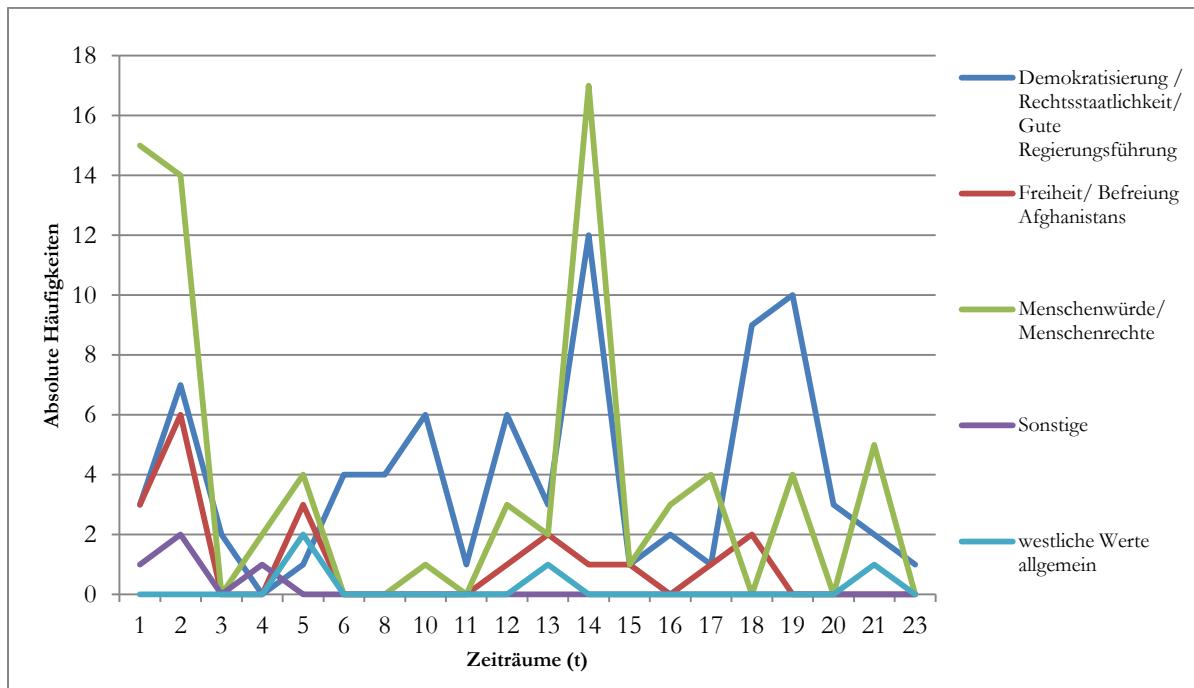


Abbildung 45: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Solidaritätsframe des Parlaments

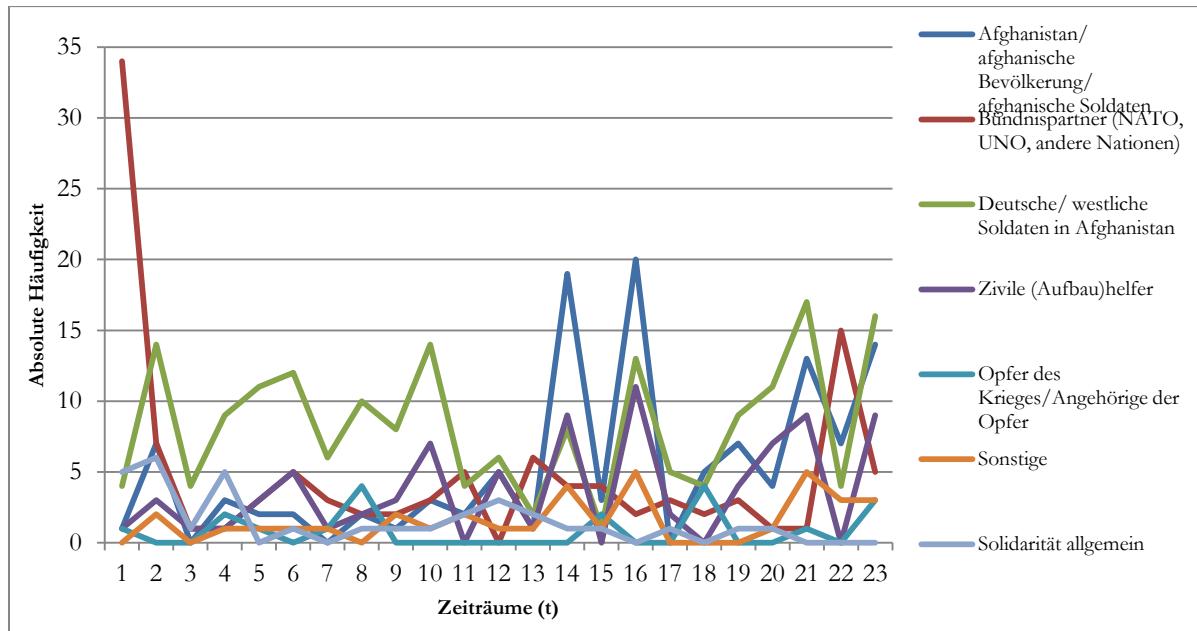


Abbildung 46: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Solidaritätsframe der Medien

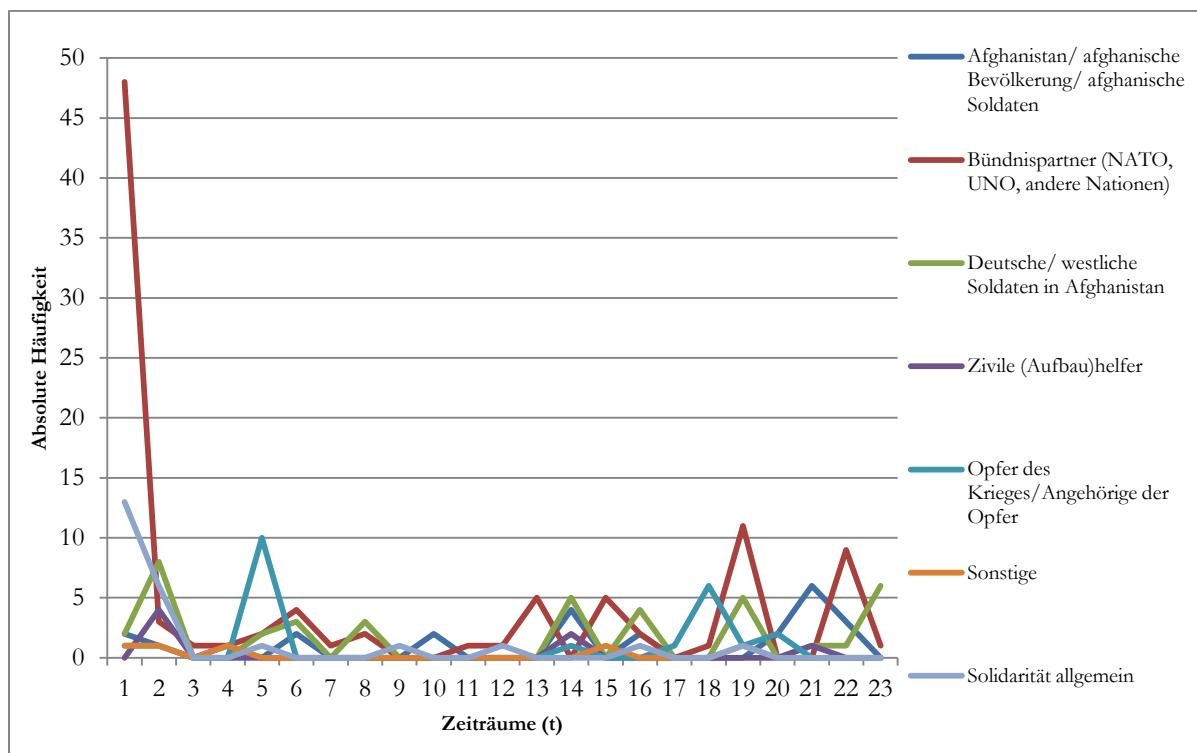


Abbildung 47: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Gesetzliche Grundlage-Frame des Parlaments

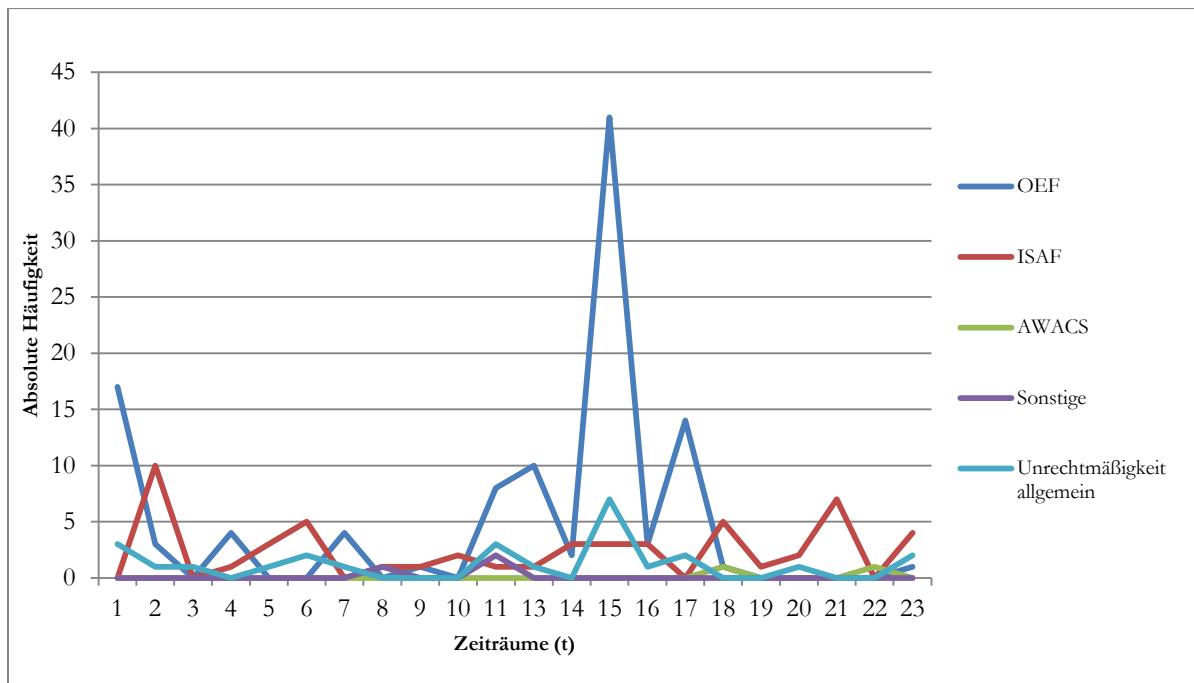


Abbildung 48: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Gesetzliche Grundlage-Frame der Medien

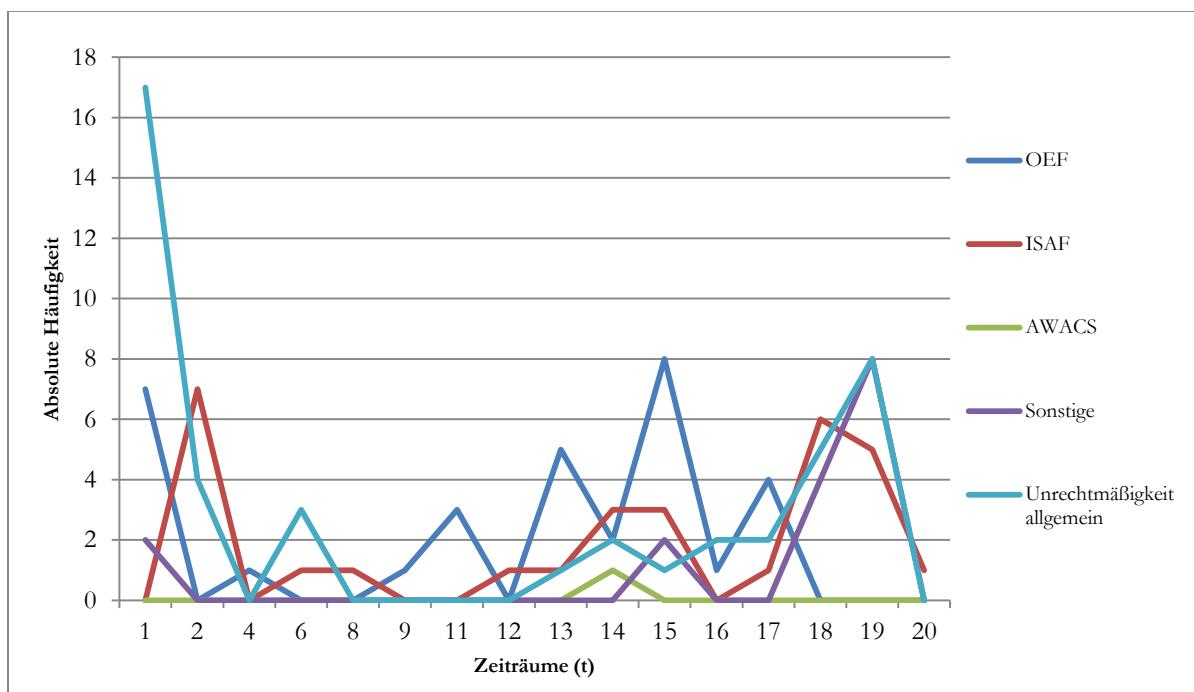


Abbildung 49: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Performanzframe des Parlaments (im Text)

Abbildung 50: Die Veränderung des Elements „Bezogen auf“ im Performanzframe der Medien

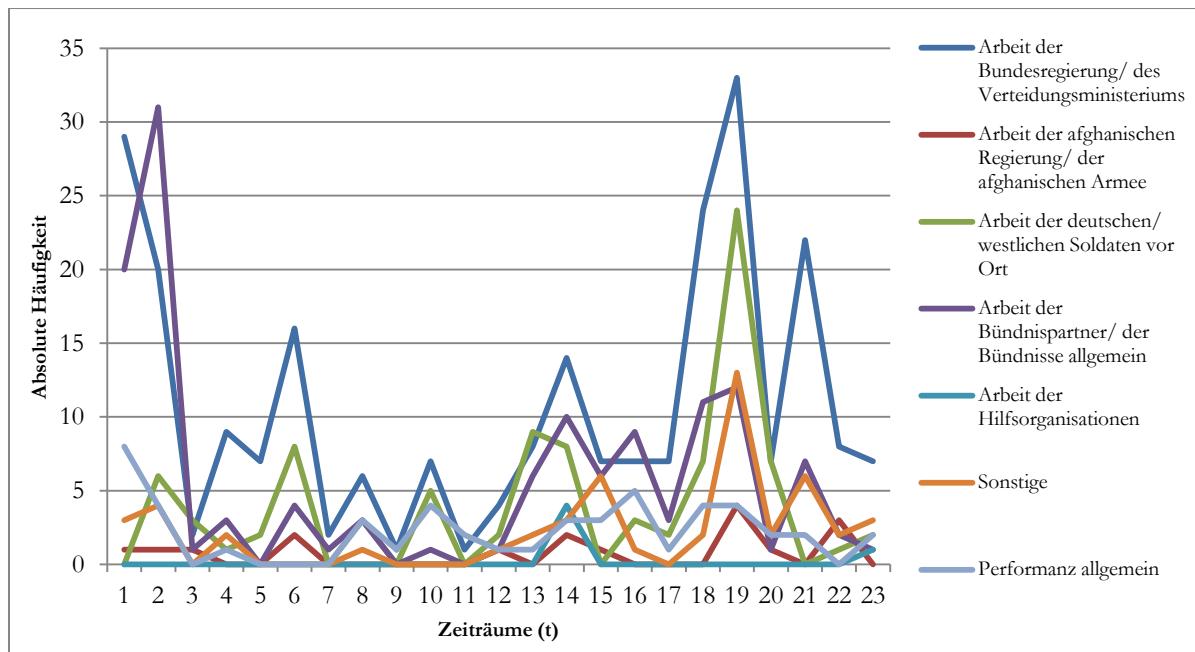


Abbildung 51: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bezogen auf“ im Terrorismusframe des Parlaments

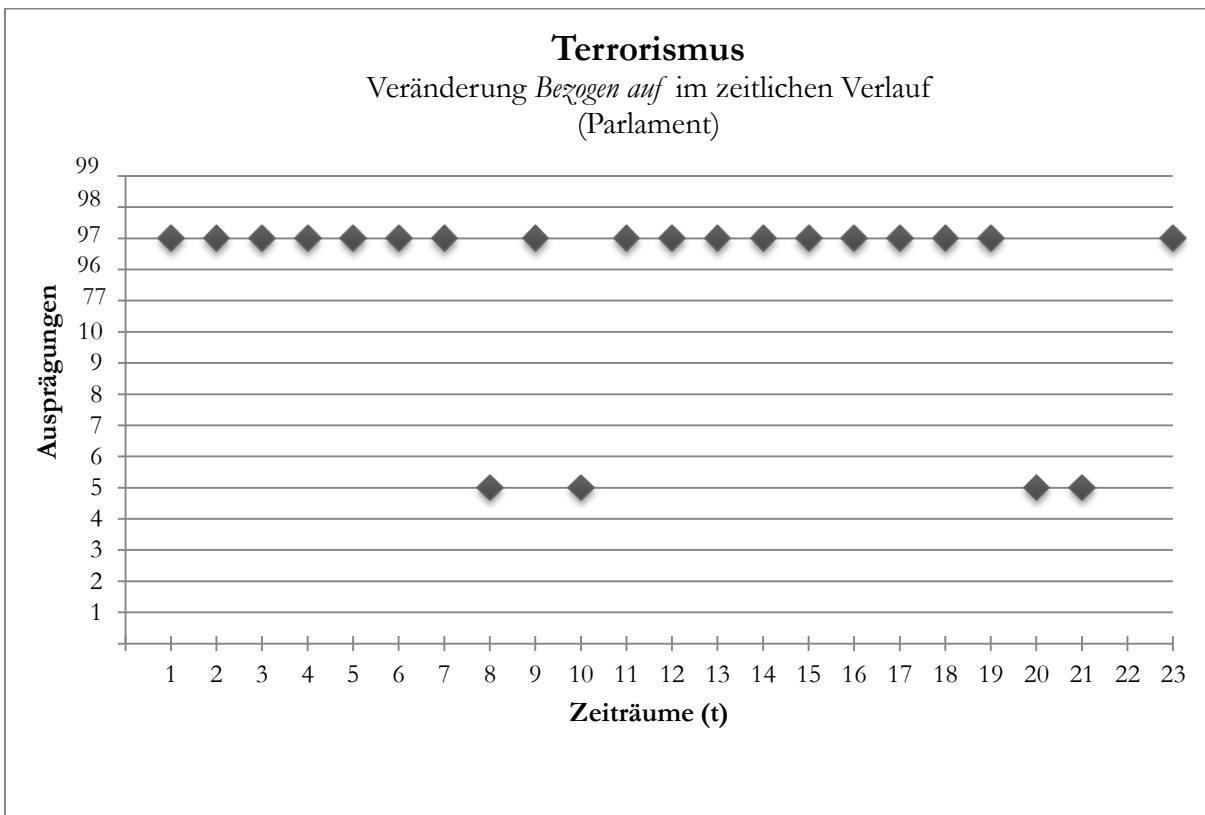


Abbildung 52: Die Veränderung des prototypischen Elements „Ursache“ im Terrorismusframe des Parlaments

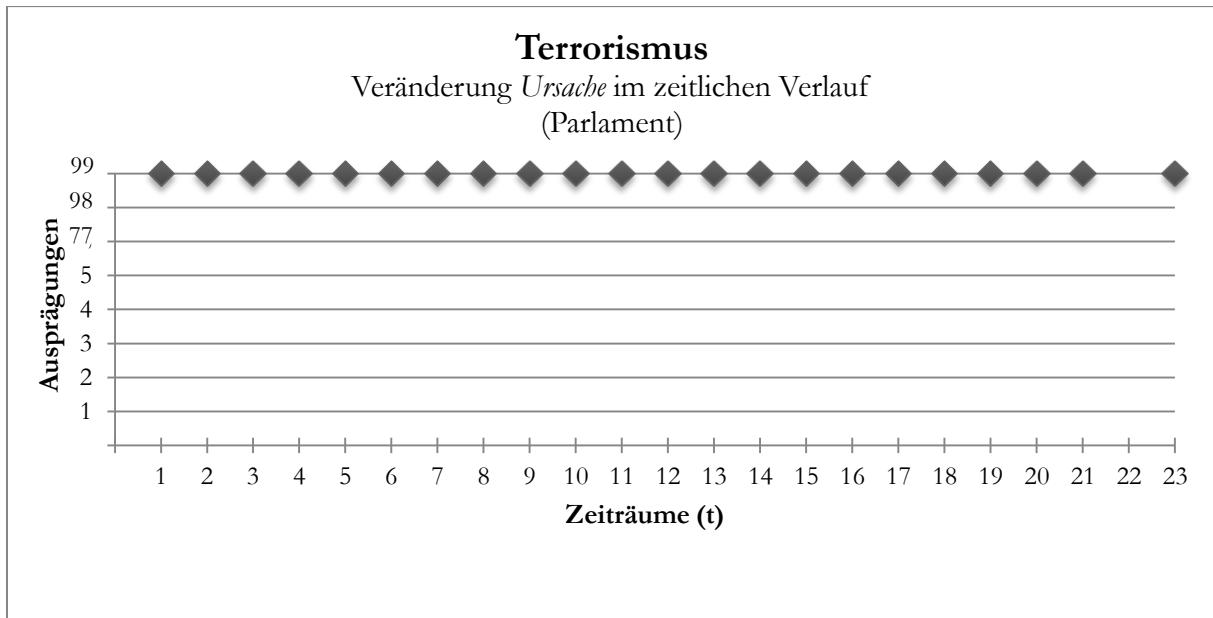


Abbildung 53: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bewertung“ im Terrorismusframe des Parlaments

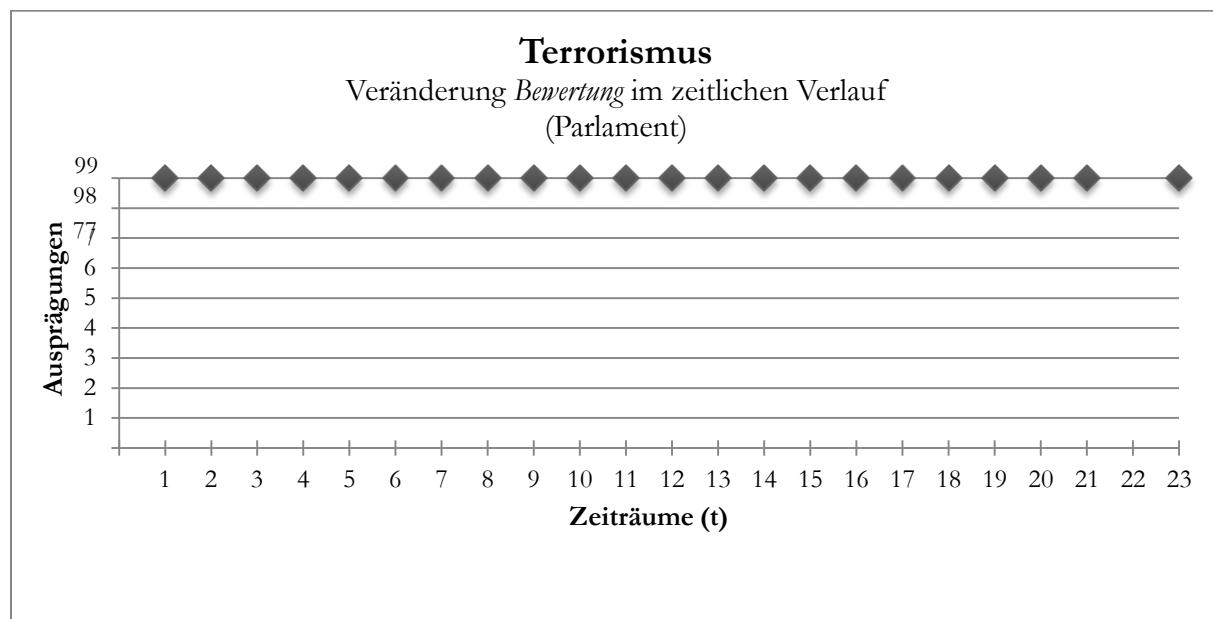


Abbildung 54: Die Veränderung des prototypischen Elements „Handlungsempfehlung“ im Terrorismusframe des Parlaments

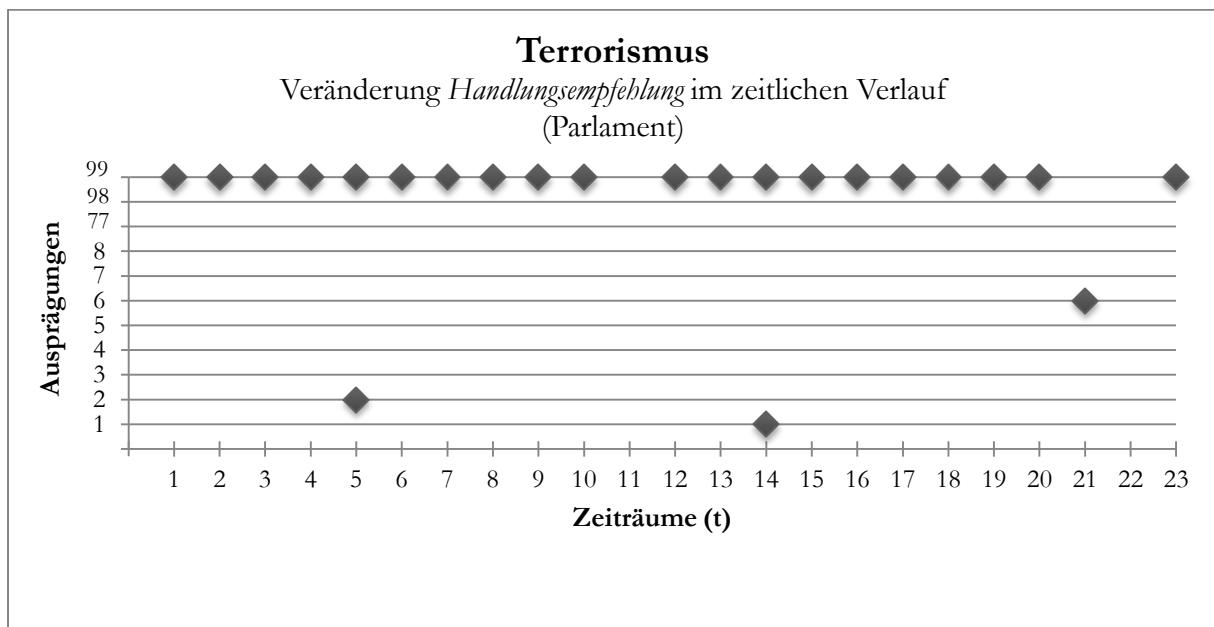


Abbildung 55: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bezogen auf“ im Terrorismusframe der Medien

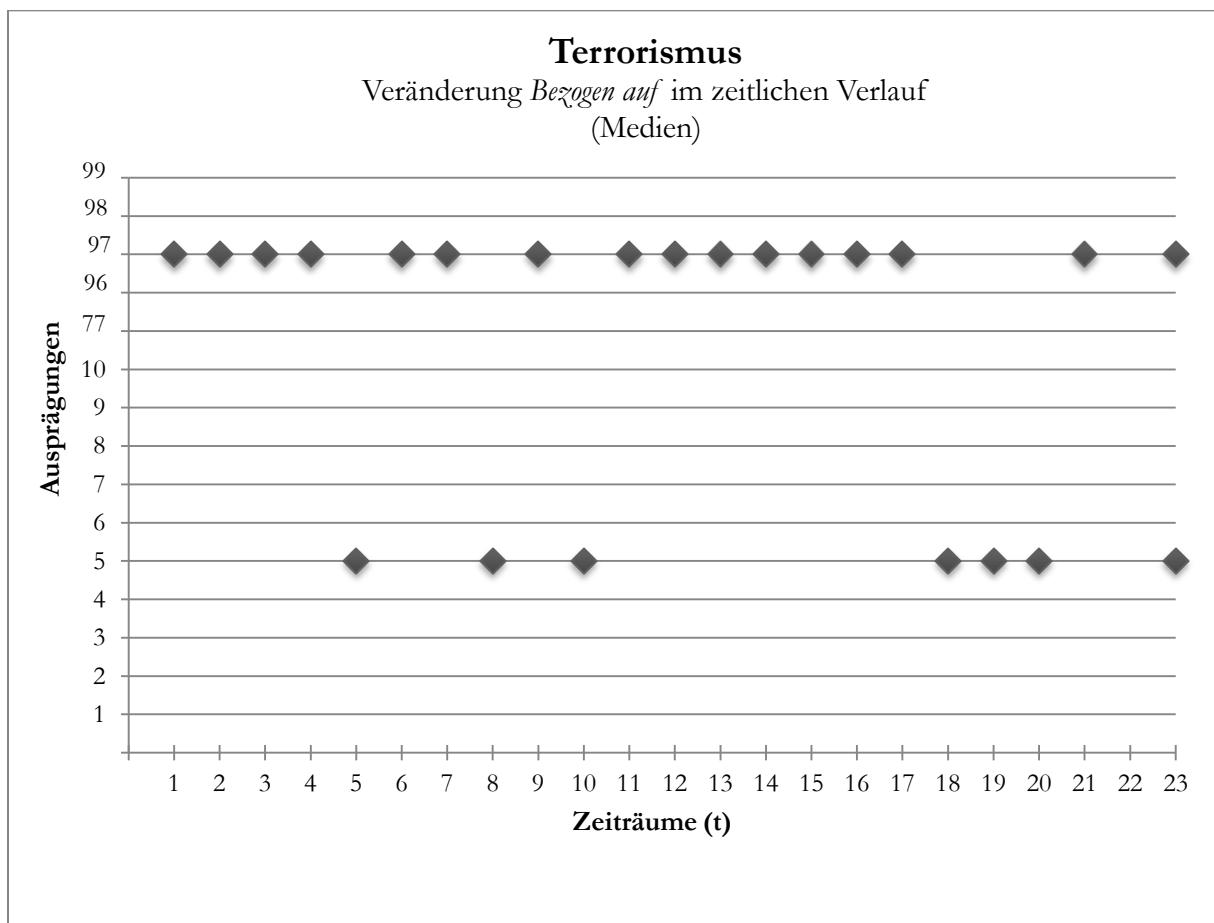


Abbildung 56: Die Veränderung des prototypischen Elements „Ursache“ im Terrorismusframe der Medien

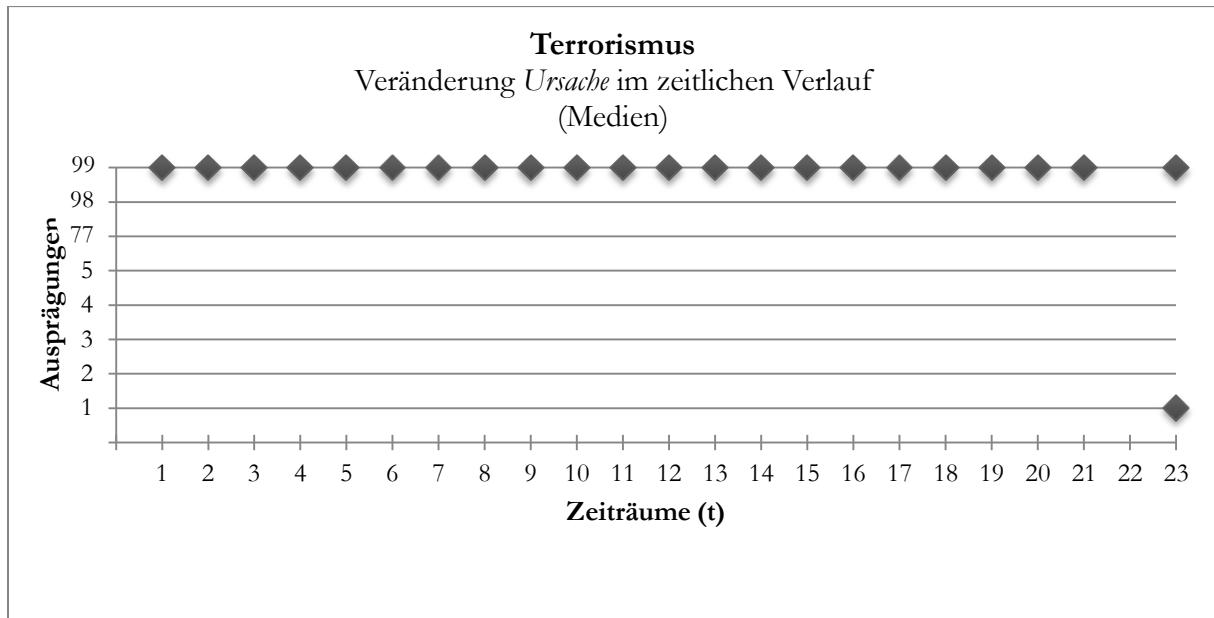


Abbildung 57: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bewertung“ im Terrorismusframe der Medien

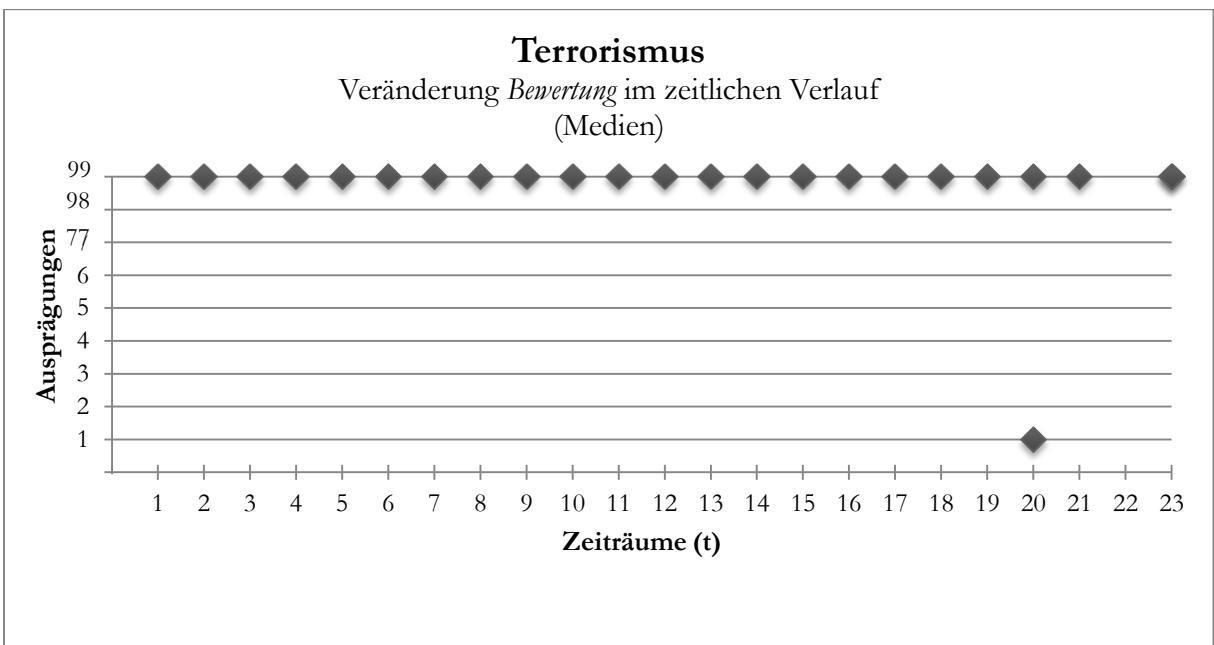


Abbildung 58: Die Veränderung des prototypischen Elements „Handlungsempfehlung“ im Terrorismusframe der Medien

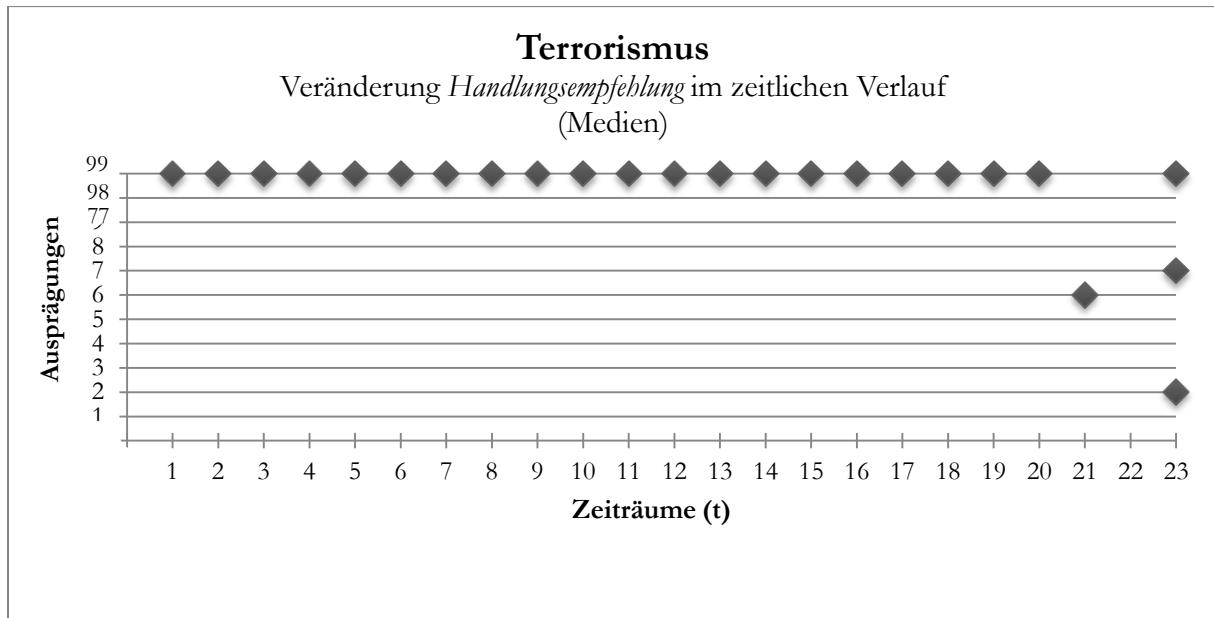


Abbildung 59: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bezogen auf“ im Sicherheitsframe des Parlaments

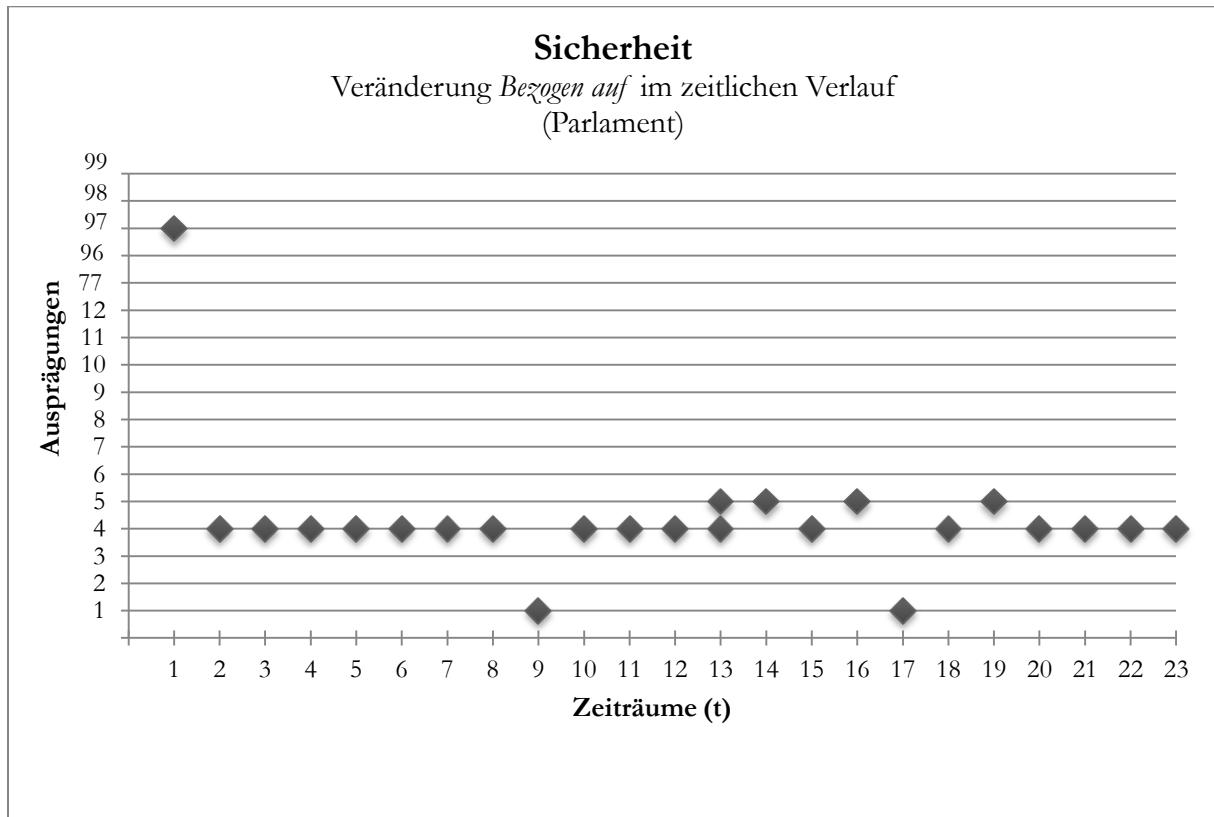


Abbildung 60: Die Veränderung des prototypischen Elements „Ursache“ im Sicherheitsframe des Parlaments

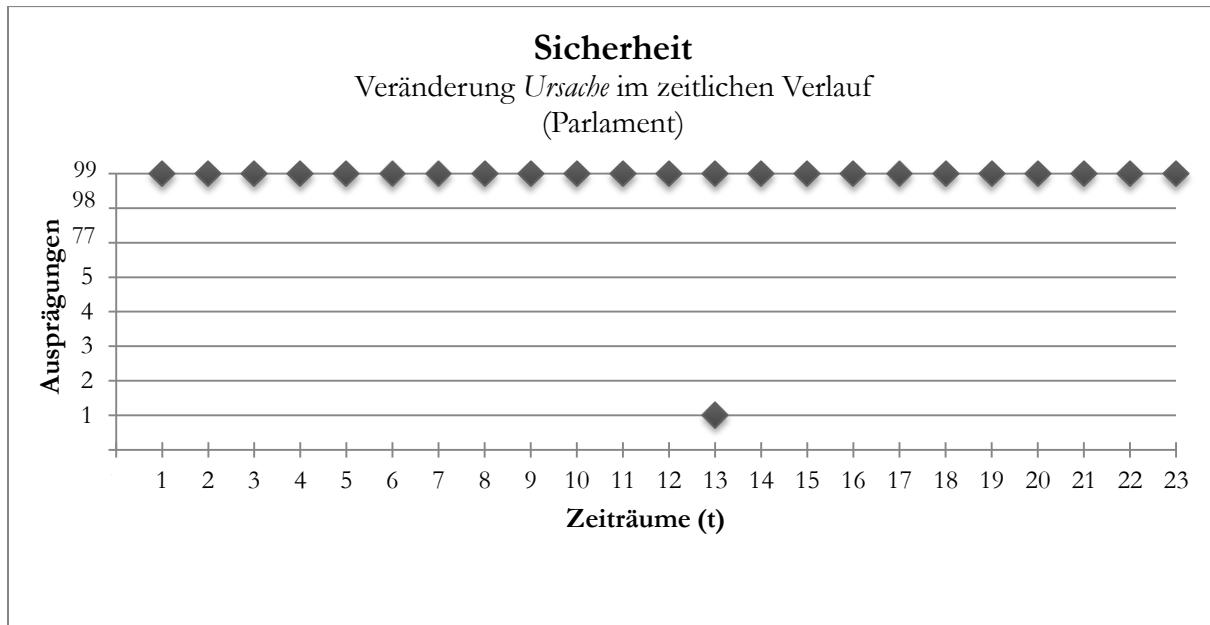


Abbildung 61: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bewertung“ im Sicherheitsframe des Parlaments

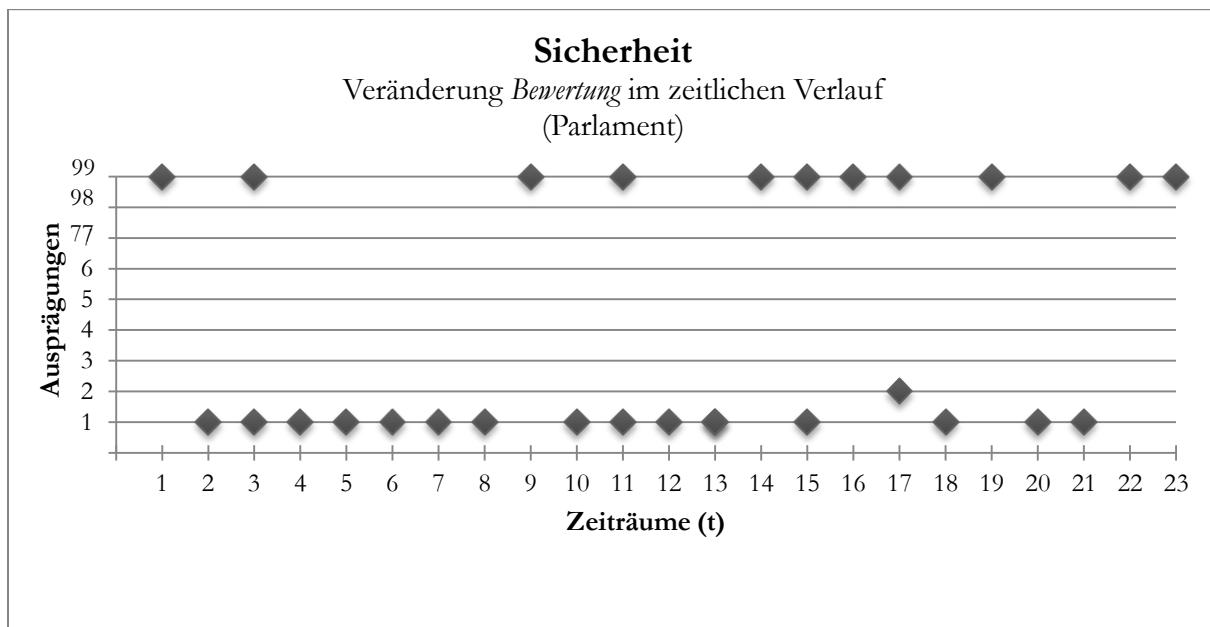


Abbildung 62: Die Veränderung des prototypischen Elements „Handlungsempfehlung“ im Sicherheitsframe des Parlaments

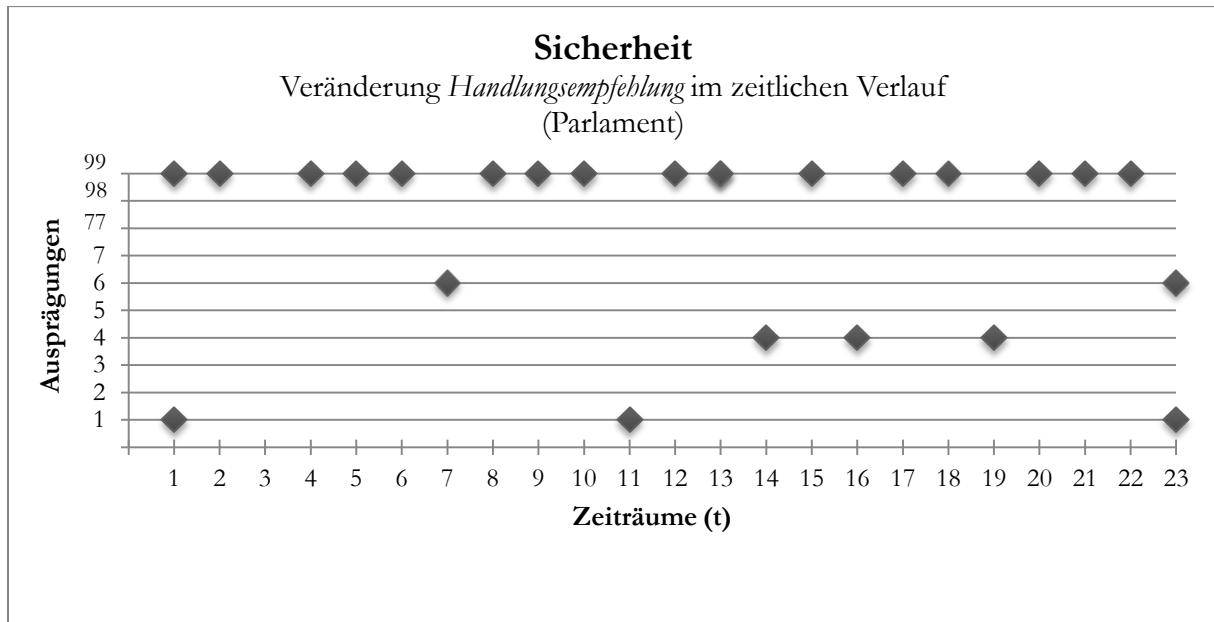


Abbildung 63: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bezogen auf“ im Sicherheitsframe der Medien

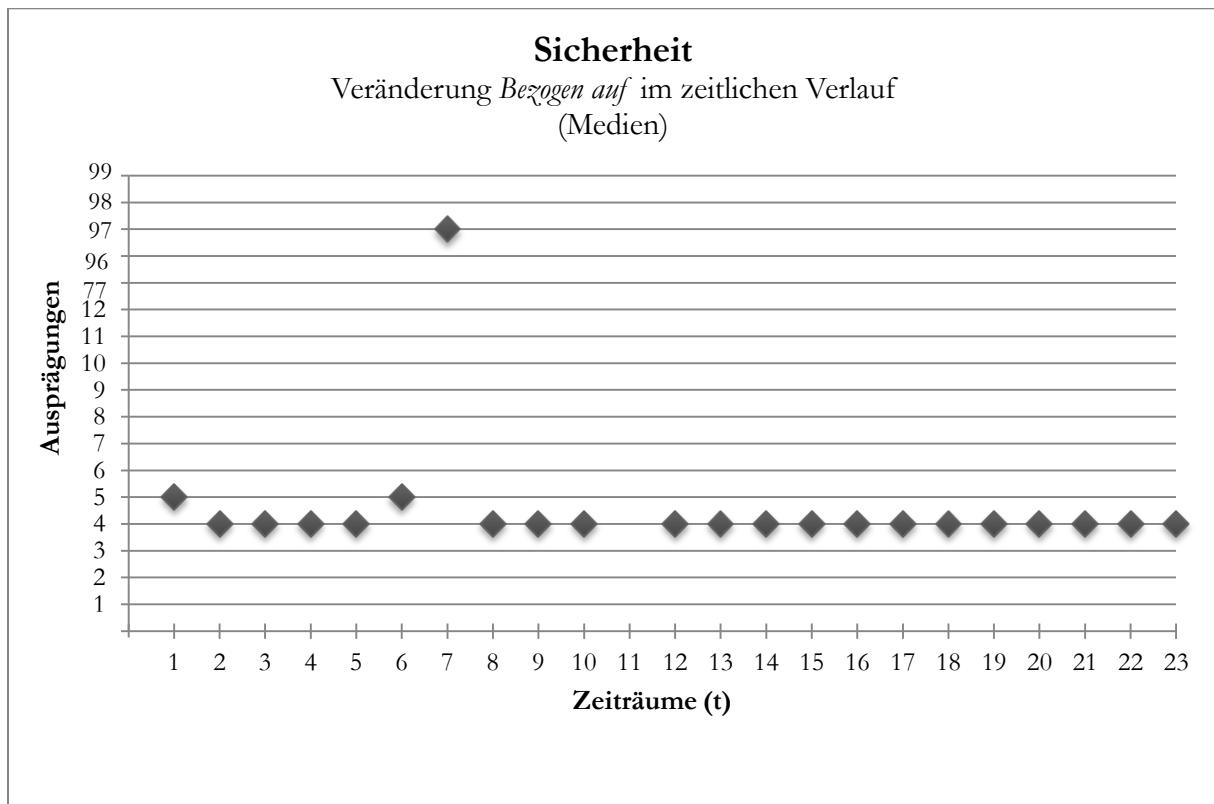


Abbildung 64: Die Veränderung des prototypischen Elements „Ursache“ im Sicherheitsframe der Medien

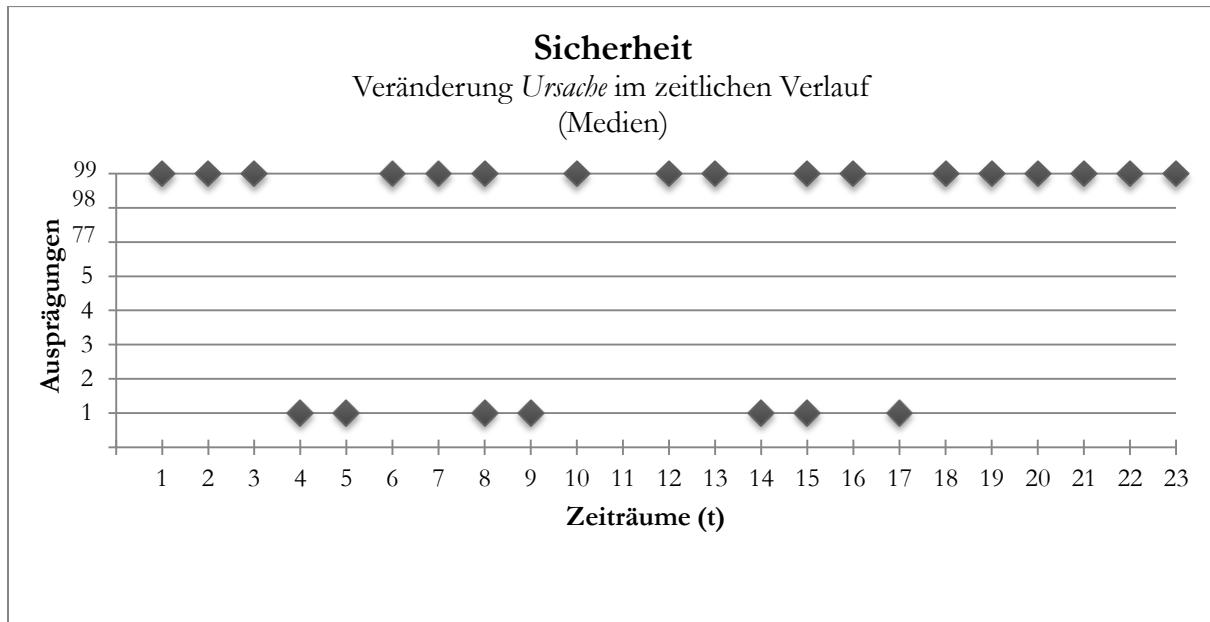


Abbildung 65: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bewertung“ im Sicherheitsframe der Medien

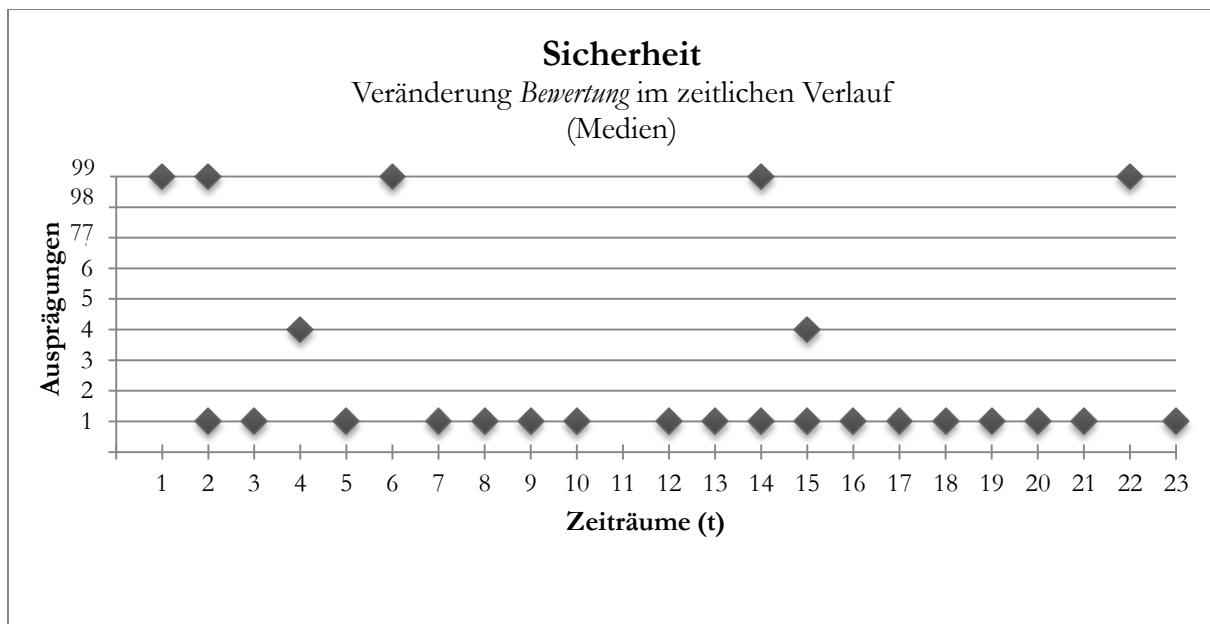


Abbildung 66: Die Veränderung des prototypischen Elements „Handlungsempfehlung“ im Sicherheitsframe der Medien

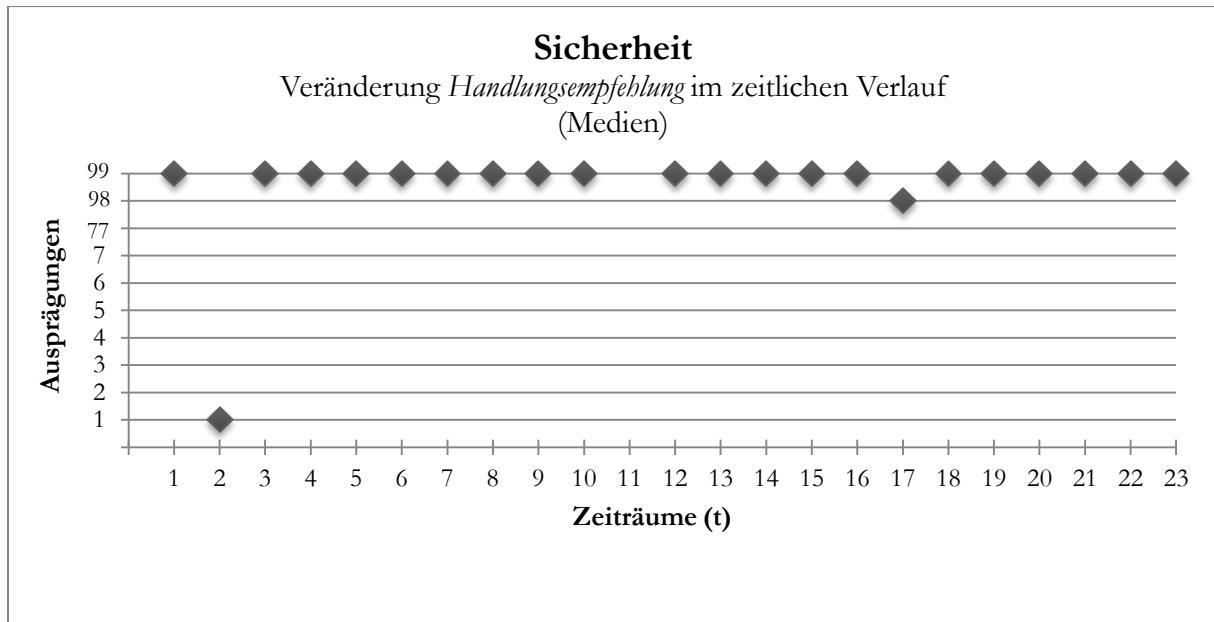


Abbildung 67: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bezogen auf“ im Humanitäre Lage-Frame des Parlaments

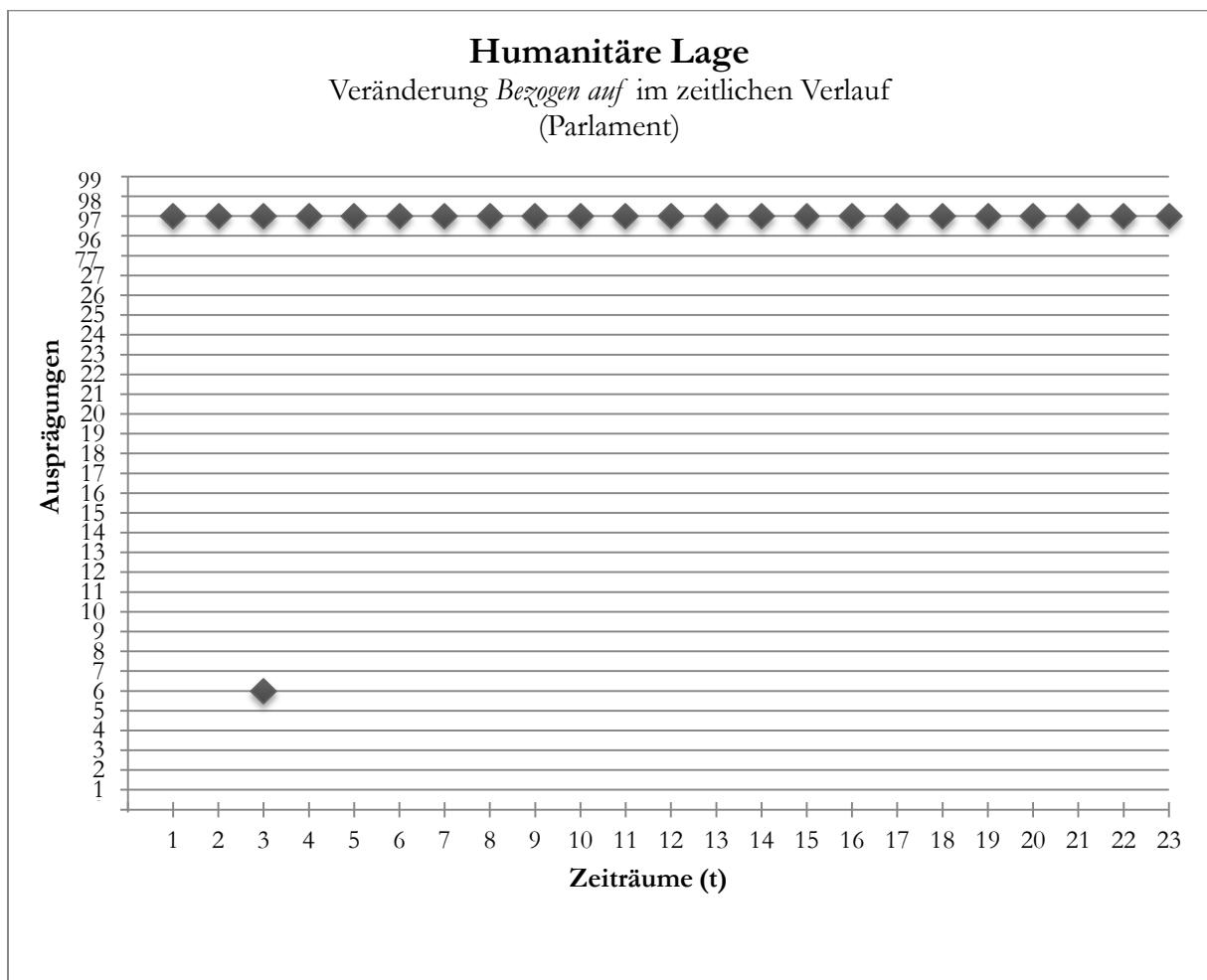


Abbildung 68: Die Veränderung des prototypischen Elements „Ursache“ im Humanitäre Lage-Frame des Parlaments

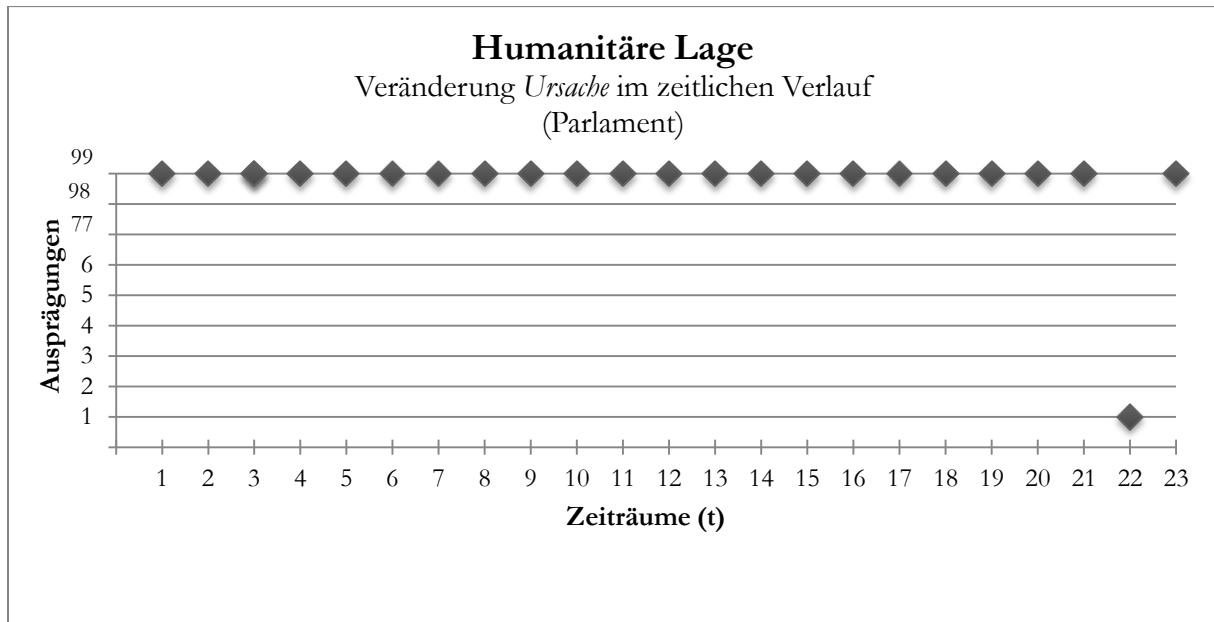


Abbildung 69: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bewertung“ im Humanitäre Lage-Frame des Parlaments

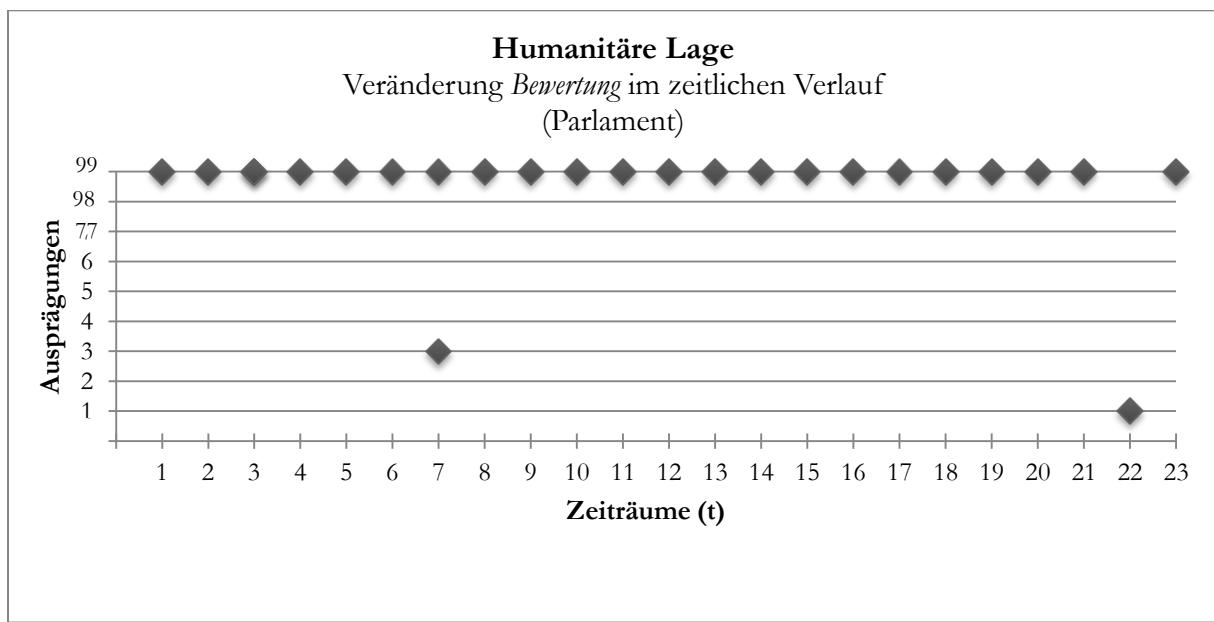


Abbildung 70: Die Veränderung des prototypischen Elements „Handlungsempfehlung“ im Humanitäre Lage-Frame des Parlaments

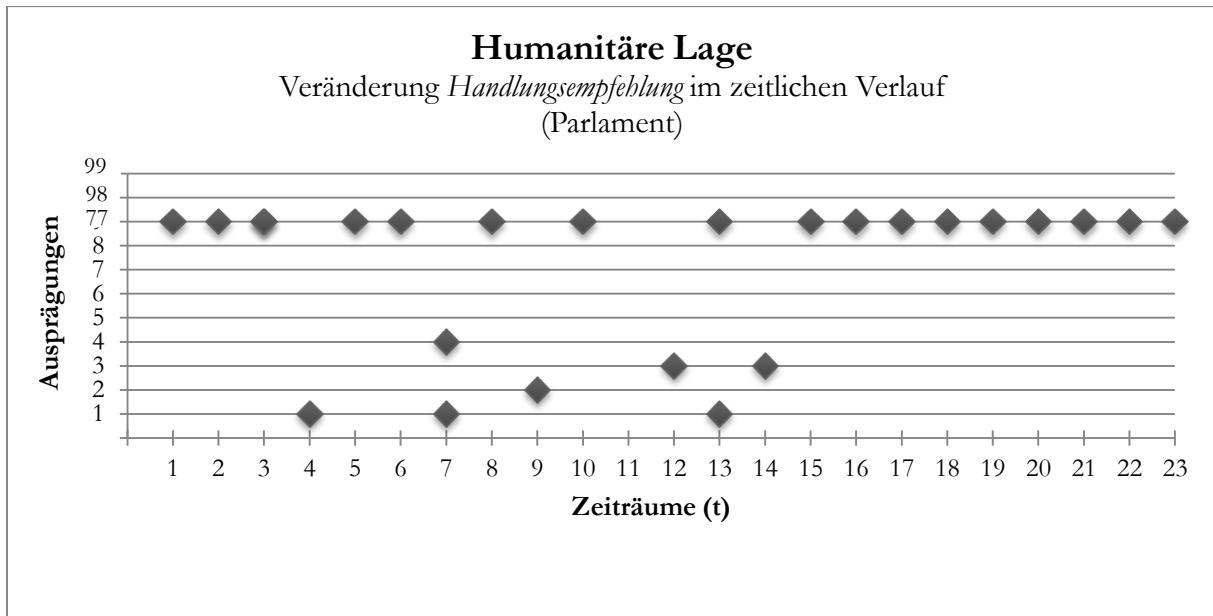


Abbildung 71: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bezogen auf“ im Humanitäre Lage-Frame der Medien

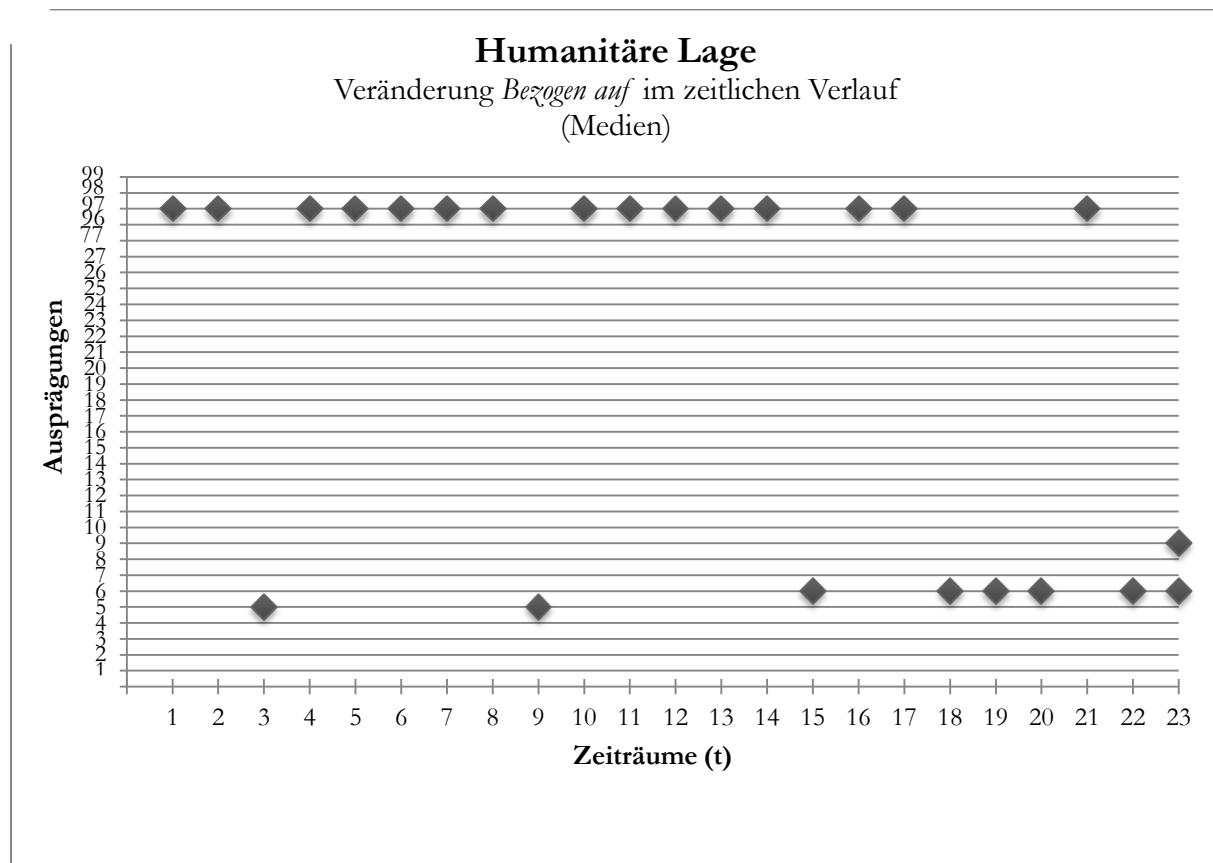


Abbildung 72: Die Veränderung des prototypischen Elements „Ursache“ im Humanitäre Lage-Frame der Medien

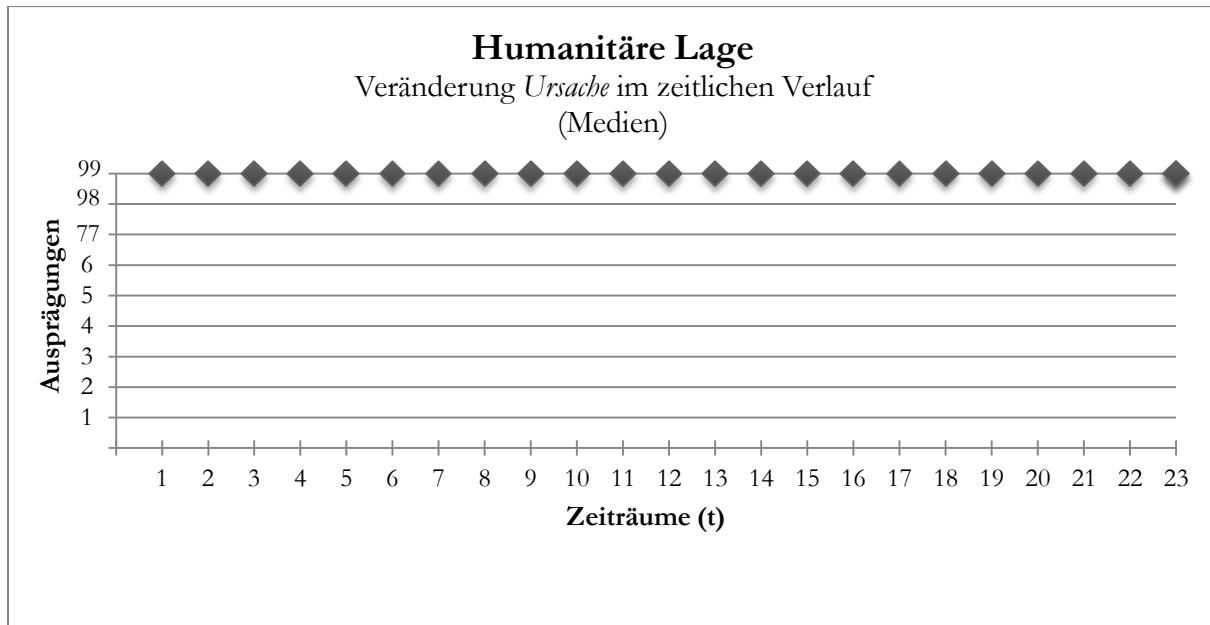


Abbildung 73: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bewertung“ im Humanitäre Lage-Frame der Medien

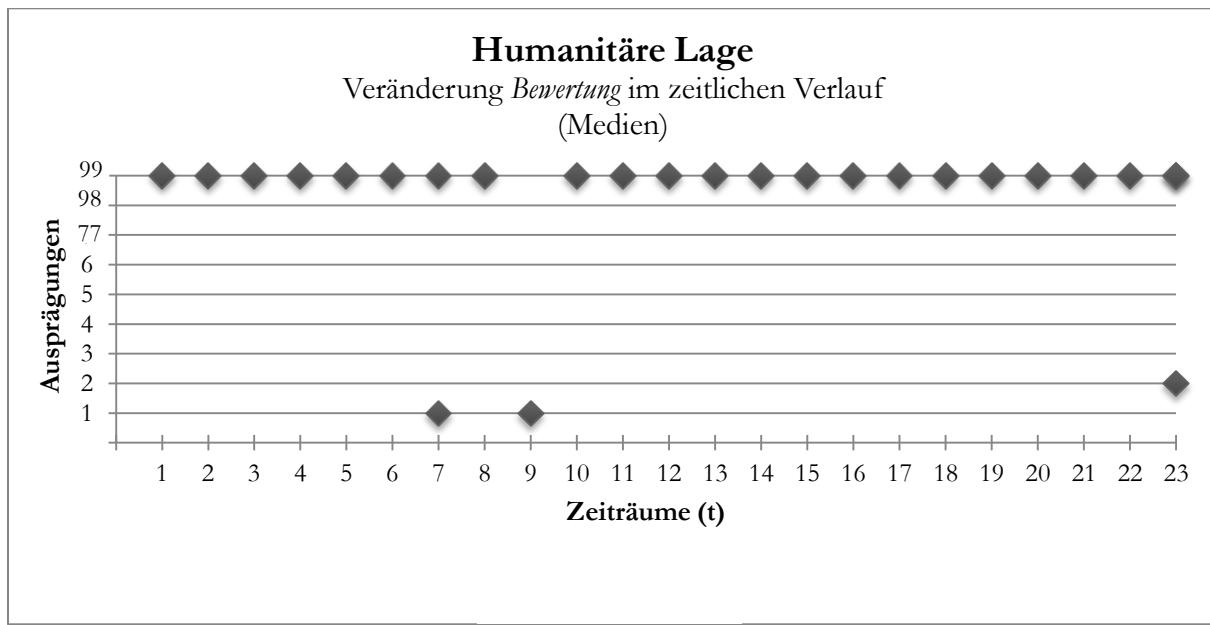


Abbildung 74: Die Veränderung des prototypischen Elements „Handlungsempfehlung“ im Humanitäre Lage-Frame der Medien

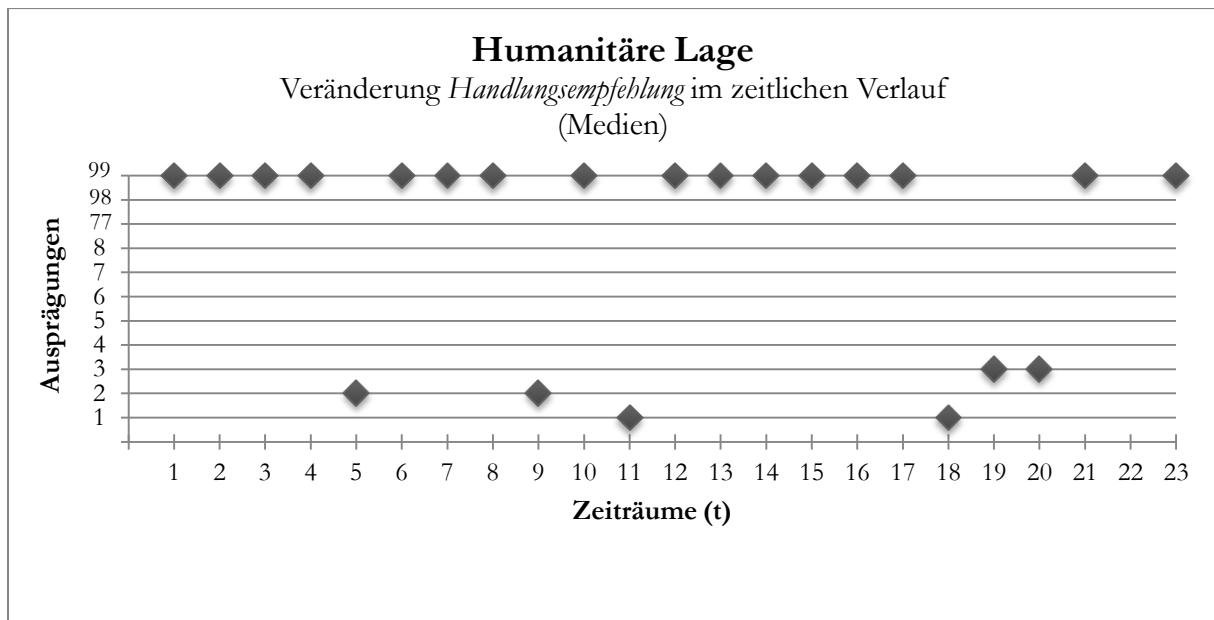


Abbildung 75: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bezogen auf“ im Instabilitätsframe des Parlaments

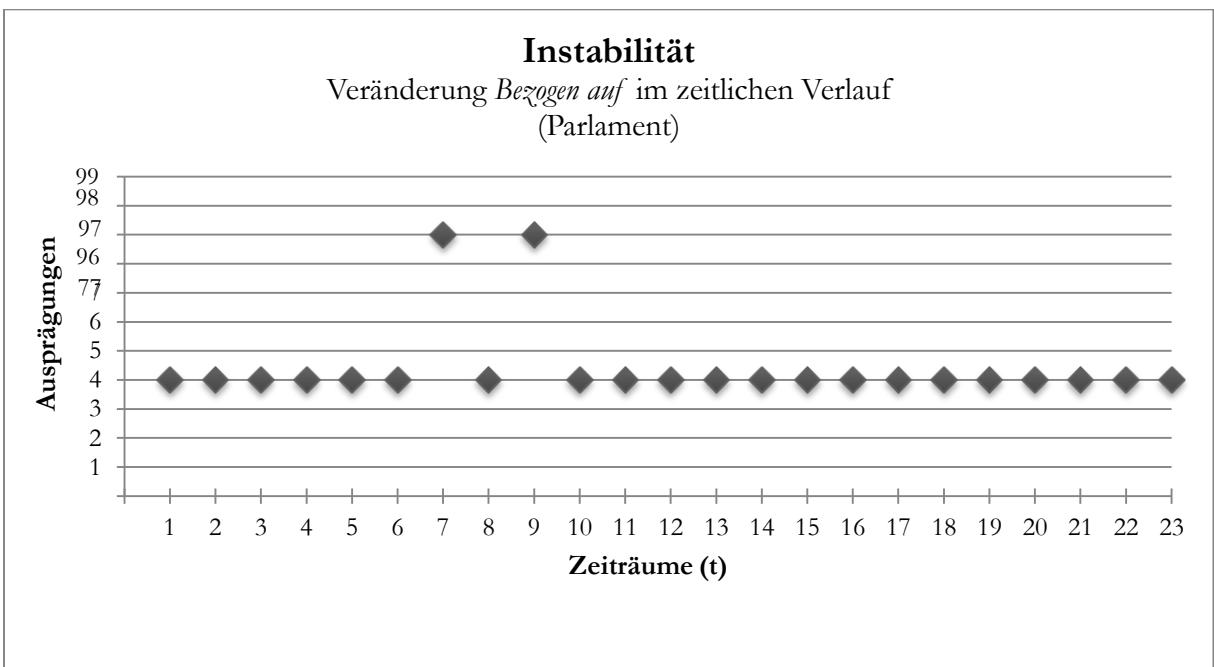


Abbildung 76: Die Veränderung des prototypischen Elements „Ursache“ im Instabilitätsframe des Parlaments

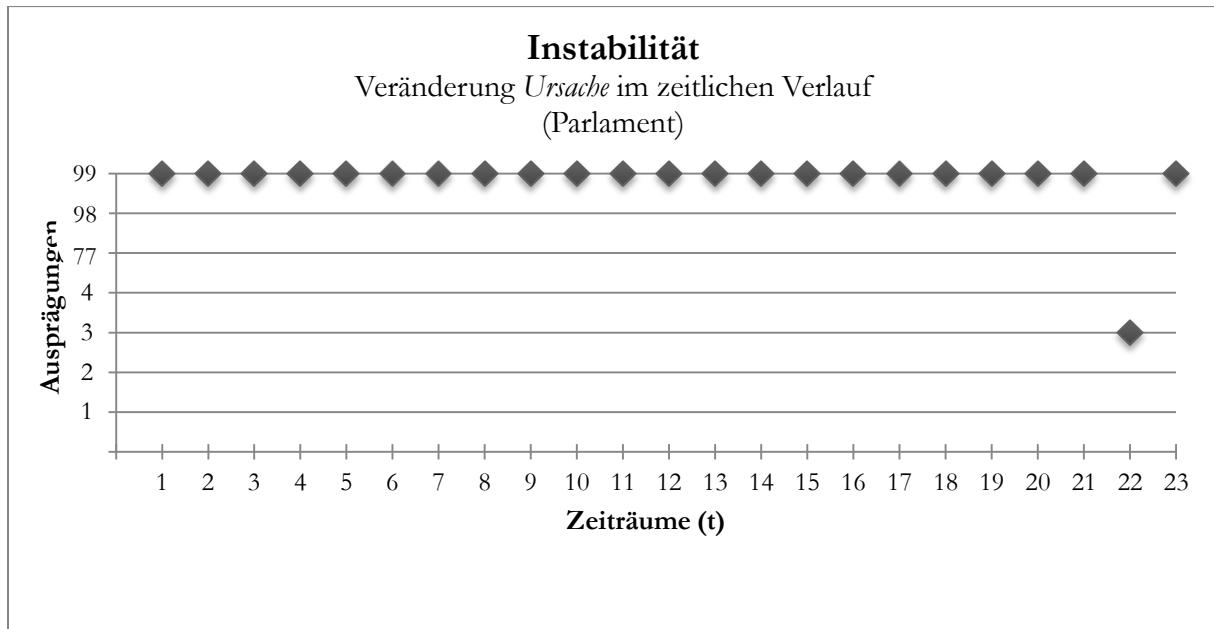


Abbildung 77: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bewertung“ im Instabilitätsframe des Parlaments

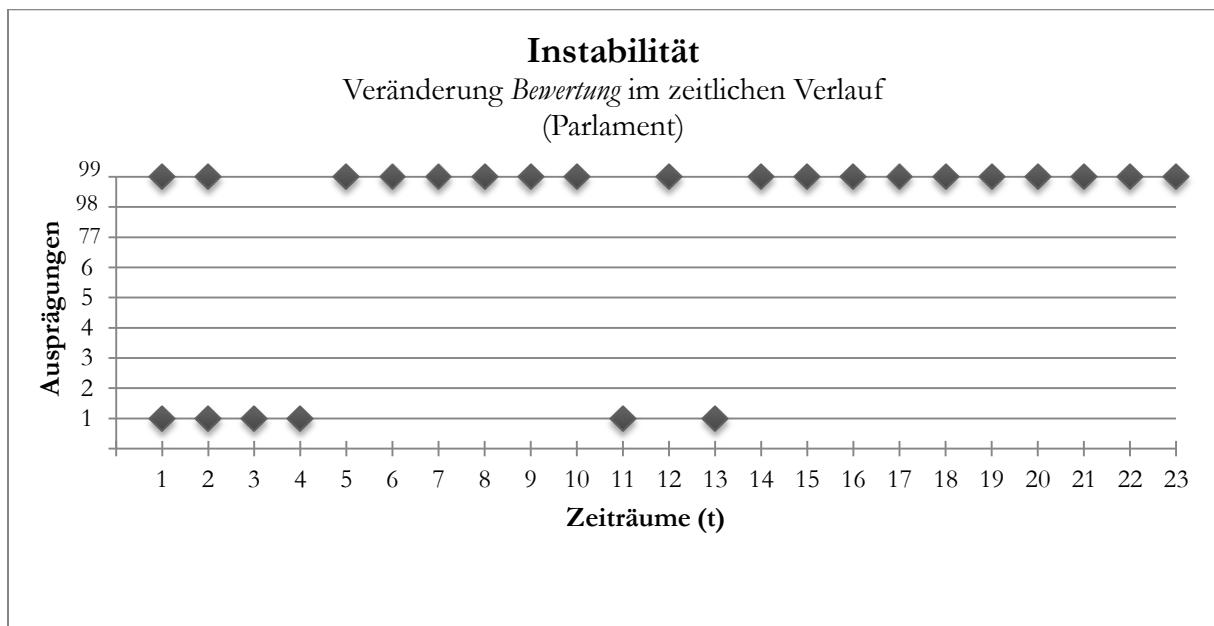


Abbildung 78: Die Veränderung des prototypischen Elements „Handlungsempfehlung“ im Instabilitätsframe des Parlaments

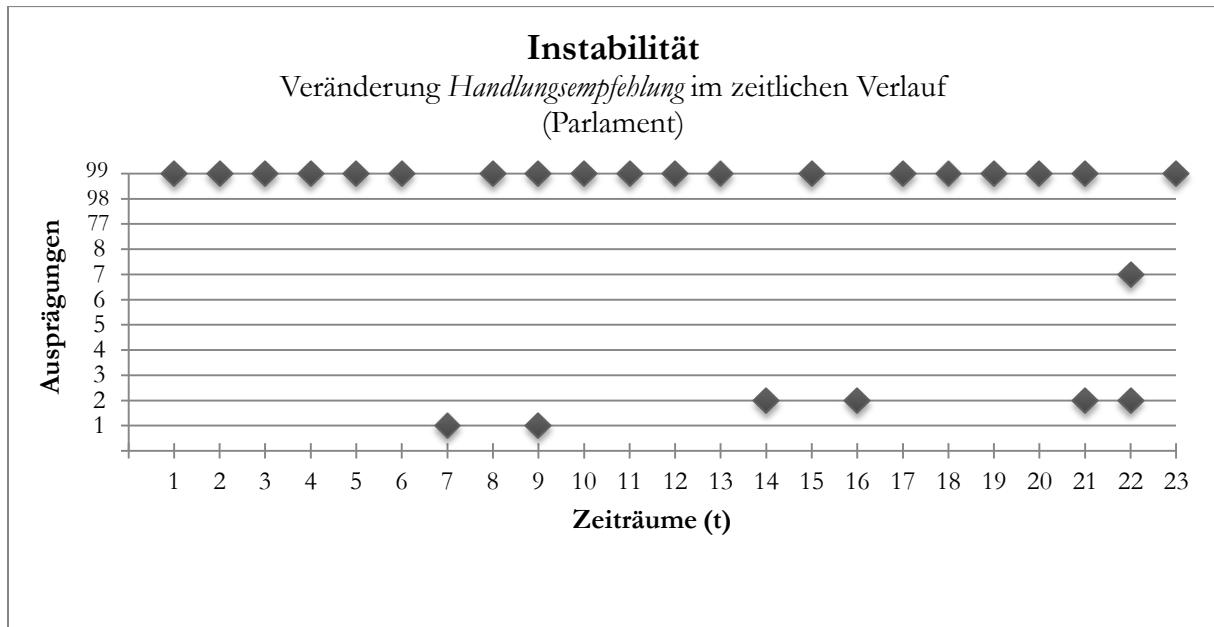


Abbildung 79: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bezogen auf“ im Instabilitätsframe der Medien

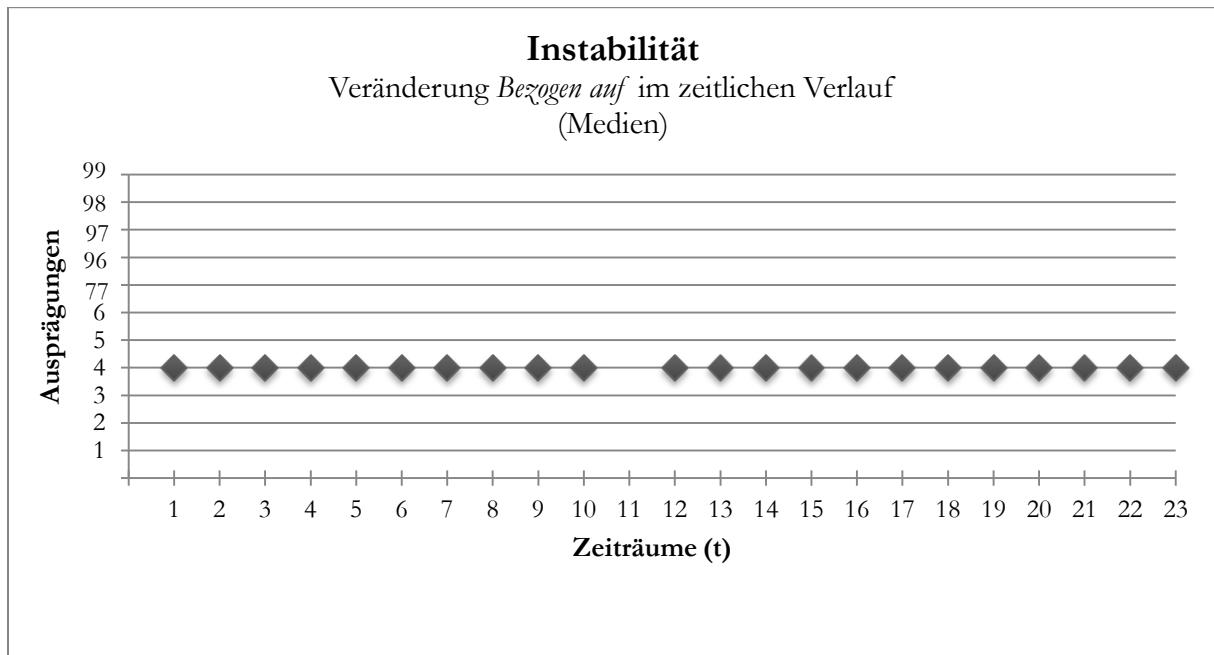


Abbildung 80: Die Veränderung des prototypischen Elements „Ursache“ im Instabilitätsframe der Medien

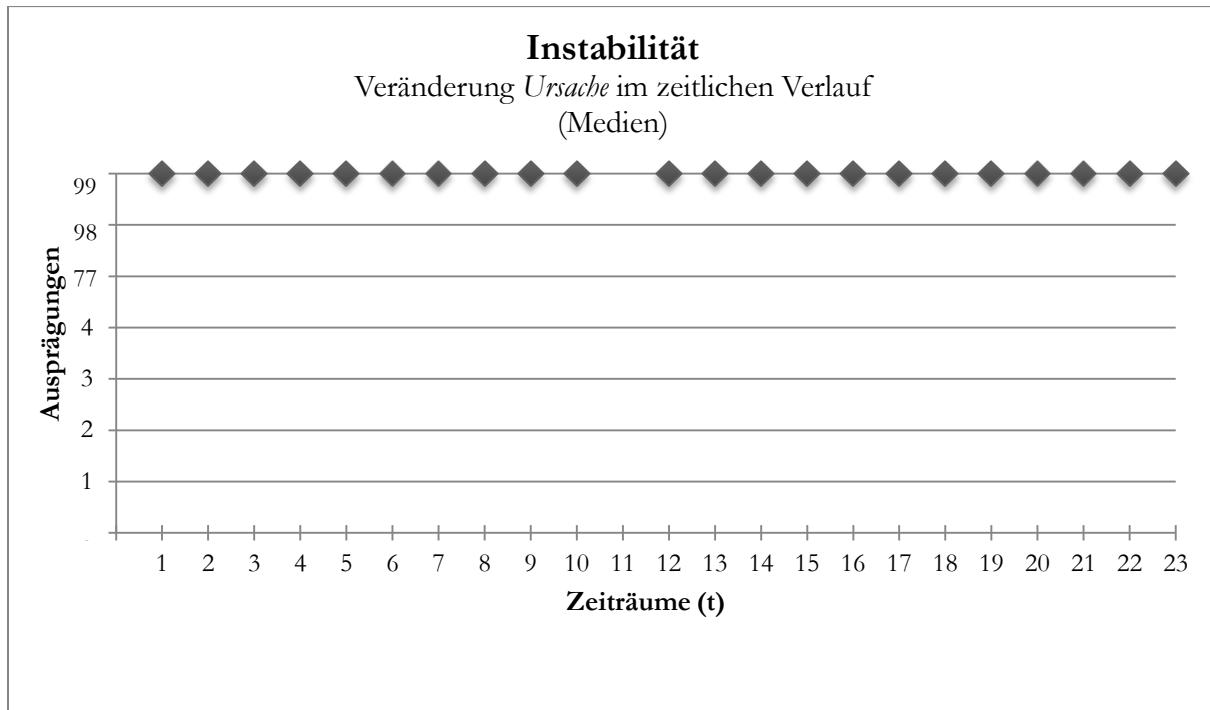


Abbildung 81: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bewertung“ im Instabilitätsframe der Medien

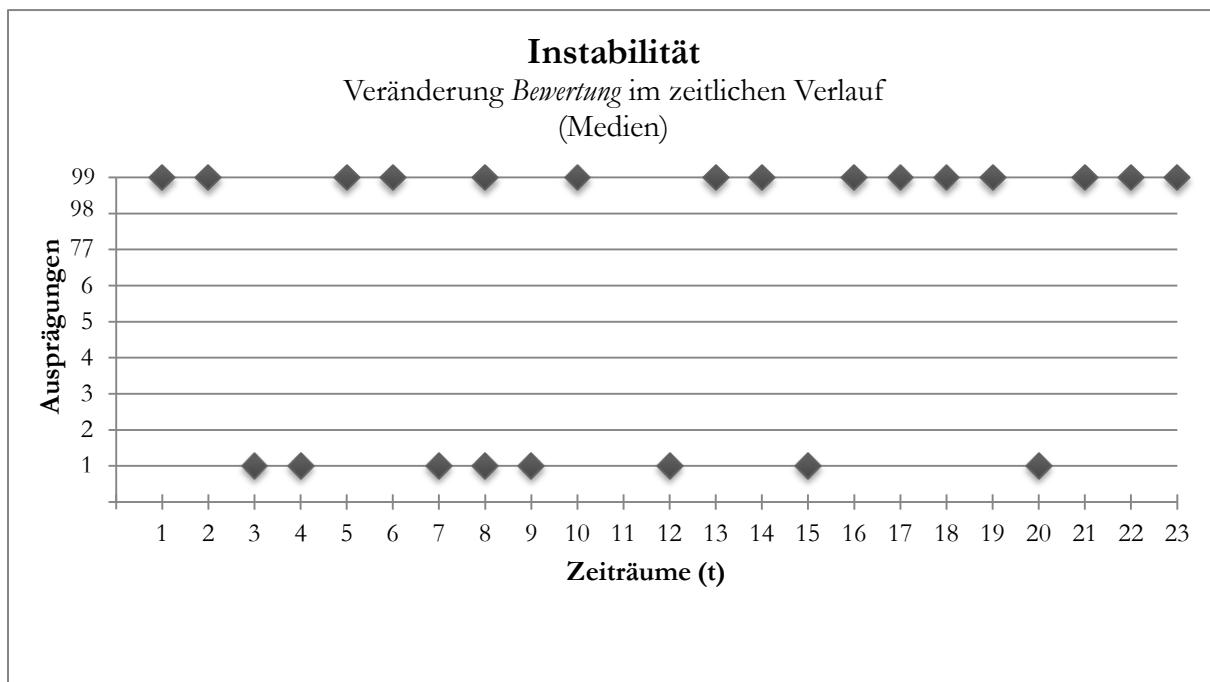


Abbildung 82: Die Veränderung des prototypischen Elements „Handlungsempfehlung“ im Instabilitätsframe der Medien

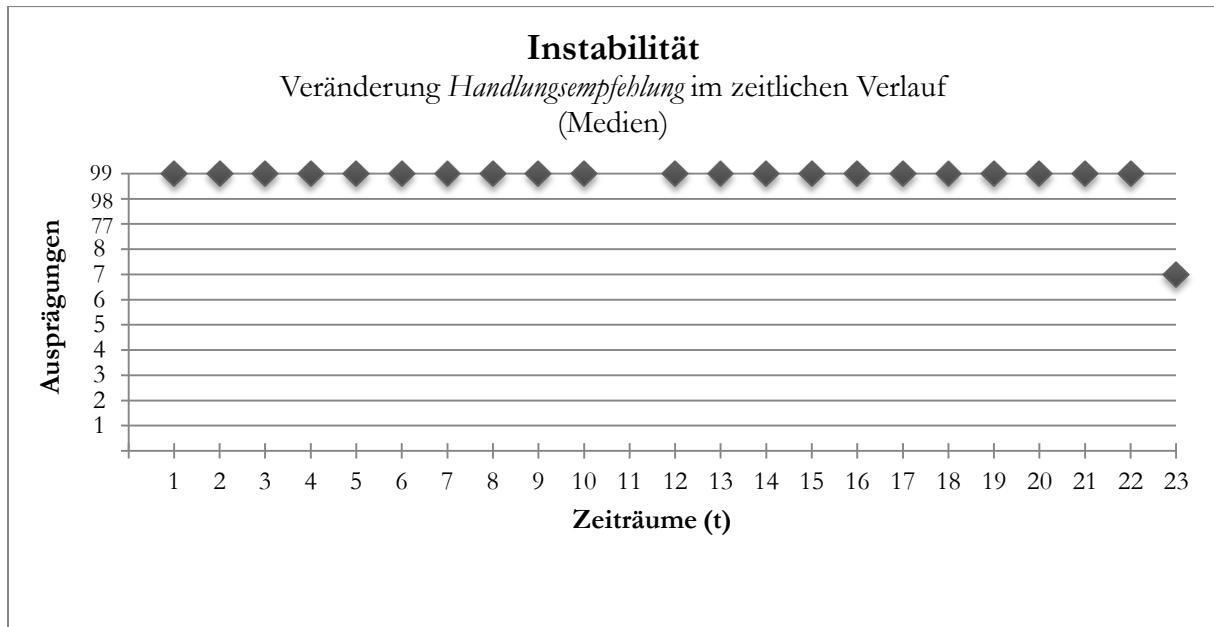


Abbildung 83: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bezogen auf“ im Performanzframe des Parlaments

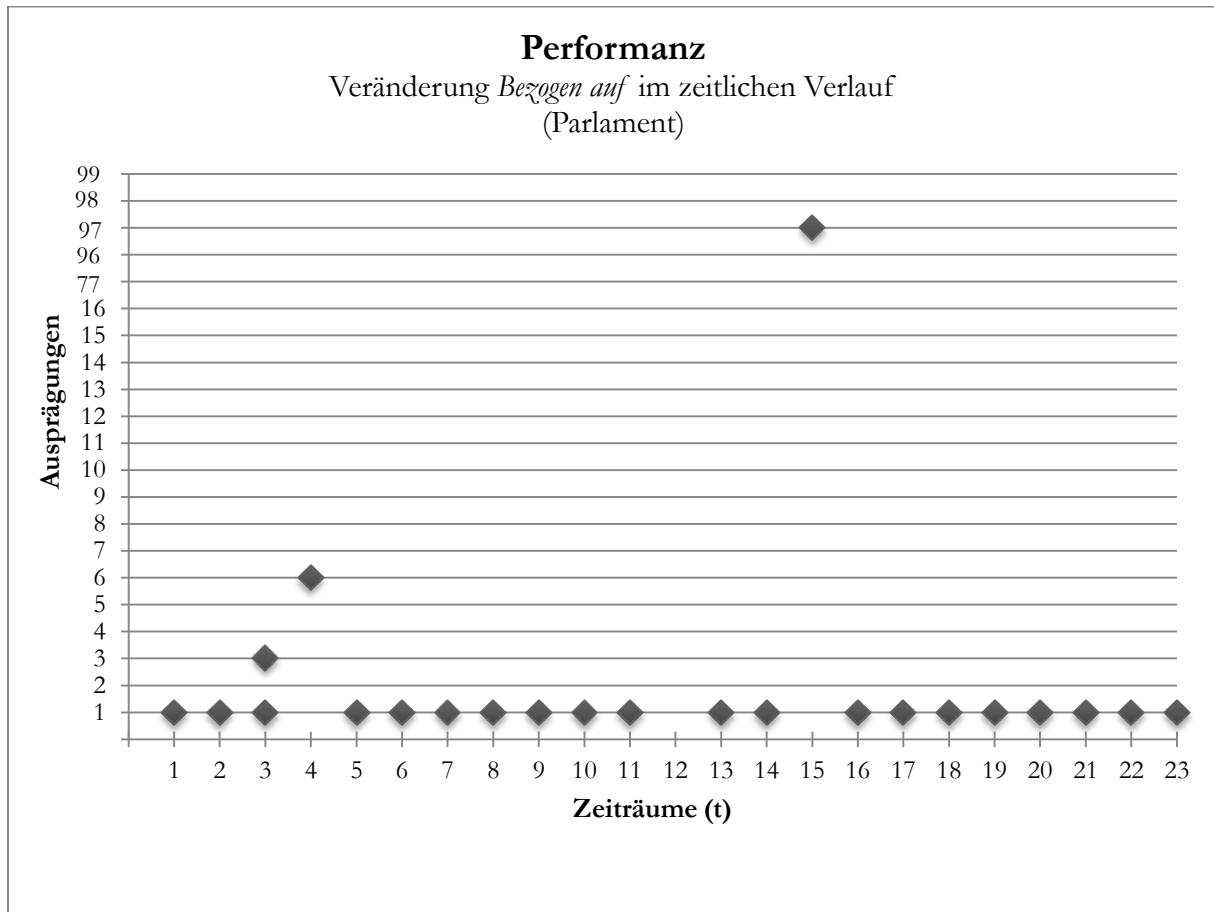


Abbildung 84: Die Veränderung des prototypischen Elements „Ursache“ im Performanzframe des Parlaments

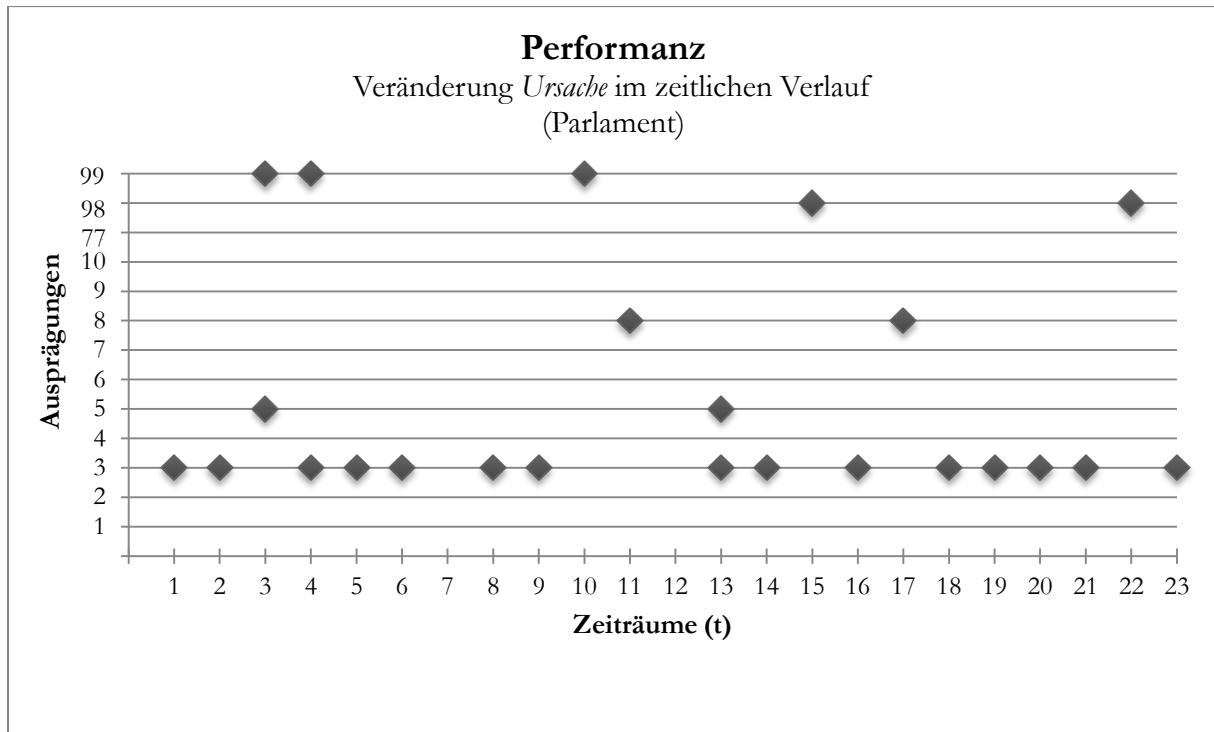


Abbildung 85: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bewertung“ im Performanzframe des Parlaments

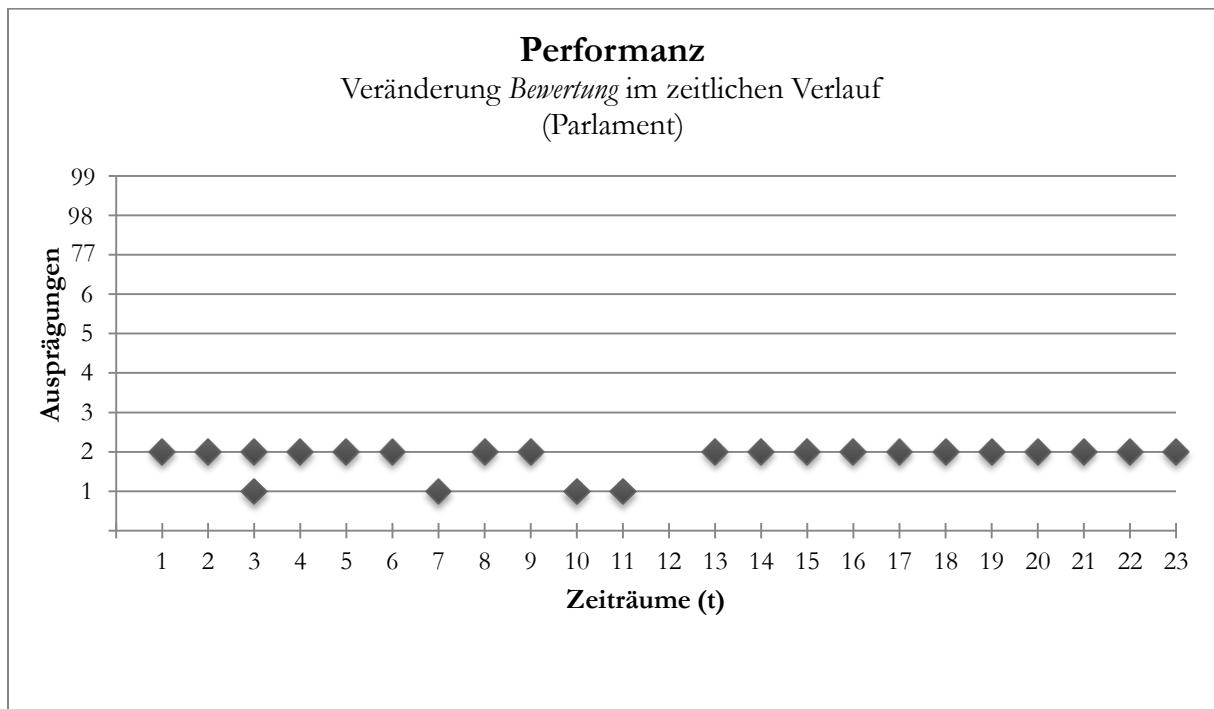


Abbildung 86: Die Veränderung des prototypischen Elements „Handlungsempfehlung“ im Performanzframe des Parlaments

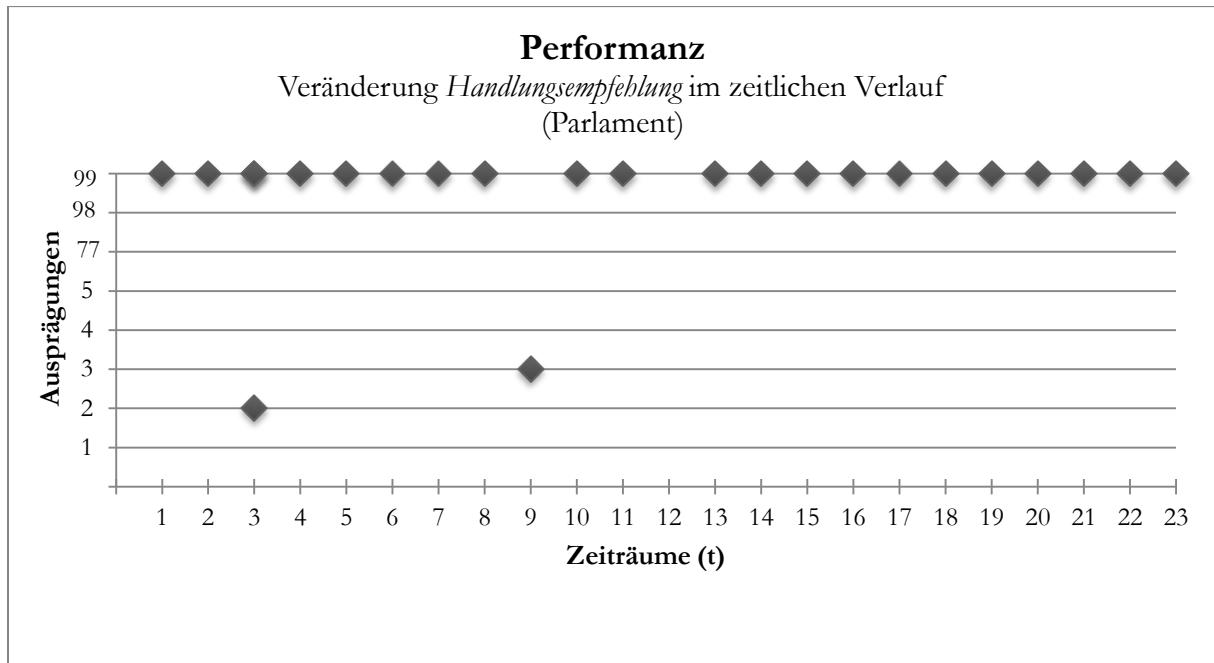


Abbildung 87: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bezogen auf“ im Performanzframe der Medien

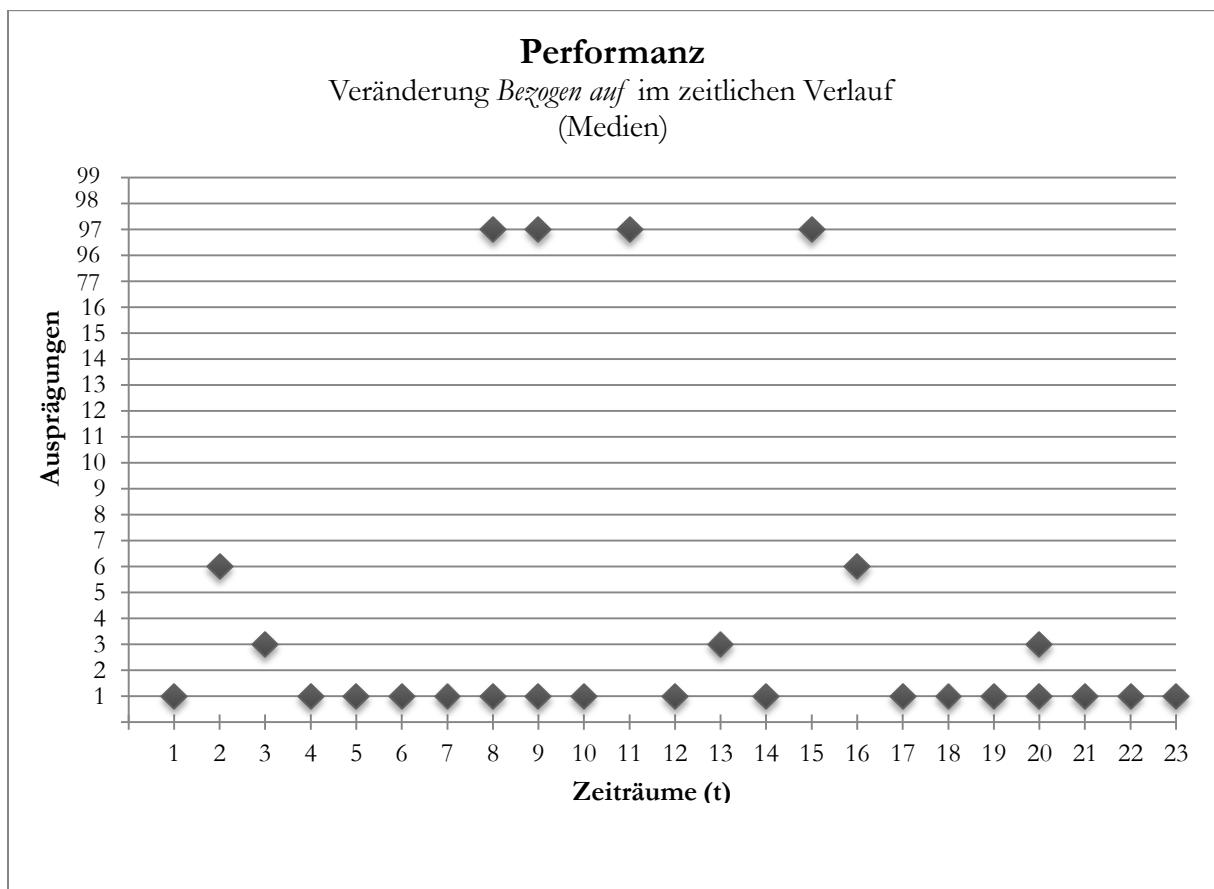


Abbildung 88: Die Veränderung des prototypischen Elements „Ursache“ im Performanzframe der Medien

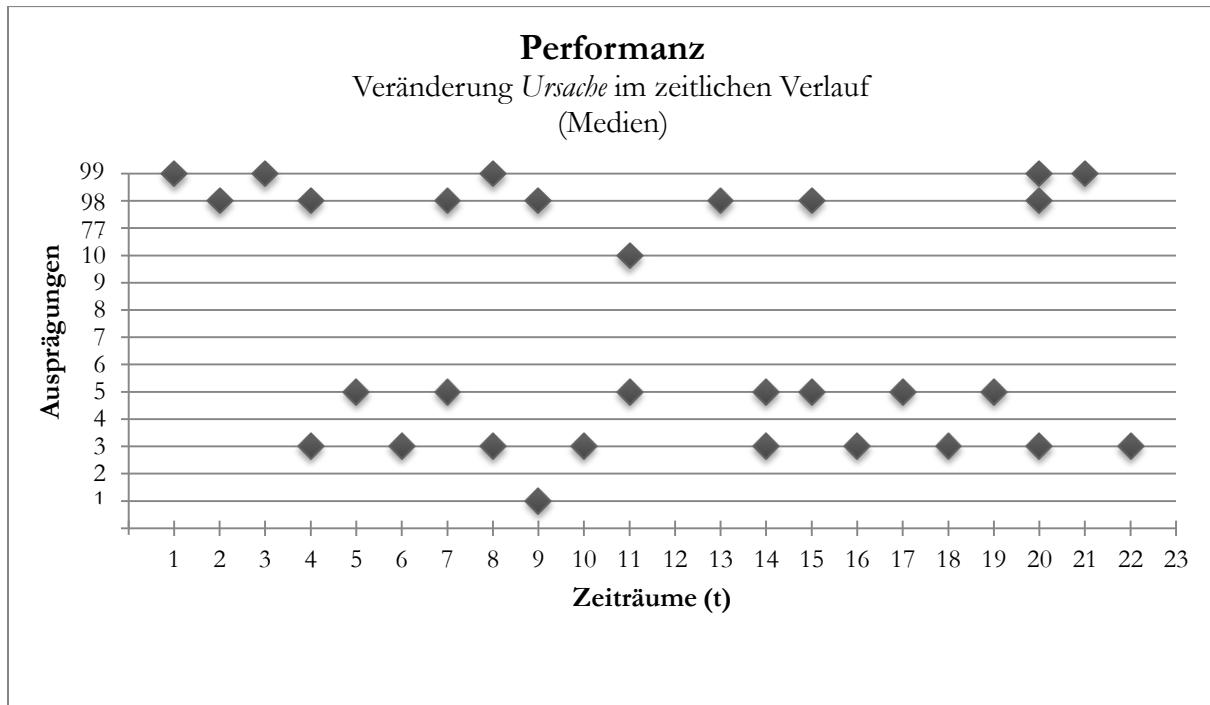


Abbildung 89: Die Veränderung des prototypischen Elements „Bewertung“ im Performanzframe der Medien

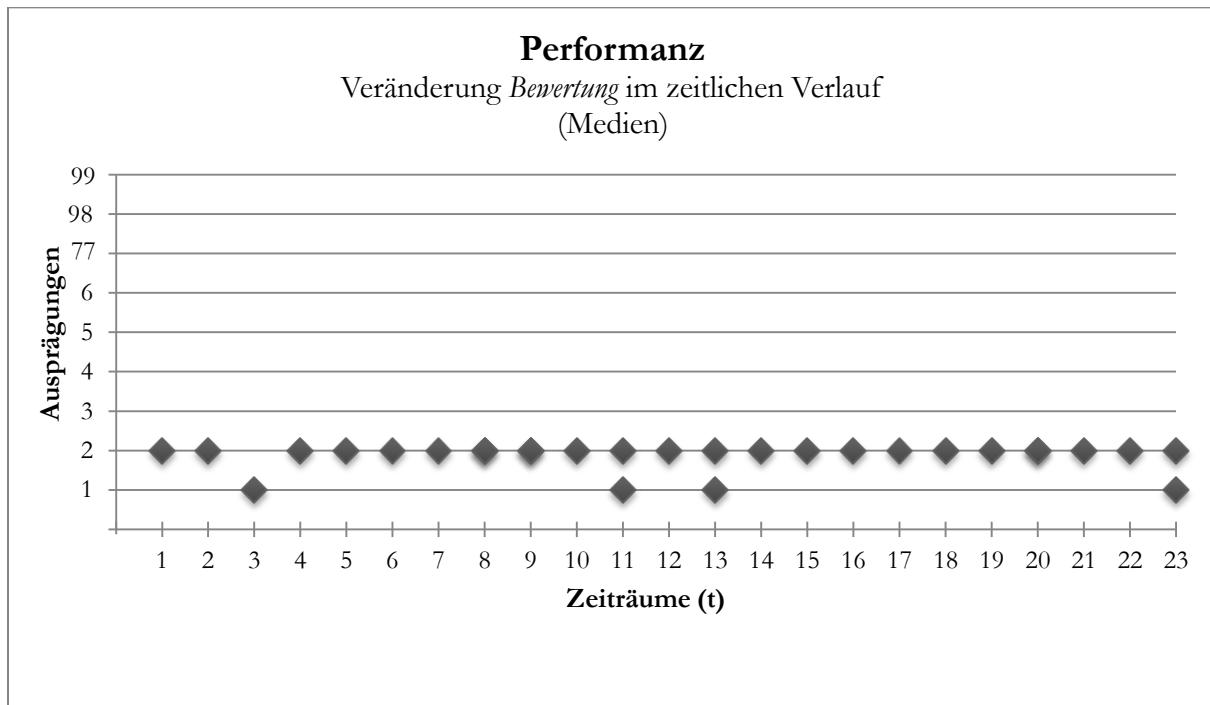


Abbildung 90: Die Veränderung des prototypischen Elements „Handlungsempfehlung“ im Performanzframe der Medien

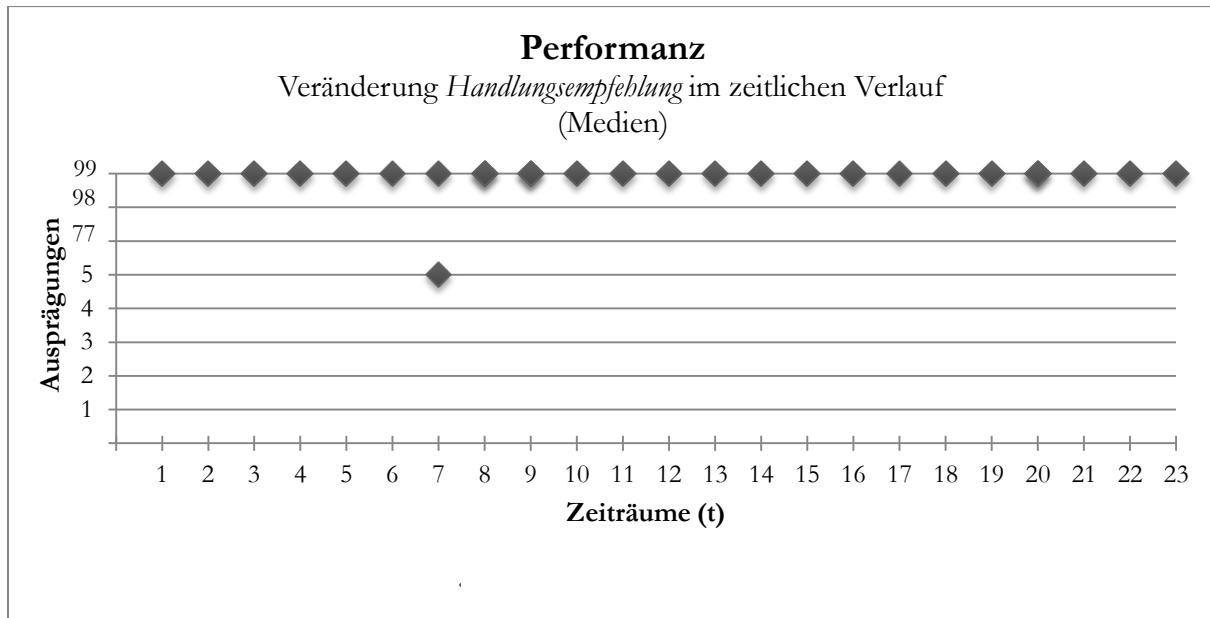


Abbildung 91: Die Veränderung des Elements „Ursache“ im Terrorismusframe des Parlaments

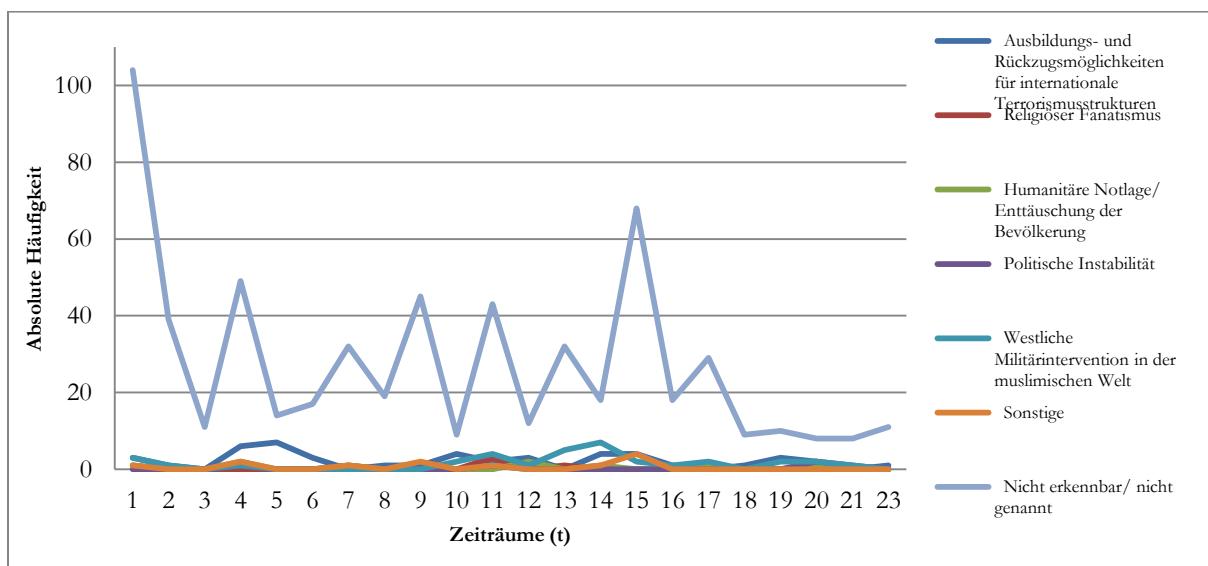


Abbildung 92: Die Veränderung des Elements „Bewertung“ im Terrorismusframe des Parlaments

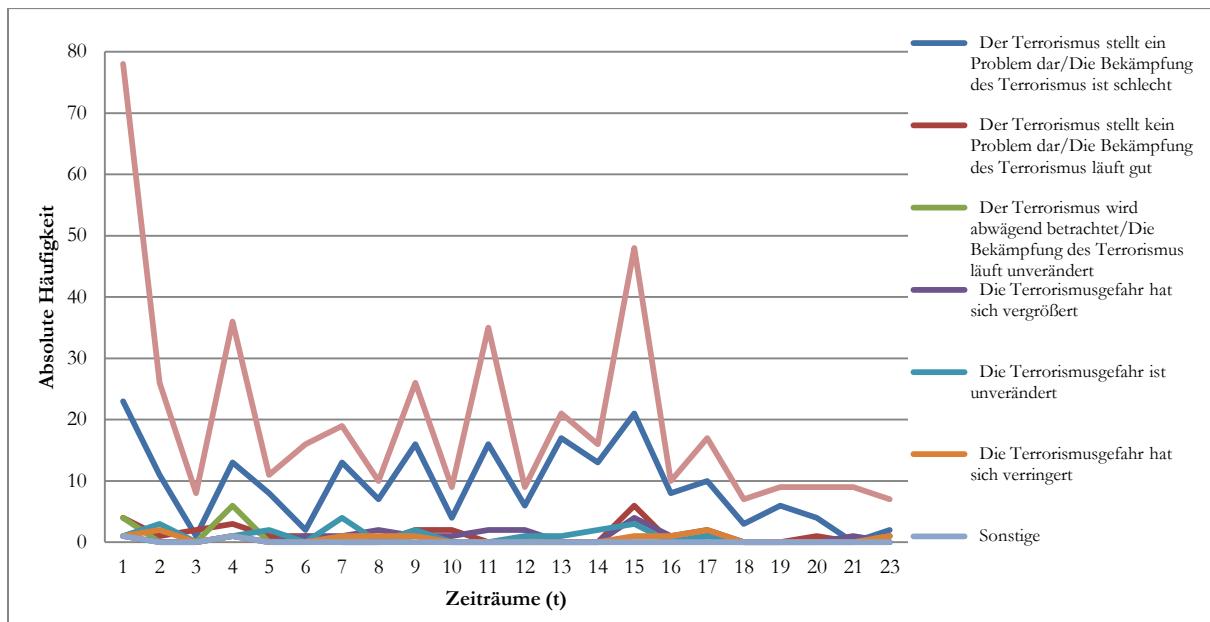


Abbildung 93: Die Veränderung des Elements „Handlungsempfehlung“ im Terrorismusframe des Parlaments

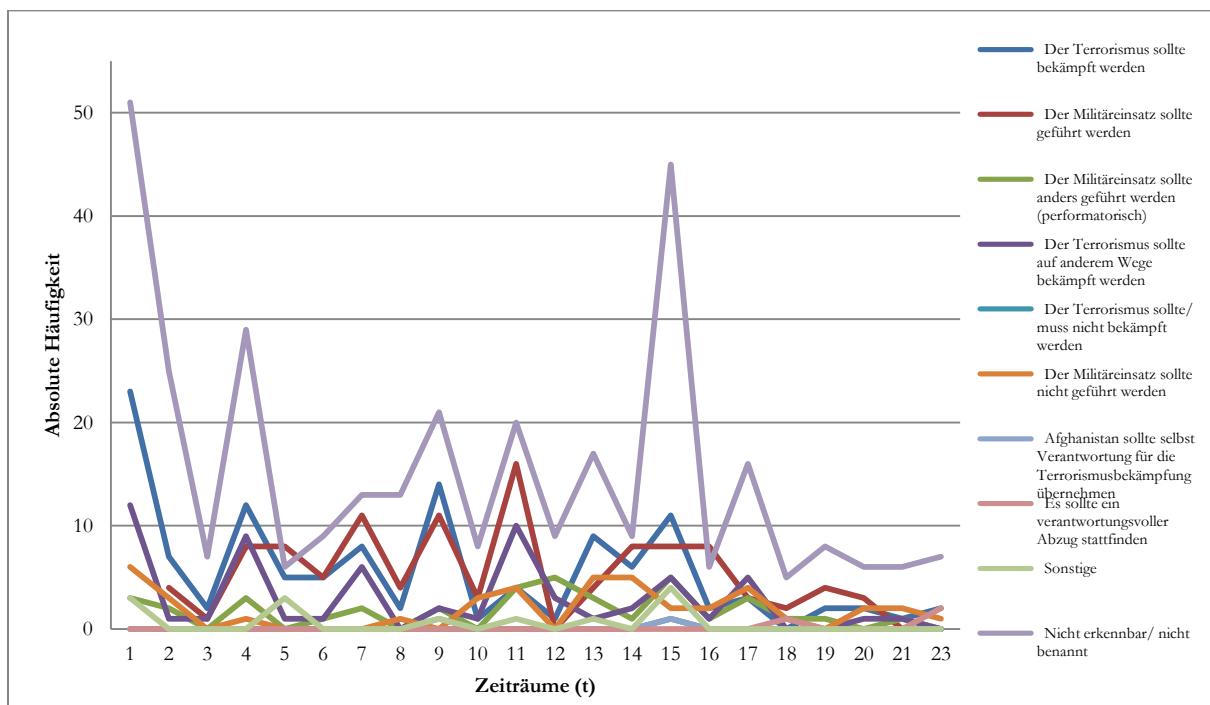


Abbildung 94: Die Veränderung des Elements „Ursache“ im Terrorismusframe der Medien

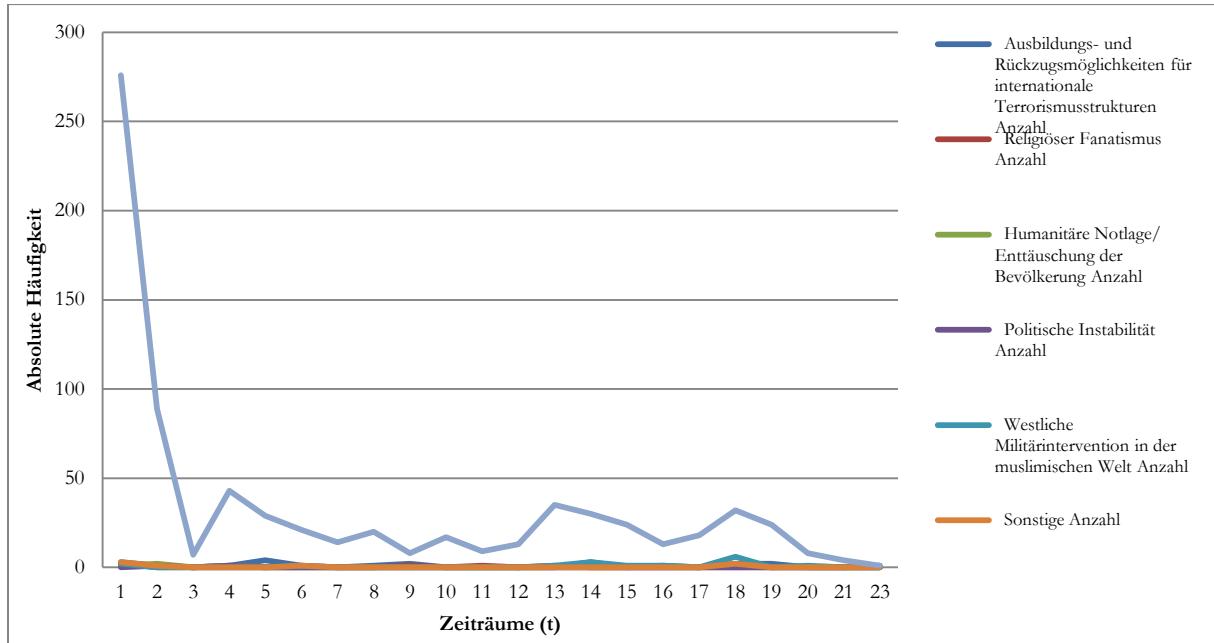


Abbildung 95: Die Veränderung des Elements „Bewertung“ im Terrorismusframe der Medien

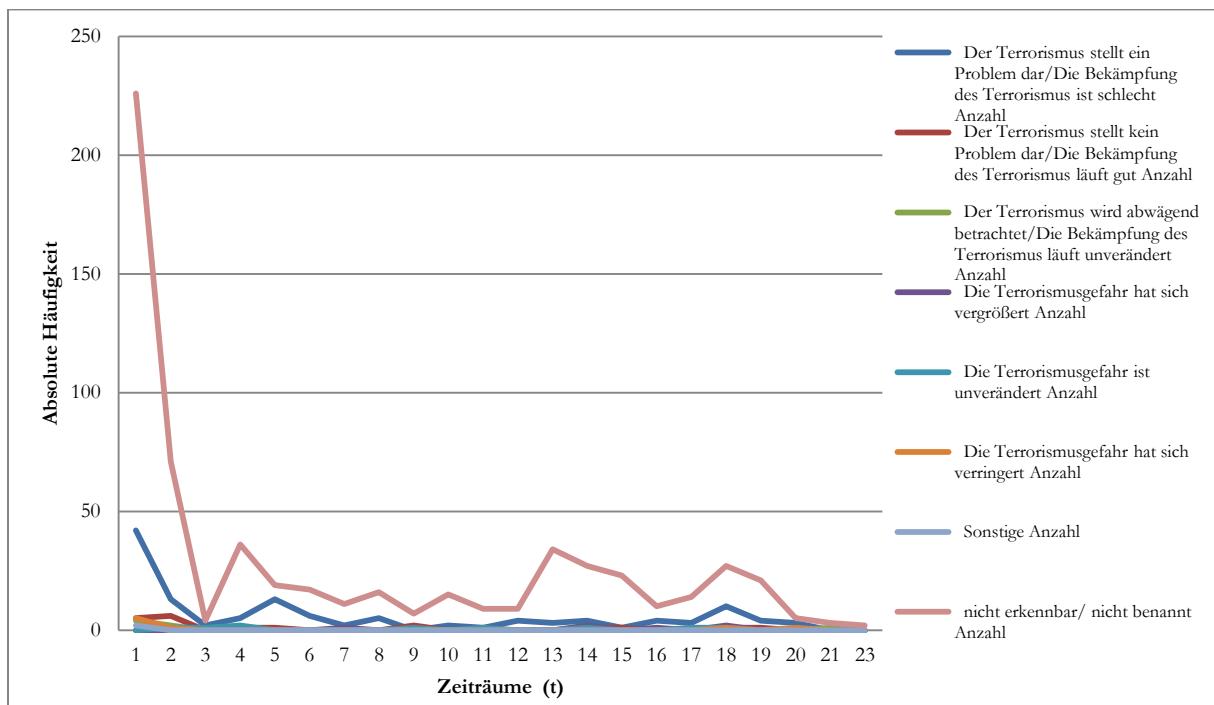


Abbildung 96: Die Veränderung des Elements „Handlungsempfehlung“ im Terrorismusframe der Medien

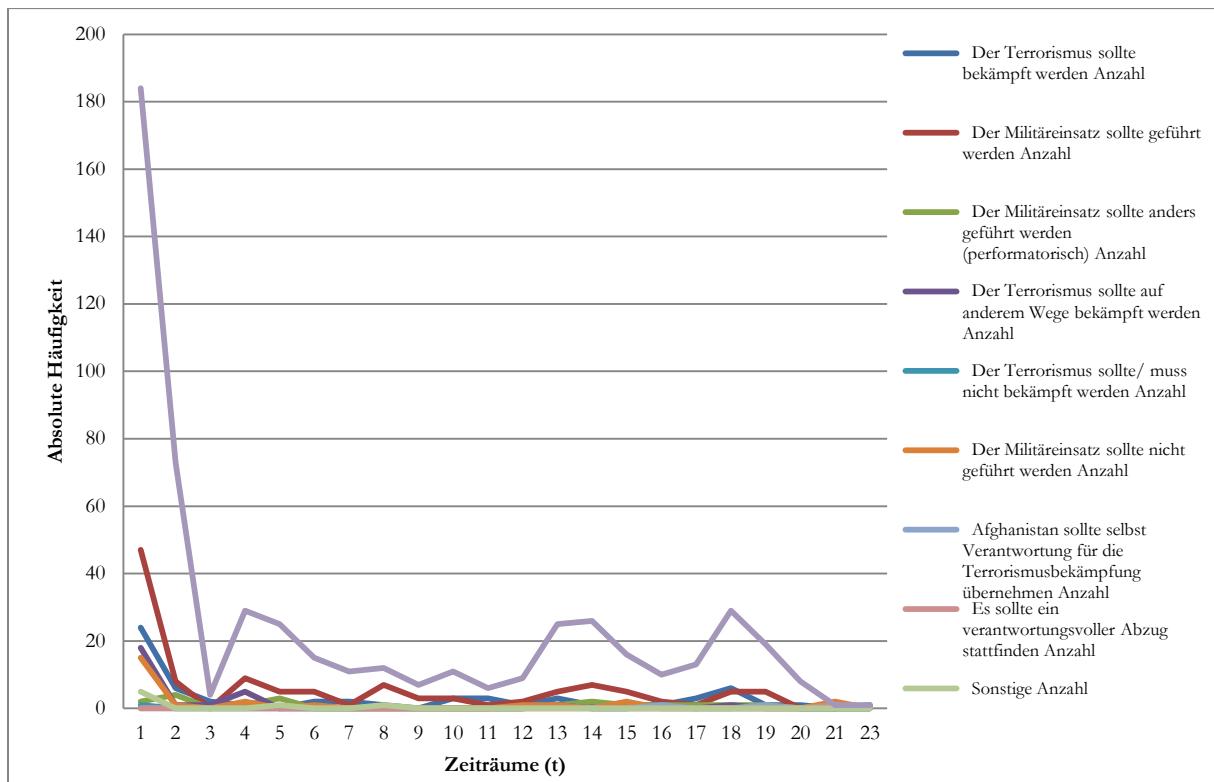


Abbildung 97: Die Veränderung des Elements „Ursache“ im Sicherheitsframe des Parlaments

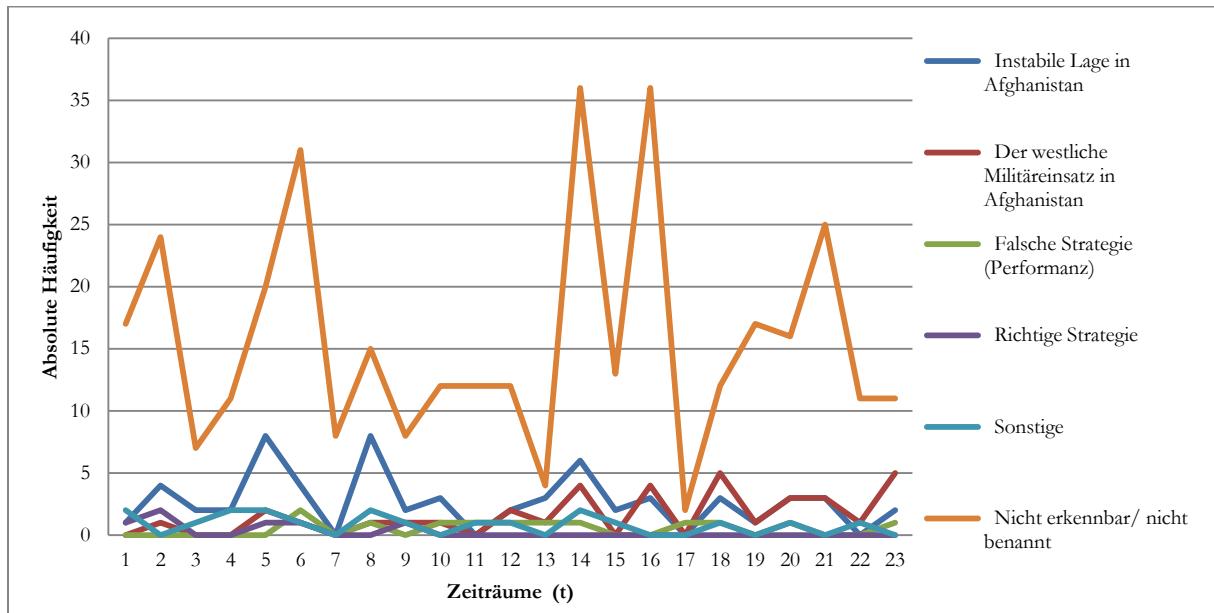


Abbildung 98: Die Veränderung des Elements „Bewertung“ im Sicherheitsframe des Parlaments

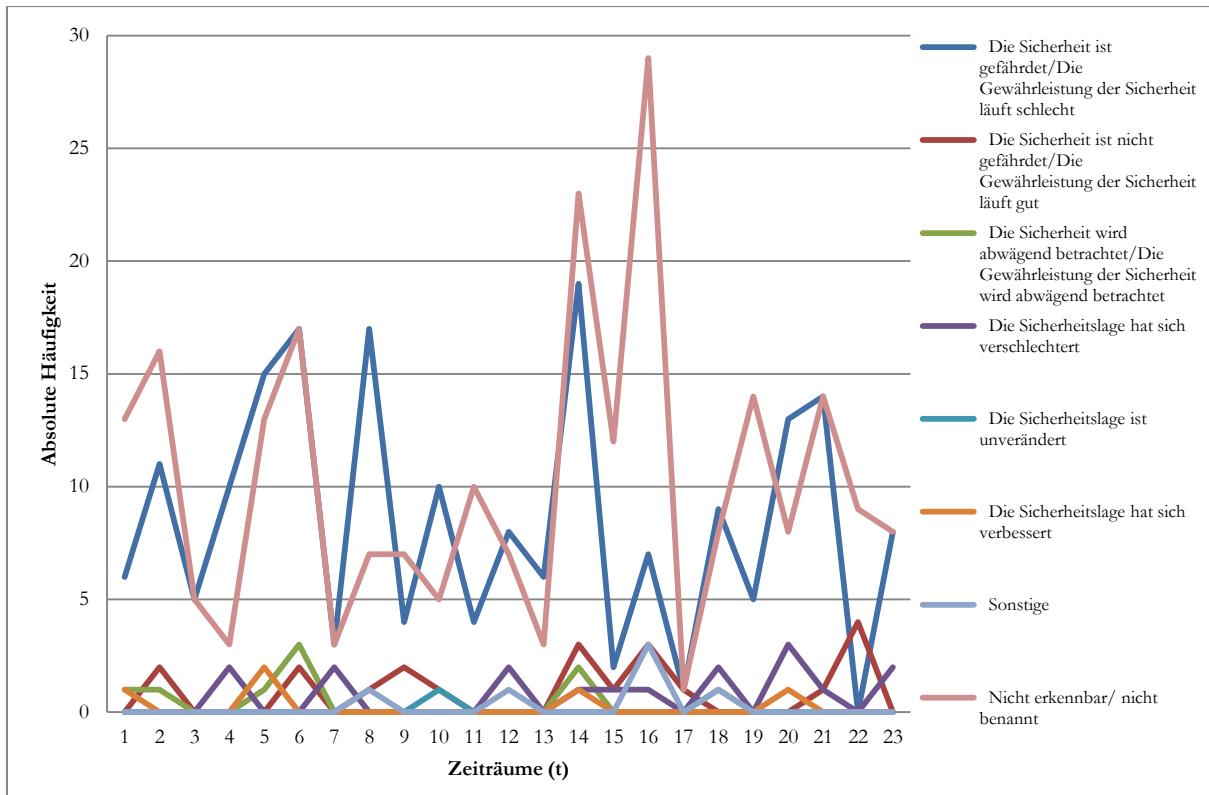


Abbildung 99: Die Veränderung des Elements „Handlungsempfehlung“ im Sicherheitsframe des Parlaments

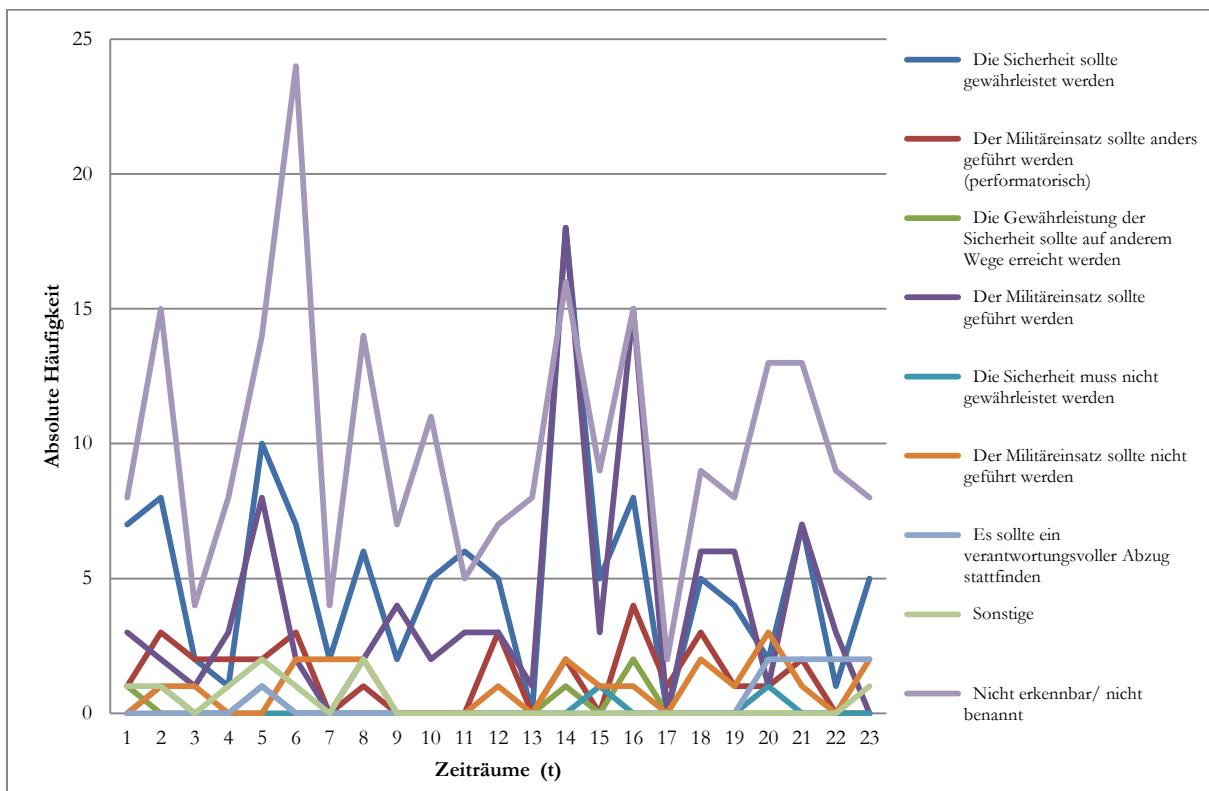


Abbildung 100: Die Veränderung des Elements „Ursache“ im Sicherheitsframe der Medien

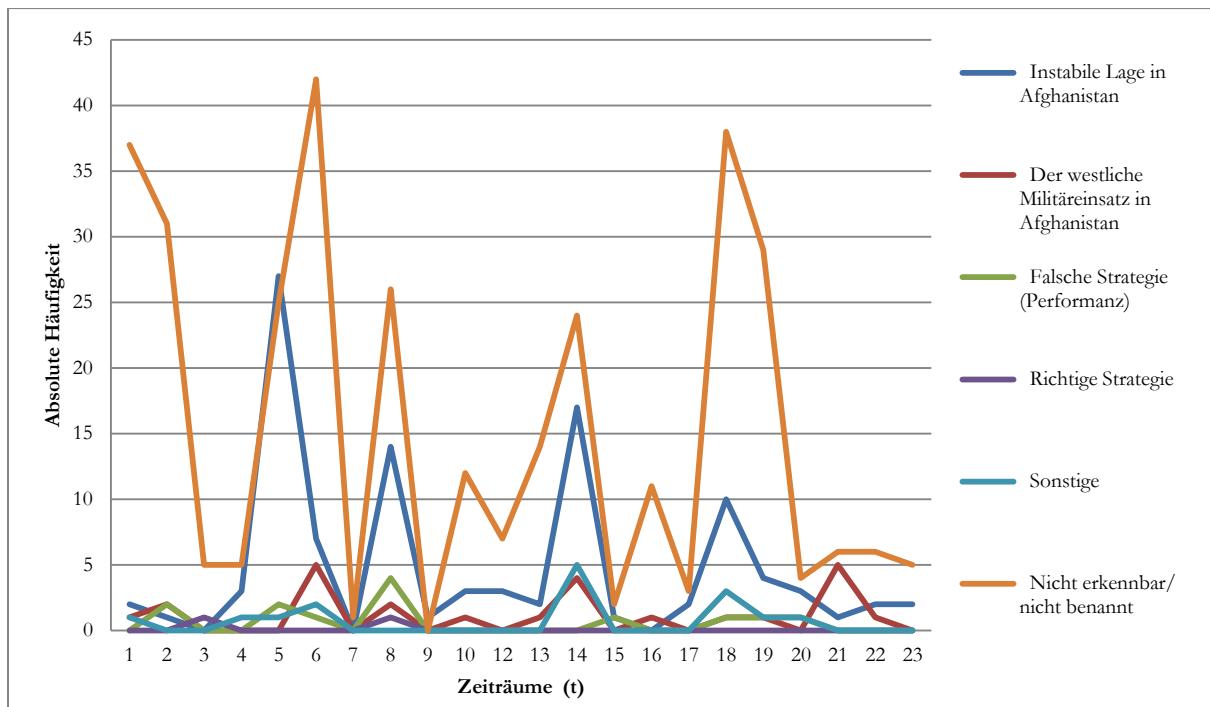


Abbildung 101: Die Veränderung des Elements „Bewertung“ im Sicherheitsframe der Medien

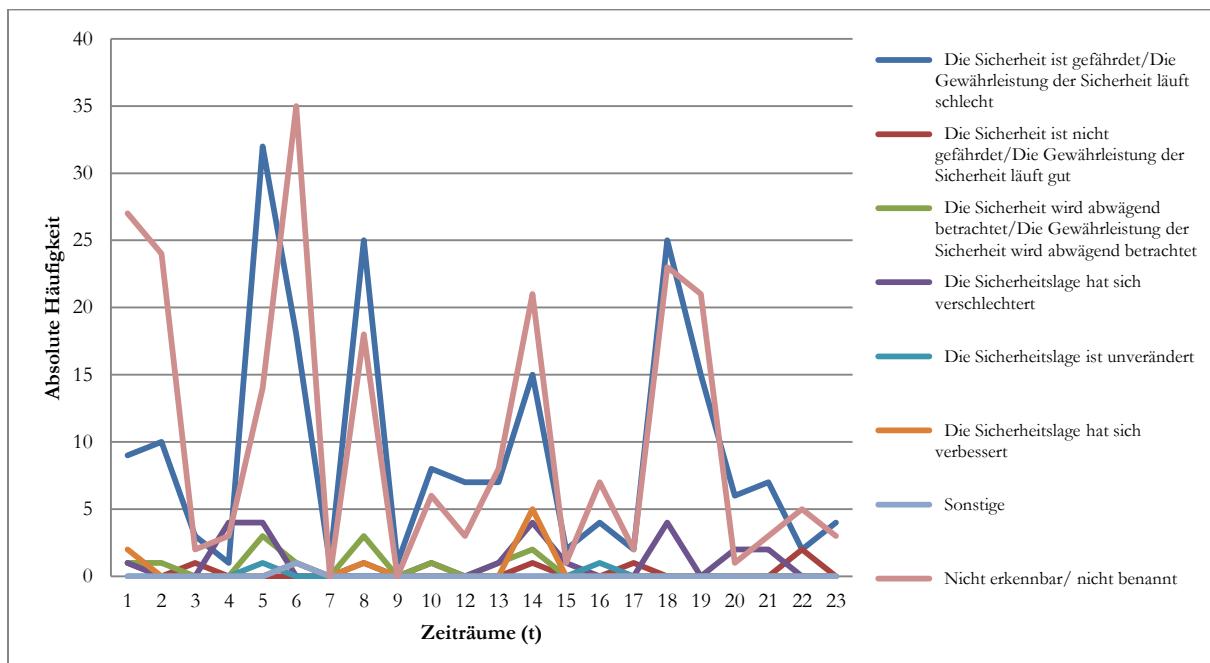


Abbildung 102: Die Veränderung des Elements „Handlungsempfehlung“ im Sicherheitsframe der Medien

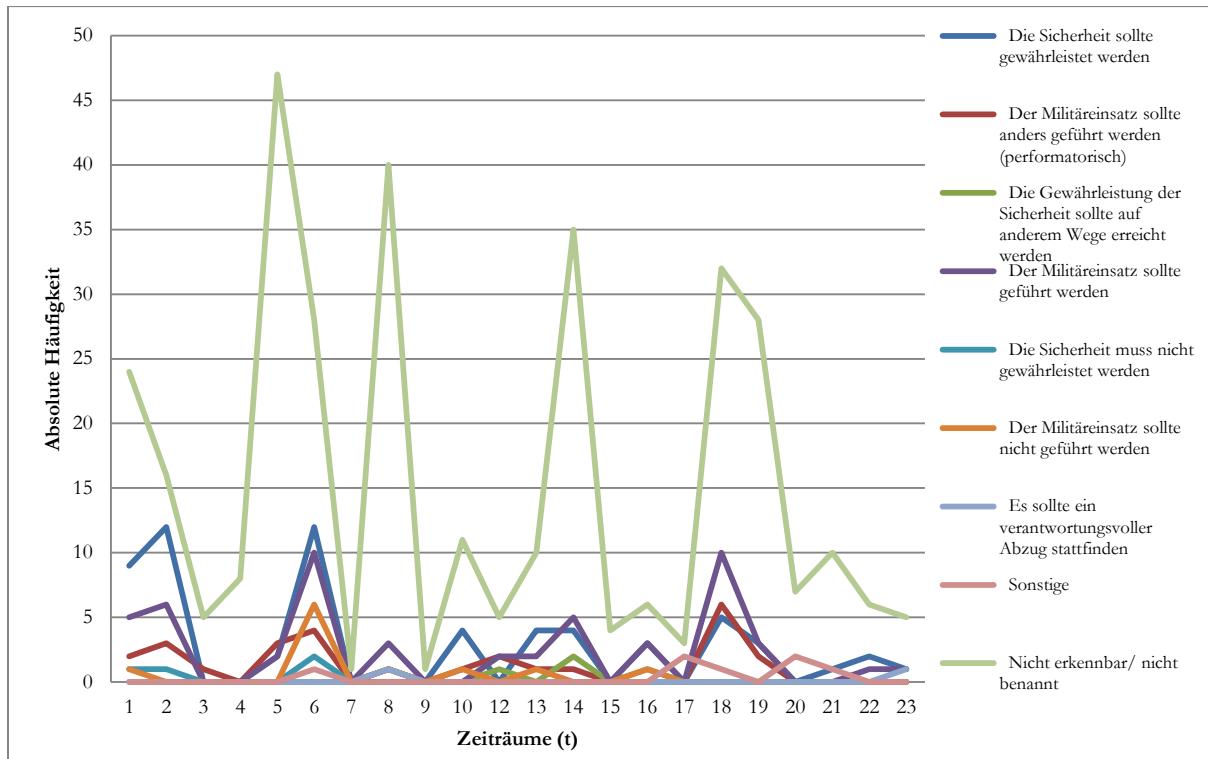


Abbildung 103: Die Veränderung des Elements „Ursache“ im Humanitäre Lage-Frame des Parlaments

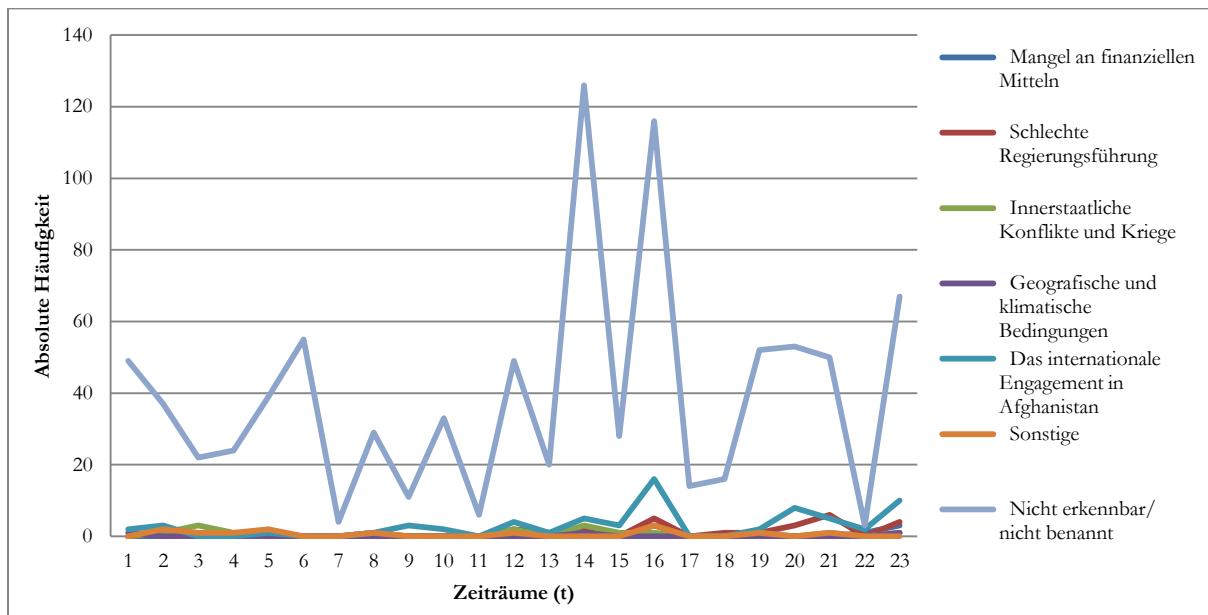


Abbildung 104: Die Veränderung des Elements „Bewertung“ im Humanitäre Lage-Frame des Parlaments

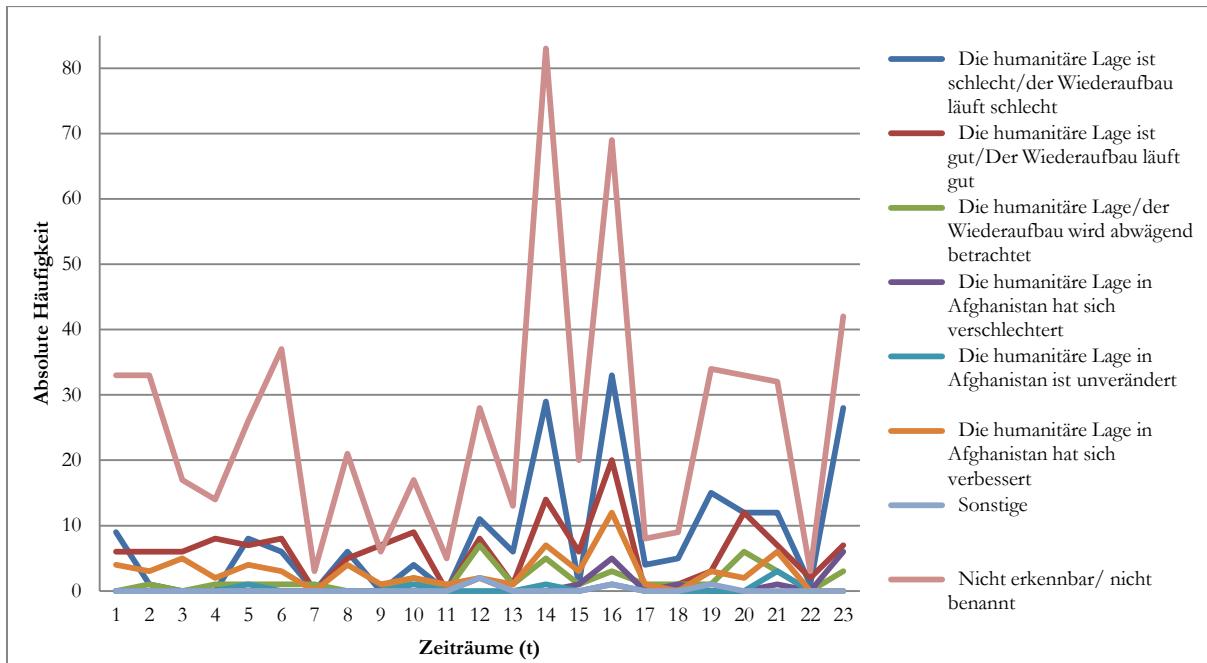


Abbildung 105: Die Veränderung des Elements „Handlungsempfehlung“ im Humanitäre Lage-Frame des Parlaments

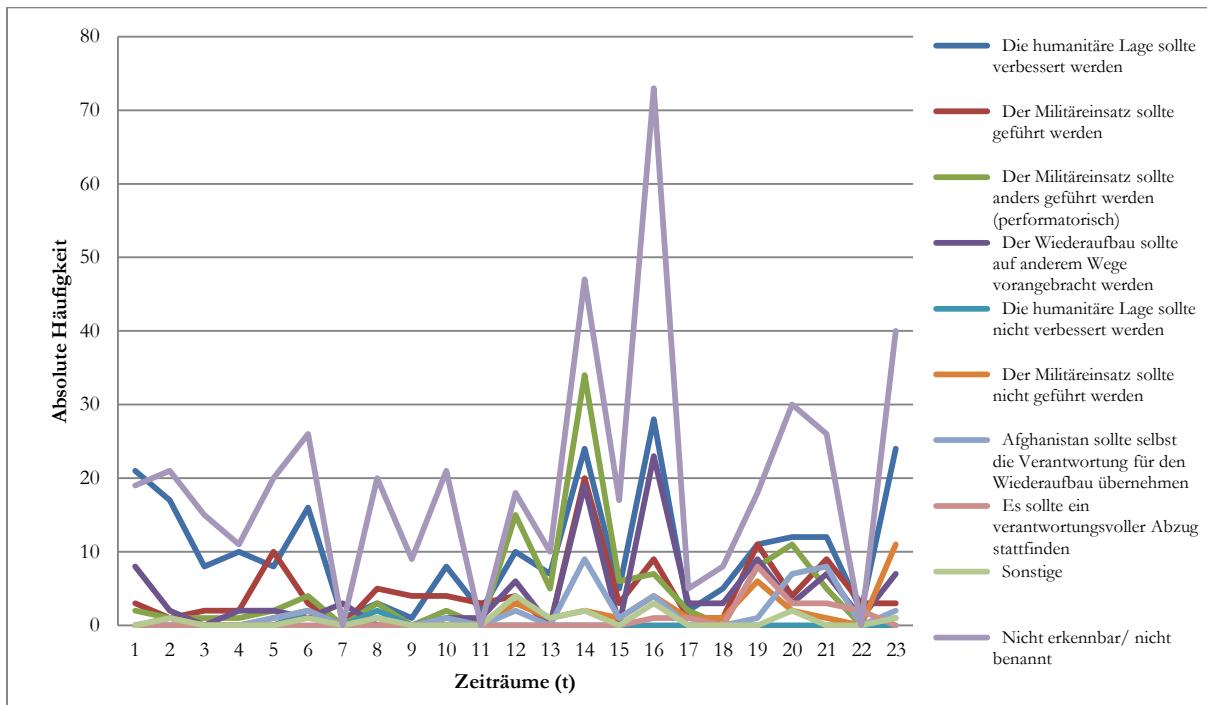


Abbildung 106: Die Veränderung des Elements „Ursache“ im Humanitäre Lage-Frame der Medien

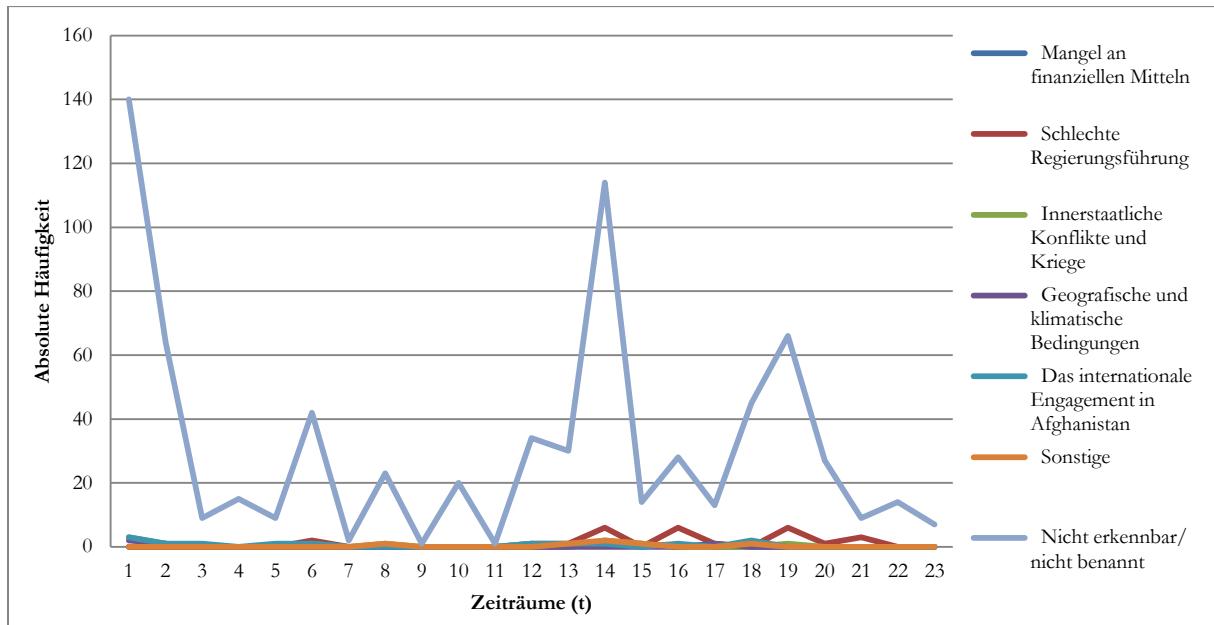


Abbildung 107: Die Veränderung des Elements „Bewertung“ im Humanitäre Lage-Frame der Medien

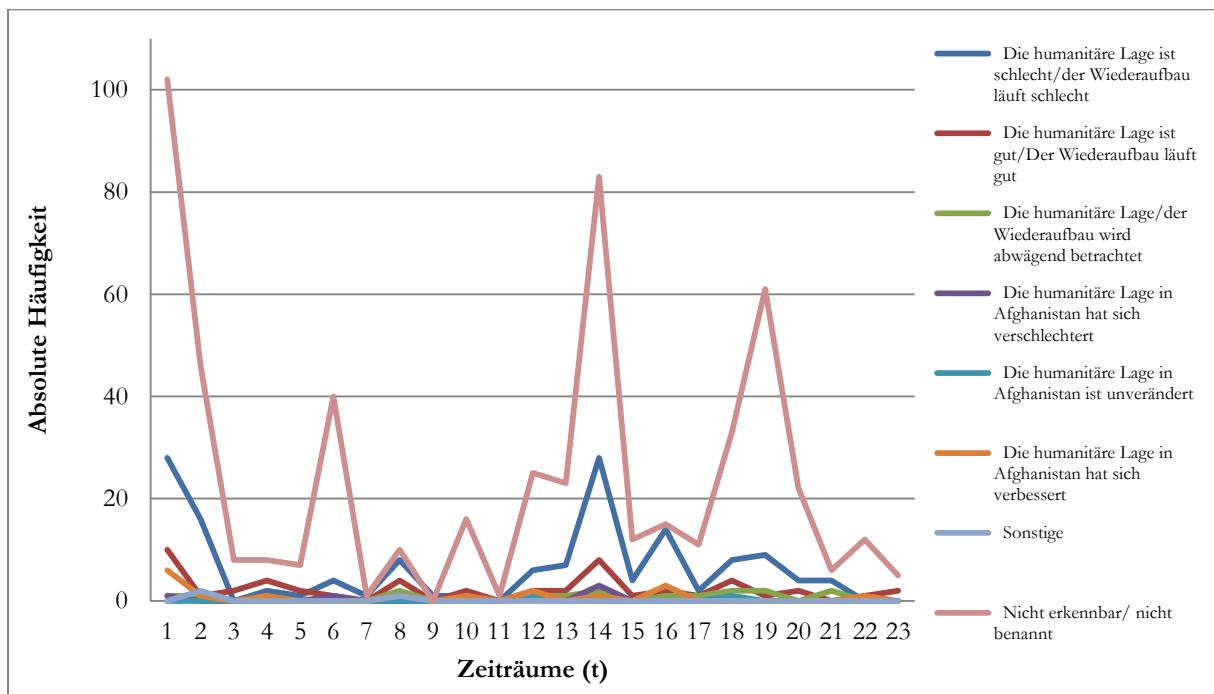


Abbildung 108: Die Veränderung des Elements „Handlungsempfehlung“ im Humanitäre Lage-Frame der Medien

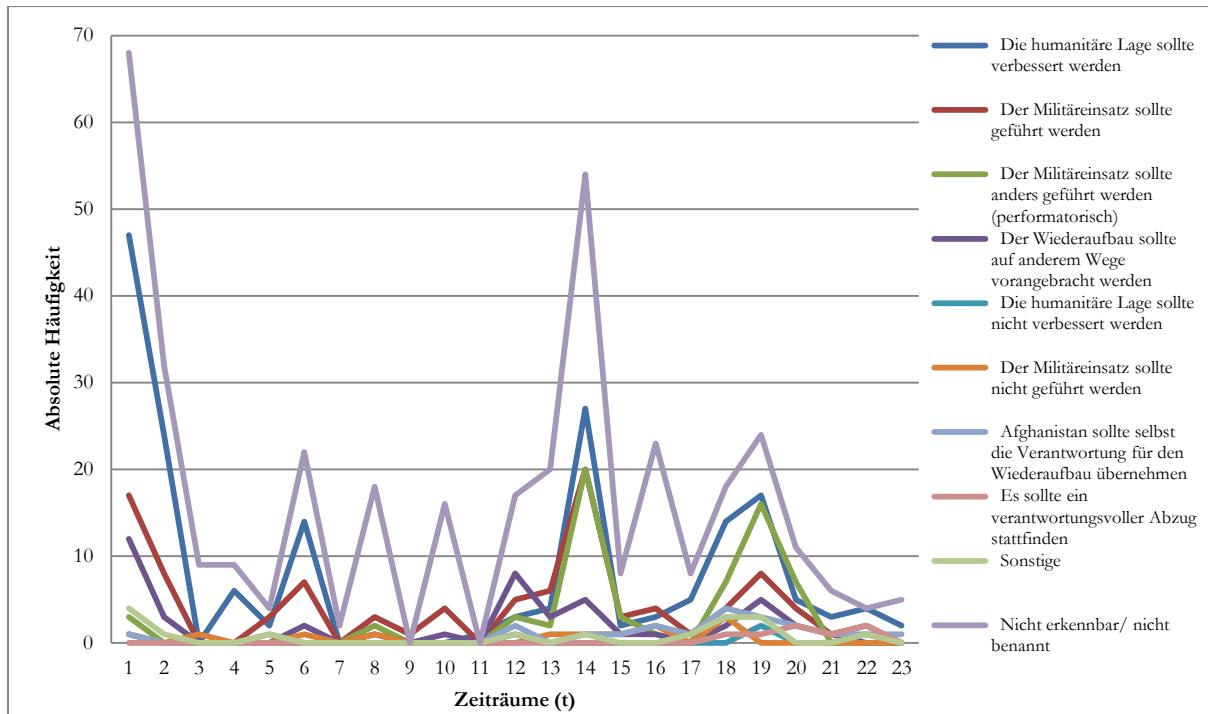


Abbildung 109: Die Veränderung des Elements „Ursache“ im Instabilitätsframe des Parlaments

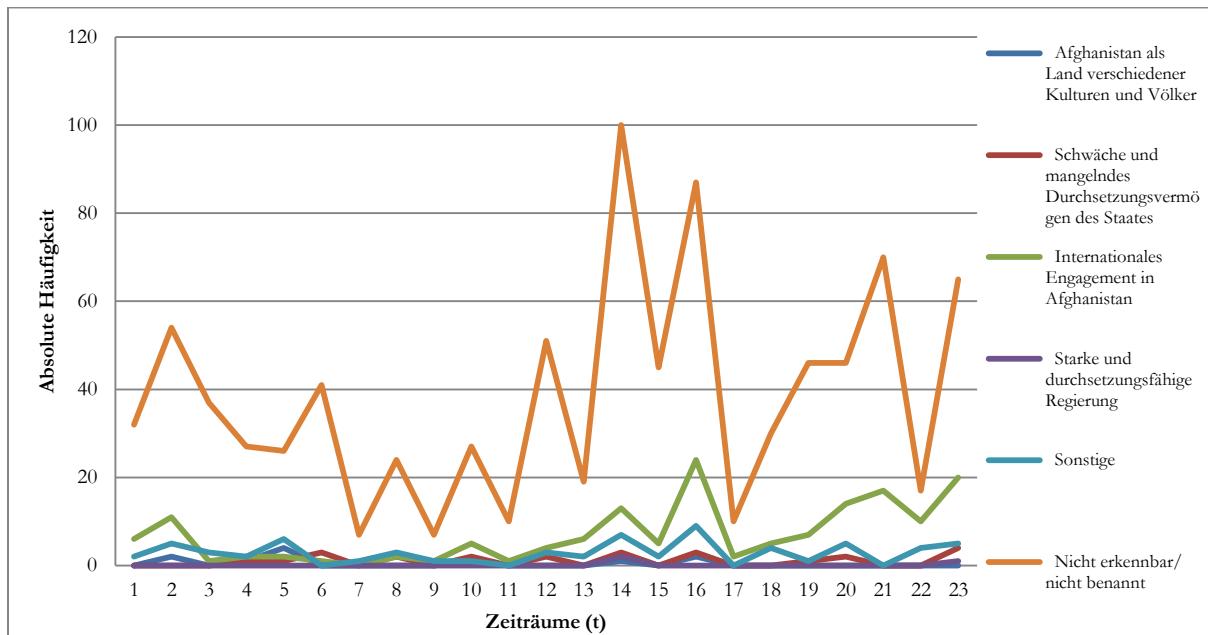


Abbildung 110: Die Veränderung des Elements „Bewertung“ im Instabilitätsframe des Parlaments

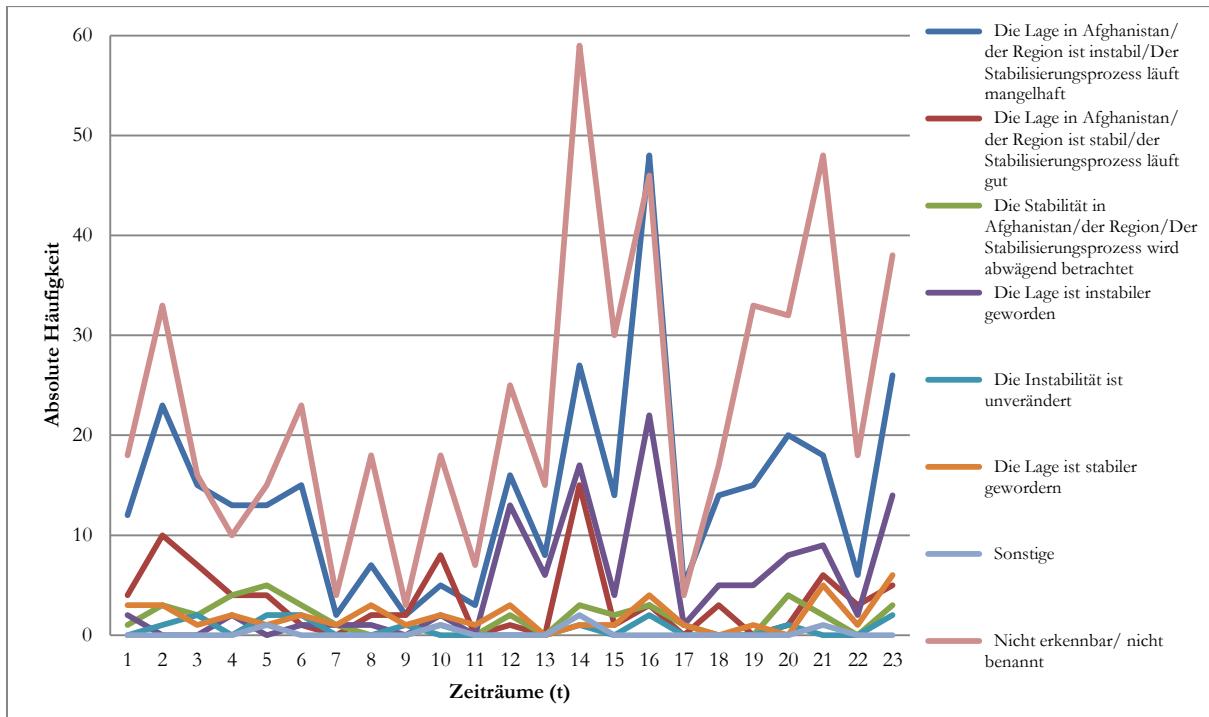


Abbildung 111: Die Veränderung des Elements „Handlungsempfehlung“ im Instabilitätsframe des Parlaments

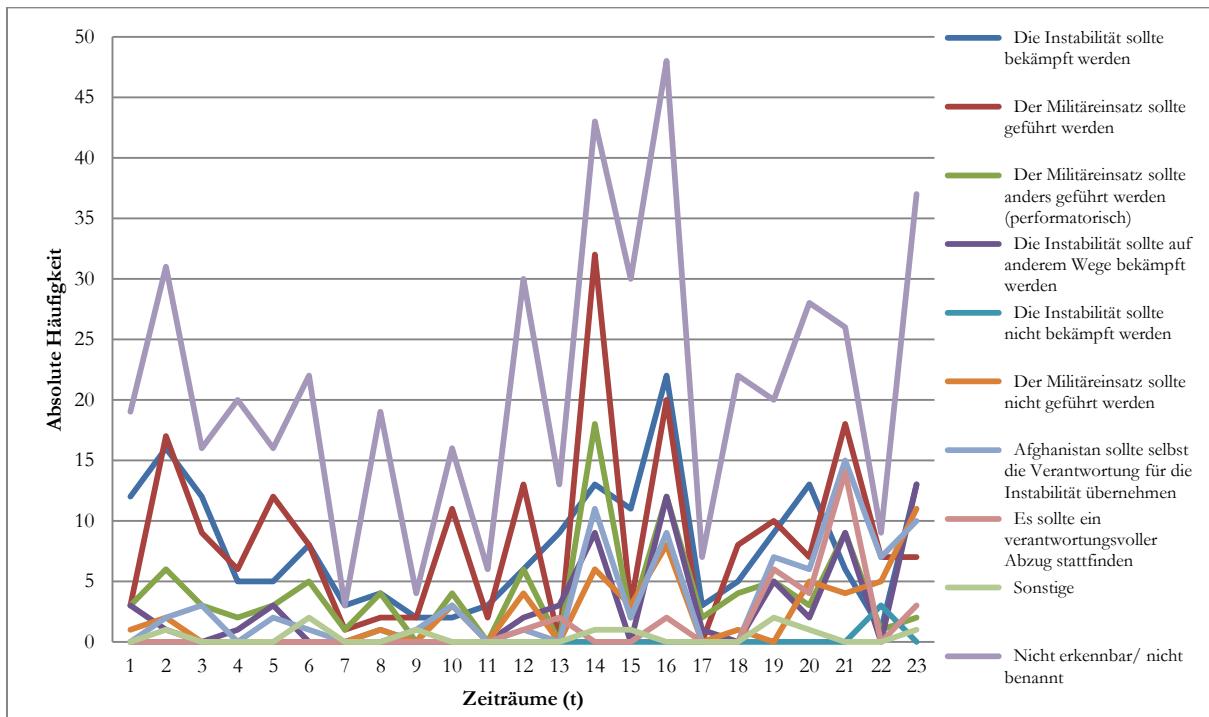


Abbildung 112: Die Veränderung des Elements „Ursache“ im Instabilitätsframe der Medien

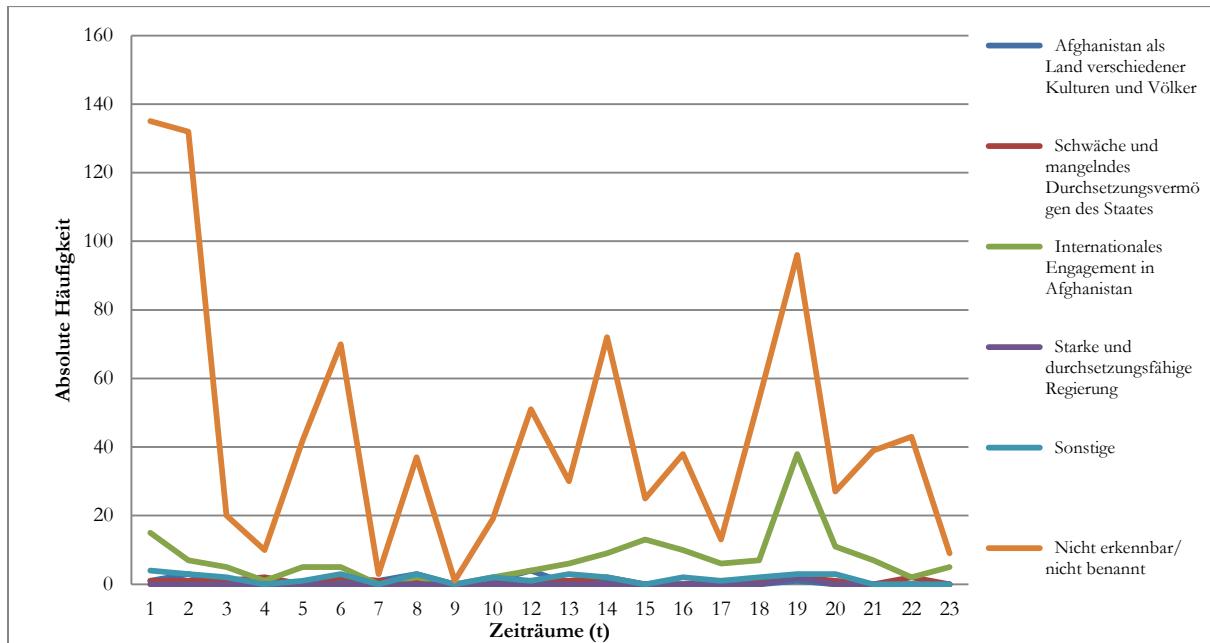


Abbildung 113: Die Veränderung des Elements „Bewertung“ im Instabilitätsframe der Medien

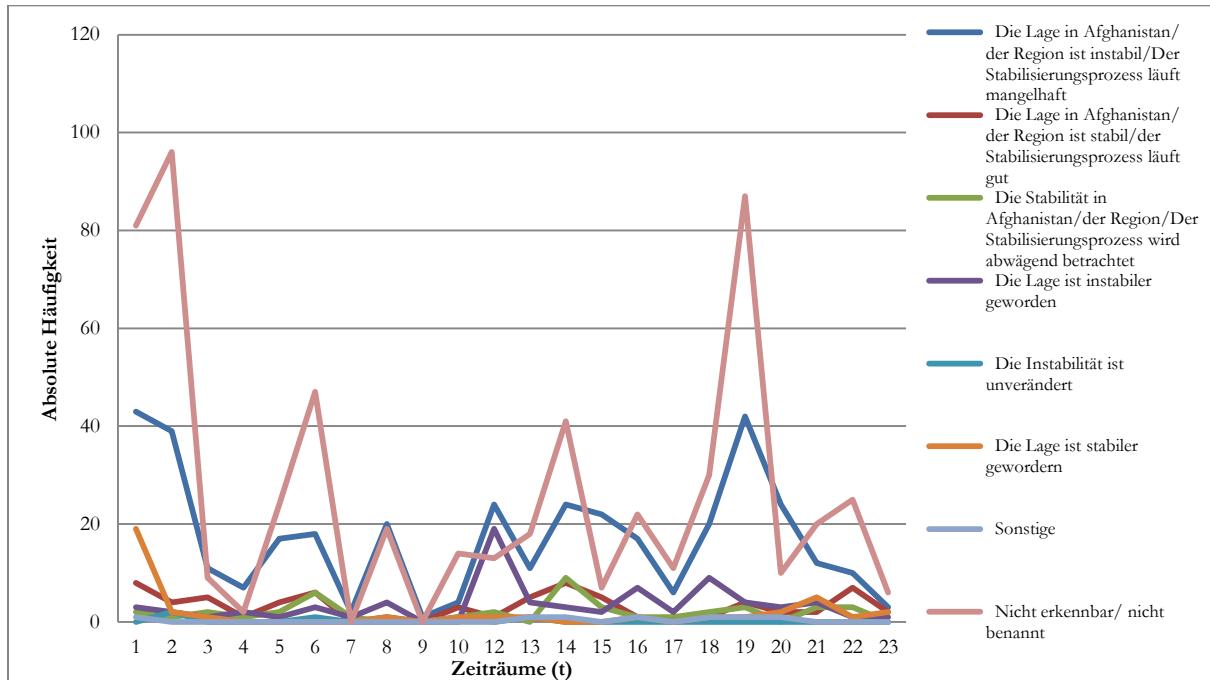


Abbildung 114: Die Veränderung des Elements „Handlungsempfehlung“ im Instabilitätsframe der Medien

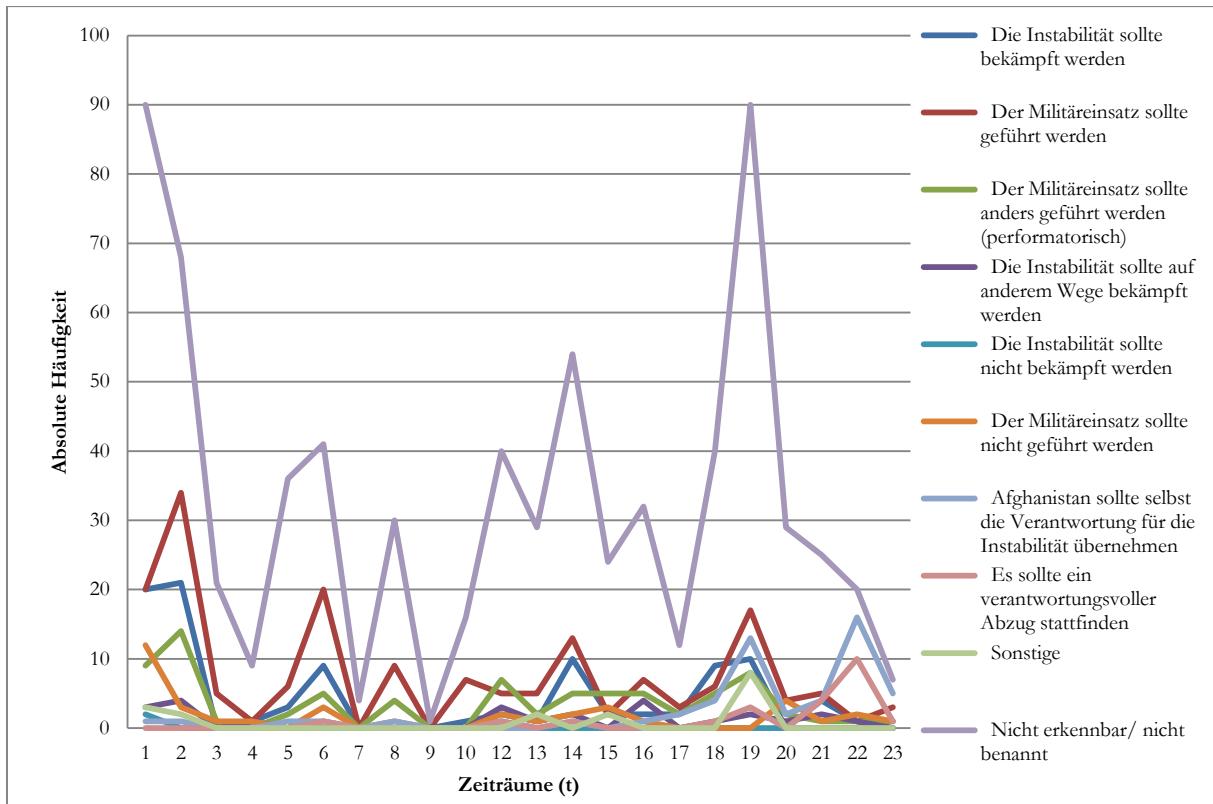


Abbildung 115: Die Veränderung des Elements „Ursache“ im Performanzframe des Parlaments

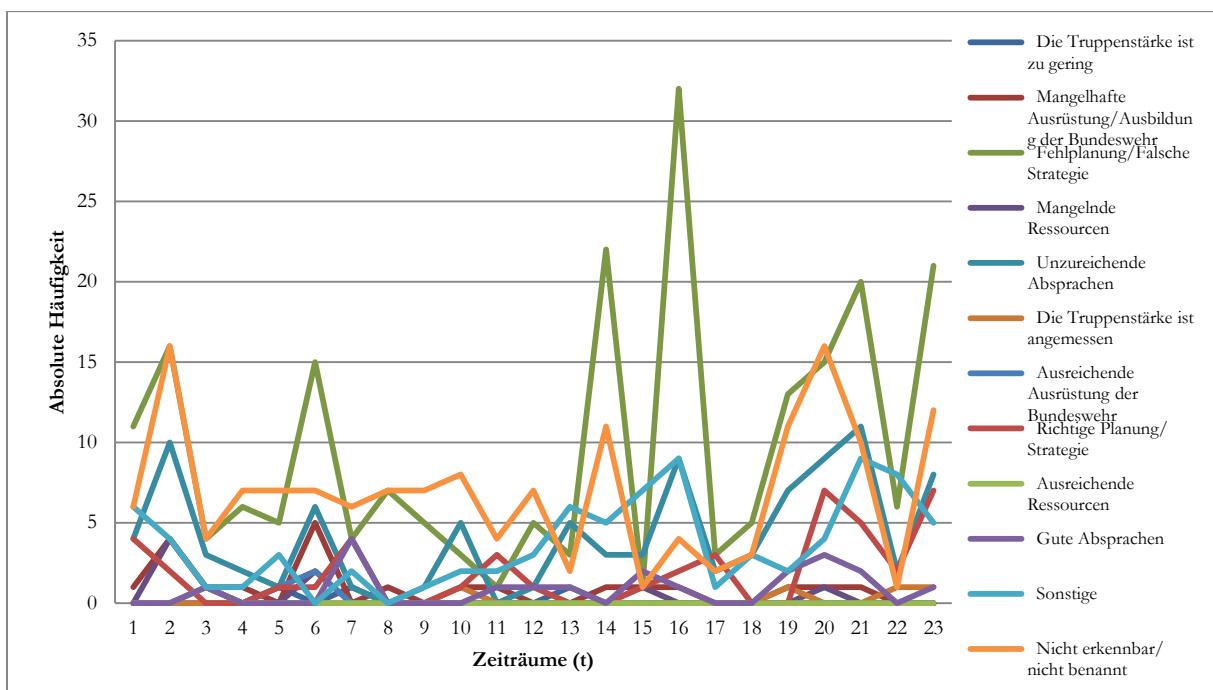


Abbildung 116: Die Veränderung des Elements „Bewertung“ im Performanzframe des Parlaments

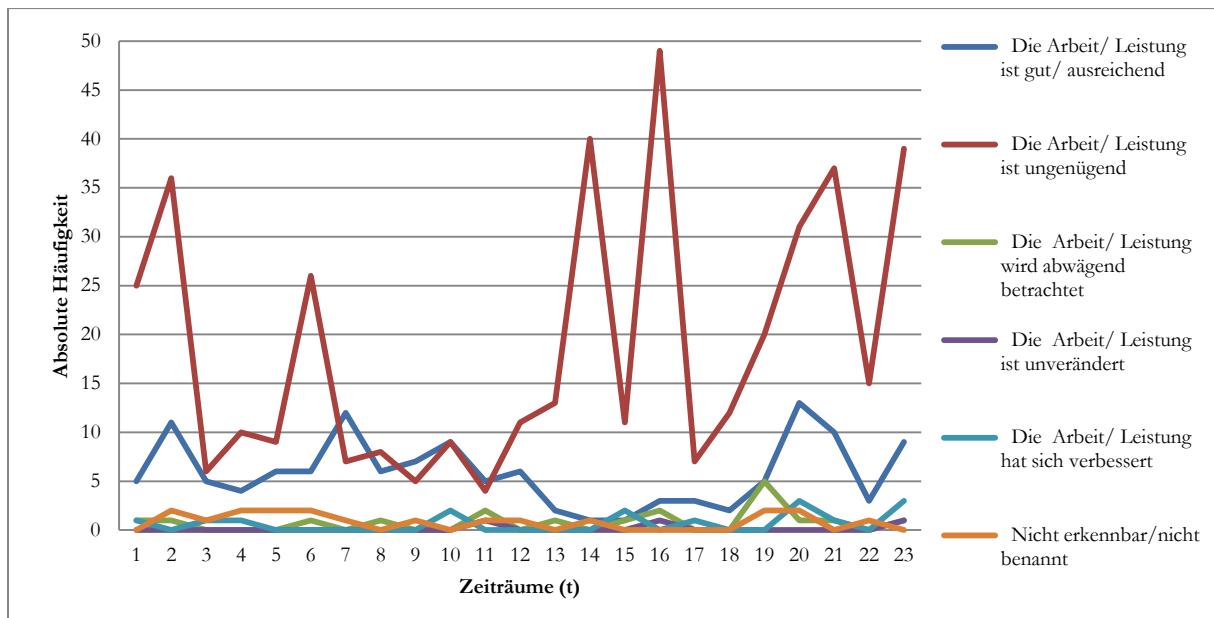


Abbildung 117: Die Veränderung des Elements „Handlungsempfehlung“ im Performanzframe des Parlaments

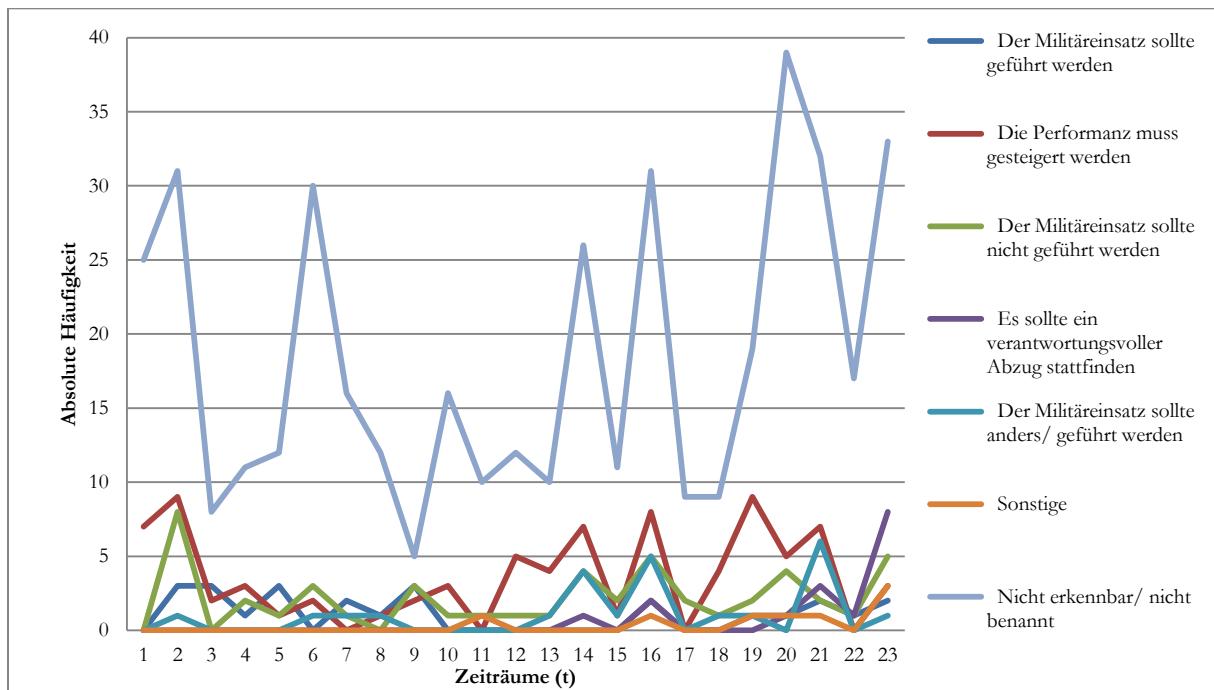


Abbildung 118: Die Veränderung des Elements „Ursache“ im Performanzframe der Medien

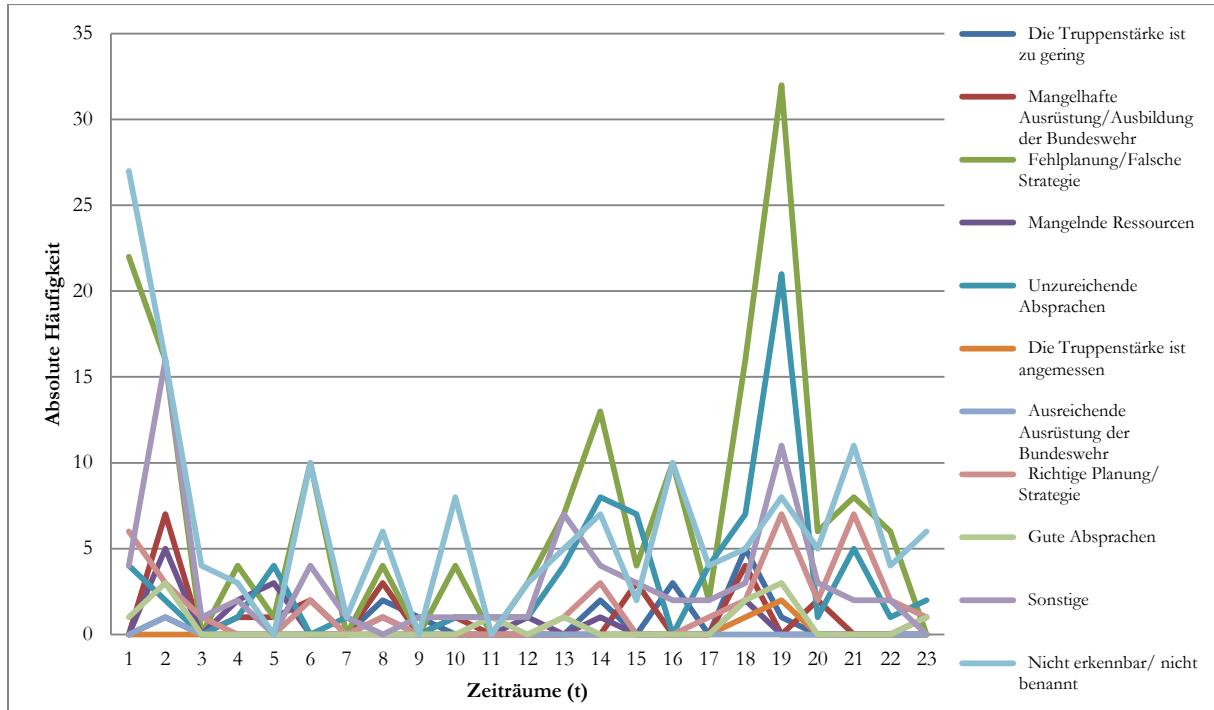


Abbildung 119: Die Veränderung des Elements „Bewertung“ im Performanzframe der Medien

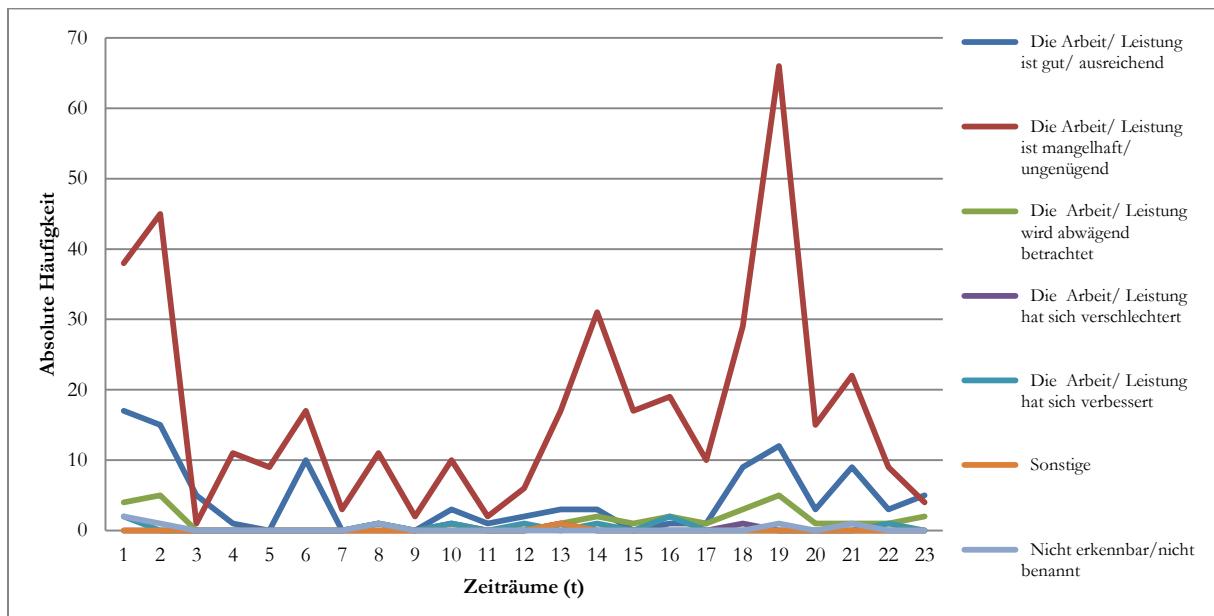


Abbildung 120: Die Veränderung des Elements „Handlungsempfehlung“ im Performanzframe der Medien

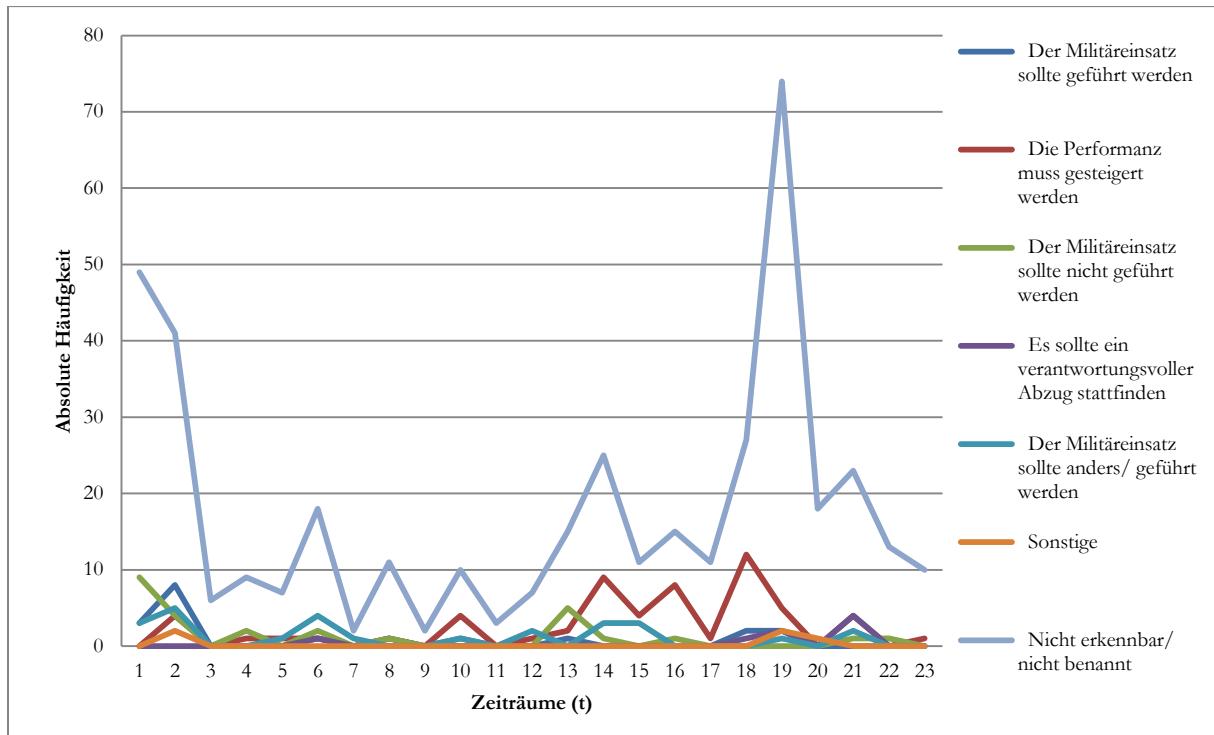


Abbildung 121: Legitimatorische und Performatorische Handlungsempfehlungen in den Medien im zeitlichen Verlauf

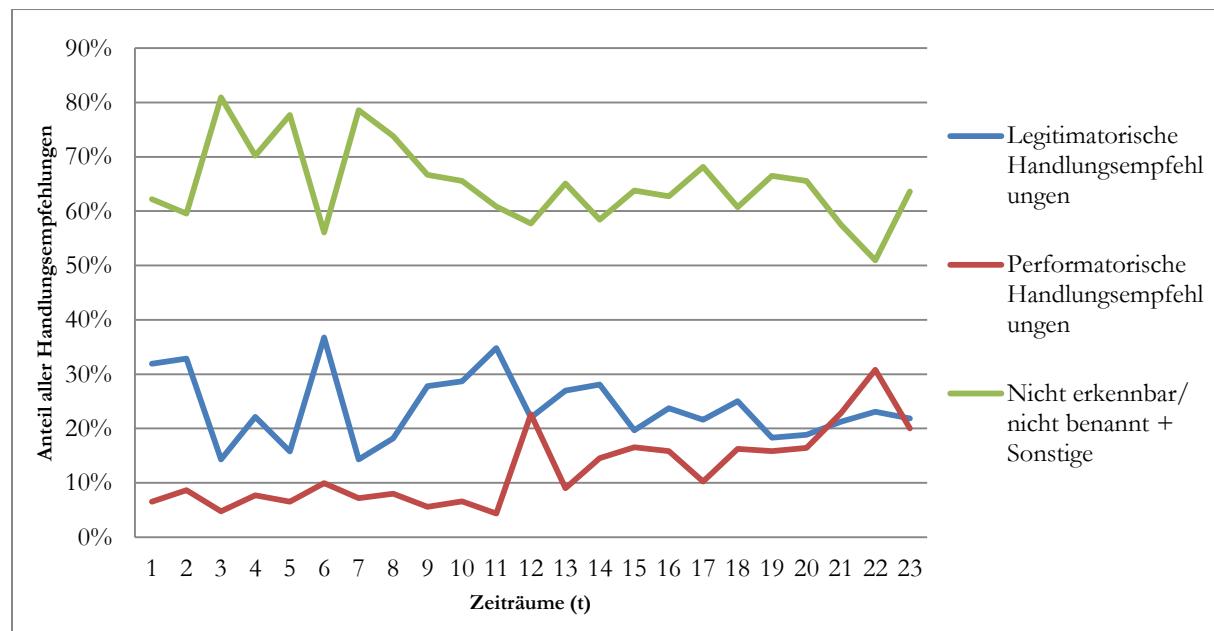


Abbildung 122: Die Vollständigkeit der Frames im Parlament

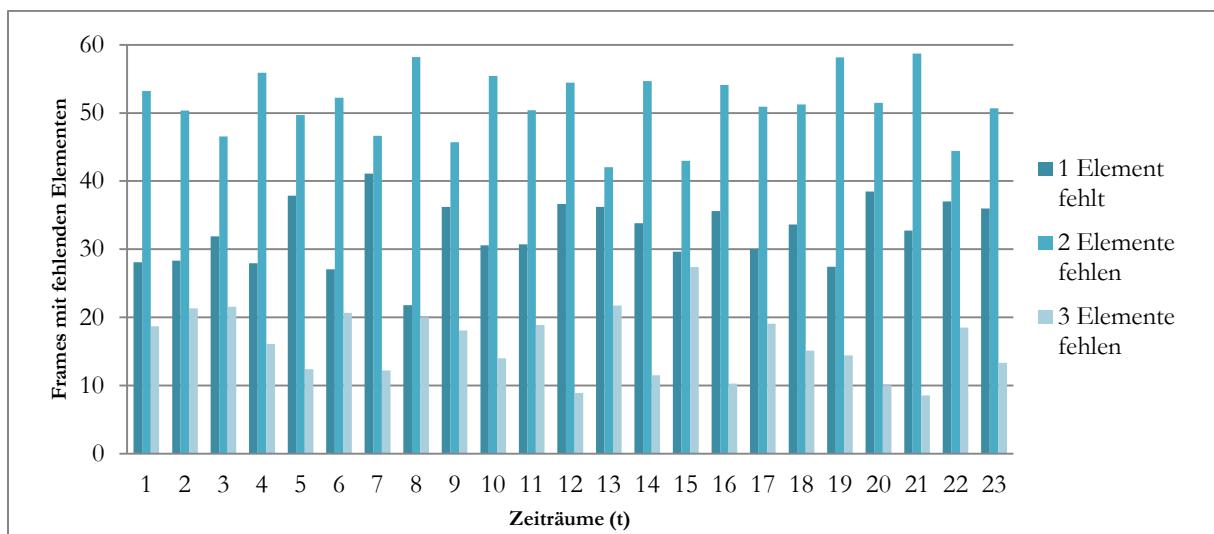


Abbildung 123: Die Vollständigkeit der Frames in den Medien

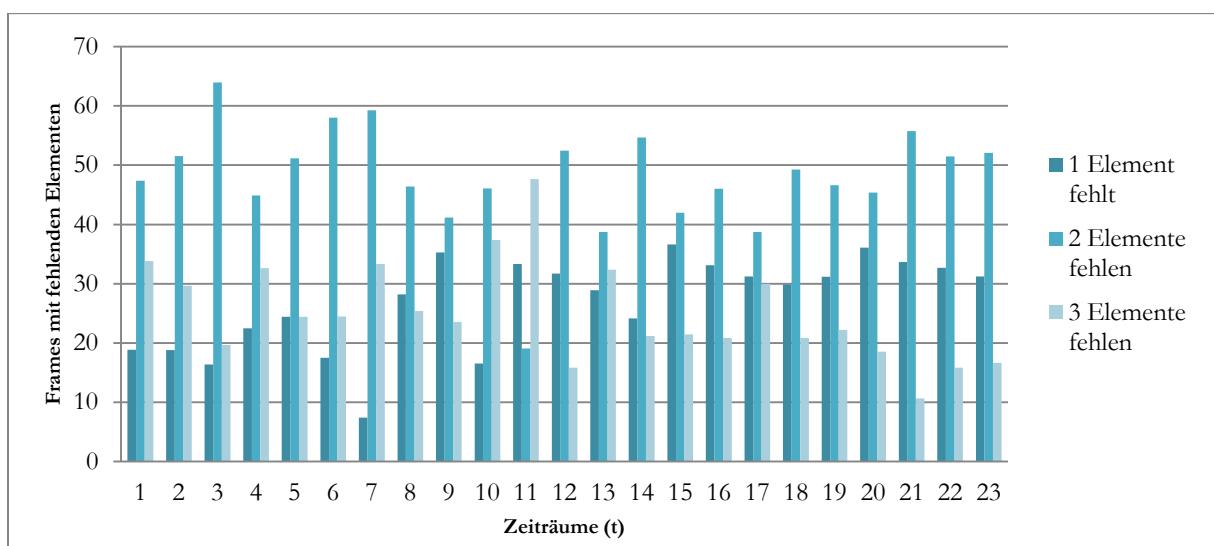


Abbildung 124: Die Tendenz aller Frames im Parlament

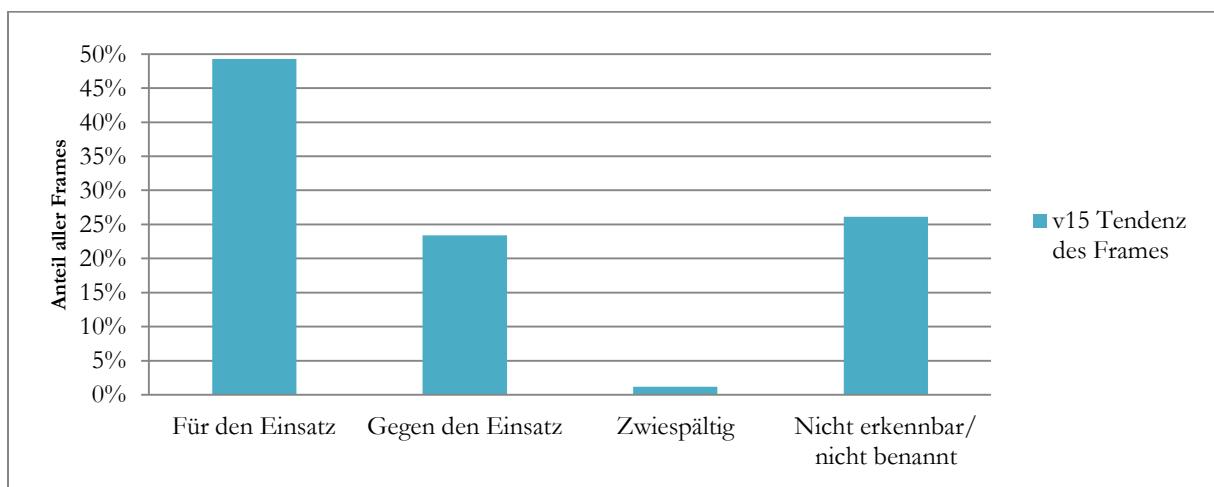


Abbildung 125: Die Tendenz aller Frames im Parlament im zeitlichen Verlauf (im Text)

Abbildung 126: Trendlinien - Die Tendenz aller Frames im Parlament im zeitlichen Verlauf

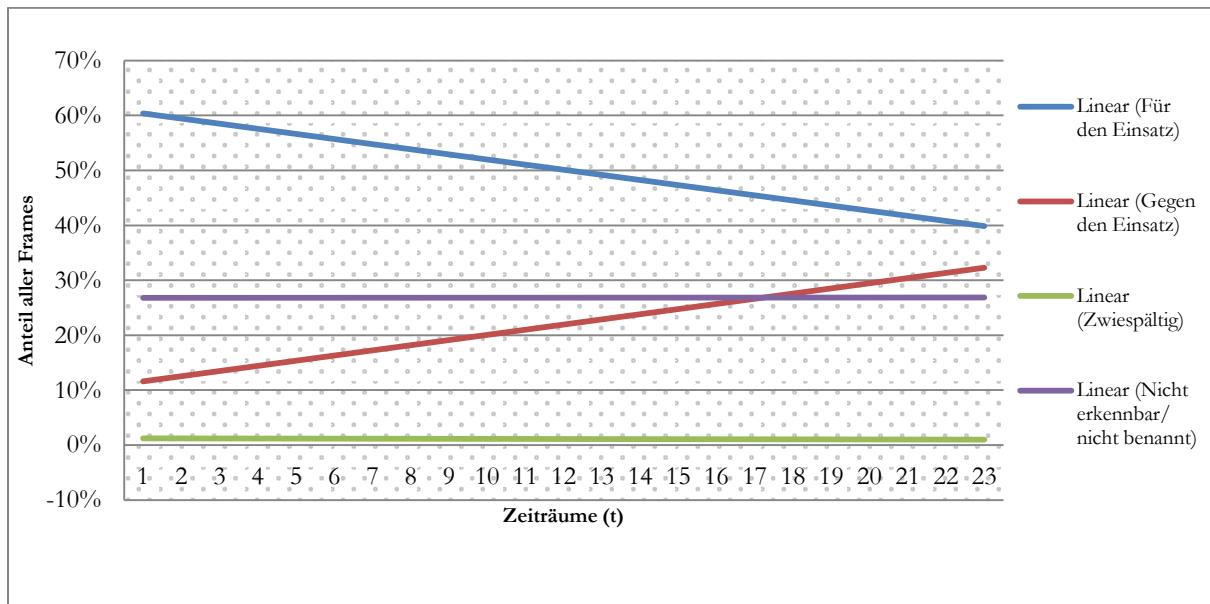


Abbildung 127: Die Tendenz aller Frames in den Medien

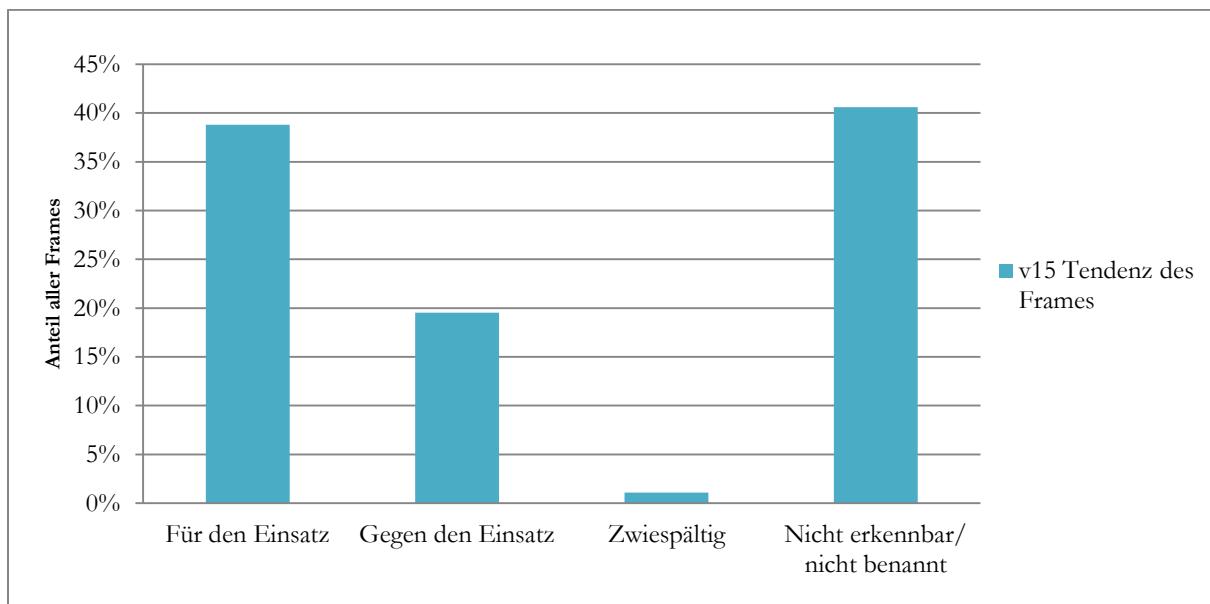


Abbildung 128: Die Tendenz aller Frames in den Medien im zeitlichen Verlauf (im Text)

Abbildung 129:Trendlinien - Die Tendenz aller Frames in den Medien im zeitlichen Verlauf

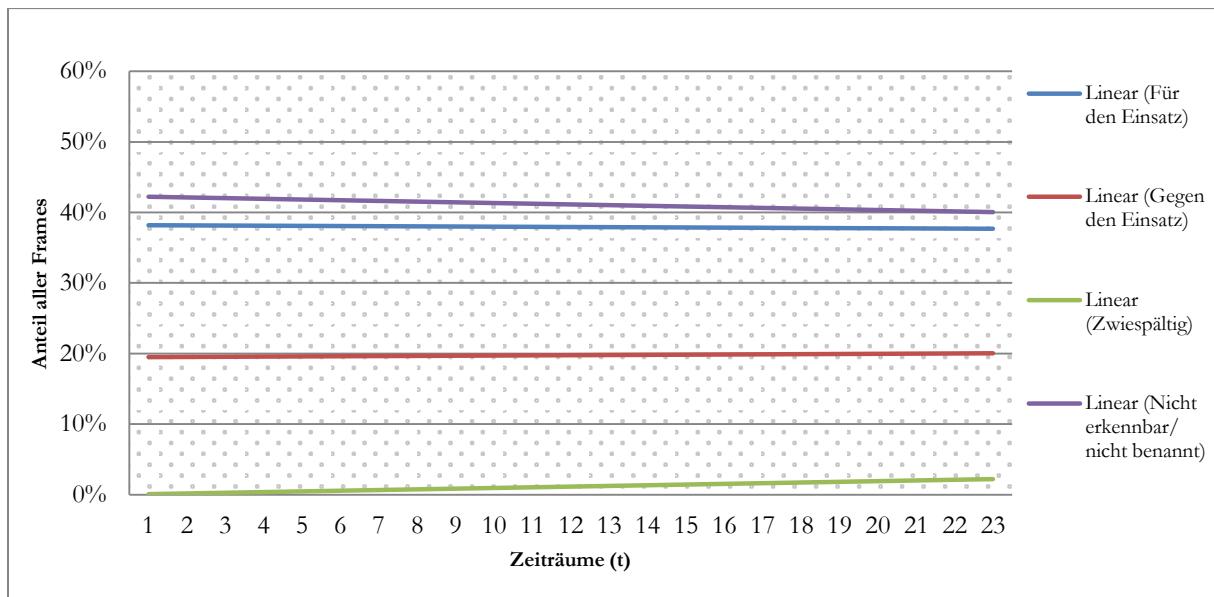


Abbildung 130: Die Tendenz aller Frames pro Medium

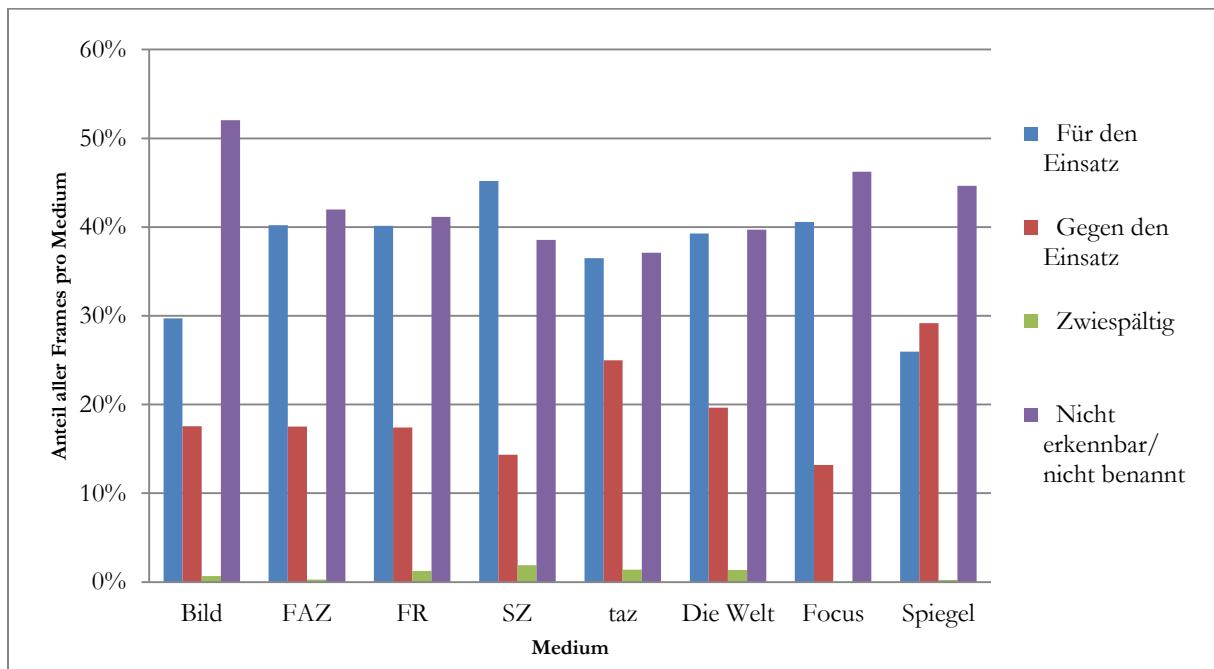


Abbildung 131: Die Tendenz der Frames im Vergleich zwischen Parlament und Medien (im Text)

Anhang 3

Codebuch

CODEBUCH DER PROJEKTGRUPPE EINSATZBESPRECHUNG

Forschungsfrage

Wie legitimieren politische Akteure ihre Zustimmung oder Ablehnung zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr im zeitlichen Verlauf und wie werden ihre Argumente medial reflektiert?

1. Untersuchungseinheit

Untersuchungsmaterial

Das Untersuchungsmaterial umfasst die Tageszeitungen **BILD, FAZ, FR, SZ, Welt und taz**, die Nachrichtenmagazine **Focus und Spiegel** sowie die **Bundestagsprotokolle** zu den Mandatserteilungen und -verlängerungen des OEF- und des ISAF-Einsatzes der Deutschen Bundeswehr.

Aufgreifkriterien

Aufgreifkriterium 1: (Zeitungen/Zeitschriften): Titel/ Untertitel/ Einleitung (erster Absatz) enthalten: Afghan* ODER Afghanistan *Einsatz* ODER *Mandat* ODER *Bundeswehr*.

Beispiele: „Afghanistan“, „Bundeswehreinsatz“, „Afghanistan-Einsatz“, „Einsatz am Hindukusch“, „Afghanistan-Mandat“

Aufgreifkriterium 2: (Zeitungen/Zeitschriften): Die nach Aufgreifkriterium 1 ausgewählten Artikel werden nur dann Teil der Stichprobe, wenn aus der Lektüre des ersten Absatzes deutlich wird, dass der Artikel **Afghanistan im Allgemeinen** und/oder den **Bundeswehreinsatz in Afghanistan** zum Thema hat.

Artikel, die den Afghanistan-Einsatz/die Afghanistanpolitik anderer Länder ohne jeglichen Bezug zu Deutschland zum Thema haben, werden **nicht** mit aufgenommen. Artikel über die Afghanistanpolitik von Militärbündnissen, denen Deutschland angehört, werden allerdings aufgenommen.

Bei den **Zeitschriften FOCUS** und **SPIEGEL** wird nicht in dem Ressort Sport gesucht. Bei den Zeitschriften FOCUS und SPIEGEL wird beim zweiten Aufgreifkriterium der gesamte Artikel gelesen, weil in einigen Fällen das Thema des Artikels erst später explizit benannt wird.

Es werden keine Leserbriefe, Bildunterschriften, Pressespiegel, Video-Hinweise und Inhalte von Infoboxen, die nicht zum Fließtext gehören codiert.

In den **Bundestagsprotokollen** werden die Abschnitte zur Mandatserteilung/-verlängerung in Rednerabschnitte unterteilt und aufgenommen. Auch die Erklärungen einzelner Abgeordneter im **Anhang** werden aufgenommen. Bundestagsprotokolle bestehen aus folgenden, für diese Studie relevanten, Elementen:

Angemeldete Reden sowie **Kurzinterventionen** haben eigene Rednerabschnittsnummern und werden stets codiert.

Zwischenrufe oder der **Beifall** von Abgeordneten werden nicht codiert, wohingegen zugelassene **Zwischenfragen/ Bemerkungen** mit in die Codierung einfließen.

Untersuchungszeitraum

Das verwendete Material erstreckt sich über einen Untersuchungszeitraum vom Zeitpunkt des ersten OEF-Afghanistan-Mandats am **16.11.2001** bis zur Verlängerung des ISAF-Mandats am **26.01.2012**. Der Untersuchungszeitraum gliedert sich in **23 einzelne Abschnitte** rund um die jeweiligen Mandatserteilungen und -verlängerungen (**t1-t23**):

Bundestagsprotokolle - am Tag der Mandatserteilung bzw. -verlängerung

Tageszeitungen: - am Tag der Mandatserteilung bzw. -verlängerung

- die beiden Ausgaben **vor und nach** der Mandatsverlängerung

Nachrichtenmagazine: - die Ausgabe **vor und nach** der Mandatsverlängerung

Innerhalb dieser Zeiträume wird eine Vollerhebung durchgeführt.

2. Codiereinheit

Frames

Die Codiereinheit ist der einzelne Frame

Frames selektieren bestimmte Aspekte der Realität und geben diesen eine gewisse Gewichtung im Text. Sie zeichnen sich aus durch die Betonung von **Themendefinition, Ursachenzuschreibung, Bewertung und/oder Handlungsempfehlung**. Im Untersuchungsmaterial sollen all jene Frames codiert werden, welche von Politikern und Journalisten sowie zitierten Experten (z.B. Kirche) verwendet werden und folgenden hierarchischen Kriterien entsprechen (d.h. alle drei Fragen mit „Ja“ beantwortet werden können):

1. Geht es um Afghanistan?

- Entweder als manifeste Aussage im selben Satz bzw. Textabschnitt oder aus der Kontexteinheit eindeutig ersichtlich

2. Geht es um den dortigen möglichen Bundeswehreinsatz?

- Das betrifft die Rolle der Bundeswehr im Rahmen von OEF, ISAF, AWACS oder allgemein, solange nicht explizit von einem Einsatz in einem anderen Land geredet wird (bei OEF und AWACS).
- Wenn im Text der Bundeswehreinsatz in Afghanistan explizit genannt wird, dann werden entsprechende Frames codiert. Sobald kein Bezug zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan erkennbar ist, können keine Frames codiert werden.
- Die Diskussion über die Art und Weise der humanitären Hilfe im Rahmen des Einsatzes ist ebenfalls zu berücksichtigen. Es muss eine Verbindung zwischen beiden bestehen.

3. Wird ein Thema angesprochen, welches einem der Frames zugeordnet werden kann (siehe v13)?

- Dies können Argumente für oder gegen den Einsatz, performatorische Analysen oder Lagebeschreibungen und Berichte sein.
- Bei Unsicherheiten sind die Abgrenzungen der Frames untereinander zu berücksichtigen.
- Ist eine Aussage so allgemein, dass sie auf mehrere Frames zutrifft und somit keinem Frame eindeutig zugeordnet werden kann, wird sie nicht codiert (*Beispiel: „Wir wollen Afghanistan eine bessere Zukunft ermöglichen“*)

Frame-Elemente

Ein Frame besteht aus den bereits beschriebenen Elementen (Themendefinition, Ursachenzuschreibung, Bewertung und/oder Handlungsempfehlung) und wird codiert, wenn **mindestens die Themendefinition** erkennbar ist. Es ist zu erwarten, dass die Frames nicht immer mit all ihren Elementen vollständig abgebildet werden. Mehrfachnennungen sind bei all diesen Frame-Elementen möglich. Interpretationen oder eigene Schlüsse sind nicht zulässig. Bezüge, Ursachenzuschreibungen, Bewertungen und Handlungsempfehlungen müssen manifest im Text zu finden sein, es darf den Journalisten oder Politikern nichts *in den Mund gelegt werden*. Sobald eine andere Codierung nicht restlos ausgeschlossen werden kann, muss 99 codiert werden.

Themendefinition: In der Themendefinition wird der Gegenstand der Frames benannt und oftmals an ein konkretes Problem gebunden.

Ursachenzuschreibung: Ursachen sind die Sachverhalte, die zu der Themendefinition führen. Es muss ein Kausalzusammenhang zwischen einem Sachverhalt und der genannten Themendefinition des Frames hergestellt werden (z.B. „weil“, „deshalb“, „das führt dazu“ etc.). Ursachen können auch den gleichen Namen wie andere Frames tragen und werden dann zusätzlich als eigene Frames codiert (*Beispiel: „Die instabile Lage führt dazu, dass im ganzen Land Hunger herrscht“* wird codiert als Humanitäre Lage-Frame mit der Ursache *instabile Lage* und als Instabilitätsframe ohne Frame-Elemente).

Bewertung: Bewertungen sind positive oder negative Stellungnahmen des Urhebers gegenüber der Themendefinition. Jedoch ist es neben einer expliziten Bewertung auch möglich anhand von mindestens einem negativ bzw. positiv besetzten Signalwort, z.B. „Massenmord“ auf eine Bewertung zu schließen.

Bezieht sich eine Aussage auf mangelhafte bzw. gute Arbeit eines Akteurs, im Bereich einer bestimmten Themendefinition, dann wird dies als positive bzw. negative Bewertung innerhalb des entsprechenden Frames codiert.

Beispiel: „Die Bundesregierung leistet hervorragende Arbeit auf dem Gebiet des afghanischen Wiederaufbaus“ (Humanitäre Lage mit Bewertung positiv)

Bezieht sich die Bewertung nicht auf das Thema an sich, sondern auf die Entwicklung des Problems, kann als Bewertung *Die Lage hat sich verbessert*, *Die Lage ist unverändert* oder *Die Lage hat sich verschlechtert* codiert werden.

Von einer Bewertung darf nicht auf die Handlungsempfehlung geschlossen werden.

Handlungsempfehlung: Beschreibung des Soll-Zustandes. Handlungsempfehlungen sind Vorschläge, wie gehandelt werden sollte. Sie müssen direkt im Frame genannt werden und es darf z.B. nicht von dem Abstimmungsverhalten des Abgeordneten auf die Handlungsempfehlungen geschlossen werden. Wenn das Abstimmungsverhalten in Verbindung mit einem oder mehrerer Frames genannt wird, wird es als Handlungsempfehlung codiert (*Beispiel: wenn eine Aufzählung erfolgt und der Redner danach sagt „...und deshalb stimme ich für den Einsatz“*).

Performatische Handlungsempfehlungen können einen Bezug auf ein anderes Frame-Thema haben und werden dann zusätzlich als eigener Frame codiert (*Beispiel: „Wir müssen in den Krieg um den Terrorismus zu bekämpfen, aber wir müssen auch darauf achten, dass unsere Soldaten in Sicherheit sind“* wird als Terrorismusframe mit der Handlungsempfehlung - *Der Militär-Einsatz sollte anders geführt werden* (03) sowie als Sicherheitsframe ohne Frame-Elemente codiert). Eine Ausnahme bildet der Performanz-Frame, welcher **nicht zusätzlich** codiert wird.

Von einer Handlungsempfehlung darf nicht auf die Bewertung geschlossen werden.

Um Mehrfachnennungen zu vermeiden sind die Handlungsempfehlungen teilweise hierarchisch angeordnet. D.h.: Ist eine Handlungsempfehlung allgemeiner gehalten, wird die übergeordnete Handlungsempfehlung codiert. Ist die Handlungsempfehlung jedoch spezifischer, wird nur die spezielle Ausprägung codiert und die übergeordnete allgemeine Handlungsempfehlung wird vernachlässigt. Anmerkung: Die hierarchisch angeordnete Ausprägung *Das Problem sollte auf anderem Wege bekämpft werden* (04) schließt die Ausprägungen *Der Militäreinsatz sollte geführt werden* (02) und *Der Militäreinsatz sollte nicht geführt werden* (06) nicht aus.

Frame-Absatz

Ein Frame **beginnt** entweder mit einer **neuen Themendefinition** oder einem **neuen Urheber** oder bei gleichbleibender Themendefinition aber unterschiedlichen **Bezugskategorien**, die zu neuen Handlungsempfehlungen und/oder Bewertungen führen. Ein Frame **endet spätestens**, wenn ein neuer Frame beginnt. **Ausnahme:** Wenn die Ursache oder Handlungsempfehlung eines Frames ebenso ein anderer Frame ist.

Beispiel für neue Themendefinitionen:

„Die UN warnen, dass sie wegen der „alarmierenden Zunahme der Gewalt“ in Nordafghanistan ihre Arbeit dort womöglich einstellen werden (Instabilitätsframe). Eine Mitarbeiterin wurde von einer Soldatenhorde vergewaltigt, andere Helfer wurden bei der Brotverteilung beschossen (Sicherheitsframe). Dass die Kriegsherren im Norden freie Hand haben, hat einen Grund.“ (Instabilitätsframe)

Beispiel für gleichbleibende Themendefinition:

„Die Sicherheit der Soldaten ist gefährdet, dafür hat sich die Sicherheit der humanitären Helfer verbessert!“

Sicherheitsframe bezogen auf Soldaten mit Bewertung *Sicherheit ist gefährdet*, Sicherheitsframe bezogen auf *zivile Helfer*.

Frames müssen nicht direkt aneinander anschließen, sondern es können Lücken zwischen dem einen und dem nächsten Frame bestehen. Handelt es sich bei den durch eine Lücke getrennten Frames um Aussagen mit gleichbleibender Themendefinition und gleichem Urheber, werden diese als ein einzelner Frame zusammengefasst.

Frames können ein Wort, eine Wortgruppe, Satzteile oder einen ganzen Satz, mehrere Sätze oder einen Absatz und mehrere Absätze oder einen ganzen Text umfassen. Überschriften werden als Teil des Textes betrachtet und können daher auch Frames beinhalten. Wenn die Überschrift einen Frame beinhaltet und im ersten Absatz des Textes sofort ein gleicher Frame folgt, wird es als *Mehrere Absätze* codiert

Beispiel: Bundestag verlängert Anti-Terror-Mandat für die Bundeswehr (Überschrift; Terrorframe). *Berlin - Der Bundestag hat mit breiter Mehrheit das Mandat für Anti-Terror-Einsätze der Bundeswehr um ein Jahr verlängert* (Text direkt nach der Überschrift; Terrorframe).

Performanzframe

Performatische Aussagen, die gemacht werden, um Akteure und ihre gegenwärtige bzw. vergangene Leistung bzgl. des Einsatzes zu erwähnen bzw. zu kritisieren oder zu loben, werden grundsätzlich als Performanzframe codiert, wenn sie sich nicht auf einen durch andere Frames abgedeckten Sachverhalt beziehen.

Mehrfachcodierungen

Ein Frame kann **mehrere Bezüge, Handlungsempfehlungen, Ursachen und Bewertungen** aufweisen.

3. Allgemeine Codieranweisungen

Vorgehensweise

Jeder Artikel bzw. jeder Rednerabschnitt muss vor der Codierung **vollständig gelesen** werden. Für die Eintragung der jeweiligen Ausprägung wird der dafür vorgesehene Codebogen genutzt.

Dabei gilt zu beachten, dass vor den inhaltlichen Kategorien die formalen Kategorien codiert werden müssen. Wenn ein Frame bzw. ein Frame-Element nicht vorkommt, muss *Frame nicht vorhanden* (77) codiert werden.

Wenn ein Artikel/ Rednerabschnitt kein Frame enthält und demzufolge nicht codiert wird, werden die interne Nummer sowie der Dateiname in einer gesonderten Excel-Liste vermerkt. Dabei wird zwischen Artikeln unterschieden, die nicht dem Aufgreifkriterium entsprechen und Artikeln und Rednerabschnitten, in denen trotz Themennähe keine Frames codiert werden können.

Subtext und Unklarheiten

Es werden nur Inhalte bzw. Aussagen codiert, die der Text **tatsächlich im Wortlaut** enthält. Eigene Interpretationen und sogenannte latente Inhalte sollen nicht codiert werden. Vorwissen über das Thema und die subjektive Meinung dürfen (nach Möglichkeit) nicht einfließen. Das bedeutet jedoch nicht, dass der Codierer beispielsweise **klar erkennbare Ironie oder Sarkasmus** ignorieren soll.

Bezüge, Ursachen, Bewertungen oder Handlungsempfehlungen können sich auf mehrere Frames beziehen. Häufig geschieht dies in Aufzählungen, wie im folgenden Beispiel: „*In Afghanistan herrscht nach wie vor Terror, der Drogenanbau floriert und die Demokratisierung läuft nach wie vor schleppend. Diese Zustände sind durch die katastrophale humanitäre Lage entstanden* (Ursache: *Humanitäre Lage*) sind als *kritisch zu bewerten* (Bewertung: *negativ*) und *Gründe dafür, dass ich mich klar gegen die Verlängerung des Einsatzes* (Handlungsempfehlung: *Der Einsatz soll nicht geführt werden*) ausspreche.“

Für alle vorrangegangenen Frames wird daher jeweils die gleiche Ursache, **Bewertung** und Handlungsempfehlung codiert.

Sollte die Haltung des Sprechers/Urhebers jedoch nicht klar erkennbar sein oder Zweifel an bestimmten Aussagen bestehen, muss **unbedingt** auf die Kategorie 99 - *nicht erkennbar/nicht benannt* zurückgegriffen werden.

4. Formale Kategorien

v01: Codierernummer

01	Hanna Eberhard
02	Romina Geppert
03	Thomas Kern
04	Hannes Knobloch
05	Raphael Schanz

v02: Medium

01	BILD
02	Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)
03	Frankfurter Rundschau (FR)
04	Süddeutsche Zeitung (SZ)
05	die tageszeitung (taz)
06	Welt
07	FOCUS
08	SPIEGEL
09	Bundestagsprotokoll (ISAF)
10	Bundestagsprotokoll (OEF)

v03: Erscheinungsdatum der Zeitung/ Datum des Protokolls

Beispiel: 05052003 für den 5. Mai 2003

99 = Nicht erkennbar/ nicht benannt

v04: Artikel- bzw. Rednerabschnittsnummer

Die intern vergebene Nummer des Artikels muss zur genauen Unterscheidung angegeben werden.

v05: Textform

Hier ist die Stilform des Artikels bzw. die Art des Textes im Bundestagsprotokoll zu codieren. Eine journalistische Stilform ist eine formal charakteristische Darstellungsart, nach der ein Artikel gestaltet wird. Sie ist nicht am *Schreibstil* des Journalisten zu erkennen, sondern an den folgend definierten Kennzeichen:

01	Kurzmeldung (Knappe Darstellung eines Sachverhalts, geht i.d.R. nicht über fünf Zeilen hinaus)
02	Nachricht/Bericht (Darstellung eines Sachverhalts, der keine Wertungen nennt und im wesentlichen Wer-, Was-, Wann-, Wo-Fragen beantwortet)
03	Reportage/Dokumentation (Tatsachenbetonte und interpretierende Darstellungsform; Es fließen jedoch weiter ausholende, oftmals persönlich gefärbte Zusatzinformationen ein)
04	Kommentar/Leitartikel (Interpretation und Bewertung aktueller Ereignisse und Meinungsäußerungen)
05	Interview
06	Bundestagsprotokoll – Rede
07	Bundestagsprotokoll – Erklärung im Anhang
99	Nicht erkennbar/nicht benannt

v06: Schlagzeile des Artikels (nur Überschrift)

Die vollständige Schlagzeile wird angegeben. Unterschlagzeilen werden nicht eingetragen.

99 = Bundestagsprotokoll

v07: Sprecher

Welcher Journalist ist der Verfasser des Artikels bzw. welcher Politiker ist der Verfasser des Beitrags im Bundestag? Bei Kürzeln von Journalisten sollte der vollständige Name recherchiert werden. Wenn dies nicht möglich ist, wird das Kürzel codiert. Nachrichtenagenturen bzw. deren Kürzel werden ebenso codiert.

Es können auch Mehrfachnennungen codiert werden. Sind mehr als vier Sprecher an einem Artikel/ Rednerabschnitt beteiligt, wird der Sprecher als Gruppe codiert, z.B. *Minderheit/ Mehrheit FDP* oder *Spiegelredaktion*. Wird ein Sammelbeitrag in einem Rednerabschnitt codiert werden, z.B. FDP 1, muss trotzdem explizit der Sprecher codiert werden, z.B. Guido Westerwelle.

SIEHE AKTEURSLISTE

99 = Nicht erkennbar/ nicht benannt

5. Inhaltliche Kategorien (Frames)**v08: Beginn des Frame-Absatzes** (die ersten drei Wörter)

Um zu kennzeichnen, in welchem Absatz sich ein Frame befindet, werden die ersten drei Wörter bzw. die erste Wortgruppe des Absatzes, in welchem der zu codierende Frame beginnt, angegeben.

v09: Schlüsselwörter des Frames

Hier werden Wörter eingetragen, die auf einen bestimmten Frame schließen lassen und für den Frame ausschlaggebend sind. Da in Variable v08 lediglich der Frame-Absatz festgehalten wird, sollten hier Schlüsselwörter codiert werden, die Rückschlüsse auf die exakte Lage des Frames im Absatz zulassen.

Diese Variable ist bewusst subjektiv gehalten.

v10: Länge des Frames

Die Länge des Frames wird festgehalten. Es handelt sich um mehrere Sätze, wenn sie ein Punkt trennt. Mehrere Absätze werden codiert, wenn ein Absatz sie trennt. Demzufolge handelt es sich ebenfalls um mehrere Absätze, wenn ein Frame ein Absatz plus den ersten Satz des nächsten Absatzes ist. Wenn die Überschrift einen Frame beinhaltet und im ersten Absatz des Textes sofort ein gleicher Frame folgt, wird *Mehrere Absätze* codiert

Werden Elemente des zu codierenden Frames als Kontexteinheit oder in einem früheren bzw. späteren Absatz (mind. zwei Sätze vor oder nach dem Frame-Kern) genannt, dann werden diese nicht mehr als Teil des Frames codiert. D.h., wird z.B. bei einer Aufzählung von Argumenten zum Ende des Textes die Handlungsempfehlung „*aus all diesen Gründen muss der Einsatz geführt werden*“ genannt, dann muss als Länge der einzelnen Argumente/Frames nicht der gesamte Text (03) codiert werden, sondern lediglich die Länge des Frame-Kerns. Ein Frame sollte so kurz wie möglich und so lang wie nötig codiert werden.

01	Einzelnes Wort, Wortgruppe, Satzteile oder ganzer Satz
02	Mehrere Sätze/ganzer Absatz
03	Mehrere Absätze/ganzer Text

v11: Urheber des Frames (Zitat/Rückbezug auf anderen Akteur durch Sprecher)

Kann z.B. im Falle eines Zitats (direkt oder indirekt) abweichend vom Sprecher sein. Gemeint ist hier die Person, die den Frame ANWENDET, nicht die ihn in ihrem Artikel oder Rede einbaut. Werden unabhängige Experten zitiert (z.B. Kirche, Wissenschaft), dann wird dies ebenfalls codiert.

Zusätzlich dazu werden Urheber der Frames festgehalten, die nicht mit ihrem Namen genannt werden, z.B. deutscher Diplomat oder die Soldaten. Wenn jemand als Teil einer Gruppe spricht („Wir als FDP“) ist dies ebenfalls ein Rückbezug und als Urheber des Frames muss die *Minderheit/Mehrheit der Gruppe* codiert werden (in diesem Fall die FDP). Mehrfachnennungen sind möglich.

Zitat im Zitat: Wenn in einem Zitat oder Interview ein dritter Akteur zitiert wird, wird dieses Zitat lediglich als Teil der Aussage des Zitierten bzw. Interviewten betrachtet. Der Verfasser (Sprecher) des Artikels zitiert also einen Akteur 1, der wiederum in seinem Zitat Akteur 2 zitiert. Die von Akteur 2 gemachte Aussage wird dabei nur als Teil der Aussage von Akteur 1 codiert.

Findet ein Rückbezug auf keinen konkreten Urheber, sondern eine allgemein gültige Aussage statt (*Beispiel: „es heißt, dass...“*), dann wird die Ausprägung *Kein Zitat - Sprecher ist Urheber* (9999) codiert und eine Negation (v14) muss codiert werden.

Gibt es kein Zitat, wird bei v12 Art des Rückbezugs/ Zitats *Kein Zitat/ Sprecher ist Urheber* (98) codiert.

SIEHE AKTEURSLISTE**v12: Art des Rückbezugs/ Zitats**

Im Falle eines Bezugs/Zitats – steht der Sprecher diesem positiv oder negativ gegenüber? Achtung! Diese Variable bezieht sich auf den Inhalt der zitierten Aussage.

01	Positiv (Der Aussage des Zitats wird zugestimmt)
02	Negativ (Der Aussage des Zitats wird nicht zugestimmt)
03	Abwägend
98	Kein Zitat – Sprecher ist Urheber
99	Nicht erkennbar/nicht benannt/neutral

v13: Themendefinition

Ein Frame wird codiert, wenn mindestens die Themendefinition erkennbar ist. Ist die Themendefinition nicht erkennbar, ist kein Frame vorhanden.

16	Terrorismus
17	Sicherheit
18	Humanitäre Lage
19	Instabilität
20	Drogen
21	Rentabilität
22	Westliche Werte
23	Solidarität
24	Pazifismus
25	Gesetzliche Grundlage
26	Performanz

v14: Negation

Wird das Problem bzw. Thema negiert?

D.h. bezieht sich der Sprecher in seiner Rede/seinem Artikel erstens z.B. auf eine allgemein gültige Aussage (kein Zitat) und stimmt dieser entweder zu oder nicht zu (*Beispiel: „Es wird häufig angenommen, dass der Terrorismus in Afghanistan bekämpft werden muss – Das stimmt aber nicht“?*)? Zitiert der Sprecher ein Frame eines anderen Akteurs und stimmt diesem zu, bzw. lehnt diesen ab, dann muss die Ausprägung *Nicht erkennbar/ Nicht benannt* (99) codiert werden und der Rückbezug in v12 Art des Rückbezugs/ Zitats festgehalten werden (*Beispiel: „Herr Westerwelle sagt immer, dass der Terrorismus in Afghanistan bekämpft werden muss – Das stimmt aber nicht“*).

Zusätzlich werden allgemeine Negationen bzw. allgemeine Ausschlüsse eines Themas codiert. D.h. die Aussage: „*In Afghanistan geht es nicht um unmittelbare Interessen der Bundesrepublik, nicht um eine Art erweiterte Landesverteidigung, nicht um ökonomische Interessen*“ wird ebenfalls als Negation codiert.

Trotz Negation werden die ursprünglichen Frame-Elemente codiert, als gäbe es keine Negation des Frames. Findet kein Rückbezug auf eine allgemein gültige Aussage bzw. kein Rückbezug auf einen konkret genannten Akteur und keine generelle Negation des Themas statt, dann wird die Ausprägung *Nicht erkennbar/ nicht benannt* (99) codiert.

Beispiel: „Es heißt immer, dass wir den internationalen Terrorismus in Afghanistan bekämpfen müssen, aber die Wurzeln des Terrorismus sind meiner Meinung nach nicht in Afghanistan zu finden.“ – In diesem Fall wird die Ausprägung 02 codiert.

01	Der Frame wird nicht negiert
02	Der Frame wird negiert
99	Nicht erkennbar/nicht benannt/kein Rückbezug allgemein gültige Aussage

v15: Tendenz des Frames

Hier wird festgehalten, ob der Frame dem Bundeswehreinsatz zustimmt oder diesen ablehnt. Es ist nicht das Abstimmungsverhalten des Bundestagsabgeordneten, sondern lediglich die sich aus dem Frame ergebende Tendenz zu codieren.

Um die richtigen Ausprägungen zu codieren sollte man sich die Fragen *Warum sollten wir den Einsatz führen?* bzw. *Warum sollten wir den Einsatz NICHT führen?* stellen. Wird festgestellt, dass der Frame zur Beantwortung der ersten Frage dient, wird *Für den Einsatz* (01) codiert. Ist dies nicht der Fall, und dient der Frame zur Beantwortung der zweiten Frage wird *Gegen den Einsatz* (02) codiert. Wird keiner der beiden Fragen beantwortet oder beide beantwortet, dann wird die Ausprägung *Nicht erkennbar/ nicht benannt* (99) codiert.

Die Ausprägung *Zwiespältig* (03) wird codiert, sobald eine negativ oder positiv bewertete Themendefinition nicht mit der Handlungsempfehlung übereinstimmt. *Beispiel: Die Sicherheit der Soldaten ist gefährdet, der Einsatz muss jedoch fortgeführt werden“*.

Begriffe wie: *"Anti-Terror-Einsatz"* oder *"Stabilisierungsmission"* sind immer als 01 – *Für den Einsatz* zu codieren.

Bei performatorischen Aussagen und Lagebeschreibungen ist oftmals keine Tendenz des Frames zu erkennen. In diesem Fall wird *Nicht erkennbar/ nicht benannt* (99) codiert.

01	Für den Einsatz
02	Gegen den Einsatz
03	Zwiespältig
99	Nicht erkennbar/nicht benannt

Basisframe **Konflikt****v16 FRAME: TERRORISMUS**

Themendefinition: Das Thema Terrorismus wird angesprochen.

Oft wird der internationale Terrorismus (z.B. durch al-Qaida/Osama bin Laden) als Problem dargestellt. In einigen Fällen wird eine unmittelbare Brücke zwischen dem internationalen Terrorismus und dem militärischen Einsatz in Afghanistan geschlagen. Hier werden auch einzelne Wendungen und Begriffe wie *Krieg gegen den Terror* oder *Anti-Terror-Einsatz* codiert (*Namedropping*).

Abgrenzung zum Frame *Sicherheit*: Jeder Sicherheitsaspekt, der als manifeste Aussage mit dem Terrorismus verknüpft ist, wird grundsätzlich als Terrorismusframe codiert (unmittelbare Kopplung des Sicherheitsgedanken an den Terrorismus). Dies gilt auch für Aussagen, die z.B. durch ein Satzzeichen voneinander getrennt, jedoch im Kern miteinander verbunden sind. Die Aussage „Der Einsatz in Afghanistan hat das Ziel, eine von dort ausgehende Gefahr für den Weltfrieden zu beseitigen. Das Land soll nie wieder Basis für den internationalen Terrorismus werden“ ist daher nicht als Sicherheitsframe, sondern als Terrorismusframe zu codieren. Alle anderen Sicherheitsaspekte, die nicht im Zusammenhang mit dem Thema Terrorismus angesprochen werden, (z.B. für Soldaten im täglichen Kampfeinsatz, Sicherheit der westlichen Bevölkerung) werden als Sicherheitsframe codiert.

Abgrenzung zu Frame *Instabilität*: Wenn es um Attentate/Anschläge auf **afghanische Ziele** (z.B. Regierungsgebäude, Marktplatz) geht, dann wird der Instabilitätsframe codiert. Handelt es sich jedoch um Attentate/Anschläge **in Afghanistan auf ausländische Ziele** (z.B. Botschaften), dann wird der Terrorismusframe codiert. Das Taliban Regime kann als Akteur bei beiden Frames auftauchen.

Beispiel: „Afghanistan darf nicht wieder jenen Kräften in die Hände fallen, die den Terror in die Welt tragen. [...] Wenn sich die Bedingungen dramatisch verschlechtern wie nun durch die Rückkehr der totgeglaubten Taliban, dann muss erstens selbstkritisch gefragt werden, wie es so weit kommen konnte. [...].“ (Peter Münch, 29.09.2006)

v16a Bezogen auf	<p>01 Terroristen in der Täterrolle (Es wird über Afghanistan als Basis oder Brüste des Terrorismus gesprochen; auch: Terrornetzwerke/terroristische Vereinigungen/einzelne Attentäter)</p> <p>02 Deutschland/deutsche Bevölkerung in der Opferrolle</p> <p>03 Andere Länder/dortige Bevölkerung in der Opferrolle</p> <p>04 Konkrete Terroranschläge (z.B. 11. September)</p> <p>77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Terrorismus allgemein</p> <p>Zusammenfassung für die Datenauswertung</p> <p>05 01+04 06 02+03 07 06+07 08 06+05 09 05+06+97 10 05+97</p> <p>96 Negierter Frame 97 98+99</p>
v16b Ursachen	<p>01 Ausbildungs- und Rückzugsmöglichkeiten für internationale Terrorismusstrukturen (z.B. Terror-Camps)</p> <p>02 Religiöser Fanatismus</p> <p>03 Humanitäre Notlage/Perspektivlosigkeit/Enttäuschung der Bevölkerung</p> <p>04 Politische Instabilität</p> <p>05 Westliche Militärinterventionen in der muslimischen Welt (Rachege danke)</p> <p>77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p>

	99 Nicht erkennbar/nicht benannt
v16c Bewertung	<p>01 Der Terrorismus stellt ein Problem dar/ Die Bekämpfung des Terrorismus läuft schlecht</p> <p>02 Der Terrorismus stellt kein Problem dar/ Die Bekämpfung des Terrorismus läuft gut</p> <p>03 Der Terrorismus wird abwägend betrachtet/ Die Bekämpfung des Terrorismus läuft unverändert</p> <p>04 Die Terrorismusgefahr hat sich vergrößert</p> <p>05 Die Terrorismusgefahr ist unverändert</p> <p>06 Die Terrorismusgefahr hat sich verringert</p> <p>77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>
v16d Handlungsempfehlung ¹	<p>01 Der Terrorismus sollte/muss bekämpft werden</p> <p>02 Der Militäreinsatz sollte geführt bzw. fortgesetzt werden</p> <p>03 Der Militäreinsatz sollte <u>anders</u> geführt werden (performatorische Kritik)</p> <p>04 Der Terrorismus sollte auf anderem Wege bekämpft werden (z.B. humanitäre Hilfe, politischer Lösungsweg)</p> <p>05 Der Terrorismus sollte/muss <u>nicht</u> bekämpft werden</p> <p>06 Der Militäreinsatz sollte (langfristig) <u>nicht</u> geführt bzw. fortgesetzt werden</p> <p>07 Afghanistan sollte (dazu befähigt werden) selbst die Verantwortung für die Terroristenbekämpfung (zu) übernehmen</p> <p>08 Es sollte ein verantwortungsvoller Abzug stattfinden</p> <p>77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>

¹ Legitimatorische Handlungsempfehlungen: 01 | 02 | 05 | 06; Performatorische Handlungsempfehlungen: 03 | 04 | 07 | 08

v17 FRAME: SICHERHEIT

Themendefinition: Das Thema Sicherheit wird angesprochen.

Häufig wird in diesem Frame die unsichere Lage und somit die Gefährdung der Sicherheit von Staaten, Gruppen und Personen angesprochen. Die Gewährleistung der Sicherheit kann ein Kern dieses Frames sein.

Abgrenzung zum Frame „Terrorismus“: Jeder Sicherheitsaspekt, der als manifeste Aussage mit dem Terrorismus verknüpft ist, wird grundsätzlich als Terrorismusframe codiert (unmittelbare Kopplung des Sicherheitsgedanken an den Terrorismus). Dies gilt auch für Aussagen, die z.B. durch ein Satzzeichen voneinander getrennt sind, jedoch im Kern miteinander verbunden sind. Die Aussage „Der Einsatz in Afghanistan hat das Ziel, eine von dort ausgehende Gefahr für den Weltfrieden zu beseitigen. Das Land soll nie wieder Basis für den internationalen Terrorismus werden“ ist daher nicht als Sicherheitsframe, sondern als Terrorismusframe zu codieren. Alle anderen Sicherheitsaspekte, die nicht im Zusammenhang mit dem Thema Terrorismus angesprochen werden, (z.B. für Soldaten im täglichen Kampfeinsatz, Sicherheit der westlichen Bevölkerung) werden als Sicherheitsframe codiert.

Abgrenzung zum Frame „Humanitäre Lage“: Wird betont, dass der (zivile) Wiederaufbau **geschützt** werden muss, dann wird der Sicherheitsframe codiert, da die Gefährdung der Sicherheit von Wiederaufbauhelfern im Zentrum steht. Die Aussage „Der Wiederaufbau muss abgesichert werden“ ist daher als Sicherheitsframe zu codieren, während die Aussage „Das Land muss wieder aufgebaut werden um Sicherheit herzustellen“ als Humanitäre Lage-Frame codiert wird.

Abgrenzung zum Frame „Instabilität“: Wenn über die Sicherheit der afghanischen Bevölkerung bzw. Afghanistan oder der Region (Arabischer Raum) gesprochen wird, wird diese Aussage als Frame „Instabilität“ codiert. Ist das Thema Sicherheit auf einen anderen Akteur bzw. eine andere Akteursgruppe bezogen, wird der Frame „Sicherheit“ codiert. Die Aussage „Wir müssen die Zivilbevölkerung Afghanistans schützen“ wird folglich als Instabilitätsframe codiert.

Beispiel: „Aber wir wollen auch uns selbst und die Sicherheit der internationalen Staatengemeinschaft schützen. Das ist nach wie vor der Kern der Begründung für diesen Einsatz“ (Sigmar Gabriel, 28.01.2011)

v17a Bezogen auf	<p>01 Deutschland/deutsche Bevölkerung 02 Die westliche Welt 03 Die gesamte Welt/internationale Staatengemeinschaft 04 Soldaten/ Militär 05 Zivile und sonstige Helfer/Absicherung des Wiederaufbaus 77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung 98 Sonstige 99 Sicherheit allgemein</p> <p>Zusammenfassung für die Datenauswertung</p> <p>06 01+04+05 07 01+04 08 97+04 09 04+05 10 04+05+97 11 05+97 12 01+97 96 Negierter Frame 97 02+03+99+98</p>
v17b Ursachen	<p>01 Instabile Lage/innstaatliche Konflikte in Afghanistan (z.B. Angriffe/Attentate von militärischen Gruppen in Afghanistan und der Region) 02 Der westliche Militäreinsatz in Afghanistan 03 Fehlplanung/falsche Strategie (Performanz) (z.B. schlechte Ausrüstung der Bundeswehr) 04 Stabile Lage in Afghanistan (z.B. kaum/keine Angriffe/ Attentate von militärischen Gruppen in Afghanistan und der Region)</p>

	<p>05 Gute Planung/richtige Strategie (z.B. Gute Ausrüstung der Bundeswehr)</p> <p>77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>
v17c Bewertung	<p>01 Die Sicherheit ist gefährdet/ Die Gewährleistung der Sicherheit läuft schlecht</p> <p>02 Die Sicherheit ist nicht gefährdet/ Die Gewährleistung der Sicherheit läuft gut</p> <p>03 Die Sicherheit wird abwägend betrachtet/ Die Gewährleistung der Sicherheit wird abwägend betrachtet</p> <p>04 Die Sicherheitslage hat sich verschlechtert</p> <p>05 Die Sicherheitslage ist unverändert</p> <p>06 Die Sicherheitslage hat sich verbessert</p> <p>77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>
v17d Handlungsempfehlung ²	<p>01 Die Sicherheit sollte/muss gewährleistet/hergestellt werden</p> <p>02 Der Militäreinsatz sollte <u>anders</u> geführt werden (performatorische Kritik)</p> <p>03 Die Gewährleistung der Sicherheit sollte auf anderem Wege erreicht werden (z.B. humanitäre Hilfe, politischer Lösungsweg)</p> <p>04 Der Militäreinsatz sollte geführt bzw. fortgesetzt werden</p> <p>05 Die Sicherheit muss <u>nicht</u> gewährleistet werden (z.B. Es ist nicht die Aufgabe Deutschlands)</p> <p>06 Der Militäreinsatz sollte (langfristig) <u>nicht</u> geführt werden (z.B. weil er keinen bzw. negativen Einfluss zur Schaffung der Sicherheit hat)</p> <p>07 Es sollte ein verantwortungsvoller Abzug stattfinden</p> <p>77 Frame nicht genannt/ keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>

² Legitimatorische Handlungsempfehlungen: 01 | 04 | 05 | 06; Performatorische Handlungsempfehlungen: 02 | 03 | 07

v18 FRAME: HUMANITÄRE LAGE (WIEDERAUFBAU)

Themendefinition: Die humanitäre Lage und/oder das Thema Wiederaufbau in Afghanistan werden angesprochen.

Es kann betont werden, dass in Afghanistan eine Notlage herrscht und der Wiederaufbau des Landes wichtig ist. Es geht dabei vor allem um (die Beseitigung von) Armut und Hunger, Wirtschaftsförderung, den Aufbau von medizinischer Versorgung, Infrastruktur, Bildung, Sicherheitskräften (Polizei und Armee) und des politischen Systems. Dieser Frame wird häufig im Zusammenhang mit den Aspekten der humanitären Hilfe und des Wiederaufbaus verwendet.

Abgrenzung zum Frame „Westliche Werte“: Wird auf übergeordneter Ebene mit Wertezug argumentiert (z.B. Recht auf Schulbildung, Gute Regierungsführung), wird der Frame „Westliche Werte“ codiert. Wird eine konkrete Handlung benannt (z.B. Schulen bauen), wird der Frame „Humanitäre Lage“ codiert.

Abgrenzung zum Frame „Sicherheit“: Wird betont, dass der (zivile) Wiederaufbau **geschützt** werden muss, dann wird der Sicherheitsframe codiert, da die Gefährdung der Sicherheit von Wiederaufbauhelfern im Zentrum steht. Die Aussage „Der Wiederaufbau muss abgesichert werden“ ist daher als Sicherheitsframe zu codieren, während die Aussage „Das Land muss wieder aufgebaut werden um Sicherheit herzustellen“ als Humanitäre Lage-Frame codiert wird.

Abgrenzung zum Frame „Instabilität“: Wenn es z.B. um den Aufbau eines langfristig funktionierenden Verwaltungswesens und die langfristige Unterstützung des Staates geht (indirektes „langfristiges“ Eingreifen), wird der Frame „Humanitäre Lage“ codiert. Wenn es z.B. um die akute Stabilisierung der politischen Lage, die Aussöhnung von Bevölkerungsgruppen und Durchsetzungsfähigkeit des afghanischen Staates geht (direktes akutes Eingreifen), wird der Frame „Instabilität“ codiert. D.h. Instabilität legt den Fokus auf den Gewaltaspekt und dessen unmittelbare Unterbindung.

Die Humanitäre Lage beschreibt oft die Situation, die durch innerstaatliche Konflikte und/oder den internationalen Einsatz hervorgerufen wird. Häufig wird Instabilität daher als Ursache für die Humanitäre Lage bezeichnet, weshalb beide Frames zu codieren sind. Wird jedoch nur von den Ergebnissen der Gewalt gesprochen und nicht von der Gewalt an sich, wird der Humanitäre Lage-Frame codiert.

Beispiel: „*Es reicht für den Aufbau von Polizeistrukturen nicht aus, eine Handvoll Polizeibeamte nach Afghanistan zu schicken und ein paar Handschellen und ein paar Gummiknüppel mitzuliefern. Wenn wir jemals wieder aus Afghanistan herauswollen, müssen wir dafür sorgen, dass dort eigene staatliche Strukturen entstehen. Dazu zählt auch eine funktionierende Polizeistruktur. Das muss zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit werden.*“ (Guido Westerwelle, 12.10.2007)

v18a Bezogen auf

- 01 Armut, Armutsbekämpfung/Hunger
- 02 Gesundheit/ Medizinische Versorgung (z.B. Krankenhäuser)
- 03 Bildung (z.B. Schulen)
- 04 Infrastruktur (z.B. Brunnen, sanitäre Einrichtungen, Straßen)
- 05 Staat/Verwaltung/Politisches System/Aufbau der Zivilgesellschaft
- 06 Ausbildung von Polizei oder Armee
- 07 Wirtschaftsförderung (z.B. Kredite)
- 77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung
- 98 Sonstige
- 99 Wiederaufbau, Humanitäre Hilfe/ Lage allgemein

Zusammenfassung für die Datenauswertung

- 08 01+07 | 09 02+03+04 | 10 05+06+08 | 11 05+09 | 12 05+97 | 13 05+08 |
- 14 05+08+09 | 15 05+08+97 | 16 05+06+09 | 17 05+06 | 18 08+06 | 19 06+97
- 20 06+09 | 21 05+06+97 | 22 06+09+97 | 23 06+08+09 | 24 08+09

	25 08+09+97 26 08+97 27 09+97 96 Negierter Frame 97 98+99
v18b Ursachen	<p>01 Mangel an finanziellen Mitteln</p> <p>02 Schlechte Regierungsführung (z.B. Taliban-Regime, Übergangsregierung) in Form von z.B. Korruption und persönlicher Vorteilsnahme von Entscheidungsträgern</p> <p>03 Innerstaatliche Konflikte und Kriege</p> <p>04 Geografische und klimatische Bedingungen</p> <p>05 Das internationale Engagement in Afghanistan (Militäreinsatz, zivile Hilfe)</p> <p>06 Gute Regierungsführung (z.B. Übergangsregierung)</p> <p>77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/nicht genannt</p>
v18c Bewertung	<p>01 Die humanitäre Lage ist schlecht/ Der Wiederaufbau läuft schlecht</p> <p>02 Die humanitäre Lage ist gut/ Der Wiederaufbau läuft gut</p> <p>03 Die humanitäre Lage wird abwägend betrachtet/ Der Wiederaufbau wird abwägend betrachtet</p> <p>04 Die humanitäre Lage in Afghanistan hat sich verschlechtert</p> <p>05 Die humanitäre Lage in Afghanistan ist unverändert</p> <p>06 Die humanitäre Lage in Afghanistan hat sich verbessert</p> <p>77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>
v18d Handlungsempfehlung ³	<p>01 Die humanitäre Lage sollte verbessert werden (Es sollte Wiederaufbau/humanitäre Hilfe betrieben werden)</p> <p>02 Der Militäreinsatz sollte geführt bzw. fortgesetzt werden</p> <p>03 Der Militäreinsatz sollte <u>anders</u> geführt werden (performatorisch)</p> <p>04 Der Wiederaufbau des Landes sollte auf anderem Wege vorangebracht werden (z.B. humanitäre Hilfe, politischer Lösungsweg)</p> <p>05 Die humanitäre Lage sollte <u>nicht</u> verbessert werden (Es sollte kein Wiederaufbau/keine humanitäre Hilfe betrieben werden)</p> <p>06 Der Militäreinsatz sollte (langfristig) <u>nicht</u> geführt werden</p> <p>07 Afghanistan sollte (dazu befähigt werden) selbst die Verantwortung für den Wiederaufbau (zu) übernehmen</p> <p>08 Es sollte ein verantwortungsvoller Abzug stattfinden</p> <p>77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>

³ Legitimatorische Handlungsempfehlungen: 01 | 02 | 05 | 06; Performatorische Handlungsempfehlungen: 03 | 04 | 07 | 08

v19 FRAME: INSTABILITÄT

Themendefinition: Das Thema Instabilität/ Stabilität in Afghanistan und der Region wird angesprochen. Auch Begriffe wie „Krieg“, „Kriegszustand“ oder „militärische Auseinandersetzungen“ fallen unter Instabilität.

Es geht dabei besonders häufig um Gewalteskalation, chaotische (Macht-)Verhältnisse und die Uneinigkeit/ Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Akteuren (z.B. Warlords, Stammesfürsten, Taliban etc.). In Zusammenhang mit diesem Frame wird häufig das Argument „Frieden schaffen zu wollen“ genannt.

Abgrenzung zu Frame „Terrorismus“: Wenn es um Attentate/Anschläge auf **afghanische Ziele** (z.B. Regierungsgebäude, Marktplatz) geht, dann wird der Instabilitätsframe codiert. Handelt es sich jedoch um Attentate/Anschläge **in Afghanistan auf ausländische Ziele** (z.B. Botschaften), dann wird der Terrorismusframe codiert. Das Taliban Regime kann als Akteur bei beiden Frames auftauchen.

Abgrenzung zum Frame „Humanitäre Lage“: Wenn es z.B. um den Aufbau eines langfristig funktionierenden Verwaltungswesens und die langfristige Unterstützung des Staates geht (indirektes „langfristiges“ Eingreifen), wird der Frame „Humanitäre Lage“ codiert. Wenn es z.B. um die akute Stabilisierung der politischen Lage, die Aussöhnung von Bevölkerungsgruppen und Durchsetzungsfähigkeit des afghanischen Staates geht (direktes akutes Eingreifen), wird der Frame „Instabilität“ codiert. D.h. Instabilität legt den Fokus auf den Gewaltaspekt und dessen unmittelbare Unterbindung.

Die Humanitäre Lage beschreibt oft die Situation, die durch innerstaatliche Konflikte und/oder den internationalen Einsatz hervorgerufen wird. Häufig wird Instabilität daher als Ursache für die Humanitäre Lage bezeichnet, weshalb beide Frames zu codieren sind. Wird jedoch nur von den Ergebnissen der Gewalt gesprochen und nicht von der Gewalt an sich, wird der Humanitäre Lage-Frame codiert.

Abgrenzung zum Frame „Sicherheit“: Wenn über die Sicherheit der afghanischen Bevölkerung bzw. Afghanistans oder der Region (Arabischer Raum) gesprochen wird, wird diese Aussage als Frame „Instabilität“ codiert. Ist das Thema Sicherheit auf einen anderen Akteur bzw. eine andere Akteursgruppe bezogen, wird der Frame „Sicherheit“ codiert. Die Aussage „Wir müssen die Zivilbevölkerung Afghanistans schützen“ wird folglich als Instabilitätsframe codiert.

Beispiel: „*Die Zahl der zivilen Opfer steigt weiter an, die Zahl der Anschläge der Taliban und oppositioneller militärischer Kräfte war seit 2001 nicht so hoch wie heute. Selbst im bislang vergleichsweise ruhigen Norden Afghanistans ist die Lage instabiler geworden.*“ (Omid Nouripour, 16.10.2008)

v19a Bezogen auf	<p>01 Instabilität/ Stabilität in Afghanistan 02 Konflikte zwischen verschiedenen Akteuren/ Bevölkerungsgruppen (Stämme, Warlords, Milizen) in Afghanistan 03 Instabilität/ Stabilität in der Region (Mittlerer Osten) 77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung 98 Sonstige 99 Instabilität allgemein</p> <hr/> <p>Zusammenfassung für die Datenauswertung</p> <p>04 01+02 05 03+04 06 04+97 96 Negierter Frame 97 98+99</p>
v19b Ursachen	<p>01 Afghanistan als Land verschiedener Kulturen und Völker 02 Schwäche und mangelndes Durchsetzungsvermögen des Staates 03 Internationales Engagement in Afghanistan (Militäreinsatz, ziviler Aufbau) 04 Starke und durchsetzungsfähige Regierung 77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung 98 Sonstige</p>

	99 Nicht erkennbar/nicht benannt
v19c Bewertung	<p>01 Die Lage in Afghanistan oder der Region ist instabil/ Der Stabilisierungsprozess läuft mangelhaft</p> <p>02 Die Lage in Afghanistan oder der Region ist stabil/ Der Stabilisierungsprozess läuft gut</p> <p>03 Die Lage in Afghanistan oder der Region wird abwägend betrachtet/ Der Stabilisierungsprozess wird abwägend betrachtet</p> <p>04 Die Lage ist instabiler geworden</p> <p>05 Die Lage ist unverändert</p> <p>06 Die Lage ist stabiler geworden</p> <p>77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>
v19d Handlungsempfehlung ⁴	<p>01 Die Instabilität sollte bekämpft werden (Es sollte Frieden geschaffen werden)</p> <p>02 Der Militäreinsatz solle geführt bzw. fortgesetzt werden</p> <p>03 Der Militäreinsatz sollte <u>anders</u> geführt werden (performatorisch)</p> <p>04 Die Instabilität sollte auf anderem Wege bekämpft werden (z.B. humanitäre Hilfe, politischer Lösungsweg)</p> <p>05 Die Instabilität sollte <u>nicht</u> bekämpft werden (z.B. weil es nicht Deutschlands Aufgabe ist)</p> <p>06 Der Militäreinsatz sollte (langfristig) <u>nicht</u> geführt werden</p> <p>07 Afghanistan sollte (dazu befähigt werden) selbst die Verantwortung für die Stabilisierung (zu) übernehmen</p> <p>08 Es sollte ein verantwortungsvoller Abzug stattfinden</p> <p>77 Frame nicht genannt/ keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/ nicht genannt</p>

⁴ Legitimatorische Handlungsempfehlungen: 01 | 02 | 05 | 06; Performatorische Handlungsempfehlungen: 03 | 04 | 07 | 08

v20 FRAME: DROGEN

Themendefinition: Der Anbau/Handel von/mit Opium und anderen Drogen wird angesprochen. Hinweiswörter auf den Drogenframe können auch Begriffe wie „Mohnanbau“ sein.

Beispiel: „Die Talibanökonomie des Drogenhandels muss durch Aufkaufen der Mohnernte und der Entwicklung von Alternativen zerschlagen werden.“ (Volker Beck, 12.10.2007)

v20a Bezogen auf	<p>01 Terrororganisationen (z.B. Taliban, Al Qaida) 02 Zivilbevölkerung Afghanistans und der Region 03 Zivilbevölkerung außerhalb der Region (z.B. „unsere Jugend“) 77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung 98 Sonstige 99 Drogen allgemein</p> <p>Zusammenfassung für die Datenauswertung 05 01+02+03 06 02+03 07 01+02 08 01+03 09 01+97 96 Negierter Frames 97 98+99</p>
v20b Ursachen	<p>01 Armut und Alternativlosigkeit 02 Mangelndes Durchsetzungsvermögen (z.B. der Regierung) 03 Finanzquelle 04 Drogensucht/gesundheitliche Aspekte 77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung 98 Sonstige 99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>
v20c Bewertung	<p>01 Der Anbau/Handel von/mit Drogen stellt ein Problem dar/ Die Drogenbekämpfung läuft schlecht 02 Der Anbau/Handel von/mit Drogen stellt kein Problem dar/ Die Drogenbekämpfung läuft gut 03 Der Anbau/Handel von/mit Drogen wird abwägend betrachtet/ Die Drogenbekämpfung wird abwägend betrachtet 04 Die Drogenproblematik hat sich verschlechtert 05 Die Drogenproblematik ist unverändert 06 Die Drogenproblematik hat abgenommen 77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung 98 Sonstige 99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>
v20d Handlungsempfehlung ⁵	<p>01 Der Anbau/Handel von/mit Drogen sollte bekämpft werden 02 Der Militäreinsatz solle geführt bzw. fortgesetzt werden</p>

⁵ Legitimatorische Handlungsempfehlungen: 01 | 02 | 05 | 06; Performatorische Handlungsempfehlungen: 03 | 04 | 07 | 08

03 Der Militäreinsatz sollte anders geführt werden (performatorisch)

04 Der Anbau/Handel von/mit Drogen sollte auf anderem Wege bekämpft werden (z.B. humanitäre Hilfe, politischer Lösungsweg)

05 Der Anbau/Handel von/mit Drogen sollte nicht bekämpft werden (z.B. weil es nicht Deutschlands Aufgabe ist)

06 Der Militäreinsatz sollte (langfristig) nicht geführt werden

07 Afghanistan sollte (dazu befähigt werden) selbst die Verantwortung für die Drogenbekämpfung (zu) übernehmen

08 Es sollte ein verantwortungsvoller Abzug stattfinden

77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung

98 Sonstige

99 Nicht erkennbar/nicht genannt

Basisframe **Wirtschaftlichkeit**

v21 FRAME: RENTABILITÄT

Themendefinition: Das Thema Rentabilität/Unrentabilität wird angesprochen. Die Kosten des Einsatzes, materiell (Rohstoffe, Geld) und immateriell (Menschenleben, Opferzahlen), werden seinem Nutzen/ Schaden gegenübergestellt.

In diesem Frame geht es häufig darum, dass sich der Einsatz für Afghanistan, Deutschland oder andere Nationen nicht lohnt. Eine oft genannte Aussage lautet: Das, was geleistet wurde, steht in keinem Verhältnis zu dem Ergebnis. Auch Aussagen wie „Das Geld wurde in den Einsatz verpulvert“ und „Der Einsatz bringt nichts“ weisen auf den Rentabilitäts-Frame hin.

Sobald die Erfolglosigkeit (als Nutzen) generell angesprochen wird, müssen keine Kosten mehr genannt werden.

Hinweis: Sobald der Erfolg/die Erfolglosigkeit („Der Einsatz bringt nichts“) des Einsatzes in Bezug auf einen anderen Frame angesprochen wird (z.B. „Wir machen keine/große Fortschritte beim Wiederaufbau“), wird nicht mehr „Rentabilität“ codiert.

Abgrenzung zum Frame „Pazifismus“: Was sich konkret auf die Kosten und Nutzen des Afghanistan-Einsatzes bezieht (z.B. „Der Einsatz hat zu viele Menschenleben gefordert und wir haben immer noch wenig erreicht“), wird als Frame „Rentabilität“ codiert. Was sich auf die Kosten und Nutzen von Krieg/Gewalt allgemein bezieht („Der Verlust von Menschenleben steht in keiner Relation zu irgendinem Erfolg“), wird als Frame „Pazifismus“ codiert. Handlungsempfehlungen des Pazifismus-Frame dürfen sich auf den Afghanistan-Einsatz beziehen, sobald sich jedoch andere Frame-Elemente/ Aussagen auf Afghanistan beziehen, wird der Frame Rentabilität codiert.

Beispiel: „Es erschüttert, wenn man erfährt, dass die Zahl der getöteten afghanischen Zivilisten die der Opfer des 11. September in den USA deutlich übersteigt. Der Krieg in Afghanistan läuft leer, es ist Zeit, auszusteigen.“ (Wolfgang Börnsen, 20.12.2002)

v21a Bezogen auf	<p>01 Materielle Aspekte (z.B. finanzielle Aspekte, Rohstoffe etc.) 02 Menschenleben und Kriegsopfer 03 Andere immaterielle Güter (z.B. Ansehen des Westens in der arabischen Welt, Psyche) 77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung 98 Sonstige 99 Rentabilität allgemein</p> <hr/> <p>Zusammenfassung für die Datenauswertung</p> <p>04 02+03 05 97+01 06 01+04 07 01+04+97 08 04+97 96 Negierter Frame 97 98+99</p>
v21b Ursachen	<p>01 Ressourcenarmut Afghanistans 02 Ressourcenreichtum Afghanistans 03 Afghanistan als unwichtiger Wirtschaftsstandort/Handelspartner/Markt 04 Afghanistan als wichtiger Wirtschaftsstandort/Handelspartner/Markt 05 Mangelhafte Kriegsführung (z.B. Kriegsverbrechen, Gewalteskalation) 06 Gute Kriegsführung 77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p>

	<p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>
v21c Bewertung	<p>01 Der Einsatz ist unrentabel (Er lohnt sich nicht)</p> <p>02 Der Einsatz ist rentabel (Er lohnt sich)</p> <p>03 Die Rentabilität wird abwägend betrachtet</p> <p>04 Die Rentabilität hat sich verschlechtert</p> <p>05 Die Rentabilität ist unverändert</p> <p>06 Die Rentabilität hat sich verbessert</p> <p>77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>
v21d Handlungsempfehlung ⁶	<p>01 Der Militäreinsatz sollte geführt bzw. fortgesetzt werden</p> <p>02 Der Militäreinsatz sollte anders geführt werden (performatorische Kritik)</p> <p>03 Der Fokus sollte auf andere Lösungswege gelegt werden (z.B. humanitäre Hilfe, politischer Lösungsweg)</p> <p>04 Der Militäreinsatz sollte (langfristig) <u>nicht</u> geführt werden</p> <p>05 Es sollte ein verantwortungsvoller Abzug stattfinden</p> <p>77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>

⁶ Legitimatorische Handlungsempfehlungen: 01 | 04; Performatorische Handlungsempfehlungen: 02 | 03 | 05

Basisframe **Moral, Ethik, Recht****v22 FRAME: WESTLICHE WERTE**

Themendefinition: Westliche Werte werden angesprochen.

In diesem Frame wird oft behauptet, dass westliche Werte in Afghanistan kaum oder gar nicht vorhanden sind. Daher ist es wünschenswert, dass westliche Prinzipien wie Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Religion/Religionsfreiheit und Menschenrechte in Afghanistan etabliert werden. In diesem Zusammenhang wird auch das Ermöglichen eines „menschenwürdigen“ Lebens angesprochen.

Abgrenzung zum Frame „Humanitäre Lage“: Wird auf übergeordneter Ebene mit Wertebzug argumentiert (z.B. Recht auf Schulbildung, Gute Regierungsführung), wird der Frame „Westliche Werte“ codiert. Wird eine konkrete Handlung benannt (z.B. Schulen bauen, Korruptionsbekämpfung), wird der Frame „Humanitäre Lage“ codiert.

Beispiel: „Der Sturz des Talibanregimes bietet endlich die Chance, dass Demokratieförderung, Frauenförderung [...] vorankommen.“ (Dr. Ralf Brauksiepe, 20.12.2002)

v22a Bezogen auf	<p>01 Demokratisierung/Rechtsstaatlichkeit/Gute Regierungsführung 02 Freiheit/Befreiung Afghanistans 03 Menschenwürde/Menschenrechte (z.B. Frauenrechte, Meinungsfreiheit, Recht auf Bildung, Religionsfreiheit) 77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung 98 Sonstige 99 Westliche Werte allgemein</p> <hr/> <p>Zusammenfassung für die Datenauswertung 04 02+03 05 01+04 06 01+04+97 07 04+97 08 01+97 96 Negierter Frame 97 98+99</p>
v22b Ursachen	<p>01 Mangelhafte Bedingungen/Voraussetzungen in Afghanistan (z.B. Religiöser Fanatismus, Islamischer Einfluss, rückständige Regierungsform, Taliban-Regime) 02 Ausreichende Bedingungen/Voraussetzungen in Afghanistan 03 Geringer Einfluss des Westens in der Vergangenheit 04 Ausreichender Einfluss des Westens in der Vergangenheit 77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung 98 Sonstige 99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>
v22c Bewertung	<p>01 Westliche Werte sind in Afghanistan nicht ausreichend vorhanden/Die Etablierung westlicher Werte läuft schlecht/westliche Werte sind gut 02 Westliche Werte sind in Afghanistan ausreichend vorhanden/Die Etablierung westlicher Werte läuft gut 03 Das Vorhandensein/Die Etablierung westlicher Werte wird abwägend betrachtet 04 Die westlichen Werte werden weniger berücksichtigt 05 Die westlichen Werte werden unverändert berücksichtigt 06 Die westlichen Werte werden vermehrt berücksichtigt</p>

	<p>77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>
v22d Handlungsempfehlung ⁷	<p>01 Westliche Werte sollten (in Afghanistan) durchgesetzt werden</p> <p>02 Der Militäreinsatz sollte geführt bzw. fortgesetzt werden</p> <p>03 Der Militäreinsatz sollte <u>anders</u> geführt werden (performatorisch)</p> <p>04 Westliche Werte sollten auf anderem Wege durchgesetzt werden (z.B. humanitäre Hilfe, politischer Lösungsweg)</p> <p>05 Westliche Werte sollten <u>nicht</u> durchgesetzt werden (z.B. weil es nicht Deutschlands Aufgabe ist)</p> <p>06 Der Militäreinsatz sollte (langfristig) <u>nicht</u> geführt werden</p> <p>07 Afghanistan sollte (dazu befähigt werden) selbst die Verantwortung für die Durchsetzung westlicher Werte (zu) übernehmen</p> <p>08 Es sollte ein verantwortungsvoller Abzug stattfinden</p> <p>77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>

⁷ Legitimatorische Handlungsempfehlungen: 01 | 02 | 05 | 06; Performatorische Handlungsempfehlungen: 03 | 04 | 07 | 08

v23 FRAME: SOLIDARITÄT

Themendefinition: Das Thema Solidarität wird angesprochen.

In diesem Frame wird die Verpflichtung/Verbundenheit/Dankbarkeit Deutschlands gegenüber anderen Akteuren (Bündnispartnern, andere Nationen, Bevölkerungsgruppen) häufig betont. Einige Urheber dieses Frames fordern, dass sich Deutschland mit anderen Akteuren solidarisch zeigt. Begriffe wie „Hochachtung“, „Respekt“ oder Wendungen wie „Wir stehen in der Schuld der Soldaten“ deuten auf den Solidaritätsframe hin.

Abgrenzung zu anderen Frames: In diesem Frame geht es darum, den Interessen anderer Akteure nachzukommen (z.B. „Wir müssen den Menschen in Afghanistan helfen“). Sobald allerdings eine dieser Interessen mit einem anderen Frame beschrieben werden kann (z.B. „Wir müssen die Sicherheit der afghanischen Bevölkerung gewährleisten“), wird das entsprechende Frame stattdessen codiert.

Beispiele: „Das Eilverfahren soll angesichts der deutschen Weigerung sich am Militäreinsatz in Libyen zu beteiligen, Solidarität mit den Verbündeten signalisieren.“ (Daniel Brössler, 24.03.2011)

„Das Engagement, das alle militärischen und zivilen Kräfte tagtäglich zeigen, hat unsere vollste Wertschätzung und breite Unterstützung verdient.“ (Florian Hahn, 28.01.2011)

<p>v23a Bezogen auf</p>	<p>01 Afghanistan/afghanische Bevölkerung/afghanische Soldaten 02 Bündnispartner (NATO, UNO, andere Nationen) 03 Deutsche/westliche Soldaten in Afghanistan 04 Zivile (Aufbau-)Helfer 05 Opfer des Krieges/Angehörige der Opfer (z.B. getötete Soldaten, getötete afghanische Opfer, getötete Helfer) 77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung 98 Sonstige 99 Solidarität allgemein</p> <p>Zusammenfassung für die Datenauswertung</p> <p>06 01+02 07 03+04 08 05+07 09 05+06 10 06+97 11 07+97 12 06+07 13 06+07+97 96 Negierter Frame 97 98+99</p>
<p>v23b Ursachen</p>	<p>01 (Internationale) Verträge/Gesetze/Beschlüsse 02 Selbstbestimmtheit bei Fragen nach Militäreinsätzen 03 Strategisches und bündnispolitisches Denken (z.B. Angst vor internationaler Isolation, Beeinträchtigung des Verhältnisses zu anderen Nationen)/Deutschlands Rolle in der Welt bzw. in Afghanistan 04 Besondere Bringschuld Deutschlands gegenüber anderen Nationen (z.B. historisch bedingt) 06 Bitte Afghanistans/der afghanischen Bevölkerung/der afghanischen Politiker oder Regierung 07 Gefahrenaussetzung der Soldaten/ziviler Helfer/der afghanischen Zivilbevölkerung 77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung 98 Sonstige</p>

	99 Nicht erkennbar/nicht benannt
v23c Bewertung	<p>01 Es ist gut/wichtig, solidarisch zu handeln / Das solidarische Handeln ist ausreichend</p> <p>02 Es ist schlecht/falsch, solidarisch zu handeln / Das solidarische Handeln ist mangelhaft</p> <p>03 Das solidarische Handeln wird abwägend betrachtet</p> <p>04 Es wird weniger Solidarität gezeigt</p> <p>05 Es wird unverändert Solidarität gezeigt</p> <p>06 Es wird mehr Solidarität gezeigt</p> <p>77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>
v23d Handlungsempfehlung ⁸	<p>01 Es sollte solidarisch gehandelt werden</p> <p>02 Der Militäreinsatz sollte <u>anders</u> geführt werden (performatorische Kritik)</p> <p>03 Es sollte auf anderem Wege solidarisch gehandelt werden (z.B. humanitäre Hilfe, politischer Lösungsweg)</p> <p>04 Den Soldaten sollte Unterstützung/Rückhalt gezeigt Werden</p> <p>05 Der Militäreinsatz sollte geführt bzw. fortgesetzt werden</p> <p>06 Es sollte <u>nicht</u> solidarisch gehandelt werden (z.B. weil es nicht Deutschlands Aufgabe ist)</p> <p>07 Der Militäreinsatz sollte (langfristig) <u>nicht</u> geführt werden (z.B. Die Soldaten müssen „nach Hause“ geholt werden)</p> <p>08 Es sollte ein verantwortungsvoller Abzug stattfinden</p> <p>77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/nicht genannt</p>

⁸ Legitimatorische Handlungsempfehlungen: 01 | 04 | 05 | 06 | 07; Performatorische Handlungsempfehlungen: 02 | 03 | 08

v24 FRAME: PAZIFISMUS

Themendefinition: Die Sinnhaftigkeit von Krieg und Gewalt wird angesprochen. Dies bezieht sich auf Kriege im Allgemeinen.

In diesem Frame wird die Effektivität und Sinnhaftigkeit von Kriegen häufig angezweifelt. Oft ist das Argument geprägt von der Grundannahme, dass Gewalt keine Lösung ist. Krieg kann demnach nicht nur sinnlos sein, sondern eine Situation sogar verschlimmern und nur zu erneuter Gewalt führen.

Abgrenzung zum Frame „Rentabilität“: Was sich konkret auf die Kosten und Nutzen des Afghanistan-Einsatzes bezieht (z.B. „Der Einsatz hat zu viele Menschenleben gefordert und wir haben immer noch wenig erreicht“), wird als Frame „Rentabilität“ codiert. Was sich auf die Kosten und Nutzen von Krieg/Gewalt allgemein bezieht („Der Verlust von Menschenleben steht in keiner Relation zu irgendeinem Erfolg“), wird als Frame „Pazifismus“ codiert. Handlungsempfehlungen des Pazifismus-Frame dürfen sich auf den Afghanistan-Einsatz beziehen, sobald sich jedoch andere Frame-Elemente/ Aussagen auf Afghanistan beziehen, wird der Frame Rentabilität codiert.

Beispiel: „Meine Partei war von Anfang an gegen den Krieg. Terrorismus kann man nicht mit der höchsten Form des Terrorismus, mit Krieg, bekämpfen.“ (Gregor Gysi, 28.01.2011)

v24a Bezogen auf	<p>01 Krieg und Gewalt allgemein 77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung 98 Sonstige 99 Nicht erkennbar/nicht benannt Pazifismus allgemein</p> <p>Zusammenfassung für die Datenauswertung</p> <p>96 Negierter Frame 97 98+99</p>
v24b Ursachen	<p>01 Frieden ist nicht durch Krieg/Waffengewalt zu erreichen (z.B. Gewalt versus neue Gewalt ist nicht sinnvoll) 02 Moral/Religion/Wertschätzung von Menschenleben 03 Krieg ist ein geeignetes Mittel, um Frieden zu erreichen (es müssen Opfer gebracht werden) 77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung 98 Sonstige 99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>
v24c Bewertung	<p>01 Krieg und Gewalt sind sinnlos/ineffektiv 02 Krieg und Gewalt sind sinnvoll bzw. notwendige Mittel 03 Der Sinn von Krieg/Gewalt wird abwägend betrachtet 04 Die Sinnlosigkeit von Krieg/Gewalt ist unverändert 77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung 98 Sonstige 99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>
v24d Handlungsempfehlung ⁹	<p>01 Der Afghanistan-Einsatz/Kriege generell sollte(n) <u>nicht</u> geführt werden 02 Es sollte ein verantwortungsvoller Abzug stattfinden</p>

⁹ Legitimatorische Handlungsempfehlungen: 01 | 03; Performatorische Handlungsempfehlungen: 02 | 04 | 05

- | | |
|--|---|
| | <p>03 Der Militäreinsatz sollte geführt bzw. fortgesetzt werden</p> <p>04 Der Militäreinsatz sollte <u>anders</u> geführt werden (performatorische Kritik)</p> <p>05 Der Afghanistan-Konflikt sollte auf anderem Wege gelöst werden (z.B. humanitäre Hilfe, politischer Lösungsweg)</p> <p>77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/ nicht benannt</p> |
|--|---|

v25 FRAME: GESETZLICHE GRUNDLAGE

Themendefinition: Die Rechtmäßigkeit bzw. Unrechtmäßigkeit des Afghanistan-Einsatzes wird angesprochen. Es muss einen direkten Bezug zum Einsatz geben. Das bedeutet, dass Aussagen zur parlamentarischen Arbeitsweise nicht codiert werden, wenn sie nicht unmittelbar Einfluss auf den Einsatz hat. So werden beispielsweise Aussagen zur Rechtmäßigkeit der Vertrauensfrage in Verbindung mit dem Mandatsbeschluss (im Kabinett Schröder) nicht erfasst.

In einigen Fällen wird argumentiert, dass die aktuelle Rechtslage (Völkerrecht, Grundgesetz, etc.) es nicht erlaubt, den Einsatz zu führen. Im Unterschied zu den anderen Frames geht es in diesem Frame nicht um eine willensgerichtete Zustimmung/Ablehnung des Einsatzes, sondern ob der Krieg bzw. die Entscheidung darüber überhaupt eine rechtliche Grundlage hat.

Hinweis: Wenn der Afghanistan-Einsatz als unrechtmäßig erklärt wird, wird in der Regel auf ein bestimmtes Mandat verwiesen, auf das sich die Aussage bezieht. Als Ursache kann das zugrunde liegende Recht/Gesetz genannt werden.

Beispiel: „*Da der Einsatz auf einem Mandat des UN-Sicherheitsrats beruht und mit dem Grundgesetz vereinbar ist, ist er völkerrechtlich legitim und deswegen auch für mich zustimmungsfähig.*“ (Dr. Antje Vollmer, 28.09.2005)

v25a Bezogen auf	01 OEF 02 ISAF 03 AWACS 77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung 98 Sonstige 99 Gesetzliche Grundlage allgemein <p style="text-align: center;">Zusammenfassung für die Datenauswertung</p> <p style="text-align: center;">04 02+03 05 01+04 96 Negierter Frame 97 98+99</p>
v25b Ursachen	01 Rechtslage allgemein 02 Völkerrecht/UN-Charta 03 Grundgesetz bzw. deutsche Gesetze allgemein 77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung 98 Sonstige 99 Nicht erkennbar/nicht benannt
v25c Bewertung	01 Der Afghanistan-Einsatz ist unrechtmäßig 02 Der Afghanistan-Einsatz ist rechtmäßig 03 Die gesetzliche Grundlage des Einsatzes wird abwägend betrachtet 04 Die Rechtmäßigkeit des Einsatzes hat sich verbessert 05 Die Rechtmäßigkeit des Einsatzes hat sich verschlechtert 06 Die Rechtmäßigkeit ist unverändert 77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung 98 Sonstige 99 Nicht erkennbar/nicht benannt

v25d
Handlungsempfehlung¹⁰

- 01** Der Einsatz sollte geführt bzw. fortgesetzt werden
- 02** Der Einsatz sollte (langfristig) nicht geführt werden
- 03** Es sollte ein verantwortungsvoller Abzug stattfinden
- 04** Der Einsatz sollte anders/unter bestimmten Bedingungen fortgesetzt werden (performatorische Kritik)
- 05** Der Afghanistan-Konflikt sollte auf anderem Wege gelöst werden (z.B. humanitäre Hilfe, politischer Lösungsweg)
- 77** Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung
- 98** Sonstige
- 99** Nicht erkennbar/nicht benannt

¹⁰ Legitimatorische Handlungsempfehlungen: 01 | 02; Performatorische Handlungsempfehlungen: 03 | 04 | 05

Kein Basisframe

v26 FRAME: PERFORMANCE

Themendefinition: Die Arbeit/die Leistung hinsichtlich des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan eines oder mehrerer Akteure (z.B. Bundesregierung oder Bundeswehr) wird angesprochen und bewertet. Es handelt sich hierbei nicht um das Abstimmungsverhalten von Akteuren o.ä..

Voraussetzung für diesen Frame ist einmalig, dass eine Bewertung abgegeben wird. Die defizitäre Leistung eines Akteurs wird also kritisiert oder gute Leistung gelobt. Eine häufige Aussage lautet: Aufgrund der man gelhaften Arbeit (z.B. Fehlplanung, falsche Prioritäten, unzureichende Absprachen) kann das angestrebte Ziel nicht erreicht werden.

Abgrenzung zu anderen Frames: Wird zu einem Thema performatorisch argumentiert und kann keine weitere Themendefinition mit dieser Argumentation in Verbindung gebracht werden, wird der Performanz-Frame codiert. Das Performanz-Frame steht hierarchisch über allen anderen Frames, da es sich dabei um den Einsatz an sich dreht. Sobald der Einsatz in Bezug auf bestimmte Aspekte behandelt wird, werden andere spezifischere Frames verwendet.

Beispiel: „*Meine Damen und Herren, Sie haben hier keinen Aufbau- und keinen Abzugsplan vorgelegt. Sie haben im Kern keinen Plan. Sie laufen der Entwicklung einfach irgendwie hinterher. (...) wir können Ihrem schwammigen Mandat der Konjunktive nicht zustimmen.*“ (Jürgen Trittin, 18.01.2011)

<p>v26a Bezogen auf</p>	<p>01 Arbeit der Bundesregierung/des Verteidigungsministeriums 02 Arbeit der afghanischen Regierung/der afghanischen Armee 03 Arbeit der deutschen/westlichen Soldaten vor Ort 04 Arbeit der Bündnispartner/der Bündnisse allgemein 05 Arbeit der Hilfsorganisationen 77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung 98 Sonstige 99 Performanz allgemein</p> <p>Zusammenfassung für die Datenauswertung</p> <p>06 02+04 07 01+97 08 03+01 09 06+01 10 06+01+97 11 01+03+06 12 01+03+97 13 06+03+97 14 03+06 15 03+97 16 06+97 96 Negierter Frame 97 05+98+99</p>
<p>v26b Ursachen</p>	<p>01 Die Truppenstärke ist zu gering 02 Mangelhafte Ausrüstung/Ausbildung der Bundeswehr 03 Fehleinschätzung/Fehlplanung/falsche Strategie/falsche politische Entscheidungen 04 Mangelnde Finanzierung/Mangelnde Ressourcen (z.B. Personal) 05 Unzureichende Absprachen (z.B. Kommunikationsproblem zwischen den internationalen Partnern) 06 Die Truppenstärke ist angemessen 07 Ausreichende Ausrüstung der Bundeswehr 08 Richtige Einschätzung/Planung/Strategie 09 Ausreichende Finanzierung/Ressourcen (z.B. Personal)</p>

	<p>10 Gute Absprachen (z.B. Zusammenarbeit zwischen den internationalen Partnern)</p> <p>77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>
v26c Bewertung	<p>01 Die Arbeit/Leistung ist gut/ausreichend</p> <p>02 Die Arbeit/Leistung ist mangelhaft/ungenügend</p> <p>03 Die Leistung wird abwägend betrachtet</p> <p>04 Die Arbeit/Leistung hat sich verschlechtert</p> <p>05 Die Arbeit/Leistung ist unverändert</p> <p>06 Die Arbeit/Leistung hat sich verbessert</p> <p>77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>
v26d Handlungsempfehlung ¹¹	<p>01 Der Militäreinsatz sollte geführt bzw. fortgesetzt werden</p> <p>02 Die Performanz muss gesteigert werden</p> <p>03 Der Militäreinsatz sollte (langfristig) <u>nicht</u> geführt/beendet werden</p> <p>04 Es sollte ein verantwortungsvoller Abzug stattfinden</p> <p>05 Der Militäreinsatz sollte <u>anders</u>/unter bestimmten Bedingungen geführt werden (performatorische Kritik)</p> <p>77 Frame nicht genannt/keine Mehrfachnennung</p> <p>98 Sonstige</p> <p>99 Nicht erkennbar/nicht benannt</p>

¹¹ Legitimatorische Handlungsempfehlungen: 01 | 03; Performatorische Handlungsempfehlungen: 02 | 04 | 05

Anhang 4

Interviewleitfäden

Journalisten

Themenkomplex	Leitfrage	Unterfragen	Stichpunkte, die angesprochen werden sollen, sonst nachhaken	Ziel
Zur Person:	Wie sind Sie zu ihrem Beruf als Journalist gekommen?			•Rollenverständnis •Informationen zur Person
	Welche Ansprüche sollte der Journalismus erfüllen?			•Rollenverständnis
		Ausgewogenheit in der Darstellung von Meinung	•möchten Sie objektiv berichten oder eine Seite hervorheben?	
	Wie kommt es, dass Sie sich mit dem Afghanistan-Einsatz und der Sicherheitspolitik auseinandersetzen?			
Arbeitsabläufe	Woher erhalten Sie ihre Informationen zum Afghanistan-Einsatz?		•Quellen?	•Frame-Produktion
		Gibt es ein Netzwerk von Korrespondenten von denen Sie und Ihre Redaktion Informationen erhalten?	•institutionelle Rahmenbedingungen bei der Informationsbeschaffung	
	Welche Medien nutzen Sie?		•private Nutzung •redaktionelle Nutzung •Einfluss auf die eigene journalistische	

Themenkomplex	Leitfrage	Unterfragen	Stichpunkte, die angesprochen werden sollen, sonst nachhaken	Ziel
	Was sind "gute" Quellen?		<ul style="list-style-type: none"> •Regierungsquellen (offizielle Pressekonferenzen) •(un)konventionelle Quellen (Internet, Blogs) 	
	Wodurch ist jemand qualifiziert über Afghanistan zu berichten?		<ul style="list-style-type: none"> •Studium? •Politiker kennen? •Mit Ländern auskennen •... 	
	Worin unterscheidet sich das Themenfeld der Sicherheitspolitik von anderen Themen bei der journalistischen Arbeit?		<ul style="list-style-type: none"> •Quellenlage •Relevanz/Brisanz •Patriotismus 	
	Wie bewerten Sie die Debatte um den Afghanistan-Einsatz allgemein?		<ul style="list-style-type: none"> •Im Parlament •in den Medien 	
		weitgehender Konsens im Parlament: Was bedeutet dies für die Berichterstattung?		
		im zeitlichen Verlauf zeigt sich, dass in den letzten Jahren immer weniger berichtet wurde, worin sehen Sie die Ursachen?	<ul style="list-style-type: none"> •keine Relevanz des Themas •keine Aktualität •mittlerweile Routine 	
		Wie beurteilen Sie, dass weniger berichtet wird?	<ul style="list-style-type: none"> •Rolle des Journalismus in der Demokratie 	

Themenkomplex	Leitfrage	Unterfragen	Stichpunkte, die angesprochen werden sollen, sonst nachhaken	Ziel
Wechselbeziehung Politik und Medien	Wie bewerten Sie die Beziehung zwischen Medien und Politik in der Sicherheitspolitik?			
		Wie beurteilen Sie dies?	<ul style="list-style-type: none"> • Machtverhältnisse • Einflussmöglichkeiten der Medien • Urachen für das beschriebene Machtgefüge 	<ul style="list-style-type: none"> • CNN bzw. Indexing
	“Haben wir etwas vergessen, was Sie gern noch ansprechen würden?”/Was wünschen Sie sich für die Zukunft?”			<ul style="list-style-type: none"> • Offen sein für neue Aspekte und Interviewtem die Möglichkeit geben, noch Relevanzen zu setzen

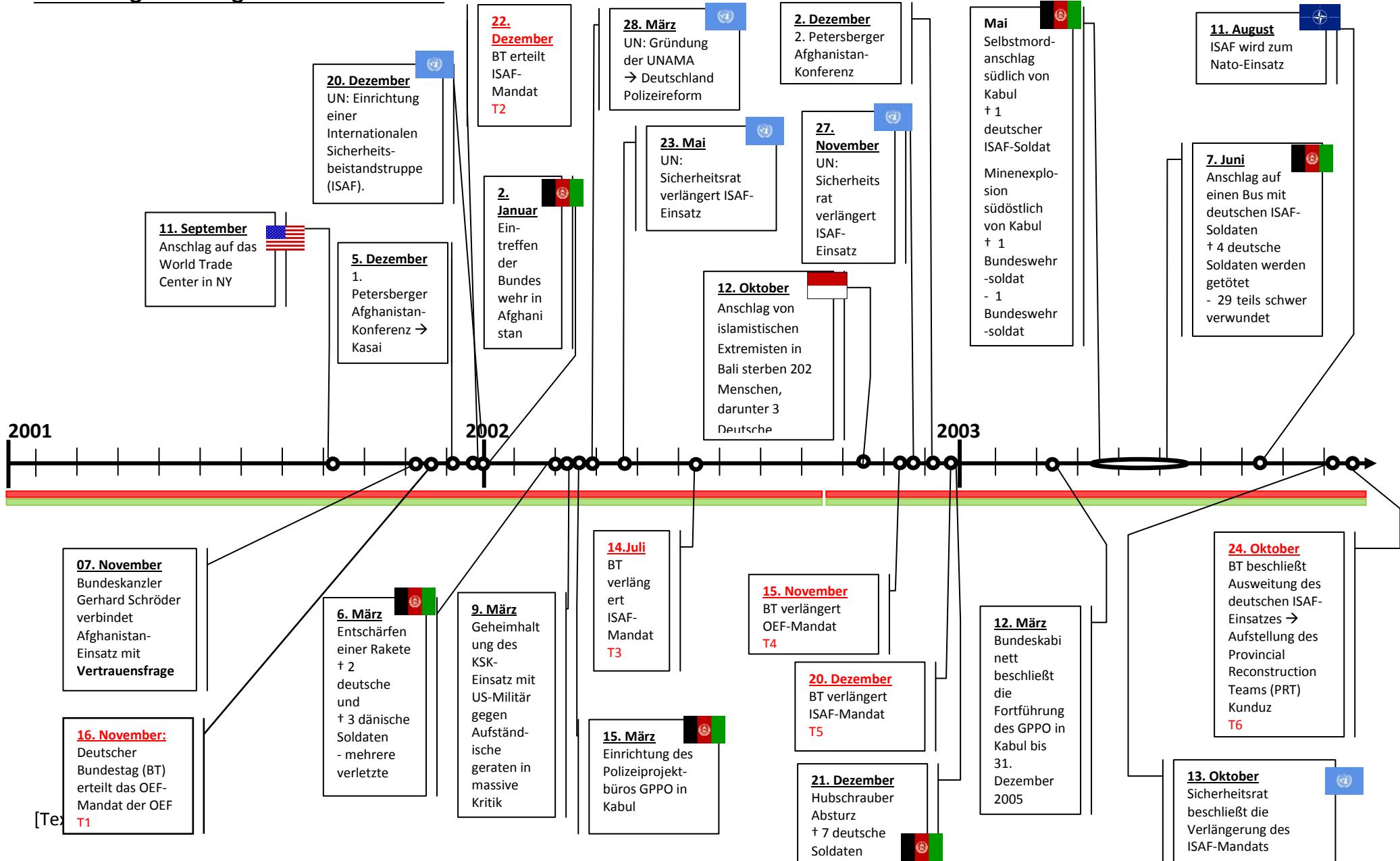
Politiker

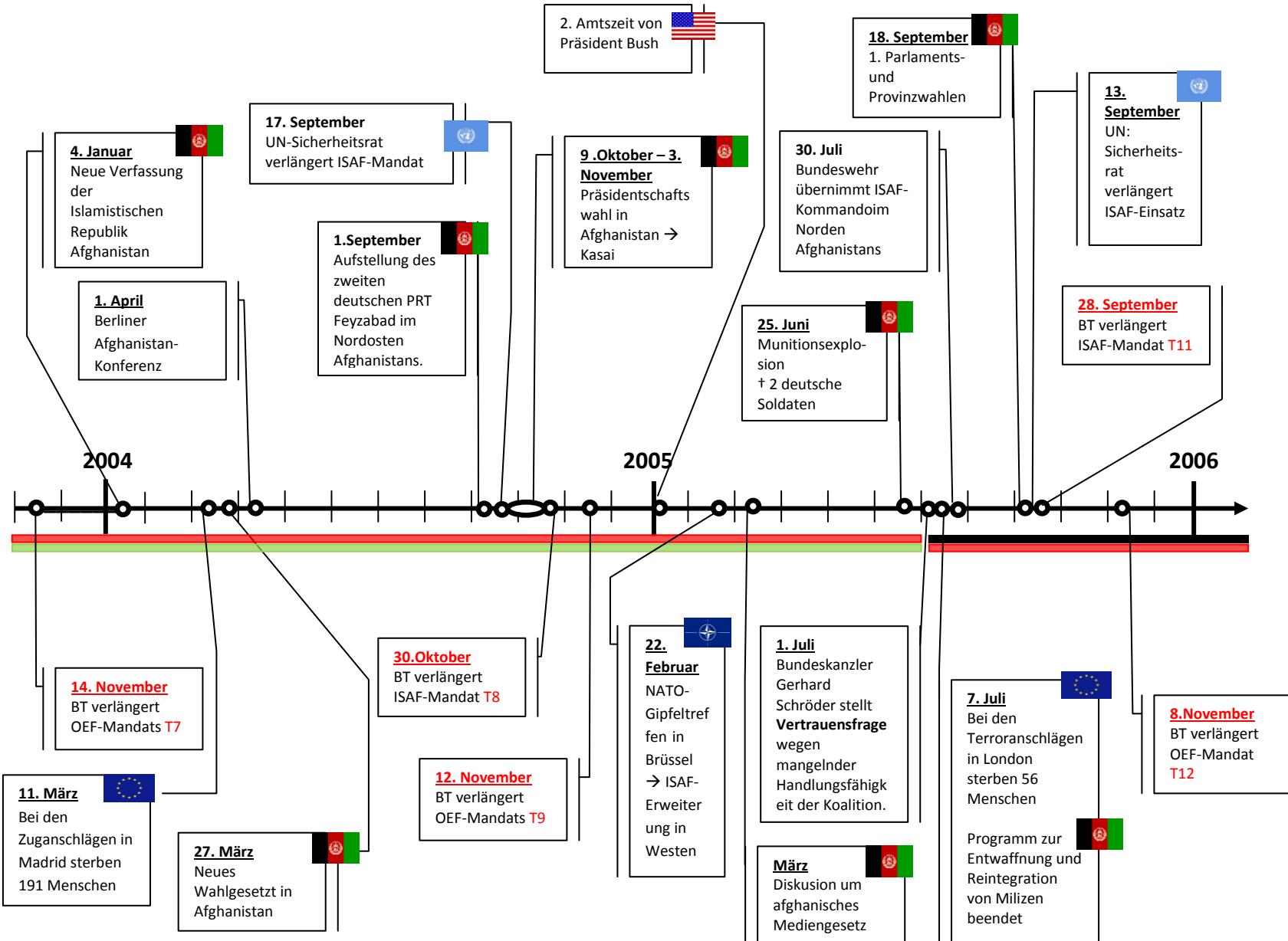
Themenkomplex	Leitfragen	Unterfragen	Stichpunkte, die angesprochen werden sollen, sonst nachhaken	Ziel
Zur Person	Wie sind Sie zur Sicherheitspolitik gekommen?		<ul style="list-style-type: none"> •Karriere •Bedeutung Krieg/Frieden 	<ul style="list-style-type: none"> •Rollenverständnis •Informationen zur Person
Einordnung und Arbeitsabläufe	Wie bewerten Sie die Afghanistan-Debatte seit 2001 generell?		<ul style="list-style-type: none"> •Konsens/Kontrovers? •Situationsbezug Afghanistan •Ziele des Einsatzes "heute"/"gestern" •Schlüsselereignisse benennen •Wendepunkte 	
	Wie hat sich die Meinung zum Afghanistan-Einsatz in ihrer Partei verändert?			<ul style="list-style-type: none"> •Warum wurden die entsprechenden Frames verwendet? (Konfrontation)
		<p>individualisiert Sie haben in der Debatte xxxx argumentiert, wieso ist dieser Aspekt so wichtig (anfangs/immer/nie..) *aus Datenauswertung</p>	<ul style="list-style-type: none"> •Fraktionszwang •Innerparteiliche Meinungsbildung 	
Wechselbeziehung Politik und Medien	Welche Medien nutzen Sie?			
		Wie ist Ihre Mediennutzung in den Arbeitsalltag integriert?		
	Welche Rolle spielt der Journalismus in der politischen Debatte		<ul style="list-style-type: none"> •Meinungsbildung •Herstellung von Öffentlichkeit •Mobilisation •... 	

Themenkomplex	Leitfragen	Unterfragen	Stichpunkte, die angesprochen werden sollen, sonst nachhaken	Ziel
	Wie informieren Sie sich über die Lage in Afghanistan?		•Mediennutzung? •Informationen durch Regierungsstellen?	
		bei unerwarteten Zwischenfällen?		
		wenn eine erneute Abstimmung um das Mandat ansteht?		
	Erinnern Sie sich an bestimmte Ereignisse, die die Debatte verändert haben?			Hier auch medial erzeugte Skandale abfragen: z. B. Totenkopf-Skandal
	Wie bewerten Sie die Beziehung zwischen Politik und Medien in der Sicherheitspolitik?		•wann ist der Einfluss der Medien auf die Politik stark und umgekehrt?	
	Gibt es Besonderheiten in der Kommunikation in Kriegs- und Krisensituations?		•welche? •welche Ursachen hat dies? •Was bedeutet dies für eine funktionierende Demokratie	
		Welchen Stellenwert hat politische Öffentlichkeitsarbeit in dem Fall?	•Haben Sie Pressesprecher? •Werden Pressemitteilungen verfasst	
	“Haben wir etwas vergessen, was Sie gern noch ansprechen würden?”/Was wünschen Sie sich für die Zukunft?”			•Offen sein für neue Aspekte und Interviewtem die Möglichkeit geben, noch Relevanzen zu setzen

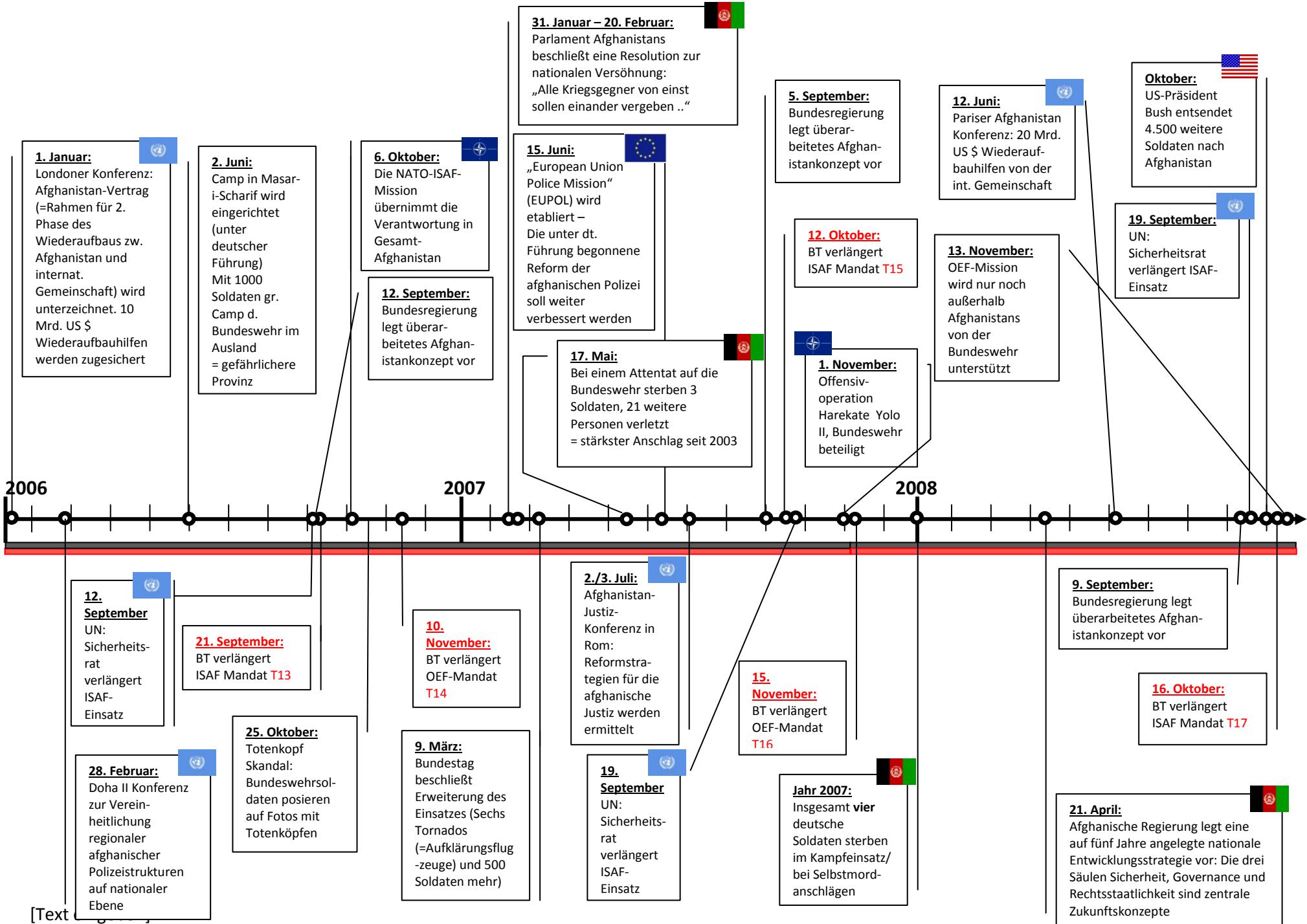
Anhang 5
Zeitstrahl

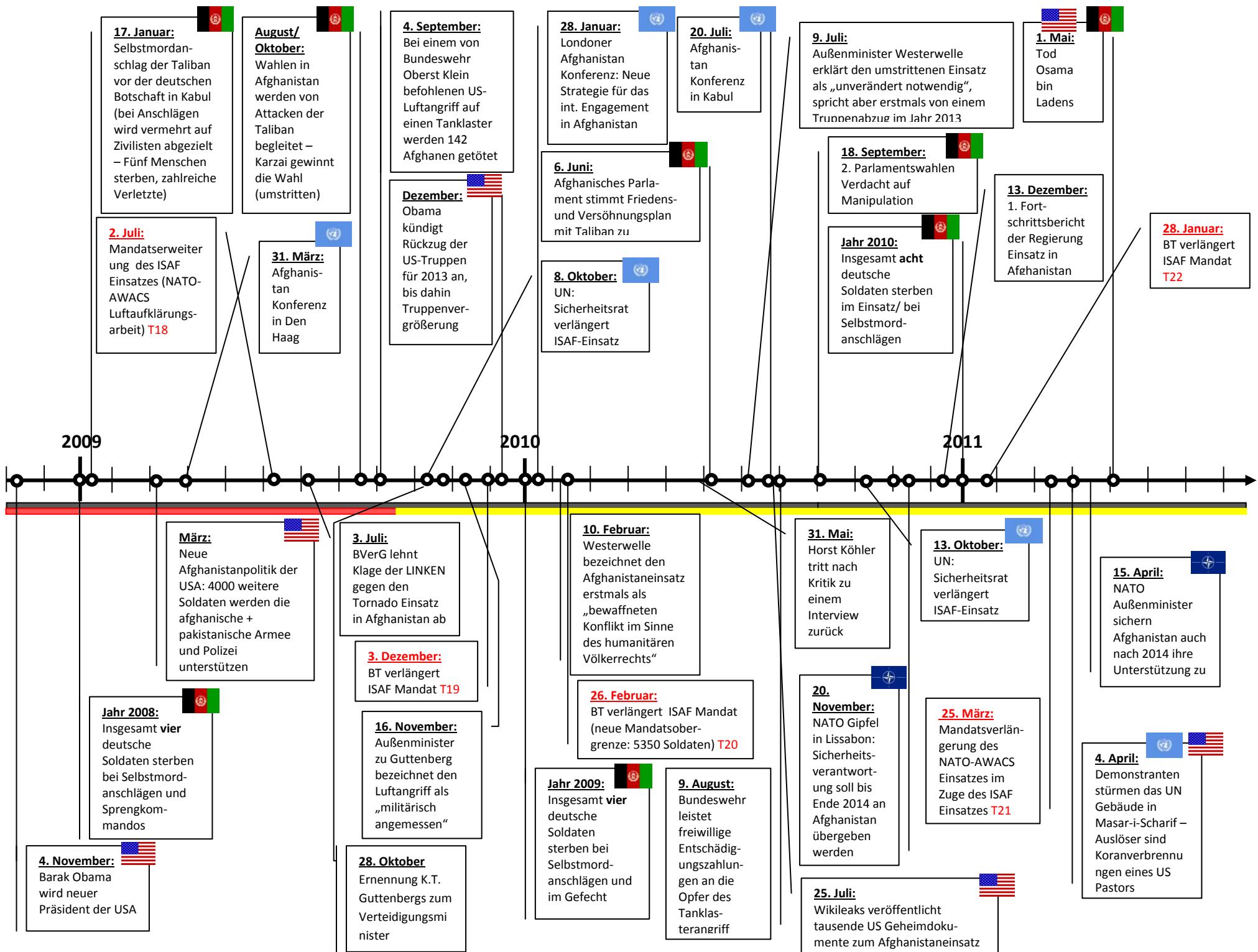
Chronologie des Afghanistan-Einsatzes

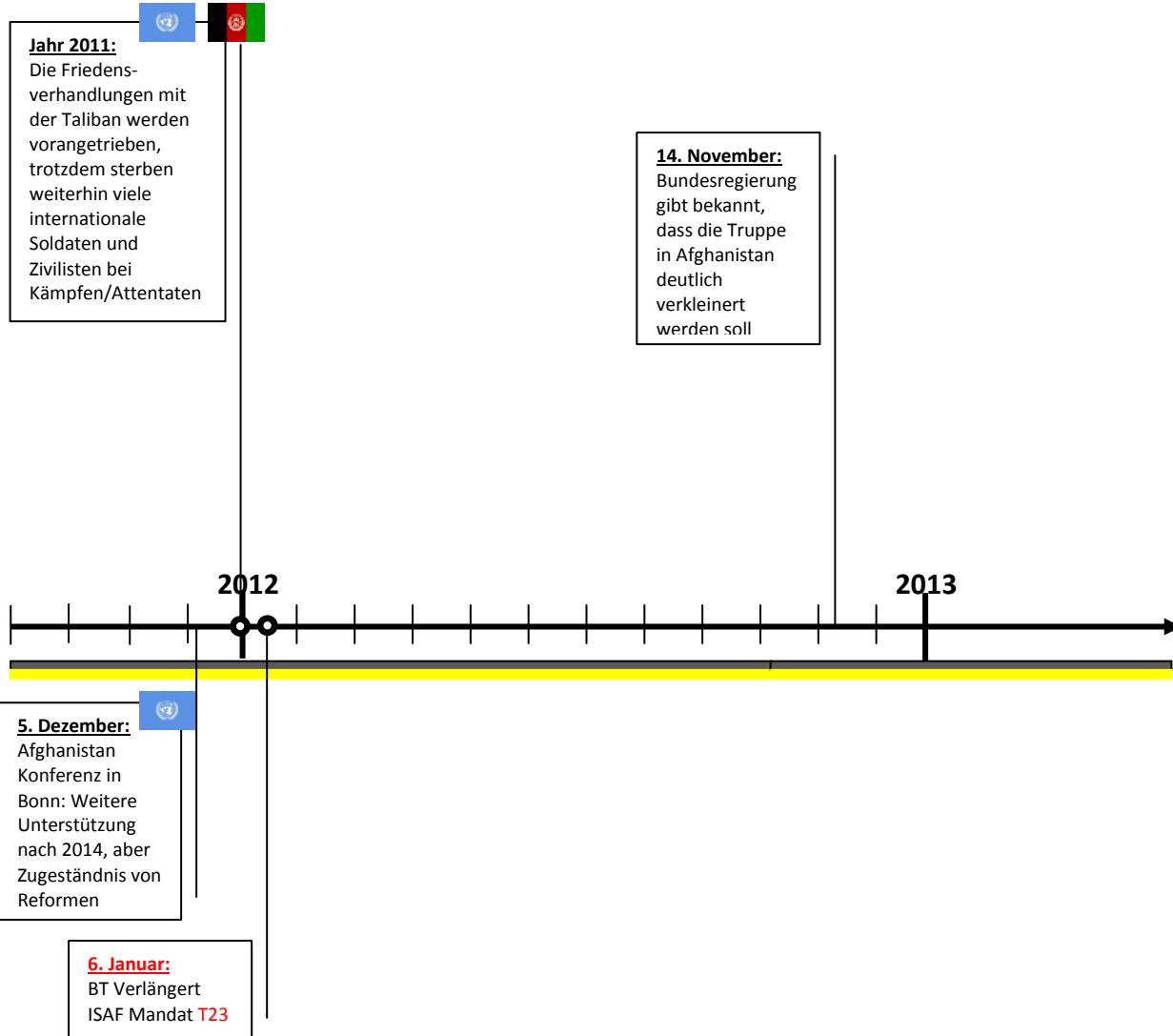




[Text eingeben]







[Text eingeben]

Anhang 6

Selbstständigkeitserklärung

EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die von mir angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Die Stellen der Arbeit, die anderen Werken wörtlich oder sinngemäß entnommen sind, wurden in jedem einzelnen Fall unter Angabe der Quellen (einschließlich des World Wide Web und anderer elektronischer Text- und Datensammlungen) kenntlich gemacht. Dies gilt auch für beigegebene Zeichnungen, bildliche Darstellungen, Skizzen und dergleichen.

Ich versichere weiter, dass die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Fassung noch nicht Bestandteil einer anderen Prüfungsleistung war. Mir ist bewusst, dass jedes Zuwiderhandeln als Täuschungsversuch zu gelten hat, aufgrund dessen die Lehrveranstaltung als nicht bestanden bewertet und die Anerkennung der schriftlichen Arbeit als Prüfungsleistung ausgeschlossen wird.

Ich bin mir weiter darüber im Klaren, dass die Abteilung Studium und Lehre der Universität Erfurt über jeden Betrugsvorwurf informiert wird und Plagiate rechtlich als Straftatbestand gewertet werden.

Die auf der Homepage der Universität Erfurt befindlichen Ausführungen zum Umgang mit Täuschungsversuchen habe ich zur Kenntnis genommen.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die von mir angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Die Stellen der Arbeit, die anderen Werken wörtlich oder sinngemäß entnommen sind, wurden in jedem einzelnen Fall unter Angabe der Quellen (einschließlich des World Wide Web und anderer elektronischer Text- und Datensammlungen) kenntlich gemacht. Dies gilt auch für beigegebene Zeichnungen, bildliche Darstellungen, Skizzen und dergleichen.

Ich versichere weiter, dass die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Fassung noch nicht Bestandteil einer anderen Prüfungsleistung war. Mir ist bewusst, dass jedes Zuwiderhandeln als Täuschungsversuch zu gelten hat, aufgrund dessen die Lehrveranstaltung als nicht bestanden bewertet und die Anerkennung der schriftlichen Arbeit als Prüfungsleistung ausgeschlossen wird.

Ich bin mir weiter darüber im Klaren, dass die Abteilung Studium und Lehre der Universität Erfurt über jeden Betrugsvorwurf informiert wird und Plagiate rechtlich als Straftatbestand gewertet werden.

Die auf der Homepage der Universität Erfurt befindlichen Ausführungen zum Umgang mit Täuschungsversuchen habe ich zur Kenntnis genommen.

.....

Ort, Datum

.....

Unterschrift

.....

Ort, Datum

.....

Unterschrift

.....

Ort, Datum

.....

Unterschrift

.....

Ort, Datum

.....

Unterschrift